

Die Ausblendung rassistischer Normalität.

Eine rassismuskritische Analyse der Eröffnung einer Asylunterkunft in Berlin-Hellersdorf im Sommer 2013

Von der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg
– Fakultät I Bildungs- und Sozialwissenschaften –
zur Erlangung des Grades eines Doktors der Philosophie (Dr. phil)
genehmigte Dissertation von Johannes Hykel, geb. am
31.12.1980 in Prenzlau

Referent: Prof. Dr. Rudolf Leiprecht
Korreferent: Prof. Dr. Morus Markard

Tag der Disputation: 11.5.2019

Zeitpunkt der Veröffentlichung: Februar 2020

Inhaltsverzeichnis

I EINFÜHRENDE GEDANKEN

Vorbemerkung	4
Fragestellung, Fokus und Aufbau der Untersuchung	7
Zur Schreibweise und Verwendung ausgewählter Bezeichnungen	8

II THEORETISCHE UND METHODISCHE ORIENTIERUNGEN

1 Was ist Rassismus?	14
1.1 Rassismus als machtvoller Diskurs und machtvolle Ordnungspraxis	14
1.2 Rassismus als strukturierte und strukturierende gesellschaftliche Struktur . . .	18
1.3 Rassismus als <i>weiße</i> Normalität	20
1.4 White charity: Rassismus und Paternalismus	23
1.5 Zum Verhältnis von Rassismus und Rechtsextremismus	26
1.6 Rassismus, Antirassismus und Rassismuskritik	29
1.7 Eine rassismuskritische Perspektive: Frage- und Suchrichtungen für die Textanalyse	31
2 Anknüpfungspunkte an Forschungsarbeiten	33
2.1 Re_Präsentation von <i>Flüchtlingen</i>	33
2.2 Lokale Kontexte und Rechtsextremismus	38
2.3 Errichtung/Eröffnung von Asylunterkünften	43
3 Method(olog)ische Reflexionen	47
3.1 Selbstverständnis und Grundannahmen qualitativer Forschung	47
3.2 Dokumentation des Forschungsprozesses	50

III DEBATTEN IM KONTEXT VON FLUCHT_MIGRATION

4 Gesellschaftspolitische Hintergründe und Verlauf des Hellersdorfer Konflikts um die Asylunterkunft	57
4.1 Kontrolle und Regulation von Migration	57
4.2 Proteste gegen Asylunterkünfte versus Willkommensinitiativen	59
4.3 <i>Flüchtlings</i> proteste 2012 und 2013	62
4.4 Berlin-Hellersdorf: Ereignisse von Juni bis Dezember 2013	63
4.4.1 Kurzinformation Marzahn-Hellersdorf	64
4.4.2 Die Informationsveranstaltung vom 9. Juli und ihre Folgen	65
4.4.3 Einzug der ersten Bewohner*innen und die darauf folgenden Wochen .	70

IV EMPIRISCHE BEFUNDE

5	Weitestgehende Dethematisierung von Rassismus	77
5.1	Deutungen von (Schlüssel-)Ereignissen	77
5.1.1	(Von ›außen‹ kommende) Rechtsextreme versus Hellersdorfer*innen	77
5.1.2	Verunsicherte und ängstliche oder rassistisch agierende Anwohner*innen?	83
5.1.3	Marzahn-Hellersdorf als demokratisch verfasster Bezirk	90
5.1.4	Zwischenfazit: Kontinuitäten im weiteren Verlauf des Konflikts	98
5.1.5	Hellersdorfer*innen als sozial Benachteiligte eines vernachlässigten Stadtbezirks	103
5.1.6	Konsequenzen: Informationsvermittlung im Dialog mit Anwohner*innen	107
5.2	Auseinandersetzung zwischen ›Rechts-‹ und ›Linksextremist*innen‹	114
5.3	Kleiner Exkurs: Antiquierte Bilder über rechte Akteur*innen	116
5.4	Fazit aus rassismuskritischer Perspektive	118
6	Benennung von Rassismus – primär in Form von Bedrohung und Gewalt	120
6.1	Deutungen von (Schlüssel-)Ereignissen	120
6.1.1	Emotionaler Bürger*innen-Mob und strategische rechte Akteur*innen	120
6.1.2	Bedrohungslage durch ›Rechte‹, Anwohner*innen, Bezirk und Staat	125
6.1.3	Konsequenzen: Schutz der <i>Flüchtlinge</i> und Kampf gegen ›Rassist*innen‹	130
6.1.4	Zwischenfazit: Kontinuitäten im weiteren Verlauf des Konflikts	133
6.2	Personalisierung von Rassismus	139
6.3	<i>Flüchtlinge</i> und Anwohner*innen als Opfer von Imperialismus	142
6.4	Fazit aus rassismuskritischer Perspektive	144
7	(Nicht)rassistische) Anwohner*innen als Opfer der Politik	146
7.1	Deutungen von (Schlüssel-)Ereignissen	146
7.1.1	Politik versus Hellersdorfer*innen/›Deutsche‹	146
7.1.2	<i>Flüchtlinge</i> als Bedrohung für den Kiez	152
7.1.3	<i>Flüchtlinge</i> als Bedrohung gesellschaftlicher Ressourcen	157
7.1.4	Konsequenzen: Verhinderung der Asylunterkunft und restriktive Asylpolitik	160
7.2	Kontinuitäten und Verschiebungen im weiteren Verlauf des Konflikts	161
7.2.1	Bedrohungen durch <i>Flüchtlinge</i> und sie unterstützende Akteur*innen	161
7.2.2	Widersprüchliche Deutungen der BLMH e.V.	166
7.2.3	Flexible rassistische Argumentationen bei Pro Deutschland	168
7.3	Fazit aus rassismuskritischer Perspektive	172

8 »Das Eigene und das Fremde« – Bilder über <i>Flüchtlinge</i>	174
8.1 Hellersdorfer*innen als Helfer*innen und Schützer*innen notleidender <i>Flüchtlinge</i>	175
8.2 ›(Zu)‹ viele <i>Flüchtlinge</i> kommen (unkontrolliert) nach Deutschland und Hellersdorf	186
8.3 <i>Flüchtlinge</i> als Bedrohung eines harmonisch-friedlich imaginierten Kiezes . . .	194
8.4 Fazit aus rassismuskritischer Perspektive	199
V ZUSAMMENFASSUNG ZENTRALER UNTERSUCHUNGSERGEBNISSE UND FOLGERUNGEN	
Empirische Befunde	201
Hellersdorf als Einzelfall?	205
Die Bedeutung der lokalen politischen Kultur	207
VI TEXTNACHWEISE	
Textkorpus und Materialien	213
Literatur	232
VII ANHANG	
Abkürzungen (Institutionen, Vereine, Zusammenschlüsse)	243
Transkriptionsregeln	244
Erklärung	245

I EINFÜHRENDE GEDANKEN

Vorbemerkung

Die Idee zu der in der vorliegenden Arbeit untersuchten Thematik – der lokale Konflikt um die Eröffnung einer Asylunterkunft – entstand im Zusammenhang meiner (unentgeltlichen) Mitarbeit in der Dokumentationsstelle der Antirassistischen Initiative e.V. aus Berlin. Diese dokumentiert seit nunmehr 26 Jahren körperliche Gewalt gegen *Flüchtlinge* im Kontext von Deutschland, aber auch Suizide und Suizidversuche von *Flüchtlingen* sowie Angriffe bzw. Attacken auf bewohnte Asylunterkünfte (vgl. ARI 2019a, I). Vor dem Hintergrund eines Anstiegs dieser Angriffe/Attacken auf *Flüchtlings*unterkünfte ab dem Jahr 2012 in Deutschland und eigener Recherchen dazu im Rahmen der Dokumentationsstelle ab Ende 2013 und im Jahr 2014, bei denen ebenso deutlich wurde, wie massiv teilweise lokale Proteste gegen den Bau oder die Eröffnung einer Asylunterkunft sind, interessierten mich zunehmend jene lokalen Auseinandersetzungen. Jenseits vorschneller und ggf. pauschaler Verallgemeinerungen und Darstellungen, wie etwa Vergleichen zum gesamtgesellschaftlichen Klima Anfang der 1990er Jahre in Deutschland, in denen nicht zuletzt zahlreiche rassistische Angriffe auf Asylunterkünfte sowie Wohnhäuser von People of Color verübt wurden, wollte ich einen tieferen Einblick in diese lokalen Konflikte erlangen.

Mein Interesse bestand dabei von Anfang an nicht primär darin, bspw. Interviews mit in den Konflikt involvierten Akteur*innen durchzuführen – werden in diesen doch eher zurückblickende Perspektiven auf Geschehnisse ge-/entworfen. Auch wollte ich nicht die Medienberichterstattung über ausgewählte Ereignisse analysieren. Vielmehr interessierten mich die Perspektiven beteiligter Akteur*innen während einer stattgefundenen Auseinandersetzung, wie sie sich etwa in Form von Pressemeldungen, durchgeführten Veranstaltungen, Flyern o.Ä. manifestieren bzw. anhand derartiger Materialien herausgearbeitet werden können. Diese Herangehensweise setzt allerdings ebenso eine gewisse Materialfülle voraus. In diesem Sinne musste ich bei ersten Recherchen recht schnell feststellen, dass eine derartige Materialdichte in fast allen von mir näher betrachteten ›Fällen‹ nicht gegeben war, so dass sie für eine Analyse nicht geeignet erschienen. Bei der intensiveren Auseinandersetzung mit den Ereignissen um die Eröffnung einer Asylunterkunft im Sommer 2013 in Berlin-Hellersdorf, die auch medial recht hohe Wellen schlug, kam ich schließlich rasch zu dem Schluss, dass sich an diesem Beispiel eine eingehende Analyse anbot. Besonders interessant fand ich in diesem Zusammenhang die Vielfalt darin involvierter Akteur*innen.

Als ich begann, mich mit der Thematik im Allgemeinen und den Hellersdorfer Geschehnissen im Besonderen intensiver zu befassen, konnte ich die weiteren gesamtgesellschaftlichen Ereignisse und Entwicklungen ab dem Jahr 2015 zum weiten Themenkomplex Flucht und Asyl in Deutschland nicht antizipieren. Gemeint ist damit die Aufnahme einer Vielzahl von *Flüchtlingen* im Jahr 2015, laut offiziellen Angaben rund 890.000 Asylsuchender (vgl. Welt 2016b), infolgedessen das »Thema ›Flüchtlinge‹ [...] auf die Agenda der gesellschaftlichen Herausforde-

rungen« kam (Küpper/Rees/Zick 2016, 83). Das gesellschaftliche Klima und die politischen Entscheidungen stellten sich jedoch als ambivalent dar: Neben der durchaus überraschenden Aufnahme von vielen *Flüchtlingen* durch eine für kurze Zeit quasi offene Grenze im Sommer 2015 und einer – sicherlich teils auch kritisch zu sehenden, aber grundsätzlich zu begrüßenden – sog. Willkommenskultur, bei der sich unzählige Menschen für *Flüchtlinge* mit hohem Engagement einsetzten, ist nicht zuletzt eine sehr hohe Anzahl von Angriffen und Attacken auf *Flüchtlingsunterkünfte* bzw. sich im Bau befindende Gebäude in den Jahren 2015 und 2016 zu verzeichnen gewesen.¹ Des Weiteren wurde seitens der Bundesregierung eine drastische Verschärfung des Asylrechts in Form der sog. Asylpakete I (im Oktober 2015) und II (im Februar 2016) beschlossen (vgl. Stauber/Bröse 2018, IX). Barbara Stauber und Johanna Bröse kommen zu dem Schluss, dass diese

»keine einzige Maßnahme [enthalten; J.H.], um den Schutz von Flüchtlingen aus den Kriegs- und Krisenregionen zu verbessern. Stattdessen werden nun Eilverfahren in besonderen Aufnahmezentren möglich, die faire Asylverfahren und die Korrektur von Fehlentscheidungen durch die Arbeit von Rechtsanwälten und Gerichten beschränken, und der Familiennachzug wird teilweise ausgesetzt – Familien werden also auf Jahre getrennt.« (Ebd.)

Schließlich nahmen Ende 2015 und 2016 die Stimmen eines »Zuviel«, eines »Nicht-mehr-Leistbaren« für die Gesellschaft stark zu (ebd., VII; vgl. Küpper/Rees/Zick 2016, 84).

Empirische Studien und Umfragen in Deutschland zu Einstellungen gegenüber *Flüchtlingen* im Zeitraum 2015 bis 2016 spiegeln eine ähnliche Ambivalenz wider (vgl. ebd., 86ff.):

»In der regelmäßigen Bevölkerungsbefragung des ZDF Politikbarometers beantwortete im August 2016 eine knappe Mehrheit von 55 % die Frage, ob Deutschland die vielen Flüchtlinge verkraften könne, mit ›ja‹, 44 % mit ›nein‹. [...] Ein ganz ähnliches Bild zeichnet sich auch im ARD Deutschlandtrend ab. Im September 2016 waren 35 % der Befragten der Ansicht, die Zuwanderung bringe mehr Vorteile, 44 % befürchteten mehr Nachteile.« (Ebd., 92)

Beate Küpper, Jonas Rees und Andreas Zick stellen im Zusammenhang eigener Untersuchungen zu Einstellungen gegenüber *Flüchtlingen* im Sommer 2016 zudem fest, dass die Haltung ihnen gegenüber maßgeblich mit der politischen Selbstverortung zusammenhängt: »Befragte, die ihre politische Position rechts der Mitte verorten, sind Geflüchteten gegenüber deutlich negativer eingestellt, Befragte links der Mitte deutlich positiver« (ebd., 95). Allerdings sind entsprechende Einstellungen keineswegs als gänzlich losgelöst von politischen Entscheidungen und gesellschaftlichen Diskursen aufzufassen, die gleichermaßen in lokale Zusammenhänge hineinwirken, wie es etwa Auseinandersetzungen um Asylunterkünfte zeigen.

Vor diesem skizzierten Hintergrund sehe ich die vorliegende Untersuchung als einen kritisch-reflexiven sozialwissenschaftlichen Beitrag an, der zugleich (gesellschafts-)politisch höchst ak-

¹ Nach offiziellen Zahlen des Innenministeriums waren dies 1.031 (2015) sowie 994 ein Jahr später – im Vergleich zu 199 im Jahr 2014 (vgl. Staud 2018). Hierbei ist anzumerken, dass sich die Zahlen auf polizeiliche Eingangsstatistiken beziehen und die verschiedenen ›Deliktarten‹ zudem sehr heterogen sind (von sog. Hakenkreuzschmierereien bis hin zu Brandanschlägen).

tuell ist, weil er in letzter Konsequenz die grundlegende Frage berührt, wie eine an Menschenrechten ausgerichtete *Flüchtlingspolitik* aussehen kann.² Eine solche muss einer Politik der Abschottung Europas und der Einteilung von *Flüchtlingen* in legitime und weniger bzw. nicht legitime – sog. Wirtschafts*flüchtlinge* – eine klare Absage erteilen, ohne jedoch in vereinfachende, die Komplexität ausblendende Denkmuster und Idealisierungen zu verfallen.

Dank

Abschließend bleibt mir noch, mich ganz herzlich bei meinem Erstgutachter, Rudolf Leiprecht, zu bedanken. Seine Rückmeldungen zu Textfassungen in verschiedenen Stadien der Arbeit waren für mich immer sehr hilfreich, weiterführend und vor allem motivierend. Letzteres war gerade in schwierigeren Phasen der Dissertation wichtig.

Bedanken möchte ich mich ebenso bei Morus Markard, der sich freundlicherweise bereit erklärt hat, die Zweitbegutachtung der Arbeit vorzunehmen.

Eine Promotion entsteht ganz überwiegend in Einzelarbeit am Schreibtisch, allerdings nicht ohne einen Austausch mit Kolleg*innen. Insofern bin ich den Teilnehmer*innen des Promotionskolloquiums von Rudolf Leiprecht in Oldenburg zu großem Dank verpflichtet als auch der Interpretationsgruppe, die sich in einem Zeitraum von gut eineinhalb Jahren am Institut für Soziologie an der Technischen Universität Berlin regelmäßig zusammengefunden hat. Die gewinnbringenden Erkenntnisse beider Arbeitskontexte, insbesondere bei gemeinsamen Textinterpretationen, stellten für mich stets Highlights dar und verdeutlichten mir immer wieder die Notwendigkeit der Dezentrierung der je eigenen Perspektive auf den Forschungsgegenstand.

Mein Dank gilt ebenso dem Berliner Antifaschistischen Pressearchiv und Bildungszentrum e.V., das mir diverse Audiodateien von Demonstrationsreden der extremen Rechten zur Verfügung stellte, sowie einer Hellersdorfer antifaschistischen Gruppe, die mir viele Texte hat zukommen lassen, die mitunter nur sehr schwer recherchierbar gewesen wären.

Dem Studienwerk Villigst e.V. möchte ich für die Gewährung eines dreijährigen Stipendiums danken, ohne das ich die Arbeit nicht hätte schreiben können.

Abschließend möchte ich mich noch ganz herzlich bei Cornelia Goldstein und Britta Mittwollen bedanken, die sich freundlicherweise dazu bereit erklärt haben, das Korrekturlesen der Arbeit zu übernehmen. Für den einen oder anderen in der Arbeit noch vorkommenden Fehler bin ich selbstverständlich verantwortlich.

² Aktuell auch im Sinne jüngerer politischer Entwicklungen: Die Pläne der Koalition aus CDU/CSU und SPD nach der Bundestagswahl 2017 zur Einrichtung bundesweiter sog. Anker-Zentren – die Abkürzung steht für »Ankunft, Entscheidung, kommunale Verteilung bzw. Rückführung« (Welt 2018) – stellt eine weitere grundlegende restriktive Maßnahme bundesdeutscher *Flüchtlingspolitik* dar (vgl. dazu etwa ARI 2019b, 1091f.). Unter Federführung des CSU-Innenministers* Horst Seehofer ist das Ziel, Asylverfahren zu beschleunigen, indem diese bis zu ihrem Abschluss direkt an dem Ort durchgeführt werden, an dem die *Flüchtlinge* auch untergebracht sind. – Am 1. August 2018 gingen die ersten sieben solcher Einrichtungen in Bayern in Betrieb (vgl. Süddeutsche Zeitung 2018).

Fragestellung, Fokus und Aufbau der Untersuchung

Die vorliegende Untersuchung befasst sich aus einer rassismuskritischen Perspektive mit dem öffentlichen lokalen Konflikt um die Eröffnung einer Asyleinrichtung in Berlin-Hellersdorf im Sommer 2013. Dabei wird der Zeitraum von Anfang Juni 2013, dem öffentlichen Bekanntwerden der geplanten Eröffnung der Asylunterkunft im Stadtteil, über den Einzug der ersten *Flüchtlinge* am 19. August bis Anfang November 2013 in den Blick genommen. Das Ende des Untersuchungszeitraums erklärt sich in erster Linie aus dem deutlichen Abebben der öffentlichen Auseinandersetzung im Herbst 2013.

Aufgrund der starken Polarisierung des Konflikts um die Asylunterkunft in Befürworter*innen und Gegner*innen sowie der Heterogenität darin involvierter Akteur*innen interessiert(e) mich folgende *allgemeine* Frage: Wie wird die Situation im Stadtteil – im Kontext der Eröffnung der Asylunterkunft – von den verschiedenen lokalen Akteur*innen gedeutet? Dabei geht es konkret um folgende Aspekte/Unterfragen:

- Wie werden die für den Konflikt zentralen Ereignisse gedeutet? Und wie werden in diesem Zusammenhang ggf. bestimmte Aktionen/Handlungen verschiedener Akteur*innen angesehen?
- Auf welche Art und Weise werden die Phänomene Rassismus und Rechtsextremismus verhandelt?
- Inwiefern kommt es zwischen den verschiedenen Akteur*innen zu unterschiedlichen oder auch ähnlichen Deutungen?

Der zweite Themenkomplex, der jedoch keineswegs unabhängig von ersterem ist, sondern einen spezifischen Aspekt darstellt, befasst sich mit den Zuschreibungen und Bildern *Flüchtlingen* gegenüber:

- Welche Bilder über *Flüchtlinge*³ werden von den verschiedenen Akteur*innen reproduziert?
- Welche in Rassismus involvierten Positionen werden sichtbar?
- Inwiefern werden zwischen den verschiedenen Akteur*innen ähnliche oder unterschiedliche Bilder über *Flüchtlinge* hervorgebracht?

³ Die Formulierung Bilder über *Flüchtlinge* verwende ich hier deshalb, weil diese neben expliziten Zuschreibungen und Bewertungen *Flüchtlingen* gegenüber ebenso (implizite und nicht bewusste) Imaginationen beinhaltet.

Aufbau der Arbeit

Die Untersuchung gliedert sich in die folgenden vier Teile:

- In dem sich an das nächste Unterkapitel anschließenden ersten Kapitel dieser Arbeit wird zunächst das von mir vertretene Rassismusverständnis sowie daraus abgeleitete zentrale Frage- und Suchrichtungen für die Textanalyse (Unterkapitel 1.7) ausgeführt. In einem zweiten Schritt (Kapitel 2) stelle ich verschiedene Anknüpfungspunkte an Forschungsarbeiten dar, die in einem – teils engeren, teils weiteren – Zusammenhang mit meiner Untersuchung stehen. Schließlich wird das methodische Vorgehen, d.h. die Bildung des Textkorpus und das konkrete Vorgehen bei der Textanalyse und Textinterpretation erläutert (Kapitel 3).
- Nach diesen theoretischen Ausführungen wird die Untersuchung in den gesellschaftspolitischen (bundesdeutschen) Kontext der Debatte um Flucht_Migration in den Jahren 2012 und 2013 eingeordnet (4.1), und es werden zentrale Ereignisse und Entwicklungen im Zusammenhang der Proteste gegen den Bau bzw. die Eröffnung von *Flüchtlingsunterkünften*, aber auch die sog. Willkommensinitiativen aufgezeigt (4.2). Des Weiteren werden die Proteste von *Flüchtlings* in den Jahren 2012 und 2013 skizziert (4.3). Daran schließt sich eine Übersicht über die Hellersdorfer Ereignisse im Rahmen der Auseinandersetzung um die Asylunterkunft an (4.4).
- Der dritte Teil bildet schließlich das Herzstück der Arbeit: die Darstellung der empirischen Befunde. Dieser Teil gliedert sich wie folgt: In den ersten drei Kapiteln (5, 6, 7) werden – je nach unterschiedlichen Akteur*innen/-gruppen getrennt – die verschiedenen Deutungen zentraler Geschehnisse in der Auseinandersetzung um die Asylunterkunft herausgearbeitet. Dabei werden sowohl jeweilige Besonderheiten als auch entsprechende Kontinuitäten im Konfliktverlauf aufgezeigt. Eine kurze Zusammenfassung aus rassismuskritischer Perspektive bildet jeweils den Schluss dieser drei Kapitel. – Das letzte Kapitel der empirischen Befunde (8) thematisiert akteur*innenübergreifend die in der Hellersdorfer Auseinandersetzung reproduzierten Bilder über *Flüchtlinge*.
- Im abschließenden vierten Teil (siehe S. 201ff.) werden zunächst die empirischen Befunde komprimiert und vergleichend zusammengefasst, dann wird die Frage nach Verallgemeinerbarkeit der empirischen Ergebnisse diskutiert sowie schließlich die Bedeutsamkeit für ein an Demokratie und Menschenrechten orientiertes Gemeinwesen skizziert.

Zur Schreibweise und Verwendung ausgewählter Bezeichnungen

Sprache ist keineswegs neutral und weder ein beliebiges Symbolsystem, das lediglich Wirklichkeit abbildet, noch ausschließlich Medium von Kommunikation. Vielmehr erzeugt Sprache

auch⁴ spezifische »Wirklichkeitsvorstellungen« (Hornscheidt/Nduka-Agwu 2010, 29). Diese können Selbst-, Fremd- und Weltbilder darstellen und strukturieren, die sich wiederum »häufig als *einzig*, überindividuelle und kollektiv angenommene Wirklichkeit« verstehen und gesellschaftlich anerkannt werden (ebd.; Herv. J.H.). Jene Wirklichkeitsvorstellungen werden bei jeder erneuten Hervorbringung – sei dies etwa im Rahmen medialer oder wissenschaftlicher Diskurse – immer auch stabilisiert. Wirklichkeitsvorstellungen transportieren stets ein spezifisches Wissen, welches, wenn i.d.R. auch implizit, bestimmte Normalitätsvorstellungen – und damit gleichermaßen Normierungen – enthält. Ein charakteristisches Beispiel wäre die gesellschaftlich wirkmächtige Unterscheidung von Mann* und Frau*, die streng dichotom ist, d.h. andere Möglichkeiten der Wahrnehmung und Bezeichnung von (erwachsenen) Menschen nahezu ausschließt sowie mit entsprechenden Annahmen darüber, was Frauen* und Männer* »eigentlich« charakterisiert, einhergeht. Um jene Wirkmächtigkeit und realitätsproduzierende Funktion von Sprache auf den Begriff zu bringen, sprechen Antje Lann Hornscheidt und Adibeli Nduka-Agwu von »Sprachhandlung[en]« (ebd.).

Wird dieser zentralen Annahme gefolgt, dann sind nicht zuletzt Produktion und Gebrauch von Sprache – etwa in Form von Begriffen bzw. Bezeichnungen – auf ihre impliziten Normen hin kritisch zu reflektieren. Dies gilt in gleicher Weise und ausdrücklich – ihrer potentiell höheren Reflexivität wegen – für die Wissenschaft. Für eine sich reflexiv verstehende Sozialwissenschaft kann daher in Anlehnung an Albert Scherr und Çiğdem Inan ausgeführt werden, dass diese nicht einfach »mit den Begriffen und Normen zu arbeiten [hat; J.H.], mit denen soziale Wirklichkeit« im Alltag hergestellt, gedeutet und beschrieben wird, »sondern über diese Begriffe und Normen, über ihre Entstehung, ihre Implikationen und ihre Verwendung« reflektieren muss (Scherr/Inan 2017, 141f.). Dies bedeutet bspw. zu begründen, warum ein bestimmter Begriff verwendet, verworfen oder modifiziert wird. Urmila Goel weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass es dabei weniger um (letzte) Eindeutigkeiten des Bezeichneten gehe, sondern um eine bewusste Auswahl und Begründung für die Verwendung eines bestimmten Begriffs sowie die Reflexion damit einhergehender Probleme (vgl. Goel 2013, 86). Insofern könnten verschiedene Kontexte gleichsam verschiedene Bezeichnungen nahelegen, weil mitunter verschiedene Aspekte eines Phänomens fokussiert würden (vgl. ebd., 85f.). Aus diesem Grund sind (einmal) verwendete Bezeichnungen keineswegs als vollkommen statisch anzusehen.

Auch in der vorliegenden Arbeit werden verschiedene Begriffe verwendet, die jene Fremd-, Selbst- und Weltbilder hervorbringen. Im Folgenden sollen daher zentrale Bezeichnungen und Schreibweisen dargestellt und deren Verwendung kurz erläutert werden.

a) Flüchtling

In der Arbeit verwende ich den Begriff *Flüchtling*, allerdings kursiv geschrieben (ebenfalls in Komposita wie bspw. *Flüchtlingsunterkunft*⁵), was ich näher ausführen möchte. Verschiedent-

⁴ Mit dieser Einschränkung wende ich mich gegen einen radikalen Konstruktivismus, der annimmt, dass es keinerlei außersprachliche Realität gäbe.

⁵ Eine Ausnahme ist das Kompositum Flüchtlingsrat, da es sich hierbei um eine Institution handelt.

lich wurde – meines Wissens in Deutschland innerhalb antirassistischer Zusammenhänge spätestens seit 2012 im Kontext des Kölner No-Border-Camps im Sommer desselben Jahres (vgl. etwa Jakob 2012) – die Bezeichnung *Flüchtling* vor allem deswegen kritisiert, weil mit der Endung -ling im Deutschen viele negativ gemeinte Bezeichnungen verbunden seien (vgl. Stefanowitsch 2012, Wehling 2016) sowie damit ebenso Verniedlichungen einhergingen (vgl. Jakob 2012). Die Bezeichnung Geflüchtete weise dagegen eine »starke Subjektposition« auf, wie eine Teilnehmerin* des No-Border-Camps ausführt (Jakob 2012), sie sei neutral im Gegensatz zu *Flüchtling* (vgl. Stefanowitsch 2012) und habe »den Vorzug, dass die Ableitung vom Partizip Perfekt ein potenzielles Ende der Flucht schon integriert« (Kothén 2016). Louis Henri Seukwa macht des Weiteren darauf aufmerksam, dass der Begriff *Flüchtling* stets durch bestimmte institutionelle Praxen und Diskurse hervorgebracht werde, denn die bloße

»individuelle oder kollektive Entscheidung[,] einen Ort – aus welchem Grund auch immer – zu verlassen [...], macht aus einem Menschen noch keinen ›Flüchtling‹. Erst die Tatsache, dass der Flüchtlingsstatus aus der Sanktionierung dieser Handlung am Ankunftsort resultiert, macht aus jemanden [sic] einen Flüchtling. [...] Es sind die Unterscheidungspraktiken der Ankunftsgesellschaft (die die hierfür erforderlichen Kategorien weitgehend selbst festlegt), in denen darüber befunden wird, ob der Asylsuchende ein ›wirklicher‹ oder ein ›illegitimer‹ Flüchtling ist. Es ist die Ankunftsgesellschaft, die Asyl *gewährt*: ›Flüchtling‹ ist also eine *Rechtsinstitution*, der Begriff des Flüchtlingsstatus macht dies deutlich« (Seukwa 2016, 197f.; Herv. i.Orig.).

Auf der anderen Seite argumentiert Andrea Kothén aus einer rechtlich-historischen Perspektive, dass der Begriff *Flüchtling*, der in den 1990er Jahren bewusst von antirassistisch Engagierten gegen die deutlich abwertende Bezeichnung Asylant verwendet worden sei, spezifische Rechte

»[d]urch einen internationalen und europäischen Rechtsrahmen [enthält; J.H.], dessen Entwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg mit der Genfer Flüchtlingskonvention begann. Dieses Recht gesteht Flüchtlingen noch vor Feststellung des ›Flüchtlingsstatus‹ den Anspruch auf eine individuelle Schutzprüfung zu.« (Kothén 2016)

In diesem Sinne erinnere die Bezeichnung *Flüchtling* »an die Folgen der NS-Diktatur und damit an unsere eigene kollektive Geschichte von Flucht und Vertreibung« (ebd.). Des Weiteren verwenden nicht zuletzt *Flüchtlingsselbstorganisationen* – so bspw. The Voice – ebenso (gleichwohl nicht ausschließlich) die Bezeichnung *Flüchtling*.⁶ Insofern wird er zumindest von davon Bezeichneten/›Betroffenen‹, die allerdings auch keine homogene Gruppe darstellen, nicht durchweg abgelehnt. Mit Ausnahme der Ausführungen von Stefanowitsch (2012) ist es durchaus bemerkenswert, dass – soweit ich sehe – in diesem Zusammenhang kaum die Verengung der Zuschreibung von Menschen auf das ›Merkmal‹ Flucht grundlegend kritisiert wird, auf die beide Begriffe verweisen. Deshalb wären m.E. eher Alternativen darin zu suchen, die diese Bedeutung nicht in den Vordergrund rücken: Stefanowitsch schlägt etwa in Anlehnung an die

⁶ Dazu genügt ein kurzer Blick auf die Startseite der Organisation: <http://www.thevoiceforum.org/> (Zugriff vom 9.7.2018).

englischsprachige Bezeichnung Refugee »Zufluchtsuchende/r« (ebd., Herv. gestr. J.H.) vor und Lisa Jöris »Ankommende« (Jöris 2015). In Anlehnung an die Bezeichnung ›Menschen mit Beeinträchtigungen‹ wäre etwa die Bezeichnung ›Menschen mit Fluchterfahrung‹ anders akzentuiert, weil die Flucht zwar erwähnt wird, aber nachgeordnet erscheint.

Vor dem Hintergrund dieses Problemaufrisses habe ich mich – auch mangels überzeugender Alternativen – dennoch dafür entschieden, die Bezeichnung *Flüchtling* zu verwenden, diese jedoch kursiv zu schreiben, um damit deren problematische Konnotationen sowie Konstruiertheit innerhalb der bundesdeutschen ›Aufnahmegesellschaft‹ nicht gänzlich auszuklammern. In Zusammenhängen, in denen der Begriff nicht notwendig erscheint, werden möglichst andere Bezeichnungen verwendet (wie bspw. Bewohner*innen der Asylunterkunft).

b) Akteur*innen

Um die gesellschaftliche Eingebundenheit von Individuen, ›Gruppen‹ und organisierten Zusammenhängen (Vereine, Parteien o.Ä.) hervorzuheben, verwende ich in Anlehnung an Pierre Bourdieu den Begriff Akteur*in. In diesem Sinne sind Akteur*innen »als soziale Wesen« zu verstehen, die »immer auch für die Gesellschaft« handeln und über die wiederum vermittelt »sich Gesellschaft wirksam« macht, wie Beate Kraus und Gunter Gebauer dazu ausführen (Kraus/Gebauer 2002, 84, Anm. 1).

c) Schwarz und weiß

In meiner Untersuchung schreibe ich die adjektivische Bezeichnung Schwarz stets groß sowie *weiß* klein und kursiv. Ich orientiere mich dabei u.a. an dem von Eggers/Kilomba/Piesche/Arndt (2009a) herausgegebenen Buch zu kritischer Weißseinsforschung in Deutschland und an den Ausführungen von Hornscheidt/Nduka-Agwu (2010) (siehe dazu Unterkapitel 1.3), die damit auf Privilegierungen und Diskriminierungen (in) einer rassistisch strukturierten Gesellschaft hinweisen, infolgedessen Akteur*innen je verschieden positioniert sind. Die Großschreibung von Schwarz bezieht sich auf die Selbstbezeichnung Schwarzer, d.h. auf ein »Widerstandspotenzial[.], das von Schwarzen und People of Color dieser Kategorie eingeschrieben worden ist«, wie die Autor*innen schreiben (Eggers et al. 2009b, 13). Insofern sei die Kategorie Schwarz gleichsam eine »selbstepowernde, strategisch reSignifizierende [sic], machtvolle Handlung und ein Akt positiver Selbstaffirmation« (Hornscheidt/Nduka-Agwu 2010, 32). Davon abzugrenzen ist die Kategorie *Weiß*, die – den Gegensatz dazu markierend – daher klein und kursiv geschrieben wird. Die unterschiedliche Schreibweise stellt somit einen Versuch dar, die Machtasymmetrie Schwarz und *weiß* positionierter Akteur*innen in einer rassistisch strukturierten Gesellschaft zum Ausdruck zu bringen (vgl. ebd., 33), bezieht sich allerdings keineswegs auf unterschiedliche Hautfarben o.Ä.

Die nichtkursive Schreibweise von *weiß* in der Arbeit verweist hingegen auf biologistisch-rassistische Annahmen, wie sie bspw. von der NPD vertreten werden.

c) Gendersternchen (*) und Unterstrich (_)

Eine Möglichkeit, den Bedeutungsgehalt von Bezeichnungen zu erweitern und/oder aber zu irritieren, um dadurch etwa Reflexionsprozesse bei Leser*innen anzuregen (ohne gänzlich neue Begriffe kreieren zu müssen), stellt die Verwendung des Gendersternchens sowie des Unterstrichs dar. Um die dichotom strukturierte, hegemoniale Geschlechterordnung und deren Arbitrarität aufzubrechen, wird hier das Gendersternchen verwendet. Damit sollen zugleich vielfältige Formen von Geschlechtsidentitäten, jenseits von ausschließlich weiblichen oder männlichen, deutlich werden. Auch nach entsprechenden männlichen oder weiblichen Nomen erscheint das Sternchen (Bürgermeisterin*, Autor* usw.).

Wie das Gendersternchen macht ebenso der Unterstrich auf (Geschlechter-)Dichotomien aufmerksam, die gesellschaftlich wirkmächtig sind und mit dieser Schreibweise hinterfragt werden sollen. In diesem Sinne werden in dieser Arbeit die Begriffe Re_Produktion und Re_Präsentation (sowie die Verbformen re_produzieren und re_präsentieren) mit Unterstrich geschrieben, um auf die »Verwobenheit von Produzieren und Reproduzieren« sowie Präsentieren und Repräsentieren hinzuweisen und in »ihrer Gleichzeitigkeit auch Lücken, Brüche und Leerstellen« darstellen zu können (Hornscheidt/Nduka-Agwu 2010, 37). Dies gilt in gleicher Weise für den verwendeten Begriff Flucht_Migration, den ich in Anlehnung an die Schreibweise FluchtMigration (vgl. etwa Goebel/Fischer/Kießling/Treiber 2018) hier mit Unterstrich schreibe. Flucht_Migration soll verdeutlichen, dass die dominante dichotome Re_Präsentation von einerseits Menschen, die vor Krieg oder aus politischen Gründen aus einem Land fliehen müssen (Flucht), und andererseits diejenigen, die in der Hoffnung auf bessere Lebensbedingungen in ein anderes Land gehen (Migration), sehr problematisch erscheint, weil diese Vereindeutigung keineswegs der Realität entspricht. So führt bspw. Annette Treibel aus, dass die sog. Flucht »meist nicht nur politisch oder militärisch oder ethnisch oder religiös begründet [ist; J.H.], sondern auf ein Bündel von Ursachen, Beweggründen und Konstellationen zurückzuführen« sei (Treibel 2013, 44; zit. n. Jöris 2015).⁷ In diesem Sinne weist auch Ludger Pries auf den »*Mixed-migration-flow*-Charakter der jüngeren Flüchtlings- und Migrationsbewegung« hin (Pries 2016, 35; Herv. i.Orig.).

d) Anführungszeichen, Hervorhebungen und Quellennachweise

Für Zitate werden ausschließlich die umgedrehten französischen Anführungszeichen verwendet: » «; für Distanzierungen meinerseits von bestimmten Begriffen bzw. Formulierungen und/oder um deren Konstruiertheit aufzuzeigen, werden stets die einfachen Anführungszeichen verwendet: > <. Dies gilt ebenfalls für Zitate in Zitaten.

Die Schreibung von Zeitungen, Medien, Initiativen, Vereinen, Parteien o.Ä. und den entsprechenden Abkürzungen erfolgt weder kursiv noch in Anführungszeichen.

⁷ Aber auch die sog. Arbeitsmigration sei nicht ausschließlich ökonomisch motiviert, sondern »Ergebnis »sozialer Vergleichssituationen« (Ronzani 1980: 51)«, in denen sich Individuen gegenüber »»realen oder imaginären Vergleichsgruppen« (ebd.) in der Herkunfts- oder Zielregion zurückgesetzt« fühlten (Treibel 2013, 44).

Weil ein Großteil der hier analysierten Texte auf diversen Statements, Pressemeldungen oder transkribierten Audio-/Videodokumenten beruht, sind – zumindest für Leser*innen, die einzelne Zitate recherchieren möchten – nützliche Seitenangaben kaum möglich, so dass diese auch nicht angegeben werden. Bei den Transkriptionen werden bei längeren Passagen allerdings die Timecodes (TC) der zitierten Abschnitte angegeben. Des Weiteren gilt Folgendes im Rahmen der Textanalyse: Nehme ich Bezug auf unmittelbar zuvor zitierte Passagen – indem etwa bestimmte Wörter und Formulierungen untersucht werden –, dann erscheinen diese in Anführungszeichen und ohne Bezugnahme auf den Quellenverweis ebenda (ebd.).

Schließlich werden fehlende Kommata durch eckige Klammern ([,]) ergänzt sowie fehlerhafte durch Auslassungen ([..]), um den Lesefluss nicht zu stark zu beeinträchtigen.

II THEORETISCHE UND METHODISCHE ORIENTIERUNGEN

1 Was ist Rassismus?

Innerhalb der Rassismusforschung gibt es keinen Konsens darüber, wie Rassismus genau zu bestimmen ist (vgl. etwa Butterwegge 1996, 120; Kerner 2009, 44; Leiprecht 2016, 226). Ina Kerner (2009) konstatiert in diesem Sinne, dass die Vielfalt der in der Rassismusforschung vorliegenden Positionen so groß sei, dass schon der »eher bescheidene Versuch, eine vollständige Liste, einen vollständigen Katalog der bislang formulierten Definitions-, Beschreibungs- und Erklärungsvorschläge zu erstellen, kaum durchführbar« und zielführend sei (ebd., 44). Aus diesem Grund kann es im Folgenden nicht darum gehen, die teils sehr differenten Positionen ausführlich darzustellen und zu diskutieren. Stattdessen werden einige allgemeine Bestimmungsmomente von und Zugänge zum Phänomen Rassismus vorgestellt.⁸ Hierbei werden nur solche theoretischen Perspektiven referiert, die Rassismus als ein grundlegendes gesellschaftliches Strukturprinzip auffassen, d.h. i.w.S. macht- und herrschaftskritische Ansätze. Theorien, die Rassismus ausschließlich als ein individuelles Vorurteil und/oder als sozialpsychologisches Phänomen der »Konstitution von Gruppen« (Scherschel 2006, 28) begreifen, werden nicht weiter berücksichtigt. Denn diese Ansätze sind äußerst verkürzend, individualisieren sowie pathologisieren Rassismus letztendlich und abstrahieren somit konsequent von gesellschaftlichen Macht- und Herrschaftsverhältnissen (vgl. ausführlich zur Kritik daran u.a. ebd., 24ff.).

1.1 Rassismus als machtvoller Diskurs und machtvolle Ordnungspraxis

Es herrscht in der Wissenschaft (überwiegend) Einigkeit darüber, dass es menschliche ›Rassen‹ nicht gibt, sondern dass Rassismus auf der sozialen Konstruktion differenter »Großgruppen« (Leiprecht 2016, 226) beruht. In der Rassismusforschung wird sich in diesem Zusammenhang häufig auf die grundlegende Bestimmung von Robert Miles bezogen (vgl. etwa Scherschel 2006, 39ff.; Mecheril/Melter 2010, 151; Weiß 2013, 24f.), der Rassismus als einen Prozess ideologischer »Bedeutungskonstruktion« (Miles 1991, 105) bzw. »Bedeutungskonstitution« bezeichnet (Miles 2000, 17). Miles definiert die »Rassenkonstruktion« – »racialisation« (Miles 1991, 105) – dabei wie folgt:

»Ich verwende [...] den Begriff der Rassenkonstruktion für jene Fälle, in denen gesellschaftliche Beziehungen zwischen Menschen durch die Bedeutungskonstruktion biologischer Merkmale dergestalt konstruiert werden, daß sie differenzierte gesellschaftliche Gruppen definieren und konstruieren. Die als Bedeutungsträger ausgewählten Merkmale haben eine geschichtliche Variationsbreite; für gewöhnlich sind es sichtbare somatische Eigenschaften, aber auch unsichtbare (fiktive und reale) biologische Eigenschaften sind zu Bedeutungsträgern geworden.« (Ebd., 100f.)

⁸ Vor diesem Hintergrund wird hier keine ›geschlossene‹ Rassismustheorie o.Ä. dargelegt.

Die grundlegende Operation rassistischer Konstruktionen stellt nach Miles demnach zunächst die Differenzierung zwischen ›Eigen-‹ und ›Fremdgruppe(n)‹ anhand fiktiver oder realer biologischer Eigenschaften dar. Miles geht ferner davon aus, dass es sich dabei um ein »System von Kategorisierungen« (ebd., 9) und Differenzen handele, bei dem ›Fremdgruppen‹ spiegelbildlich kollektive negative Eigenschaften zugeschrieben würden: »[D]ie negativen Eigenschaften des Anderen [werden; J.H.] zum Spiegelbild der positiven Eigenschaften des Selbst« (ebd., 106). Insofern enthalten Aussagen über das ›Andere‹ zugleich immer auch Aussagen über das ›Eigene‹.

Für Stuart Hall ist die Differenzkonstruktion gleichermaßen das fundamentale Bestimmungsmoment von Rassismus. Hall entwickelt in Anlehnung an Michel Foucaults Diskursbegriff/-konzept ein diskursives Verständnis von Rassismus, das er folgendermaßen begründet:

»Ich werde [...] allgemein von ›rassistischen Diskursen‹ oder ›Diskursen des Rassismus‹ sprechen. Das hat nicht nur eine theoretische, sondern auch eine praktische Bedeutung. Foucaults Diskursbegriff hat zwei Vorteile: Er macht erstens keinen Unterschied zwischen dem, was normalerweise Praxis und Ideologie genannt wird. [...] In ihm sind alle Praxen durch Ideen bestimmt und alle Ideen sind in Praxen eingeschrieben. Zweitens befreit er Marxisten von einer Versuchung, der sie so gerne erliegen: das Ökonomische für wichtiger zu halten als das Politische.« (Hall 2000, 8)

Demnach sind Praxen nach Hall diskursiv vermittelt und vice versa Diskurse nicht losgelöst von Praxen zu verstehen.⁹ Hall bestimmt nun den Diskurs konkret als eine »Gruppe von Aussagen, die eine Sprechweise zur Verfügung stellen, um über etwas zu sprechen [...], [als; J.H.] eine besondere Art von *Wissen über* einen Gegenstand« (Hall 1994a, 150; Herv. J.H.). Zentral ist der dadurch berührte Zusammenhang von Diskurs und Wissen: Ein spezifisches Wissen-über werde im Diskurs (durch sprachliche Zeichen) hervorgebracht, indem ein Thema in einer bestimmten Art und Weise konstruiert, d.h. mit spezifischen Bedeutungen verknüpft werde. Zugleich macht Hall darauf aufmerksam, dass die damit produzierten Bedeutungen das Thema begrenzen, weil es ebenso andere Möglichkeiten seiner Konstruktion gäbe (vgl. ebd.). Das bedeutet, dass der Diskurs seinen Gegenstand zuallererst *produziert* und keineswegs abbildet. Aus diesem Diskursverständnis folgt, dass soziale Wirklichkeit stets diskursiv vermittelt ist und die zentrale (gesellschaftliche) Funktion von Diskursen in der Sinnproduktion von sozialer Wirklichkeit liegt.

An dieser Stelle wird nun der Begriff der Macht virulent, der sich auf den Diskurs selbst bezieht, durch den »die Macht zirkuliert« (ebd., 154). Diese Machtwirkung/-entfaltung von Diskursen erläutert Hall wie folgt:

»Das Wissen, das ein Diskurs produziert, konstituiert eine Art von Macht, die über jene ausgeübt wird, über die ›etwas gewusst wird‹. Wenn dieses Wissen in der

⁹ Allerdings, wie etwa im folgenden eingerückten Zitat deutlich wird (siehe S. 15f.), trennt Hall an anderer Stelle zwischen Diskurs und Praxis. M.E. wäre es daher präziser, von diskursiver Praxis und praktischer Praxis als zwei analytisch zu trennende, aber aufeinander verwiesene Praxisformen zu sprechen.

Praxis ausgeübt wird, werden diejenigen, über die ›etwas gewusst wird‹, auf eine besondere Weise zum Gegenstand der Unterwerfung.« (Ebd.)

Derartige Praxen können bspw. das Handeln von Institutionen und Akteur*innen beinhalten, die wiederum die Macht haben, den Diskurs überhaupt erst »*wahr zu machen*« (ebd.; Herv. i.Orig.), ihn gesellschaftlich sagbar sowie respektabel zu machen. In diesem Sinne ist Hall zufolge die »Unterscheidung zwischen wahren und falschen Aussagen« ein genuiner Effekt der (Macht-)Wirkung von Diskursen, nicht aber ›an sich‹ existent, geschweige denn auf irgendeine Art und Weise ›herauszufinden‹ (ebd.).¹⁰ Vor diesem Hintergrund spricht Foucault von »Wahrheitsregime[n]« einer Gesellschaft, d.h. »Diskurstypen, die sie akzeptiert und die sie als wahr fungieren lässt« (Foucault 1980, 131; zit. nach ebd.). Dabei ist es wichtig hinzuzufügen, dass sich je nach gesellschaftlichen ›Kräfteverhältnissen‹ Diskurse ebenso verschieben und verändern können, sie damit grundsätzlich nicht als statisch, sondern vielmehr als »beweglich« (Karakayali 2011, 103) anzusehen sind.

Die Machtwirkung von Diskursen zeigt sich nicht zuletzt darin, dass es keine Position/Positionierung außerhalb dieser gibt:

»Jeder, der einen Diskurs entfaltet, muss eine Position einnehmen, *als ob* er selbst Subjekt des Diskurses wäre. Zum Beispiel mögen wir selbst nicht an die natürliche Überlegenheit des Westens glauben. Aber wenn wir den Diskurs von ›der Westen und der Rest‹ gebrauchen, werden wir uns notwendigerweise in einer Position wiederfinden, die den Westen für eine überlegene Zivilisation hält.« (Hall 1994a, 150f.; Herv. i.Orig.)

Deutlich wird hier die noch weiter unten (siehe Abschnitt 1.6) zu thematisierende Schwierigkeit bzw. Unmöglichkeit berührt, eine gänzlich nichtrassistische Position einzunehmen.

Für Hall stellt die *Produktion von Differenz* das diskursive Kernstück von Rassismus dar: »Dieses System der Spaltung der Welt in ihre binären Gegensätze ist das fundamentale Charakteristikum des Rassismus, wo immer man ihn findet.« (Hall 2000, 14) Die Funktion dieser machtvollen Differenzkonstruktion besteht nach Hall in Ein- bzw. Ausschlüssen in Bezug auf gesellschaftliche Ressourcen: »Rassistische Ideologien entstehen also immer dann, wenn die Produktion von Bedeutungen mit Machtstrategien verknüpft sind [sic] und diese dazu dienen, bestimmte Gruppen vom Zugang zu kulturellen und symbolischen Ressourcen auszuschließen.« (Ebd., 7) Mittels der binären Spaltung werde eine »Identitätsgemeinschaft« konstruiert, bei der die ausgeschlossene Gruppe »das Gegenteil der Tugenden [verkörpert; J.H.], die die Identitätsgemeinschaft auszeichnet« (ebd., 14). Wie bereits oben ausgeführt, ist die notwendige Voraussetzung derartiger Ausschlüsse, dass bestimmte Institutionen bzw. Akteur*innen über die Macht verfügen, einen bestimmten Diskurs durchsetzen zu können. Damit wird ein weiteres zentrales Bestimmungsmoment von Rassismus berührt: »Rassismus entfaltet sich erst vollständig, wenn die Mittel zum sozialen Wirksamwerden der Unterschiedskonstruktion verfügbar sind.« (Mecheril/Melter 2010, 156)

¹⁰ Aus diesem Grund vermeidet Hall den Begriff Ideologie.

Mit dem Hall'schen Rassismusverständnis wird das Bild einer gesellschaftlich dominanten und privilegierten Gruppe einerseits, die über Mittel und Macht der Diskursproduktion verfügt, und einer dominierten andererseits, die von gesellschaftlichen Ausschlüssen betroffen ist, gezeichnet. Derartige Ausführungen sind als zentrale analytische Momente von Rassismus zu verstehen, nicht aber als essentialistische. Anja Weiß (2013) macht in diesem Sinne darauf aufmerksam, dass das dargelegte Verhältnis von Dominanten und Dominierten gerade nicht bedeuten würde, dass alle »Dominanten in *gleicher Weise* Zugang zu dieser Macht gewinnen oder dass rassistische Zuschreibungen alle anderen sozialen Hierarchien überdecken. Vielmehr muss gezeigt werden, wie diese Macht situationsspezifisch wirksam wird.« (Ebd., 29; Herv. J.H.) Festzuhalten bleibt also, dass es differente Positionierungen von dominanten und dominierenden Akteur*innen gibt und es stets um eine *relative* – und ggf. situative – Privilegierung bzw. Deprivilegierung geht, stellt Rassismus doch nicht die einzige machtvolle gesellschaftliche Struktur dar (vgl. dazu etwa Leiprecht/Lutz¹¹ 2009).

Die Differenzkonstruktion beruht nicht nur auf genetisch und/oder somatisch konstruierten Merkmalen – wie ›klassisch‹ biologistische Argumentationen¹² –, sondern ebenso auf kulturellen, die sich bspw. auf eine zugeschriebene Lebensweise und/oder Religion von ›Gruppen‹ beziehen können (vgl. dazu Hess 2011, 41f.). Aus der Perspektive eines Schwarzen Engländers führt Hall in Bezug auf die *weißen* Engländer etwa Folgendes aus: »Die Engländer behaupten nicht, daß wir kleinere Gehirne haben, aber sie glauben, daß unsere Fähigkeit, rational zu denken, nicht so entwickelt ist. Dort, wo wir hingehören, sind wir durchaus akzeptabel.« (Hall 2000, 12) Ein anderes Beispiel sieht Hall in negativen Zuschreibungen Muslimen gegenüber, die eine absolute kulturelle Unvereinbarkeit des ›Orients‹ mit dem ›Okzident‹ behaupten würden (vgl. Hall 1994a, 155ff.). Etienne Balibar (1990) bringt die entscheidende Logik derartiger Differenzkonstruktionen folgendermaßen auf den Punkt: Das vorherrschende Thema dieses Rassismus, eines »Rassismus ohne Rassen« – von ihm auch als »Neo-Rassismus« bezeichnet (ebd., 23) –, sei »nicht mehr die biologische Vererbung, sondern die Unaufhebbarkeit der kulturellen Differenz« (ebd., 28). Diese Spielart des Rassismus postuliere

»–jedenfalls auf den ersten Blick– nicht mehr die Überlegenheit bestimmter Gruppen oder Völker [...], sondern [...] ›beschränkt‹ [sich darauf; J.H.], die Schädlichkeit jeder Grenzverwischung und der Unvereinbarkeit der Lebensweisen und Traditionen zu behaupten« (ebd.).

Das Implikat einer derartigen rassistischen Konstruktion – die im Übrigen nicht notwendigerweise immer mit Abwertungen, sondern in gleicher Weise mit Idealisierungen der ›Anderen‹ einhergehen kann (vgl. Weiß 2013, 208f.) –, besteht darin, dass die behauptete Unvereinbarkeit nicht unbedingt mit einer konsequenten Nichtzugehörigkeit der ›Anderen‹ zur Gesellschaft gleichzusetzen ist. Vielmehr handelt es sich stets um eine fragile bzw. partielle Zugehörigkeit,

¹¹ Helma Lutz und Rudolf Leiprecht beziehen sich hier auf das Konzept der Intersektionalität.

¹² Albert Scherr merkt mit Verweis auf Karin Priester (2003, 242f.) allerdings an, dass schon die »historisch älteren Rassismen Annahmen über soziale und kulturelle Unterschiede mit umfassen«, insofern die Annahme eines »eindeutig abgrenzbaren biologistischen Rassismus« nicht haltbar sei (Scherr 2009b, 78).

die eben als weniger legitim im Gegensatz zur ›Eigengruppe‹ angesehen wird. Insofern hierarchisieren und bewerten entsprechende diskursive Figuren ›Menschengruppen‹ – gleichwohl auf implizite Art und Weise. Aufgrund ihrer Subtilität sowie teils expliziten Negation, rassistisch zu argumentieren, entfalten derartige Diskursfiguren gesellschaftlich ihre enorme Wirksamkeit. Gleichzeitig stellen sie eine Legitimation gesellschaftlicher Ungleichheit dar, da sie den Zugang zu Ressourcen regulieren (vgl. Mecheril/Melter 2010, 153).

Vor dem Hintergrund der ausgeführten Differenz-Konstruktion als Kernstück rassistischer Logiken, schlägt Paul Mecheril (2010, 13) für deren inhaltliche Konkretisierung das Attribut »natio-ethno-kulturell« vor. Dieses impliziere die »wechselseitige Verwiesenheit«, »Verschwommenheit und Unklarheit« der – hier allerdings nicht näher zu diskutierenden – »Kategorien ›Nation‹, ›Ethnizität‹ und ›Kultur‹« (ebd., 14). So merkt Mecheril in Anlehnung an Heckmann (1992, 52f.) an, dass eine Nation als ethnisches Kollektiv gedacht werde und der Nationalstaat den Anspruch einer Übereinstimmung von politisch-staatsbürgerlicher und ethnischer Zugehörigkeit stelle. Ein ethnisches Kollektiv wiederum definiere sich durch dessen Gemeinsamkeit von Kultur und Geschichte (vgl. Mecheril 2010, 14). Die – vielleicht auch etwas ironisch gemeinte – Mecheril'sche Wortschöpfung sollte schließlich daran erinnern, dass gesellschaftlich bedeutende Zugehörigkeitsordnungen von einer »diffusen, auf Fantasie basierenden, unbestimmten und mehrwertigen ›Wir-Einheit‹« strukturiert würden (vgl. ebd.).

Zusammenfassend können folgende vier zentrale Aspekte hinsichtlich der bisher entwickelten Bestimmung von Rassismus festgehalten werden: (1) Großgruppen werden als homogene Gruppen anhand natio-ethno-kultureller ›Merkmale‹ konstruiert, (2) als einander unvereinbar gegenübergestellt sowie (3) in eine Hierarchie zueinander gebracht – wahlweise durch explizite und/oder implizite Bewertung zugeschriebener Eigenschaften. (4) Schließlich müssen derartige Zuschreibungen als gesellschaftlich wahr durchgesetzt und anerkannt werden, d.h., es bedarf einer entsprechenden »Konstruktionsmacht« (Weiß 2013, 27).

In den sich anschließenden drei Unterkapiteln stelle ich weitere zentrale Dimensionen von Rassismus dar, die für die vorliegende Untersuchung relevant sind.

1.2 Rassismus als strukturierte und strukturierende gesellschaftliche Struktur

Es dürfte aus dem bisher Ausgeführten deutlich geworden sein, dass Rassismus ein grundlegendes machtvolleres gesellschaftliches Ordnungssystem ist, das im Kern verschiedenartige Ein- und Ausschlüsse von ›Großgruppen‹ legitimiert und vollzieht. Insofern stellen jene machtvollen Diskurse und Praxen gesellschaftliche Strukturen dar, weshalb Birgit Rommelspacher Rassismus als ein »*gesellschaftliches Verhältnis*« bezeichnet (Rommelspacher 2006, 130; Herv. i.Orig.). Rommelspacher (2009) unterscheidet des Weiteren drei verschiedene Ebenen von Rassismus, auf denen dieser wirksam ist: die strukturelle Ebene, bei der »das gesellschaftliche System mit seinen Rechtsvorstellungen und seinen politischen und ökonomischen Strukturen Ausgrenzungen bewirkt« (ebd., 30). Zu denken wäre hier bspw. an spezifische Gesetze wie das

Aufenthaltsrecht für sog. Asylbewerber*innen, den sog. Inländer*innenprimat bei der Vergabe von Arbeitsplätzen oder das an die deutsche Staatsbürgerschaft gekoppelte Wahlrecht auf Bundes- und Landesebene. Eine zweite Ebene stellt die institutionelle dar, die bestimmte Strukturen von Institutionen/Organisationen und deren Handeln umfasst, wie etwa »eingeschliffene Gewohnheiten, etablierte Wertvorstellungen und bewährte Handlungsmaximen« (ebd.). Ein Beispiel wäre im hiesigen Schulsystem die systematische Benachteiligung von Schüler*innen, deren Erstsprache nicht die deutsche ist, setzt die Schule dies doch in ihrer Unterrichtspraxis im Allgemeinen voraus. Die individuelle Ebene umfasst schließlich unmittelbare Interaktionen zwischen Akteur*innen in verschiedenen gesellschaftlichen Kontexten. Das heißt, es handelt sich hierbei um spezifische Praxen, in denen ein ›Gegenüber‹ direkt rassistisch diskriminiert wird, bspw. in Form spezifischer Zuschreibungen/Annahmen. (Zu denken wäre etwa an die Frage einer *weißen* Person gegenüber einer Schwarzen Person, woher diese ursprünglich käme.) Diesen drei Ebenen ist noch eine – freilich nicht davon losgelöste (!) – »ideologisch-diskursive« hinzuzufügen (Schmidt/Dietrich/Herdel 2009, 163). Darunter sind (unausgesprochene) Normen, Werte und Ideale zu verstehen, die »in einem bestimmten Kontext wirksam sind, von der dominierenden Mehrheit als selbstverständlich anerkannt und bewusst oder unbewusst reproduziert werden« (ebd.).

Aufgrund seiner Wirkmächtigkeit und seiner vielfältigen Ausprägungsformen kann in Anlehnung an Mecheril/Melter (2010, 157) und Pierre Bourdieu Rassismus als »strukturierte und strukturierende« (Bourdieu 2003, 98) gesellschaftliche Struktur verstanden werden. Mit dieser Formulierung wird das Verhältnis von Akteur*innen zu gesellschaftlichen Strukturen thematisiert. Als strukturiert kann im Allgemeinen die Struktur der – wiederum jeweils kontextspezifischen und daher sehr unterschiedlichen – gesellschaftlich vermittelten Räume bezeichnet werden, in denen verschiedenartige Praxen von Akteur*innen vollzogen werden. Dies können bspw. »Subjektivierung[sprozesse]« sein, in denen spezifische Selbstverständnisse und Formen von Handlungsfähigkeit vermittelt und entwickelt werden (vgl. Mecheril/Melter 2010, 157). Auf der anderen Seite sind jene strukturierten Erfahrungen als strukturierend zu verstehen. Dies bedeutet, dass Akteur*innen auf der einen Seite zwar nicht außerhalb jener rassistischen Strukturen i.w.S. (s.o.) agieren können – insofern an diese ›angepasst‹ und entsprechend ›strukturiert‹ sind –, allerdings nicht ausschließlich von diesen determiniert werden. In diesem Sinne finden also verschiedene, teils widersprüchliche Formen¹³ der Re_Produktionen sowie Transformationen rassistischer Strukturen statt.

Dass der Zusammenhang von Akteur*innen, rassistischen Strukturen und deren Re_Produktion keineswegs als eindimensional-deterministisch zu verstehen ist, zeigt etwa Karin Scherschel (2006) mit ihrer empirischen Studie über rassistische Argumentationsfiguren auf. Jene verschiedenen Argumentationsfiguren arbeitete sie anhand durchgeführter Gruppendiskussionen mit Akteur*innen verschiedener gesellschaftlicher Milieus heraus. Ihre zentrale und empirisch plausibel gestützte Grundthese ist die der außerordentlich hohen Flexibilität von Rassismus, welche sich auf Akteur*innenebene nicht zuletzt in ganz verschiedenen Facetten, Situatio-

¹³ Vgl. dazu die Ausführungen in der nächsten Fußnote.

nen und abhängig von Lebenskontexten konkretisiere. Am Beispiel der Rezeption rassistischer (Medien-)Diskurse führt Scherschel Folgendes aus:

»In meiner Analyse finden sich unterschiedliche Anhaltspunkte, die auf eine Adaption [...] [des; J.H.] neorassistischen Diskurses hinweisen. Gleichwohl gehe ich nicht von einer nahtlosen Rezeption solcher Diskurse aus. Die [...] Rezeption des medialen Diskurses zeigt, dass gesellschaftliche Diskurse nicht unhinterfragt adaptiert werden, sondern Modifikationen erfahren. [...]

Die Flexibilitätsleistung von Rassismus, so meine zentrale These, liegt aber gerade darin, dass er je nach Standpunkt und Lebenskontext verschiedene Ausformungen erfährt.« (Ebd., 171)

Mit diesen Ausführungen wird deutlich, dass rassistische Diskurse zwar gesellschaftlich vermittelt sind, insofern Handlungen von Akteur*innen wesentlich mitstrukturieren, jedoch als spezifische Handlungsmöglichkeiten zu verstehen sind, die zumindest potentiell immer auch reflexionsfähig bleiben und Akteur*innen nicht ausschließlich automatisch ›steuern‹. In diesem Zusammenhang weist Scherschel darauf hin, dass bei den von ihr untersuchten Akteur*innen durchaus ein Bewusstsein von rassistischen (medialen) Bildern und deren Wirkmächtigkeit vorhanden gewesen wäre, es ihnen aber dennoch nicht ohne Weiteres möglich gewesen wäre, sich davon einfach zu distanzieren und gänzlich alternative zu artikulieren (vgl. ebd., 172).¹⁴

1.3 Rassismus als *weiße* Normalität

Rassismus manifestiert sich gesellschaftlich weniger auf repressive Art und Weise, sondern vielmehr in seiner Normalität. Paul Mecheril (2007, 4) unterscheidet in diesem Zusammenhang drei verschiedene Bedeutungsebenen von Normalität: (1) Rassismus rekuriere auf Normalitätsvorstellungen und ermögliche diese; (2) Rassismus sei ›normal‹ i.S. von alltäglich, »in der Normalität des Alltags angesiedelt« (ebd.). Schließlich (3) umfasse Normalität gesellschaftliche Gewöhnungseffekte an rassistische Vorkommnisse, infolgedessen diese teilweise gleichgültig zur Kenntnis genommen würden. Im Folgenden werde ich lediglich auf den erstgenannten Aspekt eingehen, weil er in einem unmittelbaren Zusammenhang zu dem bisher Dargestellten steht.

Normalitätsvorstellungen stellen Deutungsmuster, d.h. eine Art impliziten Orientierungswissens für Akteur*innen zur Verfügung. Im Zusammenhang mit rassistischen Konstruktionen macht Mecheril dabei auf »Imaginationen« aufmerksam, »also Vorstellungen, die das begreifbar machen sollen, was wir nicht begreifen« (ebd., 6). Denn: »Das, was ›normal‹ ist, gilt aufgrund von Imaginationen als erwartbar« (ebd.). Als Beispiel für etwas Nichtzubegreifendes verweist Mecheril auf den Begriff der Nation: eine zentrale Bezugsgröße und ein

¹⁴ Auf einer anderen Ebene wird das hier dargelegte Spannungsverhältnis in repräsentativen Umfragen zu rechten und rassistischen Einstellungen deutlich. Birgit Rommelspacher (2011, 49) führt dazu aus, dass »Menschen bzgl. ihrer Einstellung *nicht eindeutig* sind. So stimmen zwar viele z.B. der Aussage zu, dass zu viele ›Ausländer‹ in Deutschland leben, dieselben Leute glauben aber gleichzeitig, dass man sich angesichts der Globalisierung nicht einfach abschotten kann.« (Herv. i.Orig.) Auch würden viele den Prinzipien wie Gerechtigkeit, Gleichheit und Menschenrechten zustimmen, diese allerdings etwa Asylbewerber*innen nicht gleichermaßen zugestehen (vgl. ebd.).

»Zusammenhang [...], der uns ausmacht, den wir aber nicht wirklich adäquat erfassen können, weil bspw. in Bezug auf die Bundesrepublik Deutschland mehrere Zehnmillionen [sic] Menschen zu erfassen wären, was schlichtweg nicht möglich ist.« (Ebd.)

Die Funktionalität derartiger Imaginationen führt Hall (1999, 93; zit. nach ebd., 6) wie folgt aus: »Die [weißen; J.H.] Engländer sind nicht deshalb rassistisch, weil sie die Schwarzen hassen, sondern weil sie ohne die Schwarzen nicht wissen, wer sie sind.« Die Frage der (kollektiven) Identität bzw. je eigener natio-ethno-kultureller Zugehörigkeit werde demnach berührt und verhandelt. Allerdings werde nun ebendieser Aspekt nicht expliziert, wodurch gleichsam Macht- und Herrschaftsverhältnisse verschleiert würden: »Wie in vielen Herrschaftsverhältnissen wird das Wissen darum, wer ich [bin; J.H.], wer wir sind, nicht thematisiert, denn sonst müssten diese Herrschaftsverhältnisse thematisiert werden.« (Ebd., 7) Gleichwohl gäbe es dennoch ein Wissen darum, was das ›Eigene‹ vom ›Anderen‹ unterscheide (vgl. ebd.) – und welches in diesen imaginären Bildern ständig reproduziert werde. Damit aber wird deutlich, dass die dominante Position, von der aus die ›Anderen‹ konstruiert werden, unbenannt bleibt. Auf die Thematisierung dieser ›unsichtbaren‹ Position zielen in erster Linie die in den USA entstandenen Critical Whiteness Studies, auf die ich nun kurz näher eingehen werde.¹⁵

Der Ausgangspunkt dieser Perspektive ist nicht der oder die konstruierte ›Andere‹, sondern das »rassisierende Subjekt« (Dietze 2009, 219) selbst. Die Schwarze amerikanische Literaturnobelpreisträgerin Toni Morrison beschreibt diesen Perspektivenwechsel folgendermaßen: »Mein Vorhaben stellt eine Bemühung dar, den kritischen Blick [...] von den Beschriebenen und Imaginierten zu den Beschreibenden und Imaginierenden; von den Dienenden zu den Bedienten« zu wenden (Morrison 1992, 90; zit. nach Jungwirth 2004, 77). Auf diese Weise werden die gesellschaftliche Position sowie die damit zusammenhängenden Privilegien fokussiert, von denen aus diskriminiert wird.

Das zentrale Analysekonzept stellt Whiteness (deutsche Übersetzung: Weißsein)¹⁶ dar. Dieses Konzept scheint allerdings recht verschiedene Bedeutungen und Konnotationen aufzuweisen, so dass Eske Wollrad (2005, 37) von einer »Diffusität des Begriffs« spricht. Ohne an dieser Stelle das Whiteness-Konzept ausführlich diskutieren zu wollen, orientiere ich mich an den m.E. hilfreichen Ausführungen von Ingmar Pech (2006):

»Unter Whiteness ist [...] eine *Position* zu verstehen, von der aus ein Blickwinkel für Selbstbilder und Perspektiven auf Andere und die Welt eingenommen wird und Wissens- und Wahrnehmungsproduktion erfolgen, aus der kulturelle Handlungsweisen und Identitätspositionen herausgebildet werden, die *strukturelle Privilegien* und gesellschaftliche Vorteile konstituiert.« (Ebd, 75; Herv. J.H.)

¹⁵ Im Folgenden können nur einige zentrale Positionen vor dem Hintergrund meiner Untersuchung aufgezeigt werden. Für detaillierte Ausführungen verweise ich auf Eske Wollrad (2005), Maureen Maisha Eggers et al. (2009a) und Katharina Röggl (2012).

¹⁶ Katharina Walgenbach plädiert für den Gebrauch des englischen Begriffs anstelle von Weißsein, weil Weißsein einen essentialistischen Beiklang habe, Whiteness hingegen für ein »Gesamtkonzept von Konnotationen, Subjektpositionen, sozialer Ordnung, Kategorienbildung, Wahrnehmungsmustern, sozialer Erfahrung und vor allem für Macht und Dominanz« stehe (Walgenbach 2003, 136; zit. nach Wollrad 2005, 21).

Gesellschaftlich existieren demnach dominante *weiße* und marginalisierte Schwarze Positionen, die jedoch keineswegs vollkommen unveränderbar sind, sondern immer wieder in verschiedenen sozialen Praxen hergestellt werden und relational zueinander sind.¹⁷ Rassismustheoretisch bedeutet dies zudem, dass sowohl von Rassismus Betroffene als auch Nichtbetroffene rassifiziert werden.

Das zentrale Privileg *weiß* positionierter Akteur*innen besteht im Allgemeinen nun darin, dass sie das ›Allgemeingültige‹ einer *weißen* Mehrheitsgesellschaft re_präsentieren: »Die Erfahrung von Weiß-Sein besteht offenbar darin, dass sie nicht als partikular oder abweichend empfunden wird. Das sind die Privilegien, die damit verbunden sind, nicht markiert zu sein.« (Jungwirth 2004, 85) Die damit einhergehenden gesellschaftlichen Konsequenzen für die je verschieden positionierten Akteur*innen – d.h. unterschiedliche Formen von Diskriminierung oder Privilegierung – verdeutlicht Pech wie folgt:

»Weiße Personen werden überall entsprechend vorausgesetzt und erwartet. Damit gibt sich Whiteness nicht nur normal, sondern auch normativ und sichert das Machtverhältnis in subtiler Weise ab. Normativität stützt Hierarchien und asymmetrische Verhältnisse, reguliert einen gezielten Ausschluss, ohne gewaltförmig auftreten zu müssen[,] und wirkt über Normalismus und Segregation als eigentliches Medium der Diskriminierung.« (Pech 2006, 69)

Im Vorhandensein bzw. der Herstellung von bspw. rein *weißen* Räumen werde Rassismus auf jene subtile Art und Weise ausgeübt; gleichzeitig spiegele sich darin die rassistische Stratifikation der Gesellschaft wider (vgl. ebd., 71). Insofern sei Weißsein »eine Konstruktion, die eine rassifizierte, partikulare Position herstellt, die jedoch als Norm erscheint« und dadurch als nicht rassifiziert von einer *weißen* Dominanzgesellschaft angesehen werde (Dietrich 2010, 388). Dies zeige sich etwa darin, dass *weiß* i.d.R. nicht als eine Selbstbezeichnung *weiß* positionierter Akteur*innen gewählt und mitunter sogar als eine rassistische Bezeichnung von ihnen abgelehnt werde (vgl. ebd.).

Damit geht ein weiteres Privileg einher (vgl. Jungwirth 2004, 85): *Weiß* positionierte Akteur*innen haben in einer rassistisch strukturierten Gesellschaft die Macht, legitime Klassifizierungen der sozialen Welt zu re_produzieren, d.h. den Sinn der Welt von ihrer Position aus darzustellen und ›real‹ werden zu lassen – die bereits oben thematisierte Konstruktionsmacht wird hierbei virulent (siehe S. 18). Dazu gehört nicht zuletzt die fundamentale Frage, wer wen auf welche Art und Weise bezeichnet (oder bezeichnen ›darf‹). Die Schwarze Deutsche Noah Sow führt in diesem Zusammenhang bspw. aus, dass sich die Selbstbezeichnung Schwarz in weiten Teilen der deutschen Medien immer noch nicht durchgesetzt habe (vgl. Sow 2009, 20ff.).

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass durch das Whiteness-Konzept die Markierung von *weiß* positionierten Akteur*innen und deren – i.d.R. nicht intentionaler – Re_Produktion rassis-

¹⁷ Annette Dietrich veranschaulicht etwa am Beispiel irischer Einwander*innen nach Nordamerika die Umkämpftheit von Whiteness: »Im Prozess des Weißwerdens der irischen Einwander*innen forderten irische Hafenarbeiter*innen im 19. Jh. den Ausschluss von Arbeiter*innen mit deutschem Hintergrund, da sie nur mit Weißen arbeiten wollten.« (Dietrich 2010, 390)

tischer Strukturen und Diskurse fokussiert werden kann, so dass die Re_Präsentation als rassistisches *weißes* und gutes Selbst brüchig werde (vgl. Jungwirth 2004, 86). Selbstverständlich erscheinende – normalisierende – Praxen und Diskurse werden aus dieser Perspektive dahingehend beleuchtet, aus wessen gesellschaftlicher Position sie erfolgen und mit welchen Privilegien sie einhergehen. Auf diese Weise wird die Re_Produktion einer *weißen* Dominanzgesellschaft in den Blick genommen. Ein zentraler Aspekt besteht in der Thematisierung gesellschaftlicher Normalität und Normativität: Wer wird bspw. in Werbung, in Filmen bzw. allgemein in Medien auf spezifische Art und Weise re_präsentiert und wer ausgeschlossen? Wo gibt es rein *weiße* Räume und warum? Wer redet wie über wen bzw. artikuliert sich und wird gesellschaftlich wahrgenommen?

1.4 White charity: Rassismus und Paternalismus

Rassismus vermittelt und sichert Welt-/Fremd- und Selbstbilder sowie Selbstverständnisse (vgl. Messerschmidt 2006, 2), die mitunter eine mehrere Jahrhunderte alte Kontinuität aufweisen und im Kontext des europäischen Kolonialismus entstanden. So führt Rommelspacher (2009) aus, dass rassistische Konstruktionen vor dem Hintergrund von Ausbeutung und Versklavung die Funktion einer »Legitimationslegende« für die Europäer*innen gehabt hätten, um ihre kolonialen Praxen zu rechtfertigen (ebd., 26). Im Zuge der Aufklärung im 18. Jahrhundert und des aufkommenden humanistischen Diskurses über die Gleichheit aller Menschen¹⁸ habe dies den Versuch dargestellt, »die Ungleichbehandlung von Menschen ›rational‹ zu erklären« (ebd., 36): Schwarze hätten demgemäß als »›primitiv‹ und ›unzivilisiert‹« gegolten, den Europäer*innen gegenüber keineswegs als ebenbürtig (ebd., 25). María do Mar Castro Varela und Nikita Dhawan schreiben dementsprechend:

»Rationalisten, Modernisten und Liberale in Europa haben immer wieder – trotz des Eingeständnisses der begangenen Gewalttaten – hervorgehoben, dass Kolonialismus und Imperialismus letztlich der ›unzivilisierten‹ Welt die Aufklärung Europas, seine Rationalität und seinen Humanismus gebracht haben (vgl. Gandhi 1998: 32f.).« (Castro Varela/Dhawan 2005, 15)

Das europäische Selbstverständnis sei in diesem Sinne davon geprägt gewesen, die »Menschen in den Kolonien aus der ›Dunkelheit‹ ans ›Licht‹ des ökonomischen Fortschritts und der intellektuellen Entwicklung« Europas zu führen (ebd.). Die Dichotomien von rational vs. irrational/emotional, Wissenschaft/Wissen/Aufklärung vs. Aberglauben, fortschrittlich vs. unterentwickelt etc. prägten und prägen immer noch europäische Selbst- und Fremdbilder. Es handelt sich hierbei also um Wirklichkeitskonstruktionen, die »bis heute [zentral; J.H.] für ein hegemoniales *weißes* statisiertes Selbstverständnis« seien (Hornscheidt 2010, 453; kursiv i.Orig.). Evelyn Hayn (2010, 106) führt in diesem Zusammenhang aus, dass der Glaube an Fortschritt eine der »grundlegenden Antriebskräfte« der Aufklärung gewesen wäre – und Stuart Hall spricht vor die-

¹⁸ Dies galt jedoch nur für die *weißen* Männer*, nicht für die *weißen* Frauen*.

sem Hintergrund von einem grundlegenden Re_Präsentationssystem, das er als einen Diskurs von »de[m] Westen und de[m] Rest« bezeichnet (Hall 1994a, 137).

Dieser Diskurs konkretisiert sich bspw. in Form eines antimuslimischen Rassismus (vgl. dazu etwa Attia 2009), der spätestens seit dem Anschlag auf das World Trade Center am elften September 2001 eine neue Qualität erfahren hat und die Dichotomie vom liberalen ›Westen‹ einerseits und einem patriarchalen, rückständigen sowie antidemokratischen ›Islam‹ andererseits (weiter) zementiert. Aber auch im Kontext sog. Entwicklungszusammenarbeit spielt das Narrativ eines fortschrittlichen ›Westens‹ nach wie vor eine entscheidende Rolle. An dieser Stelle möchte ich lediglich exemplarisch auf den Dokumentarfilm von Carolin Philipp und Timo Kiesel mit dem Titel »›White charity‹. Schwarzsein & Weißsein auf Spendenplakaten« (White charity 2011) verweisen. Die Filmemacher*innen befassen sich darin mit der Re_Präsentation des afrikanischen Kontinents auf Spendenplakaten bundesdeutscher entwicklungspolitischer Organisationen. Deutlich wird in der Dokumentation der koloniale Blick auf den Kontinent Afrika gezeigt, der diesen als gänzlich homogenen mit Krisen, Hungersnöten und allgemeiner Unterentwicklung assoziiert. Mit Spenden könne den Menschen, vor allem auch Kindern, geholfen werden, so die vereinfachte zentrale Aussage vieler Spendenplakate und -aktionen. In derartigen Bildern und Zuschreibungen spiegelt sich ein paternalistischer Blick auf die ›Anderen‹ und den Globalen Süden¹⁹ insgesamt wider, der sich ebenso gegenüber *Flüchtlingen* bzw. allgemein im Kontext von *Flucht_Migration* manifestiert. Vor dem Hintergrund der Forschungsfrage nach den im Hellersdorfer Konflikt re_produzierten Bildern über *Flüchtlinge* (siehe S. 7) ist dieser Aspekt zentral, so dass ich im Folgenden auf das Konzept Paternalismus detaillierter eingehen möchte.

Die AG Sprache, Bildung und Rassismuskritik²⁰ definiert Paternalismus als spezifische Unterscheidung, bei der

»zwischen jenen, denen eine bestimmte Form von Unterstützung (Hilfe, Zuwendung, Unterricht[...]) zukommen soll (den ›Behandelten‹)[,] und denen, die solche Unterstützung zu geben in der Lage sind (›die Behandelnden‹)[,] unterschieden« wird. »Paternalistische Praxen konstituieren diesen Unterschied. Folgen wir der üblichen Verwendung des Begriffs Paternalismus, so ist das Verhältnis zwischen Beiden [sic] wiederum bestimmt durch das Ziel, das ›Wohl‹ der Behandelten zu erhöhen, wofür jedoch zugleich Einschränkungen – etwa ihrer Selbstbestimmung – durch die Behandelnden in Kauf genommen werden: Als paternalistisch werden solche Handlungen bezeichnet, die die Freiheit (oder äußere Autonomie) der Behan-

¹⁹ Mit dem Begriff Globaler Süden (Großschreibung wegen Eigenbezeichnung) wird im Folgenden »eine im globalen System benachteiligte gesellschaftliche, politische und ökonomische Position beschrieben. GLOBALER NORDEN hingegen bestimmt eine mit Vorteilen bedachte Position. Die Einteilung verweist auf die unterschiedliche Erfahrung mit Kolonialismus und Ausbeutung, einmal als vor allem Profitierende und einmal als vornehmlich Ausgebeutete.« (Glokal e.V. 2013, 8; Herv. i.O.) Weil es bei dem Begriffspaar um privilegierte bzw. deprivilegierte Positionen geht, ist dieses nicht primär geographisch zu verstehen: »Australien gehört beispielsweise genau wie Deutschland mehrheitlich dem Globalen Norden an, aber es gibt in beiden Ländern auch Menschen, die Teil des Globalen Südens sind, zum Beispiel Aboriginal Australians und illegalisierte Personen.« (Ebd.)

²⁰ Der AG gehören Mitglieder*innen der Universitäten Esslingen, Innsbruck, Oldenburg und Wien an (vgl. AG Sprache 2012, o.S.).

delten beschränken[,] um deren Wohlergehen zu schützen.« (AG Sprache 2012, o.S.)

Sind entsprechende paternalistische Konstellationen und Praxen nicht zuletzt für diverse pädagogische Kontexte konstitutiv, differenzieren die Autor*innen zunächst in zulässigen Paternalismus, der das Wohl und die Erweiterung der Handlungsfähigkeit des Gegenübers im Blick habe, sowie unzulässigen. Letzterer habe zwar ebenso das Wohl des Gegenübers im Blick, allerdings misslinge die Intervention aufgrund falscher Prämissen. Von diesen beiden Ausprägungen ist schließlich eine dritte zu unterscheiden: der »Pseudo-Paternalismus« (ebd.). Dieser gebe zwar rhetorisch vor, sich am Gegenüber zu orientieren, habe »faktisch aber anderes im Blick« (ebd.). Damit zielt Pseudo-Paternalismus auf politischer Ebene auf eine »Balance oder die imaginäre Einheit gesellschaftlicher Wirklichkeit«, sei folglich als »Disziplinierungsmaßnahme mit dem Ziel der Herstellung oder Legitimation von Dominanzverhältnisse[n]« zu verstehen (ebd.). Als Beispiel führen die Autor*innen die mit dem Integrationsdiskurs verbundene wirkmächtige Figur an, dass mit guten Deutschkenntnissen der gesellschaftliche Aufstieg von ›Migrant*innen‹ ermöglicht werde. Pseudo-paternalistisch sei diese Botschaft deshalb, weil »zum jetzigen Zeitpunkt nicht mit Sicherheit gesagt werden kann, ob Deutschkenntnisse in jedem Fall sozialen Aufstieg in Deutschland garantieren« (ebd.). Insofern zielt die Aussage eher auf die Herstellung nationaler Ordnung – die Einsprachigkeit im Schulsystem – als darauf, die Partizipation der ›Migrant*innen‹ an gesellschaftlichen Ressourcen zu fördern.

Paternalistische Argumentationsfiguren können also daraufhin befragt werden, ob diese als zulässig, unzulässig oder pseudo-paternalistisch, d.h. Macht- und Herrschaftsverhältnisse absichernd, zu charakterisieren sind. Im Kontext der vorliegenden Arbeit wird in diesem Sinne anhand der Texte zu fragen sein, um welche Formen des Paternalismus es sich ggf. handelt, wenn etwa über *Flüchtlinge* gesprochen wird. – Astrid Messerschmidt (2006) weist in diesem Zusammenhang ferner auf entsprechende ›Fallstricke‹ von Solidaritätsbekundungen bzw. Parteinahmen ›Schwächeren‹ gegenüber hin, die stets in der Gefahr stünden, koloniale Muster zu re produzieren:

»Solange man sich mit Schwachen solidarisieren und Starke bekämpfen kann und solange man dabei eine dritte Position einzunehmen in der Lage ist, also weder zu den einen noch zu den anderen gehören muss, bleiben koloniale Denkweisen innerhalb von Solidaritätsbewegungen erhalten und konkretisieren sich in einer doppelten Erwartung: Ich kann für den/die Andere/n sprechen; und diese Anderen verhalten sich so, dass sie der von mir bezeugten Solidarität Tribut zollen. Wer diese Solidarität ausübt, pflegt ein bestimmtes Bild von Befreiung, das denjenigen, mit denen man sich solidarisiert, zugeschrieben wird. Deren Position behauptet man zu kennen und vertreten zu können. Bedient werden dabei Bilder von den Unterdrückten als Opfer, also genau die kolonialen Identifikationen der Unterlegenheit. Aus Solidarität wird Support.« (Ebd., 4)

Demgegenüber schlägt Messerschmidt eine »reflektierende Solidarität« vor, die die Grenzen der Übereinstimmung und die Unmöglichkeit, die Kämpfe anderer Menschen für die eigenen zu

halten, reflektiere (vgl. ebd.). Mit Aithal (2004) erinnert sie daran, dass keine Position beanspruchen könne, für die »Unterdrückten zu sprechen«, und dass es »keine authentische Stimme der Unterdrückten« gäbe (Messerschmidt 2006, 4). Messerschmidt nennt schließlich zwei Kriterien für jene Form reflektierender Solidarität (vgl. ebd., 6): erstens das Zulassen von Komplexität, d.h. die Frage, in welchem Verhältnis Vereinfachungen und ›Auslassungen‹ auf der einen und Widersprüche bzw. Spannungsfelder auf der anderen Seite zueinander stünden. Zweitens geht es Messerschmidt um die bereits angesprochene Re_Präsentation der ›Anderen‹: Wer spricht über wen auf welche Art und Weise, und welche Bilder des ›Anderen‹ dominieren dabei? Diese Fragenkomplexe sind für die Analyse der Texte in dieser Arbeit gleichermaßen relevant (siehe Abschnitt 1.7).

1.5 Zum Verhältnis von Rassismus und Rechtsextremismus

Vor dem Hintergrund, dass in der öffentlichen Auseinandersetzung um die *Flüchtlings*unterkunft das Phänomen Rechtsextremismus eine zentrale Rolle spielt, wird im Folgenden das Verhältnis von Rassismus und Rechtsextremismus thematisiert.²¹ Im Zusammenhang dieser beiden Konzepte innerhalb der deutschsprachigen Sozialforschung spielt zweifelsohne die bundesdeutsche Geschichte, d.h. der Holocaust und der gesellschaftliche Umgang damit nach 1945 eine entscheidende Rolle. Denn der Begriff Rassismus galt aufgrund des Nationalsozialismus auf aktuelle Vorkommnisse bezogen – wie bspw. Diskriminierung von natio-ethno-kulturell ›Anderen‹ – wegen der systematischen Vernichtung von Jüd*innen und Roma einerseits als verharmlosend und andererseits als eine Überbewertung bzw. Dramatisierung (vgl. Mecheril/Scherschel 2009, 40). Somit war das Konzept Rassismus jahrzehntelang ausschließlich der Rechtsextremismusforschung vorbehalten, die damit in erster Linie politische Haltungen und vor allem Gewalthandlungen entsprechend orientierter Gruppierungen am ›rechten Rand‹ der Gesellschaft begrifflich gefasst hat (vgl. ebd.; ebenso Butterwegge 2000, 17f.). Dagegen sind Gewaltphänomene, die nicht mit organisierten rechtsextremen Gruppierungen in Zusammenhang gebracht wurden, seit den 1960er Jahren mit »Hilfe des Begriffs Ausländerfeindlichkeit etikettiert« worden (Mecheril/Scherschel 2009, 40) – und ab den späten 1980er Jahren sowie teils bis heute mit dem Begriff Fremdenfeindlichkeit (vgl. Terkessidis 2004, 44). Ähnliches kann auch für die Einstellungsforschung – repräsentative Umfragen zu rechtsextremen Einstellungen in der Bevölkerung Deutschlands – konstatiert werden. So verwenden die Autor*innen der sog. Mitte-Studien, einer seit 2002 im Abstand von zwei Jahren regelmäßig durchgeführten repräsentativen Umfrage zu rechtsextremen Einstellungen in Deutschland, nach wie vor den Be-

²¹ Gleichwohl hier der Begriff Rechtsextremismus verwendet wird, ist dieser in vielerlei Hinsicht als mindestens problematisch anzusehen (vgl. dazu etwa Oppenhäuser 2011). Neben der inhaltlich großen Bandbreite, die er abdeckt (vgl. Stöss 2007, 26), ist auf dessen Einführung durch die bundesdeutschen Verfassungsschutzbehörden hinzuweisen. Mit dem Konzept soll(ten) Bestrebungen gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung Deutschlands abgebildet werden (vgl. ebd., 17). An dieser verfassungsrechtlichen Bestimmung ist zu kritisieren, dass Links- wie Rechtsextremismus gleichermaßen als gegen eine demokratisch angenommene ›Mitte‹ gerichtet konstruiert werden, wobei entsprechende Zusammenhänge von ›Mitte‹ und Rechtsextremismus ausgeblendet werden. Zudem werden Links- wie Rechtsextremismus abstrakt als Bedrohung angesehen, ohne deren unterschiedliche inhaltliche Positionen zu thematisieren.

griff Ausländerfeindlichkeit (vgl. exemplarisch Decker/Kiess/Eggers/Brähler 2016, 37ff.) und vermeiden auf diese Weise konsequent den Begriff Rassismus. Letzterer wird zwar in einer weiteren – ebenso seit 2002 durchgeführten – repräsentativen Studie auf Grundlage des Konzepts der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit verwendet, allerdings in gleicher Weise der Begriff Fremdenfeindlichkeit in Abgrenzung zu Rassismus²² (vgl. exemplarisch Zick/Krause/Berghan/Küpper 2016, 37ff.).

Der Rechtsextremismusbegriff ist keineswegs unumstritten und eindeutig definiert (vgl. u.a. Stöss 2007, 24). Eine recht allgemeine, in der Literatur öfter zitierte Definition hat Hans-Gerd Jaschke (2001, 30) vorgeschlagen:

»Unter ›Rechtsextremismus‹ verstehen wir die Gesamtheit von Einstellungen, Verhaltensweisen und Aktionen, organisiert oder nicht, die von der rassistisch oder ethnisch bedingten sozialen Ungleichheit der Menschen ausgehen, nach ethnischer Homogenität der Völker verlangen und das Gleichheitsgebot der Menschen-Deklarationen ablehnen, die den Vorrang der Gemeinschaft vor dem Individuum betonen, von der Unterordnung des Bürgers unter die Staatsräson ausgehen und die den Wertpluralismus einer liberalen Demokratie ablehnen und Demokratisierung rückgängig machen wollen. Unter ›Rechtsextremismus‹ verstehen wir insbesondere Zielsetzungen, die den *Individualismus* aufheben wollen zugunsten einer völkischen, kollektivistischen, ethnisch homogenen Gemeinschaft in einem starken Nationalstaat und in Verbindung damit den *Multikulturalismus* ablehnen und entschieden bekämpfen.« (Herv. i.Orig.)

Wichtig ist zunächst die hier vorgenommene Unterscheidung von Einstellungen, Verhaltensweisen und Aktionen. Damit umfasst das Konzept so verschiedene Aspekte wie etwa rechtsextreme Einstellungen in der Gesellschaft,²³ die Wahl einer rechtsextremen Partei oder die Teilnahme an einer Demonstration (Verhaltensweisen) sowie bspw. einen organisierten Angriff auf politische Gegner*innen (Aktion). Mit Bezug auf die Ausführungen Jaschkes stellt Richard Stöss (2007, 25) vier zentrale Merkmale des Rechtsextremismus heraus:

- übersteigter Nationalismus und Großmachtstreben bzw. eine feindselige Haltung anderen Staaten/Völkern gegenüber;
- Negation universeller Freiheits- und Gleichheitsrechte;
- Ablehnung parlamentarisch-pluralistischer Systeme zugunsten autoritärer oder faschistischer Herrschaftsformen;
- Propagierung einer sog. natürlich gewachsenen, ethnisch homogenen Volksgemeinschaft, bei der Staat und Volk eine Einheit bilden, die sich im Ideal einer (Führer-)Person manifestiert.

²² Das Rassismusverständnis ist in diesem Zusammenhang sehr eng gefasst und bezieht sich im Wesentlichen auf eher ›klassisch‹ biologische ›Rasse‹-Konstruktionen der Höherwertigkeit der ›Eigengruppe‹ (vgl. Zick et al. 2016, 37).

²³ Meist werden darunter folgende Ideologeme verstanden: ›Ausländerfeindlichkeit‹, Sozialdarwinismus, Antisemitismus, Chauvinismus, Verharmlosung des Nationalsozialismus sowie Befürwortung einer rechtsgerichteten Diktatur (vgl. etwa Decker/Brähler 2006, 20f.).

Die sog. Volksgemeinschaft kann als ideologischer Dreh- und Angelpunkt eines rechtsextremen Weltbildes angesehen werden. Denn damit geht die Imagination einer Art Schicksalsgemeinschaft einher, die darüber bestimmt, wer – jeweils in fest definierter Position – dazugehört und wer ausgeschlossen wird. Dadurch werden schließlich soziale Hierarchien biologisiert und gefestigt. Birgit Rommelspacher bezeichnet in diesem Sinne Rechtsextremismus als »politisches Konzept«, das auf »die Verfasstheit der Gesellschaft abzielt« (Rommelspacher 2006, 131), d.h. mit einer bestimmten Gesellschaftsordnung verbunden ist. Diese habe zum Ziel, das politische System umzugestalten: »Die Politik wird gewissermaßen ebenfalls [wie die sozialen Hierarchien; J.H.] ›biologisiert‹, da sie sich dem ›Naturgesetz‹ des Kampfes aller gegen alle zu unterwerfen hat.« (Ebd., 130f.)

Rechtsextremismus kann unter dieser Perspektive mit Rommelspacher als über das Phänomen Rassismus hinausgehend betrachtet werden, beziehe Ersterer sich nicht nur auf die Hierarchie zwischen natio-ethno-kulturell ›Anderen‹ und ›Eigengruppe‹, sondern gleichermaßen auf weitere gesellschaftliche Dominanzverhältnisse wie etwa »auf die zwischen den Geschlechtern, zwischen Menschen unterschiedlicher sexueller Orientierung, auf Menschen, die aus der Norm fallen und als ›Asoziale‹ diffamiert werden[,] oder in Bezug auf Menschen mit Behinderungen.« (Ebd., 131) Allerdings verweise Rassismus auf ein »Phänomen gesellschaftlicher Werte, Normen und Praxen«, das auf jahrhundertealter Tradition von Dominanz und Ausgrenzung basiere: »In diesem Sinne ist der Rassismus allgemeiner als der Rechtsextremismus.« (Ebd.) Des Weiteren, so kann hier in Anlehnung an Rommelspacher ausgeführt werden, ist Rassismus durch seine weit zurückreichende Geschichte äußerst vielschichtig und komplex, was sich nicht zuletzt in seinen sehr unterschiedlichen gesellschaftlichen Erscheinungsformen und seiner Flexibilität widerspiegelt: Wie in den vorigen vier Unterkapiteln gezeigt wurde, geht Rassismus keineswegs in manifester Ausgrenzung von oder in Gewalt bestimmten Personengruppen gegenüber auf, sondern manifestiert sich als subtiles normalisierendes und normierendes Ordnungssystem. Insofern ist Rechtsextremismus in gewisser Weise ›eindeutiger‹ und klarer konturiert (i.S. eines politischen Konzepts und seiner hiermit implizierten Zielrichtung) als Rassismus.

Vor dem Hintergrund einer hier vertretenen rassismuskritischen Perspektive wird Rassismus als ein grundlegendes gesellschaftlich-strukturelles Phänomen betrachtet, das auch ohne Rechtsextremismus besteht. Umgekehrt gilt dies jedoch nicht, denn es existieren verschiedene ›Anschlussstellen‹ an rassistische Praxen und Diskurse der sog. Mitte. Aus diesem Grund ist Stephan Bundschuhs Vortragstitel (den er in Anlehnung an Max Horkheimer formuliert)²⁴ »Wer vom Rassismus nicht sprechen will, sollte vom Rechtsextremismus schweigen [...]« (Bundschuh 2010, 4), durchaus treffend. Gleichzeitig weist Bundschuh darauf hin, dass es wichtig sei, die unterschiedlichen Gegenstandsbereiche der Rassismus- und Rechtsextremismusforschung zu benennen, ggf. aufeinander zu beziehen und beide Perspektiven nicht einfach gegeneinander auszuspielen (ähnlich auch die Argumentation von Scherr 2009b). So ersetze et-

²⁴ Horkheimer (1939, 115; zit. nach Bundschuh 2010, 4) schreibt: »Wer aber vom Kapitalismus nicht reden will, sollte auch vom Faschismus schweigen«.

wa die Auseinandersetzung mit »Alltagsrassismus und institutionelle[m] Rassismus nicht die Beobachtung und Auseinandersetzung mit den politischen Projekten von Personen, Gruppen und Parteien«, die auf die Errichtung eines autoritären oder faschistischen Regimes hinarbeiten würden (Bundschuh 2010, 10). Auf der anderen Seite ist mit Astrid Messerschmidt (2010, 41) kritisch anzumerken, dass bei einer (zu) starken Fokussierung auf Rechtsextremismus die Gefahr besteht, sich von Rassismus gesellschaftlich zu distanzieren. Denn: Rassistisch sind mit derartigen Konstruktionen stets ›die Rechten‹ – die ›Anderen‹ –, die »nicht zur Mehrheit der Gesellschaft dazugehören und denen man mit Aufklärungsprogrammen und Integrationsangeboten beikommen zu können meint« (ebd., 46). Insofern ist es wichtig, bei der Betrachtung und Analyse von rechtsextremen Phänomenen immer auch Rassismus i.S. einer grundlegenden gesellschaftlichen Struktur mitzudenken und ggf. Zusammenhänge von Rassismus sowie rechtsextremen Phänomenen zu reflektieren und herauszustellen.²⁵

1.6 Rassismus, Antirassismus und Rassismuskritik

Wird der zentralen These gefolgt, dass Rassismus ein grundlegendes Strukturprinzip der Gesellschaft darstellt, dann resultiert daraus, dass es in letzter Konsequenz keine Position außerhalb von Rassismus geben kann. Dadurch wird jedoch die grundlegende Frage virulent, inwiefern eine antirassistische Position einzunehmen überhaupt möglich ist – bzw. genauer, welche Probleme und Widersprüche damit verbunden sind. Im Kontext der vorliegenden Arbeit scheint mir dieser Gesichtspunkt deshalb relevant zu sein, weil zum einen auch Texte sich dezidiert antirassistisch und/oder antifaschistisch verstehender Akteur*innen untersucht werden. Zum Zweiten ist das *Selbstverständnis* – gleichwohl dies mitunter nicht expliziert wird – der großen Mehrheit der in den Konflikt um die *Flüchtlingsunterkunft* involvierten Akteur*innen nicht rassistisch, d.h., diese grenzen sich größtenteils (mindestens) von rassistischen und rechtsorientierten Positionen ab. Daher ist in diesem Zusammenhang die grundlegende Frage interessant, in welche – ggf. implizit rassistische – Logiken derartige Argumentationen involviert sind.

Paul Mecheril und Claus Melter (2010, 170ff.) formulieren vor diesem Hintergrund drei problematische, miteinander zusammenhängende Aspekte antirassistischer Argumentationen: Moralismus, Essentialismus sowie Reduktionismus. Unter Moralismus verstehen sie eine spezifische dualistische, auf die Kategorien von Schwarz und *Weiß* sich begründende Weltsicht, in der Schwarze nur als machtlose Opfer dargestellt würden, demgegenüber *Weiß*e ausschließlich in Rassismus verstrickt seien (vgl. ebd. 171). Dementsprechend gebe es Positionen, die außerhalb von Rassismus liegen und die gleichsam wissen würden, »was das ›Richtige‹ und was das ›Falsche‹ ist« (ebd.). Es wird demnach aus einer moralischen – und somit (be-)wertenden – Perspektive heraus gehandelt, ohne eigenes Involviertsein zu reflektieren. Damit geht allerdings ebenso ein spezifischer Essentialismus einher. Dieser homogenisiere und viktimisiere die von Rassismus Betroffenen als handlungsunfähige Opfer – und vice versa die *Weiß*en als

²⁵ Dies gilt ebenso für die anderen Ideologeme des Rechtsextremismus (siehe dazu die Fußnote 23, S. 27).

Täter*innen.²⁶ Dies ist insofern problematisch, als dadurch zum einen »Differenzen innerhalb der marginalisierten Gruppe« (ebd.) eingegeben und zum anderen weitere »gesellschaftlich bedeutsame Differenzlinien (z.B. Klassen- und Geschlechterverhältnisse)« übersehen würden (ebd. 171f.). Der Reduktionismus schließlich biete einfache Problem- und Lösungsstrategien gegenüber Rassismus an – so etwa, wenn Rassismus als Vorurteil oder schlicht als Propaganda der herrschenden Klasse aufgefasst würde (vgl. ebd. 172).

Indem also die gesellschaftliche Komplexität, die gesamtgesellschaftliche Vermitteltheit von Rassismus auf verschiedenen Ebenen (siehe Abschnitt 1.2) sowie das Involviertsein in rassistische Diskurse und Praxen unterschiedlich positionierter und nichteindeutiger/nichtidentischer Akteur*innen (plurale Identitäten, Mehrfachzugehörigkeiten u.a.) letztlich in allen drei von Mecheril/Melter genannten Aspekten nicht ausreichend berücksichtigt wird, werden rassistische (Unterschieds-)Logiken – freilich nichtintendiert – hervorgebracht.

Ähnlich argumentiert auch Claudia Machold (2009), die zwischen einer unmittelbaren und mittelbaren Reproduktion von Rassismus unterscheidet (vgl. ebd. 382). Unter mittelbarer Reproduktion versteht sie

»Effekte, die rassismusstabilisierende Wirkung haben, weil die antirassistische Praxis bzw. das antirassistische Wissen nicht gänzlich kompatibel mit dem Phänomen Rassismus ist, ihn also nicht erfassen kann und somit nicht zu ›treffen‹ vermag. Gleichzeitig wird so der gesellschaftliche Diskurs zu Rassismus in diesem das Phänomen nicht grundlegend erfassenden Sinne stabilisiert. Von unmittelbar spreche ich, wenn der rassistische Diskurs oder seine Grundlagen (z.B. Rassenkonstruktionen [...]) und Wirkungen (z.B. segregierte Gesellschaft) durch (anti-rassistische) Diskurse bzw. soziale Praxis wiederhergestellt werden.« (Ebd.)

Beide Formen der Reproduktion von Rassismus schließen sich allerdings nicht gänzlich aus, was Machold am Beispiel der Annahme, dass Rassismus in Form von Fremdenfeindlichkeit ein Vorurteil sei, erläutert (vgl. ebd., 384f.): Durch eine derartige Definition von Rassismus werde dieser auf einen »bestimmten Ausschnitt der Wirklichkeit« festgelegt, der andere Erscheinungsweisen von Rassismus ausschließe (mittelbare Reproduktion). Des Weiteren werde dadurch eine Fremd- sowie Nicht-fremd-Unterscheidungslogik hervorgebracht, die ›Rasse‹-Konzeptionen reifiziere (unmittelbare Reproduktion) (vgl. ebd., 385). In diesem Sinne reproduzieren Moralismus, Essentialismus und Reduktionismus unmittelbar sowie mittelbar »strukturelle Momente« (Mecheril/Melter 2010, 171) von Rassismus.

Machold (2009) weist schließlich darauf hin, dass ein Wissen über Rassismus selbst immer diskursiv vermittelt sei, »in einem bestimmten Kontext Gültigkeit hat und Wahrheiten produziert« (ebd., 383), d.h. im Foucault'schen Sinne stets umkämpft ist und selber Machteffekte zeitigt, mitnichten als ›neutral‹ anzusehen ist. Die Dichotomie Rassismus - Antirassismus ist in letzter Konsequenz somit als kontraproduktiv anzusehen, weil diese einer vereindeutigenden

²⁶ Auch Hall warnt vor den politischen Konsequenzen einer derartigen Perspektive, die sich als antirassistisch versteht: »Wir können schwarze Politik nicht länger mit der Strategie eines simplen Modells von Umkehrungen machen, indem auf den Platz des bösen alten, wesenhaften weißen Subjekts das neue wesentlich gute, schwarze Subjekt gesetzt wird.« (Hall 1994b, 19)

Unterscheidungslogik verhaftet bleibt. Als einen möglichen Umgang mit diesem hier skizzierten Dilemma schlagen Mecheril/Melter (2010) eine dekonstruktive Lesart als Teil einer rassismuskritischen – und nicht antirassistischen (!) – Perspektive vor (vgl. ebd., 177). Das auf Jaques Derrida zurückgehende Verfahren der Dekonstruktion zielt auf das Aufspüren und Freilegen »binärer Oppositionen, um der Veränderlichkeit von Bedeutungen Rechnung zu tragen« (ebd.). In diesem Sinne könne diese Perspektive durch Oppositionsbildungen einhergehende Wertungen und Ausschlüsse sowie dominante und homogenisierende Deutungen aufzeigen und destabilisieren und andere – plurale und heterogene – Deutungen stärken (vgl. ebd.).

Letztgenannter Punkt ist insofern zentral, will eine rassismuskritische Perspektive nicht ausschließlich in der Kritik »verharren« und sich womöglich dem Verdacht aussetzen, in sämtlichen Diskursen – zugespitzt formuliert – nur Rassismus zu ent-decken. Dies würde zudem einem ewigen und geschlossenen Kreislauf der Re_Produktion von Rassismus gleichkommen. Aus diesem Grund geht es vielmehr darum, »alternative Unterscheidungen deutlich zu machen« (ebd., 172) bzw. – vorsichtiger formuliert – »Suchbewegungen«, die in diese Richtung gehen, vorzuschlagen. Gleichwohl diese nicht losgelöst von gesellschaftlichen Strukturen existieren, ermöglichen sie ggf. gleichermaßen Veränderungsperspektiven und zielen mitunter darauf, »auf Rassekonstruktionen beruhende beeinträchtigende, disziplinierende und gewaltvolle Unterscheidungen« zumindest zu schwächen (ebd.). Das Aufzeigen von Veränderungsperspektiven stellt somit einen wichtigen Bestandteil von Rassismuskritik dar.

Die von Mecheril, Melter und Machold referierten Hinweise sind also als analytische Suchrichtungen zu verstehen, entsprechende Diskurse und Praxen dahingehend zu befragen, inwiefern darin »strukturelle Momente rassistischen Denkens« (Mecheril/Melter 2010, 171) re_ produziert oder aber auch geschwächt werden.

1.7 Eine rassismuskritische Perspektive: Frage- und Suchrichtungen für die Textanalyse

Vor dem Hintergrund des bisher Ausgeführten sowie der Spezifik der zu analysierenden Texte ergeben sich verschiedene Fragerichtungen für eine rassismuskritische Analyse, die ich abschließend verdichtet ausführen möchte. Der folgende Katalog versteht sich damit als analytisches Raster, das die Analyse der Texte leitet.

(1) Rassismusverständnis: Ausgehend davon, dass Rassismus im Kern als machtvolle natio-ethno-kulturelle Unterscheidungspraxis zu verstehen ist, stellen sich zunächst allgemein folgende Fragen:

- Inwiefern kommen in den Texten derartige Unterscheidungslogiken vor?
- Wie wird dabei inhaltlich argumentiert (biologistisch-rassistisch, kulturrassistisch, paternalistisch)?
- Inwiefern sind in Rassismus involvierte Argumentationsfiguren explizit oder eher implizit, d.h. »zwischen den Zeilen« zu finden?

- Inwiefern wird Rassismus in seiner ›Normalität‹ und seinen institutionellen Verankerungen angesehen?

(2) Reflexivität und Perspektivität der Sprecher*innenposition(en):²⁷ Ein zweiter wichtiger Aspekt stellt die Position derjenigen Akteur*innen dar, die in den Konflikt um die *Flüchtlingsunterkunft* involviert sind:

- Welche Akteur*innen artikulieren sich in dem Konflikt – und welche auch nicht?
- Inwiefern handelt es sich bei den involvierten Akteur*innen um solche der *weißen* Mehrheitsgesellschaft?
- Inwiefern werden ggf. dominante *weiße* Positionen reflektiert, werden brüchig o.Ä. oder aber zementiert?

(3) Paternalismus: Im Zusammenhang von Sprecher*innenpositionen sind folgende Aspekte zentral:

- Inwiefern kommen paternalistische Argumentationen vor, und wer artikuliert diese aus welcher Position heraus?
- Wer gibt ggf. vor, für wen zu sprechen und wen re_präsentieren zu wollen?
- Inwiefern werden Formen von Paternalismus und sich daraus ergebende Dilemmata von den Akteur*innen reflektiert?

(4) Verhältnis von Rassismus und Rechtsextremismus:

- Welche Funktion hat das Konzept Rechtsextremismus im Zusammenhang mit Rassismus?
- Inwiefern wird Rassismus ggf. externalisiert mit dem Konzept Rechtsextremismus – oder aber als ›eigenständiges‹ Phänomen angesehen?

(5) Verhältnis von Rassismus und Antirassismus: Schließlich sind folgende Aspekte relevant:

- Auf welche Weise werden rassistische Logiken re_produziert, aber auch destabilisiert?
- Werden ggf. re_produkative Formen von Rassismus (Moralismus, Essentialismus, Reduktion) reflektiert?

²⁷ Mit Sprecher*innenposition meine ich hier, inwiefern Sprecher*innen von rassistischen Strukturen profitieren oder davon negativ betroffen sind (siehe dazu Unterkapitel 1.3).

2 Anknüpfungspunkte an Forschungsarbeiten

Soweit ich sehe, existieren im engeren Sinne keine Untersuchungen, die der hier vorliegenden deutlich ähneln; gleichwohl gibt es welche, die damit in einem Zusammenhang stehen und somit entsprechende Anknüpfungspunkte darstellen. Dabei können (mindestens) drei verschiedene thematische Stränge identifiziert werden, auf die ich im Folgenden näher eingehen werde: (1) die Re_Präsentation von *Flüchtlingen*; (2) die Auseinandersetzung in lokalen Kontexten mit dem Phänomen Rechtsextremismus und (3) verschiedene Untersuchungen im Zusammenhang der Eröffnung von Asylunterkünften.

2.1 Re_Präsentation von *Flüchtlingen*

Die Fragestellung nach in der Hellersdorfer Auseinandersetzung re_produzierten Bildern über *Flüchtlinge* macht es erforderlich, auf Forschungsarbeiten einzugehen, die sich mit dieser Thematik beschäftigen. Bei der Durchsicht der Literatur fällt hierbei auf, dass ein Großteil thematisch verschieden fokussierte und methodisch durchgeführte Untersuchungen der Medienberichterstattung zum Themenkomplex der Re_Präsentation von »Migrationsandere[n]« (Mecheiril 2002, passim) beinhaltet. Das bedeutet, darin geht es nicht ausschließlich um *Flüchtlinge*, sondern allgemein von in Deutschland lebenden »Migrant*innen«. ²⁸ Wesentlich seltener werden in diesem Zusammenhang hingegen politische Diskurse näher untersucht. Ausnahmen stellen nicht zuletzt die Dissertationen von Anja Mikler (2005) sowie Christine Morgenstern (2001) dar. Erstere fokussierte den Migrationsdiskurs politischer Eliten in der Bundesrepublik Deutschland von 1999 bis 2002 anhand von Bundestagsreden sowie Zeitungsartikeln verschiedener Medien. Konkret untersuchte Mikler (Argumentations-)Strategien der Gleichheit bzw. Ungleichheit am Beispiel der Debatten um die doppelte Staatsbürgerschaft (im Jahr 1999), die Forderung nach einer deutschen Leitkultur (im Jahr 2000) sowie die Steuerung der Einwanderung (in den Jahren 2000-2002) (vgl. Mikler 2005, 551). Ein Ergebnis hinsichtlich von Strategien der Ungleichheit stellt der Gebrauch des Topos des »kriminellen Ausländers« (ebd., 568) und die Kritik an bikulturellen Identitäten in allen drei thematischen Feldern dar. Die Strategie der Gleichheit hingegen stelle nach Mikler das »Paradigma der homogenen nationalen Identität« in Frage, »indem die erweiterten Risiken und Chancen bi- und multikultureller Identitäten ausgewogen erörtert werden« (ebd., 567f.). In den Debatten um die Steuerung der Zuwanderung dominiert der Nutzen von Zuwanderung: »Der neue Leitsatz lautet[...], die Bundesrepublik sei ein kulturell vielfältiges Land«, welches Einwanderung benötige, u.a. wegen des Fachkräftemangels sowie des demographischen Wandels (ebd., 569).

Vor dem Hintergrund eines i.w.S. ideologiekritischen Rassismusverständnisses (ähnlich wie es auch in dieser Arbeit zum Tragen kommt) untersuchte Christine Morgenstern Bundestagsdebatten zum Themenfeld Einwanderung, ausgehend von den 1950er Jahren, der Anwer-

²⁸ Insofern wird in diesem Kontext stets eine Vielzahl an Themenkomplexen berührt – wie bspw. das viel diskutierte Thema der sog. Integration.

bung von sog. Gastarbeiter*innen, bis zu den 1990er Jahren, in denen das Grundrecht auf Asyl maßgeblich eingeschränkt wurde. Insgesamt zeigt sie auf, wie im Zeitverlauf unterschiedliche diskursive rassistische Formierungen re-produziert werden, die jeweils auf einer Differenz zwischen den ›Deutschen‹ und den ›Anderen‹ beruhen. So führt Morgenstern bspw. aus, wie sich der kulturrassistische Differenzdiskurs, der von einer Unvereinbarkeit ›verschiedener Kulturen‹ ausgeht, im Laufe der 1980er Jahre in der bundesdeutschen Politik durchsetzte (vgl. Morgenstern 2001, 344ff.). Nicht zuletzt im Zusammenhang wirtschaftlicher Interessen habe dies ein Deutungsmuster bereitgestellt, um zwischen »erwünschten und unerwünschten ›Ausländern‹ unterscheiden zu können« (ebd., 472). Insgesamt werden in Morgensterns Analyse trotz diskursiver Verschiebungen im Zeitverlauf spezifische Kontinuitäten hinsichtlich negativ konnotierter Bilder und Zuschreibungen gegenüber ›Migrationsanderen‹ sehr deutlich.

Jene negativen Bilder dominieren gleichermaßen mediale Diskurse. Vor dem Hintergrund diverser und teils äußerst heterogener Medienanalysen möchte ich zunächst auf eine Synopse quantitativer Untersuchungen (u.a. Inhaltsanalysen) eingehen, die den Zeitraum von 1972 bis 2000 umfassen. Der Autor* Daniel Müller (2005) kommt darin auf einer inhaltlichen Ebene zu dem allgemeinen Fazit einer überwiegend negativen Berichterstattung über sog. Ausländer. Ein zentraler Aspekt ist in diesem Zusammenhang das Themenfeld Kriminalität: »›Ausländer‹ werden deutlich häufiger mit (ggf. anwachsender) Kriminalität und zumal bestimmten (besonders Drogen- und Gewalt-)Delikten in Verbindung gebracht als Deutsche« (ebd., 100). Ferner würden ›Ausländer‹ häufig als gesellschaftlicher »Kostenfaktor« (ebd.) sowie »als Fremdkörper dargestellt« (ebd., 101). Letzteres impliziert ebenso den Topos der sog. Überfremdung. Schließlich ist die Unterscheidung nach verschiedenen Statusgruppen zentral: »Besonders negativ erscheinen z.B. Asylbewerber, weniger negativ ausländische Arbeitnehmer, positiv dagegen z.B. Spitzensportler. Hier ergibt sich eine Skala der dargestellten Bedrohlich- bzw. Schädlichkeit, die von den Asylbewerbern angeführt wird.« (Ebd.) Des Weiteren würde zwischen verschiedenen Herkunftsländern differenziert: »Besonders negativ erscheinen z.B. Migranten aus der außereuropäischen ›Dritten Welt‹, aber auch aus der Türkei und vom Balkan« (ebd.). In diesem Sinne konstatiert Müller ein Fehlen positiver Berichterstattung – mit Ausnahme einer »*Goodwill*-Berichterstattung, sozusagen [eine; J.H.] demonstrative publizistische Sonderleistung« (ebd., Herv. i.Orig.). Bedeutsam ist schließlich, dass ›Ausländer‹ »meist als behandelte Objekte«, aber kaum »als handelnde Subjekte« erschienen, und »zwar oft bewertet (und häufig negativ), werten aber selbst kaum« (ebd.).

Zentraler Fokus verschiedener qualitativer Studien, insbesondere von Diskursanalysen, sei »die Rolle der Sprache bei der Delegitimierung und Stigmatisierung von Angehörigen ethnischer Minderheiten« (ebd., 107). In diesem Sinne dominierten »Bedrohungsmetaphern« und »delegitimierende Benennungen« (ebd., 108). Inhaltlich gehe es dabei vor allem um die Themen Kriminalität und Bedrohung gesellschaftlicher Ressourcen durch ›Migrationsandere‹ (vgl. ebd.). – Zu insgesamt sehr ähnlichen Befunden gelangen ebenfalls Stefan Wellgraf (2008; zit. nach Spindler 2008, 284), der in den Medien die grundlegende Tendenz zur Dramatisierung

von Migration wahrnimmt, sowie Christoph Butterwegge und Gudrun Hentges in ihrem Sammelband (vgl. Butterwegge/Hentges 2006).

Vor dem Hintergrund der in dieser Arbeit eingenommenen rassismuskritischen Perspektive, welche zugleich eine macht- und gesellschaftskritische darstellt (siehe Kapitel 1), gehe ich im Folgenden detaillierter auf die Dissertation von Simon Goebel (2017) ein, weil seine Untersuchungsperspektive dezidiert machtkritisch (i.S. Foucaults) ausgerichtet ist. Goebel analysiert – beziehungsweise auf Ansätze der Kritischen Diskursanalyse und der Cultural Studies – 15 sog. Politiktalk-Sendungen von ARD und ZDF im Zeitraum von 2011 bis 2014, in denen Flucht thematisiert wurde (vgl. ebd., 26). Dabei interessiert ihn die grundlegende Frage, wie *Flüchtlinge* und Flucht von der Moderation und den Gästen konstruiert werden. Der oben formulierte allgemeine Befund negativer Bilder und Zuschreibungen gegenüber ›Migrationsanderen‹ wird deutlich bestätigt: Goebel konstatiert, dass bis auf drei Ausnahmen sämtliche Sendungen grundsätzlich als »konfliktverschärfend« zu bewerten seien (ebd., 393). Das bedeutet die Darstellung von Flucht_Migration als etwas Außergewöhnliches und im Kern stets Bedrohliches. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, dass nicht zuletzt die Moderator*innen der verschiedenen Sendungen »immer wieder auf die Quantität der Geflüchteten [zielen; J.H.] und [...] damit maßgeblich ein quantitatives Bedrohungsszenario« erzeugt hätten (ebd., 392). Des Weiteren stellt Goebel eine grundlegende Aktiv-passiv-Dichotomie fest, durch die *Flüchtlinge* in erster Linie als

»passive Objekte repräsentiert [werden; J.H.]. Geflüchtete werden aufgenommen, gerettet, anerkannt, abgeschoben, freundlich empfangen oder gehasst. Es ist keine oder kaum die Rede davon, dass sich Geflüchtete selbst gerettet haben, dass sie dabei enorme Risiken eingegangen sind, dass sie trauern, Ängste und Sorgen haben, hilfsbereit sind oder Wünsche für ihre Zukunft haben usw. Wenn es um die aktive Rolle Geflüchteter geht, geschieht das ausschließlich in negativen Kontexten wie Kriminalität oder ›Asylmissbrauch‹. Allenfalls Aussagen bezüglich der hohen Arbeitsmotivation Geflüchteter verweisen auf eine positiv konnotierte und aktive Rollenzuschreibung.« (Ebd., 392)

Schließlich identifiziert Goebel insgesamt drei hegemoniale Machtstrukturen reproduzierende Diskursstränge, die die Talkshows durchziehen (vgl. ebd., 395ff.): den Identitätsdiskurs, einen ökonomisierenden Kosten-Nutzen-Diskurs sowie den Ordnungs- und Steuerungsdiskurs. Der Identitätsdiskurs konstruiert und festigt im Kern eine *weiß-deutsch-nationale* Identität, infolgedessen »[t]ransnationale oder transkulturelle Perspektiven« vollständig fehlten (ebd. 395). Geflüchtete würden auf diese Art und Weise in ihrer ›Fremdheit‹/›Andersheit‹ immer wieder angerufen und hervorgebracht. Ferner würde generell in nationalstaatlichen Kategorien bzw. supranationalen (wie der EU) argumentiert, so dass politische Zielsetzungen »nie auf die Förderung des globalen Wohlstands gerichtet [sind; J.H.], sondern [...] immer die Förderung und den Erhalt des Wohlstands im eigenen Grenzbereich« betreffen (ebd.). – Der ökonomisierende Kosten-Nutzen-Diskurs bezieht sich auf die Notwendigkeit von fehlender Arbeitskraft in Deutschland – oder aber, umgekehrt, auf die Belastung durch Transferleistungen an *Flüchtlinge*, die

gleichsam als Motivation für Flucht_Migration nach Deutschland angesehen würden (vgl. ebd., 396). – Schließlich besteht der – allerdings keineswegs neu in der Debatte konstatierte (vgl. etwa Hess/Tsianos 2007) – Ordnungs- und Steuerungsdiskurs darin, dass Flucht_Migration grundsätzlich als irregulär angesehen werde und demzufolge konsequent zu steuern und zu begrenzen sei. In diesem Sinne führt Goebel aus: »Die hegemoniale Normativität der Sesshaftigkeit und der Nationalstaatlichkeit führt zu dem zwingenden Prinzip, dass Menschen nur dann Grenzen überschreiten, wenn sie dies sollen, also wenn sie dies kontrolliert und gesteuert tun.« (Goebel 2017, 379)

Die korpuslinguistische Untersuchung²⁹ von Maria Becker (2015) berührt ebenfalls für die hier zu verfolgende Fragestellung relevante Aspekte, gleichwohl die von ihr eingenommene Perspektive keineswegs machtkritisch, sondern vielmehr als deskriptiv zu bezeichnen ist. Die Autorin geht in ihrer Untersuchung grundsätzlich der Frage nach, wie das Thema Asyl »in den Jahren 2013 und 2014 in öffentlichen medialen Kontexten bearbeitet und verhandelt« wurde (ebd., 26). Den Korpus bilden dabei gut 5.000 Texte aus verschiedenen Zeitungen Deutschlands, Diskussionen in Onlineforen und Politik-Talkshows (vgl. ebd., 20, 49). Becker identifiziert drei zentrale Themenfelder in dem Diskurs³⁰ um Asyl: Verantwortung, Angst und Fremdenfeindlichkeit (vgl. ebd.). Bemerkenswert sind Beckers Ausführungen zu den ersten beiden Themenfeldern hinsichtlich meiner Untersuchung insofern, als sie eine Relation zwischen ›Migrationsanderen‹ und einem ›Wir‹ berühren, die im Zusammenhang mit Rassismuskritik stets virulent ist (siehe dazu die obigen Unterkapitel 1.3, 1.4). Becker stellt eine Diskrepanz beim Thema Verantwortung zwischen den Presstexten einerseits sowie Forentexten und Talkshows andererseits fest. In den Onlineforen »werden die *Flüchtlinge* selbst, oft aber auch die Regierungen der Herkunftsländer, für ihr Schicksal verantwortlich gemacht, zumeist sprechen die Nutzer im unmittelbaren Kontext Deutschland, Europa oder auch sich selbst explizit frei von Verantwortung«, was in gleicher Weise überwiegend auf die Talkshowsendungen zuträfe (ebd., 73). In den Presstexten erscheine dieser Aspekt hingegen nicht, vielmehr werde dort das Thema der politischen Verantwortung i.S. der konkreten Zuständigkeit für die *Flüchtlinge* in Deutschland erörtert (vgl. ebd., 72). Insgesamt werden also zwei verschiedene, sich nicht ausschließende Ebenen von Verantwortung im Kontext von Flucht_Migration sichtbar und öffentlich diskutiert. – Hinsichtlich des Themenfeldes Angst zeigt Becker, dass die Subjekte der Angst in allen drei Medienformaten »fast ausschließlich die Menschen, die in Deutschland leben«, darstellen würden, während »die ›Angst‹ der Asylbewerber nur selten thematisiert wird« (ebd., 110). Entsprechend negativ konnotiert – und vor dem Hintergrund obiger Ausführungen wenig erstaunlich – seien die Objekte der Angst dann vor allem »*Flüchtlinge*, *Krieg* oder *Einbrüche* und Abstrakta wie *Überfremdung* oder *Zukunft*« (ebd.; Herv. i.Orig.).

²⁹ Becker führte zunächst hermeneutische Analysen durch, um spezifische Themen zu identifizieren, und im Anschluss daran die korpuslinguistische (vgl. Becker 2015, 27). In diesem Zusammenhang wird allerdings nicht klar, auf welche Art und Weise jene hermeneutischen Analysen durchgeführt wurden.

³⁰ Unklar, da nicht weiter expliziert, bleibt hier das Diskursverständnis. M.E. wäre hier präziser von einer Debatte zu sprechen, da ein Diskurs (i.S. der Diskursforschung) zwar als forschungsrelevante Hypothese vorausgesetzt werden kann, jedoch konkret empirisch nachzuweisen ist.

Während sich die bisher referierten Untersuchungen nicht ausschließlich mit *Flüchtlingen* gegenüber tendenziell ablehnenden Texten bzw. Akteur*innen befassen, fokussiert die Untersuchung von Marieluise Mühe (2017) ebendiese. Die Autorin untersucht rassistischkritisch die Facebook-Einträge zweier Bürgerinitiativen von September 2015 bis Mitte Januar 2016, die gegen *Flüchtlinge* mobilisieren (ebd., 33): »Bürgerinitiative X« einer westdeutschen Großstadt und die »Bürgerinitiative Freital steht auf« bei Dresden (ebd., 9). Die Fragestellung zielt auf die sprachliche Bezeichnung von *Flüchtlingen* sowie ihnen gegenüber zugeschriebene Merkmale und Eigenschaften (ebd., 33). Trotz wesentlicher Unterschiede zwischen beiden Bürgerinitiativen (so sind offen rassistische Positionen in der Freitaler Bürgerinitiative Konsens, während in der »Bürgerinitiative X« ebenso Gegenmeinungen artikuliert werden) gäbe es viele thematische Gemeinsamkeiten (vgl. ebd., 60): befürchtete Gewaltbereitschaft und Kriminalität sowie die Annahme, dass *Flüchtlinge* nicht wirklich politisch verfolgt seien. Ferner dominiere das Bild des männlichen, muslimischen und frauenverachtenden *Flüchtlings* (ebd., 61) – ein deutlicher Hinweis auf antimuslimischen Rassismus, der mit entsprechenden ›traditionellen‹ Geschlechterrollen-Annahmen einhergehe. Des Weiteren würden hohe finanzielle Belastungen zum »Nachteil der einheimischen Bevölkerung oder zumindest der unteren sozialen Schichten« beklagt (ebd.) und verschiedenartige Bedrohungsszenarien imaginiert, wie etwa »der Verlust von Sicherheit, Ordnung und Rechtsstaatlichkeit in der näheren Umgebung« (ebd., 62). Insgesamt konstatiert Mühe eine deutliche Trennlinie zwischen ›Deutschen‹ und *Flüchtlingen*: »Geflüchtete Menschen verkörpern das Gegenteil dessen, was der deutschen Bevölkerung im Diskurs zugeschrieben wird.« (Ebd., 63)

Bei aller Kontinuität der hier aufgezeigten Themen und Inhalte kann jedoch keineswegs davon ausgegangen werden, dass diese durchweg konstant re_produziert werden – vielmehr sind Diskurse und Bilder über natio-ethno-kulturell ›Andere‹ stets abhängig von gesellschaftlichen Ereignissen. Insofern sind Diskurse gleichermaßen von »Vielgestaltigkeit, Fluidität und Widersprüchlichkeit« gekennzeichnet (Pichler/Schmidtke 2004, 50; zit. nach Goebel 2017, 390). Als Beispiel dafür gehe ich abschließend kurz auf die Medienberichterstattung über *Flüchtlinge* aus dem Jahr 2015 in Deutschland ein, die in einem Artikel von Petra Hemmelmann und Susanne Wegner überblicksartig dargestellt ist. Die Autorinnen* konstatieren für das Jahr 2015 insgesamt vier verschiedene Phasen der Berichterstattung (vgl. Hemmelmann/Wegner 2016, 23): In der ersten, von Januar bis April, stellen sie eine überwiegend negative Berichterstattung fest, bei der *Flüchtlinge* primär als »Opfer von Kriegen, Krisen oder Schlepperbanden« oder aber als »›Wirtschaftsflüchtlinge‹, die es auf den deutschen Sozialstaat abgesehen hätten«, konstruiert würden (ebd.). Vor dem Hintergrund unzähliger verunglückter *Flüchtlinge* im Mittelmeer im April werde in einer zweiten Phase vermehrt über *Flüchtlinge* berichtet. Es erschienen in diesem Zusammenhang mehr individuelle Porträts, allerdings bleibe ihre »Geschichte weiterhin auf ihr Leid oder auf ihre Bemühungen konzentriert, nicht an der deutschen Bürokratie zu scheitern« (ebd., 24). Von August bis Oktober, als relativ viele *Flüchtlinge* nach Deutschland kommen, hätten sich die Medien zu den »Anwälte[n] der Flüchtlinge« (ebd., 25) gemacht und sich

gar in einen »Überbietungswettbewerb um Empathie und Willkommenseuphorie« gesteigert (ebd., 26). Im letzten Quartal des Jahres tendiert die Berichterstattung dann deutlich in die genau entgegengesetzte Richtung: So werde das »Für und Wider der Ende September eingerichteten Grenzkontrollen zwischen Deutschland und Österreich« sowie das Thema »Flüchtlingskriminalität« stark fokussiert (ebd., 27). Insofern dominiert wiederum eine negative Berichterstattung. – Vor dem Hintergrund weiterer Untersuchungen der Autorinnen*, ausgewerteter Facebook-Posts von CDU/CSU, FDP, AfD, SPD, LINKEN und Grünen von Mitte August bis Ende September 2015, konstatieren sie für diesen Zeitraum eine Zweiteilung der »gesellschaftliche[n] Meinungslandschaft«: »Die Zuwanderungskritiker von AfD und CSU waren es, die zunehmend mehr Fans aggregierten und für ihre abwehrende Haltung hinsichtlich der weiteren Aufnahme von Flüchtlingen Unterstützung durch die Online-Gemeinde bekamen« (ebd., 34). Entsprechend folgte dann die mediale Reaktion in den letzten Monaten des Jahres 2015 zeitverzögert in diese Richtung.

Vor dem Hintergrund des Ausgeführten sind zusammenfassend folgende Tendenzen festzuhalten: Flucht_Migration wird keineswegs als normal, sondern als außergewöhnlich und im Kern als etwas zu Verhinderndes bzw. stark zu Regulierendes angesehen. Insofern wird Flucht_Migration grundsätzlich negativ geframt und damit ebenso kritisiert. *Flüchtlinge* – gleichwohl hierarchisiert – werden stets als die ›Anderen‹ mit überwiegend negativen Zuschreibungen konstruiert. Schließlich ist eine nahezu durchgehend verobjektivierende Redeweise über *Flüchtlinge* festzustellen, in der die subjektive Perspektive der Betroffenen selbst kaum eine Rolle spielt.

2.2 Lokale Kontexte und Rechtsextremismus

Meine Untersuchung bezieht sich auf einen konkreten lokalen Raum – den Stadtbezirk Marzahn-Hellersdorf – und fokussiert in erster Linie lokal agierende Akteur*innen. Wie im empirischen Teil noch zu zeigen sein wird, spielt dabei das Phänomen Rechtsextremismus als Deutungsressource im Konflikt um die Asylunterkunft eine zentrale Rolle. Obgleich Rechtsextremismus und Rassismus keineswegs identisch sind (siehe dazu Unterkapitel 1.5), werden manifeste gewalttätige Formen von Rassismus gesellschaftlich oft (auch) als rechtsextreme Phänomene gedeutet und sich davon i.d.R. von Politik und Zivilgesellschaft distanziert (vgl. exemplarisch Schellenberg 2014a). In diesem Zusammenhang wird nicht zuletzt häufig bestimmten Akteur*innen – Gruppierungen – Rechtsextremismus zugeschrieben, wobei Rassismus nicht weiter thematisiert wird. Rassismus kann allerdings – etwa in Form von Diskursen über ›Migrationsandere‹ – verschiedenen Ausprägungen von Rechtsextremismus durchaus einen Nährboden bieten, d.h. ihn ermöglichen und/oder verstärken. Vor diesem Hintergrund können beide Phänomene trotz ihrer grundsätzlichen Verschiedenheit nicht vollkommen isoliert voneinander betrachtet werden. Insofern weisen Studien, die i.w.S. Voraussetzungen und Bedingungen eines lokalen Rechtsextremismus untersuchen, eine Relevanz und Anknüpfungspunkte für diese Arbeit auf, weshalb ich im Folgenden exemplarisch auf vier Studien näher eingehen werde. Im Zusammenhang der hier verfolgten Fragestellung nach (Problem-)Deutungen innerhalb des Hel-

lersdorfer Konflikts geht es dabei nicht um eine erschöpfende Auflistung gelungener oder misslungener Maßnahmen in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, sondern vielmehr um die Frage nach dem lokalen Umgang mit rechtsextremen Phänomenen und damit zusammenhängenden (Problem-)Deutungen.

In ihrer Studie »Rechtsextremismus in lokalen Kontexten« untersuchen Matthias Quent und Peter Schulz vier lokale Kontexte in Thüringen hinsichtlich der Fragestellung, welche Faktoren die »Resilienz lokaler Gemeinschaften gegenüber den Spielarten des Rechtsextremismus« begünstigen (Quent/Schulz 2015, 12). Die im Zeitraum von 2012 bis 2014 untersuchten lokalen Kontexte waren die Großstädte Jena und Erfurt, die Kleinstadt Saalfeld sowie die eher ländlich strukturierte Gemeinde Kahla. Ein zentraler Befund der Studie lautet, dass die lokale politische Kultur »einer der zentralen Faktoren [ist; J.H.], der die Stärke des organisierten Rechtsextremismus beeinflusst.« (Ebd., 279) Politische Kultur bestimmen die Autoren* dabei in Bezugnahme auf Ausführungen von Gabriel Almond und Sidney Verba (vgl. Almond/Verba 1963; zit. nach Quent/Schulz 2015, 24) anhand von vier zentralen Merkmalen, die jeweils als Einstellungen der Bürger*innen zu verstehen sind: der Bezug zum politischen System (bspw. die Akzeptanz von dessen Aufbau); die »Bewertung der Leistungsfähigkeit« politisch-administrativer Prozesse; die Beziehung zu Formen und Möglichkeiten demokratischer Beteiligung(en) und schließlich die »Selbstwahrnehmung als aktiv Teilnehmende des politischen Prozesses« (ebd.).

Die zentralen Unterschiede in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus an den untersuchten Orten zeigen sich Quent/Schulz zufolge hinsichtlich der beiden letztgenannten Aspekte: Entsprechend schwache Ausprägungen bezeichnen sie als »subject political culture« – d.h. eine Art ›Untertanenkultur‹ – mit einer wenig ausgeprägten Zivilgesellschaft, die organisierten Rechtsextremismus begünstige, »wenn sie nicht dadurch ausgeglichen wird, dass lokalpolitische Eliten [...] das Engagement gegen Rechtsextremismus fördern« wie bspw. in Saalfeld (ebd., 279). In der Gemeinde Kahla hingegen sei ein entsprechendes Engagement der Lokalpolitik nicht gegeben, was Rechtsextremismus noch bestärke, da »seine Kritiker innerhalb der Stadtgesellschaft vereinzelt sind und er sich so als Sprachrohr der schweigenden Mehrheit gerieren kann. Nicht die Rechtsextremen, sondern ihre Gegner nehmen sich als isoliert bzw. ausgegrenzt wahr« (ebd., 280), mitunter als »Nestbeschmutzer« (ebd., 278). Infolgedessen würden Gegenaktivitäten zu Rechtsextremismus als Partikularinteressen Einzelner angesehen und gerade nicht als lokale ›gemeinsame‹ Herausforderung (vgl. ebd., 289). In einer »participant political culture« (ebd., 279) hingegen – wie die Forscher* es in Jena und Erfurt beobachten konnten – sei zivilgesellschaftliches Engagement gegen Rechtsextremismus als Teil demokratischer Vollzüge angesehen und akzeptiert worden (vgl. ebd.).

Die politische Kultur weist nun wiederum einen Einfluss auf die Angebotsstrukturen rechter Akteur*innen auf: Bei starken Gegenaktivitäten finde eher ein Bezug auf das ›eigene‹ Klientel statt, umgekehrt eher ein Werben in der Öffentlichkeit für entsprechende Positionen (vgl. ebd., 290). – Die beiden Autoren* unterstreichen insgesamt, dass Rechtsextremismus nicht auf einfache Determinanten wie Demographie oder sozioökonomische Strukturen zurückzuführen sei (vgl. ebd., 289), sondern sich vielmehr im Kontext spezifischer (lokal-)politischer Kulturen ent-

falte. Vor diesem Hintergrund ist es nicht zuletzt entscheidend, ob lokale politische Akteur*innen Rechtsextremismus überhaupt als grundlegendes Problem ansehen oder ob die Thematisierung von Rechtsextremismus als ›Störung‹ wahrgenommen wird.

In eine ähnliche Richtung gehen auch die Ergebnisse der Studie von Rainer Strobl, Stefanie Würtz und Jana Klemm, in der sie in den Jahren 2000 bis 2002 zwei Kleinstädte in Thüringen und Brandenburg untersuchten (vgl. Strobl/Würtz/Klemm 2003). Ausgehend von der grundlegenden Annahme, dass eine spezifische Problemdefinition – eine Rahmung – Einfluss auf Handlungspotentiale und Strategien gegen Rechtsextremismus habe, zielt ihre Untersuchung darauf, Einflussfaktoren auf jene lokalen Rahmungsprozesse zu identifizieren (vgl. Klemm/Strobl/Würtz 2006, 117f.). Zentrale Einflussgröße sei die jeweils vorherrschende politische Kultur, die als Art und Weise definiert wird, wie unter »zentralen lokalen Akteuren Konsens über ein Problem erzeugt wird« (ebd., 134). Dabei dominiere in der einen Stadt das Modell der »pluralistischen Gesellschaft«, in der jeweils unterschiedliche politische Positionen diskutiert und ausgehandelt würden, und in der anderen Stadt das Modell der »konfliktlosen Gemeinschaft« (ebd.; Herv. gestr. J.H.), das zu einer »Konfliktvermeidung in der öffentlichen Debatte« führe (ebd., 136). Letzteres habe maßgeblich zu der Rahmung von Rechtsextremismus als unpolitischer Jugendgewalt beigetragen – mit entsprechender fachinstanzlichen Kontrolle –, infolgedessen die Stadtgesellschaft aus ihrer Verantwortung entlassen worden sei (vgl. ebd., 139). Ersteres hingegen habe in der anderen Kleinstadt ein breites Bündnis von Bürger*innen/Gruppen aktiviert und sich ebenso auf die Lokalpolitik ausgeweitet, so dass die Stadtgesellschaft insgesamt im ›Handeln gegen rechts‹ aktiviert worden sei (vgl. ebd.). Im Fall der konfliktlosen Gemeinschaft hätten hingegen Gruppen agiert, die Rechtsextremismus als Problem definierten, demgegenüber aber allein und isoliert gewesen seien. Dazu konstatieren die Autor*innen:

»In einer solchen Situation müssen Akteure, die sich für Probleme engagieren und sich damit exponieren, befürchten, dass ihr Engagement abgelehnt wird, weil Minderheitenmeinungen unter den Bedingungen des favorisierten Harmonie-Ideals eher auf Ablehnung stoßen.« (Ebd., 136)

Die Parallele zu der in der Studie von Quent und Schulz dargestellten stigmatisierenden Bezeichnung als ›Nestbeschmutzer‹ drängt sich hier auf.

Des Weiteren ist die Studie von Josef Held und anderen (vgl. Held/Bibouche/Dinger/Merkle/Schork/Wilms 2008) aufschlussreich. Die Autor*innen untersuchen darin eine wirtschaftlich prosperierende, ländlich und kleinstädtisch geprägte Region Baden-Württembergs in den Jahren 2006 bis 2007, in der es vermehrt zu rechtsextremen Aktivitäten kam (vgl. Bibouche/Held 2009; 259, 269). Auch hier spielt das Konzept der politischen Kultur eine zentrale Rolle, das ganz allgemein spezifische Werte, Orientierungen, Einstellungen und das Verhalten von Bürger*innen hinsichtlich politischer Aspekte umfasst, welche wiederum von sehr verschiedenen Faktoren vermittelt werden (bspw. Milieuzugehörigkeit, Status und Disposition sowie materielle Bedingungen) (vgl. ebd., 262). Hauptzielgruppe der Untersuchung stellten Jugendliche und

junge Erwachsene dar, darüber hinaus wurden ebenso Kommunalpolitiker*innen als auch Multiplikator*innen befragt (vgl. ebd., 264f.).

Ein zentrales Untersuchungsergebnis besteht in der außerordentlich guten Integration und Anerkennung von rechtsorientierten Akteur*innen (vgl. ebd., 269f.). Die Grenzen zwischen Anerkennung und Nichtanerkennung jener Akteur*innen – etwa in Folge der Ausübung von Gewalt – seien dabei fließend und gerade nicht eindeutig (vgl. ebd., 274). Rechte Orientierungen³¹ seien in der Region insgesamt relativ stark verbreitet und stünden in einem deutlichen Zusammenhang mit einer ausgeprägten lokalen Orientierung: »Dieser empirische Befund verweist darauf, dass *Lokalismus* in der untersuchten Region eine entscheidende Voraussetzung ist für die Entwicklung rechter Orientierungen.« (Ebd., 270; Herv. i.Orig.) Diese lokalen Orientierungen würden zudem mit einer starken »Familien- und Cliquenbildung« einhergehen, die insgesamt ein rechtsextremes Gedankengut förderten (ebd., 272; Herv. gestr. J.H.). Insgesamt zeigen die Autor*innen mit ihrer Studie, dass das zentrale Problem in der Akzeptanz und Normalisierung rechten Gedankenguts und im Agieren rechter Akteur*innen liegt, das von einer spezifischen lokalen politischen Kultur hervorgebracht wird und zugleich entsprechende Auswirkungen auf diese hat.

Abschließend gehe ich auf die Fallstudie von Britta Schellenberg (2014a) ein. Diese ist deshalb für die vorliegende Untersuchung aufschlussreich, weil es der Autorin* um die öffentliche Thematisierung bzw. Verhandlung von Rassismus und damit zusammenhängende Folgen geht. Schellenberg analysiert Argumentationen und Deutungen verschiedener Akteur*innengruppen – wie der Lokal-, Landes- und Bundespolitik, der extremen Rechten, der regionalen und überregionalen Medien sowie von Polizei und Staatsanwaltschaft – vor dem Hintergrund eines rassistischen Überfalls. Dieser wurde im Sommer 2007 in der sächsischen Kleinstadt Mügeln während eines Stadtfests verübt, bei der eine Gruppe von Menschen mit indischer Migrationsgeschichte, die in Mügeln und Umgebung wohnten, von einer »rechtsradikalen« Gruppe angegriffen wurde (Schellenberg 2014b, 19). – Ein wichtiger Befund der Autorin* besteht darin, dass sie eine weitestgehende Abwehrhaltung des Bürgermeisters* und der Lokalpolitik Mügels gegenüber dem rassistischen und neonazistischen Hintergrund des Angriffs feststellt: »Sie beteiligen sich nicht an Aufklärungsversuchen, sondern begleiten diese kontraproduktiv, erklären den Einsatz gegen Rassismus schlicht für ›politisch‹, geißeln ihn als unerwünscht und untersagen ihn, wenn sie können.« (Ebd., 47) Des Weiteren würden nicht zuletzt Journalist*innen, Landespolitiker*innen und antirassistische sowie antifaschistische Akteur*innen, die Rassismus und Neonazismus in Mügeln thematisieren, verbal attackiert und kriminalisiert (vgl. ebd., 76f.). In gleicher Weise problematisiert Schellenberg die polizeiliche Ermittlungsarbeit, welche

»von einem vorurteilsgeleiteten Umgang zum Nachteil der Geschädigten und zum Vorteil der Tatverdächtigen [gekennzeichnet war; J.H.]. Die polizeilichen Ermittlungen haben die Berichte der unmittelbaren Zeugen, der diensthabenden Polizis-

³¹ Held et al. sprechen nicht von rechtsextremen, sondern von rechtsorientierten Einstellungen. Darunter fassten sie drei Komponenten: nationale, rassistische und autoritäre Einstellungen (vgl. Held et al. 2008, 97).

ten und der Geschädigten keineswegs zielführend aufgegriffen und aufgearbeitet.« (Ebd., 71)

Schellenberg bringt die Reaktion der Lokalpolitik mit einem »autoritär-patriarchalischen Machtgefüge der Kleinstadt« in Zusammenhang, welche »nach dem Vorfall einen gewaltigen Konformitätsdruck entfaltete« (ebd., 75). Dadurch sei keine lokale und kontrovers geführte Debatte über den Angriff und dessen Hintergründe entstanden, sondern Rassismus und Rechtsextremismus seien – nicht zuletzt durch den Bürgermeister* – konsequent negiert worden (vgl. ebd.). – Vor dem Hintergrund zahlreicher stattgefundener rechter Aggressionen und Straftaten in der Kleinstadt in den Monaten und Jahren nach dem Angriff (vgl. ebd., 65f.) konstatiert Schellenberg schließlich eine »rassistische Hegemonie« in Mügeln: »Dem Hass der Neonazis ausgesetzte Menschen müssen Angst haben[,] in Mügeln zu leben. Eine kritische Thematisierung von Rassismus und extrem rechter Gewalt ist unmöglich geworden.« (Ebd., 66)

Hinsichtlich der hier eingenommenen rassismuskritischen Perspektive ist abschließend folgende Gesamteinschätzung der Autorin* bemerkenswert: Charakteristisch sei, dass der Angriff und dessen Folgen

»überwiegend als Rechtsextremismus-Debatte geführt wird – selbst als die Ermittlungsbehörden die Fehlinformation streuen, Rechtsextremismus habe nichts mit dem Fall zu tun. Obwohl Bundespolitik und Medien betonen, nicht Rechtsextremismus, sondern Fremdenfeindlichkeit/Rassismus/Menschenfeindlichkeit seien ursächlich, kategorisieren viele Akteure das Thema weiterhin unter ›Rechtsextremismus‹. Damit zeigt sich, dass das Phänomen der Fremdenfeindlichkeit/Rassismus in Deutschland kaum eigenständig als Problem thematisiert wird.« (Schellenberg 2014a, 294f.)

Das Phänomen der marginalen Thematisierung von Rassismus kann mit Astrid Messerschmidt (2010) als ein »Distanzierungsmuster von Rassismus« im öffentlichen Diskurs angesehen werden, bei dem Rassismus in den Rechtsextremismus verlagert und folglich als dieser verhandelt werde (vgl. ebd., 45ff.). Vor diesem Hintergrund ist es wenig verwunderlich, wenn Schellenberg (2014a) ausführt, dass ihre Analyse »die – zumindest eingeschränkte – Gültigkeit einer Anti-Rechtsextremismus-Norm« aufzeige (ebd., 297):

»So verurteilen alle von mir untersuchten Akteure Rechtsextremismus [...]. Allerdings zeigt sich, dass diese Anti-Rechtsextremismus-Norm nicht gleichzusetzen ist mit demokratischen oder menschenrechtlich fundierten Normvorstellungen. Es hat sich gezeigt, dass die lokale und (mit Einschränkung) auch die regionale Politik die (Rechts-)Extremismus-Debatte vor allem führte, um sich nicht mit menschenrechtlichen Normen (Fremdenfeindlichkeit/Rassismus etc.) auseinandersetzen zu müssen.« (Ebd.)

Eine Anti-Rechtsextremismus-Norm bedeutet somit noch keineswegs eine konsequente Anti-Rassismus-Norm. Insofern zeigt das Beispiel Mügeln eindrucksvoll die Notwendigkeit einer rassismuskritischen Perspektive und die damit verbundene Thematisierung der vielfältigen Dimensionen von Rassismus in der Gesellschaft auf.

Insgesamt kann vor dem Hintergrund der vier referierten Studien resümiert werden, dass eine zentrale Ebene in der Deutungsmacht lokaler politischer Phänomene liegt, die auf die jeweils vorherrschende politische Kultur verweist, aus der wiederum ein entsprechender Umgang mit dem Phänomen Rechtsextremismus resultiert (vgl. dazu auch Borstel/Heinrich 2010, 512): Werden rechte und rassistische Phänomene toleriert, entpolitisiert und nicht grundlegend problematisiert, sind die Voraussetzungen für einen Erfolg rechter Akteur*innen und die Erstarkeung rechter Gewalt günstig. In diesem Sinne sind dann schließlich, wie die Untersuchungen von Held et al. sowie Schellenberg zeigen, nicht an demokratisch-menschenrechtlichen Prinzipien orientierte Argumentationen und Handlungen durchaus anerkannt. Entscheidend ist dabei nicht zuletzt das Agieren der Lokalpolitik – besonders auch hinsichtlich lokal aktiver, aber mitunter marginalisierter zivilgesellschaftlicher (antirassistischer oder antifaschistischer) Akteur*innen.

2.3 Errichtung/Eröffnung von Asylunterkünften

Abschließend zeige ich einige Untersuchungen auf, die im Zusammenhang mit dem Themenkomplex der Eröffnung bzw. Errichtung von Asylunterkünften stehen. Zwar gibt es hierbei teils weniger Anknüpfungspunkte für meine Arbeit als hinsichtlich der anderen beiden dargelegten Themen. Dennoch möchte ich hier die verschieden akzentuierten Arbeiten zumindest erwähnen, um das Spektrum derartiger Untersuchungen aufzuzeigen.

Birgit Glorius, Anne-Christin Schondelmayer und Robinson Dörfel untersuchten eine Informationsveranstaltung im Vorfeld der Eröffnung einer *Flüchtlingsunterkunft* in einer ländlichen Region Sachsens, die im März 2015, ca. 14 Tage vor deren Eröffnung, stattfand (vgl. Glorius/Schondelmayer/Dörfel 2018, 120). Vor dem Hintergrund eines durch Teilnehmer*innen ausgelösten konfrontativen Verlaufs dieser Veranstaltung, dem eine Verteidigungsstrategie der auf dem Podium Sitzenden korrespondierte (die sich mitunter in einer Verantwortungsdelegation der Lokalpolitik an höhere politische Instanzen zeigte), konstatieren die Autor*innen eine grundlegende Gegenüberstellung einer »Wir-Gruppe (deutsches Kollektiv) und der Gruppe der Anderen« – der *Flüchtlinge* (ebd., 126). In diesem Zusammenhang spiegelten sich ebenso Veratzstücke völkischer Ideologien wider, indem »Menschen bestimmten Völkern und bestimmten Territorien zugehörig deklariert werden« (ebd., 136). Thematisch würden »[g]lokale Argumentationslinien« im Kontext von Flucht und Migration sichtbar werden, d.h. eine Verknüpfung regionaler, nationaler und globaler Themen (ebd., 127). So stellt bspw. eine teilnehmende Person einen Zusammenhang zwischen der DDR, in der Menschen verfolgt wurden und daher geflohen sind, und aktuellen Geschehnissen im Kontext von Flucht_Migration her. Dabei werde »auf einen identitätsstiftenden Mythos Bezug genommen, der die Widerstandskraft der ortsansässigen bzw. deutschen Bevölkerung rhetorisch überhöht« (ebd., 127). Ein weiterer zentraler Aspekt ist die Betonung von Etabliertenvorrechten, die mit der Angst »eigener« Schlechterbehandlung gegenüber den *Flüchtlingen* einhergehe, wie die Autor*innen anhand weiterer Teilnehmer*innen-Statements ausführen (vgl. ebd., 128f.). Schließlich zeige sich insgesamt ei-

ne diffuse Bedrohungslage, wie etwa die »Angst vor Enttraditionalisierung und Identitätsverlust« (ebd., 130). Insgesamt werde von Teilnehmer*innen ein mangelndes Vertrauen in die Politik bzw. demokratische Prozesse artikuliert, aber ebenso soziale Themen (Sicherheit von Arbeitsplätzen u.a.) und damit verbundene Zukunftsfragen (vgl. ebd.).

Auch Anne Vogt untersucht in ihrer Bachelorarbeit eine Informationsveranstaltung, die gleichsam Bestandteil der hier fokussierten Auseinandersetzung ist und am 9. Juli in Berlin-Hellersdorf stattfand (siehe dazu ausführlich S. 66ff. dieser Arbeit). Wie in der Untersuchung von Glorius et al. stellt sie gleichermaßen eine grundlegende Dichotomie zwischen »Fremden« und »Vertrauten« fest, die mit verschiedenen Bedrohungsszenarien Ersteren gegenüber einhergehe und als Ausdruck des »völkischen Mythos im kollektiven Gedächtnis« angesehen werden könne (Vogt 2013, 39). Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, dass jener völkische Mythos nicht ausschließlich in den Aussagen von den die Asylunterkunft ablehnenden Teilnehmer*innen reproduziert werde, sondern in gleicher Weise von auf dem Podium der Veranstaltung Sitzenden, die die *Flüchtlings*unterkunft ausdrücklich bejahen (vgl. ebd., 40).

Raimund Pehm (2005) fokussiert in seiner Diplomarbeit am Beispiel des österreichischen Bundeslandes Tirol die Standortwahl und Realisierung verschiedener *Flüchtlings*unterkünfte in den Jahren 2003 und 2004. Gleichwohl er verschiedene Akteur*innen mit einbezieht, zielt seine Untersuchung im Kern auf die Grundfrage, welche »expliziten und impliziten Konzepte[...] und Muster[...]« sowie standortbezogenen Praxen und Strategien in diesem Zusammenhang vorherrschend sind (ebd., 29). Insofern stellen konkrete Prozesse der Standortsuche, Standortentscheidung und spezifische Standortmerkmale und die Umsetzung einer entsprechenden Entscheidung zwischen unterschiedlichen, in erster Linie dafür verantwortlichen Akteur*innen in Verwaltung und Politik den zentralen Fokus der Analyse dar. Allgemein nimmt Pehm eine weitestgehende Konzeptlosigkeit auf der Ebene von Landesregierung (vgl. ebd., 234) und – den allerdings weitestgehend passiv agierenden – Gemeinden wahr (vgl. ebd., 275ff.). Ferner gebe es keine Strategien der Deeskalation von Konflikten in Gemeinden, die sich gegen eine Asylunterkunft positionierten (vgl. ebd., 283ff.). Insgesamt werde die *Flüchtlings*aufnahme von den Kommunen als negativ bewertet (vgl. ebd., 286) und von ihnen mehr Spielraum in der Verhandlung mit den entsprechenden lokalen Unterkunftsgeber*innen vor dem Hintergrund je verschiedener lokaler Bedingungen gefordert (vgl. ebd., 304).

Anna Wyschata (2008) analysiert in ihrer Diplomarbeit hingegen die Perspektive von Einwohner*innen und Unterkunftsbetreibenden zweier Salzburger Gemeinden in den Jahren 2005 und 2006 (vgl. ebd., 9). Während in Goldegg eine Eröffnung durch Proteste der Bevölkerung schließlich verhindert wurde, konnten *Flüchtlinge* in Ramingstein untergebracht werden (vgl. ebd., 38). Die Autorin* arbeitet primär Konfliktdynamiken und -hintergründe in beiden Gemeinden (vgl. ebd., 9) anhand von durchgeführten Interviews heraus. Ohne hier die einzelnen Ergebnisse darzustellen noch auf die bereits in Abschnitt 2.1 thematisierten negativen Bilder über *Flüchtlinge* einzugehen, die von etlichen Einwohner*innen reproduziert werden, möchte ich hier lediglich auf einen Befund hinweisen, der auch an die Untersuchungen von Held et al. (2008) anschlus-

fähig ist: der starke lokale Bezug in Goldegg. Damit ist gemeint, dass es »unterschiedliche Zugehörigkeiten« in dem Ort zwischen Alteingesessenen und Zugezogenen gebe (Wyschata 2008, 86). Die Alteingesessenen befürchteten nun, dass der Ort durch die vielen, nicht im Ort arbeitenden Zugezogenen zu einer Schlafstadt werde und sich die Zugezogenen somit nicht in das Gemeindeleben integrieren bzw. daran beteiligen würden (vgl. ebd., 89). Die mangelnde Integrationsfähigkeit werde dann teils ebenso *Flüchtlingen* zugeschrieben (vgl. ebd., 90). Homogen-normative Zuschreibungen den Zugezogenen gegenüber, so könnte hier mit Held et al. (2008) weiter argumentiert werden, bedingen möglicherweise lokale – ggf. rechtsorientierte – Einstellungen mit, die eine Ablehnung von *Flüchtlingen* zur Folge haben (könnten). Der hier thematisierte Konflikt in der Gemeinde weist sicher ein hohes Potential an Unzufriedenheit bei einigen Alteingesessenen auf, so dass er primär zu bearbeiten wäre. Insofern scheint keine partizipative politische Kultur (s.o.) vorherrschend zu sein.

In seiner Masterarbeit befasst sich Felix Schurer (2013) vor dem Hintergrund der Aktionsforschung mit der Auseinandersetzung um die Erweiterung einer *Flüchtlingsunterkunft* in einem Augsburger Stadtteil in den Jahren 2012/2013. Ausgehend von Protestbriefen von Anwohner*innen wurde das »Vermittlungs- und Verständigungsprojekt ›Zebrastreifen‹ ins Leben gerufen«, das gut ein Jahr andauerte (ebd., 12) und in dem auch der Autor* mitarbeitete. Ziel des Projektes war es, mittels Mediation einen konstruktiven Umgang mit der Gesamtsituation zu erzielen, der letztlich aber doch scheiterte.

Eine andere Perspektive nimmt schließlich Jennifer Steiner (2015) in ihrer Masterarbeit ein, in der sie sich mit medialen Aushandlungsprozessen um die Errichtung von Asylunterkünften in der Schweiz anhand von vier Fallbeispielen befasst. Sie fokussiert dabei allerdings nur den »Oppositions-Diskurs[...]<« (ebd., 2), d.h. entsprechende (lokale) Argumentationen gegen Asylunterkünfte. Mit Hilfe der Orientierung an der Kritischen Diskursanalyse nach Siegfried Jäger und an Ausführungen Foucaults arbeitet sie bestimmte diskursive Muster und Argumentationen heraus. Die Materialbasis dafür sind in erster Linie nationale und regionale Medientexte. Als wichtiges Ergebnis hält Steiner zunächst fest, dass die ablehnenden Argumentationsmuster »häufig auf einem pauschalisierend-problematisierenden Bild von asylsuchenden Personen« basierten, wobei »deren Darstellung als Sicherheitsproblem eine zentrale Rolle« einnehme (ebd., 85f.). Allerdings bedeute diese Veränderung der *Flüchtlinge* keineswegs eine Emotionalisierung der Debatte noch offen rassistische Äußerungen gegenüber *Flüchtlingen*, von denen sich distanziert werde. Vielmehr würden – je nach Standort – verschiedene Argumente vorgetragen wie bspw. der Wertverlust von Ferienwohnungen oder die mangelnde ästhetische Eingliederung und Passung in ein Wohngebiet sowie damit zusammenhängende rechtlich-planerische Aspekte, um die Ablehnung einer Unterkunft zu begründen (vgl. ebd., 87). Diese Argumente würden jeweils als im Gegensatz zum Wohl und zur Weiterentwicklung der Gemeinde angesehen, so dass Asylbewerber*innen letztlich als Last konstruiert und Asylunterkünfte als »Grenzgebiet der Gesellschaft« (ebd., 89) erscheinen würden. Die Veränderung der Asylsuchenden erfährt in diesem Sinne also ein räumliches Pendant. Damit einher gingen eben-

so »Selbstvergewisserungs-Prozesse« (ebd., 91) der Gemeinden, d.h. die Konstruktion positiver und harmonischer Selbstbilder, die durch die Asylunterkunft grundlegend bedroht würden. Schließlich – und das ist aus rassismuskritischer Perspektive interessant – konstatiert Steiner eine »diskursive Stille«, die Nichtthematisierung der Sichtweisen der *Flüchtlinge* selbst in den verschiedenen Medientexten (ebd.).

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass es insgesamt zu erheblichen Vorbehalten – bis hin zu einer mitunter deutlichen Ablehnung durch die Bevölkerung – gegenüber der Eröffnung von Asylunterkünften bzw. allgemein der Unterbringung von *Flüchtlingen* kommt, was sich gleichermaßen in den Medien widerspiegelt. Deutlich werden ebenso verschiedene lokale Spezifika und damit verbundene, teils unterschiedlich akzentuierte Argumentationen, die nicht zuletzt immer wieder auf negative Bilder *Flüchtlingen* gegenüber verweisen.

3 Method(olog)ische Reflexionen

Wie im Folgenden noch genauer ausgeführt wird, stellen öffentliche Texte verschiedener Hellersdorfer Akteur*innen die Grundlage der Analyse des Konflikts um die Asylunterkunft dar, d.h., ich selbst habe keine Daten erhoben. Vor dem Hintergrund der Textanalyse werden in diesem Kapitel zentrale methodologische Annahmen und Herausforderungen sowie die konkrete methodische Vorgehensweise skizziert.

Untersuchungen im Rahmen empirischer Sozialforschung werden in der Regel entweder als qualitative oder aber als quantitative bezeichnet, wobei es mitunter auch zu einem entsprechenden ›Mix‹ kommt. Mit der jeweiligen Zuordnung gehen verschiedene methodologische Vorstellungen einher, die wiederum mit unterschiedlichen Methoden in einem Zusammenhang stehen. Zumindest in den einschlägigen Lehr- und Handbüchern (vgl. dazu etwa Flick/von Kardoff/Steinke 2013, 24f.; allgemein: Lamnek 2010) werden qualitative und quantitative Forschungen als je »eigenständige[...] Bereiche[...]« (Flick/von Kardoff/Steinke 2013, 24) aufgefasst und voneinander abgegrenzt. Gleichwohl bereits diese Gegenüberstellung in verschiedenen Punkten problematisiert werden kann (vgl. dazu etwa Markard 1991), soll zunächst gezeigt werden, inwiefern die vorliegende Untersuchung auf zentralen methodologischen Prämissen qualitativer Forschung fußt. Daran anschließend (Unterkapitel 3.2) versuche ich, das konkrete methodische Vorgehen möglichst transparent darzustellen. Damit ist das Ziel verbunden, die im Hauptteil der Arbeit vorgestellten Ergebnisse i.S. »intersubjektiver *Nachvollziehbarkeit*« (Steinke 2013, 324; Herv. i.Orig.) zu plausibilisieren und den Leser*innen eine sinnvolle Bewertungsbasis der herausgearbeiteten Untersuchungsergebnisse anbieten zu können. Dies ist Voraussetzung für die kritische und weiterführende Diskussion der vorgestellten empirischen Befunde.

3.1 Selbstverständnis und Grundannahmen qualitativer Forschung

Uwe Flick, Ernst von Kardoff und Ines Steinke beantworten die Frage »Warum qualitative Forschung?« im Wesentlichen mit der Offenheit entsprechender Forschungsrichtungen in Abgrenzung zu »[s]tandardisierten« quantitativen: Letztere

»benötigen für die Konzipierung ihrer Erhebungsinstrumente (z.B. ein Fragebogen) eine feste Vorstellung über den untersuchten Gegenstand, wogegen qualitative Forschung für das Neue im Untersuchten, das Unbekannte im scheinbar Bekannten offen sein kann. [...] Gerade diese Offenheit [...] [ist; J.H.] zentraler Ausgangspunkt für gegenstandsbegründete Theoriebildung« (Flick/von Kardoff/Steinke 2013, 17).

In diesem Sinne führen die Autor*innen weiter aus, dass qualitative Forschung in ihrer Zielsetzung »entdeckende Wissenschaft« sei (ebd., 24), und sie empfehlen sie dort, »wo es um die Erschließung eines bisher wenig erforschten Wirklichkeitsbereichs« gehe (ebd., 25). So stelle das »Großziel qualitativer Forschung« letztendlich die Entwicklung von Theorien aus der Empirie dar (ebd., 24). Das Paradebeispiel dieses »Großziel[s]« ist sicherlich nicht zuletzt der mittlerweile recht weit verbreitete Ansatz des auf Barney G. Glaser und Anselm L. Strauss zurückge-

henden Forschungsstils der Grounded Theory (vgl. Glaser/Strauss 1998), bei dem im Allgemeinen theoretische Konzepte »im Zuge der Analyse von Daten *entdeckt*« würden und sich wiederum »an den Daten *bewähren*« müssten (Hildenbrand 2013, 33; Herv. i.Orig.). Die auf diese Art und Weise entwickelte (neue) Theorie ist nach dem Verständnis der Grounded Theory dann in den Daten be- bzw. gegründet.

Mit diesem Verständnis empirischer Forschung wird gleichermaßen das Verhältnis von Theorie und Empirie berührt. Ohne dies hier ausführlich diskutieren zu können, ist mit Morus Markard darauf hinzuweisen, dass Glaser/Strauss auf der einen Seite zwar von einer grundlegenden »Offenheit des Theoretisierens« ausgehen, auf der anderen Seite jedoch »kategoriale Strukturen des Kodierens« vorschlagen (Markard 1991, 177). So verweist Strauss (1998) etwa auf ein »*Kodierparadigma*«, bei dem Daten anhand verschiedener Dimensionen (u.a. Bedingungen, Konsequenzen, Strategien) kodiert werden sollten (ebd., 57; Herv. i.Orig.). Das bedeutet aber, dass das im obigen Zitat von Hildenbrand vorgetragene Postulat von der Entdeckung theoretischer Konzepte in den Daten zumindest einzuschränken ist, beinhaltet doch jenes Kodierparadigma begründete Suchrichtungen für die Datenanalyse, ist selbst also ein theoretisch-begriffliches und begründetes Werkzeug.³² Auf diese Weise wird deutlich, dass Daten in einer Art Reinform niemals vorliegen können, weil sie stets begrifflich – etwa in Form »theoretische[r] Versatzstücke[...]« oder bestimmter »Alltagsannahmen« – »erfasst« werden (Markard 1988, 62). M.a.W. werden aus den Daten entwickelte Lesarten/Hypothesen o.Ä. jeweils von den Forschenden erarbeitet, d.h. unter Zuhilfenahme bestimmter begrifflich-theoretischer Werkzeuge gewissermaßen geformt. Vor diesem Hintergrund sind Textinterpretationen/-analysen immer durch »Selektions- und Abstraktionsprozesse« gekennzeichnet und stellen demnach ein »Verdichtungsprodukt« dar (Scherschel 2006, 121), das als ein komplexes Konstruktions- bzw. Verknüpfungserzeugnis der Forschenden bezeichnet werden kann. Trotz dieser Unhintergebarkeit begrifflich-theoretischer Vermitteltheit bei *jeglicher* Analyse und Interpretation von Daten bedeutet dies allerdings nicht, dass Theoriegeleitetheit und -abhängigkeit empirischer Forschung diese gleichsam deterministisch – i.S. reiner Zirkularität – vorherbestimmt. Denn das Untersuchungsmaterial kann potentiell stets Irritationen sowie Lesarten aufwerfen, die »neu« sind, d.h. nicht ausschließlich schon bereits Bekanntes hervorbringen. Damit nun aber keine Subsumtion unter theoretisch vorab definierte Begriffe oder Konzepte erfolgt, ist es erforderlich, »Irritationen« methodisch zumindest systematisch zu induzieren – was weiter unten noch genauer auszuführen sein wird (siehe Unterkapitel 3.2).

In diesem Sinne kann somit zunächst festgehalten werden, dass Theoriegeleitetheit und die Erschließung von »Neuem« in empirischen Daten nicht als sich ausschließende Gegensätze aufzufassen sind. Vor dem Hintergrund des in dieser Arbeit zum Tragen kommenden starken Bezugs auf Rassismustheorien und damit im Zusammenhang stehenden Fragen und Dimensionen als spezifischer und zielgerichteter Suchrichtung für die Textanalyse (siehe dazu Unter-

³² Udo Kelle und Susanne Kluge konstatieren in diesem Zusammenhang ein »induktivistische[s] Selbstmissverständnis der qualitativen Methodenlehre [...]. Diesem Missverständnis zufolge emergieren zentrale Kategorien und Konzepte quasi von selber aus dem Datenmaterial, wenn der Forscher oder die Forscherin möglichst voraussetzungslos an ihr empirisches Untersuchungsfeld herangehen.« (Kelle/Kluge 2010, 13)

kapitel 1.7) kann an dieser Stelle zunächst konstatiert werden, dass sich diese Untersuchung dezidiert nicht zum Ziel gesetzt hat, eine neue Theorie zu entwickeln oder aber ausschließlich ›Neues‹ zu ›entdecken‹. Gleichwohl hat sie dennoch in ihrer Anlage ebenso den Anspruch, sich vom Untersuchungsmaterial ›irritieren‹ zu lassen, nicht nur ›Bekanntes‹ in den Daten zu ›suchen‹ und herauszuarbeiten.³³

Flick/von Kardoff/Steinke (2013, 20f.) heben vier zentrale Grundannahmen qualitativer Forschung hervor:

- die interaktiv-kommunikativ hergestellte Wirklichkeit, in der Bedeutungen von den Akteur*innen jeweils gemeinsam produziert werden und Grundlage ihres Handelns darstellen;
- die Reflexivität³⁴, Rekursivität und Prozesshaftigkeit sozialer Wirklichkeit;
- die Relevanz subjektiver Bedeutungen von objektiven (Lebens-)Bedingungen für Akteur*innen sowie
- die Anwendung des Prinzips der ›Kommunikativität‹ sozialer Wirklichkeit auf den Forschungsprozess selbst, d.h. im Kern die Rekonstruktion der Konstruktionen von Akteur*innen.

Die ersten drei Aspekte verweisen i.w.S. auf das Verhältnis von Akteur*innen zu gesellschaftlichen Strukturen, wobei ein nichtdeterministisches Verhältnis formuliert wird: Akteur*innen werden als Handelnde, als Wirklichkeit Produzierende und sich darauf Beziehende vorgestellt, also als gesellschaftliche aufgefasst. Das in Kapitel 1 ausgeführte Rassismusverständnis, insbesondere das Verhältnis von Diskursen, Strukturen und Akteur*innen, verweist deutlich auf die hier thematisierten zentralen Punkte: Rassismus existiert nicht ›an sich‹, sondern gesellschaftlich etwa in Form wirkmächtiger Diskurse, die von Akteur*innen und Institutionen beständig re_produziert (Rekursivität), gestärkt oder geschwächt werden, aber stets interpretiert werden müssen (Reflexivität). Daher können sie gleichsam brüchig werden und sich verschieben (Prozesshaftigkeit) – gleichwohl dies keineswegs vollkommen kontingent erfolgt. Entsprechend kann der hier zu untersuchende Hellersdorfer Konflikt – die konkreten Texte der verschiedenen Akteur*innen – als Ausdruck dieses komplexen Verhältnisses von Akteur*innen und gesellschaftlichen Strukturen angesehen werden.

Letzterer obiger Punkt von Flick et al. bezieht sich auf das bereits ausgeführte Verständnis der Textanalyse/-interpretation. Allerdings ist der oft in der Literatur verwendete Begriff der Rekonstruktion m.E. nicht ganz treffend, weil er nahelegt, dass eine bestimmte Struktur gewissermaßen ›freigelegt‹ wird³⁵ – d.h., hier schwingt durchaus eine objektivistische Konnotation mit.

³³ Ob dies am Ende gelingt, müssen die Leser*innen beurteilen.

³⁴ Siegfried Lamnek (2010, 39) führt dazu aus: »Reflexivität heißt, dass von der Handlung auf den Sinn geschlossen werden kann und der Sinn die Handlung erklärt. Dieser Vorgang ist als fortlaufender Interpretationsprozess zu verstehen.«

³⁵ Die Objektive Hermeneutik geht bspw. davon aus, dass latente Sinnstrukturen rekonstruiert werden, die als »objektive« gelten (Reichertz 2013, 514).

Da es sich aber um spezifische Konstruktionen der Forschenden handelt, die keineswegs vollkommen von Theorien abstrahieren können, im Rahmen des Forschungsprozesses jedoch ebenso andere/weitere Lesarten möglich sind (vgl. dazu Scherschel 2006, 111), ist die Bezeichnung der Ergebnisse der Forschenden als eines *verdichteten interpretativen Konstruktionsproduktes* – method(olog)isch angeleitet und begründet – adäquater. In diesem Sinne sind auch die Untersuchungsergebnisse dieser Arbeit zu verstehen.

Die Autor*innen stellen schließlich verschiedene Kennzeichen qualitativer Forschungspraxis dar (vgl. Flick/von Kardoff/Steinke 2013, 22f.), wobei sie die »Gegenstandsangemessenheit von Methoden« (ebd., 22) als das zentrale Kennzeichen ansehen. Diese mache es erforderlich, nach geeigneten Forschungswerkzeugen zu suchen, infolgedessen es eine entsprechende Vielzahl an Methoden gäbe. Dieser wichtige Aspekt lässt sich auf diese Untersuchung zunächst – als allgemeine Richtung – folgendermaßen beziehen: Es wird hier nicht ein kodifiziertes Verfahren verfolgt, allerdings orientiere ich mich an bestimmten methodischen Prinzipien (siehe nächstes Unterkapitel 3.2). Die Begründung dafür ist, dass mir entsprechende Verfahren für die Textanalyse/-interpretation nur bedingt als hilfreich erschienen – auch vor dem Hintergrund eines starken Theoriebezugs in dieser Arbeit. Da es mir um die Deutungen von Akteur*innen im Rahmen des Hellersdorfer Konflikts geht, bei dem ausschließlich öffentliche Texte analysiert werden, könnte es zunächst naheliegen, ein diskursanalytisches Vorgehen zu verfolgen. Gleichwohl zweifelsohne die verschiedenen Deutungen ebenso die Wirkmächtigkeit gesellschaftlicher Diskurse spiegeln und darin in diesem Sinne entsprechende »Diskursfragmente« (Jäger 1996, 21) aufzufinden sind, bot sich diese Perspektive insofern nicht an, weil sie primär akteur*innenübergreifend vorgeht, liegen Diskurse doch gleichsam »quer« zu Akteur*innen/-gruppen. Somit ist die Frage nach Deutungen verschiedener Akteur*innen im Grunde keine spezifisch diskursanalytische.³⁶ Ähnlich verhält es sich mit Deutungsmusteranalysen – wobei in diesem Zusammenhang gleichermaßen zu fragen ist, wie sich diese mitunter von Diskursanalysen unterscheiden (vgl. dazu etwa Kassner 2003, 50f.). Vor diesem Hintergrund orientiere ich mich an einigen Suchrichtungen dieser Vorgehensweisen, die mir für die Beantwortung meiner Untersuchungsfragen sinnvoll erscheinen.

3.2 Dokumentation des Forschungsprozesses

Neben diesen zentralen Bestimmungen qualitativer Forschung werden in der Literatur des Weiteren verschiedene Gütekriterien diskutiert. Ines Steinke (2013) sieht in der »Herstellung intersubjektiver Nachvollziehbarkeit« das primäre Gütekriterium qualitativer Forschung, zu der nicht zuletzt die Dokumentation des Forschungsprozesses gehöre (ebd., 324). Dies soll im folgenden Abschnitt geleistet werden.

³⁶ Gleichwohl ist zu konstatieren, dass es sehr verschiedene Möglichkeiten gibt, Diskursanalysen durchzuführen. So vertritt Reiner Keller bspw. in seinem Ansatz der Wissenssoziologischen Diskursanalyse ein recht starkes Akteur*innenkonzept (vgl. Keller 2011, 209ff.).

Sampling

Ein zentraler Aspekt besteht in diesem Zusammenhang in der Auswahlstrategie (Sampling) der untersuchten Texte, die den Korpus bilden. Gleichwohl der hier untersuchte Konflikt um die Asylunterkunft auch die Berliner Politik erreichte und deutschlandweit ein entsprechendes Echo auslöste (siehe S. 67 u. S. 71 dieser Arbeit), wird dieser hier als ein lokaler betrachtet. Lokal bedeutet, dass die Perspektive von Hellersdorfer Akteur*innen fokussiert wird und solchen, die bestimmte Ereignisse, die mit der Eröffnung der Asylunterkunft in einem direkten Zusammenhang standen, geprägt bzw. initiiert haben oder aber sich daran beteiligten. Das sind im Wesentlichen die Bezirkspolitik, lokale Parteien, Anwohner*innen, die Zivilgesellschaft sowie rechte und antirassistische/antifaschistische Akteur*innen. Es werden zudem Demonstrationsreden rechter, teils nicht weiter im Bezirk verankerter Akteur*innen gegen die Asylunterkunft einbezogen. Des Weiteren fließen Statements des Präsidenten* des Berliner Landesamtes für Gesundheit und Soziales (LaGeSo) auf einer für die Hellersdorfer Auseinandersetzung zentralen Informationsveranstaltung in die Analyse mit ein und schließlich Perspektiven von linken Aktivist*innen, die in den ersten Tagen nach dem Einzug der *Flüchtlinge* in die Asylunterkunft mit einer sog. Mahnwache in deren Umfeld präsent waren und deren lokale Verankerung zumindest teilweise unklar ist. Weitere Texte, insbesondere diverse Kommentierungen der Hellersdorfer Auseinandersetzung von darin allerdings nicht weiter agierenden (Berliner und bundesdeutschen) Akteur*innen fließen somit nicht in die Analyse mit ein.

Der Beginn des Untersuchungszeitraums wurde von Anfang an auf den Zeitpunkt der öffentlichen Bekanntgabe der Unterkunftseröffnung Ende Juni 2013 festgelegt und dessen Ende zunächst auf den Jahreswechsel 2013/2014. Hintergrund dafür war zum einen die Intention, eher eine inhaltliche Breite darzustellen, als primär einen – ggf. mehrjährigen – längeren Verlauf zu analysieren. Zum anderen, und das bestätigte ebenso die Recherche und Sichtung der für die Analyse ausgewählten Texte (s.u.), ist die Auseinandersetzung um die Asylunterkunft im Spätherbst 2013 deutlich abgeflaut, gleichwohl nicht gänzlich verebbt. Insofern erschien diese zeitliche Eingrenzung als gerechtfertigt. Im Laufe der Analyse wurde das Ende des Untersuchungszeitraums dann – mit Ausnahme dreier Texte von Mitte November – auf Anfang November festgelegt.

Die Bildung des Textkorpus geschah in mehreren Schritten: Zunächst wurden alle überhaupt in Frage kommenden Texte gesammelt. Im Rahmen der Recherche wurden dabei auch Hellersdorfer Akteur*innen kontaktiert – einige Lokalparteien, die Alice Salomon Hochschule, eine örtliche Antifagruppe, der Verein Hellersdorf hilft –, zwei Journalist*innen und das Berliner Apabiz (Antifaschistisches Pressearchiv und Bildungszentrum e.V.), um an relevante und teils schwer bzw. nicht mehr recherchierbare Materialien zu gelangen.³⁷ In einem zweiten Schritt wurden die Texte systematisch erfasst (Akteur*in, Textsorte und -länge) und chronologisch sortiert, was zu einer Anzahl von gut 250 Texten führte. Hierbei fiel schnell auf, dass es zwei ›Peaks‹ über

³⁷ Der Erfolg war sehr unterschiedlich – vor allem die örtliche Antifagruppe sowie das Apabiz haben mir viele relevante Texte und Dokumente zukommen lassen.

den gesamten Untersuchungszeitraum hinweg gab: verschiedene Reaktionen auf eine vom Bezirk durchgeführte Informationsveranstaltung Anfang Juli 2013 und auf die ersten zwei bis drei Wochen nach dem Einzug der Bewohner*innen in die Asylunterkunft ca. sechs Wochen später. Deutlich wurde des Weiteren ebenfalls eine starke Abnahme von Texten ab Oktober 2013. Vor diesem Hintergrund stellen die Informationsveranstaltung und der Einzug der ersten *Flüchtlinge* zweifelsohne Schlüsselereignisse in dem Konflikt dar und strukturieren ebenso die Analyse und Präsentation der Untersuchungsergebnisse.

Um einen ersten Eindruck von den verschiedenen Deutungen der Akteur*innen zu erhalten, wurden dann zwölf Texte von je unterschiedlichen Akteur*innen offen kodiert und entsprechende Lesarten entwickelt. Ziel war es hierbei, eine möglichst große Bandbreite an potentiell unterschiedlichen Deutungen exemplarisch abzubilden, d.h. eine »maximale Variation« (Merkens 2013, 291) der ausgewählten Texte zu erreichen. Auf einer inhaltlichen Ebene ging es zunächst um Texte, die sich auf die Informationsveranstaltung bezogen. Im Rahmen der ersten Textanalysen wurde allerdings recht schnell deutlich, dass zwischen einigen Akteur*innen miteinander sehr viele Ähnlichkeiten existierten: Diese ergaben sich etwa zwischen verschiedenen Hellersdorfer parteipolitischen Akteur*innen und dem Bezirksamt, aber auch zwischen antirassistischen und antifaschistischen sowie zwischen verschiedenen rechten Akteur*innen. Vor diesem Hintergrund habe ich in einem weiteren Schritt fünf verschiedene Akteur*innengruppen gebildet, von denen ich annahm, dass es innerhalb dieser mehr Gemeinsamkeiten als Unterschiede über den Konfliktverlauf hinweg geben wird. Diese waren konkret:

- Parteien der Bezirksverordnetenversammlung, das Bezirksamt und die Bezirksregierung als auch – allerdings nur vereinzelt – weitere politische Akteur*innen auf Landesebene, die in den Konflikt involviert waren;
- zivilgesellschaftliche Akteur*innen und Anwohner*innen/Hellersdorfer*innen, die die Aufnahme von *Flüchtlingen* im Stadtteil explizit begrüßten (u.a. die Initiative Hellersdorf hilft, der evangelische Pfarrer*, die Rektorin* der Alice Salomon Hochschule, ein Petitionsschreiben eines Bürgers*);
- antirassistische/antifaschistische Akteur*innen (verschiedene politische Zusammenschlüsse sowie der Berliner Flüchtlingsrat);
- rechte Akteur*innen wie u.a. die NPD, Pro Deutschland sowie
- gegen die Unterkunft sich positionierende Anwohner*innen/Hellersdorfer*innen.

Im Folgenden habe ich die jeweiligen Akteur*innengruppen näher untersucht. Entsprechend den beiden konstatierten ›Peaks‹ wurde hierbei das Material innerhalb der fünf Akteur*innengruppen dem Zeitraum vor dem Einzug der ersten *Flüchtlinge* und dem Zeitraum danach zugeordnet. Dies diente gleichermaßen als Mittel des Vergleichs, inwiefern sich bestimmte Deutungen und Argumentationen der Akteur*innen/-gruppen im Laufe der Auseinandersetzung verändern oder aber gleich bleiben. Nun wurden ausgewählte Texte kodiert, wobei die zentrale Aus-

wahlstrategie wiederum darin bestand, möglichst viele Unterschiede in den Texten zu finden bzw. zu ›provizieren‹. Daher wurden nach Möglichkeit zunächst solche Texte ausgesucht, von denen ich vermutete, dass sie neue Lesarten hervorbrachten und ggf. eine Irritationen meines (Vor-)Wissens (vgl. Steinke 2013, 327) bzw. der bis dahin entwickelten, jedoch vorläufigen Lesarten bewirkten.

Auf diese Art und Weise wurde bei den Akteur*innengruppen oder auch (zwischen) einzelnen Akteur*innen innerhalb der Akteur*innengruppen deutlich, ob sich deren Sichtweisen zu einem Zeitpunkt (etwa hinsichtlich eines Ereignisses) bzw. über den gesamten zeitlichen Verlauf hinweg unterscheiden oder aber – was deutlich häufiger vorkam – ähneln. War Letzteres der Fall, konnten Texte, die keine neuen Lesarten mehr produzierten (Sättigung), für die Analyse ausgeklammert werden, da deren Einbeziehung redundant gewesen wäre. Somit entstand schließlich ein Textkorpus von insgesamt 74 – unterschiedlich langen (s.u.) – Texten, die in die Untersuchung eingeflossen sind.

Anzumerken ist schließlich, dass aufgrund sehr ähnlicher Deutungen und Argumentationen für die Darstellung der empirischen Befunde in dieser Arbeit die fünf Akteur*innengruppen auf drei verringert wurden: Sowohl rechte Akteur*innen als auch gegen die Unterkunft sich positionierende Anwohner*innen/Hellersdorfer*innen wurden zu einer Gruppe zusammengefasst sowie parteipolitische und zivilgesellschaftliche Akteur*innen (mit Ausnahme antifaschistischer/antirassistischer), die die Asylunterkunft befürworten. Die Bildung dieser drei Gruppen hatte nicht zuletzt auch das Ziel, für die Darlegung der Untersuchungsergebnisse Redundanzen möglichst zu vermeiden sowie pointiert und komprimiert die Ergebnisse in einer für die Leser*innen (hoffentlich) nachvollziehbaren Struktur aufzubereiten.

Verschiedene Textsorten

Bei den untersuchten Texten handelt es sich – mit Verweis auf den zentralen Fokus der Untersuchung, die Deutungen der Akteur*innen – gewissermaßen um veröffentlichte ›Primärquellen‹. Das bedeutet, es werden grundsätzlich keine Kommentierungen/Darstellungen Dritter – wie etwa die vielen Medienberichte über die Ereignisse in Hellersdorf o.Ä. – untersucht oder ›interne‹, nicht für die Öffentlichkeit gedachte Einschätzungen von Akteur*innen. Dementsprechend stehen Texte im Vordergrund, in denen die Akteur*innen selbst ›zu Wort kommen‹. Die verschiedenen Textarten sind in diesem Zusammenhang mitunter nicht immer exakt voneinander zu unterscheiden: So war es im Nachhinein manchmal unklar, ob bestimmte Texte ausdrücklich als Pressemeldungen zum damaligen Zeitpunkt veröffentlicht wurden oder ob es sich lediglich um Veröffentlichungen auf entsprechenden Homepages handelte. Auch sind in die Analyse einfließende Statements bspw. von Anwohner*innen teils nur sehr kurz, teils können einige durchaus als kleine Interviews betrachtet werden. Insofern ist die folgende Einteilung eher als eine grobe Orientierung zu verstehen, um einen ungefähren (überdies ebenso quantitativen) Überblick über die verschiedenen Textarten vermitteln zu können.

- *Kommentierungen/Ausführungen auf Homepages/Blogs*: Die größte Anzahl umfasst diese Textsorte – insgesamt handelt es sich dabei um 26 verschiedene Texte. Wie schon angedeutet, ist deren Heterogenität zu unterstreichen: Während vor allem Kommentierungen der Lokalpolitik teils Pressemeldungen in Länge und Duktus sehr ähneln, umfassen bspw. Ausführungen von antifaschistischen/antirassistischen Akteur*innen mitunter mehrere Seiten, die teils en détail Geschehnisse kommentieren. Vor allem die zuletzt genannten Akteur*innen sind ganz überwiegend durch diese Textsorte re_präsentiert.
- *Interviews bzw. interviewähnliche Texte*: Insgesamt fließen 13 derartige Texte in die Analyse ein, wobei davon drei interviewähnliche Texte ausführlichere Statements von Anwohner*innen in einer Fernseh- und zwei Radiosendungen darstellen. Auffällig ist hierbei, dass anteilig die meisten Interviews mit dem Bezirksbürgermeister* Komoß durchgeführt wurden (drei), dass keines mit rechten Akteur*innen und nur eines mit antirassistischen/antifaschistischen Akteur*innen zu verzeichnen ist. Die Länge schwankt dabei von einer Seite bis zu zwölf Seiten Transkriptionstext eines Fernsehinterviews.
- *Kurze Statements in Artikeln oder Fernseh-/Radiosendungen*: Ein Großteil davon sind Anwohner*innenstatements (12 von 17) im Rahmen der Informationsveranstaltung vom 9. Juli sowie weitere Statements in Fernseh- oder Radiosendungen.
- *Pressemeldungen*: Von zehn Pressemeldungen sind bis auf zwei alle von der Lokalpolitik verfasst, ganz überwiegend vom Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf. Pressemitteilungen sind i.d.R. recht bündig und umfassen grundsätzlich nicht mehr als eine Seite.
- *Demonstrationsreden*: Vier Demonstrationsreden von rechten Akteur*innen fließen in die Analyse ein. (Demonstrationsreden von anderen Hellersdorfer Akteur*innen waren meinen Recherchen zufolge nicht verfügbar und konnten damit nicht berücksichtigt werden.)
- *Flyer*: Davon wurden lediglich zwei in die Analyse mit einbezogen: ein Flyer von rechten und einer von antifaschistischen Akteur*innen.
- *Weitere Texte*: Schließlich ist ein Petitionsschreiben Bestandteil des Textkorpus, den auch die Initiative Hellersdorf hilft in modifizierter Art und Weise veröffentlicht hat, sowie ein Informationsbrief der Initiative an Bewohner*innen der Asylunterkunft.

Für die Textanalyse waren die verschiedenen Textarten insofern eine Herausforderung, als deren Funktionen je unterschiedliche sind: Ein Demonstrationsbeitrag einer Partei weist etwa eine grundsätzlich andere Intention auf – und einen anderen Stil – als eine, im Regelfall kurz gehaltene und ›geglättete‹ Pressemitteilung. Zudem ist in Bezug auf den Textkorpus zu konstatieren, dass sich die verschiedenen Textsorten über die unterschiedlichen Akteur*innen/-gruppen hinweg keineswegs gleichmäßig verteilen, so dass im Rahmen des Samplings diese Heterogenität schlicht nicht berücksichtigt werden konnte i.S. einer Repräsentativität jener Textsor-

ten. Denn wie bereits die obige Aufschlüsselung deutlich macht, nutzen bestimmte Akteur*innen/-gruppen mitunter primär eine spezifische Textsorte, um mit ihren jeweiligen Perspektiven gesellschaftlich wahrgenommen zu werden und mit (potentiellen) Zielgruppen auf diese Art und Weise zu kommunizieren. (Insofern konnten ebenso mögliche und ggf. aufschlussreiche Vergleiche unter Berücksichtigung verschiedener Textarten von Akteur*innen/-gruppen nicht durchgeführt werden.) – Schließlich ist der sehr unterschiedliche Textumfang hervorzuheben: Die Spannbreite umfasst Pressemitteilungen von einigen wenigen Zeilen, Kommentierungen der Geschehnisse (mitunter über mehrere Seiten) bis hin zu einer zwölfseitigen Interviewtranskription.

Vor dem skizzierten Hintergrund dieser letztlich nicht aufzulösenden bzw. methodisch ›einzufangenden‹ Heterogenität an Texten sowie der Gewährleistung einer größtmöglichen Transparenz den Leser*innen gegenüber bei der Darstellung der empirischen Befunde werden die verschiedenen Textsorten entsprechend erwähnt und ggf. sowohl in den Kontext des Konflikts eingeordnet als auch i.S. von zentralen Gesamtaussagen der empirischen Befunde zumindest reflektiert.

Kodierung

Wie bereits erwähnt, wurden die Texte bzw. relevante Passagen offen kodiert. Zwar habe ich davon die meisten selbst kodiert, allerdings wurden ausgewählte Texte ebenso im Rahmen einer Interpretationsgruppe und in verschiedenen Kolloquien mit anderen Forschenden gemeinsam kodiert.³⁸ Aufgrund einer deutlich höheren Sympathie meinerseits gegenüber antirassistischen und antifaschistischen Akteur*innen (im Gegensatz etwa zu Statements von die Asylunterkunft ablehnenden Anwohner*innen oder auch rechten Akteur*innen) wurden deshalb vermehrt Texte jener Akteur*innen in diesen Arbeitskontexten kodiert, um möglichen einseitigen und vorschnellen Lesarten meinerseits konsequent entgegenzuwirken.

Vor dem Hintergrund eines starken Theoriebezugs in der vorliegenden Arbeit sollte die offene Kodierung grundsätzlich sicherstellen, dass schnell zu übersehende, für die Fragestellung jedoch relevante Lesarten nicht von Anfang an ausgeblendet oder bestimmte Phänomene lediglich theoretischen (Vor-)Annahmen untergeordnet werden. Auf der anderen Seite konnte dann jeweils begründet entschieden werden, welche Lesarten – und damit zusammenhängende interessante ›Spuren‹ – relevant bzw. weiter zu verfolgen waren und welche nicht.

Wie bereits oben erwähnt, habe ich mich nicht für ein vorgegebenes Kodierschema entschieden, sondern mich an für die Textanalyse sinnvoll erscheinenden Analysefragen/-richtungen orientiert, die von Saša Bosančić (2016) für die Analyse öffentlicher Texte (als Teil von Diskursanalysen) konkretisiert wurden. Diese beziehen sich in erster Linie auf die Fragestellung nach den verschiedenen Deutungen der Akteur*innen im Rahmen des Hellersdorfer Konflikts. Phänomene verstehe ich i.S. meiner Fragestellung als Probleme bzw. Problemkonstellationen

³⁸ Die Interpretation in Gruppen ist im Rahmen derartiger Forschungsarbeiten üblich und wird i.S. »intersubjektiver Nachvollziehbarkeit« empfohlen (vgl. Steinke 2013, 326).

im Rahmen der lokalen Auseinandersetzung. Auf diese Weise werden folgende Suchrichtungen ermöglicht (vgl. ebd.):

- Was ist die Problemkonstellation, die die Akteur*innen beschreiben, und wie ist diese zustande gekommen? Wie wird diese konkret beschrieben?
- Wie wird die Problemkonstellation bewertet? Wer wird ggf. dafür verantwortlich gemacht?
- Was sind Konsequenzen, die gefordert werden, um sie zu beheben?

Diese Fragedimensionen ermöglichen in erster Linie für den Fragenkomplex der Deutungen der Akteur*innen im Rahmen des Hellersdorfer Konflikts entsprechende Strukturierungsvorschläge, die nicht zuletzt auch in die ersten drei Kapitel der empirischen Befunde eingegangen sind³⁹ (siehe die Kapitel 5, 6, 7).

Hiermit ergeben sich abschließend folgende drei Ebenen für die Textanalyse/-interpretation, die aber letztlich nicht vollkommen isoliert zu betrachten sind, sondern vielmehr aufeinander verweisen:

- Die Forschungsfragen (siehe S. 7): Die Deutungen von (Schlüssel-)Ereignissen durch die Hellersdorfer Akteur*innen sowie die darin vorkommenden re_produzierten Bilder von *Flüchtlingen*.
- Die verschiedenen Deutungen werden gleichsam geframt und strukturiert durch eine rassismuskritische Perspektive, die sich wiederum an bestimmten Dimensionen/Frage-richtungen orientiert, die oben bereits detailliert dargestellt wurden (siehe Abschnitt 1.7).
- Vor dem Hintergrund, dass Deutungen im Zusammenhang mit spezifischen Problemkonstellationen stehen, werden im Rahmen der Textanalyse/-interpretation schließlich Vorschläge von Bosančić für die Analyse öffentlicher Texte einbezogen.

Transkription

Bei der Transkription von Interviews bzw. interviewähnlichen Passagen habe ich mich an den Regeln des Basistranskripts des Gesprächsanalytischen Transkriptionssystems (GAT) orientiert (vgl. Selting et al. 1998), dessen Konventionen im Anhang ausgeführt sind (siehe S. 244). Der besseren Lesbarkeit wegen habe ich mich allerdings bei der Klein- und Großschreibung an die gängigen Rechtschreibregeln gehalten.

³⁹ So beinhalten alle drei Kapitel ein Unterkapitel zu den Konsequenzen, die jeweils von den Akteur*innen gefordert werden. Aber auch Bilder über bspw. rechte oder antifaschistische Akteur*innen und Politiker*innen sind damit impliziert und werden in den verschiedenen Unterkapiteln thematisiert.

III DEBATTEN IM KONTEXT VON FLUCHT_MIGRATION

4 Gesellschaftspolitische Hintergründe und Verlauf des Hellersdorfer Konflikts um die Asylunterkunft

4.1 Kontrolle und Regulation von Migration

Der Hellersdorfer Konflikt um die Eröffnung der Asylunterkunft in der Carola-Neher-Straße kann – trotz seiner jeweiligen Besonderheiten und spezifischen Konstellationen – keineswegs als losgelöst von gesellschaftlichen Diskursen und Debatten über Flucht_Migration verstanden werden. Ohne diese hier konkret herauszuarbeiten (was eine andere Untersuchung wäre), sollen im Folgenden lediglich damit im Zusammenhang stehende allgemeine Aspekte in den Jahren 2011 bis 2013 skizziert werden, bevor konkreter auf die Mobilisierung gegen *Flüchtlingsunterkünfte* in diesem Zeitraum eingegangen wird.

Die durch das Bundesamt für Migration bekannt gegebenen Zahlen von Asylanträgen für einen bestimmten Zeitraum – i.d.R. umfassen diese Erst- und Folgeanträge – stellen stets ein Politikum dar. Deutlich wird dies nicht zuletzt daran, dass bei einer Zunahme oft Gesetze und Maßnahmen erlassen werden, die einen Rückgang bewirken sollen.⁴⁰ Begleitet wird dies durch einen entsprechenden politischen Schlagabtausch zwischen den verschiedenen Parteien sowie gesellschaftliche Diskussionen über die Notwendigkeit und Sinnhaftigkeit jener Maßnahmen. Vor diesem Hintergrund ist prinzipiell von einem Versuch der Kontrolle und Regulation von Migration durch die bundesdeutsche – und gleichermaßen europäische (vgl. dazu bspw. Ratfisch 2015) – Migrationspolitik auszugehen, die in einem deutlichen Spannungsverhältnis zum individuellen Recht auf Überprüfung und ggf. der Gewährung von Asyl steht, wie es etwa in der Genfer *Flüchtlingskonvention* oder im Grundgesetz verankert ist (vgl. Cremer 2013, 20).

Während Asylanträge in Deutschland seit Ende der 1990er Jahre bis 2008 kontinuierlich – Jahr für Jahr – zurückgingen, ist seit 2009 zunächst ein stetiger, gleichwohl moderater Anstieg zu verzeichnen: So betrug die Anzahl von Erst- und Folgeanträgen 2009 gut 33.000, im Jahr 2012 gut 77.500 und im Folgejahr ca. 127.000 (vgl. Bundesamt für Migration 2015, 11). Die Gründe für den Anstieg sind dabei verschiedenartig. Zumindest für die Entwicklung in den Jahren ab 2011 werden Veränderungen »europäische[r] Regulationslogik[en]« von EU-Außengrenzen vor dem Hintergrund des Arabischen Frühlings virulent (vgl. Hess/Kasperek/Kron/Rodatz/Schwertl/Sontowski 2017, 8). So seien der EU nicht zuletzt »aufgrund der demokratischen

⁴⁰ Das herausragendste Beispiel dafür ist die Grundgesetzänderung im Jahr 1993, die zu einer starken Einschränkung des Grundrechts auf Asyl und in den Folgejahren zu einer signifikanten Abnahme von Asylanträgen in Deutschland führte. Aber auch Maßnahmen, die die Unterstützung von Menschen im Asylverfahren (Unterbringung, finanzielle Leistungen u.a.) einschränken, oder Modifikationen in der behördlichen Anerkennungspraxis sind in diesem Zusammenhang zu erwähnen. So wurde im Laufe des Jahres 2016 immer mehr syrischen *Flüchtlings* nicht mehr der *Flüchtlings*status nach der Genfer *Flüchtlingskonvention*, sondern nur noch der sog. subsidiäre Schutz zugesprochen (vgl. Pro Asyl 2016).

Aufstände ihre diktatorischen Kooperationspartner, wie zum Beispiel der libysche Diktator Gaddafi, abhandeln« gekommen (ebd., 9). Infolgedessen gelangen mehr *Flüchtlinge* nach Europa – und zeitlich verzögert dann ebenso nach Deutschland. Des Weiteren kommen wegen des Krieges in Syrien, jedoch zunächst noch in sehr geringer Anzahl, ab 2011 vermehrt syrische *Flüchtlinge* nach Deutschland (vgl. Bundesregierung 2013). Und schließlich findet eine erhöhte Einreise von *Flüchtlingen* aus Südosteuropa, darunter politisch diskriminierte Roma, statt⁴¹ (vgl. Süddeutsche Zeitung 2012). Dies ist gleichermaßen im Zusammenhang des Wegfalls der EU-Visumpflicht für Migrierende vieler südosteuropäischer Staaten seit 2009/2010 zu verstehen (s.u.).

Parallel zu diesen Entwicklungen wird auch auf bundesdeutscher politischer Ebene das Thema Flucht_Migration vermehrt und teils schärfer diskutiert. Vor dem Hintergrund, dass Zuwanderung im Allgemeinen oft als ökonomische Belastung, als »Bürde für das deutsche Sozialsystem« (Krobisch 2014, 85) angesehen wird – freilich mit Ausnahme von entsprechend qualifizierten Fachkräften (vgl. ebd, 93ff.) –, besteht *ein* zentraler Aspekt in der politischen Debatte von 2011 bis 2013 in der Begrenzung der Zahl sog. Armut- oder Wirtschafts*flüchtlinge* aus Südosteuropa (vgl. u.a. Welt 2013a). Gleichwohl sich in diesem Zeitraum ebenso der Anteil von *Flüchtlingen* aus anderen Ländern erhöht (vgl. Innenministerium 2013), konzentriert sich die Diskussion vor allem auf serbische und mazedonische *Flüchtlinge* (vgl. Welt 2013c; Spiegel 2013e), denen häufig allein materielle Anreize für die Beantragung von Asyl zugeschrieben werden. Hendrik Cremer spricht in diesem Zusammenhang daher von einem Revival der – eben keineswegs neuen – sog. »Missbrauchsdebatte«, die Anfang der 1990er Jahre in Deutschland sehr intensiv geführt wurde (Cremer 2013, 23; vgl. auch Wöhrle 2012).

Im Sinne dieses Missbrauchstopos sagt der damalige bayrische CSU-Ministerpräsident* Horst Seehofer in einer Rede am politischen Aschermittwoch vom 9. März 2011, eine Kriegsmetapher gebrauchend, Folgendes: »Wir werden uns gegen Zuwanderung in deutsche Sozialsysteme wehren – bis zur letzten Patrone.«⁴² (Spiegel 2011) Und der damalige CSU-Innenminister* Hans-Peter Friedrich führt in Bezug auf die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom Juli 2012, nach der Geldleistungen an Menschen im Asylverfahren deutlich anzuheben seien, da derzeit menschenunwürdig, im Oktober desselben Jahres aus: »Das wird dazu führen, dass die Asylbewerber-Zahlen noch weiter steigen, denn es wird für Wirtschaftsflüchtlinge noch attraktiver zu uns zu kommen und mit Bargeld wieder abzureisen« (Zeit 2012a). Gleichzeitig spricht er sich für weniger Bargeld für *Flüchtlinge* aus Serbien und Mazedonien sowie für deren schnelle Rückkehr aus, weil diese lediglich »Wirtschaftsflüchtlinge« und keine »[w]irklich verfolgten« Menschen seien (ebd.). Ähnlich argumentiert der CDU-Innenpolitiker*

⁴¹ Laut Innenministerium betrug der Anteil von Erstanträgen von *Flüchtlingen* »aus einem Nachfolgestaat des ehemaligen Jugoslawien« ca. ein Drittel von insgesamt 64.539 Erstanträgen im Jahr 2012 (Innenministerium 2013). Anträge von *Flüchtlingen* aus Serbien und Mazedonien machten dabei insgesamt gut 20 % aller 64.539 Erstanträge aus – gegenüber gut 12 % im Vorjahr 2011 bei insgesamt 45.741 Erstanträgen (vgl. ebd.)

⁴² Der frühere SPD-Staatssekretär* Ulrich Kasparick und der ehemalige SPD-Abgeordnete* Jörg Tausser erstaten daraufhin Strafanzeige wegen Volksverhetzung (vgl. Tagesspiegel 2011), die allerdings von der Münchener Staatsanwaltschaft nicht weiter verfolgt wird (mündliche Mitteilung U. Kasparick v. 19.3.2018).

Wolfgang Bosbach im Herbst 2012, indem er ausführt, dass Asylanträge von Menschen aus Serbien und Mazedonien zu »99 Prozent offensichtlich unbegründet sind« (Welt 2013c).

Die Debatte um *Flüchtlinge* aus Südosteuropa findet nicht nur innerhalb Deutschlands, sondern darüber hinaus in anderen EU-Ländern statt. So werden bspw. gesetzliche Bestimmungen auf EU-Ebene durch Beschwerden verschiedener EU-Länder (u.a. auch Deutschland) über den Anstieg der Asylanträge von *Flüchtlingen* aus Südosteuropa modifiziert. Bereits im Frühjahr 2011 deutet die EU-Kommission an, sog. Schutz- bzw. Notfallklauseln einzuführen, nach der EU-Länder die visumsfreie Einreise aus südosteuropäischen Ländern temporär aufheben können (vgl. Welt 2011, Spiegel 2013e). Nach längeren Verhandlungen verabschiedet schließlich das Europäische Parlament im Juli 2013 eine entsprechende Regelung, nach der »Mitgliedsstaaten vorübergehend die Visa-Freiheit für Menschen aus den Balkan-Ländern aufheben dürfen« (Deutsche Wirtschafts Nachrichten 2013).

Wie stark das Thema sog. Armutszuwanderung sogar in Bezug auf EU-Länder virulent ist, zeigt ein Brief von Hans-Peter Friedrich, den er im April 2013 zusammen mit Kolleg*innen aus Österreich, den Niederlanden sowie Großbritannien an die irische Ratspräsidentschaft und die EU-Kommission schreibt. Darin wird ausgeführt, dass die Einwanderung von Menschen aus Rumänien und Bulgarien »unser gemeinsames Ziel [bedroht; J.H.], die Mobilität der europäischen Bürger zu fördern, die in anderen Mitgliedstaaten arbeiten, studieren oder ein Unternehmen aufbauen wollen« (Welt 2013a). In diesem Sinne spricht sich Friedrich gleichermaßen im März 2013 ausdrücklich dagegen aus, »Bulgarien und Rumänien in den Schengen-Raum aufzunehmen« (ebd.).

Resümierend kann für den hier betrachteten Zeitraum 2011 bis 2013 festgehalten werden, dass vor dem Hintergrund des migrationspolitischen Paradigmas der Kontrolle, Regulation und Begrenzung von Flucht_Migration die Unterscheidung danach grundlegend ist, welche ›Personengruppen‹ als ›wirklich‹ berechtigt für eine Aufnahme angesehen werden und welche nicht, weil sie ›lediglich‹ als ›Wirtschaftsflüchtlinge‹ o.Ä. gelten. Insofern kann eine derartige Politik nicht ausschließlich als Exklusion oder Abschottung verstanden werden, sondern stellt vielmehr eine gezielte, jedoch »limitierte[...] Inklusion« (Tsianos/Pieper 2011, 118) bestimmter ›Gruppen‹ dar.

4.2 Proteste gegen Asylunterkünfte versus Willkommensinitiativen

Aufgrund einer Zunahme von *Flüchtlingen* in Deutschland ab dem Jahr 2009 steigt der Bedarf an entsprechenden Unterbringungsmöglichkeiten. In verschiedenen Städten und Gemeinden kommt es in diesem Zusammenhang zu teils starken Auseinandersetzungen um deren Errichtung bzw. Eröffnung (s.u.). Des Weiteren nehmen seit 2011 Angriffe auf *Flüchtlingsunterkünfte* deutlich zu: Das Innenministerium geht von mindestens 59 Angriffen im Jahr 2013 gegenüber 24 für 2012 sowie 18 für 2011 aus (vgl. Bundestag 2013, 5; 2014, 7f.). Schließlich sind ebenso wesentlich mehr Proteste der extremen Rechten zu konstatieren, die das keineswegs neue Thema spätestens seit 2011 verstärkt wieder auf ihre Agenda gesetzt haben (vgl. Jentsch 2012,

2), um nicht zuletzt Anschlussmöglichkeiten an gesamtgesellschaftliche Debatten der ›Mitte‹ herstellen zu können (vgl. Geisler/Braun/Gerster 2016, 16f.). So nehmen etwa Proteste von NPD oder Pro NRW gegen Asylunterkünfte laut amtlichen Zahlen von 2013 gegenüber dem Vorjahr 2012 deutlich zu (vgl. Bundestag 2013, 2), und auch im Bundestagswahlkampf für die Wahlen im September 2013 spielt das Thema Flucht_Migration bei der NPD eine zentrale Rolle, wie Rainer Erb und Michael Kohlstruck ausführen:

»Die durch militärische Konflikte im östlichen Mittelmeer 2012/13 ausgelöste Flüchtlingsbewegung war ein politisches Ereignis, das die NPD im Bundestagswahlkampf 2013 agitatorisch genutzt hatte. Sie führte ihren Evergreen ›Ausländer raus‹ auf und erzielte unter den Wählern im Umfeld von Flüchtlingsunterkünften eine gewisse Resonanz.« (Erb/Kohlstruck 2016, 249)

Wie bereits erwähnt, nehmen deutschlandweit – sei es in (Groß-)Städten oder in ländlichen Regionen, in Ost oder West – durch den Bau oder die (geplante) Eröffnung von *Flüchtlingsunterkünften* Proteste von Anwohner*innen bzw. Bürgerinitiativen dagegen deutlich zu. Große mediale Resonanz erfahren dabei nicht zuletzt die Ereignisse im sächsischen Schneeberg im Herbst 2013, bei denen es zu Allianzen zwischen Bürger*innen und rechten Akteur*innen kommt. Anlass für die dortigen Proteste ist die Verlegung von *Flüchtlings* aus der Erstaufnahmeeinrichtung Chemnitz nach Schneeberg (vgl. Spiegel 2013d). Die Proteste, sog. »Lichtelläufe«, bei denen nach Angaben der Amadeu Antonio Stiftung bis zu 1.800 Bürger*innen protestieren, werden von der NPD koordiniert (Amadeu Antonio Stiftung o.J., 19). Durchaus bemerkenswert ist hierbei, dass es kaum lokale Gegenproteste gibt und erst beim dritten großen »Lichtellauf« die Parteien des Stadtrates eine »Kundgebung im Rahmen des Bündnisses ›Schneeberg für Menschlichkeit‹« organisieren, »nachdem beim zweiten ›Lichtellauf‹ schon Grüne, Linke und Antifa-Gruppen protestiert hatten« (ebd., 20). Ein Kritikpunkt des CDU-Bürgermeisters* bezieht sich in diesem Zusammenhang in erster Linie auf die negative Berichterstattung über Schneeberg aufgrund der Proteste, wodurch er wirtschaftliche Schäden durch weniger Tourismus befürchtet (vgl. ebd.).

Aber auch Bürgermeister*innen sowie Gemeindevertreter*innen können sich deutlich gegen Asylunterkünfte positionieren, wie das Beispiel der nördlich von Berlin gelegenen Gemeinde Wandlitz zeigt. Dort wird im Herbst 2012 bekannt, dass eine Unterkunft für *Flüchtlinge* in einem ehemaligen Oberstufenzentrum eingerichtet werden soll (vgl. ebd., 39). Die daraufhin von einer Bürgerinitiative initiierte Unterschriftenliste gegen dieses Vorhaben unterzeichnet schließlich die »gesamte Gemeindevertretung inklusive Bürgermeisterin« (ebd.). – Ein anderes Beispiel: Im bayrischen Bischofswiesen klagt der dortige Bürgermeister* Anfang 2014 gegen die Nutzung eines ehemaligen Hotels, in dem 80 *Flüchtlinge* untergebracht werden sollen (vgl. BGLand24 2013, 2014).

Deutschlandweit werden (spätestens) seit 2012 unzählige lokale Bürgerinitiativen gegründet, sobald entsprechende Pläne für den Bau oder die Einrichtung einer Asylunterkunft bekannt werden. Diese agieren und agitieren jeweils gegen Unterkünfte – bspw. in Form von Unterschrif-

tenlisten (s.o.) –, seien diese geplant oder bereits bestehend.⁴³ Dies nutzt gleichermaßen die extreme Rechte, die teils ebenso Bürger*inneninitiativen gründet und (vermeintliche) Ängste und Vorbehalte von Bürger*innen aufgreift (vgl. Amadeu Antonio Stiftung o.J., 23f.). Der virtuelle Raum scheint insgesamt sehr attraktiv zu sein, um gegen *Flüchtlinge* zu hetzen, wie das Projekt no-nazi.net ausführt:

»Im Sommer 2013 startete die erste Hetzseite gegen Flüchtlinge auf Facebook. Zum Winter 2013 zählte no-nazi.net über 50 lokal aktiver Hetzseiten gegen Flüchtlinge und geplante oder bestehende Flüchtlingsunterkünfte. Im Sommer 2014 wurden über 65 solcher Facebook-Seiten gezählt. Diese Seiten ähneln sich entweder vom Slogan (»Nein zum Heim«, »XY wehrt sich«) oder vom Logo her. Meist sind hier Lokalpolitiker der NPD aktiv und versuchen, unter dem Deckmantel der besorgten Bürgerschaft eine angeblich demokratische Legitimität der rassistischen Hetze zu simulieren.« (no-nazi.net o.J., 21)

Die auf lokaler Ebene teils starke Agitation gegen eine Asylunterkunft äußert sich des Weiteren in Form der (von dagegen agierenden Akteur*innen teils bewusst forcierten) Eskalation sogenannter, von der Lokalpolitik durchgeführter Informationsveranstaltungen.⁴⁴ Aus diesem Grund erscheinen ab 2013 vermehrt Informationen bzw. entsprechende Broschüren für die (bessere) Vorbereitung und Durchführung derartiger Informationsveranstaltungen von verschiedenen zivilgesellschaftlichen Organisationen (vgl. dazu etwa MBR 2013; Pro Asyl 2014, 52ff.; BAKR 2014).

Allerdings wäre das hier skizzierte Bild massiver lokaler Proteste gegen Asylunterkünfte zu einseitig, wenn nicht ebenso auf zahlreiche Gegenbewegungen hingewiesen würde. In Berlin-Neukölln veranstaltet Mitte September 2013 bspw. ein bereits bestehendes Bündnis gegen rechts nach der Ankündigung der Eröffnung einer Unterkunft eine Informationsveranstaltung, um Resentiments von Anwohner*innen und das Aufgreifen des Themas durch die extreme Rechte möglichst einzudämmen (vgl. Hufeisern 2013). Auf dieser Veranstaltung wäre »nicht nur friedlich über die Einrichtung informiert und diskutiert, sondern auch die deutsche Asyl- und Flüchtlingspolitik kritisiert« worden (Metzger 2013, 5). Des Weiteren gründen sich – deutschland- und berlinweit – zahlreiche Initiativen, die *Flüchtlinge* unterstützen (wollen) und sie ausdrücklich willkommen heißen. Die Amadeu Antonio Stiftung (o.J., 17) führt in diesem Sinne aus, dass in

⁴³ Ein weiteres Beispiel dafür ist das Berlin-Charlottenburger Westend, wo eine Bürgerinitiative im Frühjahr 2013 Unterschriften gegen eine dortige, bereits eröffnete Asylunterkunft sammelt (vgl. ntv 2013). Nachbar*innen würden »eine Abwertung ihrer Eigenheime und ungebetenen Besuch in ihren offenen Grünanlagen hinter den Häusern« befürchten, so ein Anwohner* (ebd.).

⁴⁴ Um hier nur zwei von unzähligen Beispielen zu nennen (vgl. dazu a.i.d.a. 2014): Die bayrische Gemeinde Affing-Anwalting führt im September 2013 eine Informationsveranstaltung für die geplante Unterbringung von 40 *Flüchtlingen* im Ort durch. Dabei applaudieren viele Teilnehmer*innen, »wenn rassistische Parolen geäußert werden. Eine Frau* sagt zum Beispiel: ›Wollen Sie, dass die kommen und wir gehen? Bei den ganzen Ausländern im Ort traue ich mich dann gar nicht mehr aus dem Haus. Dann kann ich direkt ausziehen‹« (ebd.). – Im bayrischen Aichach-Friedberg eskaliert Ende April 2013 eine Informationsveranstaltung »zum Bau einer Gemeinschaftsunterkunft für 70 Asylsuchende«, wobei Aussprüche fallen wie: »Ein Ghetto werde entstehen und die Immobilienpreise verderben« (ebd.). Eine Mutter sagt, dass »die fremden Männer [...] ihre 17-jährige Tochter belästigen« könnten (ebd.). Schließlich übergibt eine »Interessengemeinschaft der Anwohner« dem Bürgermeister* 260 Unterschriften gegen die Asylunterkunft (ebd.).

der zweiten Jahreshälfte 2013 im Umfeld von Asylunterkünften in Berlin »etwa fünfzehn lokale ›Willkommensinitiativen‹ neu entstanden [sind; J.H.], die Hilfe für Asylsuchende anbieten und vor Ort flüchtlingsfeindlichen Kampagnen von Anwohnerinnen und Anwohnern sowie Rechts-extremisten entgegentreten«. Diese Initiativen seien auf bezirklicher Ebene i.d.R. gut vernetzt mit weiteren Akteur*innen, wie bspw. Kinder- und Jugendeinrichtungen, Wohnungsbaugesellschaften und Kirchengemeinden (vgl. ebd.).

4.3 *Flüchtlingsproteste 2012 und 2013*

Ein weiterer zentraler Aspekt, der die Diskussion um Flucht_Migration berührt, stellt die Protestbewegung von *Flüchtlingen* in den Jahren 2012 und 2013 in Deutschland dar, die in ihrer Intensität ein Novum war (vgl. etwa Zeit 2013c; ARI 2019a, 618). Nach dem Suizid eines iranischen *Flüchtlings* in Würzburg Ende Januar 2012 kommt es in der Stadt zu Protesten und zu einem Hungerstreik von *Flüchtlingen*. Die Forderungen der Protestierenden beziehen sich von Anfang an in erster Linie auf die folgenden drei zentralen Punkte: Abschaffung aller zentralen *Flüchtlingsunterkünfte* in Deutschland, die Abschaffung von Abschiebeengesetzen – und damit verbunden ein legalisierter Aufenthalt in Deutschland – sowie die Abschaffung der Residenzpflicht (vgl. Refugeetentaction 2013b).

Im Zusammenhang mit den Protesten⁴⁵ wird in der Würzburger Innenstadt ein Protestcamp errichtet, und im Sommer 2012 folgen in vielen anderen deutschen Städten ähnliche Camps bzw. »Protest- und Infozelte« (ARI 2019a, 618). Am 8. September 2012 beginnt ein Protestmarsch von ungefähr 50 *Flüchtlingen* nach Berlin. Parallel dazu unternimmt eine andere Gruppe eine Bustour quer durch Deutschland nach Berlin. Ca. einen Monat später erreichen die *Flüchtlinge* Berlin und errichten am Berlin-Kreuzberger Oranienplatz ein Protestcamp, das bis zu seiner Räumung am 8. April 2014 wohl das sichtbarste Zeichen der *Flüchtlingsproteste* bleibt – weit über Deutschland hinaus (vgl. etwa Wilcke/Lambert 2015, 1). Am 5. Oktober kommt es ferner zu einer Demonstration vor dem Bundestag und zu einem »Treffen von vier Aktivisten mit dem Innenausschuss des Deutschen Bundestags, das allerdings ohne Ergebnisse« endet (Wöhrle 2012). Am 13. Oktober findet die bis dahin größte Demonstration für die Rechte von *Flüchtlingen* in Deutschland mit über 6.000 Teilnehmer*innen statt, und am 24. Oktober ein Hungerstreik vor dem Brandenburger Tor, infolgedessen es nicht zuletzt zu einem Gespräch mit der damaligen Beauftragten der Bundesregierung für Migration, *Flüchtlinge* und Integration, Maria Böhmer (CDU), kommt. Schließlich wird im Dezember die leerstehende ehemalige Gerhart-Hauptmann-Schule in Berlin-Kreuzberg von *Flüchtlingen* besetzt – neben dem Oranienplatz ein weiteres bekanntes Symbol der Protestbewegung.

Im Jahr 2013 werden Anfang März ein »Refugee Struggle Congress« in München und eine Informations- und Vernetzungstour von sich selbst so bezeichnenden Non-Citizens durch Bayern durchgeführt, infolge derer es am 22. Juni auf dem Münchener Rindermarkt zu einem Hungerstreik kommt, welcher gut eine Woche später von der Polizei gewaltsam geräumt wird

⁴⁵ Zum folgenden Absatz vgl. ARI (2019, 618f.) sowie Refugeetentaction (2013a).

(vgl. Refugeetentaction 2013a). Die politische Reaktion darauf besteht in der Zusicherung einer schnelleren Prüfung der Asylanträge der Protestierenden sowie in der Abschaffung von Essenspaketen in Bayern (vgl. ARI 2019a, 662). – Am 20. August beginnen Non-Citizens zwei Protestmärsche in Bayreuth und Würzburg Richtung München (vgl. ebd.), und Anfang Oktober beginnen ca. 30 Non-Citizens am Berliner Pariser Platz vor dem Brandenburger Tor einen Hungerstreik. Von der Politik wird ihnen daraufhin wiederum eine schnelle Prüfung ihrer Asylanträge zugesichert (vgl. ebd.). – Eine andere Gruppe von etwa 300 *Flüchtlingen*, die Gruppe Lampedusa in Hamburg, protestiert ab Mai 2013 in Hamburg für ein Bleiberecht in Deutschland (vgl. Spiegel 2013f).

Insgesamt kann in Anlehnung an die Einschätzung der Dokumentationsstelle der Antirassistischen Initiative e.V. resümiert werden, dass die »Themen Asylrecht und Lebensbedingungen der Asylsuchenden in der BRD« durch die *Flüchtlings*proteste in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt wurden und sogar Auswirkungen auf damit zusammenhängende parlamentarische Debatten hatten (ARI 2019a, 617). Dennoch wurde keine der zentralen Forderungen (s.o.) politisch entsprechend umgesetzt. Gleichwohl die Medienberichterstattung in diesem Zusammenhang sicherlich nicht als kontinuierlich bezeichnet werden kann, über bestimmte Aktionen kaum oder gar nicht berichtet wurde (vgl. Refugeetentaction 2013a), kommt Daniel Steinmaier (2013, 36) dennoch zu dem Fazit, dass durch die vielen medienwirksamen Aktionen die *Flüchtlings*proteste gesellschaftlich schließlich als eigene politische Bewegung wahrgenommen worden wären.

Vor dem Hintergrund des hier lediglich knapp skizzierten gesellschaftlichen Klimas in Bezug auf Flucht_Migration ist somit von verschiedenen Bewegungen – im doppelten Wortsinne – auszugehen: den teils massiven lokalen Protesten gegen *Flüchtlings*unterkünfte einerseits und den vielen sog. Willkommensinitiativen andererseits, die *Flüchtlinge* auf verschiedenen Ebenen des Alltags unterstützen (wie bspw. Sprachkurse, Betreuungs- und Begleitangebote, Übersetzungen etc.). Hinzu kommen die *Flüchtlings*proteste, die die gesellschaftliche Wahrnehmung von *Flüchtlingen* im Allgemeinen zumindest verstärken. Wie bereits weiter oben ausgeführt, wird auf politischer Ebene teils dezidiert gegen *Flüchtlinge*, insbesondere aus Südosteuropa, agiert.

Auch der Hellersdorfer Konflikt ist in diesem Zusammenhang als ein charakteristisches Beispiel dieser gesamtgesellschaftlichen Ereignisse und Debatten zu verstehen, der zwar spezifisch ist, aber – wie sich im Laufe der vorliegenden Analyse zeigen wird – ebenfalls ›Allgemeines‹ i.S. der von den verschiedenen Akteur*innen artikulierten Situationsdeutungen und vorkommenden Argumentationsstrategien bzw. -mustern widerspiegelt.

4.4 Berlin-Hellersdorf: Ereignisse von Juni bis Dezember 2013

In den folgenden Unterkapiteln lege ich zunächst einige Informationen über den Stadtbezirk Marzahn-Hellersdorf dar und gebe anschließend einen Überblick über die Geschehnisse in der zweiten Jahreshälfte 2013 in Berlin-Hellersdorf, die im Kontext des Konflikts um die Asyleinrichtung standen. Damit ist das Ziel verbunden, einen ersten Eindruck von den verschiedenen Er-

eignissen seit Ankündigung der Eröffnung der Asylunterkunft sowie den sich daran anschließenden Wochen und Monaten zu erhalten. Die Ausführungen erheben dabei keinen Anspruch auf Vollständigkeit und fokussieren im Hinblick auf die Analyse im nächsten Teil der Arbeit (siehe S. 76ff.) einzelne Ereignisse mehr als andere (wie etwa die Informationsveranstaltung vom 9. Juli).

4.4.1 Kurzinformation Marzahn-Hellersdorf

Der Berliner Bezirk Marzahn-Hellersdorf – mit im Jahr 2013 gut 250.000 Einwohner*innen der viertkleinste Berlins (vgl. Bezirksamt 2014, 5) – liegt im Nordosten der Hauptstadt und grenzt im Norden und Osten wiederum an das Bundesland Brandenburg. Bekannt ist Marzahn-Hellersdorf nicht zuletzt durch seine großen Plattenbausiedlungen, die zu DDR-Zeiten ab den 1970er Jahren (zuerst in Marzahn, später in Hellersdorf) errichtet wurden, um den damaligen akuten Wohnungsmangel zu beheben (vgl. Hür 2017). Bis Anfang der 1990er Jahre entstanden auf diese Weise bis zu 103.000 Wohnungen, in denen bis heute ein Großteil der Menschen lebt (vgl. Onken 2017). Gleichzeitig verfügt der Stadtbezirk mit den Ortsteilen Biesdorf, Kaulsdorf und Mahlsdorf über die größte Einfamilienhaussiedlung Berlins (vgl. Immeo o.J.). Entgegen dem weit verbreiteten Klischee eines tristen DDR-Plattenbauviertels weist der Bezirk zahlreiche Grünflächen auf: Die Plattenbausiedlung sei gar »einer der grünsten Stadtteile«, so Kemal Hür (Hür 2017).

Parteilpolitisch gesehen stellt der Stadtbezirk traditionell eine Hochburg der Partei DIE LINKE dar: So holte Petra Pau (DIE LINKE) bereits vier Mal hintereinander das Direktmandat für den Wahlkreis Marzahn-Hellersdorf bei Bundestagswahlen (zuletzt im Jahr 2017). Auch bei den kommunalen Wahlen zur Bezirksverordnetenversammlung (BVV) ist DIE LINKE stets als stärkste Kraft hervorgegangen. Die Wahlen im September 2011 ergeben folgende Sitzverteilung der darin vertretenen Parteien: DIE LINKE (19 Mandate), SPD (15 Mandate), CDU (10 Mandate), Piraten (4 Mandate), Grüne (4 Mandate) sowie NPD (2 Mandate) (vgl. Bezirksamt o.J., 2). Von 2011 bis 2016 ist Stefan Komoß (SPD) Bezirksbürgermeister* und Dagmar Pohle (DIE LINKE) seine Stellvertreterin*.

Insgesamt kann Marzahn-Hellersdorf keineswegs als ein privilegierter Stadtbezirk angesehen werden. Zusammen mit vier weiteren Gebieten in jeweils anderen Berliner Bezirken stellen einige Stadtteile sog. »Aktionsräume plus im Rahmen des Monitoring soziale Stadtentwicklung« dar (Bever/Brodowski/Henßler/Misbach/Stapf-Finné 2015, 12; Herv. gestr. J.H.). Diese Aktionsräume werden vom Berliner Senat und den jeweiligen Stadtbezirken »konzentriert gefördert und beobachtet«, da deren Sozialstruktur insgesamt »einen hohen Entwicklungsbedarf auf[weist; J.H.]« (ebd., 13). Das bedeutet, dass sich diese Gebiete durch »hohe Konzentration sozialer Problemlagen und einen hohen Entwicklungsbedarf aus[zeichnen; J.H.]. Die Lebensbedingungen sind hier schwieriger als in anderen Stadtteilen« (ebd.).

4.4.2 Die Informationsveranstaltung vom 9. Juli und ihre Folgen

In Marzahn-Hellersdorf wohnen im Frühsommer 2013 lediglich ca. 2,5 % von insgesamt ungefähr 6.000 in Berlin lebenden sog. Asylbewerber*innen⁴⁶ nach Aussage von Franz Allert, Präsident* des für die Unterbringung von *Flüchtlingen* zuständigen Landesamtes für Gesundheit und Soziales (LaGeSo) (vgl. Bezirksamt 2013f, TC: 09:38f.). Vor dem Hintergrund der oben erwähnten (siehe S. 57) steigenden Anzahl von *Flüchtlingen* in Deutschland (und damit auch in Berlin) und deren – zumindest angestrebter – gleichmäßiger Verteilung innerhalb der Stadt gibt das LaGeSo im Frühsommer bekannt, in Hellersdorf eine weitere Asylunterkunft eröffnen zu wollen.

Die öffentliche Auseinandersetzung um die Eröffnung der Asyleinrichtung in der Hellersdorfer Carola-Neher-Straße beginnt schließlich mit dem 20. Juni. An diesem Tag informiert die stellvertretende Bezirksbürgermeisterin* Dagmar Pohle in einer Sitzung der BVV über die Absicht des LaGeSo, in der ehemaligen, seit 2008 leerstehenden Max-Reinhardt-Schule in der Carola-Neher-Straße eine *Flüchtlings-* bzw. Notunterkunft⁴⁷ einzurichten. Gleichzeitig wird bekanntgegeben, dass dafür eine öffentliche Informationsveranstaltung⁴⁸ geplant ist, die in den ersten beiden Juli-Wochen stattfinden soll (vgl. Piratenpartei MaHe 2013b). Gut eine Woche später werden die Anwohner*innen per Aushänge über die geplante Eröffnung der Asylunterkunft und über den konkreten Termin der Informationsveranstaltung, den 9. Juli, informiert (vgl. Bezirksamt 2013h).

Unmittelbar nach dem Bekanntwerden der geplanten Eröffnung der Asylunterkunft bildet sich die Bürgerinitiative Marzahn-Hellersdorf (BMH), die nicht zuletzt anonym per Facebook gegen die *Flüchtlingsunterkunft* agiert sowie auf entsprechende Resonanz stößt: Binnen weniger Wochen haben »1.500 Personen per Facebook ihre Sympathie bekundet«, wie das Antifaschistische Pressearchiv und Dokumentationszentrum e.V. aus Berlin (Apabiz), das die (Internet-)Aktivitäten der BMH beobachtet, ausführt (Apabiz 2013). Beiträge, die sich für die *Flüchtlingsunterkunft* aussprechen, würden hingegen allesamt von Facebook gelöscht (vgl. Antifa MaHe 2013a). Wie das Apabiz weiter schreibt, habe sich bereits früh angedeutet, dass in erster Linie die NPD die Bürgerinitiative initiiert habe aufgrund deren Wortwahl und Argumentation gegen die Asylunterkunft. Thomas Crull, der noch 2011 für die NPD Marzahn-Hellersdorf ins Berliner Abgeordnetenhaus einziehen wollte, ist zudem presserechtlich für die BMH verantwortlich (vgl. Amadeu Antonio Stiftung o.J., 15).

In den Tagen bis zur Informationsveranstaltung kommt es zu weiteren gegen die Asylunterkunft gerichteten Aktionen: Einer der beiden NPD-Abgeordneten der BVV Marzahn-Hellersdorf,

⁴⁶ Die genannte Zahl umfasst jedoch keine »Geduldeten« oder zur Ausreise Verpflichteten (vgl. Classen 2013b).

⁴⁷ Notunterkünfte stellen lediglich solche Einrichtungen dar, in denen *Flüchtlinge* nur für kurze Zeit wohnen, um dann i.d.R. auf andere Sammelunterkünfte – in ggf. anderen Bundesländern – »verteilt« zu werden. Im Folgenden werden ausschließlich die Bezeichnungen Asyleinrichtung/-unterkunft bzw. *Flüchtlingsunterkunft* verwendet.

⁴⁸ Informationsveranstaltungen sind im Stadtbezirk kein neues Format. So wurden etwa im Zeitraum vom 26.9.2012 bis 27.2.2013 vier Informationsveranstaltungen in verschiedenen Stadtteilen durchgeführt (vgl. Bezirksamt 2013p, 1).

Matthias Wichmann, klingelt bei Anwohner*innen und wirbt für die Ablehnung der Asylunterkunft; und am »Morgen des 7. Juli 2013 wird an der Brücke über die U-Bahn-Trasse in der Ceciliastraße ein Transparent mit der Aufschrift »Wir sind das Volk! Nein zum Heim!« angebracht« (Wutlog o.J. a). Später wird davon ein Foto auf der Facebook-Fanseite der BMH veröffentlicht (vgl. ebd.). Am 7. Juli kommt es zudem im Maxi-Treff, einem von der Wohnungsbaugesellschaft Wuhletal e.G. eingerichteten Treffpunkt für Bürger*innen, zu einer Unterschriftensammlung von Anwohner*innen gegen die Asylunterkunft (vgl. ebd.). Schließlich taucht im Stadtteil ein Flyer der BMH auf (vgl. Bündnis gegen Lager 2013a), in dem nicht zuletzt gefordert wird, »kriminelle Ausländer und Asylbetrüger [...] konsequent in ihre Heimat abzuschieben« (BMH 2013).

Am 9. Juli findet die vom Bezirksamt bzw. der Bezirksregierung organisierte Informationsveranstaltung statt. Diese hat das Ziel, die Anwohner*innen über die zu eröffnende Asylunterkunft zu informieren sowie deren »Sorgen und Ängste« (Bezirksamt 2013e) aufzugreifen. Ursprünglich sollte die Veranstaltung in den Räumen der evangelischen Kirchengemeinde Hellersdorfs stattfinden, wird jedoch wegen der zu erwartenden hohen Besucher*innenanzahl kurzfristig in den Hof der Schule am Rosenhain verlegt, wo sie gegen 18:00 Uhr beginnt. Auf dem Podium sitzen fünf Personen: Bezirksbürgermeister* Stefan Komoß (SPD) und dessen Stellvertreterin*, Dagmar Pohle (DIE LINKE), Franz Allert, Präsident* des LaGeSo, Helmut Penz, Leiter* des Betreibers der Unterkunft Professionelle Wohn- und Betreuungsgesellschaft (PeWoBe), und Herr Jeske, Leiter* des zuständigen Polizeiabschnitts. Gekommen sind statt der etwa 400 erwarteten Teilnehmer*innen (vgl. Bezirksamt 2013f, TC: 01:10) mehr als doppelt so viele. Schätzungen reichen von ca. 800 bis 1.000 Anwesenden (vgl. u.a. SPI 2014, 38; Bever et al. 2015, 135), von denen auch Akteur*innen der extremen Rechten – u.a. der NPD und sog. Kameradschaften – zuzurechnen sind. So befindet sich bspw. Sebastian Schmidtke, damaliger Vorsitzender* des Landesverbandes der Berliner NPD, und Maria Fank, damalige Landesvorsitzende* der NPD-Organisation Ring Nationaler Frauen, unter den Teilnehmer*innen. Zur Anzahl extrem rechter Akteur*innen gehen die Angaben ebenfalls recht weit auseinander: Während Bever et al. (2015, 135) – allerdings ohne die Erwähnung von Quellen – eine Anzahl von »100 bis 150 Neonazis« schätzen, geht das Sozialpädagogische Institut Walter May (SPI) – wiederum ohne Bezugnahme auf Quellen – von »nur« »rund 50 Rechtsextremist/innen« aus (SPI 2014, 38). Letztere Zahl scheint der Realität näher zu sein, kommen doch Aktivist*innen der Antifa unter namentlicher Aufschlüsselung zu dem Ergebnis, dass sich aus dem »Milieu organisierter Rassist*innen« 38 Personen befanden, die vor allem der NPD, der BMH sowie dem Nationalen Widerstand Berlin (NWB) zugerechnet werden konnten (Wutlog o.J. b).

Die Informationsveranstaltung, die von ca. 18:00 bis 19:30 Uhr dauert und von einem Polizeiaufgebot begleitet wird, ist insgesamt durch große Unruhe, viele, teils aggressive Zwischenrufe und eine deutliche Ablehnung der Asylunterkunft von vielen Anwesenden geprägt. Es gibt zwar ebenso entsprechende Statements einiger Teilnehmer*innen, die sich für die Asylunterkunft positionieren, jedoch dominieren die gegen die Asylunterkunft gerichteten Wortbeiträge die Veranstaltung. Äußerlich ist die Ablehnung bereits an vielen T-Shirts von Veranstaltungsteil-

nehmer*innen mit der Aufschrift »Nein zum Heim!« oder an solchen, die den Zeitraum des Pogroms in Rostock-Lichtenhagen von 1992 zeigen (22. - 26.8.1992), erkennbar⁴⁹ (vgl. ebd.). Inhaltlich kreisen die die Unterkunft ablehnenden Statements um drei zentrale Punkte: Erstens wird ein mangelndes Miteinbeziehen der Anwohner*innen in den Prozess der Entscheidung des Umbaus der Schule zu einer *Flüchtlings*unterkunft kritisiert. Zweitens wird das Thema zu befürchtender mangelnder Sicherheit und eines Anstiegs von Kriminalität in verschiedenen Akzentuierungen vorgetragen. Drittens werden diverse soziale Probleme im Stadtteil thematisiert – wie etwa der Abbau von öffentlicher Infrastruktur (Kitas, Schulen, Jugendclubs u.a.) – und in einen Gegensatz zur *Flüchtlings*unterkunft bzw. zu *Flüchtlingen* im Allgemeinen gesetzt, d.h. als wesentlich dringlicher bewertet als die Aufnahme von *Flüchtlingen* im Stadtteil.

Nicht zuletzt wegen der ablehnenden und überwiegend aggressiven Grundstimmung gegenüber *Flüchtlingen* ruft die Informationsveranstaltung ein großes mediales Echo hervor. Parallelen zu den Ereignissen in Rostock-Lichtenhagen werden gezogen, wie bspw. die Überschrift eines Artikels im Neuen Deutschland vom 11. Juli zeigt: »Hellersdorf-Lichtenhagen« (Neues Deutschland 2013a).⁵⁰ Es erscheinen berlin- und deutschlandweit unzählige Artikel über die Informationsveranstaltung: allein in der Berliner Zeitung am 10. Juli mindestens drei Artikel (vgl. Berliner Zeitung 2013b, c, d) und ein Interview mit Franz Allert (Allert 2013a), in der Taz am selben Tag mindestens zwei Artikel (vgl. Taz 2013a, b), eine dpa-Meldung (vgl. Taz 2013c) sowie ein Interview mit Stefan Komoß (Komoß 2013a). Aber auch Zeit (2013a), Frankfurter Rundschau (2013a), Spiegel (2013a) und die Süddeutsche Zeitung (2013a) berichten über die Geschehnisse in Berlin-Hellersdorf.

Der Verlauf der Informationsveranstaltung stellt eine Zäsur für viele dar, die sich für die Aufnahme von *Flüchtlingen* im Stadtteil (oder zumindest nicht dagegen) aussprechen und/oder sich politisch als antirassistisch oder antifaschistisch auffassen. So führt der Verein Hellersdorf hilft in der Retrospektive aus, dass zwar mit »Protesten der Nachbarschaft zu rechnen [war; J.H.] – nicht aber mit dem Ausmaß an Hass, Aggressionen und rassistischen Vorurteilen« (Polis 2014, 22). Die Bezeichnung der Veranstaltung als »brauner Dienstag« findet nicht zuletzt darin auch ihren sprachlichen Ausdruck (vgl. ebd., 23; Hellersdorf hilft 2014, 28). Von verschiedenen bezirklichen Akteur*innen wird die Veranstaltung im Nachhinein – auch mit Blick auf die darauf folgenden Ereignisse im Bezirk (s.u.) – als Wendepunkt beschrieben, in dessen »Folge eine Zunahme offen zur Schau getragener extrem rechter Gesinnung sowie eine breite Zustimmung zu [...] rassistischen und alltagsrassistischen Positionen seitens vieler Anwohner*innen sichtbar« wurde (Bever et al. 2015, 121).

⁴⁹ In Rostock-Lichtenhagen wurden im genannten Zeitraum die Zentrale Aufnahmestelle für Asylbewerber*innen und ein Wohnhaus, in dem ehemalige vietnamesische DDR-Vertragsarbeiter*innen wohnten, angegriffen. Sie gelten als die schwersten rassistischen Ausschreitungen in Deutschland nach 1945 (vgl. etwa Zeit 2015).

⁵⁰ Des Weiteren schreibt die Taz in einem Artikel vom 10. Juli: »Lichtenhagen lässt grüßen« (Taz 2013a); der Spiegel am 13. Juli, dass die Ereignisse in Hellersdorf »an 1992, an den Überfall des Flüchtlingsheims in Lichtenhagen«, erinnern würden (Spiegel 2013a) und die Berliner Zeitung am selben Abend nach der Veranstaltung »Wie einst in Lichtenhagen« (Berliner Zeitung 2013a).

Auf der anderen Seite kann die Informationsveranstaltung als eine Art Initialzündung von (Hellersdorfer) Bürger*innen, Initiativen und Vereinen angesehen werden, sich stärker für die Eröffnung der Asylunterkunft und für die Unterstützung von deren Bewohner*innen zu positionieren. So entsteht bspw. unmittelbar nach der Informationsveranstaltung die Initiative Hellersdorf hilft Asylbewerbern zunächst noch als Facebook-Seite – später dann als Hellersdorf hilft. Gedacht ist die Initiative als eine Art »Erste Hilfe« (Kiene 2013a) in Reaktion auf die Ereignisse der Informationsveranstaltung, wie Rafaela Kiene auf ihrem Blog dazu einen Tag später schreibt. Die BVV-Abgeordnete der Grünen, die die Initiative mitgründet, spricht sich in demselben Blogbeitrag zudem deutlich für die Unterkunft aus (vgl. ebd.). Auch weitere Statements der verschiedenen Parteien in der BVV und eine Pressemeldung des Bezirksamtes vom 11. Juli folgen, in denen jeweils betont wird, dass *Flüchtlinge* im Bezirk willkommen seien, und sich dezidiert von den ablehnenden Statements gegen die Asylunterkunft distanziert wird (vgl. u.a. DIE LINKE 2013a, SPD MaHe 2013, Grüne MaHe 2013a, Piratenpartei MaHe 2013a, FDP MaHe 2013, Bezirksamt 2013b). Auf der Seite antirassistischer bzw. antifaschistischer Akteur*innen werden gleichermaßen entsprechende Statements veröffentlicht (vgl. u.a. Antifa MaHe 2013a; Bündnis gegen Lager 2013b); des Weiteren schaltet sich der Berliner Flüchtlingsrat in den Konflikt ein (vgl. Flüchtlingsrat 2013). Die Ereignisse werden schließlich auch von der Landespolitik kommentiert, wie etwa vom Regierenden Bürgermeister* Klaus Wowereit (SPD) oder dem Sozialsenator* Mario Czaja (CDU) (vgl. Wowereit 2013; Czaja 2013a).

In den folgenden Tagen und Wochen bis zum 19. August, dem Einzug der ersten *Flüchtlinge* in die Asylunterkunft, finden zahlreiche Aktionen und Protestformen seitens rechter Akteur*innen und deren Sympathisant*innen gegen die Asylunterkunft statt. Auf der anderen Seite, der der (Hellersdorfer) Zivilgesellschaft und der Bezirkspolitik, kommt es wiederum zu vielen Gegenaktivitäten sowie Statements für die Asylunterkunft. Zunächst zu den Aktivitäten rechter Akteur*innen.⁵¹ Die BMH ruft via Facebook auf, zum 13. Juli Plakate und Transparente an dem Gebäude der zukünftigen Asyleinrichtung aufzuhängen, die sich gegen diese aussprechen; verschiedene »Kreideschmierereien« gegen die Asylunterkunft, die in deren Umfeld auftauchen, werden von der BMH via Facebook wohlwollend kommentiert, und Personen, die diese entfernen, teilweise bedroht. Am 19. Juli wird Rafaela Kiene auf der Facebook-Seite der Initiative Hellersdorf hilft von der BMH aufgefordert, ihre Ansicht, dass die NPD hinter der BMH stecke, zu revidieren und sich bei der BMH dafür zu entschuldigen. Zudem solle sie eine Petition zur Aufnahme von *Flüchtlingen* im Bezirk zurückziehen. Des Weiteren wird der Mail-Account der BVV-Abgeordneten gehackt. Am 27. Juli beobachten BMH-Aktivist*innen einen so bezeichneten »Kiez-Spaziergang« (Solidaritätsnetzwerk 2013a), bei dem gegen die Asylunterkunft gerichtete »Kreideschmierereien« entfernt werden (s.u.), fotografieren Teilnehmer*innen und schreiben rassistische Parolen auf den nahe gelegenen Alice-Salomon-Platz. Neben der Verteilung von Flugblättern im Stadtteil führt die BMH auch eine Demonstration gegen die Unterkunft am 9. August

⁵¹ Im Folgenden beziehe ich mich weitestgehend auf die Chronik von »WuTlog Weblog der Projektwerkstatt WuT« (vgl. Wutlog o.J. c), die seit mehreren Jahren umfassend rassistische und rechte Geschehnisse in Marzahn-Hellersdorf dokumentiert.

durch – Aktivist*innen aus NPD und Nationalem Widerstand Berlin (NWB) befinden sich ebenso darunter (vgl. Wutlog o.J. d) –, bei der »Parolen wie etwa ›Zündet das Heim an!‹ oder ›Brennt das Heim nieder‹« geäußert werden (Senatsverwaltung für Inneres und Sport 2014, 85).

Des Weiteren ist die NPD aktiv. Neben einem Statement zur Informationsveranstaltung, in dem sie sich gegen die Asylunterkunft ausspricht und die Abschaffung von »Sozialleistungen für Asylbewerber« fordert (NPD 2013a; Herv. gestr. J.H.), findet am 13. Juli eine Kundgebung im Rahmen einer berlinweiten Tour gegen *Flüchtlings*unterkünfte in Berlin auf dem Alice-Salomon-Platz statt. Diese geht jedoch in starken Gegenprotesten nahezu unter (vgl. u.a. Bezirksamt 2013c). Ferner werden in den Tagen bis zur Eröffnung der Unterkunft nicht zuletzt u.a. NPD-Aufkleber an die Unterkunft geklebt und in Marzahn-Süd NPD-Aufkleber und Wahlwerbung verteilt. Schließlich versucht einer der beiden BVV-Abgeordneten der NPD, Matthias Wichmann, am Vormittag des 22. Juli in die Unterkunft hineinzukommen, und erkundigt sich dort nach dem Einzugstermin der *Flüchtlinge*, der »gerüchteweise an diesem Tag erfolgen« sollte (Wutlog o.J. e).

Auf der Seite der (antirassistischen) Zivilgesellschaft und der Bezirkspolitik entwickeln sich ebenfalls verschiedene (Gegen-)Aktivitäten in den Tagen und Wochen nach der Informationsveranstaltung. Neben der bereits erwähnten Gründung der Initiative Hellersdorf hilft, die mit ihren Facebook-Einträgen jeweils eine große Zustimmung erfährt, erregt ein Petitionsbrief des Lichtenberger Bürgers* Peter Koch vom 16. Juli an Franz Allert auf Chance.org die (Berliner) Öffentlichkeit (vgl. Koch 2013). In diesem Schreiben, das drei Tage später bereits über 21.000 Personen unterzeichnet haben (vgl. Morgenpost 2013), wird dezidiert für *Flüchtlinge* Partei ergriffen, deren Aufnahme im Bezirk begrüßt und sich gegen Rechtsextremismus und Rassismus ausgesprochen. – Die NPD-Kundgebung am 13. Juli auf dem Alice-Salomon-Platz wird, wie bereits erwähnt, durch den Protest von »etwa 800 Gegendemonstranten« (Bezirksamt 2013c) nahezu verhindert.

Am ersten August wird zudem ein bezirkliches Netzwerk gegründet – Gemeinsam für Menschen in Not (Kiene 2013b) –, zu dem u.a. die Bezirksregierung, der evangelische Pfarrer* Hartmut Wittig sowie die Rektorin* der nahe liegenden Alice Salomon Hochschule (ASH), Theda Borde, aufgerufen hatten (vgl. Bezirksamt 2013i). Neben den genannten Initiator*innen nehmen an diesem Treffen Hellersdorf hilft, das Netzwerk für Solidarität der ASH, der Berliner Flüchtlingsrat, die Berliner Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus, die bezirkliche Koordinierungsstelle für Demokratieentwicklung Polis, ein Vertreter* der katholischen Kirche, der Seniorenbeirat, Vertreter* zweier Wohnungsbaugenossenschaften, die kommissarische Leitung der Asylunterkunft sowie weitere Aktive teil (vgl. Kiene 2013b). Dieses Netzwerk trifft sich in der Folgezeit in unregelmäßigen, ca. 14-tägigen Abständen (vgl. Berliner Woche 2013); allerdings sind – wohl aufgrund verschiedener politischer Auffassungen⁵² – nach ein paar Wochen nur noch »Verwaltung, Polizei, Hochschule und Wohnungsbaugesellschaften« (Dekonstruktion

⁵² Offenbar gab es über den Umgang mit rechten Akteur*innen Meinungsverschiedenheiten (vgl. Bever et al. 2015, 145).

Ost 2014) in diesem Zusammenschluss aktiv, so dass sich das Netzwerk letztlich »mittel- und langfristig nicht bewähren« kann (Polis 2014, 27).

Seitens des Bezirks koordiniert Polis in den ersten Tagen und Wochen nach dem 9. Juli vorläufig (bis Hellersdorf hilft diese Aufgabe vollständig übernimmt) die angebotenen Hilfen und Spenden vieler Bürger*innen aus dem Bezirk und Berlins für die *Flüchtlinge* (vgl. SPI 2014, 39). Polis arbeitet ferner einen Katalog von Antworten auf häufig gestellte Fragen von Hellersdorfer*innen zur Asylunterkunft aus, den es in den kommenden Wochen und Monaten ständig erweitert (vgl. Polis 2013a, b, c, d).⁵³ Des Weiteren wird vor dem Hintergrund der Ereignisse auf der Informationsveranstaltung eine modifizierte Strategie seitens der Bezirkspolitik verfolgt: Nicht mehr offene Informationstreffen, sondern »Nachbarschaftsdialoge« (Bezirksamt 2013j) werden nun durchgeführt, bei denen die Anwohner*innen gezielt eingeladen werden. So werden in den letzten beiden Augustwochen mit Vertreter*innen des Bezirks(amtes), des LaGeSo, der PeWoBe sowie mit geladenen Anwohner*innen insgesamt vier solcher Dialogrunden durchgeführt, die u.a. von Polis moderiert werden (vgl. SPI 2014, 41). Zu diesen Dialogrunden kommen schließlich insgesamt »weniger als 20 Prozent der knapp 320 namentlich eingeladenen Anwohner/innen« (ebd.), im Schnitt demnach ca. 16 Anwohner*innen pro Dialogrunde.

Nach dem 9. Juli konstituiert sich darüber hinaus das Solidaritätsnetzwerk Marzahn-Hellersdorf Refugees Welcome, das aus »Bürger*innen und zivilgesellschaftlichen Initiativen aus Hellersdorf, *Flüchtlings*initiativen, antirassistischen bzw. migrationspolitischen Gruppen und Vertreter*innen linker Parteien besteht« (Solidaritätsnetzwerk 2013b). Dieses Bündnis führt am 27. Juli einen »Kiezspaziergang« unter dem Motto »Das Ende des Kreidezeitalters« durch (Solidaritätsnetzwerk 2013a), bei dem »Kreideschmierereien« im Stadtteil, die sich gegen die Asylunterkunft richten, entfernt werden.

4.4.3 Einzug der ersten Bewohner*innen und die darauf folgenden Wochen

Unter großem Polizeiaufgebot – gut 100 Polizeibeamt*innen (vgl. Berliner Zeitung 2013j) – gelangen am späten Nachmittag des 19. August die ersten *Flüchtlinge* aus u.a. Afghanistan, Syrien und Serbien durch einen Hintereingang in die Asylunterkunft (vgl. RBB 2013a). Dies ist aufgrund der zugespitzten Situation erforderlich, denn Gegner*innen der Asylunterkunft – rechte Akteur*innen und Anwohner*innen – sowie Befürworter*innen treffen unmittelbar vor dem Gebäude aufeinander. Infolge der Gesamtsituation verlassen nach Angaben des Berliner Flüchtlingsrats noch am selben Tag einige *Flüchtlinge* die Unterkunft (vgl. Tagesspiegel 2013a). Unterstützer*innen und organisierte Gruppen aus bezirklichen und Berliner Antifa- und antirassistischen Kontexten protestieren teils bis in die Nacht hinein gegen die Ablehnung der Unterkunft im Stadtteil. Nicht zuletzt durch Aktivist*innen des Solidaritätsnetzwerkes Marzahn-Hellersdorf Refugees Welcome wird ab dem Tag des Einzugs der *Flüchtlinge* bis zum 8. September eine sog. Mahnwache in unmittelbarer Nähe der Unterkunft eingerichtet (vgl. Solidaritätsnetzwerk

⁵³ Auch die Initiative Hellersdorf hilft startet vor dem Einzug der *Flüchtlinge* eine Infokampagne: »Dabei haben wir täglich rund zehn Fragen zur Asylproblematik mit Zahlen und Beispielen beantwortet, um mit Fakten einige Vorurteile gegen Asylbewerber abzubauen«, so Luisa Seydel von der Initiative (Seydel 2014).

2013b). Diese soll als Schutz für Unterkunftsbewohner*innen vor befürchteten rassistischen Angriffen und als Anlauf- und Informationspunkt sowohl für interessierte Bürger*innen als auch für »Menschen aus der ganzen Bundesrepublik dienen, die das Bedürfnis ha[ben], die Bewohner der Unterkunft zu schützen«, so die Initiator*innen (ebd.).

Wie die Informationsveranstaltung erfahren ebenfalls der Einzug der *Flüchtlinge* und die ersten Tage (und teilweise Wochen) danach eine sehr große mediale – berlin- und deutschlandweite – Aufmerksamkeit: In der Berliner Zeitung erscheinen etwa am 22. August mindestens zwei Artikel (vgl. Berliner Zeitung 2013g, h) sowie eine dpa- und afp-Meldung (vgl. Berliner Zeitung 2013f, i), die die Situation in Hellersdorf thematisieren, am 21. August kommentiert der Deutschlandfunk (2013c) die Situation in Hellersdorf, des Weiteren berichten am selben Tag u.a. Süddeutsche Zeitung (2013b), Frankfurter Rundschau (2013b), Spiegel (2013b) und die Welt (2013b) ausführlich über Hellersdorf.⁵⁴ Teilweise wird in den Medien wiederum auf die Ereignisse von Rostock-Lichtenhagen im August 1992 Bezug genommen (vgl. etwa Spiegel 2013c, Zeit 2013b, Jungle World 2013, Süddeutsche Zeitung 2013c, Taz 2013e). Insgesamt wird Hellersdorf damit (mindestens) deutschlandweit »zum Symbol für die rassistische Hetze und das Vorgehen der organisierten extremen Rechten« (Bever et al. 2015, 122).

In den folgenden Tagen und Wochen kommt es zu vielen Bedrohungen und Aktionen durch rechte Akteur*innen und Anhänger*innen, von denen im Folgenden lediglich einige erwähnt werden (vgl. dazu die ausführliche Chronik von Wutlog o.J. f): Am 20. August veranstaltet die NPD auf dem Alice-Salomon-Platz am frühen Abend eine Kundgebung, zu der sowohl Aktivist*innen und Sympathisant*innen aus Hellersdorf, Berlin und dem Umland erscheinen. Durch Gegenproteste geht jedoch auch diese Veranstaltung – ähnlich wie am 13. Juli – unter. Am 21. August findet eine Kundgebung von Pro Deutschland vor dem Spree-Center in der Cecilienstraße statt. Am 24. August veranstaltet die NPD auf dem Alice-Salomon-Platz eine weitere Kundgebung, zu der nach Angaben der Süddeutschen Zeitung ca. »150 NPD-Anhänger« erscheinen (Süddeutsche Zeitung 2013d). Wiederum ist die Anzahl »lautstark[er] [...] Gegendemonstranten« mit ca. 700 um ein Vielfaches höher, wie die Berliner Zeitung (2013e) berichtet. Im Rahmen des Bundestagswahlkampfes zur Wahl am 22. September führt die NPD ferner am 11. September eine Reihe von Kundgebungen in Marzahn-Hellersdorf durch, die sich inhaltlich jeweils auf deren »Kampagne [...] gegen Geflüchtete« (Wutlog o.J. g) beziehen. Einen Tag vor der Bundestagswahl veranstaltet die NPD ebenfalls eine Kundgebung unter dem Motto »Asylflut stoppen« in Hellersdorf, auf der u.a. Udo Voigt (von 1996 bis 2011 Parteivorsitzender) und Holger Apfel, damaliger Bundesvorsitzender* der Partei, sowie weitere Vertreter* der NPD in teils führenden Positionen sprechen (ebd.).

Neben diesen Kundgebungen kommt es zu zahlreichen Provokationen, Bedrohungen und Einschüchterungsversuchen gegenüber Aktivist*innen der Mahnwache und von Hellersdorf

⁵⁴ Auch international wird Hellersdorf mitunter thematisiert: Der österreichische Standard veröffentlicht am 23. August einen Artikel (vgl. Standard 2013); die US-amerikanischen NPR News Mitte September (vgl. NPR News 2013) sowie die italienische Zeitung La Stampa wenige Tage später (vgl. La Stampa 2013). Zudem gibt Thomas Bryant, Leiter* von Polis, Anfang Oktober einem australischen Journalisten* aus Canberra ein Interview (vgl. Bryant 2013).

hilft (vgl. Taz 2013d), auch sind immer wieder NPD- und andere rassistische Aufkleber, Graffiti, Plakate oder entsprechende Flyer im Umfeld der Unterkunft zu finden. Es kommt ebenfalls zu diversen sog. Hakenkreuz- und NZH-Schmierereien (»Nein zum Heim!«) im Umfeld der Unterkunft. Schließlich werden am 30. August im Stadtteil abends in einem Bus zwei *Flüchtlinge* bedroht und körperlich angegriffen; und am 4. September wird tagsüber von Jugendlichen am U-Bahnhof Cottbusser Platz ein Hund auf vier *Flüchtlinge* losgelassen (vgl. Wutlog o.J. h). – Via Facebook agiert die BMH weiter gegen *Flüchtlinge* und Unterstützer*innen, so dass deren Account mehrfach abgeschaltet wird. Des Weiteren gründet sie »digitale Ableger, berlinweite Seiten und einen eigenen Demo-Account« (Dekonstruktion Ost 2014).

Nicht zuletzt vor dem skizzierten Hintergrund findet in Hellersdorf am 3. Oktober eine anti-rassistische Demonstration statt, mit der »Solidarität mit den Geflüchteten in Hellersdorf und ganz Berlin zum Ausdruck gebracht werden« soll (Infoportal 2013c). An der Demonstration, die durch die Ortsteile Hellersdorf und Kaulsdorf zieht, nehmen nach Angaben der Veranstalter*innen ca. 1.000 Personen teil (vgl. Neues Deutschland 2013b).

Der Konflikt um die Asylunterkunft erreicht gleichermaßen die Landespolitik. So sagt bspw. Klaus Wowereit am 20. August hinsichtlich der Ereignisse in Hellersdorf gegenüber dem Tagespiegel: »Berlin ist eine weltoffene Stadt, und auch gerade deshalb müssen wir dafür sorgen, dass kein Raum für Ausländerfeindlichkeit bleibt.« (Wowereit 2014) Sozialsenator* Mario Czaja gibt zusammen mit Franz Allert einen Tag später eine Pressemitteilung heraus, in der aufgrund der angespannten Situation um die Asylunterkunft betont wird, dass »selbstverständlich [...] ein Sicherheitskonzept, welches zwischen Polizei, Betreiber, Bezirk und LAGeSo [sic] abgestimmt ist und auch gelebt wird«, für die Asylunterkunft von Anfang an vorhanden gewesen wäre (LaGeSo 2013). Monika Lücke, Integrationsbeauftragte* des Landes Berlin, fordert in einem Interview mit dem Deutschlandfunk vom 21. August, ein vorläufiges Demonstrationsverbot im Umkreis der Unterkunft durchzusetzen (vgl. Lücke 2013), was der Berliner Innensenator* Frank Henkel (CDU) allerdings ablehnt (vgl. Henkel 2013). LINKE und Grüne wollen am 26. August im Innenausschuss des Berliner Abgeordnetenhauses die Situation in Hellersdorf auf die Tagesordnung setzen (vgl. Sächsische Zeitung 2013), und das Abgeordnetenhaus verabschiedet schließlich am 29. August einen von allen darin vertretenen Fraktionen unterzeichneten Antrag, in dem u.a. die Verantwortung einer »weltoffene[n] und tolerante[n] Metropole« unterstrichen wird, *Flüchtlinge* aufzunehmen und ihnen ein rechtsstaatliches Asylverfahren zu gewährleisten (Abgeordnetenhaus 2013, 1). Zudem werden darin Formen »von rassistischen, fremdenfeindlichen und Hass schürenden Kampagnen« verurteilt (ebd., 2).

Darüber hinaus melden sich ebenfalls einige Bundespolitiker*innen vor dem Hintergrund der Geschehnisse in Berlin-Hellersdorf zu Wort: CDU-Innenpolitiker* Wolfgang Bosbach fordert ein Krisentreffen von Bund, Ländern und kommunalen Spitzenverbänden zur Unterbringung von *Flüchtlingen* (vgl. Tagesspiegel 2013c), welches die LINKE ablehnt und stattdessen die Veränderung struktureller Bedingungen verlangt – wie etwa das Asylverfahrensgesetz und Asylbewerberleistungsgesetz (DIE LINKE Parteivorstand 2013). Die Direktkandidat*innen von

CDU, SPD, DIE LINKE, Grünen, FDP und Piraten des Wahlkreises Berlin Marzahn-Hellersdorf zur Bundestagswahl verständigen sich ferner auf eine gemeinsame Erklärung, in der sie den »Rassismus und [die; J.H.] menschenverachtende[n] Äußerungen« der »Rechtsextremisten« verurteilen (Direktkandidat*innen 2013).

Auf der Ebene der Bezirkspolitik finden gleichermaßen entsprechende Positionierungen statt: DIE LINKE verurteilt die »rechtspopulistischen Angriffe auf das Flüchtlingsheim« (DIE LINKE 2013c; vgl. auch DIE LINKE 2013d), die Grünen rufen direkt zu NPD-Gegenkundgebungen auf (u.a. Grüne MaHe 2013b), und die Bezirksregierung versichert in einer Pressemeldung, »die Situation um die *Flüchtlings*unterkunft im Interesse sowohl der Bewohnerinnen und Bewohner als auch der Anwohnerinnen und Anwohner so schnell wie möglich zu beruhigen« (Bezirksamt 2013k). Der Forderung von Georg Classen, Vertreter* des Berliner Flüchtlingsrats, eine sofortige Aussetzung der Belegung sowie ein umfassendes Sicherheitskonzept jenseits von »Polizei und Blaulichtfahrzeugen« umzusetzen (Classen 2013a), erteilt die stellvertretende Bezirksbürgermeisterin* Dagmar Pohle eine Absage (vgl. Pohle 2013).

Neben den bereits kurz nach der Informationsveranstaltung vom 9. Juli angekündigten weiteren Informationsgesprächen mit Anwohner*innen, sog. Dialogrunden (s.o.), die von der bezirklichen Koordinierungsstelle für Demokratieentwicklung Polis moderiert werden, veranstaltet das Bezirksamt am 25. September eine Helfer*innen-Konferenz zusammen mit Hellersdorf hilft und Polis für Bürger*innen, die aktiv die *Flüchtlinge* unterstützen möchten (vgl. SPI 2014, 38f.). Daran nehmen ca. 80 Personen teil (vgl. ebd., 39; Bezirksamt 2013l). Im November startet ein vom Bezirksamt organisiertes, durch den Berliner Senat finanziertes Projekt, das die Begleitung der Anwohner*innen der Unterkunft nach den Dialogrunden ermöglichen soll. Vorerst bis zum Jahresende (vgl. Bezirksamt 2013n) beraten zwei feste, beim bezirklichen Migrationssozialdienst angesiedelte Ansprechpartner*innen die Anwohner*innen (sowie Akteur*innen im Stadtteil) zu ihren »Fragen rund um das Heim« in dafür angebotenen Sprechstunden, vermitteln bei Konflikten im Zusammenhang mit der Asylunterkunft (SPI 2014, 39) und bieten Schulungen zu den Themen »Umgang mit Vielfalt« oder »Gestaltung von Nachbarschaft« an (Migrationssozialdienst 2013). Allerdings werden die Sprechstunden von den Anwohner*innen kaum genutzt (vgl. Polis 2014, 26).

Am 22. November findet eine weitere Dialogrunde statt, organisiert von dem Heimbetreiber, bei der einige Akteur*innen des Bezirks – Träger der Kinder- und Jugendhilfe, Vertreter*innen des Bezirksamtes, der Polizei und Wohnungsbaugesellschaften sowie weitere Multiplikator*innen – zusammenkommen, um sich miteinander zu vernetzen und »mit praktischen Problemen des Zusammenlebens im Quartier gemeinsam umzugehen« (SPI 2014, 39). Der gemeinsame Austausch in dieser Form, der als »Nachbarschaftsdialog« bezeichnet wird, geht auch im Jahr 2014 weiter (Polis 2014, 27).

Auf der Seite der Hellersdorfer Zivilgesellschaft ist neben der bereits erwähnten Mahnwache an der Unterkunft in den Wochen und Monaten nach dem Einzug der Bewohner*innen sicherlich die Initiative Hellersdorf hilft – zumindest was deren Sichtbarkeit nach außen anbelangt – ein sehr

aktiver Akteur. Die Initiative koordiniert die von vielen Bürger*innen aus dem Stadtbezirk und aus Berlin angebotenen Hilfen und unzähligen Sachspenden (vgl. SPI 2014, 39) und nimmt Kontakt zur Heimleitung und den Bewohner*innen auf. Letztere werden am 6. September mit einem in verschiedene Sprachen übersetzten Brief willkommen geheißen, in dem ebenso die Situation um die Asylunterkunft erläutert wird (vgl. Hellersdorf hilft 2013c). Eine große öffentlichkeitswirksame Aktion⁵⁵ stellt eine Menschenkette am 5. Oktober dar, die nachmittags am Alice-Salomon-Platz beginnt und bis zur Asylunterkunft reicht (vgl. Hellersdorf hilft 2013d). Dabei werden 60 Kartons mit verschiedenen Sachspenden von ca. 250 Menschen in die Unterkunft getragen (vgl. Taz 2013d). Für ihre umfassende Hilfe und vielfältigen Aktionen wird Hellersdorf hilft am 29. Oktober schließlich mit dem »Preis für Zivilcourage gegen Rechtsradikalismus, Antisemitismus und Rassismus« ausgezeichnet, der jährlich vom Förderkreis Denkmal für die ermordeten Juden Europas e.V. gemeinsam mit der Jüdischen Gemeinde Berlins vergeben wird (Hellersdorf hilft 2013e).

Auch die in direkter Nähe zur *Flüchtlingsunterkunft* befindliche evangelische Gemeinde ist aktiv. So kündigt Pfarrer* Hartmut Wittig in einem Interview vom 20. August an, persönliche Gespräche zwischen *Flüchtlings* und Gemeindemitglieder*innen ermöglichen zu wollen – zunächst in zwei Gesprächsrunden (vgl. Wittig 2013b). – Und die ca. einen Kilometer von der Asylunterkunft entfernte Alice Salomon Hochschule bietet ebenso aktive Hilfe und Kontaktmöglichkeiten zwischen *Flüchtlings* und Studierenden an: Ab dem Wintersemester 2013/2014 finden bspw. Seminare in der *Flüchtlingsunterkunft* in einem dafür vorgesehenen Raum statt. Damit solle ein positives Zeichen gesetzt sowie Kontakte und persönliche Beziehungen zu den *Flüchtlings* ermöglicht werden, so die Rektorin* Theda Borde (vgl. ASH 2013). Des Weiteren können die Bibliothek der ASH, ein studentisches Café und das Computerzentrum zu bestimmten Uhrzeiten von den Unterkunftsbesohner*innen genutzt werden.

Bis zum Jahresende (und im Jahr 2014) kommt es im Umfeld der Asylunterkunft und im Stadtteil immer wieder zu Vorkommnissen gegen diese (vgl. zum Folgenden Wutlog o.J. i): Es werden antirassistische Transparente übermalt oder angezündet; nicht als weiß-deutsch angesehene Menschen rassistisch angegriffen, rassistische Aufkleber an die Unterkunft geklebt und ein Hakenkreuz gegenüber dem Gebäude auf einem Blechschild entdeckt. Am 6. Dezember werden an der Unterkunft Rückflugtickets⁵⁶ angebracht. Schließlich kommt es in der Silvesternacht zu einem Angriff auf die Asylunterkunft: Zwei Personen befestigen an der Eingangstür Sprengkörper und zünden diese – selbiges passiert an der noch nicht fertiggestellten Asylunterkunft in der Maxie-Wander-Straße in unmittelbarer Nähe. Des Weiteren findet am 26. Oktober eine – weitestgehend von ca. »200 Gegendemonstranten« blockierte – Demonstration von ca. 140 Gegner*innen der Asylunterkunft in Hellersdorf statt (Tagesspiegel 2013b). Ursprünglich sollte die Demonstration offenbar die BMH anmelden, zumindest warb sie im Vorfeld dafür

⁵⁵ U.a. berichtet die Tagesschau davon (vgl. Tagesschau 2013).

⁵⁶ Im Bundestagswahlkampf 2013 schickte die NPD u.a. Berliner Direktkandidat*innen mit sog. Migrationshintergrund in einem Brief ein »symbolisches Rückflugticket« und forderte diese auf, Deutschland zu verlassen (Hamburger Abendblatt 2013).

(vgl. Bezirksamt 2013m). Nicht zuletzt fordern die LINKE Marzahn-Hellersdorf sowie Dagmar Pohle zu entsprechenden Gegenprotesten auf (vgl. ebd.).

IV EMPIRISCHE BEFUNDE

Vorbemerkung

In den folgenden vier Kapiteln 5, 6, 7, 8 – dem Herzstück dieser Arbeit – werden die zentralen Untersuchungsergebnisse dargestellt. Zunächst zum Aufbau der ersten drei Kapitel: Diese gehen auf die grundlegende Frage (siehe S. 7) nach den (Situations-)Deutungen der verschiedenen lokalen Akteur*innen ein. Dabei gelten die Informationsveranstaltung sowie der Einzug der ersten Bewohner*innen in die Asylunterkunft gut sechs Wochen später als die beiden zentralen (Schlüssel-)Ereignisse des Hellersdorfer Konflikts, die in gewisser Weise ebenso den Text strukturieren: So stehen in den folgenden Kapiteln zunächst die unterschiedlichen Deutungen und damit zusammenhängende Aspekte hinsichtlich jener Informationsveranstaltung im Vordergrund. Daran schließt jeweils ein Unterkapitel an, in dem der weitere Verlauf der Auseinandersetzung um die Asylunterkunft thematisiert wird und vor allem Kontinuitäten (siehe Unterkapitel 5.1.4, 6.1.4), zum geringeren Teil aber auch Verschiebungen (siehe Unterkapitel 7.2) nachgezeichnet werden. Aufgrund des empirischen Befunds recht deutlicher Kontinuitäten in den verschiedenen Deutungen der Akteur*innen/-gruppen über den Zeitverlauf des Konflikts hinweg sind die entsprechenden Ausführungen dazu insgesamt recht knapp gehalten, denn es wäre sonst zu unnötigen Redundanzen in der Argumentation gekommen. Des Weiteren werden die von den verschiedenen Akteur*innen geforderten Konsequenzen sowie weitere zentrale Aspekte vor dem Hintergrund der Fragestellung dargestellt. Ein kurzes Fazit aus rassismuskritischer Perspektive rundet alle Kapitel ab.

In den drei Kapiteln wird jeweils eine der drei Akteur*innengruppen fokussiert, die – wie bereits oben erwähnt (siehe S. 52f.) – im Laufe der Textanalyse und schließlich vor dem Hintergrund der Darstellung der empirischen Ergebnisse gebildet wurden. Trotz Gemeinsamkeiten gibt es innerhalb dieser Unterschiede und verschiedene Akzentuierungen, die im Folgenden keineswegs verdeckt, sondern vielmehr herausgearbeitet werden.

Das letzte Kapitel der empirischen Befunde – Kapitel 7.2 – thematisiert schließlich die in der Auseinandersetzung produzierten Bilder über *Flüchtlinge*. Im Gegensatz zu den vorherigen Kapiteln ist dieses anders aufgebaut: Hier werden akteur*innenübergreifend entsprechende Untersuchungsergebnisse vorgestellt. Der Grund dafür liegt vor allem darin, dass es zu wesentlich mehr Gemeinsamkeiten zwischen den verschiedenen Akteur*innen – in erster Linie solchen, die die Asylunterkunft im Stadtbezirk befürworten – kommt als zu Unterschieden. Insofern bot sich hier ein modifiziertes Vorgehen an. Wie in den vorherigen Kapiteln werden die Untersuchungsergebnisse in einem abschließenden Fazit aus rassismuskritischer Perspektive kurz zusammengefasst.

5 Weitestgehende Dethematisierung von Rassismus

Im folgenden Kapitel werden zum einen Deutungen und Argumentationen parteipolitischer Hellersdorfer Akteur*innen herausgearbeitet. Damit stehen Texte verschiedener Parteien (mit Ausnahme der NPD⁵⁷), der Stadtbezirksregierung und der Verwaltung (Bezirksamt) im Vordergrund. Zum anderen werden Texte einiger zivilgesellschaftlicher Akteur*innen sowie eines Anwohners* und einer Hellersdorferin* fokussiert, die in ihren Deutungen – nicht in allen, aber zumindest in verschiedenen Aspekten – Berührungspunkte mit denen der Lokalpolitik und jeweils untereinander aufweisen. Bei den zivilgesellschaftlichen Akteur*innen handelt es sich konkret um die Initiative Hellersdorf hilft, die Petition eines Bürgers*, die Rektorin* der Alice Salomon Hochschule, den Pfarrer* der evangelischen Gemeinde Hellersdorf sowie die bezirkliche Koordinierungsstelle für Demokratieentwicklung Polis bzw. dessen Leiter* Thomas Bryant. Allerdings ist einschränkend zu sagen, dass aufgrund der unterschiedlichen ›Quellenlage‹ (siehe dazu Unterkapitel 3.2) in diesem Kapitel insgesamt Texte parteipolitischer Akteur*innen dominieren.

Die Überschrift des Kapitels verweist bereits auf ein zentrales Untersuchungsergebnis: Rassismus wird auf verschiedene Art und Weise überwiegend dethematisiert, wodurch die Auseinandersetzung um die Asylunterkunft schließlich ebenso entpolitisiert wird. Das bedeutet, dass Rassismus in letzter Konsequenz nicht als strukturelles Phänomen innerhalb des Stadtbezirks (oder auch der Gesellschaft i.w.S.) angesehen wird, sondern Hellersdorf primär als ein demokratisch gefestigter Bezirk konstruiert wird und dessen Einwohner*innen, insbesondere von parteipolitischen Akteur*innen, dementsprechend als Demokrat*innen angerufen werden.

5.1 Deutungen von (Schlüssel-)Ereignissen

5.1.1 (Von ›außen‹ kommende) Rechtsextreme versus Hellersdorfer*innen

In den verschiedenen Statements der Hellersdorfer Bezirkspolitik sowie o.g. zivilgesellschaftlicher Akteur*innen dominiert über den gesamten hier untersuchten Zeitraum der Auseinandersetzung um die Asylunterkunft überwiegend die Sichtweise, dass – verschiedentlich bezeichnet als – Rechtsextreme, Neonazis, Vertreter*innen der NPD, rechtsradikale oder neonazistische Gruppierungen maßgeblich die Stimmung im Stadtteil gegen die Unterkunft beeinflusst und dagegen agiert bzw. agitiert haben. Insofern werden diese Akteur*innen gleichermaßen als die zentralen ›Problemverursacher‹ angesehen. Besonders deutlich wird diese Problemwahrnehmung zunächst in den verschiedenen Reaktionen auf die Informationsveranstaltung vom 9. Juli, auf die in den folgenden drei Unterkapiteln schwerpunktmäßig eingegangen werden soll.⁵⁸

⁵⁷ Die NPD wird u.a. im Kapitel 7 fokussiert.

⁵⁸ Auffällig ist, dass von der CDU nach meinen Recherchen offenbar keine Pressemeldung oder ein sonstiges Statement zur Informationsveranstaltung verfasst wurde. Eine schriftliche Anfrage von mir dazu im Frühjahr 2015 an den CDU-Ortsverband Marzahn-Hellersdorf blieb leider unbeantwortet. Bemerkenswert ist dies insofern, als

Zwei Tage nach der Informationsveranstaltung, am 11. Juli, führt das Marzahn-Hellersdorfer Bezirksamt in seiner Presseerklärung dazu aus:

»Die gezielte und politisch motivierte Störung und Vereinnahmung einer Informationsveranstaltung [...] wird vom Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf und Vertreter/-innen aller demokratischen Parteien aufs schärfste verurteilt. [...]

Die Störungen bei der Informationsveranstaltung gingen von, aus ganz Berlin und Brandenburg, angereisten Rechtsextremisten aus. Nicht nur die Vereinnahmung einer für Anwohner/-innen gedachten Informationsveranstaltung, sondern vor allem die Vielzahl von fremdenfeindlichen Äußerungen haben zahlreiche Besucher der Veranstaltung empört, die ihrer Erschütterung und ihrem Unmut in vielen persönlichen Reaktionen und Gesprächen im Anschluss Ausdruck verliehen.« (Bezirksamt 2013b)

Die Textpassage durchzieht eine grundlegende, ebenfalls in vielen anderen Statements zur Informationsveranstaltung (s.u.) stets wiederkehrende und daher äußerst wirkmächtige Dichotomie: die »Rechtsextremisten« auf der einen Seite sowie Veranstaltungsteilnehmer*innen – die gleichermaßen für die Anwohner*innen/Hellersdorfer*innen⁵⁹ stehen – auf der anderen Seite. Auf diese Weise wird ein Ausschlussverhältnis konstruiert, bei dem die »Rechtsextremisten« allesamt nicht als Hellersdorfer*innen angesehen werden und vice versa die Hellersdorfer*innen nicht als »Rechtsextremisten«. Die damit einhergehende unmissverständliche Distanzierung von Letzteren wird des Weiteren an der Empörung der Veranstaltungsteilnehmer*innen sowie an deren »Erschütterung« über das Agieren der rechten Akteur*innen deutlich. Mit diesen Formulierungen wird eine emotionale Betroffenheit nahegelegt, die als Ablehnung von Statements der rechten Akteur*innen – nicht zuletzt in Form von »fremdenfeindlichen Äußerungen« – zu verstehen ist. Verstärkt wird dieser Eindruck zudem dadurch, dass es sich hierbei nicht ausschließlich um vereinzelte, sondern um »zahlreiche Besucher« handelte. Stehen die Begriffe Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus immer auch für rassistische Aussagen (siehe dazu Unterkapitel 1.5), dann werden die Hellersdorfer*innen dazu folglich konsequent in einen Gegensatz gesetzt.

Neben den Hellersdorfer*innen wird ebenso das Bezirksamt sowie die Lokalpolitik (mit Ausnahme der NPD) in deutlicher Distanz zu den »Rechtsextremisten« konstruiert, indem sie »aufs schärfste« deren »Störung und Vereinnahmung« der Informationsveranstaltung verurteilen. Mit dieser den Superlativ gebrauchenden Formulierung wird das Agieren jener Gruppierung(en) gleichsam als Skandalon betrachtet. Damit aber werden nun die Lokalpolitik und die Anwohner*innen als gegen »Rechtsextremisten« und Rassismus im Allgemeinen eingestellt konstruiert, d.h. – wie noch genauer gezeigt wird (siehe Unterkapitel 5.1.3) – als Demokrat*innen. Dies wird bereits in der Überschrift der Pressemeldung angedeutet: »Hellersdorf ist tolerant«. Der

die CDU damals zum einen drittstärkste Fraktion in der BVV war und zum anderen selbst die bezirkliche FDP, die seinerzeit nicht in der BVV vertreten war, eine kurze Stellungnahme dazu verfasste (vgl. FDP MaHe 2013).

⁵⁹ In den Texten wird zwischen Hellersdorfer*innen und Anwohner*innen teilweise nicht unterschieden, vielmehr steht die eine Gruppe häufig für die andere und umgekehrt. Geht es im Folgenden nicht explizit um die Anwohner*innen, wird die Bezeichnung Hellersdorfer*innen verwendet.

zentrale Gegensatz besteht also genau genommen zwischen dem demokratischen Stadtbezirk Hellersdorf und den »Rechtsextremisten«.

Die Gegenüberstellung von »Rechtsextremisten« einerseits und Hellersdorfer*innen sowie Lokalpolitik andererseits wird des Weiteren mit dem Verweis darauf, dass Erstere »aus ganz Berlin und Brandenburg« angereist waren, verstärkt. Rechte Akteur*innen stammten somit nicht aus dem Bezirk Marzahn-Hellersdorf selbst, sondern von außerhalb. Das in diesem Zusammenhang verwendete Verb anreisen unterstreicht diesen Aspekt, handelt es sich bei einer Anreise im allgemeinen Sprachgebrauch doch um eine längere zurückgelegte Wegstrecke (und nicht um eine 5-Minuten-Fahrt oder einen kurzen Fußweg). Die »Rechtsextremisten« weisen dadurch eine räumliche Distanz zum Bezirk auf: Sie waren nicht nur nicht die Zielgruppe der Veranstaltung, sondern werden gleichermaßen nicht als primär im Bezirk selbst verankert bzw. mit dem Bezirk in direkter Verbindung stehend angesehen.

Schließlich wird in der zitierten Textpassage das Auftreten rechter Akteur*innen als »gezielt[...]« und auf diese Weise als i.w.S. strategisch vorgestellt, indem jene die Veranstaltung vereinnahmten und, gewissermaßen in einer konzertierten Aktion, aus »ganz Berlin und Brandenburg« anreisten. Die mit deren »Vereinnahmung« implizierte Dominanz bezieht sich sowohl auf eine qualitative als auch auf eine quantitative Dimension: Qualitativ insofern, als die Veranstaltung, so das Resümee des Bezirksamtes in einer weiteren Passage der Pressemeldung, scheiterte, weil es nicht möglich gewesen sei, »mit den Anwohnerinnen und Anwohnern deren berechnete Anliegen und Fragen zu klären« (Bezirksamt 2013b). Die quantitative Dimension wird in der Formulierung »aus ganz Berlin und Brandenburg [...] angereisten Rechtsextremisten« sowie der konstatierten »Vielzahl von fremdenfeindlichen Äußerungen« deutlich. Insgesamt entsteht dadurch der Eindruck einer sehr großen⁶⁰ und entsprechend einflussreichen Gruppe. Eine ähnliche Auffassung hinsichtlich des Verlaufs der Informationsveranstaltung wird auch vom Bezirksbürgermeister* Stefan Komoß in verschiedenen Interviews in den Tagen nach der Veranstaltung vertreten (vgl. Komoß 2013a, b, c, d). In einem vom Rundfunk Berlin-Brandenburg (RBB) geführten Interview vom 10. Juli äußert er sich auf die Frage des Interviewers*, ob er aufgrund der Informationsveranstaltung von seinem eigenen Bezirk schockiert gewesen wäre, wie folgt:

»Ich war überRASCHT (.), mit welcher Aggressivität in der Tat die rechten Besucher die Veranstaltung gekapert haben [...], wir haben mit vierhundert (.) Personen und Besucher [sic] gerechnet, was eigentlich schon viel ist für eine entsprechende Informationsveranstaltung, und nachher waren s doch zwischen achthundert und tausend, also über Aggressivität der aus allen Bezirken aus Berlin und auch aus Brandenburg zugereisten Rechten da waren wir allesamt schockiert; ja.« (Komoß 2013d, TC: 00:16-00:41)

⁶⁰ In einem Interview mit TV Berlin vom 17. Juli 2013 unterstreicht der Bezirksbürgermeister* Stefan Komoß auch die hohe Anzahl von Rechtsextremen auf der Veranstaltung und konkretisiert: »[E]s waren rund siebzig Rechtsextreme darunter da (.) NPD-Vorsitzende im Land Berlin anwesend, und haben ganz massiv und aggressiv die Veranstaltung gestört« (Komoß 2013b, TC: 02:07-02:17).

Bemerkenswert ist zunächst die unmittelbare Reaktion von Komoß auf die Frage des Interviewers*, denn er zeigt sich als »überRASCHT«, nicht aber als schockiert. Während letzterer Ausdruck auf eine tiefe emotionale Betroffenheit verweist, bezieht sich ein Überrascht-Sein eher auf eine sachlich orientierte Beschreibung eines mitunter unerwarteten Ereignisses i.S. einer Irritation. Insofern versucht Komoß mit dieser Formulierung womöglich, zunächst den Verlauf der Informationsveranstaltung als weniger zugespitzt bzw. dramatisiert darzustellen. Allerdings dominiert schließlich doch das Schockiert-Sein, wie am Ende der Passage deutlich wird – ein Hinweis darauf, dass die Veranstaltung im Grunde durch das Agieren der rechten Akteur*innen maßgeblich negativ beeinflusst wurde. Das »[W]ir« bleibt in diesem Zusammenhang jedoch unbestimmt, bezieht sich möglicherweise auf die Bezirksregierung, die Veranstalter*innen oder steht stellvertretend für den gesamten Bezirk. Zumindest aber wird mit dem Schockiert-Sein – wie oben bereits ausgeführt – ebenfalls eine deutliche Ablehnung des Agierens der »rechten Besucher« vermittelt.

In der Passage wird zudem wiederum das Bild von ›außen‹ kommender, zahlreicher rechter Akteur*innen transportiert und deren Dominanz hervorgehoben, indem diese die Informationsveranstaltung »gekapert haben«. Diese Formulierung impliziert einen massiven Angriff auf die Informationsveranstaltung bzw. deren Verlauf und stellt unmissverständlich die Machtverhältnisse zugunsten der rechten Akteur*innen dar. Damit werden die ›anderen‹ Veranstaltungsteilnehmer*innen und die auf dem Podium Sitzenden passiviert: Möglicherweise wurde aus einem anfänglichen Schockiert-Sein während der Veranstaltung somit eine Art Schockstarre vieler Anwesender, so dass dem Agieren der rechten Akteur*innen insgesamt wenig entgegen gesetzt werden konnte.

Die dichotome und asymmetrische Relation zwischen rechten Akteur*innen sowie Teilnehmer*innen der Informationsveranstaltung bzw. Hellersdorfer*innen wird auch in einem Statement der LINKEN Marzahn-Hellersdorf zur Informationsveranstaltung deutlich:

»Die gestrige Einwohnerversammlung in Hellersdorf wurde von der NPD sowie anderen neonazistischen und rechtsradikalen Gruppierungen genutzt, um ihre menschenverachtende Hetze gegen Flüchtlinge zu verbreiten. Unter dem Deckmantel einer ›Bürgerinitiative‹ haben NPD-Kader die Stimmung im Stadtteil massiv aufgeheizt und Ängste der Anwohnerinnen und Anwohner geschürt. Führende Parteifunktionäre [...] waren anwesend und störten die Versammlung lautstark.« (DIE LINKE 2013a)

In der Textpassage wird wiederum die aktive Rolle rechter Akteur*innen hervorgehoben und deren Vorgehen zudem als äußerst strategisch und professionell dargestellt. Allerdings bezieht sich deren Agieren nicht nur auf die Informationsveranstaltung, sondern ebenso auf die Tage bzw. Wochen davor, werden jene doch für die »Stimmung im Stadtteil« und für das Schüren der Ängste von Anwohner*innen maßgeblich verantwortlich gemacht. Unklar bleibt damit jedoch, inwiefern Anwohner*innen, die die Asylunterkunft ablehnen, sich bspw. auch von der Bürgerinitiative unterstützt fühl(t)en, denn zumindest werden ihnen Ängste zugeschrieben, die die rechten Akteur*innen geschürt hätten.

In eine ganz ähnliche Richtung gehen ferner die Ausführungen in der Presseerklärung der SPD Marzahn-Hellersdorf vom 10. Juli zur Informationsveranstaltung:

»Die entschiedene Einflussnahme der durch die NPD hervorgebrachten sog. ›Bürgerinitiative‹ störte den Informations- und Diskussionscharakter der Veranstaltung für Bürgerinnen und Bürger. Rassistische Zwischenrufe von NPD-Kadern aus ganz Berlin und Verunglimpfungen gegenüber den Veranstaltern machten eine sachliche Diskussion unmöglich und verängstigten massiv interessierte und besorgte Bürgerinnen und Bürger.« (SPD 2013)

Die Bürger*innen, die an der Veranstaltung teilgenommen haben, werden hier insofern passiv dargestellt, als sie in ihren Emotionen als durch die »NPD-Kader[...]
« verängstigt[...]
« beschrieben werden. Diese Formulierung legt nahe, dass sich die »interessierte[n] und besorgte[n] Bürgerinnen« kaum an der Diskussion bzw. Auseinandersetzung zu beteiligen wagten. Spiegelbildlich dazu werden hingegen die »NPD-Kader« als entsprechend angsteinflößend und bedrohlich konstruiert. Wie die Bürger*innen wird in gleicher Weise der gesamte Bezirk in einen kompletten Gegensatz zu Rassismus – und damit ebenso zu den »NPD-Kadern« – gesetzt, wie folgende Passage deutlich macht: »Marzahn-Hellersdorf ist ein Ort der Vielfalt und Toleranz. Offener Rassismus und Fremdenfeindlichkeit sind im Bezirk nicht willkommen.« (Ebd.)

Schließlich schreibt die Marzahn-Hellersdorfer Piratenpartei in einer Pressemeldung vom 11. Juli, dass die Informationsveranstaltung von den

»anwesenden Neonazis von NPD und Co« genutzt wurde, um »mit tendenziösen sowie manipulativen Fragen und Statements ihr menschenverachtendes Weltbild zu propagieren. Die rassistischen Vorurteile und menschenfeindliche Hetze fielen dabei auf fruchtbaren Boden oder wurden nur noch verstärkt.« (Piratenpartei MaHe 2013a)

Im Gegensatz zu den bisher zitierten Textpassagen wird hier das dichotome Verhältnis von einerseits Veranstaltungsteilnehmer*innen und andererseits rechten Akteur*innen partiell aufgebrochen. Denn es wird konstatiert, dass ein »fruchtbare[r] Boden« vorhanden gewesen wäre, auf den die »Hetze« rechter Akteur*innen gefallen sei bzw. dass diese entsprechend verstärkt worden wäre. Insofern ist mindestens von interaktiven Effekten zwischen (nichtrechten) Teilnehmer*innen und rechten Akteur*innen auszugehen, auf die hier hingewiesen wird. Bemerkenswerterweise bleibt jedoch offen, was genau Ursache und Wirkung war: War die Grundstimmung der Veranstaltung (bereits) rassistisch und rechte Akteur*innen haben diese weiter forciert, oder wurde die »menschenfeindliche Hetze« rechter Akteur*innen von nichtrechten Teilnehmer*innen verstärkt? Zwar schließen sich beide Lesarten keineswegs gegenseitig aus, allerdings ist durchaus auffällig, dass in der gesamten Presseerklärung nicht konkretisiert wird, wer für diese Grundstimmung – den »fruchtbaren Boden« – verantwortlich war. Dies gilt in gleicher Weise für die im weiteren Textverlauf erwähnten »›Nein zum Heim!‹-Sprechchöre« sowie die »fremdenfeindlichen und rassistischen Äußerungen« (ebd.). Mit diesen allgemein bleibenden Ausführungen kann zwar auf der einen Seite angedeutet werden, dass sich auch Veranstaltungsteilnehmer*innen – und das bedeutet Hellersdorfer*innen – auf rassistische Art und

Weise geäußert haben, indem sie sich gegen die Asylunterkunft positionierten. Auf der anderen Seite bleiben »NPD und Co« in diesem Zusammenhang dennoch die zentralen und ›proble-matischen‹ Akteur*innen, weil sie explizit benannt werden. Dadurch aber wird schließlich die Konstruktion eines ›menschenfreundlichen‹ Bezirks Marzahn-Hellersdorf plausibler, die sonst nicht zwingend einleuchtend wäre. In diesem Sinne heißt es nämlich in einer weiteren Passage: »Wir danken allen, die zu der Veranstaltung gekommen sind[,] um zu zeigen, dass wir eine offene und bunte Gesellschaft sind und Rassismus und Fremdenfeindlichkeit bei uns keinen Platz haben.« (Ebd.) Das hier hervorgebrachte und angerufene »Wir« bezieht sich auf den Bezirk selbst, der mit den Attributen »offen[.]« und »bunt[.]« wiederum als plural und demokratisch konstruiert wird. Insofern scheint es aus der Perspektive der Piratenpartei genug Gegenkräfte gegen »NPD und Co« sowie die die *Flüchtlings*unterkunft explizit ablehnenden Hellersdorfer*innen zu geben.

Festzuhalten bleibt zunächst, dass das Verhältnis von Hellersdorfer*innen und rechten Akteur*innen in den verschiedenen Statements von parteipolitischen Akteur*innen *weitestgehend* als eine Aktiv-passiv-Dichotomie vorgestellt wird: Während die rechten Akteur*innen im Rahmen der Informationsveranstaltung und im Stadtteil gegen die *Flüchtlings*unterkunft agieren, sind die Marzahn-Hellersdorfer*innen die mehr oder weniger passive und teils auch beeinflusste Zielgruppe dieses Agierens. Damit werden die rechten Akteur*innen folglich für die ablehnende Stimmung gegenüber der Asylunterkunft maßgeblich verantwortlich gemacht. Diese Darstellung wird ebenso in drei weiteren prägnanten Statements sehr deutlich. So heißt es etwa in einer Pressemeldung des Sozialpädagogischen Instituts Walter May (SPI), Träger der bezirklichen Koordinierungsstelle für Demokratieentwicklung Polis, vom 12. Juli 2013: »NPD-Funktionär/innen nutzten geschickt die Veranstaltung als Plattform[,] um Bürger/innen für ihre Zwecke zu instrumentalisieren.« (SPI 2013) Rafaela Kiene, Abgeordnete der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) von Bündnis 90/Die Grünen, schreibt am 10. Juli auf ihrem Blog: »Wir dürfen es nicht nocheinmal [sic] zulassen, dass Veranstaltungen wie die gestrige von der NPD dafür genutzt werden, Menschen zu instrumentalisieren.« (Kiene 2013a)⁶¹ Und ein Anwohner* führt am 5. August in einer Radiosendung aus, dass auf der Informationsveranstaltung »die normalen Bürger [...] gar nicht zu Wort gekommen sind, weil sich Leute halt in den Vordergrund gedrängt (.) haben, die da sich gezielt auch drauf vorbereitet haben« (Blue Moon 2013, TC: 34:05-34:13).

Insgesamt werden die Hellersdorfer*innen und die Lokalpolitik durch jene Aktiv-passiv-Dichotomie in letzter Konsequenz von einer Mitverantwortung für die Geschehnisse auf der Informationsveranstaltung sowie in deren Vorfeld weitestgehend entlastet. Die rechten Akteur*innen erscheinen dagegen als übermächtig, als die ›bösen Anderen‹ schlechthin, von denen sich dezidiert abgegrenzt wird. Rassismus wird in diesem Zusammenhang auf verschiedene

⁶¹ Ähnlich führt ebenfalls der Regierende Bürgermeister* Berlins, Klaus Wowereit, in einer Pressemeldung vom 10. Juli aus: »Die Neonazis haben mit ihren Aktionen gestern bei der Bürgerversammlung die Stimmung angeheizt und versucht, die Sorgen der Menschen im Kiez für ihre Zwecke zu instrumentalisieren.« (Wowereit 2013)

Art und Weise dethematisiert und nicht als konstitutiv für die Gesellschaft – und damit ebenso für Hellersdorf – angesehen: Erstens wird Rassismus überwiegend den rechten Akteur*innen zugeschrieben, d.h. in den Rechtsextremismus hineinverlagert. Damit aber ist zweitens eine doppelte Externalisierung verbunden: Rassismus erscheint nicht als ein Phänomen der ›Mitte der Gesellschaft‹, sondern ausschließlich als das einer gesellschaftlichen Randgruppe. Jene wird des Weiteren als nicht zu Hellersdorf zugehörig angesehen, sondern, wie in einigen Passagen explizit dargestellt, vielmehr als von ›außen‹ in den Bezirk kommend und dort ihre Agitation gegen die Asylunterkunft betreibend. Mögliche Verstrickungen in rassistische bzw. dezidiert ablehnende Äußerungen von Anwohner*innen/Hellersdorfer*innen werden hierdurch schließlich drittens weitestgehend negiert, gleichwohl nicht gänzlich ausgeklammert, wie der folgende Abschnitt zeigen wird (und bereits die Passage der Piratenpartei andeutete). Vor dem Hintergrund, dass der Bezirk – d.h. die Hellersdorfer*innen und die Lokalpolitik – insgesamt als tolerant und gegen Rassismus eingestellt dargestellt wird, bleibt jedoch die grundlegende Leerstelle, warum es zumindest im Rahmen der Informationsveranstaltung nicht gelang, den Einfluss rechter Akteur*innen deutlich zu begrenzen.

5.1.2 Verunsicherte und ängstliche oder rassistisch agierende Anwohner*innen?

In den bisher betrachteten Textpassagen dominiert zwar die Sichtweise, dass rechte Akteur*innen maßgeblich für die ablehnende Stimmung gegen die Asylunterkunft im Rahmen der Informationsveranstaltung verantwortlich waren sowie – wie es etwa DIE LINKE ausführt – ebenso für die Stimmung im Stadtteil im Vorfeld der Veranstaltung. Gleichzeitig bedeutet dies nicht, dass der Asylunterkunft gegenüber ablehnende Haltungen von Anwohner*innen bzw. Hellersdorfer*innen gänzlich ausgeklammert werden. Diese werden allerdings eher am Rande und mitunter auf widersprüchliche Weise thematisiert und häufig mit Sorgen, Ängsten und Unwissenheit von Anwohner*innen in Zusammenhang gebracht.

In diesem Sinne führt etwa Björn Tielebein, Fraktionsvorsitzender* der LINKEN in der BVV, in einer am 12. Juli ausgestrahlten Sendung des RBB in einer kurzen Sequenz aus: »[W]ichtig ist [...] den Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort zu führen, auf Ängste auch einzugehen, Sorgen ernst zu nehmen, aufzuklären [...] ähm aber sich trotzdem ganz klar gegen [sic] Rassismus zu distanzieren.« (RBB 2013e, TC: 0:55-1:13) Die Passage ist insofern recht aufschlussreich, als Tielebein auf der einen Seite von Sorgen und Ängsten spricht, die mindestens als Vorbehalte – wenn nicht gar als dezidierte Ablehnung – von Hellersdorfer*innen gegen die Asylunterkunft verstanden werden können. Auf der anderen Seite geht Tielebein davon aus – ohne dies zu explizieren –, dass sich Vorbehalte von Hellersdorfer*innen gegen die Asylunterkunft als rassistische Statements äußern (können), denn sonst wäre die Notwendigkeit einer klaren Distanzierung von Rassismus kaum erwähnenswert. Rassismus wird dadurch zwar durchaus thematisiert, eine klare Abgrenzung von rassistischen Aussagen von Hellersdorfer*innen zu deren konstatierten Sorgen und Ängsten bleibt allerdings ziemlich unklar und tendenziell eher im hypothetischen Bereich (›Sollten sich Anwohner*innen rassistisch äußern, dann

müssen wir uns davon distanzieren«). Infolgedessen wird Rassismus auf bestimmte Art und Weise wiederum dethematisiert und verbleibt im ›Ungefähren‹.

Ähnlich wie Tielebein schreibt die DIE LINKE von Marzahn-Hellersdorf in einem am 10. Juli veröffentlichten Statement zur Informationsveranstaltung Folgendes:

»Wir nehmen die Sorgen der Bewohnerinnen und Bewohner des Stadtteils ernst und wollen helfen, Vorurteile abzubauen. Unser Ziel ist ein friedliches und nachbarschaftliches Zusammenleben aller Menschen im Kiez. Äußerungen von vermeintlichen Anwohnerinnen und Anwohnern, auch offen rassistische, haben deutlich gemacht, dass dafür noch viel Aufklärungsarbeit zu leisten ist.« (DIE LINKE 2013a)

In der Passage werden ablehnende Haltungen von Stadtteilbewohner*innen gegenüber der Asylunterkunft bzw. *Flüchtlingen* in Form von »Vorurteilen« und nicht weiter konkretisierten »Sorgen« thematisiert. Mit dieser Formulierung wird – wie auch in Tielebeins Statement vorkommend – eine durchaus verständnisvolle Haltung gegenüber den Stadtteilbewohner*innen gezeigt, denn deren ablehnende Einstellungen seien ernst zu nehmen. Gleichwohl gilt als ›Interventionsziel‹, diese durch »Aufklärungsarbeit« »abzubauen«. Durchaus bemerkenswert ist hierbei der Verweis auf die konstatierten »auch offen rassistische[n]« »Äußerungen von *vermeintlichen*« (Herv. J.H.) Anwohner*innen, denn das Attribut vermeintlich deutet darauf hin, dass es sich nicht um die ›wirklichen‹ Anwohner*innen im direkten Umfeld der Unterkunft handelt, sondern um Veranstaltungsteilnehmer*innen, die sich offenbar als solche ausgaben. Obwohl zunächst unklar bleibt, wer damit gemeint ist, impliziert der Kontext der Passage, dass es um die Hellersdorfer*innen geht, zumal sich die zu leistende »Aufklärungsarbeit« auf den gesamten Stadtteil bezieht. Die ›wirklichen‹ direkten Anwohner*innen der Asylunterkunft werden mit einer derartigen Formulierung folglich nicht unmittelbar mit »rassistische[n] Äußerungen« in Verbindung gebracht, sondern indirekt davon entlastet. Stattdessen bezieht sich DIE LINKE auf den »Stadtteil« und dessen Bewohner*innen im Allgemeinen, gleichwohl dies ebenso die Anwohner*innen inkludiert. Vor diesem Hintergrund bleiben die Ausführungen der LINKEN an dieser Stelle in sich widersprüchlich bzw. äußerst unscharf.

Durch die grundlegende Annahme der Einstellungsveränderung von die Asylunterkunft ablehnenden Hellersdorfer*innen durch »Aufklärungsarbeit« (siehe dazu ausführlich Unterkapitel 5.1.6) wird im Umkehrschluss schließlich angenommen, dass mangelnde, mitunter auch ›falsche‹ Informationen über die *Flüchtlings*unterkunft (bzw. über *Flüchtlinge* im Allgemeinen) ursächlich mit rassistischen Einstellungen zusammenhängen. In diesem Sinne kann der Begriff Aufklärungsarbeit hier in erster Linie als Informations- und in gewisser Weise ebenso als ›Überzeugungsarbeit‹ für die Notwendigkeit der Aufnahme von *Flüchtlingen* im Stadtteil interpretiert werden.

Der Bezirksbürgermeister* Komoß thematisiert ebenfalls ablehnende Haltungen von Anwohner*innen gegenüber der Asylunterkunft, allerdings nur indirekt und äußerst defensiv. In einem Interview mit der Taz einen Tag nach der Informationsveranstaltung geht er auf die Anmerkung des Interviewers*, dass auch Anwohner*innen auf der Veranstaltung Stimmung gegen die Asylunterkunft gemacht hätten, wie folgt ein: »Die Nachbarn des Asylbewerberheims haben große

Sorgen und viele Fragen zu Sicherheit oder zur Schulversorgung. Diese sind legitim.« (Komoß 2013a) In diesem Zitat zeigt sich in gleicher Weise eine verständnisvolle Haltung gegenüber den Anwohner*innen, die wesentlich nachdrücklicher als in den bereits zitierten Passagen formuliert wird. Vor dem Hintergrund dieser Ausführungen erscheint es nun nicht unbedingt naheliegend, dass Anwohner*innen mit »großen Sorge[n]« und »legitim[en]« Fragen offensiv gegen die Unterkunft auf der Informationsveranstaltung agiert haben, zumal auch in weiteren Interviewpassagen u.a. die »Neonazis« (ebd.) als zentrale Akteur*innen für die negative Beeinflussung des Veranstaltungsverlaufs maßgeblich verantwortlich gemacht werden. Insofern, das wird im Kontext der Passage recht deutlich, sind zwar Anwohner*innen gegen die Unterkunft eingestellt, allerdings aus nachzuvollziehenden sachlichen – eben »legitim[en]« – Gründen, wie etwa Sicherheit oder die Schulversorgung⁶² betreffend. In diesem Sinne werden ablehnende Haltungen von Anwohner*innen durch Komoß gewissermaßen rationalisiert. Deziert politische Gründe i.S. einer gefestigten politischen Meinung, wie sie den »Neonazis« gegenüber mit der Bezeichnung als »politische Gruppierung[.]« (ebd.) erfolgt, werden negiert. Die die Asylunterkunft ablehnenden Haltungen von Anwohner*innen werden damit entpolitisiert, wodurch die im vorigen Unterkapitel 5.1.1 herausgearbeitete Gegenüberstellung von diesen und (politisch handelnden) rechten Akteur*innen wiederum forciert wird.

Die konstatierte Rationalisierung ablehnender Haltungen von Anwohner*innen gegenüber der Asylunterkunft führt Komoß schließlich in einem ca. 20 Minuten dauernden Fernsehinterview mit TV Berlin vom 17. Juli noch wesentlich detaillierter wie folgt aus:

»Also es is in der Tat richtig, dass viele künftliche Nachbarn des Asylbewerberheims (.) gegenwärtig sehr verunsichert sind. [...] Äh ich glaube, es gibt kaum richtige Vorstellungen darüber welche Menschen werden in dieses Heim (.) äh künftig gehen, äh es gibt kaum Vorstellungen darüber, äh wie die Organisation und die Betreuung in einer solchen Einrichtung ist« (Komoß 2013b, TC: 03:19-03:47).

»Äh vor der Eröffnung eines entsprechenden Heimes einer entsprechenden Einrichtung, haben die Menschen die drum rum wohnen, ne Menge Fragen. Die kommen aus der Unsicherheit heraus, was wird da passieren, wie verändert sich das wenn es jetzt neue Mitbewohner in einem Asylbewerberheim geht [sic], wie verändert sich äh der Kiez oder die Straße, und äh deshalb is es wichtig darauf einzuwirken was da eigentlich *tatsächlich* passiert; für unsre [sic] Asylbewerberheim kann man sagen, so die gegenwärtliche Einschätzung des Landesamts für Gesundheit und Soziales, es werden Menschen kommen, die als politisch Verfolgte aus Syrien kommen aus m Irak aus Iran, äh sozusagen Menschen, von denen unsere Anwohner auch äh über die Fernsehberichterstattung der letzten Jahre wissen wie die politische Situation in deren Länder is, ich glaube da is ne relative hohe Akzeptanz äh für die Flüchtlinge aus diesen Ländern.« (Ebd., TC: 07:46-08:32; Herv. J.H.)

⁶² Unklar bleibt an dieser Stelle, was diese Aussage konkret bedeutet. Mit Bezug auf den Verlauf der Informationsveranstaltung geht es wohl um die Sicherheit der Anwohner*innen selbst sowie um die Schulversorgung von deren Kindern vor dem Hintergrund, dass das Gebäude der zu eröffnenden Asylunterkunft eine Schule war und weitere Schulschließungen bzw. der Abbau von öffentlicher Infrastruktur im Bezirk von einigen Teilnehmer*innen kritisiert wurde.

Das den Anwohner*innen hier zugeschriebene Wissensdefizit wird sowohl hinsichtlich der Asylunterkunft – deren »Organisation« und »Betreuung« von Bewohner*innen – als auch damit zusammenhängenden möglichen »Auswirkungen« auf den Stadtteil bzw. den Kiez konkretisiert. Komoß deutet in der Textpassage des Weiteren einen Umgang damit an – ähnlich wie DIE LINKE –, nämlich »darauf einzuwirken, was da eigentlich *tatsächlich* passiert« (Herv. J.H.). Wie aus dem weiteren Interviewverlauf deutlich wird, geht es dem Bezirksbürgermeister* mit dieser Formulierung primär um eine Art Faktenvermittlung, mithilfe derer dann die »Unsicherheit[en]« der Anwohner*innen zugunsten der Akzeptanz von *Flüchtlingen* in »ihrer« Nachbarschaft beseitigt werden könnten (siehe dazu Unterkapitel 5.1.6). So legt er in dem Zitat nicht zuletzt dar, dass »politisch Verfolgte« aus ganz bestimmten Ländern kommen werden und hofft dadurch auf entsprechende Akzeptanz bei den Anwohner*innen.

In einer weiteren Interviewpassage setzt Komoß allerdings noch einen etwas anderen Akzent:

»[...] da is auch viel Ablehnung bei (.) bestimmten Äußerungen [der Veranstaltungsteilnehmer*innen gewesen; J.H.], also es ist natürlich schon erschreckend wenn man auch sieht, dass etwa dem Vertreter der Polizei, äh nich von vornherein geglaubt wird, wenn der sagt, im Umfeld der 30 Asylbewerberheime in Berlin, kommt es nicht zu einem Anstieg der Kriminalität. Denn Kriminalität [...] die Sicherheit und Ordnung im Wohnumfeld, das is eigentlich [...] äh das Hauptthema. [...] Man hat Vorstellungen dass dort kriminelle Banden (.) äh sich einnisten und dann sozusagen (.) äh ihr Unwesen im Umfeld des Asylbewerberheims treiben werden« (Komoß 2013b, TC: 09:25-10:06).

Hier wird deutlich, dass der Ansatz der Faktenvermittlung gegenüber einigen Anwohner*innen/Hellersdorfer*innen nicht ausschließlich erfolgversprechend zu sein scheint, wurden doch die von der Polizei ausgeführten Fakten im Rahmen der Informationsveranstaltung stark angezweifelt. Vor dem Hintergrund, dass »Kriminalität«, »Sicherheit und Ordnung« – Letzteres verstanden als Kehrseite von Unsicherheit und Unordnung sowie damit zusammenhängenden weiteren negativen Assoziationen – als »klassische« rassistische Zuschreibungen gegenüber natio-ethno-kulturell »Anderen« angesehen werden können (siehe Unterkapitel 2.1), diese Aspekte laut Komoß zudem das »Hauptthema« von Anwohner*innen darstellen würden, deutet der Interviewausschnitt eher auf die Existenz und eine entsprechende Hartnäckigkeit derartiger negativer Zuschreibungen hin als lediglich auf Unwissenheit basierende Unsicherheiten. Dennoch verweist Komoß in einer sich anschließenden Passage wiederholt auf die Notwendigkeit angemessenen Informierens von Anwohner*innen durch die Polizei bei Fragen »zu Sicherheit und Ordnung« (ebd., TC: 09:45f.). Gleichwohl seine Ausführungen damit in einem Spannungsverhältnis verbleiben, kann der Bezirksbürgermeister* sich mit dieser Lösungsstrategie zumindest als handlungsfähig darstellen und demonstrieren, wie auf die Ablehnung von Anwohner*innen gegen die Asylunterkunft in absehbarer Zeit mit einem – aus seiner Sicht – wahrscheinlich »positiven« Ergebnis »eingewirkt« werden kann. Ablehnungen aufgrund eines von Anwohner*innen vertretenen politischen (ggf. gefestigten) Weltbildes würden hingegen eine wesent-

lich grundlegendere Herausforderung darstellen, gegen die kurzfristige Informationsvermittlung sicherlich nur wenig erfolgversprechend wäre.

Insgesamt werden die Anwohner*innen mit Komoß' Ausführungen folglich als nicht ›wirklich‹ gegen *Flüchtlinge* eingestellt konstruiert, womit die Abgrenzung zu den rechten Akteur*innen nochmals verstärkt wird. In diesem Sinne warnt Komoß in einer Pressemeldung des Bezirksamtes Marzahn-Hellersdorf vom 11. Juli ausdrücklich, »dass Menschen, die sich Sorgen machen und Fragen stellen, nicht in die rechte Ecke gestellt werden« dürften (Bezirksamt 2013b). Und in nahezu identischer Art und Weise führt Rafaela Kiene von den Grünen Marzahn-Hellersdorf einen Tag nach der Informationsveranstaltung auf ihrem Blog aus:

»Es ist verständlich, dass Anwohner Ängste haben und viele Alltagsorgen den Prozess [um die Eröffnung der Asylunterkunft; J.H.] begleiten. [...] [E]s darf aber auch nicht jede*r Bürger*in, der [sic] gegen die Notunterkunft ist, mit einem ›Nazi-gleich [sic] gesetzt werden. Solche Entgleisungen sind weder konstruktiv, noch zeigen sie den notwendigen Respekt, mit dem man Menschen anderer Meinung entgegentreten muss« (Kiene 2013a).

Wie im obigen Zitat von Komoß wird hier Partei für die Hellersdorfer*innen ergriffen, ohne dass im Kontext beider Textpassagen transparent gemacht wird, von wem überhaupt entsprechende Gleichsetzungen mit »Nazi[s]« erfolg(t)en. Die gegen die Asylunterkunft eingestellten Hellersdorfer*innen werden somit als Opfer derartiger Zuschreibungen angesehen – ein Muster, das sich ebenso in Argumentationen rechter Akteur*innen wiederfindet (siehe S. 151f.).

Ähnlich wie in den Ausführungen der LINKEN und des Bezirksbürgermeisters* ersichtlich wird, versprechen sich schließlich ebenfalls Bündnis 90/Die Grünen von Marzahn-Hellersdorf durch eine offensive Verbreitung von Informationen durch Bezirksamt und Berliner Senat, »Ängsten und Sorgen« von Bürger*innen entgegentreten zu können (Grüne MaHe 2013a). In einer Veröffentlichung auf ihrer Homepage vom 10. Juli problematisiert die Partei allerdings explizit ablehnende Haltungen von Anwohner*innen gegen die Asylunterkunft, indem sie ausführt, dass es auf der Informationsveranstaltung mit den Teilnehmer*innen nicht gelungen sei,

»einen sachlicher [sic] Dialog zu führen. Unzufriedenheit über die soziale und infrastrukturelle Entwicklung des Kiezes führten bei vielen AnwohnerInnen zu einer ablehnenden Haltung gegenüber dem Flüchtlingsheim.« (Ebd.)

Bemerkenswert an der Passage ist die Begründung der ablehnenden Haltungen von Anwohner*innen gegenüber der Asylunterkunft, denn diese folgt letztlich einer Kompensationslogik, bei der die Ablehnung auf die Unzufriedenheit über »soziale und infrastrukturelle Entwicklung[en]« im Stadtteil zurückgeführt wird. Der Struktur und dem Inhalt nach handelt es sich bei dieser Argumentation um ein prominentes Erklärungsmuster für rechtsextreme bzw. rassistische Einstellungen aus der Rechtsextremismus- und Vorurteilsforschung (vgl. dazu etwa Held et al. 2008, 18ff.), wobei entsprechende Einstellungen etwa als Folge wirtschaftlichen Statusverlusts von Individuen angesehen werden (vgl. ebd., 20). Dadurch aber werden *mögliche* ablehnende – und

ebenso rassistische – Einstellungen von Anwohner*innen *Flüchtlingen* gegenüber im Kern negiert, indem die Deutungsressource Rassismus bagatellisiert wird, da von deren gesellschaftlicher Vermitteltheit – bspw. in Form wirkmächtiger wissensreproduzierender Diskurse (siehe Unterkapitel 1.1) – abstrahiert wird. Denn (mögliche) rassistische Einstellungen werden ausschließlich mit gesellschaftlich unspezifischen Faktoren in Verbindung gebracht. Unspezifisch sind diese deshalb, weil sie nicht in Bezug zu rassistischen gesellschaftlichen Strukturen gesetzt werden, sondern – wie im obigen Zitat – lediglich zu allgemeinen gesellschaftlichen (sozialen) Problemen.⁶³ Rassismus wird auf diese Art und Weise überdies individualisiert, d.h. als Folge eines subjektiven Bewältigungsmechanismus sozialer Schieflagen o.Ä. begriffen (siehe dazu auch Unterkapitel 5.1.5).

Es ist an dieser Stelle ausdrücklich darauf hinzuweisen, dass sich die Argumentation der Grünen in Bezug auf die Hellersdorfer*innen bzw. Anwohner*innen lediglich in deren konkretem *Inhalt*, allerdings keinesfalls der *Struktur* bzw. *Logik* nach von dem bisher Dargestellten signifikant unterscheidet. So wurde nicht zuletzt anhand der Ausführungen des Bezirksbürgermeisters* deutlich, dass dieser ablehnende Äußerungen gegenüber der *Flüchtlingsunterkunft* letztlich als Kompensation von Unwissen, Sorgen sowie Ängsten von Anwohner*innen ansieht. Auf der anderen Seite ist hervorzuheben, dass die Grünen – wie im weiteren Verlauf des Statements ausgeführt – im Gegensatz zu den anderen Parteien durchaus den Bezirk/die Bezirksregierung kritisieren, indem sie sich auf eine vorliegende Kommunalanalyse zu »Rechtsextremismus und demokratiegefährdende[n] Phänomene[n]« (Grüne MaHe 2013a) im Bezirk beziehen, in der das Fehlen eines Konzepts zur Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus moniert wird. Indem die Geschehnisse im Rahmen der Informationsveranstaltung damit in Zusammenhang gebracht werden, wird der Bezirkspolitik zumindest indirekt ebenso Verantwortung für den Verlauf zugeschrieben.

Neben den bisher dargestellten verschiedenen Statements parteipolitischer Akteur*innen thematisiert schließlich ebenfalls die Initiative Hellersdorf hilft in einem Schreiben an die Stadtbezirksregierung vom 17. Juli ablehnende Haltungen von Hellersdorfer*innen gegen die Asylunterkunft:

»Wir können die Sorgen, Ängste und Fragen vieler Bürger*innen verstehen und unterschätzen diese nicht und wissen auch, dass das geplante Projekt durchaus zahlreiche Probleme birgt. Wir sind uns einig, dass eine Schule prinzipiell kein geeigneter Ort ist, um Menschen, die in Deutschland (oft entschieden zu lange) auf Asyl warten, unterzubringen.« (Hellersdorf hilft 2013a)

Trotz der hier vorgetragenen Kritik an der Asylunterkunft wird im weiteren Textverlauf sehr deutlich, dass nicht gegen die Unterkunft argumentiert wird, sondern gegen sog. Sammelunterkünfte, in denen teils hunderte Bewohner*innen untergebracht sind. Allerdings tendiert die zitier-

⁶³ So bleibt im Grunde stets unklar, warum Menschen aufgrund von Arbeitslosigkeit, Desintegration o.Ä. zu rechtsextremen oder rassistischen Einstellungen neigen sollten. Grundsätzlich ist zudem zu kritisieren, dass in derartigen Ursache-Wirkung-Zusammenhängen die »Vertreter bestimmter Orientierungen, etwa rechtsextreme Jugendliche, als von den Bedingungen abhängig und von außen gesteuert« dargestellt werden (Held et al. 2008, 21).

te Passage dahin, die Haltung von Hellersdorfer*innen einzunehmen, die die Asylunterkunft skeptisch bis ablehnend gegenüberstehen. So wird etwa betont, »Sorgen, Ängste und Fragen vieler Bürger*innen« nicht zu »unterschätzen«, d.h. also als gewichtig wahrzunehmen und zumindest (zunächst einmal) anzuerkennen. Damit werden grundsätzlich massive Vorbehalte von Bürger*innen angenommen, die auch in dieser Hinsicht nicht zu »unterschätzen« seien. Schließlich werden an keiner Stelle im gesamten Text die konstatierten »zahlreiche[n] Probleme«, die mit der Asylunterkunft in Verbindung gebracht werden, konkretisiert. Auf diese Weise entsteht ein weites Assoziationsfeld an möglichen negativen Zuschreibungen gegenüber der Asylunterkunft bzw. gegenüber *Flüchtlingen* – nämlich als mit »zahlreiche[n] Problemen« verbunden –, die wiederum anschlussfähig an die die Unterkunft ablehnenden Positionen sind (siehe dazu ausführlich Kapitel 7).

Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang des Weiteren eine Passage eines Aktivisten* von Hellersdorf hilft in einer Radiosendung vom 5. August, in der er ablehnende Haltungen von Hellersdorfer*innen thematisiert:

»[I]ch würde sagen, die Ablehnung ist nicht eher gegenüber den notleidenden Menschen die dort hinkommen werden, sondern die Ablehnung ist eher (.) sozusagen gegen die PoliTIK. (.) Also die Menschen fühlen sich sozusagen (so) von dieser Kurzfristigkeit ähm wie das Heim dahin gekommen ist, überrumpelt« (Blue Moon 2013, TC: 03:51-04:05).

In der Passage wird auf einer inhaltlichen Ebene eine weitere Begründung für ablehnende Statements ausgeführt, wobei der Politik dafür eine klare Mitverantwortung zugeschrieben wird. Die Anwohner*innen bzw. Hellersdorfer*innen werden als Opfer politischer Entscheidungen konstruiert und ihnen wird – wie es auch in weiteren Passagen des Aktivisten* deutlich wird – keinesfalls eine grundsätzliche Ablehnung *Flüchtlingen* gegenüber attestiert, sondern vielmehr wiederum Verständnis entgegengebracht.

Eine inhaltlich anders akzentuierte Begründung für die Ablehnung der *Flüchtlings*unterkunft trägt ein Anwohner* in derselben Radiosendung vor. Wiederum werden die Anwohner*innen nicht primär als gegen *Flüchtlinge* eingestellt wahrgenommen, sondern als um die Gesamtsituation im Stadtteil Besorgte:

»[D]is sind zum Teil auch Ängste dass ähm dass es unruhig wird weil halt ähm Linke und Rechte äh ähm (.) jetzt sich jetzt da positionieren, dass es da Demonstrationen gibt, und dass da Polizei ständig da sein wird, () viel auch Angst einfach ähm um das ganze Drumherum, gar nicht so (.) nur wegen der Flüchtlinge die da kommen.« (Ebd., TC: 33:07-33:33)

Neben antirassistischen und antifaschistischen Akteur*innen, die im folgenden Kapitel 6 fokussiert werden, legt im Gegensatz zu den bisherigen Deutungen und Argumentationen lediglich eine Hellersdorferin* eine grundsätzlich andere Sicht hinsichtlich der Anwohner*innen dar. In der bereits erwähnten Radiosendung vom 5. August sagt sie: »[M]an kann nicht (mich) sagen dass das alles von da NPD instrumentalisiert; das sind zum Teil wirklich Anwohner die nichts

mit der NPD zu tun haben; die denken sie wären nich rassistisch [...] ich bin nicht rassistisch, aber, ne?« (Ebd., TC: 52:35-52:47) Unmissverständlich werden hier *einigen* Anwohner*innen rassistische Statements und – vor dem Hintergrund weiterer Ausführungen der Hellersdorferin*, in denen es nicht zuletzt um Demonstrationen gegen die Asylunterkunft geht – auch rassistisches Agieren zugeschrieben.

Zusammenfassend kann in aller Kürze festgehalten werden, dass ablehnende Haltungen von Hellersdorfer*innen gegen die Asylunterkunft mit Ausnahme der Grünen sowie einer Hellersdorferin* ausschließlich verhalten und indirekt artikuliert werden, was auf verschiedene Art und Weise geschieht: Durchaus auffällig ist zunächst, dass Anwohner*innen der Asylunterkunft diese Haltung nicht direkt zugeschrieben wird, sondern, wie etwa in den Passagen der LINKEN gezeigt wurde, vielmehr allgemein von Bewohner*innen oder Bürger*innen des Stadtteils die Rede ist. Den Anwohner*innen gegenüber wird zudem eine verständnisvolle Haltung entgegengebracht, indem deren Ablehnung der Asylunterkunft mit verschiedenartigen Sorgen, Ängsten und Unwissen oder aber auch mit einer grundsätzlichen Kritik am Agieren der Politik erklärt wird. Der Struktur nach sind all diese Deutungen einer Kompensationslogik verhaftet, welche die gesellschaftliche Vermitteltheit von Rassismus verkennt. Dies betrifft, wie gezeigt wurde, ebenso die Ausführungen der Grünen. Mit Ausnahme des Statements der Hellersdorferin* erscheinen in der Konsequenz schließlich die die Unterkunft ablehnenden Anwohner*innen als allesamt nicht ›wirklich‹ gegen *Flüchtlinge* eingestellt zu sein, geschweige denn rassistisch zu agieren.

5.1.3 Marzahn-Hellersdorf als demokratisch verfasster Bezirk

Wie im Unterkapitel 5.1.1 bereits herausgearbeitet, werden die Anwohner*innen/Hellersdorfer*innen den rechten Akteur*innen gegenübergestellt, wobei Erstere – nicht nur, aber in vielen Textpassagen – als eher passiv und teils beeinflusst von den aktiv agierenden rechten Akteur*innen dargestellt werden. Dieses Verhältnis soll im Folgenden hinsichtlich einer zentralen Dimension vertieft werden, indem aufgezeigt wird, wie grundlegend in diesem Zusammenhang die Konstruktion eines demokratisch verfassten Bezirks ist – samt dessen demokratisch eingestellten und in diesem Sinne auch handelnden Einwohner*innen. Damit einher geht gleichermaßen die Erzählung einer von der Vergangenheit bis in die Gegenwart anhaltenden erfolgreichen Auseinandersetzung des Bezirks mit den Phänomenen Rechtsextremismus und Rassismus, was von einigen Akteur*innen wiederum als Bestätigung für die Kontinuität demokratischen Handelns Hellersdorfs angesehen wird.

Die demokratische Verfasstheit des Bezirks wird zunächst in der Überschrift der Presseerklärung des Bezirksamtes Marzahn-Hellersdorf vom 11. Juli zu den Ereignissen auf der Informationsveranstaltung angedeutet: »Hellersdorf ist tolerant – Presseerklärung des Bezirksamtes«. (Bezirksamt 2013b) Der Bezirksbürgermeister* wird in jenem Text nicht zuletzt mit folgendem Statement zitiert: »Unser Bezirk versteht sich als ›Ort der Vielfalt‹, der ganz unterschiedlichen Menschen ein Zuhause bietet« (ebd.). Der Titel einer vier Tage später erscheinenden

Pressemitteilung des Bezirksamtes geht in eine ähnliche Richtung: »Zahlreiche Aktivitäten gegen Rechts [sic] – Marzahn-Hellersdorf bleibt ein Ort der Vielfalt und heißt die künftigen Heimbewohner willkommen« (Bezirksamt 2013c). Marzahn-Hellersdorf ist demnach gegenüber *Flüchtlingen* und »ganz unterschiedlichen Menschen« offen, tolerant und – darauf zielt letztlich die zentrale Aussage beider Pressemeldungen – bereits in der *Gegenwart* ein »Ort der Vielfalt«. Eine derartige Darstellung und der recht allgemeine und stets vage bleibende Toleranz- und Vielfalts-Begriff können als Gegenbegriffe – eigentlich besser: Schlagworte – zu Intoleranz und einem ›Ort der Einfalt⁶⁴, der den rechten Akteur*innen zugeschrieben wird, verstanden werden. Diese Rhetorik dient als klare Abgrenzung von einem (extrem) rechten Weltbild sowie einer damit einhergehenden Gesellschaftsordnung und betont gleichzeitig ein an demokratischen Werten orientiertes Hellersdorf. Mit der Verwendung des Possessivpronomens uns (»unser Bezirk«) wird deutlich, dass der *gesamte* Bezirk jene demokratischen Werte vertritt und nicht nur die gewählten politischen Repräsentant*innen, wodurch eine demokratische ›Wir-Gemeinschaft‹ symbolisch angerufen und hergestellt wird.

Dieser zentrale Aspekt wird in einer weiteren Passage der Pressemeldung vom 11. Juli – den Bezirksbürgermeister* zitierend – wie folgt konkretisiert:

»Die Menschen im Bezirk und die demokratischen Parteien bekennen sich zum Grundrecht auf Asyl. Unsere politischen Überzeugungen und die Menschlichkeit gebieten es, die Asylsuchenden angemessen unterzubringen und willkommen zu heißen.« (Bezirksamt 2013b)

Wie bereits en détail gezeigt (siehe dazu S. 78f.), durchzieht die Pressemeldung eine Gegenüberstellung von einerseits »Rechtsextremisten« (ebd.) und andererseits Bezirk, demokratischen Parteien und Bürger*innen/Anwohner*innen. Vor diesem Hintergrund »bekennen sich« die drei letztgenannten Akteur*innen zum »Grundrecht auf Asyl«. Dieses Grundrecht steht im weiteren Sinne stellvertretend für alle Grundrechte, die wiederum als zentrale Werteordnung bundesdeutscher Demokratie angesehen werden können. Insofern wird hier letztlich ein Bekenntnis zu ebendieser Demokratie ausgedrückt. Mit den »demokratischen Parteien« sind die in der BVV vertretenen mit Ausnahme der NPD gemeint, von der sich damit indirekt abgegrenzt wird. Wie bereits in der vorher zitierten Passage wird zwischen den Hellersdorfer*innen und ihren politischen Vertreter*innen eine Einheit hinsichtlich ihrer »politischen Überzeugungen« mit dem Verweis auf »[u]nsere[...] politischen Überzeugungen« (Herv. J.H.) hergestellt. Die Formulierungen »Überzeugung«, eine Art fester Glaube an etwas, sowie »[B]ekennen« (im Gegensatz etwa zu einer bloßen Meinungsbekundung, die ebenso wieder geändert werden kann) legen des Weiteren die Standfestigkeit und Geradlinigkeit der demokratischen Haltungen von Bürger*innen und Lokalpolitiker*innen nahe. Mit diesem Bekenntnis zur Demokratie werden die rechten Akteur*innen zugleich als außerhalb jener demokratischen Norm stehend angesehen.

In der Pressemeldung wird ferner auf die »Menschlichkeit« verwiesen – ein breit gefasster und an dieser Stelle nicht näher konkretisierter, jedoch durchweg positiv konnotierter Begriff, der

⁶⁴ »Vielfalt statt Einfalt« oder auch »Bunt statt braun« sind typische Slogans gegen Rechtsextremismus.

auf eine moralische Ebene menschlichen Verhaltens verweist. Im Kontext der Presseerklärung erscheint dieser demnach als nicht in Frage zu stellender Imperativ, der die Aufnahme von *Flüchtlingen* in Hellersdorf als Notwendigkeit hervorhebt. Gleichzeitig stellt diese Notwendigkeit eine Selbstverständlichkeit menschlichen Handelns dar. Die Hellersdorfer*innen werden somit neben ihrer demokratischen Einstellung als integre Bürger*innen konstruiert und entsprechend angerufen.

Die dezidierte Bejahung der Aufnahme von *Flüchtlingen* ist demzufolge als Implikation der Menschlichkeit sowie demokratischer Einstellungen der Hellersdorfer*innen zu verstehen. Dies zeigt sich schließlich gleichermaßen darin, dass sich »zahlreiche Besucher der Veranstaltung empört« über die Äußerungen der »Rechtsextremisten« gezeigt hätten, d.h. emotional zutiefst betroffen waren und dies nach der Veranstaltung in »persönlichen Reaktionen und Gesprächen« – nicht zuletzt mit Vertreter*innen des Bezirks – geäußert hätten (Bezirksamt 2013b). Mit diesen Formulierungen werden die Hellersdorfer*innen nicht mehr ausschließlich in ihren demokratisch-humanistischen *Einstellungen*, sondern ebenso in Bezug auf damit verbundene konkrete *Handlungen* dargestellt. Gleichwohl diese allerdings erst im Nachhinein der Veranstaltung erfolgten und keinen Einfluss auf den Veranstaltungsverlauf selbst hatten, wird – die demokratischen Einstellungen der Hellersdorfer*innen nochmals betonend – eine Teilnehmerin*, die möglicherweise kritische Berichterstattung über den Veranstaltungsverlauf antizipiert, wie folgt zitiert: »Ich verwahre mich dagegen, dass dies [gemeint ist die Ablehnung der Asylunterkunft sowie die »fremdenfeindlichen Äußerungen«; J.H.] die Mehrheitsmeinung der Marzahn-Hellersdorfer ist« (ebd.). Die Informationsveranstaltung hat demnach nicht die »wirkliche« Haltung der meisten Hellersdorfer*innen widerspiegelt, die sich deutlich für die Aufnahme von *Flüchtlingen* aussprechen, so die zentrale Botschaft der Teilnehmerin*.

Während im Rahmen der Informationsveranstaltung also zumindest aktiver Protest seitens (nichtrechtlicher) Hellersdorfer*innen gegen rechte Akteur*innen weitestgehend ausblieb, so dass deren Aktionsraum kaum eingeschränkt wurde – eine bereits oben konstatierte, in den Statements lokalpolitischer Akteur*innen durchaus erklärungsbedürftige Leerstelle (siehe S. 83) –, wird aktiver und sichtbarer Protest dagegen in einer sechs Tage nach der Informationsveranstaltung erscheinenden Pressemeldung des Bezirksamtes ausdrücklich hervorgehoben. Die Pressemeldung bezieht sich auf eine zwei Tage vorher stattgefundenene NPD-Kundgebung gegen *Flüchtlinge* in Hellersdorf im Rahmen einer berlinweiten NPD-Kundgebungstour:

»Mit Schirmen wehrten am Sonntag⁶⁵ die 15 Rechten am Alice-Salomon-Platz die Eier- und Wasserbombenwürfe ab, während ihre Reden im Pfeif- und Trillerkonzert der etwa 800 Gegendemonstranten – berlinweit die meisten – untergingen. Eine knappe Woche nach der Informationsveranstaltung zum künftigen Asylheim in einer ehemaligen Schule in der Carola-Neher-Straße am 09.07., bei dem [sic] mehrere Naziorganisationen aus Berlin und Brandenburg ein hässliches Gastspiel gaben und versuchten die Veranstaltung zu kapern, machen die Hellersdorfer klar: Wir

⁶⁵ Diese Angabe ist nicht korrekt, vielmehr fand die NPD-Kundgebung einen Tag früher, am Sonnabend, dem 13.7.2013, statt.

heißen die Flüchtlinge willkommen – Marzahn-Hellersdorf bleibt ein Ort der Vielfalt.«
(Bezirksamt 2013c)

Im Vergleich zur Darstellung der Kräfteverhältnisse im Rahmen der Informationsveranstaltung wird hier eine gänzlich spiegelbildliche Situation konstruiert. Anschaulich wird dies bereits an dem massiven Zahlengefälle der erwähnten »15 Rechten« im Gegensatz zu den »etwa 800 Gegendemonstranten«. Dieser signifikante Unterschied wird gleichermaßen auf die anderen Berliner NPD-Gegendemonstrationen desselben Tages bezogen, um nochmals die große Anzahl an »Gegendemonstranten« in Hellersdorf – den Superlativ gebrauchend, nämlich »berlinweit die meisten« – zu betonen. Dass sich die rechten Akteur*innen unmissverständlich in der Defensive befinden, wird zudem an den zahlreichen abzuwehrenden »Eier- und Wasserbombenwürfe[n]« der Gegendemonstrant*innen – einem äußerst plastischen Bild – deutlich. Damit wird das Agieren rechter Akteur*innen als nahezu erfolglos angesehen – ganz im Gegensatz zur Informationsveranstaltung. Der hier vermittelte Eindruck impliziert insgesamt, dass die »15 Rechten« eher eine Marginalie für den Stadtbezirk Marzahn-Hellersdorf sind, als dass diese wirklich politisch ernst genommen werden müssten. Im Kontrast dazu werden hingegen die Hellersdorfer*innen als aktiv Handelnde vorgestellt, die die NPD-Kundgebung gezielt und vor allem erfolgreich durch diverse Aktionen beeinträchtigten. Mit ihrem klaren Statement »Wir heißen die Flüchtlinge willkommen« wird schließlich hervorgehoben, dass sich der Bezirk und dessen Einwohner*innen ausdrücklich für die Aufnahme von *Flüchtlingen* aussprechen.

Retrospektiv wird die Informationsveranstaltung in der Pressemitteilung als »hässliches Gastspiel« rechter Akteur*innen bezeichnet, womit nahegelegt wird, dass die ›Bühne‹ sowie der ›Spielort‹ (um die Theater-Metapher an dieser Stelle weiter zu bemühen), d.h. der Bezirk Marzahn-Hellersdorf, den rechten Akteur*innen letztlich fremd war, so dass sie dort keinerlei Unterstützung durch die Hellersdorfer*innen gefunden hatten. In diesem Sinne stellten die rechten Akteur*innen im Rahmen der Informationsveranstaltung ›ungebetene Gäste‹ ihres »Gastspiel[s]« dar und, anders lässt sich die Passage im Kontext der Argumentation beider bezirksamtlicher Pressemeldungen insgesamt kaum einigermaßen schlüssig deuten, ihr gesamter Auftritt ein *einmaliges* Fiasko für Hellersdorf. Damit aber, und das ist das Entscheidende für die hier zu verfolgende Argumentation, bleibt deren dominantes Agieren – zugespitzt formuliert – im Grunde ein nicht weiter erklärungsbedürftiger stattgefundenener ›Unfall der Hellersdorfer Geschichte‹, der aber im Grunde genauso gut an einem vollkommen anderen Ort in Berlin oder Deutschland sich hätte zutragen können. Die i.w.S. Manifestation einer ›Hellersdorfer Spezifik‹ hinsichtlich der Phänomene Rassismus und Rechtsextremismus wird mit dieser Deutung allerdings konsequent negiert.

Diese konsequente Ausklammerung von Rechtsextremismus und Rassismus ist ebenfalls in einem weiteren Interview des Bezirksbürgermeisters* mit TV Berlin vom 17. Juli zu konstatieren. In Bezug auf die besagte NPD-Kundgebung führt er Folgendes aus:

»[...] und erfreulicherweise is auch kein einziger Bürger aus Hellersdorf dann zu dieser NPD-Veranstaltung gekommen, äh ich glaube man kann *spätestens* seit

dem Samstag sagen dass die NPD nich in Hellersdorf und nicht bei uns im Bezirk verankert (.) ist« (Komoß 2013b, TC: 06:45-06:58; Herv. J.H.).

Steht hier die NPD stellvertretend für die Phänomene Rechtsextremismus und Rassismus, dann werden diese externalisiert und im Grunde als nicht existent in Marzahn-Hellersdorf angesehen. Interessanterweise weist das Wort »spätestens« darauf hin, dass Komoß im Grunde davon ausgeht, dass die NPD bereits *vor* der Gegendemonstration auf keinerlei Resonanz im Bezirk gestoßen ist, aber gewissermaßen die ›empirische Evidenz‹ dafür mit der Gegendemonstration *für alle*, d.h. für die (Berliner) Öffentlichkeit sichtbar erfolgte. Der Bezirk sowie dessen Einwohner*innen haben sich somit eindeutig als aktiv gegen ›rechts‹ handelnd qualifiziert und als demokratisch legitimiert. In dem Interview führt der Bezirksbürgermeister* in diesem Sinne hinsichtlich der sich für *Flüchtlinge* engagierenden Initiative Hellersdorf hilft aus: Diese Aktivitäten würden »dann auch wieder Mut [machen; J.H.], äh weil man weiß, dass auf der einen Seite *von außen kommende* Rechtsextreme zwar eine Veranstaltung gestört haben, aber nich äh in die Mitte der Gesellschaft hinein gewirkt haben.« (Ebd., TC: 07:13-07:22; Herv. J.H.) Nahezu in Reinform wird hier die bereits gezeigte dichotom strukturierte Situationsdeutung von ›außen‹ kommender Rechtsextremer und demokratischer ›Mitte der Gesellschaft‹ nochmals bemüht. In diese Darstellung fügt sich schließlich nahtlos ein weiteres Statement des Bezirksbürgermeisters* vom 16. Juli ein: »Wir sind der Bezirk in (.) Berlin der die geringsten rechtsextremen Straftaten hat, wir sind der Bezirk mit den geringsten rechtspopulitisch [sic] bedingten Vorfällen« (Deutschlandfunk 2013b, TC: 05:21-05:30). Durch den hier vorgenommenen Vergleich mit anderen Berliner Stadtbezirken wird Hellersdorf eine Art Vorreiterrolle in Berlin hinsichtlich rechtsextremer/-populistischer Phänomene attestiert, wodurch diese wiederum als kaum bedeutsam für den Bezirk angesehen werden.

Wie ausgeführt, werden die Hellersdorfer*innen von der Lokalpolitik als demokratische und integre Bürger*innen angerufen. Dies wird des Weiteren in den folgenden, bereits zitierten kurzen Textpassagen deutlich: »Die Menschen im Bezirk [...] bekennen sich zum Grundrecht auf Asyl« (Bezirksamt 2013b), »Unser Bezirk versteht sich als ›Ort der Vielfalt‹« (Bezirksamt 2013c) oder »Unsere politischen Überzeugungen und die Menschlichkeit gebieten es, die Asylsuchenden angemessen unterzubringen« (Bezirksamt 2013b). Die Anrufung erscheint hierbei jedoch weniger direkt im Sinne einer unmittelbaren Ansprache der Bürger*innen (›Ihr demokratischen Hellersdorfer*innen ...‹), sondern auf indirekte Art und Weise, indem etwa auf den »Bezirk« oder die »politischen Überzeugungen« im Allgemeinen verwiesen wird. Direkter formuliert ist hingegen eine Passage aus der bereits zitierten Pressemeldung des Bezirksamtes vom 15. Juli:

»[I]nzwischen gibt es eine Fülle von Angeboten [für Flüchtlinge; J.H.] von Jung und Alt, von Parteien, Kirchen und Organisationen, sie reichen von der Lernhilfe für Flüchtlingskinder bis zu Hilfsaktionen der Alice Salomon Hochschule. An dieser Stelle möchte ich mich bei den Bürgerinnen und Bürgern herzlich bedanken, die sich in ihrer großen Mehrheit nicht von den rechten Rattenfängern instrumentalisieren lassen und sich ganz konkret vor Ort einbringen wollen.« (Bezirksamt 2013c)

Die Anrufung als demokratische Bürger*innen wird – gleichsam von der ›anderen Seite‹ aus, d.h. den Bürger*innen selbst – schließlich in einer Petition des Berlin-Lichtenberger Bürgers* Peter Koch deutlich. Dessen Schreiben vom 16. Juli,⁶⁶ welches in leicht verändertem Wortlaut auch die Initiative Hellersdorf hilft veröffentlicht (vgl. Hellersdorf hilft 2013a), richtet sich an das Berliner Landesamt für Gesundheit und Soziales, namentlich an dessen Präsidenten* Franz Allert. Koch führt darin Folgendes aus:

»Wir wollen Ihnen [Franz Allert; J.H.] zeigen, dass Marzahn-Hellersdorf bunt ist [...]. Wir Menschen aus Hellersdorf-Marzahn [sic], die hier aufgewachsen sind, hier arbeiten, studieren oder wohnen, möchten uns klar von der manipulativen, auf falschen Behauptungen basierenden hetzerischen und rassistischen Stimmungsmache, wie sie von der ›Bürgerinitiative Marzahn-Hellersdorf‹ betrieben wird, abgrenzen. [...] Wir setzen uns dafür ein, dass auch der Bezirk Hellersdorf Marzahn [sic] sich verantwortungsvoll der Aufgabe stellt, seinen Teil, wie alle anderen Bezirke Berlins auch, zur Aufnahme der aktuellen Flüchtlingsströme beizutragen. [...] Wir machen das, was sich gehört: Wir nehmen die Flüchtlinge als Menschen wahr, nicht als potentiell Kriminelle oder Bedrohung oder Last.« (Koch 2013; Herv. gestr. J.H.)

In der Passage wird recht eindringlich ein »Wir« konstruiert, das nicht nur die Bewohner*innen des Bezirks, sondern ebenso mit dem Bezirk auf verschiedene Art und Weise in Verbindung Stehende – Studierende, Arbeitende, dort Aufgewachsene – inkludiert. All jene Gruppen, die stellvertretend für den Bezirk stehen, grenzen sich klar und unmissverständlich von der »rassistischen« und »hetzerischen« Bürgerinitiative ab und treten für ein »bunt[es]« Marzahn-Hellersdorf ein. Nicht nur die zitierte Passage, sondern nahezu die gesamte Petition (sowie der offene Brief von Hellersdorf hilft) ist dabei in der ersten Person Plural formuliert, wobei fast jeder Satz mit dem entsprechenden Pronomen »wir« beginnt. Dieses angerufene »Wir« – die Marzahn-Hellersdorfer*innen, eine vielfältig und kraftvoll erscheinende, gleichwohl imaginierte Zivilgesellschaft – wird dadurch in jedem Satz von Neuem reproduziert und gefestigt. Im Kontext der Petition kann dies als Ausdruck entschlossenen Handelns i.S. einer konsequenten Unterstützung der Aufnahme von *Flüchtlingen* im Stadtbezirk verstanden werden, die mit dem Verweis auf andere Berliner Bezirke als Selbstverständlichkeit angesehen wird und einen Kontrapunkt zum Agieren der rechten Akteur*innen setzen soll. Wie als Beweis gegenüber dem Adressaten* der Petition wird schließlich die Integrität der Hellersdorfer*innen hervorgehoben, die in diesem Sinne das machen würden, »was sich gehört«. Diese Formulierung impliziert wiederum die Normalität und Selbstverständlichkeit humanistischer Einstellungen und damit einhergehender Handlungen der Hellersdorfer*innen, die hier als unhintergehbare Norm erscheinen.

Nun bezieht sich die Darstellung Marzahn-Hellersdorfs als demokratischer Bezirk nicht ausschließlich auf die Gegenwart, sondern in gleicher Weise auf die Vergangenheit. Dieser Punkt wird nicht zuletzt in einem Interview des Bezirksbürgermeisters* mit der Tageszeitung Taz vom 10. Juli berührt. Auf die Frage des Interviewers*, ob »Rassismus und Ausländerfeindlichkeit in

⁶⁶ Siehe zum Datum der Veröffentlichung den Facebook-Post in der Chronologie von Hellersdorf hilft (o.J.).

der Mitte der Gesellschaft« ein Problem für Hellersdorf seien, antwortet Stefan Komoß knapp und unzweideutig: »Ich sehe keine grundrechtsablehnende Haltung bei den Anwohnern. Der Bezirk hatte in den letzten Jahren große Erfolge bei der Bekämpfung rechtsextremer Phänomene.« (Komoß 2013a) Deutlich wird den Hellersdorfer*innen hier abermals die Verinnerlichung demokratischer Normen – i.S. des Grundgesetzes – zugeschrieben sowie die Konstruktion einer Art Erfolgsgeschichte des Bezirks im Umgang mit Rechtsextremismus und Rassismus vollzogen. Diese Phänomene werden hierdurch jedoch nicht als zentrale und gegenwärtige Probleme oder als entsprechende bezirkliche Herausforderungen i.w.S. angesehen, sondern als bereits überwundene, wie die Textpassage nahelegt. Dementsprechend lautet die zentrale Botschaft: Rechtsextremismus/Rassismus *war* zumindest einst ein Problem des Stadtbezirks, *ist* es allerdings (längst) nicht mehr.

Der Verweis auf die Vergangenheit wird des Weiteren in der Pressemeldung der SPD Marzahn-Hellersdorf vom 10. Juli dafür bemüht, den Hellersdorfer*innen eine demokratische Grundhaltung zuzuschreiben und eine damit einhergehende demokratische Kontinuität aufzuzeigen: »Durch traditionelle Veranstaltungen wie etwa ›Schöner Leben ohne Nazis‹ (31.8.13, 14-19 Uhr, Alice-Salomon-Platz) stehen die Einwohner des Bezirks für eine offene und multikulturelle Gesellschaft ein.« (SPD MaHe 2013) Besagte Veranstaltung, die seit 2009 einmal jährlich halbtägig stattfindet, dient wiederum als konkreter ›Beleg‹ für die Bejahung einer multikulturellen und demokratischen Gesellschaft seitens der Hellersdorfer*innen. Wie bereits an anderen Beispielen dargelegt, wird auch hier deutlich, dass die Hellersdorfer*innen nicht nur demokratisch eingestellt sind, sondern zugleich ihr Handeln danach ausrichten, indem sie sich etwa an jener Veranstaltung aktiv beteiligen oder daran teilnehmen.

Schließlich wird ebenfalls in der Pressemeldung des SPI (Sozialpädagogisches Institut Berlin Walter May) vom 11. Juli 2013, dem Träger der bezirklichen Koordinierungsstelle für Demokratieentwicklung Polis, das Bild eines demokratisch verfassten Bezirks vermittelt. Begründet wird dies allerdings nicht mit den demokratischen Einstellungen und Handlungen der Bürger*innen, sondern in erster Linie mit der positiven Entwicklung des Bezirks über die letzten Jahre hinsichtlich rechtsextremer sowie rassistischer Vorkommnisse. Das SPI führt in diesem Sinne Folgendes aus:

»Die Ereignisse bei der Informationsveranstaltung des Bezirksamtes [...] lassen den gesamten Bezirk als Hochburg der Rechtsextremen erscheinen. NPD-Funktionär/innen nutzten geschickt die Veranstaltung als Plattform, um Bürger/innen für ihre Zwecke zu instrumentalisieren.

Auch wenn es die aktuellen Ereignisse nicht vermuten lassen: In den letzten Jahren hat sich das Klima im Bezirk Marzahn-Hellersdorf positiv entwickelt. Durch das langjährige Engagement vieler zivilgesellschaftlicher und kommunaler Akteur/innen, unterstützt durch Polis, der Bezirklichen [sic] Koordinierungsstelle für Demokratieentwicklung am Ort der Vielfalt Marzahn-Hellersdorf der Stiftung SPI, ist der Bezirk bei den Fallzahlen rechtsextremer und rassistischer Vorfälle von einer ehemaligen Spitzenposition ins Berliner Mittelfeld abgestiegen.« (SPI 2013; Herv. gestr. J.H.)

In der zitierten Textpassage wird deutlich, dass die konstatierte positive Entwicklung des »Klima[s]« innerhalb des Bezirks in erster Linie mit den geringer gewordenen »Fallzahlen« zu rassistischen und rechtsextremen Vorfällen in Verbindung gebracht wird. Umso mehr passen dann die »aktuellen Ereignisse«, d.h. die Geschehnisse im Kontext der Informationsveranstaltung und das Agieren rechter Akteur*innen, nicht in dieses Bild. Denn die Entwicklung hin zu weniger »Fallzahlen« sowie die Aktivitäten von Polis und der Zivilgesellschaft legen nahe, dass Rassismus und Rechtsextremismus in der Vergangenheit durchaus eine gravierende Problematik darstellten, mit der sich jedoch aktiv und letztlich erfolgreich auseinandergesetzt wurde. In diesem Sinne kann insgesamt von einer an demokratischen Werten orientierten und funktionierenden Zivilgesellschaft samt deren politischen Repräsentant*innen gesprochen werden, die den Bezirk charakterisieren. Damit aber wird hier eine vorbildliche ›Erfolgsgeschichte‹ Marzahn-Hellersdorfs im langjährigen Kampf gegen Rechtsextremismus und Rassismus erzählt.

Marzahn-Hellersdorf wird des Weiteren als ein ganz normaler und durchschnittlicher Berliner Bezirk konstruiert, in dem es zwar immer noch rassistische und rechtsextreme Vorkommnisse gibt, diese aber im »Berliner Mittelfeld« (ebd.) liegen. Mit einer derartigen Orientierung am Berliner Durchschnitt – einer mehr oder minder ziemlich abstrakten und daher wenig aussagekräftigen Zahl⁶⁷ – erscheinen Rechtsextremismus und Rassismus als gegenwärtig ›normal‹ und nicht unbedingt weiter (grundlegend) thematisierungsbedürftig. Wie bereits ausgeführt, werden beide Phänomene vielmehr als gravierende Herausforderungen der Vergangenheit betrachtet, als nämlich die entsprechenden »Fallzahlen« im Berlin-Vergleich noch sehr hoch waren. Rechtsextremismus und Rassismus gelten demzufolge gewissermaßen in ihren ›extremen‹ Ausmaßen als überwunden. Die auch in diesem Text vorzufindende strikte Trennung und Gegenüberstellung von rechten Akteur*innen, die die Informationsveranstaltung gestört hätten, sowie Bürger*innen/Anwohner*innen der Informationsveranstaltung auf der anderen Seite fügt sich nahtlos in dieses Bild. Diese Trennung wird in folgender Passage zwar aufgehoben, allerdings bleibt die entscheidende Aussage, nach der der Bezirk letztlich kein spezifisches gegenwärtiges Problem mit Rassismus und Rechtsextremismus hat, dabei weiter bestehen:

»Eine ablehnende Stimmung gegenüber Flüchtlingen ist auch in anderen Teilen Berlins deutlich spürbar. Hartnäckige Vorurteile und diskriminierende Einstellungen insbesondere gegenüber Flüchtlingen bestehen nicht nur am rechten Rand – sie reichen bis in die Mitte der Gesellschaft und sind in allen Berliner Bezirken vorzufinden.« (SPI 2013; Herv. gestr. J.H.)

Unmissverständlich wird hier zwar auf der einen Seite formuliert, dass nicht nur der »rechte[.] Rand«, sondern in gleicher Weise Hellersdorfer Bürger*innen diskriminierende und ablehnende Einstellungen gegenüber *Flüchtlingen* aufweisen würden. Gleichzeitig aber wird diese Aussage in zweierlei Hinsicht relativiert: Zum einen durch den Hinweis, dass diskriminierende Einstellungen in allen anderen Berliner Bezirken vorzufinden seien, d.h. ein gesamtgesellschaftli-

⁶⁷ Allein schon die unterschiedliche Anzahl an Einwohner*innen von Berliner Stadtbezirken wäre hier zu berücksichtigen und anhand der registrierten Vorkommnisse zu gewichten. So hat etwa der Bezirk Pankow im Jahr 2016 mit knapp 395.000 über 130.000 Einwohner*innen mehr als Marzahn-Hellersdorf zu diesem Zeitpunkt mit knapp 262.000 (vgl. Wikipedia 2017a, b).

ches Problem darstellen. Insofern befindet sich Marzahn-Hellersdorf – wie bereits hinsichtlich der »Fallzahlen« – in der (Berliner) Norm und weist eben gerade *nicht* in irgendeiner Art und Weise gravierende Probleme mit Rassismus und Rechtsextremismus auf. Zum anderen werden die konstatierten diskriminierenden Einstellungen der Bürger*innen nicht in einen Zusammenhang zu den rassistischen und rechtsextremistischen Vorkommnissen (den oben zitierten »Fallzahlen«) gebracht, so dass jene Vorkommnisse davon abgekoppelt erscheinen. Die Konsequenz dessen ist schließlich, dass Rassismus und Rechtsextremismus durch diese Ausführungen wiederum dethematisiert und gleichermaßen entpolitisiert werden, weil sie nicht als spezifische (Alltags-)Phänomene des Stadtbezirks angesehen werden.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass mit den in den vorigen beiden Unterkapiteln (5.1.1, 5.1.2) sowie in diesem Unterkapitel herausgearbeiteten Deutungen und Argumentationen – nämlich eine überwiegende Externalisierung von Rassismus und Rechtsextremismus bei gleichzeitiger weitestgehender Verantwortungsdelegation des Konflikts um die Asylunterkunft an die rechten Akteur*innen sowie die Konstruktion eines demokratisch verfassten Gemeinwesens – das starke Agieren gegen *Flüchtlinge* bzw. gegen die Asylunterkunft im Rahmen und im Vorfeld der Informationsveranstaltung als in letzter Konsequenz ›vom Himmel gefallen‹ erscheinen. Denn eine wirklich schlüssig argumentierende Deutung dafür fehlt. Umso überzeugender sind dann die Ereignisse im Rahmen der NPD-Gegenkundgebung aus Sicht des Bezirksamtes. Insgesamt erfüllt der Bezirk in gewisser Weise ›vorbildlich‹ die ›Norm Demokratie‹, ist also ein ›ganz normaler‹ Berliner Stadtbezirk wie jeder andere auch, womit freilich Rassismus und Rechtsextremismus nicht gänzlich geleugnet werden können – wie etwa anhand der Argumentation des SPI deutlich wurde –, diesen Phänomenen allerdings auch keine besondere Aufmerksamkeit entgegengebracht wird. Somit werden diese wiederum dethematisiert.

Vor dem Hintergrund einer fundamentalen Gegenüberstellung von einerseits Hellersdorfer*innen und andererseits rechten Akteur*innen kann die demokratische Norm zugleich als eine Art »Anti-Rechtsextremismus-Norm« (Schellenberg 2014a, 15) angesehen werden. Damit aber werden die rechten Akteur*innen aus der demokratischen Norm exkludiert und als die ›Anderen‹ konstruiert, während sich der Bezirk Hellersdorf insgesamt seiner demokratisch-humanistischen Verfasstheit versichern und diese bestätigen kann.

5.1.4 Zwischenfazit: Kontinuitäten im weiteren Verlauf des Konflikts

Wie deutlich wurde, stehen die in den drei vorausgegangenen Unterkapiteln (5.1.1, 5.1.2, 5.1.3) herausgearbeiteten dominierenden Deutungen miteinander in einem engen Zusammenhang: Die Gegenüberstellung von rechten Akteur*innen einerseits und Hellersdorfer*innen bzw. Anwohner*innen andererseits, wobei Letztere überwiegend als demokratisch-humanistisch konstruiert werden, impliziert im Grunde bereits eine weitestgehende Externalisierung von Rassismus und Rechtsextremismus. Im Folgenden soll nun anhand verschiedener Textpassagen exemplarisch aufgezeigt werden, dass im weiteren zeitlichen Verlauf der Auseinandersetzung um

die Asylunterkunft – also vor dem Hintergrund neuer Ereignisse – im Allgemeinen ganz ähnliche Deutungen und Argumentationen sowohl von den lokalen parteipolitischen als auch einigen zivilgesellschaftlichen Akteur*innen re_produziert werden. Um unnötige Redundanzen zu vermeiden, werden die nachfolgend zitierten Passagen teils nur kurz erläutert, weil sie sich im Wesentlichen auf die bisher herausgearbeiteten (und bereits detailliert ausgeführten) Lesarten beziehen, d.h. diese weitestgehend bestätigen.

Vor, während und nach dem Einzug der ersten Bewohner*innen in die Asylunterkunft am 19. August kommt es auf der einen Seite zu zahlreichen und lautstarken Protesten dagegen. Auf der anderen Seite protestieren verschiedene Akteur*innen gegen die Ablehnung von *Flüchtlingen* im Kiez und heißen die neuen Bewohner*innen willkommen (siehe Unterkapitel 4.4.3). DIE LINKE Marzahn-Hellersdorf schreibt auf ihrer Homepage am 25. August zur Gesamtsituation im Stadtteil Folgendes:

»Der Einzug [der Flüchtlinge; J.H.] wurde überschattet durch rechte Proteste. Die NPD und Pro Deutschland hielten in Marzahn-Hellersdorf menschenfeindliche Kundgebungen, die sich auch gegen das Heim richteten, ab. Hunderte Menschen aus unserem Bezirk und ganz Berlin protestierten dagegen.

Erkennbar gab es auch vor Ort durch einige Anwohner*innen Proteste gegen das Heim und deren Bewohner*innen. Inzwischen ist bekannt, dass hier von Anfang an die NPD und rechte Kameradschaften versucht haben Angst und Hass zu schüren.« (DIE LINKE 2013d)

In der Passage finden sich etliche Parallelen zur Situationsdeutung der Informationsveranstaltung wieder: Die Proteste gegen die Unterkunft werden zunächst nur rechten Akteur*innen zugeschrieben, während die Gegenprotestler*innen aus dem Bezirk bzw. Berlin kommend vorgestellt werden, die in großer Anzahl – »[h]underte Menschen« – anwesend waren. Damit wird sich zudem eines demokratischen Hellersdorfs samt seiner Einwohner*innen vergewissert, das *Flüchtlinge* willkommen heißt. Zwar wird ebenfalls ausgeführt, dass einige Anwohner*innen gegen die Asylunterkunft protestierten, dieser Hinweis allerdings gleichsam wieder stark relativiert, indem »NPD und rechte Kameradschaften« dafür maßgeblich verantwortlich gemacht werden. Gegen die Unterkunft protestierende Anwohner*innen werden somit als von den rechten Akteur*innen beeinflusst konstruiert. Der LINKEN gelingt es hiermit durchaus, Proteste von Anwohner*innen gegen den Einzug der *Flüchtlinge* zu thematisieren, ohne diese jedoch dafür verantwortlich zu machen.

Eine weitere Textpassage thematisiert die große Solidarität in Hellersdorf mit den *Flüchtlingen*:

»Seit dem Einzug der Geflüchteten erreicht den Bezirk eine Welle der Solidarität. Menschen aus allen Bezirken Berlins und darüber hinaus wollen helfen. Eine Mahnwache von vor allem Antifaschist*innen in der Nähe der Unterkunft hat gerade in den ersten Tagen einen konkreten Anlaufpunkt geboten. Dafür möchten wir uns ausdrücklich bedanken. Anwohner*innen, welche sich bisher nicht getraut hatten, offen

Solidarität mit den neuen Bewohner*innen zu zeigen, haben sich nunmehr bekennen können. Hellersdorfer*innen können sich vor Ort informieren und suchen intensiv das Gespräch mit den Aktivist*innen.« (Ebd.)

Anwohner*innen werden hier zunächst indirekt als negativ Betroffene der Situation um die Asylunterkunft vorgestellt, indem sie sich nicht getraut hätten, »offen Solidarität mit den neuen Bewohner*innen zu zeigen«. Vor dem Hintergrund der Gesamtsituation um die Asylunterkunft ist dieses Verhalten wohl auf die Proteste ab dem Tag des Einzugs der ersten Bewohner*innen zurückzuführen. Wie stark Anwohner*innen schließlich aber als mit den Unterkunftsbewohner*innen sich solidarisiert konstruiert werden, verdeutlicht das Wort »bekennen«, das auf deren ›wirkliche‹ – eben sich mit den *Flüchtlingen* solidarisierende – Grundhaltung verweist. In diesem Sinne hätten ebenso Hellersdorfer*innen »intensiv das Gespräch mit den Aktivist*innen« gesucht, zeigten also mindestens Interesse an der Situation der Bewohner*innen der Asylunterkunft.

Ganz ähnlich wie DIE LINKE stellt die Initiative Hellersdorf Hilft in einem an die Bewohner*innen der Unterkunft gerichteten Willkommensbrief vom 8. September die Situation im Stadtteil vor und verweist darin auf entsprechende Hintergründe:

»Leider gibt es in Deutschland und Berlin noch immer faschistisches und rechtsextremses Gedankengut. Auch wenn die Zahl der Menschen, die so denken, gering ist, so sind diese oft organisiert und nehmen Einfluss auf Bürger und Anwohner, indem willkürlich Ängste geschürt werden. So ist es auch in diesem Fall geschehen. Es ist nachvollziehbar, dass die Situation auch für die Anwohner in der Carola Neher Straße [sic] neu und unbekannt ist. Und viele Menschen reagieren mit Angst Neuem gegenüber, da viele nur wenige Begegnungen mit anderen Kulturen hatten. Viele Anwohner haben eigene Sorgen und sind mit der Politik unzufrieden. Diese Sorgen und Ängste der Anwohner wurden geschickt von einer geringen Zahl an organisierten Rechten ausgenutzt und es wurde gezielt Stimmung gemacht und Gerüchte gestreut.« (Hellersdorf Hilft 2013c)

In direkter Ansprache der Unterkunftsbewohner*innen heißt es weiter: »Die ablehnende Haltung ist also keinesfalls gezielt an Sie gerichtet, sondern oftmals nur der Ausdruck eigener Unzufriedenheit.« (Ebd.) In der Textpassage wird eine sehr verständnisvolle Haltung den Anwohner*innen gegenüber eingenommen, die letztlich insgesamt als nicht gegen *Flüchtlinge* eingestellt konstruiert werden, sondern als von rechten Akteur*innen in ihrer Unzufriedenheit mit der Politik instrumentalisierte. Damit aber werden sie wiederum von ablehnenden Äußerungen gegenüber *Flüchtlingen* entlastet, indem ihre »Sorgen und Ängste« als Kompensation von Unzufriedenheit und Unwissen (»fremde Kulturen«) – wie ausführlich im Unterkapitel 5.1.2 herausgearbeitet – vorgestellt werden.

Auch die stellvertretende Bezirksbürgermeisterin* Dagmar Pohle zeigt vor dem Hintergrund der Anwohner*innengespräche, die vom Bezirksamt durchgeführten wurden, um die Situation um die Asylunterkunft zu deeskalieren (siehe dazu S. 70) – sog. Nachbarschaftsdialoge –, in einer Presseerklärung vom 21. August großes Verständnis für die Anwohner*innen:

»Aus den bisher stattgefundenen Dialogrunden [mit den Anwohner*innen; J.H.] [...] ergibt sich der Eindruck, dass viele nachvollziehbare Fragen, Sorgen und Einwände vor allem gegen die Standortentscheidung und die Belegungsdichte bestehen. Viele Anwohnerinnen und Anwohner sind es zu Recht leid, einerseits von Rechtsextremisten instrumentalisiert und andererseits pauschal als ›Nazis‹ diffamiert zu werden.« (Bezirksamt 2013k)

Bemerkenswert ist an dieser Passage zunächst die bereits oben gezeigte Rationalisierung (siehe S. 85) von den die Unterkunft ablehnenden Statements einiger Anwohner*innen. Denn es wird nahegelegt, dass sich diese nicht prinzipiell gegen die Unterkunft bzw. die Aufnahme von *Flüchtlingen* aussprechen, sondern lediglich das Gebäude bzw. den Standort sowie die Anzahl der dort aufzunehmenden Bewohner*innen kritisieren. Gegen einen anderen Standort oder weniger *Flüchtlinge* gibt es hingegen kaum Einwände, so die vermittelte Botschaft. Des Weiteren werden die Anwohner*innen in der Passage nicht mehr ›nur‹ als durch die »Rechtsextremisten« Instrumentalisierte, sondern auch als durch die ›Linken‹ ›Stigmatisierte‹ konstruiert, die die Anwohner*innen als »Nazis« bezeichnen würden. Diese Darstellung ist durchaus anschlussfähig an die weiter unten im Unterkapitel 5.2 zu thematisierende Deutung der Auseinandersetzung um die Asylunterkunft als einen Rechts-links-Konflikt. Schließlich wird in einer weiteren Passage Hellersdorf wiederum als »Ort der Vielfalt« angerufen, indem Hellersdorfer*innen »in vielfältiger Weise ihre Solidarität mit den Asylsuchenden bekundet und konkrete Unterstützung angeboten« hätten (ebd.).

Entsprechende Kontinuitäten der Deutungen hinsichtlich des weiteren Verlaufs der Auseinandersetzung um die Asylunterkunft weisen ferner zwei weitere Texte auf. Anlässlich einer geplanten Demonstration der Bürgerinitiative Marzahn-Hellersdorf am 26. Oktober im Stadtbezirk heißt es in einem von der Initiative Hellersdorf hilft, dem Solidaritätsnetzwerk Marzahn-Hellersdorf Refugees Welcome, dem Berliner Flüchtlingsrat, der stellvertretenden Bezirksbürgermeisterin* sowie der LINKEN Marzahn-Hellersdorf unterstützten Aufruf:

»Für den 26. Oktober 2013 plant die rechtslastige und von Nazis geführte sogenannte ›Bürgerinitiative Marzahn-Hellersdorf‹ eine Demonstration durch Hellersdorf. Sie wollen gegen die im August eröffnete Unterkunft für Geflüchtete aufmarschieren. Seit Monaten hetzen Anhänger dieser Gruppe gegen das Heim in der Carola-Nehrer-Straße. Die NPD und bekannte organisierte Neo-Nazis haben sich bereits dem Aufruf zur Demonstration angeschlossen und mobilisieren berlinweit.

Doch die Rechtsextremen sind auf einem absteigenden Ast. Solidarischen Initiativen ist es in den vergangenen Wochen gelungen die Stimmung im Kiez zu verändern. Anwohnerinnen und Anwohner, die die Geflüchteten unterstützen wollen, konnten gewonnen werden, unzählige Hilfsangebote sind bei ›Hellersdorf hilft‹, dem Bezirksamt und dem Solidaritätsnetzwerk ›Refugees welcome‹ eingegangen. Immer mehr Menschen stellen sich der rassistischen Hetze einer selbsternannten ›Bürgerinitiative‹ entgegen.« (Bezirksamt 2013m)

Ähnlich wird in einer bezirksamtlichen Pressemeldung vom 19. November ausgeführt:

»Viele Bürgerinnen und Bürger von Marzahn-Hellersdorf waren erschüttert, als Personen und Gruppierungen aus dem rechtsextremen Spektrum über Wochen

hinweg mit menschenverachtenden Parolen und Aktivitäten gegen das neue Wohnheim für Flüchtlinge und Asylsuchende in der Carola-Neher-Straße hetzten. Sie ließen sich davon aber nicht einschüchtern, sondern zeigten ihre Solidarität mit den Menschen in Not. [...]

Inzwischen ist damit die aus der rechten Szene stammende Kampfparole ›Nein zum Heim!‹ längst dem zur alltäglichen Wirklichkeit gewordenen Motto ›Hellersdorf hilft!‹ gewichen. [...] Im Namen des gesamten Bezirksamtes dankt Stefan Komoß allen Bürgerinnen und Bürgern – auch denjenigen außerhalb der Bezirksgrenzen von Marzahn-Hellersdorf – für ihre zahlreichen Hilfs- und Spendenangebote unterschiedlichster Art.« (Bezirksamt 2013o)

In beiden Textpassagen wird im Grunde eine Art Erfolgsgeschichte zivilgesellschaftlichen Engagements der Marzahn-Hellersdorfer*innen erzählt, die sich beispielhaft in den Protesten gegen »Personen und Gruppierungen aus dem rechtsextremen Spektrum« und in einer stark ausgeprägten Solidarität gegenüber den *Flüchtlingen* zeigt. Während in dem ersten Zitat stärker ein Prozess der Veränderung anklingt, indem Anwohner*innen von Hellersdorfer Initiativen für die Unterstützung von *Flüchtlingen* »gewonnen werden« konnten, erscheinen die Hellersdorfer*innen im zweiten Textausschnitt von Beginn an stärker aktiv handelnd in ihrem Engagement für *Flüchtlinge*, nachdem sie durch das Agieren der rechten Akteur*innen »erschüttert« wurden. Deutlich wird in beiden Zitaten nicht zuletzt nochmals die fundamentale Gegenüberstellung von rechten Akteur*innen sowie Hellersdorfer*innen, die für die Deutungen der bisher untersuchten Texte der entsprechenden Akteur*innen ausgesprochen charakteristisch ist. Diese Gegenüberstellung bemüht schließlich auch Thomas Bryant, Leiter* der bezirklichen Koordinierungsstelle für Demokratieentwicklung, am 9. Oktober im Rahmen einer Phoenix-Diskussionsrunde. Die Situation im Stadtteil beschreibt er dabei wie folgt:

»Es gibt die eine Seite; die sagt ›Nein zum Heim‹, das is der Slogan der von der politischen Rechten verfolgt wird, die sagen wir wollen (.) dieses Heim nicht, wir wollen die Menschen in diesem Heim nicht, und wir wehren uns dagegen, und es gibt die andere, und das is glücklicherweise die (.) überwältigende Mehrheit, die andere Seite die sagt, ähm wir bekennen uns zu unserem Verfassungsauftrag, ein Grundrecht nämlich Asyl, zu verwirklichen« (Bryant 2013, TC: 04:13-04:42).

In einer weiteren Passage legt Bryant jedoch eine im Konflikt um die Asylunterkunft – mit Ausnahme der Bürgerinitiative für ein lebenswertes Marzahn-Hellersdorf (siehe S. 167) – einmalige Begründung für die Ablehnung der Asylunterkunft durch die Anwohner*innen dar, indem er ausführt, dass viele Hellersdorfer*innen

»auch gegen das Heim [sind; J.H:], das darf man auch nicht vergessen aus humanitären Gründen. Also nicht aus politischer recht [...] weil man politisch sich rechts verortet sieht, sondern weil man sagt, aus humanitären Gründen kann es nicht sein dass die Leute da zusammengepfercht sind.« (Ebd., TC: 31:12-31: 24)

Das hier vorgetragene Argument ist an die Konstruktion eines demokratischen Bezirks Hellersdorf anschlussfähig, denn die ablehnenden Haltungen gegenüber der Asylunterkunft werden

hier letztlich i.S. der Unterkunftsbewohner*innen begründet, denen die Enge der Unterkunft nicht zuzumuten ist. Die Passage kann als weitere Spielart der Begründung von ablehnenden Statements von Hellersdorfer*innen gegen die Asylunterkunft verstanden werden (siehe dazu Unterkapitel 5.1.2), ohne dass diese wiederum als ›wirklich‹ gegen die Asylunterkunft eingestellt betrachtet werden.

Insgesamt kann damit zugespitzt festgehalten werden, dass die Deutung der Auseinandersetzung um die Asylunterkunft durch in erster Linie Bezirksamt und Bezirksregierung dem Verlauf eines klassischen Entwicklungsromans oder dem eines Märchens doch recht nahekommt: Durch ›äußere‹ Konflikte – die Auseinandersetzung mit den rechten Akteur*innen –, aber ebenso durch mögliche ›innere‹ Konflikte – die Veränderung von ablehnenden Einstellungen von Anwohner*innen/Hellersdorfer*innen zugunsten der Asylunterkunft – siegt schließlich das ›gute‹ Hellersdorf über die ›bösen Rechten‹ und solidarisiert sich mit den ›Schwächsten‹: den *Flüchtlingen*.

5.1.5 Hellersdorfer*innen als sozial Benachteiligte eines vernachlässigten Stadtbezirks

Wie bereits anhand eines Textes der Marzahn-Hellersdorfer Grünen gezeigt wurde (siehe S. 87), besteht ein Erklärungsmuster für ablehnende Einstellungen von Hellersdorfer*innen gegenüber der Asylunterkunft darin, dass diese als Ausdruck sozialer Unzufriedenheit angesehen werden. Im Folgenden soll nun gezeigt werden, inwiefern diese Deutung in gleicher Weise von anderen Akteur*innen bemüht wird.

In diesem Zusammenhang ist vor allem ein mit der Rektorin* der Alice Salomon Hochschule, Theda Borde, geführtes Interview mit der Taz vom 25. August aufschlussreich, in dem in erster Linie die Ablehnung der Unterkunft im Stadtteil thematisiert wird. Auf die Frage der Interviewerin*, was denn vor diesem Hintergrund »in den letzten Jahren« in Hellersdorf »schiefgelaufen« sei, führt Borde (2013) zunächst aus:

»Marzahn-Hellersdorf ist kein natürlich gewachsener Bezirk, sondern, von den Siedlungsgebieten abgesehen, eine in den 1980er Jahren gebaute Plattenbausiedlung mit wenig Raum für öffentliche Plätze und Begegnungen. Nach der Wende sind junge und mobile Menschen abgewandert. In den letzten Jahren sind solche zugezogen, die es sich nicht leisten können, woanders zu wohnen. Wir haben hier spezifische soziale Probleme. Hier konzentrieren sich ausgegrenzte Unterprivilegierte deutscher Herkunft. Es ist der Bezirk mit den meisten Teenagermüttern. Viele Menschen fühlen sich an den sozialen Rand gedrängt – und, ehrlich gesagt, sind sie es auch.« (Ebd.)

In der Interviewpassage wird Marzahn-Hellersdorf durchweg als ›anders‹ vorgestellt – ein Stadtbezirk, der im Vergleich zu anderen Berliner Stadtbezirken gerade nicht »natürlich gewachsen[...]*«* sei. Durch diese gleichsam harmonisch-natürliche Charakterisierung der Berliner Stadtbezirke im Allgemeinen erscheint dann die künstliche »Plattenbausiedlung« Hellersdorf in einem fundamentalen Gegensatz – mit entsprechend negativen ›Spätfolgen‹: Bereits das

alltägliche Leben der Einwohner*innen wird als stark eingeschränkt vorgestellt, sei doch wenig Raum für öffentliche Plätze und Begegnungen der Menschen vorhanden. Die Einwohner*innen werden insgesamt als unterprivilegiert, »an den sozialen Rand gedrängt« und als wenig »jung[...] und mobil[...]« bezeichnet. Borde entwirft mit ihren Ausführungen somit ein konsequent defizitäres Bild von Hellersdorf, einem Bezirk in sozialer Schieflage, der berlinweit zudem die meisten »Teenagermütter[...]« hat. Letzteres legt dabei eine sehr ungünstige Zukunftsprognose für den Stadtbezirk nahe, indem es auf eine kaum zu durchbrechende Spirale der Re_Produktion sozialer Problemlagen zukünftiger Generationen verweist.

Auf die Frage der Interviewerin*, was die Politik gegen diese Entwicklungen hätte tun können, antwortet Borde:

»Nicht alle gesellschaftlichen Prozesse lassen sich politisch steuern. Der Bezirk ist seit Jahren bemüht, den Sozialraum aufzuwerten, Wirtschaft anzusiedeln und Arbeitsplätze zu schaffen, das erkenne ich an. Berlin hat es aber versäumt, rechtzeitig in den Wohnungsbau zu investieren. Besser wäre es, alle Flüchtlinge in Wohnungen unterbringen [sic]. Dann wären solche Heime nicht nötig. Das sind ja separierte Trutzburgen, deren Bewohner den ausgegrenzten und benachteiligten Nachbarn als Feindbild dienen. Solange Flüchtlinge in Wohnungen wohnten, gab es das Problem nicht, sie waren einfach Nachbarn.« (Ebd.)

In der Passage wird der Landespolitik aufgrund ihres Unterbringungskonzepts von *Flüchtlingen* indirekt eine (Mit-)Verantwortung für die aktuelle Ablehnung der Asylunterkunft im Stadtteil zugewiesen – insofern werden auch spezifische strukturelle Bedingungen im Umgang mit *Flüchtlingen* thematisiert und kritisiert. Allerdings sind in diesem Zusammenhang die weiteren Ausführungen Bordes bemerkenswert, wird die Ablehnung von *Flüchtlingen* als etwas ›Neues‹ für den Stadtbezirk dargestellt, denn bisher seien *Flüchtlinge* vor allem dezentral in Wohnungen untergebracht und »einfach Nachbarn« gewesen, d.h. von Anwohner*innen schlicht akzeptiert und keineswegs abgelehnt worden. Warum sie in der neuen Unterkunft nicht in gleicher Weise »einfach Nachbarn« sein und ›normal‹ leben könn(t)en, scheint daher ausschließlich an deren Anzahl zu liegen. Mit diesen Begründungen aber werden die Hellersdorfer*innen – wie bereits mehrfach gezeigt – als im Grunde nicht ›wirklich‹ gegen *Flüchtlinge* eingestellt konstruiert. Vielmehr wird die Ablehnung von *Flüchtlingen* mit deren zu erwartender hoher Präsenz im Kiez – nämlich in *einem* Gebäude – plausibilisiert sowie *Flüchtlinge* als Projektionsfläche der deprivilegierten Hellersdorfer*innen angesehen. Wurde Letzteres bereits oben (siehe S. 87f.) rassistisch problematisiert, ist gleichermaßen die Kopplung von natio-ethno-kulturell ›Anderen‹ an deren quantitative Präsenz zu kritisieren: Denn erstens enthält diese *implizit* ein Zuviel an ›anderen‹ Menschen im Stadtteil bzw. an einem konkreten Ort (gleichwohl es Borde um eine Kritik am Unterbringungskonzept geht), und zweitens erklärt sie deren Präsenz als zumindest mitverantwortlich für rassistische Haltungen von Hellersdorfer*innen. Neben einer derartigen Täter*innen-Opfer-Umkehr wird Rassismus dabei als gesellschaftliches Machtverhältnis konsequent ausgeblendet.

Mit der Bezeichnung der Asylunterkunft als »separierte Trutzburg[...]« wird schließlich das Bild eines ›Fremdkörpers‹ im Wohngebiet vermittelt. Die Asylunterkunft wird dadurch in Oppo-

sition zum Wohngebiet konstruiert, als eine ›abgeschlossene Einheit‹ und damit im Grunde als ›unnatürlich‹, nicht in den Stadtteil hineinpassend. »Trutzburg[...]« erinnert zudem an eine nur schwer einzunehmende Festungsanlage, gegen die sich bei Anwohner*innen womöglich ebenso Widerstand regen kann. Insgesamt wird mit diesen Ausführungen implizit eine Art Bedrohung durch die Asylunterkunft nahegelegt, die durchaus eine gewisse Affinität zu den Argumentationen derjenigen Akteur*innen aufweist, die dezidiert gegen die Asylunterkunft agieren (siehe dazu Abschnitt 7.1.2).

Ablehnende Haltungen gegenüber der Asylunterkunft werden auch von anderen Akteur*innen in Zusammenhang mit sozialen Problemen im Stadtteil gebracht. So führt etwa ein Aktivist* von Hellersdorf hilft Anfang August in einer Radiosendung aus:

»[D]ie Grundtendenz die ich erkenne äh als langjähriger Hellersdorfer is dass es halt äh Probleme im Kiez gibt, die halt nich gelöst wurden [...] dass halt auf das Problem noch ein Problem draufgesetzt wird. [...] [D]ort leben halt auch viele Leute, denen s jetzt NICH unbedingt so gut geht; denen s jetzt unbedingt NICH gerade zur Spitze der Gesellschaft gehören. (.) Ähm (.) und da kann (.) glaube oder hat denn halt dieses Asyl (.) heim (.) ähm sozusagen den Funken gebracht« (Blue Moon 2013, TC: 06:41-07:27).

Die Eröffnung der Asylunterkunft wird hier als Zuspitzung der bereits problematischen ›Hellersdorfer Verhältnisse‹ dargestellt, d.h. als weiteres »Problem« wahrgenommen. Allerdings bleibt der Verweis auf die »Probleme im Kiez« insgesamt abstrakt, da er kaum näher ausgeführt wird. Der Politik wird indirekt eine Mitschuld an ablehnenden Haltungen gegenüber der Asylunterkunft gegeben, indem mit deren Eröffnung ein weiteres »Problem« in Hellersdorf geschaffen werde, andere aber nicht »gelöst« würden. Insofern steht der Protest gegen die Asylunterkunft für die hohe Unzufriedenheit einiger Hellersdorfer*innen.

Auch die BVV-Abgeordnete* der Grünen, Rafaela Kiene, hebt in einem Artikel des Berliner Stadtmagazins Zitty vom 30. Juli negative Aspekte des Bezirks hervor. So fragt sie die sie interviewende Person, mit der sie dabei offensichtlich gerade durch Hellersdorf geht, rhetorisch: »Sehen Sie eine Bushaltestelle? Sehen Sie eine Eisdiele? Sehen Sie eine Kita?« »Wenn man hier wohnt, ist das schon ein Stigma, man fühlt sich als Verlierer – erst recht, wenn man kein Auto hat.« (Zitty 2013) Einige die Asylunterkunft ablehnende Äußerungen von Hellersdorfer*innen erklärt Kiene mit deren »diffusen Angst und dem Gefühl«, zu kurz gekommen zu sein (ebd.). Des Weiteren führt sie aus: »Ohne die Leute hier zu fragen, setzt man denen ein Flüchtlingsheim vor die Nase [...] natürlich fühlen die sich bevormundet« (ebd.). Ähnlich wie in den obigen Äußerungen werden die Anwohner*innen als Opfer eines vernachlässigten Stadtbezirks angesehen, wodurch Verständnis für deren ablehnende Äußerungen gegen die *Flüchtlingsunterkunft* vermittelt wird. Dies wird zudem durch das kritisierte Agieren der politisch Verantwortlichen unterstrichen, denen Kiene ein paternalistisches sowie undemokratisches Agieren gegenüber den Hellersdorfer*innen/Anwohner*innen attestiert. Auf diese Weise reproduziert sie einen zentralen Gegensatz von politischen Repräsentant*innen und Hellersdorfer*innen, der nicht zuletzt für die die Asylunterkunft ablehnenden (rechten) Akteur*innen zentral ist

(siehe dazu Unterkapitel 7.1.1), weiter oben (siehe S. 89) allerdings auch bereits von einem Aktivist* von Hellersdorf hilft artikuliert wurde.

Schließlich sieht auch der Pfarrer* der evangelischen Gemeinde Hellersdorfs, Hartmut Wittig, die Hellersdorfer*innen als i.w.S. Benachteiligte der Gesellschaft an, infolgedessen sie gegen *Flüchtlinge* eingestellt sind. In diesem Sinne beantwortet er die Frage der Interviewerin* in einer Sendung des RBB vom 25. August, ob er die Situation um die Auseinandersetzung um die Asylunterkunft im Stadtteil so erwartet hätte, folgendermaßen:

»Nein (1.0). Das war nicht zu erwarten, aber (.) inzwischen kann ich mir vieles erklären. Wir können uns erklären dass es Menschen gibt, die brauchen es, (.) im Grunde alle Menschen brauchen es sich zu identifizieren. Die müssen wissen, wo sie hingehören, äh und da gibt es viele, (.) äh Identifikationsmöglichkeiten, für mich ist es dass ich ein Christ bin, für andere ist es dass sie ein Deutscher sind, und=äh für die besteht nun die Gefahr, dass sie sich das nicht mehr leisten können. Die haben die Sorge, sie hören nicht mehr dazu. Weil sie auch in verschiedenen anderen Bereichen ihres Lebens in der Gesellschaft sich abgehängt empfinden.« (Wittig 2013c, TC: 00:21-00:55)

Auf die sich daran anschließende Frage, ob dies überspitzt als »eine Spätfolge der Wende« angesehen werden könne, antwortet Wittig:

»So könnte man es sagen, wobei nicht alle die so reagieren jetzt=äh die Wende (.) persönlich miterlebt haben, aber es ist so in der Tat, die Leute fragen wer kümmert sich um uns, die möchten wahrgenommen werden, und werden jetzt nur wahrgenommen im Tumult.« (Ebd., TC: 01:00-01:12)

Nahezu in Reinform führt Wittig hier das von Wilhelm Heitmeyer – bereits oben angedeutete (siehe S. 87f.) – in die Diskussion um rassistische bzw. rechtsextreme Einstellungen vorgetragene Erklärungsmuster sozialer Desintegration im Zusammenhang gesellschaftlicher Veränderungen aus (vgl. Butterwegge 2000, 25). Heitmeyer nimmt dabei drei verschiedene Ebenen sozialer Integration an (vgl. etwa Endrikat/Schaefer/Mansel/Heitmeyer 2002, 38f.): Erstens die Systemintegration, die »Teilhabe an den materiellen Gütern einer Gesellschaft« wie bspw. am Arbeits- und Wohnungsmarkt oder am Bildungssystem; zweitens die kommunikativ-interaktive Sozialintegration, die sich auf die Partizipation in gesellschaftlichen Bereichen und den damit zusammenhängenden »Ausgleich konfligierender Interessen« bezieht, und drittens die kulturell-expressive Sozialintegration. Diese beinhaltet den »gemeinschaftlichen Lebensbereich sowie die Erfahrungen im Rahmen der privaten Lebensführung« (ebd., 39). Die Grundthese besagt nun, dass es bei »wahrgenommenen Anerkennungsbedrohungen oder objektiven Anerkennungsverlusten«⁶⁸ (ebd., 39; Herv. gestr. J.H.) auf den verschiedenen Ebenen zu negativen Zuschreibungen gegenüber »machtlose[n] bzw. beschwerdearme[n] Gruppen« kommen könne (ebd., 40). – Vor dem Hintergrund der Ausführungen Wittigs stellen *Flüchtlinge* zweifelsohne

⁶⁸ Unklar bleibt hier jedoch die Unterscheidung, werden doch jegliche Erfahrungen von Individuen stets geäußert und bewertet.

eine »machtlose« Gruppe dar. Den Hellersdorfer*innen wird dabei Desintegration auf der sozial-strukturellen Ebene zugeschrieben (Transformationsprozesse im Zuge der ›Wende‹, ggf. Arbeitslosigkeit, wenig Einkommen) sowie auf der kommunikativ-interaktiven Ebene, indem sie sich von der Politik nicht wahrgenommen und entsprechend re_präsentiert fühlen.

Insgesamt kann festgehalten werden, dass mit den hier vorgetragenen Argumentationen die Hellersdorfer*innen in Kompensation ihrer verschiedenen Deprivilegierungen als gegen die *Flüchtlingsunterkunft* eingestellt konstruiert werden. Dabei wird der Konflikt um die Asylunterkunft in einer spezifischen Art und Weise entpolitisiert: Zwar werden durchaus gesellschaftliche (Hellersdorfer) Problemlagen/Herausforderungen thematisiert, allerdings wird Rassismus als gesellschaftliches Phänomen entthematziert. Die Hellersdorfer*innen werden durch die mitunter verständnisvollen Haltungen ihnen gegenüber von ihren teils ablehnenden und rassistischen Haltungen gegenüber der Asylunterkunft bzw. den *Flüchtlingen* entlastet, denn die Ursachen dafür werden in politischen Entscheidungen und gesellschaftlichen Verwerfungen ausgemacht. Damit aber hat das Phänomen Rassismus im Bezirk letztlich keine Relevanz, gleichwohl bspw. Borde (2013) in dem Interview durchaus ebenso auf Defizite wie eine mangelnde Partizipation von »Migranten« hinweist.

5.1.6 Konsequenzen: Informationsvermittlung im Dialog mit Anwohner*innen

Vor dem Hintergrund der Geschehnisse auf der Informationsveranstaltung sowie der Situation im Stadtteil werden, wie bereits anhand einiger zitierter Textpassagen deutlich wurde, immer auch spezifische Lösungsvorschläge von den Akteur*innen vorgetragen. Wie oben in Unterkapitel 5.1.2 bereits gezeigt, werden zwar durchaus – gleichwohl eher defensiv – ablehnende Haltungen von Hellersdorfer*innen bzw. Anwohner*innen gegen die Asylunterkunft thematisiert, diese jedoch überwiegend nicht als rassistisch gedeutet, sondern primär als Kompensation von Unwissen, Unzufriedenheit oder als Ausdruck von vielfältigen Sorgen und Ängsten angesehen. Diese Deutungen stecken bereits den Rahmen für die verschiedenen Konsequenzen bzw. Handlungsempfehlungen ab: Die grundlegende Strategie umfasst dabei das (weitere) Informieren der und die Kommunikation mit den Anwohner*innen. Darüber hinaus wird sich durch das Kennenlernen der *Flüchtlinge* seitens der Anwohner*innen eine Veränderung der Situation zugunsten der *Flüchtlingsunterkunft* versprochen.

Zunächst zum erstgenannten Aspekt, den der Bezirksbürgermeister* im Rahmen eines Fernsehinterviews mit TV Berlin am 17. Juli näher erläutert. Auf die Frage des Interviewers*, ob er weiter aufklären wolle, nachdem »die Rechtsextremen« auf der Informationsveranstaltung »Paroli geboten haben«, führt Komoß aus:

»Ganz genau so is=es. Ich glaube es wäre ja auch beschämend wenn man=äh durch eine gestörte Veranstaltung die Schlussfolgerung zieht, ein Bezirksamt informiert die Bürgerinnen und Bürger nicht mehr; und deshalb haben wir uns äh entschlossen, auch relativ kurzfristig entschlossen, äh den Dialog weiter zu suchen, das Gespräch weiter zu suchen, äh allerdings in einer Form wo wir dann tatsäch-

lich auch die Möglichkeit haben Rechtsextreme äh aus der Veranstaltung rauszuhalten, und unser Weg is, wir werden immer äh (.) bis zu 100 äh Anwohner einladen, äh und dann in einem denke ich vernünftigen Diskussionsprozess auch auf deren berechtigten Fragen eingehen können.« (Komoß 2013b, TC: 10:44-11:17)

Komoß geht hier davon aus, einen auf ausschließlich rationalen und sachlichen Argumenten fußenden, also »vernünftigen Diskussionsprozess« mit den Anwohner*innen führen zu können, um deren »berechtigte Fragen« zu beantworten. Damit wird eine schnelle, effektive und somit erfolgversprechende Maßnahme nahegelegt. Allerdings wird in zwei weiteren Passagen des Interviews zugleich deutlich, dass dies für Komoß womöglich doch einen – und ggf. längeren – Prozess bedeutet. Vom Interviewer* gefragt, ob derartige Informationsveranstaltungen bei den Bürger*innen Vertrauen schaffen würden, führt Komoß nämlich aus: »Ich glaube, jede Form des Versuchs äh ins Gespräch zu kommen mit den Bürgerinnen und Bürgern schafft letztlich ein bisschen Vertrauen« (ebd., TC: 09:22-09:28). Des Weiteren, darauf wurde bereits oben (siehe S. 86) hingewiesen, konstatiert Komoß, dass Veranstaltungsteilnehmer*innen den Informationen der Polizei zu Kriminalität und Sicherheit im Umfeld von Asylunterkünften kaum Glauben geschenkt hätten – ein Hinweis auf die Begrenztheit besagter Informationsvermittlung. Insofern zeigt Komoß hier durchaus eine Ambivalenz, gleichwohl er andere Vorschläge zum Umgang mit der Situation im Stadtteil nicht unterbreitet.

DIE LINKE Marzahn-Hellersdorf spricht sich ebenfalls für (weiteres) Informieren von Hellersdorfer*innen aus, wie sie am 10. Juli ausführt:

»DIE LINKE wird gemeinsam mit anderen demokratischen Parteien für eine Willkommenskultur in Marzahn-Hellersdorf werben. Wir werden helfen, aufzuklären und den Menschen, die jetzt unsere Hilfe brauchen, ein würdiges Leben in unserem Bezirk ermöglichen. [...]

Unser Ziel ist ein friedliches und nachbarschaftliches Zusammenleben aller Menschen im Kiez. Äußerungen von vermeintlichen Anwohnerinnen und Anwohnern, auch offen rassistische, haben deutlich gemacht, dass dafür noch viel Aufklärungsarbeit zu leisten ist.« (DIE LINKE 2013a)

In dieser Passage wird gleichermaßen von einem längeren Prozess ausgegangen, um das Klima im Bezirk zugunsten der Asyleinrichtung zu verändern, denn es sei noch »viel Aufklärungsarbeit« zu leisten. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang die Tätigkeit des Aufklärens, denn diese geht in eine gewünschte Richtung und ist entsprechend einseitig. Ein Hinweis darauf, dass es weniger um einen gemeinsamen Prozess mit den Anwohner*innen geht, sondern um deren Überzeugung durch bestimmte Argumente. Darauf verweist ebenso die Formulierung des Werbens für eine Willkommenskultur im Bezirk.

Ganz ähnlich plädiert das Sozialpädagogische Institut (SPI), Träger der bezirklichen Koordinierungsstelle für Demokratieentwicklung Polis, wenige Tage nach der Informationsveranstaltung in einer Pressemeldung für einen »sachlichen Dialog« (SPI 2013; Herv. gestr. J.H.)⁶⁹ mit

⁶⁹ Auch auf der Ebene des Berliner Senats wird eine Strategie des Informierens favorisiert. Sozialsenator* Mario Czaja sagt bspw. in einem Interview vom 14. Juli 2013: »Wir nehmen die[...] Sorgen und Ängste ernst und wollen mit umfassenden Informationen Vorbehalte abbauen.« (Czaja 2013b)

Anwohner*innen, um »menschenfeindlichen Einstellungen« entgegenzuwirken. Das SPI sieht dies allerdings nicht ausschließlich als spezifischen ›Hellersdorfer Weg‹, sondern vielmehr als zentrale berlinweite Strategie im Zusammenhang mit der Eröffnung von Asylunterkünften an, weil ablehnende Haltungen gegenüber *Flüchtlingen* in allen Stadtbezirken vorzufinden seien (vgl. ebd.). In diesem Sinne heißt es:

»Um menschenfeindlichen Einstellungen wirksam begegnen zu können, ist berlinweit eine Strategie notwendig, die einen sachlichen Dialog befürwortet sowie die Menschen vor Ort ernst nimmt und einbezieht. Dafür setzen sich das Mobile Beratungsteam (MBT) ›Ostkreuz‹ der Stiftung SPI und sein Teilprojekt Polis seit vielen Jahren ein.« (Ebd.; Herv. gestr. J.H.)

Was in diesem Kontext konkret ein Ernst-Nehmen der »Menschen vor Ort« bedeutet, bleibt unklar, auch wenn im weiteren Textverlauf von einem »wertschätzenden und konstruktiven Umgang mit Vielfalt, bürgerschaftlicher Teilhabe« und von einer »Kultur der Anerkennung« die Rede ist (ebd.). Dadurch aber bleibt der Vorschlag des SPI recht abstrakt und allgemein, so dass er sich letztlich kaum (noch) von dem unterscheidet, was Bezirksbürgermeister* und LINKE vorschlagen.

Schließlich betrachten ebenfalls Bündnis 90/Die Grünen das Informieren als einen wichtigen Teil weiteren Vorgehens, um damit Ängsten und Sorgen« der Bürger*innen entgegenzutreten zu können (Grüne MaHe 2013a). Sie sehen dabei das Bezirksamt und den Berliner Senat in der Verantwortung, entsprechende – allerdings nicht weiter spezifizierte – »Informationen sehr offensiv zu verbreiten« (ebd.).

Auf einer konkreten Handlungsebene wird die hier vorgetragene zentrale Strategie des Informierens durch einen Dialog mittels verschiedener Maßnahmen umgesetzt, wie bereits im Unterkapitel 4.4 ausgeführt. Zu nennen wären etwa die durchgeführten Dialogrunden mit den Anwohner*innen (siehe S. 70), ein von Polis erarbeitetes FAQ mit stets aktualisierten Fragen von Hellersdorfer*innen und Antworten, die als Informationsbroschüre dienen (siehe S. 70), sowie die Einrichtung eines an den bezirklichen Migrationssozialdienst angedockten Beratungsteams für Fragen von Hellersdorfer*innen bzw. mögliche Konflikte in Bezug auf die Asylunterkunft einige Monate später (siehe S. 73). Die Bedeutsamkeit des Informierens bzw. Aufklärens verdeutlicht schließlich nochmals der Leiter* von Polis in einer Fernseh-Diskussionsrunde vom 9. Oktober folgendermaßen:

»Aufklärung tut auf jeden Fall not [...]. Wenn man den Leuten Informationen an die Hand gibt und das versuchen wir dann bricht bei vielen auch äh die Argumentationskette zusammen, für den Fall dass sie rechts orientiert sind, oder aber man kann den Leuten dadurch auch Ängste bzw. Vorbehalte nehmen wenn man sagt was ist dein Problem, wir kümmern uns darum; da gibts [sic] Ordnungsamt, wenn irgendwas [sic] Ordnungsangelegenheiten schief läuft, die Polizei schreitet ein für den Fall dass (.) äh Straftaten passieren sollten, äh es gibt n Schulamt, es gibt n Jugendamt und Sozialamt und so weiter« (Bryant 2013, TC: 30:51-31: 58).

Das Themenfeld Rechtsextremismus spielt in diesem Zusammenhang insgesamt kaum eine Rolle, was mit der dominanten Deutung eines gefestigten demokratischen Bezirks und der weitestgehenden Externalisierung von Rechtsextremismus korrespondiert. Die Grünen Marzahn-Hellersdorf sind, wie bereits erwähnt (siehe S. 88), die einzigen parteipolitischen Akteur*innen, die Rechtsextremismus i.w.S. problematisieren. In diesem Sinne fordern sie unmissverständlich eine Umsetzung von Erkenntnissen der Kommunalanalyse »Rechtsextremismus und demokratiegefährdende Phänomene« (Grüne MaHe 2013a) als zentrale Aufgabe seitens der Bezirksregierung. Aus der im Jahre 2003 veröffentlichten Studie (vgl. Dorn/Meyer/Pilz/Sischka/Blanke/Borstel/Otto 2013) wird wie folgt zitiert:

»Hier muss kritisiert werden, dass es trotz intensiver Bemühungen von zivilgesellschaftlicher Seite und umfangreicher Zuarbeit der genannten Fachinstitutionen (MBT/Netzwerkstelle) noch immer kein bezirkliches Konzept zur Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus im Bezirk gibt« (ebd., 225.; zit. nach Grüne MaHe 2013a).

Damit wird unmissverständlich die Bezirksregierung kritisiert, zu wenig gegen Rechtsextremismus zu tun bzw. in der Vergangenheit dagegen getan zu haben. Zudem ist bemerkenswert, dass – gleichwohl in dem Text an anderer Stelle auch von Rassismus die Rede ist – das zentrale Problem im Rechtsextremismus gesehen wird, wodurch Rassismus diesem Phänomen subsumiert und in seiner Vielfältigkeit und eigenständigen Dimension eingeengt wird.

Der Bezirksbürgermeister* thematisiert Rechtsextremismus ausschließlich am Rande. In dem bereits zitierten Interview vom 17. Juli formuliert Komoß in Bezug auf die Berliner Landesregierung entsprechenden Unterstützungsbedarf:

»[...] vor allem geht es uns [...] um die (.) äh Unterstützung gegenüber (.) äh den Rechtsextremen, und der Bekämpfung der Rechtsextremen, es geht uns um Unterstützung; wenn wir die Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern aufbauen« (Komoß 2013c, TC: 06:32-06:43).

Deutlich wird im weiteren Verlauf des Interviews, dass Komoß damit, im Gegensatz zu den Grünen, allerdings nicht auf ein bezirkliches Gesamtkonzept gegen Rechtsextremismus o.Ä. anspielt (zumindest erwähnt er dieses nicht und stellt auch keine Überlegungen in dieser Hinsicht an), sondern Rechtsextremismus primär mit Sicherheitsproblemen hinsichtlich der Asylunterkunft in einen Zusammenhang bringt. Komoß führt dementsprechend Folgendes aus:

»[I]ch glaube man muss sich schon darauf einstellen, äh dass nach dieser (.) massiven personellen (.) äh Präsenz der Rechtsextremen, tatsächlich auch weitere Vorfälle zu befürchten sind, äh da sind wa aber im engen Austausch mit der Polizei, auch der äh Träger selber des Heims hat äh einen Sicherheitsdienst den er auch nochmal verstärkt hat, also da werden äh glaube ich schon von Seiten der für Sicherheit verantwortlichen äh Einrichtungen bei uns=sehr große Anstrengungen unternommen, äh damit man dort auch äh als Flüchtling der das Heim dann äh belegt oder besucht und bewohnt, äh entsprechend n gutes Gefühl haben kann.« (Ebd., TC: 07:16-07:49)

Vor dem Hintergrund der dargestellten Konsequenzen und Lösungsvorschläge ist die zentrale Strategie des weiteren Informierens und Aufklärens i.S. eines dialogischen Verfahrens in folgenden Aspekten aus einer rassismuskritischen Perspektive zu problematisieren: Gleichwohl Dialog und Informieren im Allgemeinen sicherlich nicht zu kritisieren sind, ist die dahinter liegende grundlegende Annahme problematisch. Diese besagt nämlich, dass ablehnende – und folglich auch rassistische – Einstellungen gegenüber *Flüchtlingen* bzw. der *Flüchtlingsunterkunft* primär durch Informieren und durch ›Aufklärung‹ abgebaut werden können. Jene Einstellungen werden dadurch jedoch ausschließlich auf einer individuellen Ebene als zu verändernde, teils ebenso als defizitäre (›falsche‹ Vorstellungen von der *Flüchtlingsunterkunft*, ›mangelndes‹ Wissen etc.) angesehen. Auf diese Weise werden diese Einstellungen aber primär nicht als rassistische gedeutet, noch werden sie als mögliche (gefestigte) politische anerkannt und ernst genommen. Durch die damit einhergehende Konzentration auf die Bürger*innen wird die gesellschaftliche Vermitteltheit von Rassismus in seinen vielfältigen Dimensionen (siehe Unterkapitel 1.2) schließlich ausgeblendet. Gesellschaftliche Konsequenzen bleiben folglich marginal.

Lediglich die Grünen und die Rektorin* der Alice Salomon Hochschule, Theda Borde, beziehen sich in ihren Forderungen bzw. Kritikpunkten auch auf eine gesellschaftliche Ebene. So fordern Erstere ein Konzept gegen Rechtsextremismus – ohne dass darin jedoch näher auf Rassismus eingegangen wird. Und Theda Borde thematisiert neben der bereits gezeigten strukturellen Kritik an der zentralen Unterbringung von *Flüchtlingen* (siehe S. 104) in einem Interview die mangelnde interkulturelle Öffnung von Behörden im Stadtteil: »Bei der Verwaltung sitzt das Denken von ›Wir und die anderen‹ fest« (Borde 2013). Dies ist zumindest ein Hinweis in Richtung institutioneller Veränderungen. In diesem Sinne stellt möglicherweise auch die von Borde angestrebte Öffnung der Hochschule für Bewohner*innen der Asylunterkunft einen Beitrag dazu dar (siehe S. 74).

In der Auseinandersetzung um die Asylunterkunft wird noch ein weiterer Aspekt hervorgehoben: die Bedeutsamkeit des Kennenlernens der *Flüchtlinge* durch die Hellersdorfer*innen. Die dahinterstehende, nicht zuletzt in (praktisch-)pädagogischen Kontexten recht verbreitete Annahme besteht darin, dass sich Menschen ›verschiedener Kulturen‹ kennenlernen müssten, um gegenseitige Vorurteile abbauen zu können. In der wissenschaftlichen Literatur wird diese, auf den US-amerikanischen Psychologen* Gordon W. Allport zurückgehende (vgl. Allport 1971) Annahme als Kontakthypothese bezeichnet sowie entsprechend diskutiert und spezifiziert (vgl. etwa Christ/Wagner 2006). Der Kontakthypothese liegt die Annahme von zwei (oder mehreren), i.d.R. als Nationalkultur verstandenen, mehr oder minder statischen und abgrenzbaren ›Welten‹ zugrunde. Deshalb handelt es sich hierbei aus einer rassismuskritischen Sicht um eine höchst problematische Annahme, zumal die ›andere Kultur‹ bereits als homogene vorausgesetzt wird, wodurch die ›Anderen‹ in ihrer ›Andersheit‹ jedoch erst hervorgebracht und auf ihre ›andere Kultur‹ festgelegt werden. Insofern wird Differenz durch diese Annahme – und etwa durch pädagogisch-praktische Umsetzungen – wiederum re_produziert (vgl. dazu kritisch Kalpaka 1992, 135ff.). Als problematisch ist mit Annita Kalpaka zudem zu konstatieren, dass

ein derartiger Ansatz impliziert, die Ursache für »Rassismus womöglich in dem ›Anderssein‹ und den Verhaltensweisen dieser Anderen zu suchen« (ebd., 136). Das heißt, Rassismus wird an die Anwesenheit der ›Anderen‹ gekoppelt und diese dafür, wenn auch implizit, verantwortlich gemacht. Schließlich wird Rassismus im Rahmen der Kontakthypothese lediglich als Vorurteil, d.h. nicht als gesellschaftliches Machtverhältnis verstanden, so dass Rassismus individualisiert bzw. auf der Ebene von einzelnen Gruppen konzeptionalisiert und verhandelt wird.

Besagte Kontakthypothese wird in den hier untersuchten Texten an verschiedenen Stellen teils explizit, teils eher implizit reproduziert. So führt Stefan Komoß in dem oben bereits zitierten Interview (siehe S. 110) vor dem Hintergrund der Informationsveranstaltung vom 9. Juli und ablehnenden Haltungen gegenüber *Flüchtlingen* im Stadtteil bspw. Folgendes aus:

»[I]ch hätte schon die Hoffnung äh dass es bei uns ähnlich laufen kann wie in den anderen Bezirken, mit dem Einzug der ersten Flüchtlinge äh ergibt sich ne andre Situation, äh da kann man menschliche Kontakte herstellen beziehungsweise das Herstellen der Kontakte unterstützen, und dann äh LEGT sich so manche Beunruhigung.« (Komoß 2013c, TC: 08:54-09:11)

Allein durch den gegenseitigen Kontakt mit den *Flüchtlingen* wird eine positive Veränderung der Einstellung einiger Anwohner*innen erwartet, ohne dass deutlich wird, was währenddessen eigentlich konkret passiert. Bemerkenswert ist, dass die Kontakte einseitig gedacht werden, denn erklärtes Ziel von Komoß ist in erster Linie die ›Beruhigung‹ der Situation im Stadtteil, d.h. die Veränderung der ablehnenden Einstellungen von Anwohner*innen gegenüber den Unterkunftsbewohner*innen. Die Einstellungen Letzterer gegenüber den Anwohner*innen werden in diesem Zusammenhang allerdings gar nicht thematisiert. Mit dieser einseitigen Ausrichtung geht es jedoch nicht um die *Flüchtlinge* und deren Bedürfnisse, die möglicherweise nicht allesamt ›Kontakt‹ mit den Anwohner*innen wünschen und/oder ganz spezifische Fragen, Wünsche und Bedürfnisse haben, sondern ausschließlich um das ›Problem‹ der Anwohner*innen und deren ablehnende Einstellungen gegenüber den Bewohner*innen. Diese Einseitigkeit macht die *Flüchtlinge* dann zu einem Objekt des Kennenlernens, wodurch diese passiviert werden, weil sie einem ganz bestimmten Zweck dienen sollen.

In eine ganz ähnliche Richtung wie Komoß zielt Franz Allert, Präsident* des Berliner Landesamtes für Gesundheit und Soziales (LaGeSo), im Rahmen der Informationsveranstaltung mit folgender Aufforderung an die Teilnehmer*innen:

»[I]ch kann nur auch jeden (.) einladen sich mal damit auseinanderzusetzen mal in eine Einrichtung zu gehen, sich auch mal die Nöte dieser Menschen die gerne auch sozusagen in Ruhe gelassen woll=werden wollen und froh sind dass sie ein Obdach haben, sich mit denen einfach mal in Verbindung zu setzen, die Einzelfälle, die sind nämlich immer sehr sehr beeindruckend.« (Bezirksamt 2013f, TC: 27:57-28:19)

Scheinbar widersprüchlich erscheint auf der einen Seite der werbende Appell an die Marzahn-Hellersdorfer*innen, Kontakt zu *Flüchtlingen* aufzunehmen und in eine Asyleinrichtung zu gehen, gegenüber der Annahme auf der anderen Seite, dass *Flüchtlinge* »gerne [...] in Ruhe gelassen« werden wollen. Neben der auch hier deutlich werdenden passivierenden Darstellung

von *Flüchtlingen* implizieren diese Ausführungen – wie die von Komsoß – eine Einseitigkeit des Kennenlernens bzw. Kontaktaufnehmens: Anwohner*innen werden ermuntert, in die Unterkunft zu gehen, nicht aber umgekehrt *Flüchtlinge* zu den Anwohner*innen. Des Weiteren werden die *Flüchtlinge* und ihre ›Geschichten‹ als »sehr beeindruckend« bezeichnet, was die Hellersdorfer*innen dazu motivieren soll, mit ihnen in Kontakt zu treten. Problematisch ist an dieser Konstruktion, dass *Flüchtlinge* als das ›Andere‹ – zugespitzt formuliert –, als das zu Entdeckende, ›Interessante‹, vielleicht sogar ›Exotische‹ konstruiert werden. Damit aber wird eine Differenz zwischen ihnen sowie den Anwohner*innen hergestellt, die – so Allerts Intention – letztlich doch abgebaut werden soll. Auf diese Art und Weise könnte sich der gegenseitige Kontakt allerdings paradoxerweise ebenso gut in das Gegenteil verkehren und die ablehnenden Einstellungen von Anwohner*innen gegenüber *Flüchtlingen* (weiter) verfestigen, weil sie nicht zuletzt genau darin wiederum bestätigt werden.⁷⁰

Auch der evangelische Pfarrer*, Hartmut Wittig, hebt das gegenseitige Kennenlernen in einem Interview vom 22. August hervor. Auf die Frage, was die Kirchengemeinde angesichts der Situation um die Auseinandersetzung der Asylunterkunft tun könne, sagt er:

»Wir können diese Arbeit nur im Kleinen anfangen. Das Laute und das Schlimme ist ja einfach erreicht mit Plakaten und Lärm. Aber Verständnis zu erlangen und ein gegenseitiges Kennenlernen dauert sehr lange. Das muss gut vorbereitet sein, und dabei sind wir als Kirchengemeinde momentan. Da arbeiten wir zusammen am Netzwerktisch ›Für Menschen in Hellersdorf in Not‹. [...] Wir versuchen jetzt ein nachbarschaftliches Kennenlernen in Gruppen zu organisieren, und da sind wir auch schon im Kontakt mit der Heimleitung.« (Wittig 2013a)

Wittig deutet hier an, dass das gegenseitige Kennenlernen einen Prozess und keinen Selbstläufer bedeutet. In der Textpassage werden die Proteste um die Asylunterkunft des Weiteren als das »Laute und das Schlimme« bezeichnet. Gleichwohl mit der Formulierung unklar bleibt, welche Akteur*innen Wittig damit meint, wird eine durchaus politische Dimension der Auseinandersetzung um die Unterkunft zumindest kritisiert und ein möglicher Umgang damit im besagten gegenseitigen Kennenlernen von Anwohner*innen und Bewohner*innen gesehen.⁷¹

Schließlich wird der Topos gegenseitigen Kennenlernens ebenso in den Ausführungen der Initiative Hellersdorf hilft in einem Brief an die Bewohner*innen der Unterkunft vom 8. September deutlich:

»Aus anderen Fällen, in denen Anwohner zunächst Angst vor neu entstandenen Asylbewerberheimen hatten[,] wissen wir aber, dass die Ängste sehr schnell verflogen waren und gemeinsames Leben in den Bezirken zustande gekommen ist, sobald erste Begegnungen stattgefunden haben« zwischen Anwohner*innen und Bewohner*innen (Hellersdorf hilft 2013c).

⁷⁰ In diesem Sinne fragt Kalpaka (1992, 147) hinsichtlich sog. interkultureller Begegnungen kritisch: »[W]as ist, wenn die Begegnung zu negativen Erfahrungen führt?«

⁷¹ Um Missverständnissen vorzubeugen, weise ich darauf hin, dass das gegenseitige Kennenlernen hier nicht empirisch untersucht wird, sondern dass es ausschließlich um den entsprechenden Topos sowie dessen problematische Implikationen geht.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass – mit Ausnahme der Hinweise von Grünen sowie The-da Borde – die hier von den verschiedenen Akteur*innen dargestellten und teils umgesetzten Lösungs- bzw. Umgangsstrategien allesamt nicht auf eine Veränderung – oder etwas defensiver formuliert: Thematisierung und Reflexion – gesellschaftlicher Dimensionen bzw. Strukturen zielen. In diesem Sinne werden bspw. keine konzeptionellen Forderungen erhoben, sich auf verschiedenen Ebenen mit Rassismus innerhalb des Bezirks (oder aber der Gesellschaft) auseinanderzusetzen. Wie ausgeführt, fordern ausschließlich die Grünen, ein bezirkliches Konzept gegen Rechtsextremismus zu entwickeln, wobei Rassismus wiederum nicht explizit erwähnt wird. Anhand der – auch zeitlich gesehen – verschiedenen ausgewählten Passagen wurde des Weiteren deutlich, dass die Umgangsstrategien nicht nur den Beginn der Auseinandersetzung um die Asylunterkunft, sondern in gleicher Weise den weiteren Verlauf im Spätsommer/Herbst desselben Jahres dominieren und nicht zuletzt in entsprechende Handlungen seitens des Bezirks münden. Insgesamt ist zu konstatieren, dass allerdings das Ausblenden gesellschaftlicher Strukturen auf die zentralen Aspekte der Situations-/Problemdeutung verweist, die bereits in den Unterkapiteln 5.1.1, 5.1.2, 5.1.3 detailliert herausgearbeitet wurden. Damit sind die Deutungen des Konflikts um die Asylunterkunft als auch daraus abgeleitete Interventionen überwiegend entpolitisiert und dethematisieren die Phänomene Rassismus sowie Rechtsextremismus.

5.2 Auseinandersetzung zwischen ›Rechts-‹ und ›Linksextremist*innen‹

In einigen Textpassagen wird die Auseinandersetzung um die Asylunterkunft als ein Konflikt zwischen ›Rechts-‹ und ›Linksextremist*innen‹ angesehen. Gleichwohl diese Deutung keineswegs dominant in der Auseinandersetzung um die Asylunterkunft ist, sollen im Folgenden dennoch entsprechende Passagen aufgezeigt werden, weil dieses Deutungsmuster ebenfalls zu einer Entpolitisierung des Konflikts um die Asylunterkunft beiträgt.

Bereits einen Tag nach der Informationsveranstaltung äußert sich Stefan Komoß in einem Taz-Interview wie folgt:

»Aus der geplanten Informationsveranstaltung für die Anwohner wurde eine Veranstaltung, bei der sich verschiedene politische Gruppierungen geäußert haben – sowohl aus dem Kreise rechtsextremer Organisationen als auch der Antifa-Bewegung. Die einen riefen ›Nein zum Heim‹, die anderen ›Nazis raus‹. Das hat eine sachliche Diskussion sehr erschwert.« (Komoß 2013a)

Und ganz ähnlich führt auch Sven Kohlmeier, SPD-Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses für die Marzahn-Hellersdorfer Ortsteile Kaulsdorf, Kaulsdorf-Nord und Hellersdorf-Süd, in den Tagen nach der Informationsveranstaltung auf seiner Homepage aus:⁷²

»Unter Führung des Berliner NPD-Vorsitzenden wurde von angereisten Rechten lautstark ›Gegen das Heim‹ skandiert. Dies rief die lautstarken ›Nazi-Raus‹-Rufe

⁷² Das genaue Datum ist auf der Homepage nicht angegeben.

der angereisten Antifa hervor. Die Vertreter auf dem Podium kamen [sic] nur schwer zu Wort.« (Kohlmeier 2013)

In beiden Passagen wird die Informationsveranstaltung als Plattform für das Agitieren rechter Akteur*innen sowie der »Antifa-Bewegung« angesehen. Beide ›Gruppierungen‹ hätten damit den Diskussions- bzw. Informationscharakter der Veranstaltung »sehr erschwert«. Komoß grenzt sich sowie die ›weiteren‹ Veranstaltungsteilnehmer*innen folglich nicht nur gegen die rechten Akteur*innen, sondern auch gegen die linken dezidiert ab. Dadurch aber erscheint er bzw. das Podium sowie die Veranstaltungsteilnehmer*innen ausschließlich als sachlich Diskutierende über die Eröffnung der Asylunterkunft. Im Sinne der Analogie zur sog. Extremismustheorie, die extrem rechte Akteur*innen und extrem linke als »Gegner der bestehenden politischen bzw. Staatsordnung« (Butterwegge 2000, 19) ansieht, werden hier beide ›Gruppierungen‹ in Gegnerschaft zum demokratisch agierenden Podium und den ›anderen‹ Veranstaltungsteilnehmer*innen gesetzt. Wie auch die sog. Extremismustheorie »vom gesellschaftlichen Machtzentrum und von seiner Verantwortung für die politische Entwicklung eines Landes« (ebd., 19) ablenkt, kann hier analog konstatiert werden, dass zumindest eine (Mit-)Verantwortung der Veranstaltungsleitung am Verlauf der Informationsveranstaltung keineswegs thematisiert wird. Vielmehr stellen die dafür entsprechend verantwortlich gemachten ›Gruppen‹ neben den rechten Akteur*innen (siehe Unterkapitel 5.1.1) nun ebenfalls die linken dar. Zu dieser Konstruktion passt dann (wiederum) die Vorstellung der ›anderen‹ Veranstaltungsteilnehmer*innen – und damit gleichermaßen der Hellersdorfer*innen – als demokratisch agierende (siehe Unterkapitel 5.1.3).

Vor dem Hintergrund, dass rechte Akteur*innen auf der Veranstaltung dezidiert gegen die Asylunterkunft agitiert haben, werden des Weiteren fundamentale inhaltliche Divergenzen zwischen beiden Akteur*innengruppen durch eine derartige Situationsdeutung konsequent ignoriert. Dies ist insofern bemerkenswert, als sich antifaschistische und antirassistische Akteur*innen im Rahmen der Informationsveranstaltung sowie innerhalb der weiteren Auseinandersetzung, wie noch zu zeigen sein wird (siehe Kapitel 6), keineswegs grundsätzlich gegen die Asylunterkunft aussprechen und damit nicht zuletzt die Intention des LaGeSo und des Bezirks unterstützen. Allerdings ist zu konstatieren, dass bspw. der Bezirksbürgermeister* in weiteren Interviews nach der Informationsveranstaltung (vgl. etwa Komoß 2013b, c, d) das Deutungsmuster eines Rechts-links-Konflikts nicht wieder bemüht – ebenso gibt es keine Hinweise, dass sich darauf explizit Vertreter*innen der Parteien SPD, DIE LINKE, Grüne und Piraten oder das Bezirksamt beziehen.

Im weiteren Verlauf der Auseinandersetzung um die Asylunterkunft wird jenes Deutungsmuster auch, gleichwohl nur indirekt, vom Pfarrer* der evangelischen Gemeinde Hellersdorfs bemüht. In einem Interview mit dem Domradio vom 22. August stellt Wittig die Situation um die Asylunterkunft wie folgt dar:

»Das Schwierige ist, dass verschiedene Gruppen dort [um die Asylunterkunft; J.H.] die Gelegenheit nutzen, sich zu präsentieren und das auch sehr laut tun. Das ver-

schreckt die Bewohner sehr. Hellersdorf ist ja im Grunde genommen eine Schlafstadt. [...] [E]s sind nicht die Asylbewerber und Flüchtlinge, sondern die Protestierer, die da Lärm machen.« (Wittig 2013a)

Anwohner*innen werden hier als negativ Betroffene der Auseinandersetzung »verschiedene[r] Gruppen« angesehen. Zwar werden besagte »Gruppen« – auch im weiteren Verlauf des Interviews – nicht näher benannt, allerdings liegt es nahe, darunter zumindest Gegner*innen und Befürworter*innen der Asylunterkunft zu verstehen. Diese werden wiederum in einen Gegensatz zu den Anwohner*innen gesetzt, so dass es sich um entsprechende politische »Gruppierungen« handelt, auf die Wittig hier verweist. Wie bereits in den obigen Zitaten von Komoß und Kohlmeier differenziert Wittig hier in gleicher Weise nicht weiter zwischen grundlegend verschiedenen politischen Akteur*innen, so dass in der Passage im Allgemeinen der Eindruck protestierender, lärmender und den Stadtteil und seine Anwohner*innen störender »Gruppen« vermittelt wird, die damit insgesamt maßgeblich für die Auseinandersetzung um die Asylunterkunft verantwortlich gemacht werden. Dagegen wird dann die Parteipolitik – analog zu den obigen Ausführungen hinsichtlich der Informationsveranstaltung – als aktiv agierend beschrieben, deren Vermittlungsarbeit durch die Zuspitzung der Auseinandersetzung nicht erleichtert wird:

»[D]ie Kommunalpolitiker [nehmen; J.H.] tapfer wahr, was hier passiert [...]. Die Politiker führen mit den Anwohnern Gespräche in kleinen Gruppen fernab der Öffentlichkeit. Aber sie werden auch von allen Seiten beschimpft.« (Ebd.)

Deutlich wird hier, dass die »Öffentlichkeit« nicht der »eigentliche« Ort ist, an dem der Konflikt von der Politik moderiert werden kann, sondern nur durch jene Gespräche mit kleinen Anwohner*innengruppen. Damit aber wird auf einer weiteren Ebene vermittelt, dass die öffentlich sichtbaren Auseinandersetzungen um die Asylunterkunft im Grunde als sekundär anzusehen sind und es sich – zugespitzt formuliert – eher um sog. »Stellvertreter-Konflikte« zweier politischer »Lager« handelt, d.h. um einen sog. Rechts-links-Konflikt, bei dem der konkrete Inhalt – die Eröffnung der Asylunterkunft – schließlich für »andere« Themen genutzt wird.

5.3 Kleiner Exkurs: Antiquierte Bilder über rechte Akteur*innen

In nahezu allen Texten, die die Geschehnisse auf oder im Zusammenhang mit der Informationsveranstaltung thematisieren, werden – das wurde bereits in einigen Textpassagen recht deutlich – immer auch Bilder über die rechten Akteur*innen vermittelt. Diese werden wahlweise als Rechtsextreme, Neonazis, Vertreter*innen der NPD, rechtsradikale oder neonazistische Gruppierungen bzw. Funktionäre bezeichnet. Es wurde oben (siehe Unterkapitel 5.1.1) gezeigt, dass jene Akteur*innen dabei als sehr strategisch und geschickt agierend beschrieben sowie konsequent in einen Gegensatz zu den Hellersdorfer*innen gesetzt werden. Allerdings wird sich in einigen Textpassagen ebenso klischeehafter und überkommener Bilder bedient,⁷³ was

⁷³ Damit ist vor allem die Ausblendung vielfältiger sowie ausdifferenzierter Erscheinungsformen der extremen Rechten gemeint.

im Folgenden anhand von Textpassagen des Bezirksbürgermeisters* näher betrachtet werden soll.

Komoß antwortet in einem Interview vom 10. Juli auf die Frage des Interviewers*, ob es im Vorfeld der Informationsveranstaltung nicht genügend Expert*innen gegeben hätte, die dem Bezirk bei deren Planung und Durchführung hätten helfen können, Folgendes:

»Wir hatten im Vorfeld durchaus gute Unterstützung, auch eine Handreichung der MBR [Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus; J.H.]. Die Rechtsextremen haben aber offenbar eine neue Strategie gefahren und Frauen ans Mikrofon geschickt. Die waren nicht wirklich als Rechte zu erkennen, bevor sie sich geäußert haben.«
(Komoß 2013a)

An der Interviewpassage sind mindestens drei Aspekte bemerkenswert: Erstens werden die »Rechtsextremen« ausschließlich über ihre äußere Erscheinung definiert – seien dies bspw. Kleidung, Szene-Codes, entsprechende Symbole oder aber andere Äußerlichkeiten. Die zentrale Botschaft lautet hierbei, dass »Rechtsextreme« jeweils daran zu erkennen sind. Von der äußeren Erscheinung kann folglich auf die politische Gesinnung geschlossen werden. Die äußere Erscheinung wird nun (zweitens) mit dem Geschlechterverhältnis gekoppelt, womit bestimmte Annahmen der Rolle und Funktion von Frauen* in der ›rechten Szene‹ virulent werden (s.u.). Dieser Aspekt hängt im Prinzip ebenfalls mit ›Äußerlichkeit‹ bzw. Sichtbarkeit zusammen, werden Menschen im Allgemeinen nach der dichotomisch strukturierten Geschlechterordnung gesellschaftlich wahrgenommen. Schließlich wird in diesem Zusammenhang drittens deutlich, dass die »Rechtsextremen« eine »neue Strategie« – eine Art Tarnstrategie – umgesetzt hätten, indem »Frauen ans Mikrofon geschickt« wurden. – Insgesamt wird mit diesen Ausführungen zunächst nahegelegt, dass es eine *eindeutige* Erscheinungsform von »Rechtsextremen« gibt. Diese Annahme erinnert stark an die immer noch von vielen Medien – ebenso mitunter in der Fachliteratur vorkommend (vgl. etwa Dierbach 2010) – reproduzierten stereotypen Re-Präsentationen von jungen, männlichen, kahlköpfigen, Springerstiefel und Bomberjacken tragenden Rechtsextremen, wenn etwa rechte Gewalt bzw. Rechtsextremismus im Allgemeinen thematisiert wird.⁷⁴ Dass die ›rechte Szene‹ – so diese Bezeichnung überhaupt sinnvoll ist, suggeriert sie doch eine gewisse Einheitlichkeit – sich allerdings als sehr ausdifferenziert darstellt, wird bereits seit Längerem in der einschlägigen Fachliteratur erörtert (vgl. etwa Klärner/Kohlstruck 2006, 31ff.).

Entsprechend dem Bild des ›männlichen Rechtsextremen‹ fällt in obiger Passage des Weiteren auf, dass von den »Rechtsextremen« die Rede ist, die »Frauen ans Mikrofon geschickt« hätten. Damit legt diese Passage ein traditionelles Geschlechterarrangement nahe, in dem die Männer* – die dadurch als aktiv handelnd konstruiert werden – die Frauen*, die zunächst eher

⁷⁴ Um an dieser Stelle nur zwei Beispiele zu nennen: Der Spiegel veröffentlichte am 29.6.2015 unter der Überschrift »Doppelt so viele Opfer rechtsextremer Gewalt wie angenommen« ein Foto, auf dem zwei kahlköpfige junge Männer von hinten zu sehen sind (Spiegel 2015). Auch das Buchcover des 2009 erschienenen Buches von Peter Glaninger »Rassismus und Rechtsextremismus« (Glaninger 2009), auf dem eine stehende Person abgebildet ist, von der jedoch nur die Springerstiefel (mit weißen Schnürsenkeln) zu sehen sind, entspricht diesem Klischee.

passive Protagonistinnen* der Szenerie sind und sich nicht selbst(-bewusst) entscheiden, an das Mikrofon zu gehen, vorschicken. Die Frauen* werden auf diese Art und Weise gewissermaßen als unpolitisch angesehen, denn sie sind lediglich Trägerinnen* der politischen Ideologie der Männer*. Diese Darstellung impliziert folglich eine marginale Rolle von Frauen* in der rechten Szene. Dass auch diese äußerst stereotypen Geschlechter-Konstruktionen wenig mit der Realität zu tun haben, wird ebenso in der entsprechenden Fachliteratur diskutiert (vgl. exemplarisch etwa Rommelspacher 2001; Röpke 2011).

Bemerkenswert im Kontext der zitierten Textpassagen ist ferner, dass – obwohl das eine Interview (Komoß 2013b) immerhin ca. 20 Minuten dauerte, also dafür durchaus Zeit gewesen wäre – letztlich die politischen Positionen, die mit derartigen Etiketten wie »Rechtsextreme«, Neonazis o.Ä. vielleicht zu kennen geglaubt werden, im Grunde gar nicht thematisiert werden. Zumindest wird das rassistische, nationalistische und sozialdarwinistische Weltbild nicht eigens diskutiert, was in gleicher Weise viele andere Texte von Hellersdorfer Akteur*innen betrifft. Der Eindruck, der dabei teilweise entsteht, ist der, dass sich eine Auseinandersetzung mit den politischen Positionen nicht lohnt, weil diese kaum zeitgemäße Vorstellungen beinhalten.

5.4 Fazit aus rassismuskritischer Perspektive

Wie anhand der vorangegangenen Unterkapitel gezeigt wurde, wird Rassismus im Konflikt um die Asylunterkunft auf verschiedene Art und Weise weitestgehend von den in diesem Kapitel fokussierten Akteur*innen dethematisiert. Dies geschieht – sehr komprimiert dargestellt – auf folgende Art und Weise:

- Rassismus wird primär den rechten Akteur*innen zugeschrieben, wodurch dieser zugleich in den Rechtsextremismus hineinverlagert wird. Durch die fundamentale Gegenüberstellung von einerseits rechten Akteur*innen und andererseits einem demokratisch konstruierten Bezirk Marzahn-Hellersdorf samt dessen Einwohner*innen wird Rassismus nicht als konstitutiv für den Stadtbezirk (und damit gleichermaßen gesamtgesellschaftlich) angesehen. Selbiges gilt ebenso für die Deutung der Auseinandersetzung i.S. eines Rechts-links-Konflikts.
- Ablehnende Haltungen gegenüber der Asylunterkunft von Anwohner*innen und Hellersdorfer*innen, die auf Verstrickungen in rassistische Zuschreibungen natio-ethno-kulturell ›Anderer‹ hinweisen, werden weitestgehend als individuelle Kompensationen von deren Fragen, aber auch Ängsten und Sorgen hinsichtlich der Asylunterkunft angesehen, nicht aber als rassistische. (Weitere Begründungen beziehen sich vor diesem Hintergrund auf die deprivilegierte sozioökonomische Situation o.Ä. der Hellersdorfer*innen und eine damit teils zusammenhängende autoritäre Entscheidung der Politik, die Asylunterkunft zu eröffnen, sowie auf die menschenunwürdige Unterbringung in einer Sammelunterkunft.)
- Werden die Unterkunft ablehnende oder aber explizit rassistische Zuschreibungen von Anwohner*innen bzw. Hellersdorfer*innen gegenüber *Flüchtlingen* (direkt) thematisiert,

dann bleiben diese größtenteils recht vage und allgemein. Mitunter werden diese ebenso normalisiert bzw. relativiert in dem Sinne, dass sie gerade nicht als Herausforderung und als Ausdruck rassistischer Strukturen (in Hellersdorf) angesehen werden. Eine Ausnahme stellen hierbei jedoch die Ausführungen einer Hellersdorferin* dar, die den Anwohner*innen dezidiert rassistisches Agieren zuschreibt.

- Indem die geforderten Konsequenzen sich weitestgehend – mit Ausnahme der Ausführungen der Grünen und Theda Borde – auf die Anwohner*innen (Stichwort Information und Dialog) konzentrieren, wird zwar indirekt konzediert, dass sich Anwohner*innen ggf. rassistisch äußern, zumindest aber Vorbehalte gegen die Asylunterkunft haben. Allerdings werden diese nicht in gesamtgesellschaftlichen Zusammenhängen betrachtet, sondern als individuell zu verändernde. Auch in diesem Zusammenhang wird Rassismus individualisiert.
- Schließlich finden keine reflexiven Formen ›eigenen‹ Involviertseins in rassistische Verhältnisse statt. Dadurch werden entsprechende Verantwortlichkeiten für die Geschehnisse in Hellersdorf an jeweils andere delegiert: sei es an die rechten Akteur*innen oder aber auch an die Lokalpolitik.
- Damit aber wird der Konflikt um die Asylunterkunft überwiegend entpolitisiert, denn gesellschaftliche Konsequenzen, die sich auf eine grundlegende Auseinandersetzung mit dem Phänomen Rassismus beziehen, werden weitestgehend gerade nicht gezogen.

6 Benennung von Rassismus – primär in Form von Bedrohung und Gewalt

Während im vorangegangenen Kapitel 5 Texte parteipolitischer Hellersdorfer (mit Ausnahme der NPD) sowie einiger zivilgesellschaftlicher Akteur*innen im Fokus der Analyse standen, werden in diesem Kapitel Texte von sich antirassistisch und antifaschistisch verstehenden – in erster Linie Hellersdorfer⁷⁵ – Akteur*innen und vom Berliner Flüchtlingsrat betrachtet. Gezeigt werden soll dabei, dass im Gegensatz zu den Ausführungen im vorigen Kapitel die genannten Akteur*innen Rassismus durchaus benennen und thematisieren. Gleichzeitig aber bringen sie Rassismus primär mit manifester Gewalt rechter Akteur*innen und gegen die Asylunterkunft agierenden Anwohner*innen in Verbindung, wobei der (Bezirks-)Politik in diesem Zusammenhang eine entsprechende Mitverantwortung zugeschrieben wird.

6.1 Deutungen von (Schlüssel-)Ereignissen

6.1.1 Emotionaler Bürger*innen-Mob und strategische rechte Akteur*innen

In den bisher dargelegten Textpassagen wurden die Anwohner*innen bzw. Hellersdorfer*innen sowie der Bezirk – nicht ausschließlich, aber doch weitestgehend – von Rassismus (und Rechtsextremismus) entlastet, was sich nicht zuletzt in einer Gegenüberstellung von Hellersdorfer*innen einerseits und rechten Akteur*innen andererseits zeigte. Das Verhältnis zwischen diesen beiden Akteur*innengruppen wird im Folgenden gänzlich anders konstruiert: Zwar werden auch hier Hellersdorfer*innen und rechte Akteur*innen als zwei verschiedene Gruppen angesehen, allerdings werden Erstere teilweise ebenfalls dezidiert als aktiv gegen die Unterkunft agierend vorgestellt. Insofern wird einigen Hellersdorfer*innen eine (Mit-)Verantwortung für die Dynamik im Stadtteil gegen die Asylunterkunft sowie die Geschehnisse im Rahmen der Informationsveranstaltung zugeschrieben.

In einem ausführlichen, ca. viereinhalb Seiten langen Text, in dem der Verlauf der Informationsveranstaltung und die Tage bzw. Wochen davor kommentiert und Hintergründe ausgeführt werden, schreibt die Antifa Marzahn-Hellersdorf am 10. Juli in diesem Sinne:

»Am 9. Juli 2013 veranstaltete die Bezirksverwaltung einen Informationsabend zu der geplanten Unterkunft für Asylsuchende [...]. Was sie hier erwartet, haben auf dem Informationsabend mehrere hundert rassistische Anwohner_innen und die Berliner Neonazis gezeigt: der [sic] Volksmob tobte und geiferte, die NPD befand sich mitten im Wahlkampf und der Bezirk stand tatenlos daneben.« (Antifa MaHe 2013a)

In der Passage werden zunächst – und diese Konstruktion durchzieht den gesamten Text, ist aber ebenso in weiteren Texten antirassistischer und antifaschistischer Akteur*innen zu finden – drei Gruppierungen bzw. besser ›Lager‹ vorgestellt: erstens rassistische Anwohner*innen und

⁷⁵ Bei einigen wenigen Texten war allerdings nicht klar, ob diese von lokalen Akteur*innen verfasst worden sind.

rechte Akteur*innen, zweitens die Bezirkspolitik(er*innen) und, wie im Folgenden noch deutlich wird, bezirkliche und i.w.S. staatliche Institutionen, sowie drittens antirassistische und antifaschistische Akteur*innen. In diesem Unterkapitel geht es allerdings ausschließlich um die rechten Akteur*innen und Anwohner*innen/Hellersdorfer*innen und deren Verhältnis zueinander.

Die Anwohner*innen werden im obigen Zitat explizit als rassistisch bezeichnet, des Weiteren wird deren große Anzahl auf der Veranstaltung hervorgehoben (»mehrere hundert«). Nahegelegt wird damit, dass nahezu sämtliche Anwohner*innen rassistisch eingestellt waren/sind und gegen die Unterkunft agier(t)en, zumal Gegenpositionen »[n]ur durch antirassistische und antifaschistische Interventionen« bezogen wurden, also primär durch organisierte politische Akteur*innen. Die starke Präsenz der Anwohner*innen und deren Charakterisierung als »Volksmob«, der »tobte und geiferte« – an anderer Stelle des Textes auch als »rassistische[r] Bürger_innen-Mob« (ebd.) bezeichnet –, verweist ferner darauf, dass es sich um eine pöbelnde, spontan agierende und folglich höchst unberechenbare Masse an Menschen mit durchaus destruktiver Wirkung handelt(e). Anwohner*innen werden hierbei in ihren Emotionen dargestellt, auf die mit der Formulierung vom »geballten Hass«, der aus ihnen »herausbrach«, im weiteren Textverlauf nochmals verwiesen wird (ebd.). Diese Formulierung erinnert an bedrohliche Naturereignisse wie etwa einen Vulkanausbruch oder einen (Stau-)Damm, der dem Druck des Wassers nicht mehr standhalten kann, infolgedessen bricht und entsprechende Verwüstungen verursacht.

Mit diesen Charakterisierungen werden Anwohner*innen in erster Linie nicht als rational handelnde und reflektierende Akteur*innen konstruiert, sondern als von ihren (ggf. nicht bewussten) Emotionen – nämlich dem Hass – Getriebene. Dies findet darüber hinaus in der an anderer Stelle des Textes verwendeten Bezeichnung »Wutbürger_innen« (ebd.) seinen markanten Ausdruck, bezeichnet Wut doch eine sehr starke Emotion, bei der Menschen durchaus die Kontrolle über ihre Handlungen verlieren, mitunter aggressiv und i.d.R. nicht primär rational handeln (können). Der negativ konnotierte und abwertende Begriff bezeichnet im allgemeinen Sprachgebrauch zudem Bürger*innen, die aus teils widersprüchlichen und diffusen Motivationen gegen ›etwas‹ sind, mit bestimmten gesellschaftlichen Zuständen Unzufriedene – insbesondere mit politischen Entscheidungen bzw. Politiker*innen im Allgemeinen –, die sich in einen Gegensatz zur traditionellen (Partei-)Politik setzen. Dabei können die Grenzen zu Straftaten wie bspw. Gewalt gegen und Verleumdungen von politischen Gegner*innen durchaus überschritten werden. Der*die sachlich diskutierende und argumentierende Bürger*in stellt zumindest das entsprechende Gegenbild dazu dar.⁷⁶

⁷⁶ Eine Parallele ließe sich hier zur Bezeichnung Protestwähler*innen ziehen, die, so die allgemeine Auffassung, eine bestimmte Partei lediglich aus Protest wählen und nicht aus einer gefestigten ›inneren‹ politischen Überzeugung heraus. Der Protest ist die emotionale bzw. motivationale Triebfeder und steht im Vordergrund. Das Handeln hingegen, die konkrete Wahlentscheidung, wird als unpolitisch angesehen. Exemplarisch wurde dieses Muster u.a. nach dem Wahlerfolg der AfD in Mecklenburg-Vorpommern am 4.9.2016 deutlich: Die ARD hat in ersten Hochrechnungen am Wahlabend in der Tagesschau auf der einen Seite betont, dass die Partei aus Protest gegen die *Flüchtlingspolitik* der großen Koalition auf Bundesebene gewählt wurde, d.h., die Protestwähler*innen-Hypothese wurde bemüht. Auf der anderen Seite wurde ausgeführt, dass statistische Umfragen eindeutig gezeigt hätten, dass fast alle Wähler*innen der AfD deren *flüchtlingspolitischen* Forderungen

Mit der hier vorgenommenen Koppelung von Handlungen mit Emotionen wird Rassismus jedoch entpolitisiert. Damit ist gemeint, dass die spezifische und durchaus bewusste Motivation von Anwohner*innen, sich gegen *Flüchtlinge* zu positionieren und zu ag(it)ieren, insofern relativiert wird, als diese primär einer nicht unmittelbar rational zugänglichen Dimension, den Emotionen, zugewiesen wird. In diesem Sinne agieren die Anwohner*innen gleichsam regressiv, nicht aber auf der Entwicklungsstufe sachlich diskutierender ›erwachsener‹ (und ggf. ernstzunehmender) Bürger*innen. Dies ist nicht zuletzt in Relation zur weiter unten in diesem Unterkapitel auszuführenden Darstellung der »Berliner Neonazis« als strategisch Agierende bemerkenswert, da es zugleich eine Differenz zwischen beiden Akteur*innengruppen markiert.

Ein nahezu identisches Bild von der Informationsveranstaltung wird auch in einem längeren, die Geschehnisse kommentierenden Text der antifaschistischen Gruppe Dekonstruktion Ost vom 15. August gezeichnet. Hier werden die Anwohner*innen ebenso als »rassistische[r] Bürger_innen-Mob« und in ihrem »Hass, der sich an diesem Tag seine Bahnen brach«, charakterisiert (Dekonstruktion Ost 2013a). Und ein eher zurückhaltender Text vom Bündnis gegen Lager Berlin-Brandenburg, veröffentlicht am 10. Juli, veranschaulicht die »[r]assistische Stimmungsmache« zahlenmäßig wie folgt: »Ca[.] 85 % der Anwesenden waren [sic] gegen Flüchtlinge, auch ein nicht unerheblicher Anteil offensichtlicher Neonazis« (Bündnis gegen Lager 2013b). Im weiteren Textverlauf wird schließlich noch deutlicher ausgeführt, dass sich ebenfalls viele Hellersdorfer*innen aktiv gegen die *Flüchtlinge* ausgesprochen und sich rassistisch geäußert hätten. Obgleich die Geschehnisse auf der Informationsveranstaltung damit unmissverständlich als »rassistisch und flüchtlingsfeindlich« (ebd.) bezeichnet werden, legen einige Textstellen nahe, dass diese nicht unbedingt das ›wirkliche‹ Hellersdorf widergespiegelt haben. So heißt es etwa in einer Passage, dass viele Hellersdorfer*innen »aktiv dazu bei[trugen; J.H.], das eigentlich *längst erledigte* Bild vom hässlichen ausländerfeindlichen Marzahn-Hellersdorf in der Öffentlichkeit neu zu beleben« (ebd.; Herv. J.H.). Ähnlich wie bereits oben in einem anderen Zusammenhang gezeigt (siehe S. 97), entsteht hierbei der Eindruck, dass der Bezirk in der Vergangenheit womöglich besagte »ausländerfeindlichen« Vorkommnisse zu verzeichnen hatte und/oder zumindest ein entsprechendes Stereotyp über den Bezirk existierte. Auf diese Weise wird nahegelegt, dass Ausprägungen von Rassismus im Stadtbezirk *gegenwärtig* eher keine Rolle spielen würden. Einen weiteren Hinweis für diese Lesart stellen die im Text verwendeten Führungszeichen dar, mit denen die Informationsveranstaltung als »Bürgerversammlung« und die dort Anwesenden als »Bürger« bezeichnet werden (ebd.). Sofern Führungszeichen als eine Form der Distanzierung verstanden werden können, würde dies bedeuten, dass es sich aus der Perspektive des Bündnisses gegen Lager nicht ›wirklich‹ um eine Bürger*innenversammlung mit daran teilnehmenden Bürger*innen handelte. Was diese stattdessen ›eigentlich‹ war, bleibt hingegen offen: womöglich eine nicht für Hellersdorf repräsentativ stehende, rassistisch verlaufende Auseinandersetzung um die zu eröffnende *Flüchtlingsunterkunft*. Insgesamt verbleibt in

zustimmen würden. Damit erscheint die Protestwähler*innen-Hypothese fraglich, und es zeigt sich vielmehr, dass die befragten Wähler*innen wussten, wen und was sie wählten, und sie für ihre Wahl (politische) Gründe hatten.

dem Text somit ein Spannungsverhältnis zwischen expliziter Benennung von Rassismus hinsichtlich der Hellersdorfer*innen und »Neonazis« sowie einer gleichzeitigen Form der Relativierung von Rassismus in Bezug auf die Hellersdorfer*innen bzw. den Bezirk im Allgemeinen.

Anwohner*innen und rechte Akteur*innen werden – wie erwähnt – in vielen Texten antirassistischer/antifaschistischer Akteur*innen als eine Art politisches, d.h. rassistisch agierendes ›Lager‹ vorgestellt. Dies wird bereits in der Überschrift des Textes der Antifa Marzahn-Hellersdorf deutlich, denn darin wird auf die explizite Ablehnung und die Agitation gegen die Aufnahme von *Flüchtlingen* im Stadtteil seitens beider Gruppen hingewiesen: »Rassist_innen und Neonazis hetzen gegen Flüchtlinge« (Antifa MaHe 2013a). In der bereits oben zitierten Textpassage der Antifa Marzahn-Hellersdorf (siehe S. 120) wird des Weiteren ausgeführt, dass neben den »hundert rassistische[n] Anwohner_innen« »die Berliner Neonazis« gezeigt hätten, was die *Flüchtlinge* in Hellersdorf zu erwarten haben (ebd.; Herv. J.H.). Der Gebrauch des bestimmten Artikels verweist hierbei auf die hohe Anzahl von »Neonazis« auf der Veranstaltung – analog zu den zahlreichen Anwohner*innen, die sich gegen die Unterkunft positionierten. Ferner impliziert die Formulierung, dass stadtbekannte – und damit einflussreiche – NPD-Akteur*innen anwesend waren und Einfluss auf den Veranstaltungsverlauf nahmen. Im Gegensatz zu den Anwohner*innen werden die rechten Akteur*innen – ähnlich wie bereits im vorigen Kapitel gezeigt (siehe S. 79) – als strategisch und planvoll agierend sowohl in den Tagen vor der Informationsveranstaltung als auch während deren Durchführung konstruiert. In diesem Sinne werden sie zusammen mit Anwohner*innen für die Stimmung im Stadtteil gegen die Unterkunft verantwortlich gemacht.

Das strategische Vorgehen rechter Akteur*innen wird von der Antifa Marzahn-Hellersdorf nicht zuletzt in den Ausführungen in Bezug auf die Bürgerinitiative Marzahn-Hellersdorf (BMH), deren Facebook-Auftritt sowie deren weitere Aktionen eindringlich beschrieben:

»Verpixelte Fotos zeigen [...], dass die Initiatoren sich repressionsbewusst geben und eine konspirative Handlungsweise gewohnt sind. Auch logistisch werden die Mittel der organisierten Neonazis umgesetzt: an [sic] die Anwohner_innen werden gegen einen kleinen Obolus T-Shirts mit dem Aufdruck ›Nein zum Heim‹ verkauft. Ein Planungsprozess zu diesen T-Shirts war nicht erkennbar, es ist anzunehmen, dass Design, Produktion und Vorkostenübernahme durch eine breiter aufgestellte Struktur erfolgt sein muss.« (Antifa MaHe 2013a)

An anderer Stelle heißt es knapp: »[D]ie BMH ist eine Propaganda-Plattform der Berliner Neonazis« (ebd.). In diesem Zusammenhang werden zudem detailliert – unter namentlicher Aufschlüsselung – verschiedenartige Verbindungen in die Berliner rechte Szene aufgezeigt und erläutert. Aber auch im Rahmen der Informationsveranstaltung wird von einer wohldurchdachten Vorbereitung der »Neonazis« ausgegangen: So wird darauf hingewiesen, dass sich die »Neonazis« vor Veranstaltungsbeginn strategisch auf dem Gelände verteilt und während der Veranstaltung »einen Kreis um die Vortragenden« gebildet hätten, wodurch der Zugang für fragende Teilnehmer*innen, »die keine organisierten Kader waren«, erheblich erschwert worden wäre

(ebd.). Schließlich hätten sie nach der Veranstaltung am Ausgang vor dem Gelände ein Spalier gebildet, um »linke Aktivist_innen abzufotografieren« (ebd.).

Deutlich wird das den rechten Akteur*innen zugeschriebene planvolle und professionelle Vorgehen des Weiteren in ihrem Verhältnis zu den gegen die Asylunterkunft agierenden Anwohner*innen. So führt die Antifa Marzahn-Hellersdorf etwa aus:

»Das digitale Angebot der BMH dient inzwischen weitestgehend als Sprachrohr und Mobilisierungsorgan der es betreibenden Neonazis. Daneben bietet die Facebook-Präsenz aber auch eine Plattform für den rassistischen Bürger_innen-Mob [...]. [...] [M]it den Medienberichten, die eine NPD-Verknüpfung der BMH aufdeckten, wurden die allzu offensichtliche [sic] rassistischen und NPD-nahen Positionen der Initiative aus dem Netz genommen und auf eine bessere Moderierung geachtet. Geschulte Kader übernahmen die Verwaltung der Seite« (Antifa MaHe 2013a).

Des Weiteren würden die »empörten Wutbürger_innen und Alltagsrassist_innen« »durch die unter ihren privaten Profilen schreibenden Neonazis« angestachelt, um entsprechende rassistische Kommentare auf Facebook zu verfassen (ebd.). Die Textausschnitte legen nahe, dass die rechten Akteur*innen u.a. mit Facebook eine Art Infrastruktur zur Verfügung stellen, die von gegen die Asylunterkunft eingestellten Bürger*innen aktiv genutzt wird. Insofern wird deren Protest gleichsam von der BMH bzw. rechten Akteur*innen kanalisiert, zugleich aber auch initiiert, wie der Anfang der Textpassage verdeutlicht. In der hier thematisierten Relation von Anwohner*innen zu rechten Akteur*innen werden die gegen die Asylunterkunft eingestellten und agierenden (Hellersdorfer) Bürger*innen somit nicht – wie etwa von den Hellersdorfer Akteur*innen, die im vorigen Kapitel 5 fokussiert wurden – von einer Mitverantwortung für die Stimmung im Stadtteil gegen die Asylunterkunft gänzlich freigesprochen. Dennoch dominieren die rechten Akteur*innen, weshalb es sich um ein interdependentes und sich gegenseitig verstärkendes, gleichwohl keineswegs symmetrisches Verhältnis handelt.

In diesem Sinne fällt auch die Gesamteinschätzung der Antifa Marzahn-Hellersdorf zur Situation im Stadtteil aus:

»Hellersdorf ist nicht nazifrei. [...] Mit ihren dumpfen Parolen und ihrem Hass stoßen organisierte Neonazis auf breite Unterstützung bei den Anwohner_innen und können diese durch ihr heimliches, angeblich ideologiefreies Agieren als besorgte Bürger_innen auf breiter Front nicht nur gegen die Unterbringung, sondern auch gegen die in wenigen Tagen ankommende [sic] Asylbewerber_innen mobilisieren.« (Ebd.)

Rechte Akteur*innen geben hier die entsprechende ›Richtung‹ vor, indem sie Anwohner*innen gegen die Unterkunft mobilisieren können. Deren »dumpfe[...] Parolen« können als strategisches Moment angesehen werden, um jene Mobilisierung zu erreichen. Die Passage ist ferner eine der wenigen Ausführungen von antirassistischen und antifaschistischen Akteur*innen, in denen die »Neonazis« ganz ähnlich wie die Hellersdorfer Bürger*innen mit Emotionen – dem »Hass« – assoziiert werden. Allerdings, und damit schließt sich der Kreis wieder, wird ebenso deutlich, dass Anwohner*innen durch die »Neonazis« gleichsam ›verführbar‹ sind und dass sie offenbar nicht durchschauen (wollen?) – trotz besagter »dumpfe[r] Parolen« –, dass die Agitation gegen

die Asylunterkunft im Kern durch organisierte rechte Akteur*innen initiiert wird. Insofern wird ihnen auch hier letztlich wiederum auf indirekte Art und Weise ein keineswegs primär rationales, sondern spontan emotionales Handeln zugeschrieben.

Wie stark die rechten Akteur*innen in der Auseinandersetzung um die Asylunterkunft agieren, wird des Weiteren in einer Textpassage von Dekonstruktion Ost ausgeführt. Vor dem Hintergrund einer drohenden Abschaltung der Facebook-Seite der BMH wegen deren rassistischer Inhalte schreibt Dekonstruktion Ost, dass die

»BMH an einer parallelen Organisationstruktur [sic] mit den neu für die Sache gewonnen [sic] Anwohner_innen, die sich über Facebook meldeten[,] [arbeitete; J.H.]. Konspirativ wurde so ein Aktionsnetzwerk aufgebaut, das auch bei einer drohenden Abschaltung der Seite funktionieren sollte. Erste Testläufe machte man mit anschlussfähigen Kleinstaktionen im legalen Rahmen: Anwohner_innen sollten mit durch die BMH verteilte Kreide ›Nein zum Heim‹ und andere Sprüche auf die Straße bringen. Sorgfältig dokumentiere [sic] man jede Schmiererei.« (Dekonstruktion Ost 2013a)

In diesem Textausschnitt werden die Anwohner*innen auf der einen Seite als von den rechten Akteur*innen, der BMH, Beeinflusste angesehen, was an die oben gezeigte (siehe S. 82) Konstruktion als ›instrumentalisierte Opfer‹ erinnert. Auf der anderen Seite erscheinen Erstere allerdings ebenso als aktiv, indem sie sich etwa über Facebook« bei der BMH »meldeten«. In einer weiteren Textpassage wird den Anwohner*innen/Hellersdorfer*innen auf der Informationsveranstaltung gar eine zentrale Rolle hinsichtlich der Agitation gegen die Asylunterkunft zugeschrieben:

»Die anwesenden Neonazis waren aber selbst überrascht von der Aktivität, die der rassistische Bürger_innen-Mob entwickelte. Selig grinsend über die Lautstärke der ›Nein zum Heim‹-Rufe, maßgeblich initiiert durch André Kiebis, applaudierten sie johlend. Rassistische Zwischenrufe, Beleidigung [sic] gegenüber vermeintlichen Gegner_innen und körperliche Übergriffe gingen zum Großteil von Anwohner_innen aus.« (Ebd.)

Explizit wird hier nicht zuletzt körperliche Gewalt von Anwohner*innen thematisiert. Die damit einhergehende, in den bisher gezeigten Zitaten bereits anklingende Bedrohungslage durch Anwohner*innen, aber auch rechte Akteur*innen wird im folgenden Abschnitt thematisiert.

6.1.2 Bedrohungslage durch ›Rechte‹, Anwohner*innen, Bezirk und Staat

In den verschiedenen Texten von antirassistischen und antifaschistischen Akteur*innen wird stets das Bild einer fundamentalen Bedrohungslage durch das Agieren rechter Akteur*innen und gegen die Asylunterkunft eingestellter Anwohner*innen vermittelt. Durch deren Interaktionen wird die Bedrohung schließlich noch potenziert. Während im vorigen Abschnitt u.a. bereits ausgeführt wurde, dass die Anwohner*innen als »Mob« und »Wutbürger_innen« bezeichnet

werden – Zuschreibungen, die (auch) Bedrohung und Gewalt nahelegen – sowie von Anwohner*innen ebenso körperliche Angriffe im Rahmen der Informationsveranstaltung auf Antifa-Aktivist*innen erfolgten, sind Angriffe gleichermaßen von rechten Akteur*innen ausgegangen, wie die Antifa Marzahn-Hellersdorf schreibt:

»Nur mühsam konnten Angriffe der Neonazis auf Aktivist_innen verhindert werden, immer wieder wurden Drohungen wie ›Antifa-Schweine. Wir kriegen euch alle!‹ in Richtung der solidarischen Gruppe von ungefähr 150 Leuten, aber auch gegen einzelne, sich solidarisch äußernde Menschen geäußert. Während die Polizei durch die Situation sichtbar überfordert war und sich vor allem vor dem Gelände aufhielt, wurde die Situation durch organisierten Selbstschutz der Aktivist_innen unter Kontrolle gehalten« (Antifa MaHe 2013a).

In der Passage wird eine Art Frontstellung zwischen »Neonazis« auf der einen und Antifa-Aktivist*innen sowie Teilnehmer*innen, die »sich solidarisch« gegenüber *Flüchtlingen* geäußert hätten, auf der anderen Seite dargestellt. Die damit einhergehende Bedrohungslage wird durch verschiedene Formulierungen veranschaulicht: Der erste Satz legt zunächst nahe, dass es einer Kraftanstrengung bedurfte, um die Angriffe zu verhindern. Es hätte beinahe Angriffe gegeben, so die Botschaft. Der »organisierte[...] Selbstschutz« weist darauf hin, dass in diesem Zusammenhang eine Art Verteidigungsstrategie notwendig war, um die eigene körperliche Unversehrtheit zu gewährleisten. Das bedeutet, die von den Drohungen der rechten Akteur*innen Betroffenen haben als Gruppe kollektiv und erfolgreich gehandelt und sich verteidigt. Ferner wird deutlich, dass sich beide Gruppierungen ›unmittelbar‹ gegenüberstanden, ohne dass die Polizei intervenierte – ein Hinweis auf die im weiteren Textverlauf noch zu zeigende Kritik an staatlichen bzw. bezirklichen politischen Strukturen und Akteur*innen. Für *Flüchtlinge* eintretende Akteur*innen – d.h. gegen die rechten Akteur*innen und rassistisch agierenden Anwohner*innen Handelnde – waren einer durchaus existentiellen Gefahr für Leib und Leben ausgesetzt, so die hier transportierte Aussage. Schließlich wird mit der Androhung »Wir kriegen euch alle!« weitere – zukünftige – Gewalt antizipiert bzw. seitens rechter Akteur*innen angedroht. Insgesamt wirkt die Textpassage damit sehr bedrohlich und alarmierend und impliziert, dass entsprechende Verteidigungs- bzw. Schutzmaßnahmen zu ergreifen sind (siehe dazu Unterkapitel 6.1.3).

Auch Dekonstruktion Ost thematisiert Gewalt und Drohungen rechter Akteur*innen auf der Informationsveranstaltung, bei der diese »solidarische Menschen durch Porträt-Aufnahmen und körperliche Gewalt abschreckten« (Dekonstruktion Ost 2013a). Wie bereits erwähnt, ist Gewalt aber in gleicher Weise von Anwohner*innen ausgegangen, wie die folgende Passage zeigt:

»Rassistische Zwischenrufe, Beleidigung gegenüber vermeintlichen Gegner_innen und körperliche Übergriffe gingen zum Großteil von Anwohner_innen aus. Solidarische Menschen hatten schon zu Beginn der Veranstaltung das Gefühl, nicht unbeschadet den Schulhof verlassen und sich sicher durch den Kiez bewegen zu können.« (Ebd.)

Neben der Schilderung der Situation auf der Informationsveranstaltung wird hier auch auf den »Kiez« verwiesen und vermittelt, dass direkte körperliche Gefahren für politisch Engagierte bestanden, die sich für die Aufnahme von *Flüchtlingen* im Stadtteil aussprechen.

Nun beziehen sich die Bedrohungen nicht nur auf politische antirassistische/antifaschistische Aktivist*innen, sondern ebenso auf die *Flüchtlinge* selbst bzw. die *Flüchtlingsunterkunft* – in den folgenden Texten allerdings stets in Antizipation von deren Einzug in die Asylunterkunft einige Wochen später. In diesem Sinne unterbreitet etwa der Berliner Flüchtlingsrat am 12. Juli einen umfassenden Maßnahmenkatalog, in dem nicht zuletzt eine »Null-Toleranz-Politik des Bezirks und der Polizei gegenüber jeglichen flüchtlingsfeindlichen Beleidigungen, Übergriffen etc.«, eine »direkte Notrufverbindung aus der Unterkunft zur Polizei« und das »Angebot von Selbstverteidigungstrainings für Flüchtlinge« gefordert werden (Flüchtlingsrat Berlin 2013). Diese Forderungen verweisen auf unmittelbare Gefahren für Leib und Leben der Unterkunftsbewohner*innen, die sogar deren Selbstverteidigung notwendig erscheinen lassen.

Aber auch die Antifa Marzahn-Hellersdorf (2013a) thematisiert in dem bereits zitierten Text vom 10. Juli die mit dem Einzug der Unterkunftsbewohner*innen zu erwartende Bedrohung im Stadtteil:

»Dass Staat und Polizei nicht gewollt [sic] und befähigt sind, den Schutz [von Flüchtlingen; J.H.] zu gewährleisten, viel mehr [sic] der rassistische Grundtenor der Anwohner_innen dem staatlichen Abschiebesystem in die Hände spielt – nämlich da, wo er eine Situation erzeugt, die Flüchtlinge aus Angst um ihr Leben, ihre Gesundheit, ihre Freiheit und ihre Würde erneut flüchten lässt. Dass Flüchtlinge isoliert werden und sie in Lagerhaltung durch Polizei, Security und Anwohner_innen attackiert werden und durch die ›Heimleitung‹, eine private Firma, schikaniert werden.« (Ebd.; Satzkonstruktion i.Orig.)

Flüchtlinge werden in dieser Passage als Opfer von Staat und Gesellschaft konstruiert. Das bedeutet, sie werden als negativ Betroffene struktureller staatlicher (Gewalt-)Maßnahmen – wie der erwähnten »Lagerhaltung«, der Unterbringung in zentralen und großen (Sammel-)Unterkünften und des »staatlichen Abschiebesystem[s]« – sowie als Betroffene rassistischer Attacken von Anwohner*innen, »Neonazis« und sogar der Polizei angesehen. Die Ausführungen legen nahe, dass *Flüchtlinge* gänzlich rechtlose Objekte jener staatlichen Maßnahmen sind, die insgesamt – da es sich um ein »Abschiebesystem« handelt – als ineinandergreifend sowie umfassend konstruiert werden. Die »Lagerhaltung« impliziert dabei eine objektivierende Perspektive staatlicher Instanzen auf *Flüchtlinge*, die gleichsam wie Material massenhaft in Lagerhallen aufbewahrt werden, nicht aber wie ›normale‹ Menschen in Wohnungen leben (dürfen). Insgesamt werden *Flüchtlinge* als gleichsam vogelfrei dargestellt, da sie von verschiedenen Seiten aus (Anwohner*innen, Polizei, Security) gleichsam schutzlos deren Attacken ausgesetzt sind – insofern handelt es sich hier um ein partiell gefestigtes Machtverhältnis im Stadtteil. In diesem Sinne wird der Staat demnach nicht nur als äußerst repressiv betrachtet, der strukturelle Gewalt gegen *Flüchtlinge* ausübt, sondern gleichermaßen in Gestalt der Polizei körperliche Gewalt einsetzt.

Vor dem Hintergrund dieser existentiellen Bedrohungslage *Flüchtlingen* gegenüber schreibt Dekonstruktion Ost am 15. August Folgendes:

»Die Stimmung, die der deutsche Mob [während der Informationsveranstaltung; J.H.] erzeugte, lässt Befürchtungen für die Zukunft der Geflüchteten in der Unterkunft aufkommen. Der Hass, der sich an diesem Tag seine Bahnen brach, darf sich in keinem Fall im Alltagsleben der Geflüchteten bemerkbar machen. Eine starke antirassistische Zivilgesellschaft muss hier den Part übernehmen, den der Staat nicht übernehmen kann oder will: Schutz auf allen Ebenen. [...]

»Dort, wo Polizei und Bezirk ihre Pflichten nicht wahrnehmen können oder wollen, müssen engagierte Antifaschist_innen und Antirassist_innen sowie weitere solidarische Menschen, [sic] den Druck auf *allen Ebenen* aufbauen und verstärken, um den Neonazis ihren vermeintlich sicheren Kiez zu nehmen und eine solidarische Atmosphäre für Geflüchtete aufzubauen. Das kann nicht bei Lippenbekenntnissen und Runden Tischen bleiben, sondern muss *praktisch* werden.« (Dekonstruktion Ost 2013a; Herv. J.H.)

In der Textpassage werden wiederum staatliche (die »Polizei«) als auch bezirkspolitische Verantwortliche (der »Bezirk«) grundlegend kritisiert, wenn nicht sogar für die »Stimmung« gegen die *Flüchtlinge* im Stadtteil mitverantwortlich gemacht. Die von Dekonstruktion Ost geforderte Konsequenz, die Alternative zum Status quo, stellt das Projekt einer »starke[n] antirassistische[n] Zivilgesellschaft« dar. Entsprechend der vorgetragenen Kritik wird diese derart umfassend gedacht, dass sie schließlich Aufgaben des Staates und gesellschaftlicher Institutionen übernehmen soll: nämlich den Schutz der *Flüchtlinge* »auf allen Ebenen«. Diese Forderung wird zwar nicht weiter konkretisiert und bleibt damit sehr allgemein, allerdings weist sie nicht zuletzt auf die im Text thematisierte grundlegende und komplexe Auseinandersetzung mit rechten Akteur*innen im Stadtteil hin. Diese ist möglicherweise auch als ein Einwirken auf staatliche und bezirkliche Strukturen/Akteur*innen zu verstehen, beinhaltet aber in erster Linie den Kampf gegen die »Neonazis«. Letzteres wird in dem Zitat insofern deutlich, als es um die unmittelbare Hoheit und Kontrolle über den öffentlichen Raum – nämlich den »Kiez« – geht. Dabei werden gewalttätige Handlungen nicht gänzlich ausgeschlossen: Zumindest werden »Runde Tische[...]« als mögliche Aus- und Verhandlungsformen – an denen ebenfalls die die Unterkunft ablehnenden, ggf. auch rechte Akteur*innen teilnehmen würden – kritisiert und »praktisch[e]«, d.h. unmittelbar wirksame Formen des Schutzes der *Flüchtlinge* eingefordert.

Potentiell hier anklingende gewalttätige (Gegen-)Aktionen werden in Textpassagen der Antifa Marzahn-Hellersdorf wesentlich direkter ausgeführt. So heißt es etwa hinsichtlich des Schutzes von *Flüchtlingen* in Hellersdorf: »Schutz bedeutet auch, Neonazis im Bezirk öffentlich zu machen, Strukturen aufzuzeigen und sie anzugreifen – mit allen Mitteln und auf allen Ebenen.« (Antifa MaHe 2013a) Schutz impliziert und legitimiert also den aktiven Kampf gegen »Neonazis« und ist nicht nur auf verteidigende Maßnahmen ausgerichtet. Die im Zitat deutlich werdende Gewalt- und Kampfrhetorik gegen »Neonazis« und deren »Strukturen« lässt schließlich jedes Mittel und jegliche »Interventionsform« dagegen als legitim erscheinen; zumindest werden keinerlei Grenzen des Nicht-mehr-Legitimen abgesteckt. Im Grunde steht dahinter eine klare

Kampfansage an rechte (sowie diese unterstützende) Akteur*innen, die bereits in der Überschrift des Textes explizit formuliert wird: »Rassist_innen und Neonazis hetzen gegen Flüchtlinge! Fight Back!« (ebd.). An die Adressat*innen des Textes wird somit appelliert, die hier nahegelegte Gewalt seitens rechter Akteur*innen mit Gegengewalt zu beantworten, wodurch Gegengewalt wiederum als (Selbst-)Verteidigung antifaschistischer Akteur*innen bzw. als Schutz (der *Flüchtlinge*) angesehen wird. In einem Demonstrationsaufruf selbiger Gruppe vom 12. Juli wird diese Botschaft noch gesteigert: »Antifa heißt Angriff – mit allen Mitteln, auf allen Ebenen, unter allen Umständen.« (Antifa MaHe 2013b; Herv. gestrichen, J.H.) Die Formulierung impliziert etwas Bedingungsloses: einen Kampf, der – zugespitzt formuliert – bis zur Selbstaufgabe oder gar bis zum Tod führen kann.

Vor dem Hintergrund des in diesem und im vorigen Unterkapitel Ausgeführten kann zusammenfassend festgehalten werden, dass große Teile der (Hellersdorfer) Gesellschaft, insbesondere gegen die Unterkunft agierende Anwohner*innen und rechte Akteur*innen, aber auch staatliche Strukturen (u.a. Polizei) und (lokal-)politische Repräsentant*innen auf verschiedenen Ebenen als gegen *Flüchtlinge* handelnd dargestellt werden. Anwohner*innen, die die Unterkunft ablehnen, und rechte Akteur*innen werden des Weiteren als gegen antirassistische/antifaschistische Akteur*innen agierend angesehen. Damit wird das Bild einer grundlegenden und starken, auf verschiedenen Ebenen vorkommenden omnipotenten ›Kraft‹ vermittelt, die gegen *Flüchtlinge* und sie unterstützende Gruppen wirksam ist. In erster Linie dominieren dabei körperliche Gewalt und Bedrohungen, allerdings wird bspw. auch die sog. »Abschiebepolitik« staatlicher Institutionen kritisiert. Insofern wird in diesem Zusammenhang neben unmittelbarer rassistischer (körperlicher) Gewalt ebenso die Ebene eines strukturellen Rassismus berührt (siehe dazu Unterkapitel 1.2). Dennoch fällt in den beiden langen Texten von Dekonstruktion Ost und der Antifa Marzahn-Hellersdorf auf, dass in ausführlichen Passagen primär die »Neonazis«, deren Agieren und ihre personellen Verbindungen fokussiert werden (zumal das Verhältnis zu den kritisierten staatlichen und bezirklichen Strukturen durchaus ambivalent ist, wie im folgenden Unterkapitel noch aufgezeigt wird). Mit der herausgearbeiteten Tendenz, das rassistische Handeln der Anwohner*innen als mit Emotionen verknüpft darzustellen – es teils auch als nicht repräsentativ für das ›wirkliche‹ Hellersdorf anzusehen (siehe S. 122) –, ist zudem partiell eine Entpolitisierung und Relativierung von Rassismus zu konstatieren.

Die bisher gezeigte Situationsdeutung umfasst insgesamt eine recht klar umrissene dichotome Freund-Feind-Logik, bei der sich Dekonstruktion Ost und die Antifa Marzahn-Hellersdorf sowie sie unterstützende Gruppen – zugespitzt formuliert – letztlich als die einzigen ›wirklichen‹ Verteidiger*innen der *Flüchtlinge* und ›guten‹ Kämpfer*innen gegen Rassismus (und Rechtsextremismus) i.w.S. anrufen und bestärken. Dabei werden moralisierende Formen antirassistischer Argumentationen deutlich (siehe dazu S. 29): Jene Akteur*innen erscheinen als losgelöst von gesellschaftlichen Verstrickungen – auch rassistischen – und sind in letzter Konsequenz die einzige respektable ›Kraft‹, die die Situation maßgeblich zugunsten der *Flüchtlinge* zu verändern in der Lage ist. Spiegelbildlich zu der dargestellten Bedrohungslage im Stadtteil kon-

struieren sich Dekonstruktion Ost und die Antifa Marzahn-Hellersdorf zudem als entsprechend einflussreich.

Schließlich wurde deutlich, dass die Auseinandersetzung um die Asylunterkunft nicht ohne Gewalt seitens antifaschistischer und antirassistischer Akteur*innen gedacht wird, was nicht zuletzt auf symbolische Art und Weise in der Überschrift des Textes von Dekonstruktion Ost (2013a) unmissverständlich zum Ausdruck kommt: »Deconstruct now! Abrissbirne für Hellersdorf«. Während eine Dekonstruktion – i.S. einer Zerlegung – bereits als gehobener Ausdruck auf eine mögliche perspektivische Neuordnung/-ausrichtung des Zerlegten verweist, steht die »Abrissbirne« für gänzliche Zerstörung. Ähnlich einer Art ›Stunde null‹ wird damit ein notwendiger radikaler antirassistischer/antifaschistischer Neuanfang für Hellersdorf gefordert. Eine Annahme, die die Wirkmächtigkeit und die Wandelbarkeit von Rassismus ausblendet (siehe Unterkapitel 1.2) und daher naiv anmutet.

6.1.3 Konsequenzen: Schutz der *Flüchtlinge* und Kampf gegen ›Rassist*innen‹

In einigen dargelegten Textpassagen wurden bereits verschiedenartige Konsequenzen von den antirassistischen und antifaschistischen Akteur*innen gefordert. Entsprechend der im vorigen Abschnitt deutlich gewordenen, als bedrohlich konstruierten, gleichwohl stets antizipierten Situation gegenüber den in die Asylunterkunft einziehenden Bewohner*innen (und teils auch deren Unterstützer*innen gegenüber) konzentrieren sich die meisten der geforderten Maßnahmen auf den unmittelbaren Schutz der *Flüchtlinge*. Insofern nehmen die Themen Schutz und Sicherheit insgesamt einen hohen Stellenwert ein.

Vor diesem Hintergrund legt der Berliner Flüchtlingsrat in den Tagen nach der Informationsveranstaltung einen umfassenden Forderungskatalog vor, den er u.a. an den Bezirksbürgermeister* und dessen Stellvertreterin*, den Berliner Innensenator*, den Berliner Polizeipräsidenten* sowie den Heimbetreiber adressiert. Bereits dessen Überschrift deutet die entsprechende Zielrichtung an: »Flüchtlingsrat fordert Sicherheitskonzept [sic] Asylaufnahme Hellersdorf« (Flüchtlingsrat Berlin 2013). Dieses umfasst zwei Ebenen: Den Schutz des Gebäudes selbst, der *Flüchtlinge* im Stadtteil sowie spezifische Maßnahmen innerhalb der Unterkunft und damit zusammenhängende Angebote für die *Flüchtlinge*. Der erstgenannte Punkt erfordere den Einbezug »aller Beteiligten« im Stadtbezirk – d.h. Bezirkspolitik, LaGeSo, Betreiber der Unterkunft, Polizei, Sicherheitspersonal, BVG-Mitarbeiter*innen und Personal von angrenzenden Einkaufszentren (ebd.). Die Forderungen beinhalten u.a.:

»Die unmissverständliche öffentliche Ansage einer Null-Toleranz-Politik des Bezirks und der Polizei gegenüber jeglichen flüchtlingsfeindlichen Beleidigungen, Übergriffen etc.«, »Verbot von flüchtlingsfeindlichen Versammlungen und Infoständen«, ein »konsequentes Umsetzen der Null-Toleranz-Politik durch Polizei und Strafverfolgungsbehörden« und »eine AnsprechpartnerIn bei der Polizei für den Heimbetreiber sowie eine direkte Notrufverbindung aus der Unterkunft zur Polizei« (ebd.).

Innerhalb des Gebäudes werden »Selbstverteidigungstrainings für Flüchtlinge« und »eine AnsprechpartnerIn« verlangt, die*der »das Vertrauen der Flüchtlinge genießt, Beleidigungen und

Übergriffe etc. dokumentiert« (ebd.). Schließlich wird die »schnelle Einberufung eines ›Rundes [sic] Tisches‹« zum Betreiben der Unterkunft und zur Entwicklung jenes Sicherheitskonzeptes unter Beteiligung des Flüchtlingsrates angemahnt (ebd.).

Aus diesen verschiedenen Forderungen wird zunächst deutlich, dass der Flüchtlingsrat das Agieren des Bezirks und der Polizei im Stadtteil kritisiert und dem Bezirk bzw. den dafür Verantwortlichen die alleinige Entwicklung eines Sicherheitskonzepts im Grunde nicht zutraut, denn sonst wäre die Forderung eines Runden Tisches schlicht obsolet. Des Weiteren fällt die Konzentration auf die repressiven Maßnahmen auf, die von der Polizei umzusetzen sind.

Vor dem Hintergrund einer rassismuskritischen Perspektive sind nun insbesondere die folgenden vier Aspekte bemerkenswert: Erstens das dominierende Thema des Schutzes der Unterkunftsbewohner*innen, die auf diese Weise als Opfer konstruiert werden (siehe dazu auch Unterkapitel 8.1). Dieser Aspekt wird nicht zuletzt daran deutlich, dass *Flüchtlinge* ebenso außerhalb der Unterkunft durch »polizeiliche[...] Maßnahmen« umfassend zu schützen seien, für »die Wege zum ÖPNV und zum Einkaufen, zum Arzt, zur Schule etc.« (ebd.). Zugespitzt formuliert würde dies eine konsequente Begleitung der Bewohner*innen durch die Polizei in der Hellersdorfer Öffentlichkeit zur Folge haben. Damit ist jedoch zweitens die grundsätzliche Frage verbunden, ob ein derart umfassender Schutz – dies bezieht sich auch auf die weiteren geforderten Maßnahmen – von den davon betroffenen Unterkunftsbewohner*innen perspektivisch überhaupt in dieser Form gewünscht wird. Zumindest werden darüber keinerlei Reflexionen angestellt. In diesem Sinne wird ebenfalls eine mögliche Einbeziehung der Bewohner*innen (nach deren Einzug in die Unterkunft) in die Umsetzung bestimmter Forderungen bzw. hinsichtlich eines (weiteren) gemeinsamen Erarbeitens von Forderungen nicht thematisiert. Drittens ist zu konstatieren, dass sich die Forderungen ausschließlich auf die *Flüchtlings*unterkunft bzw. die *Flüchtlinge* beziehen, aber bspw. nicht auf ein bezirkliches Gesamtkonzept gegen Rassismus (und Rechtsextremismus) verweisen. Dadurch werden diese Phänomene primär mit (gegenwärtiger) Gewalt und Bedrohung assoziiert und nicht als Manifestation gesellschaftlicher Machtverhältnisse angesehen. Schließlich ist viertens auffällig, dass die konkrete Zusammenarbeit mit Lobbygruppen/Vereinen sowie Zusammenschlüssen von rassismusbetroffenen Menschen und/oder *Flüchtlingen* nicht gefordert bzw. thematisiert wird. Zwar kann der Flüchtlingsrat selbst als eine Lobbyorganisation für *Flüchtlinge* angesehen werden, dennoch liegt es gerade im Berliner Kontext nahe, die Einbeziehung von weiteren antirassistischen Akteur*innen – wie etwa *Flüchtling*sselbstorganisationen – zu forcieren bzw. eine dementsprechende Forderung (oder einen Hinweis) überhaupt in die Hellersdorfer Auseinandersetzung einzubringen. Diese Leerstelle ist nicht zuletzt vor dem Hintergrund einer starken *Flüchtlings*bewegung, die zum damaligen Zeitpunkt ihren markanten Ausdruck in einem Protestcamp auf dem Berlin-Kreuzberger Oranienplatz fand (siehe Unterkapitel 4.3), durchaus bemerkenswert.

Die hier skizzierten Punkte betreffen überwiegend ebenso die verschiedenen Ausführungen von Dekonstruktion Ost und der Antifa Marzahn-Hellersdorf. Ähnlich wie der Flüchtlingsrat legen diese beiden Akteur*innen ebenfalls verschiedene Forderungen dar, wobei auch hier der Schutz

der *Flüchtlinge* vor dem Hintergrund manifester rassistischer Gewalt hervorgehoben wird (siehe dazu weiter unten). Im Gegensatz zum Flüchtlingsrat sind die Erwartungen an staatliche und bezirkliche Strukturen bzw. Institutionen wesentlich geringer, vielmehr sehen sich, wie bereits gezeigt wurde, antifaschistische Akteur*innen letztlich als entsprechend maßgeblich initiiierende und einzige ›alternative Kraft‹ im Stadtteil. Allerdings werden gegenüber dem Bezirk folgende, durchaus weitreichende Forderungen erhoben:

»Der Bezirk muss sich dazu bekennen, das [sic] Marzahn-Hellersdorf ein Problem mit Rassist_innen hat und zwar nicht vereinzelt, sondern in einer großen Mehrheit und auch in der Verwaltung und politischen Ämtern. Er muss dem offensiv entgegenwirken. Dazu reicht es nicht, Funktionärsstellen zu schaffen, sich schöne Titel zu verleihen und ein Imageprogramm [...] zu starten. Vielmehr muss Aufklärung, praktischer Schutz vor Rassismus und bezirklicher Widerstand inkl. Alternativen zum Lagerkonzept des Landes organisiert werden. Dazu muss mit zivilgesellschaftlichen Kräften zusammengearbeitet werden und ihre Hilfe darf nicht ausgeschlagen werden.« (Dekonstruktion Ost 2013a)

Und die Antifa Marzahn-Hellersdorf fordert: »Der Bezirk und die Stadt darf sich nicht auf einen Umgang mit der Bürgerinitiative Marzahn-Hellersdorf einlassen, sondern muss konsequent gegen das Netzwerk aus Neonazis vorgehen.« (Antifa MaHe 2013a) Die Rede vom Bezirk verweist in beiden Passagen auf dessen politische Repräsentant*innen und damit zusammenhängende Verwaltungsstrukturen, von denen unmissverständlich eine Eigenkritik als auch Kritik an rassistisch agierenden Hellersdorfer*innen erwartet wird. Des Weiteren werden eine Art bezirklicher Opposition gegenüber dem Land Berlin und dessen Unterbringungskonzept für *Flüchtlinge* sowie eine Zusammenarbeit – dieser Punkt ist eine nur aus dem Gesamtkontext der Textpassage zu verstehende Anspielung – zumindest auch mit antifaschistischen und antirassistischen bezirklichen Akteur*innen eingefordert. Diese Appelle sind aber vor dem Hintergrund der oben gezeigten (siehe S. 128) fundamentalen Kritik am Bezirk selbst wenig plausibel, sondern erscheinen vielmehr als in sich höchst widersprüchlich. Denn wie und warum soll diese 180-Grad-Wende durch die Bezirkspolitik überhaupt vollzogen werden? Und was soll die Bezirkspolitik motivieren, mit sie explizit kritisierenden Akteur*innen zusammenzuarbeiten? Ganz ähnlich widersprüchlich erscheint in diesem Zusammenhang die Forderung nach einer starken »antirassistische[n] Zivilgesellschaft«, die »den Part übernehmen [muss; J.H.], den der Staat nicht übernehmen kann oder will: Schutz [der Flüchtlinge; J.H.] auf allen Ebenen« (Dekonstruktion Ost). Woher eine derartige Zivilgesellschaft kommen soll, bleibt vollkommen unklar, werden doch bezirkliche Strukturen, aber auch viele Anwohner*innen als rassistisch (agierend) bezeichnet und letztlich als zu bekämpfende Gegner*innen wahrgenommen. Insofern wäre hier zumindest eine entsprechend umfassende und i.w.S. dialogorientierte Strategie erforderlich, die jedoch nicht vorgestellt wird.

Rassismuskritisch ist an dieser Stelle hervorzuheben, dass in den beiden obigen Zitaten (siehe letztes eingerücktes sowie darauf folgendes Zitat) der Antifa Marzahn-Hellersdorf und von Dekonstruktion Ost durchaus ein Teil gesellschaftlich relevanter, in Rassismus involvierter Strukturen und Praxen fokussiert wird, nämlich u.a. Verwaltungsstrukturen, die Unterbrin-

ungspraxis von *Flüchtlingen* oder fehlende Kooperationsstrukturen in der Auseinandersetzung mit Rassismus innerhalb des Bezirks. An anderer Stelle wird außerdem explizit die Notwendigkeit der Partizipation von People of Color im Bezirk angemahnt (vgl. Dekonstruktion Ost 2013a). Allerdings werden diese Aspekte kaum detaillierter ausgeführt und bleiben daher abstrakt allgemein. – Der geforderte »praktische[...] Schutz vor Rassismus« (ebd.) bezieht sich im Kontext der Passage schließlich auf manifeste rassistische Gewalt, ebenso das geforderte Vorgehen gegen das »Netzwerk aus Neonazis« (Antifa MaHe 2013a). Auch der Appell nach Aufklärung zielt in dieselbe Richtung, weil er sich im Zusammenhang der Textpassage primär auf gewalttätig agierende, ggf. neonazistische Strukturen und deren »Aufdeckung« konzentriert, andere Formen und Ebenen von Rassismus aber nicht thematisiert.

Diese hier herausgearbeiteten Tendenzen der Fokussierung auf gewalttätige Formen von Rassismus und auf den Kampf dagegen zeigen sich ebenso in verschiedenen Forderungen der Antifa Marzahn-Hellersdorf, bei denen wiederum der Schutzgedanke von *Flüchtlingen* im Vordergrund steht und entsprechende Gegenmaßnahmen auf verschiedenen Ebenen gefordert werden. So wird das Aufzeigen von und die Aufklärung über »Neonazis im Bezirk« verlangt sowie das Angreifen der »Neonazis« »mit allen Mitteln und auf allen Ebenen« (Antifa MaHe 2013a), aber auch die Gewährleistung unmittelbaren Schutzes von Bewohner*innen, indem vor der Unterkunft potentielle Angreifer*innen (»Bürgerwehren« u.a.) vertrieben werden sollen. Im Sinne von Unterstützungsstrukturen werden ferner »Straßenfeste und Projekte« und »Hilfe in Sach- und Dienstleistungen« eingefordert (ebd.). Schließlich wird – eine strukturelle Ebene von Rassismus thematisierend – gefordert, »das Lagersystem der deutschen Asylverwaltung abzuschaffen« (ebd.).

6.1.4 Zwischenfazit: Kontinuitäten im weiteren Verlauf des Konflikts

Im Folgenden werden auf exemplarische Art und Weise Kontinuitäten in den Deutungen anti-rassistischer und antifaschistischer Akteur*innen im weiteren Verlauf des Konflikts um die Asylunterkunft, d.h. nach dem Einzug der ersten Bewohner*innen, aufgezeigt.

Die Darstellung einer starken Bedrohungslage durch das Agieren rechter Akteur*innen und einiger Anwohner*innen gegen *Flüchtlinge*, aber auch gegen antirassistische Akteur*innen dominiert die verschiedenen Statements in den Tagen des Einzugs der ersten Bewohner*innen und zieht sich insgesamt wie ein roter Faden weiter durch die Hellersdorfer Auseinandersetzung. Das antirassistische Infoportal führt bspw. am 23. August auf seiner Homepage aus:

»Die Berliner Polizei verheimlicht stattfindende Angriff [sic] auf die Unterkunft und kommuniziert eine nicht zutreffende Sicherheitslage. In der Nacht von Mittwoch zu Donnerstag gab es laut einer_s Geflüchteten Steinwürfe auf die Unterkunft. Seitdem sind erneut Menschen, insbesondere Kinder, in der Unterkunft sehr verängstigt. In der Nacht von Donnerstag zu Freitag zog die Polizei zwischen 2 und 3 Uhr ihre Einsatzkräfte inkl. Einsatzleitung massiv vor der Unterkunft zusammen. Danach kontrollierte sie am Kastanienboulevard eine Person, die laut Augenzeug_innen einen Rucksack voller Steine dabei hatte. Von einer Entspannung der Situation kann

also derzeit nicht ausgegangen werden. Das Sicherheitsbedürfnis kann durch die Polizei nicht genügend erfüllt werden«. (Infoportal 2013a)

Die Bedrohungssituation wird in der Passage durch verschiedene Formulierungen vermittelt: Auffällig ist zunächst die Betroffenenengruppe der Angriffe – nämlich die Bewohner*innen, insbesondere die »verängstigt[en]« Kinder. Kinder werden im Allgemeinen als besonders schutzbedürftig angesehen, wodurch sich potentielle Adressat*innen des Textes insgesamt womöglich schnell(er) mit den hier Betroffenen identifizieren können. Die »Steinwürfe« sowie der »Rucksack voller Steine« legen des Weiteren die unmittelbar existentielle Gefahr für die Bewohner*innen nahe, die im Grunde unter einem – zwar im Text nicht explizierten, aber durchaus implizierten – häufigen »Bewerfen« mit Steinen wie in einer Art Falle leben müssen, zumal dies bereits wiederholt auftrat (und erneute Angriffe damit ebenso anzunehmen sind). In diesem Zusammenhang ist die Formulierung eines »Sicherheitsbedürfnis[s(es)]« der Bewohner*innen bemerkenswert. Dieser Ausdruck vereinheitlicht zum einen die Unterkunftsbewohner*innen hinsichtlich dieses Bedürfnisses – denn wahrscheinlich wird die Situation von ihnen verschieden wahrgenommen – und verstärkt gleichermaßen die unmittelbare Bedrohung, denn ein grundlegendes menschliches Bedürfnis wird nicht erfüllt. Schließlich kritisiert das Infoportal – ähnlich wie oben bereits gezeigt – dezidiert die Polizei dafür, dass sie dem Schutz der Unterkunftsbewohner*innen nicht nachkommt, sondern stattdessen sogar bewusst ein falsches Bild der Gesamtsituation produziert, indem sie u.a. den Angriff verheimlicht.

Ganz ähnlich alarmierend fällt die Einschätzung Georg Classens vom Berliner Flüchtlingsrat in einem Interview des RBB vom 21. August zur Situation um die *Flüchtlingsunterkunft* aus:

»Ähm wir fordern zunächst mal die Aussetzung der Belegung, weil man hat die Flüchtlinge traumatisierte Kriegsflüchtlinge mit Blaulichtfahrzeugen dorthin gebracht; man betreibt dieses Flüchtlingsheim unter Polizeischutz, das ist für die Flüchtlinge völlig unzumutbar; ne Reihe sind bereits wieder geflohen aus Hellersdorf, [...] das Sicherheitskonzept des Bezirks und des LaGeSo heißt Polizei und Blaulichtfahrzeuge, und SO geht es nich.« (RBB 2013f, TC: 43:46-44:22)

Die hier vorgetragene Kritik am ungenügenden Sicherheitskonzept für die *Flüchtlingsunterkunft* durch die dafür Verantwortlichen deutet auf eine Art Parallelisierung der Situation in Hellersdorf mit der Situation der *Flüchtlinge* in ihren Herkunftsländern hin. Deutlich wird dies u.a. in der Konsequenz, dass Bewohner*innen »geflohen« sind – allerdings aus der Asylunterkunft und nicht aus einem Kriegsgebiet, wie es die Bezeichnung der Betroffenen als »traumatisierte Kriegsflüchtlinge« nahelegt. Insofern, so könnte hier zugespitzt formuliert werden, werden die *Flüchtlinge* durch die Situation in Hellersdorf retraumatisiert. Der »Polizeischutz« erscheint als derart massiv, dass der Einsatz von »Blaulichtfahrzeugen«, die ansonsten üblicherweise in Notfall- und Krisensituationen eingesetzt werden, notwendig war. Im Umfeld der Asylunterkunft herrscht somit eine fast kriegsähnliche Ausnahmesituation, so der hier vermittelte Eindruck.

Auch in der Retrospektive wird in einem Text des Solidaritätsnetzwerkes Marzahn-Hellersdorf Refugees Welcome vom 7. September die Situation während und nach dem Einzug der ersten *Flüchtlinge* als sehr bedrohlich dargestellt:

»Beim Einzug der ersten Geflüchteten am 19. August kam es zu aggressiven Drohungen und Übergriffen durch Mitglieder der Bürgerinitiative, Anwohner_innen und Nazis direkt an der Unterkunft. Die NPD versuchte die Stimmung mit zwei Kundgebungen am 20. und 24. August in Hellersdorf weiter anzuheizen, wurde aber beide Male durch hunderte Antifaschist_innen übertönt. [...]

Fast täglich war die Unterkunft [...] Teil der Pressemeldungen der Berliner Polizei, das Antirassistische Infoportal dokumentierte eine Vielzahl von Übergriffen durch Anwohner_innen und Nazis auf Geflüchtete als auch auf Aktivist_innen.« (Solidaritätsnetzwerk 2013b)

Ähnlich wie bereits oben (siehe Unterkapitel 6.1.1) gezeigt, werden Anwohner*innen, Bürgerinitiative sowie die »Nazis« hier als eine Gruppierung konstruiert, die zusammen gegen die Asylunterkunft agieren. Entsprechende Parallelen betreffen ebenso deren Verhältnis zueinander: Der NPD wird dabei eine dominante Rolle zugewiesen, die Stimmung in Hellersdorf »weiter anzuheizen«, d.h. Anwohner*innen gegen die Unterkunft zu mobilisieren. Gleichwohl werden Letztere keineswegs als nur passiv Agierende, sondern in gleicher Weise als aktiv Ausführende von Angriffen und Drohungen gegen die Asylunterkunft angesehen. Vor dem Hintergrund weiterer Texte kann aber insgesamt konstatiert werden, dass der NPD bzw. auch der BMH (und deren Abspaltung, der Bürgerinitiative für ein lebenswertes Marzahn-Hellersdorf – im Folgenden abgekürzt: BLMH) wesentlich mehr – zumindest in systematischer und strategischer Hinsicht – Bedrohungspotential als den Anwohner*innen zugeschrieben wird und daher eine starke Fokussierung auf diese Akteur*innen zu konstatieren ist. In diesem Sinne heißt es bspw. in einem Text einer antifaschistischen Gruppe⁷⁷ vom 30. September im Zusammenhang einer »antirassistische[n] Demonstration« am 3. Oktober, der auf eine Ankündigung der BMH Bezug nimmt, folgendermaßen:

»Nazis [wollen; J.H.] die Demo unterwandern, Personen abfotografieren und sie aktiv stören. [...]

Schon in der Vergangenheit kam es immer wieder zu Übergriffen durch Nazis in Hellersdorf. So wurde die dreiwöchige Mahnwache immer wieder durch stadtbekanntes Nazis beobachtet und versucht abzufotografieren. Nächtliche Attacken von Nazis auf die Flüchtlinge, linke Aktivisten, Wahlkampfshelfer und Anwohner prägten die Berichte der letzten Wochen.

Bedrohungen von Flüchtlingen und Aktivisten, Anschläge und Anschlagdrohungen auf das Heim zeigen aber, dass man die Bedrohungslage nicht runterspielen darf.« (Antifa 2013)

Und vor dem Hintergrund, dass sich die Heimleiterin* Martina Wohlrabe sowie Polis Mitte Oktober mit André Kiebis (vormals aktives Mitglied in der BMH und Gründer* der BLMH) in der Asylunterkunft treffen, schreibt Dekonstruktion Ost am 17. Oktober: Es sei unverständlich,

⁷⁷ Eine genauere Zuordnung zu einer Gruppe oder Einzelperson ist hier nicht möglich. Der Text erschien auf dem Portal linksunten.indymedia.org, auf dem Texte auch ohne die Angabe von Autor*innen eingestellt werden (konnten).

»dass zu einem Treffen in der Unterkunft selbst geladen wurde, also Rassist_innen der Zutritt in das Wohnumfeld der Geflüchteten gewährt wurde. Gerade Kiebis wurde dabei gesehen, wie er im Vorfeld des Anschlags [ein Buttersäureanschlag vor dem Beziehen der Asylunterkunft; J.H.] eines Abends über den Zaun der Unterkunft kletterte [...]. Wohlrabe handelt also nicht im Sinne der Geflüchteten, sondern nach einer privaten Agenda, die sich mit dem rassistischen Volksmob solidarisiert. Alltagsrassistische Äußerungen über die angenommenen Eigenschaften der ›Volksgruppen‹, die in der Unterkunft wohnen, runden das Bild nur ab. Wohlrabe? Nein, das ist eine Übelkrähe!« (Dekonstruktion Ost 2013b)

Entsprechend werden auch Polis, dessen Leiter* Thomas Bryant und der Träger, das SPI, kritisiert:

»Das [sic] wir von Polis nichts erwarten konnten, ist schon über die letzten Jahre klar geworden. Insbesondere Thomas Bryant fällt durch sture Ignoranz sämtlicher rechten und rassistischen Strukturen im Bezirk auf, nur sein SPD-Parteibuch hievte und hält ihn im Amt. [...] Der Bezirk sollte schnell und intensiv drüber nachdenken, ob Polis und SPI fähig sind, ihren Aufgaben in Marzahn-Hellersdorf nachzukommen.« (Ebd.)

Neben der Bedrohungslage durch die BLMH wird in beiden Zitaten eine Personalisierung von Rassismus deutlich, indem jeweils konkrete Namen bzw. Akteur*innen mit Rassismus in Verbindung gebracht werden, aber keine gesellschaftlichen Strukturen thematisiert werden (siehe dazu das folgende Unterkapitel 6.2). Des Weiteren werden die »Rassist_innen« sowie die Unterkunftsleitung als eine Art ›Lager‹ konstruiert, das – direkt oder indirekt – gegen die Unterkunftsbesohner*innen handelt. Neben der unmissverständlich vorgetragenen Kritik an Polis wird indirekt auch die Bezirkspolitik kritisiert, die die Koordinierungsstelle zumindest gewähren lässt. Wesentlich direkter wird die Bezirkspolitik in einer Textpassage des Solidaritätsnetzwerkes kritisiert, in der es um dessen Aktivitäten im Rahmen der Mahnwache vor der Asylunterkunft geht:

»Nicht nur die rassistische Bürgerinitiative versucht die Arbeit des Solidaritätsnetzwerkes anzugreifen. Vertreter_innen des Solidaritätsnetzwerkes wurde durch Bezirkspolitiker_innen mehrerer Parteien signalisiert, dass die antirassistische Präsenz vor Ort nicht mehr erwünscht ist.« (Solidaritätsnetzwerk 2013b)

Entsprechend der/n erfolgten Situationsdeutung/en inszenieren sich antirassistische und antifaschistische Akteur*innen wiederum als letztlich einzige und aus ihrer Sichtweise äußerst notwendige Gegenkraft zugunsten der Asylunterkunft bzw. der Unterkunftsbesohner*innen. In diesem Sinne führt etwa ein Aktivist* der Mahnwache in einem Interview mit dem Neuen Deutschland von Mitte September Folgendes aus:

»[Wir; J.H.] fungieren [...] auch als Blitzableiter, wenn wir beleidigt und bepöbelt werden anstelle der Bewohner der Unterkunft. Und durch unsere Anwesenheit verschiebt sich auch die eigene Wahrnehmung der rassistischen Anwohner_innen. Sie sind nicht mehr in der Rolle der Angreifenden, die die Unterkunft und ihre Bewohner_innen (verbal) attackieren, sondern werden zurückgedrängt auf eine Verteidigungsrolle, in der sie sich für ihre Handlungen und ihre Denkweisen rechtfertigen müssen.« (Mahnwache 2013)

Mit der Metapher des Blitzableiters werden die oben (siehe Unterabschnitt 6.1.3) bereits herausgearbeiteten Forderungen nach umfassendem Schutz der Unterkunftsbewohner*innen abermals anschaulich dargestellt, aber ebenso die ständige Gefahr durch Angriffe, die sich – die Metapher aufgreifend – wie aufziehende Gewitterfronten entladen können. Gleichzeitig wird hier das Agieren antirassistischer Akteur*innen als durchaus erfolgreich eingeschätzt, wie es auch in einem weiteren Statement eines Aktivist*in der Mahnwache zum Ausdruck kommt: »Solidarische Menschen haben adäquat auf die rassistischen Ausfälle vom 19. August reagiert [...]. Eine Pogromstimmung, wie sie besonders von den Berliner Nazis herbeigewünscht wurde, ist so schon im Keim erstickt worden.« (Solidaritätsnetzwerk 2013b) In beiden Zitaten wird nahegelegt, dass nur durch die Aktionen und Reaktionen antirassistischer Aktivist*innen ein »Brandherd« (ebd.), wie es an anderer Stelle heißt, verhindert werden konnte, was eine Kritik an Bezirkspolitik, Polizei und am Heimbetreiber impliziert, können diese den Schutz der Bewohner*innen keineswegs gewähren.

Insgesamt kann somit zunächst festgehalten werden, dass sowohl *Flüchtlinge* als auch die mit ihnen Sympathisierenden als Zielscheibe von rassistisch agierenden Akteur*innen, allen voran die NPD und die BMH, dargestellt werden. Die Bezirkspolitik wird dabei keineswegs als Ersteren gegenüber unterstützende ›Kraft‹ angesehen, ebenso wenig die Polizei. Die Gesamtsituation wird somit ähnlich polarisierend – d.h. antirassistische und antifaschistische Akteur*innen, Unterstützer*innen und die *Flüchtlinge* als negativ Betroffene einerseits und Anwohner*innen, rechte Akteur*innen, Staat (die Polizei), bezirkliche Akteur*innen sowie die Bezirkspolitik andererseits – konstruiert wie vor dem Einzug der *Flüchtlinge*.

Vor dem Hintergrund dieser polaren Darstellung greifen einige Akteur*innen auf Gewalt- und Kampfrhetorik zurück, wie bereits oben gezeigt (siehe S. 128f.). So fordert etwa Dekonstruktion Ost unmissverständlich, die »BMH zu zerschlagen!« (Dekonstruktion Ost 2013b); und das antirassistische Infoportal, dass im Bezirk die »rassistische Hegemonie gebrochen werden« müsse (Infoportal 2013b). Ein Aktivist*in der Mahnwache spricht davon, dass rassistisch agierende Bewohner*innen erfolgreich »auf eine Verteidigungsrolle« »zurückgedrängt« werden konnten (Mahnwache 2013) – eine Formulierung, die bildlich an ein erfolgreiches Zurückdrängen ins ›gegnerische‹ Territorium erinnert. In einem Demonstrationsaufruf vom 30. September wird von einer »antifaschistische[n] Präsenz« gesprochen, die »kraftvoll, entschlossen und wehrhaft auf die Hellersdorfer Straßen geht« (Antifa 2013) – ein Bild einer geschlossenen, ggf. auch aktiv kämpfenden sowie starken Gruppe. Und vor dem Hintergrund des Einzugs der ersten *Flüchtlinge* am 19. August wird zudem die Frage aufgeworfen, welche Rolle »die Linke«, d.h. antifaschistische und antirassistische Akteur*innen, »in den nächsten Tagen in (offensiven) Abwehrkämpfen zum Schutz der Migrant*innen leisten [sic] kann« (AntirassistInnen 2013).

Schließlich ähneln sich ebenso die geforderten Konsequenzen. Hierbei steht allerdings nicht mehr so sehr der unmittelbare Schutz der Unterkunft – Ausnahme sind Ausführungen des Berliner Flüchtlingsrates kurz nach dem Einzug der ersten Bewohner*innen – im Vordergrund, sondern der Aufbau längerfristiger antirassistischer und antifaschistischer Strukturen innerhalb

des Bezirks. Das Solidaritätsnetzwerk schreibt in einer Veröffentlichung vom 9. September dazu, dass

»in den nächsten Wochen eine Informations- und Vernetzungsstelle auf dem Kastanienboulevard eröffnen [wird; J.H.], die dauerhaft antirassistische Arbeit unter Kooperation verschiedener Initiativen und Gruppen leisten wird. Damit schafft das Solidaritätsnetzwerk einen politischen und solidarischen Raum, der als Symbol- und Aktionspunkt inmitten der rassistischen Normalität Hellersdorfs fungiert.« (Solidaritätsnetzwerk 2013b)

Gleichzeitig wird die Bezirkspolitik ermahnt, »antirassistische[r] Arbeit« einen höheren Stellenwert im Bezirk zukommen zu lassen, und an die Hellersdorfer Zivilgesellschaft appelliert, ihr Engagement gegen Rassismus weiter fortzuführen (vgl. ebd.). Genauer ausgeführt werden diese Aspekte allerdings nicht, sondern stellen lediglich Appelle dar. Ähnlich in diesem Sinne das antirassistische Infoportal in einem Statement vom 23. August, in dem ein »dauerhafte[r] und nachhaltige[r] Aktionsplan durch Stadt und Bezirk, der Rassismus aufklärend und sanktionierend entgegentritt«, eingefordert wird (Infoportal 2013a).

Abschließend kann resümiert werden, dass die grundlegenden Einschätzungen verschiedener antirassistischer und antifaschistischer Akteur*innen in den Wochen vor und nach dem Einzug der *Flüchtlinge* sich durchaus ähneln, gleichwohl in der Zeit nach deren Einzug umfassendere Konsequenzen gefordert werden, die über den unmittelbaren Schutz der *Flüchtlinge* hinausgehen. Rassismuskritisch ist in diesem Zusammenhang jedoch anzumerken, dass zentraler Bezugspunkt derartiger Forderungen überwiegend gewalttätige Formen von Rassismus sind, die von bestimmten Personengruppen ausgehen – primär von rechten Akteur*innen. An verschiedenen Stellen wird zwar auf Rassismus reproduzierende Strukturen wie etwa auf die deutsche oder die europäische *Flüchtlingspolitik* (vgl. Mahnwache 2013) Bezug genommen und konstatiert, dass Rassismus »kein Randphänomen« sei, sondern »mitten in der Gesellschaft« gedeihe und eine »rassistische Normalität« in Hellersdorf herrsche (Solidaritätsnetzwerk 2013b). Diese Ausführungen beziehen sich allerdings in erster Linie auf bestimmte »konkrete« Akteur*innen. Die umfassende Normalität von Rassismus wird dabei nicht thematisiert, sondern – wie im letzten Zitat – lediglich punktuell kurz erwähnt.⁷⁸ Damit verbunden ist eine tendenzielle Personalisierung von Rassismus, die im nächsten Abschnitt näher herausgearbeitet wird. Darüber hinaus sind – mit Ausnahme von Aktivist*innen der Mahnwache, die ihr Verhalten den Unterkunftsbewohner*innen gegenüber in den Tagen nach deren Einzug in der Retrospektive mitunter zumindest problematisieren⁷⁹ (vgl. Solidaritätsnetzwerk 2013b) – keinerlei kritische Selbstreflexionen eigenen Agierens in der Auseinandersetzung um die Asylunter-

⁷⁸ Ähnlich auch die Ausführungen eines Aktivist*in der Mahnwache, der die »Das-Boot-Ist-Voll-Rhetorik [sic]« (Mahnwache 2013) des damaligen Innenministers* Friedrich kritisiert sowie die EU und ihre Grenzschutzagentur Frontex, ohne dass diese Aspekte aber näher ausgeführt werden. Somit bleiben diese letztlich im assoziativen Bereich.

⁷⁹ So führt das Solidaritätsnetzwerk (2013b) aus, dass es zunächst Berichte über einige Geflüchtete gegeben habe, »die von unserem Auftreten erschreckt wurden, weil sie uns nicht klar einordnen konnten. Das führte unter uns zu einem Reflektionsprozess [sic], an dessen Ende die Einrichtung der Mahnwache als Infopunkt führte.«

kunft festzustellen. Vielmehr wird das eigene Handeln als das jeweils ›richtige‹ wahrgenommen. Schließlich ist – wie bereits oben (siehe S. 131 konstatiert wurde – ebenso auffällig, dass die Zusammenarbeit mit Netzwerken bzw. entsprechenden antirassistischen Akteur*innen im Kontext von *Flüchtlingsselbstorganisation(en)* i.w.S. keineswegs thematisiert wird. Ein Hinweis auf die überwiegend *weiß* positionierten (siehe dazu Unterkapitel 1.3) antirassistischen und antifaschistischen Akteur*innen.

6.2 Personalisierung von Rassismus

Wie bereits erwähnt, wird Rassismus – nicht ausschließlich, aber im Rahmen der Auseinandersetzung doch dominierend – von antirassistischen und antifaschistischen Akteur*innen bestimmten ›konkreten‹ Personen bzw. Akteur*innengruppen zugeschrieben, weswegen hier von einer Personalisierung gesprochen werden kann. Dies wird nicht zuletzt in der Rede von den »Rassist_innen« oder den »Neonazis«, der NPD, der BLMH oder bspw. auch dem »rassistischen Vorstand« (Dekonstruktion Ost 2013a) der Wohnungsbaugesellschaft Wuhletal e.G. deutlich. In diesem Sinne lauten entsprechende Überschriften verschiedener Texte folgendermaßen: »Wohlrabe oder doch eher Übelkrähe? Die Unterkunftsleitung und die Rassist_innen!« (Dekonstruktion Ost 2013b); »Hellersdorf – Rassisten und Neonazis geoutet!« (Anonymus 2013a); »Rassist_innen und Neonazis hetzen gegen Flüchtlinge in Hellersdorf! Fight back« (Antifa Marzahn-Hellersdorf 2013a) oder auch »Morgen NPD und Rassist_innen in Hellersdorf aufhalten!« (Antifa MaHe 2013a).

Die in den Überschriften und vielen Texten vorkommende Bezeichnung »Rassist_innen« umfasst i.d.R. die nicht weiter organisierten, aber nicht zuletzt mit der Bürgerinitiative Marzahn-Hellersdorf (BMH) (und ggf. NPD) sympathisierenden Hellersdorfer*innen, mitunter aber ebenso organisierte rechte sowie andere Akteur*innen (rechte Akteur*innen werden jedoch meist als »Neonazis« bezeichnet). Die Bezeichnung »Rassist_innen« ist allerdings aus mindestens zwei Gründen äußerst problematisch: Zum einen produziert diese Formulierung eine eindeutige Dichotomie zwischen Rassist*innen und Nicht-Rassist*innen, legt dabei also ein spezifisches Selbst- und Fremdbild der dieses artikulierenden Akteur*innen nahe. Im Kontext der hier betrachteten Texte positionieren sich auf diese Art und Weise antifaschistische und antirassistische Akteur*innen stets außerhalb von Rassismus und keineswegs als involviert in eine rassistisch strukturierte Gesellschaft. In der logischen Konsequenz einer derartigen Konstruktion agieren dann im Grunde – zugespitzt formuliert – alle anderen Akteur*innen rassistisch (wie etwa Staat, Bezirk, Politik und Anwohner*innen) außer die sich als antirassistisch Bezeichnenden selbst, ihre Sympathisant*innen und die Betroffenen von Rassismus (hier vor allem die *Flüchtlinge*). Zum Zweiten legt jene Bezeichnung nahe, dass Rassismus primär von unmittelbaren, gleichsam ›greifbaren‹ Akteur*innen, Gruppen, Einzelpersonen o.Ä. ausgeht. Institutionen und ihre Praxen sowie gesellschaftliche Diskurse, die auf verschiedene Weise(n) Rassismus re_ -produzieren, bleiben hingegen konsequent ausgeblendet. Dadurch aber wird die Komplexität von Rassismus nicht sichtbar.

Vor diesem Hintergrund soll nun ein kurzer Blick auf eine besonders bemerkenswerte Textpassage und ein Plakat mit einem Begleittext geworfen werden. Oben (siehe S. 132) wurde bereits folgende Passage von Dekonstruktion Ost (2013a) vom 15. August zitiert, in der ein Bekenntnis vom Bezirk Marzahn-Hellersdorf gefordert wird, dass dieser

»ein Problem mit Rassist_innen hat[,] und zwar nicht vereinzelt, sondern in einer großen Mehrheit und auch in der Verwaltung und [in; J.H.] politischen Ämtern. Er [der Bezirk; J.H.] muss dem offensiv entgegenwirken. Dazu reicht es nicht, Funktionsstellen zu schaffen, sich schöne Titel zu verleihen und ein Imageprogramm [...] zu starten. Vielmehr muss Aufklärung, praktischer Schutz vor Rassismus und bezirklicher Widerstand inkl. Alternativen zum Lagerkonzept des Landes organisiert werden.«

Auch in diesem Zitat ist von »Rassist_innen« die Rede – im Kontext der Passage sind damit nicht nur rassistisch agierende Anwohner*innen bzw. Hellersdorfer*innen sowie organisierte rechte Akteur*innen gemeint, sondern ebenso Verantwortliche in Politik und Verwaltung. Der »Bezirk« steht hier für die politisch Verantwortlichen i.w.S., an die eine entsprechende Handlungsaufforderung adressiert ist, gegen Rassismus im Bezirk vorzugehen. Es wurde bereits auf die widersprüchliche Argumentation hingewiesen (siehe S. 132), dass einerseits der Hellersdorfer Gesellschaft i.w.S. Rassismus attestiert wird, gleichzeitig aber eine Art ›Schuldkenntnis‹ und ein deutliches Engagement dagegen (›bezirklicher Widerstand‹) – hier von der Politik – gefordert wird. Besonders bemerkenswert ist nun, dass innerhalb der Passage auf der einen Seite zwar durchaus gesellschaftliche Strukturen – die Verwaltung – benannt werden, diese allerdings nicht als normalisierend bzw. in ihrer Wirkungsweise als Institution(en) Rassismus hervorbringend angesehen. Vielmehr zeigt sich hier ein Rassismusverständnis, das das Phänomen nicht zuletzt ›in‹ einzelne Handelnde in der Verwaltung ›hineinverlegt‹. Rassismus erscheint damit als auf individuellen (bewussten) Motivationen, Einstellungen o.Ä. basierend und jeweils handlungsbestimmend zu sein, so dass etwa Handlungslogiken und -routinen einer Institution aus dem Blick geraten. In dieser Logik würde es dann letztlich ausreichen, »Rassist_innen« durch Nicht-Rassist*innen i.S. antirassistischen Handelns zu ›ersetzen‹ – möglicherweise eine Ebene des geforderten »offensiv[en]« Vorgehens des Bezirks.

Schließlich sind aber ebenso zwei der drei geforderten Konsequenzen personalisierend in Bezug auf Rassismus: Im Kontext der Textpassage bedeutet Aufklärung bspw., die hinter der BMH stehenden Akteur*innen konkret zu benennen und Verflechtungen mit den rechten Akteur*innen aufzuzeigen. Möglicherweise beinhaltet Aufklärung ebenfalls die Auseinandersetzung mit rassistisch agierenden Anwohner*innen. Ferner bezieht sich der geforderte »Schutz vor Rassismus« – wie oben bereits ausgeführt (siehe Abschnitt 6.1.2) – primär auf dessen gewalttätige Formen (und nicht auf rassistische Diskriminierung im Allgemeinen), die wiederum von bestimmten Gruppen (Anwohner*innen, rechten Akteur*innen) ausgeübt werden.

Wie zugespitzt sich personalisierende Deutungen von Rassismus im Hellersdorfer Konflikt zeigen können, soll nun anhand einer kurzen Analyse eines Plakates aufgezeigt werden. Dabei handelt es sich um ein in zwei unterschiedlichen Formaten ausdrückbares PDF-Dokument –

eben als Plakat gedacht –, das am ersten August auf dem linken Portal linksunten.indymedia.org anonym⁸⁰ veröffentlicht wurde. Dem PDF-Dokument ist ein Text vorangestellt, der teilweise ebenfalls Bestandteil des Plakats ist. Darin heißt es u.a.: »Nachfolgend einige Informationen [...] und Druckvorlagen für den Eigengebrauch antifaschistischer Aktivist*innen.« (Anonymus 2013a) Es handelt sich also explizit um die Ansprache von Antifaschist*innen untereinander. Zudem wird mit dem Hinweis auf den »Eigengebrauch« (ebd.) eine entsprechende Handlungsaufforderung nahegelegt, das Plakat zu verbreiten bzw. auch anderweitig aktiv zu werden (s.u.).

Auf dem Plakat, das wie eine Art Steckbrief wirkt, sind zwei, die Gesamtfläche zu gut einem Drittel einnehmende Porträtfotos von André Kiebis, aktiv in der BMH, sowie Matthias Wichmann, NPD-Abgeordneter* der Marzahn-Hellersdorfer BVV, abgebildet. Die Überschrift darüber lautet: »Stoppt die Hetze!« (Anonymus 2013b) Im Text unter den Fotos werden ihre Funktionen und die Verstrickungen beider Akteure* in die rechte Szene beschrieben, ihre Wohnadressen angegeben und beide maßgeblich für die »hasserfüllte und aggressive Stimmung« gegenüber *Flüchtlingen* im Stadtteil verantwortlich gemacht (ebd.). Die gesamte Aufmachung und der Duktus des Textes lassen beide als die ›Drahtzieher‹ der Situation um die Asylunterkunft schlechthin erscheinen. Besonders deutlich wird dies an der Charakterisierung von André Kiebis:

»Seine zentrale Position in der BMH und Vernetzung mit den Berliner Neonazis macht ihn brandgefährlich. Durch seine Tätigkeit koordiniert er den Mob und gibt ihm eine klare Zielrichtung: Die Flüchtlinge zu vertreiben oder ihnen ihr zukünftiges Lebensumfeld so feindselig wie möglich zu gestalten.« (Ebd.)

Kiebis zieht gleichsam ›die Fäden‹ und ist der ›Dirigent*‹ des »Mob[s]« – wer unter Letzterem genau zu verstehen ist, bleibt hingegen unklar. Vor dem Hintergrund verschiedener Texte von antifaschistischen Akteur*innen (s.o.) sind darunter mit Sicherheit Anwohner*innen bzw. Hellersdorfer*innen gemeint, die sich im Rahmen der BMH engagieren bzw. mit ihr sympathisieren und gegen die Asylunterkunft agi(ti)eren. Die Bedrohung durch Kiebis wird ferner feuermetaphorisch nahegelegt: Er wird als »brandgefährlich« bezeichnet, was ein entsprechend schnelles und entschiedenes Handeln gegen ihn erforderlich macht, droht doch sonst eine Art ›Flächenbrand‹ in Hellersdorf, so die mit diesem Bild transportierte Botschaft. Diese Dringlichkeit des Handelns gegen die beiden »Rassisten« wird zudem in der Überschrift »Stoppt die Hetze!« vermittelt, denn ›Schlimmeres‹ ist zu verhindern, d.h. zu stoppen. Aber auch im folgenden, auf dem Plakat besonders hervorgehobenen Satz wird die Bedrohung von Kiebis und Wichmann unmissverständlich dargestellt: »Wenn Rassisten angreifen, sorgen wir dafür, dass sie es nie wieder tun!« (Ebd.) »Nie wieder« legt in diesem Kontext nahe, dass hierbei vor Gewalt nicht zurückgeschreckt wird und es – zugespitzt formuliert – um eine existentielle Dimension geht: Tod oder Leben. Die Androhung von Gewalt wird des Weiteren in einem anderen Satz unmissverständlich formuliert: »[D]ie Hetzer werden auch persönlich Konsequenzen tragen müssen, wenn eine*r der Flüchtlinge angegriffen wird.« (Ebd.) Wie bereits oben herausgearbeitet (siehe

⁸⁰ Angegeben wurde: »Created by: Anwohner*innen«. Aufgrund der detaillierten Hintergründe, der Adressierung und der Sprachwahl gehe ich davon aus, dass es sich um eine Hellersdorfer Antifa-Gruppe handelt.

S. 128f.), werden hier gewalttätige Formen bzw. Androhungen rechter Akteur*innen mit – zumindest potentieller – Gegengewalt beantwortet.

Auffällig ist insgesamt die Fixierung auf diese beiden Akteur*innen als Urheber* der Proteste gegen die Asylunterkunft im Stadtteil. Beide stehen stellvertretend für die Gesamtheit der zu bekämpfenden »Rassisten« in Hellersdorf und gleichsam für das personifizierte Böse schlechthin. In diesem Zusammenhang wird in dem Text ein starkes ›Wir‹ – die antifaschistischen Akteur*innen – angerufen, das als handlungsfähig konstruiert wird, indem es mögliche ›Aktionen‹ gegen Wichmann und Kiebis ausführen wird, da beide in der Textpassage letztlich für vogelfrei erklärt werden. Die Stärke der Antifa wird ebenso in der obigen Formulierung »nie wieder« demonstriert, denn im Grunde bedeutet ein besagter Angriff der »Rassisten« so massive Gegenmaßnahmen durch die Antifa, dass Erstere zu vernichten sind. In diesem Sinne handelt es sich um eine Art antifaschistischer ›Schutztruppe‹ für Hellersdorf. Auf diese Weise erscheint der Kampf gegen Rassismus als ein Kampf zwischen den (beiden) »Rassisten« und den antifaschistischen Akteur*innen, d.h. auf einer personalisierenden Ebene.

6.3 *Flüchtlinge* und Anwohner*innen als Opfer von Imperialismus

Abschließend gehe ich auf einen Flyer ein, der von der Sozialistischen Linken Berlin verfasst und am 10. August im Umfeld der zu eröffnenden Asylunterkunft verteilt wurde. Der Flyer wird an dieser Stelle deshalb in einem eigenen Kapitel näher betrachtet, weil die darin vorgetragenen Argumentationen über weite Passagen wesentlich anders als in den bisher betrachteten Texten antirassistischer und antifaschistischer Akteur*innen akzentuiert sind, wodurch gleichermaßen das Spektrum der verschiedenen Situationsdeutungen jener Akteur*innen erweitert wird.

Auf einer inhaltlichen Ebene werden in dem Flyer die Anwohner*innenproteste gegen die Asylunterkunft in letzter Konsequenz mit dem »Imperialismus« – als einem »menschenfressende[n] weltweite[n] System« – in Zusammenhang gebracht (Sozialistische Linke 2013). Konkret wird ein expliziter (Interessen-)Gegensatz zwischen den Politiker*innen auf der einen Seite – bezeichnet als »Charaktermasken« und »Politikbonzen«, die für die Interessen der »Profit- und Machtspiele der Großmächte« stehen – sowie einem ›Wir‹ auf der anderen Seite aufgemacht (ebd.). Dieses ›Wir‹ umfasst Menschen, die »ihr Leben lang arbeiten, um sich und die Familie ernähren [zu können; J.H.] und ihr ein mehr oder weniger würdiges Leben zu ermöglichen« (ebd.). Deutlich wird in dem gesamten Text, dass dieses ›Wir‹ nicht nur die die Asylunterkunft ablehnenden Anwohner*innen inkludiert, sondern ebenso die Autor*innen des Textes selbst und schließlich die *Flüchtlinge*. Damit wird eine Nähe zwischen den Autor*innen und Adressat*innen des Textes hergestellt. Die Gleichsetzung der verschiedenen ›Gruppen‹ wird, beziehungsweise auf die *Flüchtlinge*, in einer weiteren Passage wie folgt ausgeführt: »Es sind Menschen wie wir, die in Kriegen, die unter falschen und scheinheiligen Vorwänden geführt werden, für die Interessen der Herrschenden[...] verrecken und[...] die vor Armut und bewaffneten Einsätzen um ›mehr Demokratie‹ fliehen.« (Ebd.)

In zwei weiteren Textpassagen wird die Gleichsetzung – wiederum primär fokussiert auf *Flüchtlinge* – noch weiter zugespitzt, indem vor dem Hintergrund der Anwohner*innenproteste gegen die Asylunterkunft rhetorisch gefragt wird:

»Sollen wir uns gegen Menschen wehren, mit denen wir vielleicht viel mehr gemeinsam haben[,] als wir denken?« (Ebd.) Und: »Sie [die Flüchtlinge; J.H.] sind in Wirklichkeit genau wie wir – uns eint der gleiche Feind, der uns und sie ausbeutet und schikaniert und sie zur Flucht aus ihrer Heimat zwang: der Imperialismus!« (Ebd.)

Die Gleichsetzung von *Flüchtlingen* und Hellersdorfer*innen (bzw. allgemein Bürger*innen) wird des Weiteren durch eine konsequente Opferkonstruktion deutlich: Während *Flüchtlinge* vor Krieg fliehen müssten, werden die Hellersdorfer*innen als Opfer der (Hellersdorfer) Politik angesehen. Die die Unterkunft ablehnenden Haltungen von Anwohner*innen als Ausgangspunkt nehmend, wird in diesem Sinne ausgeführt, dass sich nun »tausend Fragen, welche Auswirkungen« die Unterkunft haben werde, stellten. So fragt die Sozialistische Linke, ob die Kriminalität steigen werde oder, auch viel grundsätzlicher, warum »Millionen von Euros [sic] in die Umfunktionierung einer Schule in ein Flüchtlingsheim gesteckt [werden; J.H.], wenn doch seit Jahren Kitaplätze fehlen und es an sozialer Infrastruktur mangelt?« (Ebd.) In dieser Passage werden zentrale Argumentationsmuster re_produziert, die ebenfalls rechte Akteur*innen vortragen (siehe dazu Kapitel 7), indem rassistische Zuschreibungen wie eine erwartete Zunahme von Kriminalität aufgegriffen werden oder aber im Sinne einer Ethnisierung des Sozialen argumentiert wird. Mit Letzterem ist gemeint, dass zwischen (weißen) Deutschen, denen legitimerweise etwas zukommt (hier: die Kitaplätze), und *Flüchtlingen*, denen nicht legitimerweise die (>teure<) Unterkunft gestellt wird, zugunsten Ersterer unterschieden wird.

Zwar stellen diese in Rassismus verstrickten Ausführungen, das möchte ich betonen, nicht die Meinung der Sozialistischen Linken dar, vielmehr grenzt sie sich von den so bezeichneten »Faschisten«, den rechten Akteur*innen, unmissverständlich ab. Nichtsdestotrotz werden rassistische Argumentationsmuster in der Textpassage hervorgebracht und – das ist das Entscheidende – als Haltungen von Hellersdorfer*innen damit zugleich legitimiert. Dadurch wird den die Asylunterkunft ablehnenden Hellersdorfer*innen eine verständnisvolle Haltung entgegengebracht, während sie gleichzeitig von ihren rassistischen Zuschreibungen *Flüchtlingen* gegenüber tendenziell entlastet werden. Denn der Konflikt um die Asylunterkunft sei Produkt des »Imperialismus« (als dessen Opfer die Hellersdorfer*innen angesehen werden; s.o.):

»Wir sagen: Diese Konflikte werden von der BRD, dem deutschen Imperialismus und seinen Exekutivorganen, Handlangern, Faschisten und Marionetten geschürt – um uns zu spalten und die berechtigte Wut und den Hass in eine Richtung zu lenken, die Ihnen [sic] nichts anhaben kann! Teile und Herrsche. So war es schon immer.« (Sozialistische Linke 2013)

Insofern komme der Politik – verstanden als jene »Exekutivorgane« – der Konflikt um die Asylunterkunft durchaus gelegen, so die Schlussfolgerung der Sozialistischen Linken. Mit diesen Ausführungen wird das Feindbild Politik auf populistische Art und Weise re_produziert – ganz

ähnlich wie auch von rechten Akteur*innen sowie die Unterkunft ablehnenden Anwohner*innen (siehe Unterabschnitt 7.1.1).

Rassismuskritisch sind abschließend folgende Punkte anzumerken: Wie erwähnt, wird im Text nicht differenziert zwischen den Menschen, die von Rassismus i.w.S. negativ betroffen sind, und denjenigen, die davon gleichermaßen profitieren. Vielmehr wird ein abstraktes ›Wir‹ konstruiert, das von Ausbeutung – hier die Menschen in Deutschland und dort in den Ländern, aus denen Menschen flüchten – betroffen ist. Unterschiedliche gesellschaftliche Positionierungen werden in diesem Zusammenhang schließlich ebenso konsequent ausgeklammert. Die fehlende Differenzierung ist darauf zurückzuführen, dass Rassismus für die Sozialistische Linke im Grunde keineswegs ein konstitutives Merkmal der Gesellschaft darstellt, sondern lediglich – in Anlehnung an die Marx'sche Formulierung – einen ›Nebenwiderspruch‹ kapitalistischer Strukturen. In diesem Sinne gilt der Kampf eines kollektiven ›Wir‹ dem Kapital, seinen Repräsentant*innen, Profiteur*innen und »Handlangern«. (Freilich wird dabei durchgehend ausgeklammert, dass auch Hellersdorfer*innen von kapitalistischen Strukturen profitieren.) Rassismus wird damit aber nicht in seiner relativen Autonomie sowie seinen spezifischen gesellschaftlichen Auswirkungen thematisiert.

6.4 Fazit aus rassismuskritischer Perspektive

Im Gegensatz zu den meisten parteipolitischen und einigen zivilgesellschaftlichen Akteur*innen, deren Deutungen im Rahmen des Konflikts um die Asylunterkunft im vorigen Kapitel 5 herausgearbeitet wurden, wird Rassismus von den antifaschistischen und antirassistischen Akteur*innen zunächst explizit thematisiert. Neben den rechten Akteur*innen wird dabei ebenfalls den gegen die Unterkunft agierenden Anwohner*innen/Hellersdorfer*innen Rassismus zugeschrieben – ausgenommen von diesen Zuschreibungen die Ausführungen der Sozialistischen Linken –, mitunter auch gesellschaftliche Strukturen damit in Verbindung gebracht. Dennoch sind rassismuskritisch folgende Punkte bemerkenswert und zu problematisieren:

- Rassismus wird – obgleich nicht ausschließlich, aber doch dominierend – an manifeste Gewalt gekoppelt, wie bspw. in Form von Bedrohungen durch rechte Akteur*innen sowie Anwohner*innen und Attacken gegen *Flüchtlinge* durch Polizei und Sicherheitspersonal. Die (Hellersdorfer) Politik unterstützt durch ein Geschehenlassen dieser Bedrohungen und durch ihre restriktive *Flüchtlingspolitik* diese Tendenzen mindestens indirekt und setzt auf diese Weise keinen Kontrapunkt dagegen. Mit einer derartigen Fokussierung aber wird Rassismus nicht als ein umfassendes gesellschaftliches Machtverhältnis angesehen und entsprechend in seinen – weiteren – komplexen Ausprägungen und Wirkungsweisen verkannt.
- Durch eine überwiegende Fokussierung auf ›konkrete‹ Personen und Gruppen wird Rassismus personalisiert, was zugleich institutionelle und strukturelle Formen von Rassismus ausblendet. In diesem Zusammenhang wird des Weiteren die bewusste – i.S. po-

litischer Überzeugungen – und durchaus ebenso rationale Deutungsressource Rassismus in der Charakterisierung von Anwohner*innen als emotional Reagierende («Wutbürger*innen«, »Mob« u.a.) relativiert.

- Auffällig ist ferner die starke Fokussierung auf rechte Akteur*innen und deren Netzwerke. Hier besteht die Tendenz, Rassismus primär mit diesen Akteur*innen zu assoziieren, infolgedessen Rassismus in den Rechtsextremismus hineinverlagert wird.
- Bemerkenswert ist das Fehlen der expliziten Einbeziehung – bzw. einer entsprechenden Forderung – von weiteren antirassistischen (Berliner) Communities, wie etwa *Flüchtlingsselbstorganisationen*, in die Auseinandersetzung um die Asylunterkunft i.S. einer grundsätzlichen und weiterführenden Strategie gegen Rassismus im Stadtbezirk. Dies kann als ein Hinweis auf die dominierende Positionierung der antirassistischen und antifaschistischen Akteur*innen als *weiß-deutsche* verstanden werden.
- Schließlich wird die je eigene Positionierung, das eigene Involviertsein in rassistische Strukturen keineswegs thematisiert, geschweige denn kritisch reflektiert. Seine maximale Zuspitzung stellen dabei Ausführungen der Sozialistischen Linken dar, die vollkommen verschieden positionierte Akteur*innen als Opfer von Kapitalismus ansieht und Rassismus lediglich als gesellschaftlichen Nebenwiderspruch kapitalistischer Verhältnisse betrachtet. Insgesamt wird rassistisches Agieren den jeweils ›anderen‹ Akteur*innen zugeschrieben, wodurch gleichermaßen die Komplexität rassistischer Verhältnisse verkannt wird.

7 (Nichtrassistische) Anwohner*innen als Opfer der Politik

Während in den beiden vorangegangenen Kapiteln 5 und 6 die jeweiligen Akteur*innen fokussiert wurden, die die Asylunterkunft grundsätzlich bejahen und *Flüchtlinge* im Bezirk willkommen heißen, stehen in diesem Kapitel jene Akteur*innen im Vordergrund, die gegen die Asylunterkunft agieren und diese ablehnen, d.h. in erster Linie rechte Akteur*innen sowie Anwohner*innen. Deutlich wird hierbei insgesamt, wie verschiedenartig, mitunter auch sehr widersprüchlich argumentiert wird, was insgesamt die These eines flexiblen Rassismus (siehe dazu Unterkapitel 1.2) stützt und veranschaulicht.

7.1 Deutungen von (Schlüssel-)Ereignissen

7.1.1 Politik versus Hellersdorfer*innen/›Deutsche‹

In den verschiedenen Texten bzw. Statements rechter Akteur*innen – NPD, Pro Deutschland und der Bürgerinitiative Marzahn-Hellersdorf (BMH) –, aber auch einiger Anwohner*innen bzw. Hellersdorfer*innen, die die Asylunterkunft ablehnen, wird eine grundlegende Opposition zwischen den Hellersdorfer*innen sowie den (Lokal-)Politiker*innen⁸¹ konstruiert. In diesem Sinne äußert sich im Rahmen der Informationsveranstaltung vom 9. Juli bspw. eine Teilnehmerin*:

»Ich (.) habe eigentlich diese Frage warum wird eigentlich einfach so über unsere Köpfe hinaus; bestimmt, ((zustimmende Zwischenrufe, starker Applaus)) dass es einfach so sein muss, ohne dass WIR dann noch irgendwo die Möglichkeit haben; uns dagegen zu wehren, oder einzelne SCHRITTE einzuleiten – weil, (-) w ja ich verstehe in dieser Hinsicht diese Politik einfach nicht« (Bezirksamt 2013f, TC: 18:53-19:19).

Ein anderer Teilnehmer* führt aus:

»Ja=a ick hab mal de an den Herrn Komoß ne kleine Frage, (.) da er unser Bürgermeister ist; sollte er doch eigentlich als unser, ja wie sacht man, Bürgermeister auftreten; ((Applaus, zustimmendes Gejohle)) (3.0) () warum ((räuspernen)) warum äh macht mein Bürgermeister dit wat der STAAT will und nicht wat die Bürger wollen. (.) ((Applaus, Gejohle)) Ganz einfach.« (Ebd., TC: 38:40-39:03)

Und schließlich noch ein weiteres Statement eines Teilnehmers*:

»Ähm ick möchte gerne mal versuchen eine neutrale politische Frage zu stellen, würde man jetzt im Anschluss hier abstimmen; ja oder nein zum Heim, (.) würde denn von der Politik die Mehrheit ähm (.) akzeptiert werden und dementsprechend auch gehandelt werden?« (Ebd., TC: 1:19:25-1:19:39)

⁸¹ Gleichwohl die NPD zu diesem Zeitpunkt mit zwei Abgeordneten in der BVV Marzahn-Hellersdorf vertreten war, richtet sich die im Folgenden verwendete Formulierung Politik oder Politiker*innen aus deren Sicht gegen die Abgeordneten der anderen Parteien (SPD, DIE LINKE, CDU, Grüne und Piraten).

Auffällig ist zunächst das in den verschiedenen Statements konstruierte ›Wir‹, welches in diesem Zusammenhang i.w.S. die Hellersdorfer Bürger*innen impliziert, ohne diese explizit zu benennen. Dadurch aber wird nahegelegt, dass die sich hier Äußernden jeweils im Namen aller Hellersdorfer*innen sprechen würden, wodurch das ›Wir‹ gewichtiger – in gewisser Weise eben als legitim – erscheint, als wenn ausschließlich aus einer subjektiven Position heraus in Form der ersten Person Singular gesprochen würde. Des Weiteren wird besonders in den ersten beiden Zitaten die starke Opferkonstruktion der Hellersdorfer*innen deutlich: Während die politischen Repräsentant*innen die Entscheidung zur Einrichtung der Asylunterkunft getroffen haben, erscheinen die Bürger*innen als allesamt dagegen – aber machtlos –, weil sie diese nicht mehr beeinflussen können. So erwecken die Ausführungen im ersten Zitat den Eindruck, dass die Hellersdorfer*innen wie in einer Art Falle sitzen und sich ihrem ›Schicksal‹ nun zu fügen haben. Damit wird das Agieren der Politik, u.a. in der Personifizierung von Stefan Komoß, in einen fundamentalen Gegensatz zu den Interessen der Bürger*innen gesetzt. Zudem wird angenommen, dass es dieses einheitliche Interesse der Hellersdorfer*innen überhaupt gäbe: nämlich die Verhinderung der Asylunterkunft.

In diesem Sinne wird die Entscheidung der (Lokal-)Politik, die *Flüchtlingsunterkunft* zu eröffnen, als zutiefst undemokratisch angesehen, und der Bezirksbürgermeister* als gegenüber staatlichen Interessen loyal wahrgenommen, nicht aber gegenüber den Hellersdorfer*innen, wie es im zweiten Statement zum Ausdruck kommt. Komoß wird damit zugleich als ›Verräter‹ von Interessen der Hellersdorfer*innen vorgestellt. Dass schließlich ein, worauf im dritten Statement angespielt wird, möglicher Mehrheitsbeschluss von Bürger*innen gegen die Unterkunft von der Politik ignoriert würde, komplementiert hier das Bild von der autoritär agierenden Politik.

In den verschiedenen Statements wird zudem ein spezifisches Verständnis des Verhältnisses von Bürger*innen zu politischen Repräsentant*innen transportiert: die unmittelbare und vollständige Umsetzung der – als weitestgehend homogen gedachten – Bürger*inneninteressen. Die Vielfalt gesellschaftlicher Interessen hingegen sowie eine auf Abwägung und Kompromissfindung gerichtete Politik bleiben außen vor.

Sehr ähnlich homogen – d.h. als gänzlich gegen die Asylunterkunft eingestellt – werden die Hellersdorfer*innen bzw. Anwohner*innen aus der Perspektive der NPD konstruiert. Dazu führt die Partei in einem Blogbeitrag vom 11. Juli in Bezug auf die Informationsveranstaltung zunächst Folgendes aus:

»Wenn beinahe 1000 Anwohner sich geschlossen auf einer Informationsveranstaltung gegen ein in ihrer Nachbarschaft zu eröffnendes Asylbewerberheim positionieren, dürfte man eigentlich erwarten, dass die Politik reagiert und auf die Befürchtungen der Bürger eingeht. Daß [sic] sie das nicht tut, zeigt eine eben [sic] solche Veranstaltung[,] die am 09.07.2013 in Hellersdorf stattfand.« (NPD 2013a)

In der Textpassage wird die große Anzahl von Anwohner*innen, die alle gegen die Eröffnung der Unterkunft eingestellt sind, hervorgehoben. Die Wörter »geschlossen« und »positionieren« erwecken dabei den Eindruck, dass es sich hier um eine entsprechend starke und ernstzunehmende ›Kraft‹ handelt – zumindest werden die Anwohner*innen als gänzlich monolithischer

Block konstruiert. Wie in den obigen Statements von Hellersdorfer*innen wird auch hier »die Politik« explizit als gegen die Interessen der Anwohner*innen agierend vorgestellt. Komplementär dazu wird Letzteren gegenüber eine äußerst verständnisvolle Haltung entgegengebracht, indem etwa die Erwartung geäußert wird, die Politik habe auf die »Befürchtungen der Bürger« einzugehen.

Wie autoritär das Vorgehen der Politik dargestellt wird, zeigen überdies die folgenden beiden Passagen des Blogbeitrags:

»Direkt auf der Veranstaltung kam zum Ausdruck, dass deutsche Anwohner sich unterzuordnen haben, wenn es darum geht, in [sic] daß [sic] in Ihrer [sic] Nachbarschaft ein Heim für Asylbewerber entstehen soll. Verordnete Toleranz. [...]

Vor Ort war unter anderem der Bezirksbürgermeister Stefan Komoß (SPD)[,] welcher sich schnell als Staatsmarionette entlarvte. Statt auf die vielen Anfragen der Bürger einzugehen, belehrte er die anwesenden [sic] lieber über seine Vorstellungen von Toleranz. Ängstliche Anwohner, darunter viele Mütter, wollten wissen, wer sich von nun an um ihre Sicherheit bemühe.« (NPD 2013a)

Anwohner*innen werden hier als Opfer politischer Entscheidungen – besagter »[v]erordnete[r] Toleranz« – angesehen. Ähnlich wie sich Bürger*innen in einem autoritären politischen System »unterzuordnen« haben, müssen dies nun die Hellersdorfer Anwohner*innen gegenüber der undemokratisch agierenden Politik tun. Wie bereits schon in den eingangs zitierten Statements anklang, wird auch in dieser Textpassage ein demokratisches Recht der Anwohner*innen darauf, dass die Unterkunft nicht eröffnet wird, als selbstverständlich angesehen.⁸² – Anwohner*innen werden des Weiteren in ihren Emotionen als »[ä]ngstliche«, um ihre Sicherheit fürchtende Mütter vorgestellt, wobei hier durchaus mögliche Bedrohungsszenarien mitschwingen, die diese nach dem Einzug der Unterkunftsbewohner*innen zu erwarten haben (siehe dazu die folgenden Unterkapitel 7.1.2, 7.1.3). Dass in diesem Zusammenhang Frauen* als Betroffenengruppe hervorgehoben werden – die im allgemeinen gesellschaftlich-patriarchalen Diskurs eher als »Schützende« gelten –, als »Mütter«, die dementsprechend Kinder haben, steigert zudem die hier imaginierte Bedrohung. Wie stark die Anwohner*innen als negativ Betroffene erscheinen, wird darüber hinaus in weiteren Textpassagen deutlich, in denen von »im Stich gelassene[n] Anwohner[n]«, von »allein gelassenen Anwohner[n]«, »Hilfesuchenden« oder davon die Rede ist, dass die Ängste der Anwohner*innen durch die Politik »nicht genommen werden« konnten (ebd.).

Dass die Interessen von Anwohner*innen und Politik als absolut diametral konstruiert werden, wird schließlich in der dem Bürgermeister* geltenden Bezeichnung »Staatsmarionette« zugespitzt dargestellt. Nahegelegt wird mit dieser Metapher, dass dieser nicht autonom handelt sowie die Bürger*innen vertritt, sondern stattdessen vielmehr als »Werkzeug« staatlicher Instanzen und deren Interessen fungiert. Vor diesem Hintergrund wird in dem Text die Informationsveranstaltung als »Alibiveranstaltung« bezeichnet, d.h. als eine Veranstaltung »zum Schein«,

⁸² In diesem Sinne fordert bspw. auch die BMH, einen Bürgerentscheid über die Eröffnung der Asylunterkunft durchzuführen (vgl. BMH 2013).

die ›andere‹ Ziele, nämlich die des Staates nach der Unterbringung von *Flüchtlingen*, verfolgte (ebd.). Dass Komoß »dreiste[...] Lügen und Unterstellungen« (NPD 2013a) zugeschrieben werden, komplementiert das hier produzierte abwertende Bild über die (Lokal-)Politik.

Es wurde bereits erwähnt, dass die NPD gegenüber den die Asylunterkunft ablehnenden Anwohner*innen viel Verständnis aufbringt. In diesem Zusammenhang inszeniert sie sich zudem als die – im Prinzip alleinige – ›wahre‹ Vertreterin der Anwohner*innen im Rahmen der Informationsveranstaltung und der Auseinandersetzung um die Asylunterkunft:

»Viele Weitere [sic] Bürger kamen kurzzeitig zu Wort, nur nutzte aller Protest nichts. Die Fragen blieben unbeantwortet. Die Ängste konnten nicht genommen werden. [...]

Verzweifelte, im Stich gelassene Anwohner suchten vielmehr das Gespräch mit dem NPD [sic] Landesvorsitzenden Sebastian Schmidtke[...] als mit dem anwesenden Bürgermeister. Man fühlte sich verstanden. Schmidtke nahm sich Zeit[,] um mit den Bürgern über dessen [sic] Sorgen zu reden und informierte über die Mißstände [sic].

Die NPD wird den Protest in Hellersdorf weiterhin begleiten und die Sorgen und Nöte der allein gelassenen Anwohner ernst nehmen.« (NPD 2013a)

Die NPD – in der Personifizierung von Sebastian Schmidtke – stellt sich hier so dar, wie sie es von der Politik erwartet: »Sorgen und Nöte« von »Anwohnern ernst nehmen[d]«. Schmidtke wird in diesem Sinne als integre und informierende, gewissermaßen vermittelnde Person in Bezug auf die Anliegen der Anwohner*innen konstruiert, die Letzteren gegenüber parteilich agiert und deren Interessen vertritt. Damit werden die NPD und die Hellersdorfer*innen gleichsam als eine Art politisches ›Lager‹ angesehen, das sich »verstanden« fühlte. Dennoch erscheint die NPD in der Passage nicht als initiierende, sondern vielmehr als notwendige moderierende ›Kraft‹ in dem Konflikt um die Asylunterkunft. Dies wird etwa in ihrer Intention deutlich, den Protest von Hellersdorfer*innen »weiterhin begleiten« zu wollen. Vor diesem Hintergrund ist es dann nur konsequent, wenn sich auch die NPD – analog zu den Anwohner*innen – als negativ Betroffene des Vorgehens der Veranstaltungsleitung konstruiert:

»Als schließlich der Landesvorsitzende der NPD Sebastian Schmidtke ans Mikrofon trat[,] um auf die Fragen der Hilfesuchenden einzugehen, zeigte sich das eben noch gepredigte Verständnis von Toleranz. Gewaltsam versuchte man[,] ihm das Mikrofon aus der Hand zu reißen! Als dieses Vorhaben jedoch scheiterte[,] wurde das Kabel aus dem Mikrofon heraus [sic] gezogen. Dem Beifall der Anwesenden für die wenigen Worte Schmidtkes tat das aber keinen Abbruch.« Die Anwesenden waren »über die Gewalt gegenüber Sebastian Schmidtke ausgehend von den dortigen Politikern empört. Sebastian Schmidtke blieb ruhig und lauschte den dreisten Lügen und Unterstellungen des Bürgermeisters.« (Ebd.)

Schmidtke wird in dieser Passage als Opfer von Gewalt angesehen, die von »den dortigen Politikern« – der Veranstaltungsleitung i.w.S. – ausging. Damit, so die Botschaft, haben sich diese auf einer weiteren Ebene undemokratisch und folglich nicht tolerant verhalten, d.h. i.S. eines demokratischen Vorgehens in der Auseinandersetzung um die Asylunterkunft schlicht

disqualifiziert. Durch die defensive Gegenreaktion Schmidtkes erscheint dieser als absoluter – nämlich friedlich agierender – Gegenpol zur Veranstaltungsleitung. Die NPD konstruiert sich auf diese Weise wiederum als ›wahrer‹ demokratischer, entsprechend legitimer sowie von den Anwohner*innen legitimer Akteur – ganz im Gegensatz zur Hellersdorfer Politik.

Einen weiteren zentralen Aspekt in den Ausführungen der NPD stellt die nähere Charakterisierung der Hellersdorfer*innen/Anwohner*innen dar. Bereits oben wurde dieser Satz aus dem NPD-Blogbeitrag zitiert:

»Direkt auf der Veranstaltung kam zum Ausdruck, dass deutsche Anwohner sich unterzuordnen haben, wenn es darum geht, in [sic] daß [sic] in Ihrer [sic] Nachbarschaft ein Heim für Asylbewerber entstehen soll.« (NPD 2013a)

Die Anwohner*innen werden hier mit dem Attribut deutsch versehen. Vor dem Hintergrund des weiteren Textverlaufs handelt es sich dabei um weiße⁸³ Deutsche, nicht aber um sog. natio-ethno-kulturell ›Andere‹. Diese rassistische Konstruktion kommt in folgender Passage zum Ausdruck, in der die »Bevölkerungsstruktur« Hellersdorfs – i.S. natio-ethno-kultureller Zugehörigkeiten – im Gegensatz zu anderen Berliner Bezirken vorgestellt wird:

»Die Bevölkerungsstruktur hat sich jedoch nicht wie in anderen Berliner Bezirken hin zu einem massiven Bevölkerungsaustausch aus vorwiegend südlichen Ländern einreisenden [sic] entwickelt.« (Ebd.)

In der Passage wird ein weiß-deutsch-homogenes Hellersdorf positiv hervorgehoben und imaginiert, das Menschen mit Migrationsgeschichte i.w.S. nicht mit einschließt, sondern mit der Bezeichnung aus »südlichen Ländern [E]inreisende[.]« vielmehr explizit ausgrenzt – bzw., im Kontext des obigen Zitats, nicht als ›Deutsche‹ definiert und damit als zur deutschen Gesellschaft nicht zugehörige Menschen ansieht. In dem (extrem) rechten und gleichsam völkisch-rassistischen Schlagwort »Bevölkerungsaustausch« schwingt mit, dass die weißen Deutschen immer weniger würden. Dies wird mit dem Attribut »massiv« schließlich noch gesteigert, so dass eine unmittelbare Bedrohung für deren Existenz in Hellersdorf bevorsteht. In diesem Sinne handelt es sich um einen ›klassischen‹ biologistisch-rassistischen Topos, der hier von der NPD reproduziert wird.

Ganz ähnlich wie die NPD konstruiert auch die Wohnungsbaugesellschaft Wuhletal e.G. Anfang August in einem Artikel ihrer Mitgliederzeitschrift in Bezug auf die Informationsveranstaltung eine Gegenüberstellung von den Interessen der Anwohner*innen einerseits und dem Agieren der (Lokal-)Politik andererseits:

»Wir haben erwartet, dass es auf einer solchen Veranstaltung nicht zur Beantwortung der den Bewohnern wichtigen Fragestellungen kommen wird. Und so ist es ja

⁸³ Weiß wird hier nicht kursiv geschrieben, handelt es sich in den Ausführungen der NPD doch um eine biologistisch-rassistische Konstruktion und nicht um eine gesellschaftlich privilegierte Positionierung (siehe dazu S. 11).

auch eingetreten. Anwesende Mitarbeiter berichteten uns über die extreme Politisierung des Themas. Anwohnerprobleme, Sorgen und Ängste kamen nicht zur Sprache. Seither führen wir Gespräche auf allen Ebenen: mit Mitgliedern der Bezirksverordnetenversammlung, mit Abgeordneten im Abgeordnetenhaus und im Rahmen der Aktivitäten der Wohntheke mit verschiedenen Wohnungsunternehmen.« (Wuhletal 2013, 10)

Die Wohnungsbaugesellschaft konstruiert sich hier als unpolitische, jedoch ausdrücklich den Bewohner*innen gegenüber parteiliche Akteurin, die sich um deren »Sorgen und Ängste« kümmert, weil – so kann zumindest indirekt aus dem Zitat und vor dem Hintergrund des gesamten Textes geschlossen werden – die dafür zuständige Politik dieser Aufgabe keineswegs nachkommt. Die Formulierung »extreme Politisierung« deutet zudem darauf hin, dass sich die Wohnungsbaugesellschaft von anderen Akteur*innen abgrenzt – den rechten oder antirassistischen, aber auch parteipolitischen Akteur*innen – bzw. nicht mit diesen in Zusammenhang gebracht werden möchte. Ähnlich wie die NPD stellt sich die Wohnungsbaugesellschaft als einzig ›wahre‹ Vertreterin der Anwohner*innen dar. Wie konsequent sie diese Rolle innehat, wird etwa in der Formulierung von den »auf allen Ebenen« geführten Gesprächen deutlich: Dies impliziert einen enormen Aufwand und eine große Aktivität, die als eine politische Intervention zugunsten der Anwohner*innen zu verstehen ist. Ziel ist hierbei, die Unterkunft an dem vorgesehenen Standort zu verhindern.

Die von der Wohnungsbaugesellschaft sowie der NPD eingenommene Haltung gegenüber den Anwohner*innen als letztlich einzig ›wahre‹, gleichwohl unpolitisch-vermittelnde Interessenvertretung in der Auseinandersetzung um die Asylunterkunft berührt schließlich noch einen weiteren Aspekt: die Konstruktion der Anwohner*innen als nicht rassistisch bzw. nicht rechts eingestellt – ähnlich wie es bereits an anderer Stelle der Arbeit aufgezeigt wurde (siehe Unterkapitel 5.1.2). In diesem Sinne führt die Wohnungsbaugesellschaft aus: »Wir glauben nicht, dass derjenige[,] der Fragen nach der Korrektheit des Zustandekommens der Entscheidung und nach der Auswahl des richtigen Standortes für eine Gemeinschaftsunterkunft stellt, gleich dem rechten Rand des Parteienspektrums nahesteht.« (Ebd.) Deutlich wird hier vorgetragen, dass Anwohner*innen als rechts bezeichnet werden, wobei allerdings vollkommen unklar bleibt, von wem diese Zuschreibung überhaupt erfolgt ist. Damit werden die Anwohner*innen auf einer weiteren Ebene als Opfer der Auseinandersetzung um die Asylunterkunft dargestellt, denn deren »Fragen«, d.h. kritische Einwände gegen die Asylunterkunft gelten als politisch rechts und sind daher unerwünscht.

Ganz ähnlich führt ebenfalls die NPD aus, dass Anwohner*innen nach der Informationsveranstaltung »pauschal mit den Totschlagvokabeln ›rechtsextrem‹ und wahlweise ›fremdenfeindlich‹ überzogen« wurden, da sie sich gegen die Unterkunft positioniert hatten (NPD 2013a). Und Isabell Fraundörfer, aktiv in der BMH, fragt in einer Radiosendung vom 5. August als getarnte Anruferin* Bella: »Ja also meine erste Frage is erstmal, was kann man überhaupt noch dagegen [gegen die Asylunterkunft; J.H.] sagen ohne gleich als Rassist hingestellt zu werden« (Blue Moon 2013, TC: 56:34-56:40). Auch in diesen beiden Passagen bleibt unklar, von welchen Ak-

teur*innen der entsprechende Vorwurf konkret erhoben wurde. Auf diese Art und Weise werden aber sämtliche Einwände und Fragen von Anwohner*innen hinsichtlich der Asylunterkunft als legitim angesehen sowie als »Sorgen und Ängste« entpolitisiert – bemerkenswerterweise ganz ähnlich, wie dies einige parteipolitische Akteur*innen in der Auseinandersetzung tun (siehe Abschnitt 5.1.2). – Die damit einhergehende Konstruktion der Anwohner*innen als negativ Betroffene wird in den nächsten beiden Unterkapiteln, in denen *Flüchtlinge* als Bedrohung für den Kiez und für die Gesellschaft im Allgemeinen konstruiert werden, weiter herausgearbeitet.

7.1.2 *Flüchtlinge* als Bedrohung für den Kiez

Die *Flüchtlings*unterkunft bzw. die dort einziehenden Bewohner*innen werden auf verschiedene Art und Weise als Bedrohung für den Bezirk Hellersdorf bzw. die Hellersdorfer*innen imaginiert. Die NPD führt in diesem Sinne etwa aus:

»Der junge Bezirk Hellersdorf ist reich an Kindern und Jugendlichen und stolz auf seine Grünanlagen. Viel hat sich hier in den letzten zwanzig Jahren getan. [...] Trotz großer Plattenbausiedlungen gibt es eine gewachsene Nachbarschaft und ein für den Bezirk ganz eigenes soziales Leben.« (NPD 2013a)

In der Passage wird ein durchweg harmonisches und positives Bild des Bezirks vermittelt. Gleich im doppelten Sinne ist der Bezirk jung: zum einen in seiner (hier allerdings nicht näher dargestellten, aber möglicherweise auch gemeinten) jungen Geschichte als Berliner Stadtbezirk (siehe dazu Abschnitt 4.4.1) und zum anderen in seiner »Bevölkerungsstruktur«, die im großen Maße Kinder und Jugendliche ausmachen. Damit wird gleichzeitig das Potential des Bezirks betont, wodurch der Eindruck eines dynamischen und lebendigen Bezirks nahegelegt wird, der zudem – darauf könnte die Formulierung Kinder und Jugendliche ebenso hinweisen – eine vielversprechende Zukunft vor sich hat. Die Grünanlagen als Charakteristika von Hellersdorf tragen in gleicher Weise zu diesem positiven Bild bei, implizieren diese doch Natur, Erholung und Entspannung. Die Formulierung, dass der Bezirk »stolz auf seine Grünanlagen« sei, hebt schließlich deren Bedeutsamkeit i.S. einer Identifikationsmöglichkeit für die Hellersdorfer*innen hervor.

Des Weiteren wird eine äußerst harmonische Nachbarschaft konstruiert, eine »gewachsene Nachbarschaft« und ein »für den Bezirk ganz eigenes soziales Leben«. Auch diese – sehr allgemein bleibenden – Ausführungen dienen als Abgrenzung von Marzahn-Hellersdorf zu anderen Berliner Bezirken, betonen die Einzigartigkeit des Bezirks und wecken im Allgemeinen positive Assoziationen: Eine »gewachsene Nachbarschaft« deutet auf soziale Unterstützung, gegenseitiges Vertraut-Sein sowie möglicherweise auf gemeinsame Aktivitäten hin. Der Bezirk wird dadurch – zugespitzt formuliert – als eine Art konfliktfreie Großfamilie angesehen mit hoher Homogenität von Menschen, deren Lebensweisen und Interessen. Diese positive Darstellung von Marzahn-Hellersdorf wird ferner mit einer zeitlichen Dimension verknüpft, wodurch die Entstehung der positiven Attribute unterstrichen wird: »Viel hat sich hier in den letzten zwanzig Jahren getan.« Gedanklich müsste hier zwischen den ersten beiden Wörtern ›Positives‹ oder

›Gutes‹ ergänzt werden, bezieht sich der Satz aus Sicht der NPD doch auf die gute Entwicklung hinsichtlich der »Bevölkerungsstruktur« (ebd.) und generell des sozialen Lebens. Damit deutet die NPD einen langjährigen Prozess bzw. eine Entwicklung des Bezirks in diese Richtung an.

Dieser harmonischen – eigentlich treffender: harmonistischen – Konstruktion des bezirklichen Status quo werden die in die Asylunterkunft einziehenden Bewohner*innen als Bedrohungspotential gegenübergestellt:

»Nun fürchten die Bürger und Anwohner um ihre Sicherheit, denn ihnen wurde vom Bezirk letzte Woche mitgeteilt, dass sie ihr beschauliches Plätzchen bald mit 400 Asylanten teilen ›dürfen‹. [...] Die Asylbewerberheime sind oft Hort der Kriminalität – regelmäßig muß [sic] die Polizei gegen Drogenhandel, Zwangsprostitution und schwerste Gewaltausbrüche vorgehen.« (Ebd.)

Der Stadtteil wird nochmals, das harmonische Bild verstärkend, als ein »beschauliches Plätzchen« beschrieben – eine Charakterisierung, die eher an Natur und Erholung als an einen Berliner Stadtteil erinnert. Die Verniedlichungsform »Plätzchen« impliziert zudem, dass es um einen recht begrenzten ›Raum‹ geht, dem die »400 Asylanten« gegenübergestellt werden. Dabei entsteht das Bild eines Zuviel an *Flüchtlingen*, mit dem das »beschauliche[...] Plätzchen« gewissermaßen ›überrannt‹ und infolgedessen schließlich zerstört wird. Die 400 *Flüchtlinge* erscheinen dadurch wiederum als bedrohlich. – Abgesehen von der rassistischen Bezeichnung »Asylanten«⁸⁴ werden diverse negative, ›klassisch‹ rassistische Zuschreibungen im Zusammenhang mit *Flüchtlingen* re_produziert, indem Asyleinrichtungen als Orte bezeichnet werden, die gleichsam rechtsfreie Räume darstellen, d.h. mit »Drogenhandel, Zwangsprostitution« sowie »Gewaltausbrüche[n]« assoziiert werden. Noch zugespitzter lässt sich ein gefährliches Wohnumfeld wohl kaum vorstellen. *Flüchtlingen* wird Zivilisiertheit i.w.S. pauschal abgesprochen – die zugleich, wenn auch implizit, auf der anderen Seite den Hellersdorfer*innen zugeschrieben wird. Dass ebenso die »Anwohner um ihre Sicherheit« fürchten müssten, legt nahe, dass die Gewalt und Bedrohung nicht ausschließlich ›in‹ der Asylunterkunft verbleiben, sondern in den Stadtteil ›hineinwirken‹. Hellersdorfer*innen werden damit schließlich zu potentiellen Opfern gewalttätiger *Flüchtlinge*.

Die hier von der NPD konstruierten Szenarien berühren diverse Statements von Anwohner*innen und der Bürgerinitiative Marzahn-Hellersdorf (BMH). Insgesamt dominiert dabei das Thema Sicherheit und Kriminalität, d.h. ›klassische‹ rassistische Zuschreibungen natio-ethno-kulturell ›Anderen‹ gegenüber (siehe Unterabschnitt 2.1). In diesem Sinne äußern sich bspw. drei Teilnehmerinnen* im Rahmen der Informationsveranstaltung wie folgt:

»Ich hab das Problem, dass ich also früh=äh im Dunkeln zur Arbeit gehe und da is keine Beleuchtung. Wer schützt MICH denn; (2.0.) ja? ((Applaus))« (Bezirksamt 2013f, TC: 21: 32-21: 42).

⁸⁴ Dieser Ausdruck, der heutzutage nur noch selten im gesellschaftlichen Diskurs auftaucht, hatte Anfang der 1990er Jahre noch Konjunktur (vgl. Gierke 2014). Aus diesem Grund wurde damals nicht zuletzt die Bezeichnung *Flüchtling* bewusst von antirassistisch Engagierten gegenüber der abwertenden Bezeichnung *Asylant* verwendet (vgl. Kothen 2016).

»Wer kommt denn für die Schäden auf, wenn zum Beispiel unser Auto geklaut wird. ((klatschen, kleiner Chor wiederholt: ›Nazis raus.‹)) (2 sec.) Bezahlen tut uns das keiner; es wird aufgenommen von der Polizei, aber Geld kriegen wir nicht wieder.« (Ebd., TC: 58:31-58:45)

»Ich hab auch die Frage ähm was passiert denn wenn die Flüchtlinge straffällig werden; werden die dann abgeschoben? Was passiert mit den.« (Ebd., TC: 58:46-58:51)

Im ersten Statement bleibt unklar, ob sich die Teilnehmerin* bereits zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht sicher fühlt oder ob ihre Befürchtung ausschließlich mit der Eröffnung der Unterkunft in Zusammenhang steht. Vor dem Hintergrund der Informationsveranstaltung ist es eher plausibel, Letzteres anzunehmen, gleichwohl ebenso gut beides zutreffen könnte. Zumindest erhält die Aussage im Kontext der Asylunterkunft eine spezifische Konnotation, nämlich dass mögliche Überfälle »im Dunkeln« von *Flüchtlingen* erfolgen könnten. Die Frau* sieht sich als potentiell und zu schützendes Opfer an, dessen Schutz aber offenbar nicht gewährleistet ist, denn die rhetorische Frage beinhaltet im Grunde eine negative Antwort. Die Betonung auf »MICH« verdeutlicht die existentielle Situation und Betroffenheit und kann zudem derart interpretiert werden, dass andere Personen – die *Flüchtlinge* – geschützt werden und sich um diese seitens der Politik/Gesellschaft gesorgt wird, nicht aber um die Hellersdorfer*innen. Dies würde einen klaren Appell an die Bezirkspolitik implizieren, sich um ›ihre‹ Hellersdorfer*innen zu kümmern. Auf diese Weise wird zwischen Letzteren und *Flüchtlingen* unterschieden und entsprechende Forderungen erhoben, wem etwas legitimerweise zuzukommen hat – oder eben auch nicht (siehe dazu Unterkapitel 7.1.3).

Während das zweite Zitat Diebstahl im Zusammenhang mit der Asylunterkunft thematisiert und dadurch zumindest indirekt nahelegt, dass dies gegenwärtig und in der Vergangenheit kein relevantes Phänomen im Stadtteil ist bzw. war, wird im dritten Statement eine scheinbar neutrale Frage formuliert. Allerdings erhält diese vor dem Hintergrund der Informationsveranstaltung eine spezifische Konnotation, nämlich *Flüchtlinge* mit Straftaten zu assoziieren. Im Kontext des Statements, vielen von Informationsveranstaltungsteilnehmer*innen geäußerten negativen Zuschreibungen *Flüchtlingen* gegenüber, wird damit möglicherweise ebenso nahegelegt, dass *Flüchtlinge* anders behandelt werden als dort bereits wohnende Hellersdorfer*innen, so dass ggf. »straffällig[e]« gewordene Bewohner*innen in der *Flüchtlingsunterkunft* weiter wohnen bleiben dürfen – ergo eine Bedrohung für die Hellersdorfer*innen sind.

Entgegen der eingangs zitierten Passage der NPD, in der ein durch die Asylunterkunft bedrohter, gänzlich harmonischer Kiez imaginiert wird (siehe S. 152), deuten einige Aussagen von Anwohner*innen allerdings darauf hin, dass dieser Zustand gegenwärtig keineswegs die Hellersdorfer Realität widerspiegelt. In diesem Sinne wendet sich etwa ein Anwohner* in einer Radio-sendung zur Auseinandersetzung um die Asylunterkunft vom 5. August, in der Hörer*innen ihre Meinung dazu ausführlich darstellen können, gegen deren Eröffnung in Hellersdorf. Er führt aus, dass

»Hellersdorf schon so verschrien is gerade wegen (.) Hartz IV, dit dit dit dit; verstehst de wat ick meine, ick mein warum müssen se dit hier bauen, (.) könn se dit nich irgendwie [sic] Rand Berlin machen oder noch weiter am Rand«.

»[W]enn ick hier irgendwelche in Berlin kennenlerne und sa=die mich fragen wo wohnst du und ick sage naja in Hellersdorf, dann schlagen die schon die Hände über n Kopp; ick meine denn isset schon Hellersdorf is schon sehr ne verschriene Gegend, und ick bin och (.) ick mein ick bin stolz wo ick wohne« (Blue Moon 2013, TC: 15:51-16:54).

In der Passage geht es auf einer inhaltlichen Ebene um den Ruf von Hellersdorf, der bereits gegenwärtig als negativ angesehen wird und als selbstverständliches allgemeines Urteil über den Stadtbezirk Hellersdorf gilt. So erscheint Hellersdorf als Chiffre für diverse negative Zuschreibungen, die gar nicht mehr konkret ausgeführt werden müssen (mit Ausnahme von »Hartz IV«), sondern mit dem mehrmals wiederholten »dit« lediglich assoziiert und somit bereits als verständliche Information gegenüber den Hörer*innen (und der Moderation) von dem Anwohner* unterstellt werden. Die zweimal vorkommende Bezeichnung Hellersdorfs als »verschrien« verweist in diesem Sinne auf eine Gegend, die besser zu meiden ist. Gleichwohl sich der Anwohner* offenbar stark mit seinem Wohnumfeld identifiziert, wird ebenso deutlich, dass er sich durch das negative Bild von Hellersdorf stigmatisiert fühlt, wie er es etwa am Beispiel des Kennenlernens von neuen Menschen ausführt. Die Asylunterkunft wird in dem Statement insgesamt als weiteres verschärfendes Hellersdorfer ›Problem‹ konstruiert.

Ähnlich allgemein bleibend fragt ein anderer Anwohner* in derselben Sendung, warum die Asylunterkunft »gerade in Hellersdorf jemacht wird, (-) ähm was aus meiner Sicht ja eh schon n sozialer Brennpunkt is, und dann so ne Sache da im Prinzip noch zu etablieren, halt ick och für sehr riskant; (.) ja?« (Ebd., TC: 14:03-14:14) Mit der negativen Bezeichnung »sozialer Brennpunkt« wird wiederum der Eindruck eines Stadtteils mit diversen Problemen auf unterschiedlichen Ebenen vermittelt, die nicht zuletzt auch Gewalt und Kriminalität bedeuten (können). Die Eröffnung der Asylunterkunft, so die Aussage, könnte eine Eskalation von Gewalt und Kriminalität zur Folge haben. – Eine Anwohnerin* führt diese Andeutungen in einem Interview mit dem RBB vom 9. Juli konkreter aus:

»Na um Gottes willen. Wir trauen uns schon am abends [sic] ja nich mehr so raus und nachher trauen wa uns überhaupt nich mehr raus. (-) So wie dit hier alles so is jetz hier, (-) da wird wohl überfallen und da überfallen wird s ja noch schlimmer.« (RBB 2013c, TC: 01:34-01:43)

Die Anwohnerin* versteht sich hier als Sprecherin* vieler Anwohner*innen, was durch das »Wir« deutlich wird und somit als entsprechend gewichtig erscheint. In der Passage wird ferner ein Vorher und ein »[N]achher« konstruiert, der Zeitraum vor und nach der Eröffnung der Asylunterkunft. Es entsteht ein Bild, das an unmittelbare Gefahren für Leib und Leben erinnert, ausgedrückt durch das zweimal erwähnte »[Ü]berfallen«. Nach der Eröffnung der Unterkunft herrscht dann ein extremes Risiko für Anwohner*innen, sich, sogar am helllichten Tag, in der Öffentlichkeit zu bewegen – ein Maximum an Bedrohung für die Anwohner*innen.

Neben Anwohner*innen und der NPD stellt ebenso die BMH die Asylunterkunft als Bedrohung für den Stadtteil dar. In besagter Radiosendung vom 5. August sagt die BMH-Aktivistin* Isabell Fraundörfer zur Asylunterkunft gegenüber der Moderation Folgendes:

»[E]s gibt Tuberkulose die ansteckend is, ähm (-) es wird eingebrochen, ja und das hab ich mir nich einfach so aus der Nase gezogen dis is auch bestätigt, und wenn man sich mal auch auf andern Seiten (-) als auf den linken sag ich jetzt mal ähm bisschen (-) informiert, dann (-) ja findet man das och sehr schnell raus. Also es gibt (.) Kriminalität, und die wird hier auch ansteigen also da (-) das is gar keene Frage« (Blue Moon 2013, TC: 57:32-57:56).

Neben dem befürchteten Anstieg der keineswegs (auch nicht in den weiteren Ausführungen von Fraundörfer) näher konkretisierten und verobjektivierten – etwa i.S. von Statistiken – Kriminalität wird hier ein Bild der Asylunterkunft von einer zu vermeidenden Krankenhausstation gezeichnet, die eine akute Gefahr für die Gesundheit der Hellersdorfer*innen ist, gilt doch Tuberkulose als höchst ansteckende Krankheit mit weltweit zahlreichen Todesopfern. Kontakt mit *Flüchtlingen*, so die implizierte Botschaft, kann daher im Grunde sogar tödlich enden – und die Asylunterkunft bedroht somit die Hellersdorfer*innen in ihrer unmittelbaren physischen Existenz. Wie eine Art bedrohlicher Gesamterreger und Fremdkörper wird diese im Gegensatz zu einem ›gesunden‹ Stadtteil imaginiert.

Auf einem Flyer der BMH werden schließlich – ähnlich wie bereits oben in den Ausführungen der NPD – weitere ›klassisch‹ rassistische Zuschreibungen gegenüber *Flüchtlingen* bzw. Asylunterkünften vorgetragen:

»Wir wollen, dass es den Marzahner und Hellersdorfer Bürgern erspart bleibt, was in fast allen Asylbewerberheimen an der Tagesordnung ist, nämlich Müll, Drogenhandel, Zwangsprostitution und schwerste Gewaltausbrüche. Das müssen wir unseren Kindern nicht zumuten.« (BMH 2013)

Hier werden *Flüchtlinge* abermals in einen maximalen Gegensatz zu den Hellersdorfer*innen gesetzt. Der Verweis auf »unsere[...] Kinder[...]« wird im Zusammenhang mit befürchteter Kriminalität im Stadtteil des Öfteren auch von Anwohner*innen geäußert. In diesem Sinne werden Kinder – gesellschaftlich im Allgemeinen als besonders verletzlich und daher schützenswert angesehen – als eine zentrale, von der Asylunterkunft negativ betroffene Gruppe betrachtet. Zwei Teilnehmerinnen* der Informationsveranstaltung vom 9. Juli äußern sich bspw. wie folgt:

»Ick wollt erstmal fragen was ist mit unseren KINdern. Die Sicherheit.« (Bezirksamt 2013f, TC: 20:46-20:49)

»Wie wollen Sie das gewährleisten, dass da kein Neid aufkommt [bei den Flüchtlingen; J.H.]; dass die nich einfach die Kinder auf der Straße verprügeln und die ausziehen« (ebd., TC: 1:11:37-1:11:43).

Ähnlich wie in einer obigen Frage einer Teilnehmerin*, wer sie in der Dunkelheit schütze, wird in dem ersten Statement nahegelegt, dass für die Sicherheit der Hellersdorfer Kinder im Kontext

der Unterkunftseröffnung nicht ausreichend gesorgt wird – vor dem Hintergrund der Informationsveranstaltung ein Appell an die Bezirkspolitik, entsprechende Maßnahmen zu ergreifen. Ferner werden *Flüchtlinge* im zweiten Zitat als unmittelbare körperliche Bedrohung für die Kinder angesehen. Sogar das Entwenden der Kleidung der Kinder wird befürchtet, sie werden sozusagen buchstäblich bis auf ihre nackte Haut ausgeraubt, so die Vorstellung. Mit diesen Imaginationen kann die unmittelbare Bedrohung durch *Flüchtlinge* im Grunde kaum noch gesteigert werden. – Wie pauschalisierend derartige Aussagen sind, verdeutlicht zudem folgendes Zitat einer Anwohnerin* einige Tage nach der Informationsveranstaltung: »Ich hab einfach nur die Angst dass den Kindern irgendwas passiert. Weil so viel Ausländer haben so vielen Kindern Schaden zugefügt, dis wird hier immer schlimmer mit den Straffälligkeiten.« (Deutschlandfunk 2013b, TC: 06:02-06:10) Ohne dass genauer ausgeführt wird, was konkret mit dem Anstieg der »Straffälligkeiten« gemeint ist, entsteht der Eindruck, dass der Bezirk durch die Eröffnung der *Flüchtlingsunterkunft* zu einem Ort von herausragender Kriminalität wird.

Zusammenfassend kann zunächst kurz festgehalten werden, dass die Asylunterkunft als maximale Bedrohung für den Stadtteil angesehen wird. Ganz überwiegend werden ›klassische‹ rassistische Zuschreibungen gegenüber *Flüchtlingen* wie etwa Gewalt, Kriminalität, Dreck und Ansteckung reproduziert. Mit Ausnahme einiger Anwohner*innen, die Hellersdorf als Problembezirk darstellen, der nicht noch weitere ›Belastungen‹ verkraften kann, wird demgegenüber durchweg das Bild eines harmonischen Stadtbezirks imaginiert.

7.1.3 *Flüchtlinge* als Bedrohung gesellschaftlicher Ressourcen

Flüchtlinge werden in verschiedenen Textpassagen mit einem weiteren rassistisch operierenden Topos in Verbindung gebracht: mit der Bedrohung gesellschaftlicher Ressourcen. In diesem Zusammenhang ist zunächst die Rede vom sog. Asylmissbrauch zu nennen, die in erster Linie von rechten Akteur*innen bemüht wird. So führt bspw. die NPD aus:

»Der Asylmißbrauch [sic] bringt jährlich Kosten von mehreren Milliarden Euro mit sich, die an anderer Stelle sinnvoller eingesetzt werden könnten. Die meisten Asylbewerber sind keine politisch Verfolgten, sondern Wirtschaftsflüchtlinge, die es sich auf Steuerzahlers Kosten in der sozialen Hängematte gemütlich machen wollen.« (NPD 2013a)

Und in diesem Sinne ebenfalls Pro Deutschland:

»Im Jahr 2011 haben in Deutschland 45.000 Personen Asyl beantragt. Als politisch oder religiös Verfolgte anerkannt wurden davon nur 600. Das entspricht einem Anteil von 1,3 Prozent. In 36.000 Fällen bewerteten die Gerichte die Asylbewerber als Wirtschaftsflüchtlinge und schickten sie nach Hause (nachdem der deutsche Steuerzahler umfassend für sie aufkommen mußte [sic]). 6.500 Asylbewerber erhielten in Deutschland ein Aufenthaltsrecht ›aus humanitären Gründen‹.« (Pro Deutschland 2013)

Deutlich wird in beiden Zitaten eine Trennung von sog. *Wirtschaftsflüchtlingen* auf der einen sowie politisch verfolgten *Flüchtlingen* auf der anderen Seite vollzogen, die mit entsprechenden – ›offiziellen‹ – Zahlen plausibilisiert wird. Erstere werden in einen Gegensatz zu den »deutsche[n] Steuerzahler[n]« gesetzt, die *Flüchtlinge* ungerechtfertigterweise finanzieren würden und daher als Hauptleidtragende angesehen werden. Nahegelegt wird auf diese Weise, dass *Flüchtlingen* enorme finanzielle Transferleistungen in Deutschland zukommen und diese wiederum – wie explizit im NPD-Zitat ausgeführt – einen entsprechenden Anreiz für *Flüchtlinge* darstellen, nach Deutschland zu kommen. Diese zentrale Aussage wird in der Metapher der »sozialen Hängematte« ausgedrückt, die ein ›bequemes Leben‹ impliziert, ohne arbeiten gehen zu müssen oder andere Verpflichtungen zu haben. Abgesehen von der hier zu problematisierenden Unterscheidung verschiedener *Flüchtlingsgruppen* (siehe zur Kritik daran S. 12) werden mit diesen Ausführungen – insbesondere mit dem Terminus »Asylmissbrauch« – *Flüchtlingen* pauschal kriminelle Absichten unterstellt. Der Verweis auf die jeweils politisch Verfolgten impliziert zugleich, dass sich NPD und Pro Deutschland nicht gegen aus ihrer Sicht ›wirkliche‹, d.h. politisch verfolgte *Flüchtlinge* positionieren (s.u.).

Wie stark schließlich die Bedrohung durch sog. *Wirtschaftsflüchtlinge* imaginiert wird, zeigt eine weitere Passage im Text der NPD, in der ausgeführt wird, dass aufgrund der Erhöhung von Geldleistungen an Asylbewerber*innen »Kommunen und Kreise« durch die »steigenden Kosten in die Knie zu gehen« drohten (NPD 2013a). Gesellschaftliche Institutionen werden also handlungsunfähig durch den angenommenen »Asylmi[ss]brauch«. Damit aber droht im Grunde die gesamte Gesellschaft strukturell zusammenzubrechen, so die zentrale Botschaft. Dass Asyl ein Grundrecht ist, wird in diesem Kontext jedoch konsequent ausgeblendet.

Mit dem Gebrauch des Topos eines sog. Asylmissbrauchs werden im Kern letztlich staatliche Transferleistungen an *Flüchtlinge* kritisiert, d.h. diese als nicht legitime angesehen. Dieser Aspekt wird vor allem in Statements von Teilnehmer*innen im Rahmen der Informationsveranstaltung vom 9. Juli hervorgehoben und auf verschiedene Weise konkretisiert. Eine Teilnehmerin* führt Folgendes aus:

»Ja wir haben vielleicht die Möglichkeiten [Flüchtlinge aufzunehmen; J.H.]; aber wir haben auch unsere Arbeits(.)losen, sicherlich, unsere sozial Schwachen die mit solchen Gebäuden vielleicht (.) unterSTÜTZT werden können, ((zustimmende Zwischenrufe; starker Applaus)) (1.0) und, (2.0) und, wir haben unsere OBDACHLOSEN; nicht zu vergessen.« (Bezirksamt 2013f, TC: 19:27-19:47)

Und eine andere Teilnehmerin*:

»[W]o ist denn mal n Ansatzpunkt zu sagen, ja wir bauen aus, wir machen noch ne Stelle der Tafel; wir unterstützen unsre Leute; damit die nicht alle wütend sind uff die Ausländer, die jetzt unterstützt werden und kriegen kriegen kriegen, und wir haben immer mehr Probleme, (.) mit unserm Geld klarzukommen und uns irgendwie we zu versuchen n Job zu kriegen, wir kriegen keinen mehr, (.) ich bin eine der alleinerziehenden Mütter, seit zehn Jahren hör ich du bist zu alt, überqualifiziert, alleinerziehend, ich hab s so satt.« (Ebd., TC: 1:17:51-1:18:19)

In beiden Passagen wird ein ›Wir‹ angerufen, das in einen Gegensatz zu den *Flüchtlingen* gesetzt wird, allerdings höchst diffus bleibt: Sind es die Stadtteilbewohner*innen, die Berliner*innen, alle in Deutschland lebenden Menschen, sozial Benachteiligte und/oder stellt es ein weiß-deutsches ›Wir‹ dar? Die Diffusität erlaubt es nun, dass damit jeweils Verschiedenes von den Teilnehmer*innen der Informationsveranstaltung assoziiert werden kann – zumindest sind, vor dem Hintergrund der Informationsveranstaltung, die Hellersdorfer*innen auch in dieses ›Wir‹ inkludiert. Unmissverständlich wird hingegen die Abgrenzung dieses vorgestellten ›Wir‹ gegenüber den *Flüchtlingen* vollzogen: Indem eine Gruppe mit legitimen Ansprüchen – das nicht weiter konkretisierte ›Wir‹ mit seinen sozial bedürftigen Menschen – einer natio-ethno-kulturell ›anderen‹ Gruppe, den *Flüchtlingen*, denen weniger legitime Ansprüche auf Unterstützung zugesprochen werden, entgegengesetzt wird, handelt es sich insgesamt um eine rassistische Konstruktion. Das hier hervorgebrachte ›Wir‹ weist schließlich auch eine nationale Konnotation auf.

Bemerkenswert sind in diesem Zusammenhang die konkreten Begründungen im zweiten Wortbeitrag: Darin wird zwar ausgeführt, dass die *Flüchtlinge* gesellschaftlich im Gegensatz zur ›Eigengruppe‹ bevorzugt werden (»kriegen kriegen kriegen«). Allerdings beinhaltet der Verweis auf den damit zusammenhängenden potentiellen Sozialneid gegenüber *Flüchtlingen*, dass die ›Eigengruppe‹ gesellschaftlich wesentlich stärker unterstützt werden muss. Auf diese Weise entsteht – wie im ersten Statement – wiederum der Eindruck der Benachteiligung der ›Eigengruppe‹ gegenüber den *Flüchtlingen*. Insofern ist diese im Gegensatz zu den *Flüchtlingen* primär zu unterstützen. Eine dezidierte Positionierung gegen *Flüchtlinge* braucht somit gar nicht (mehr) expliziert zu werden, ist aber in den Passagen dennoch implizit enthalten.

In diesem Sinne distanziert sich ein weiterer Teilnehmer* der Informationsveranstaltung davon, gegen »Ausländer« eingestellt zu sein:

»Ich habe nix gegen Ausländer. Ich habe nix gegen (...) äh Asylbewerber. Aber; meine Fragen; meine Fragen sind jetze; wir haben alleine in Berlin einhundertneunzigtausend Arbeitslose; wir haben einhundertvierzigtausend Hartz-IV-Empfänger. (.) Schulbildung; (-) Rente; (-) die Rentenanpassung; (.) soziale Einrichtungen, die fehlen; überall. Die janzen Lehrer; (.) es fehlen so viel Lehrer; es fehlen so viel Beamte, auch Polizeibeamte, [...]. Äh was ich auch noch ansprechen möchte, wir brauchen hier ein sozialen Wohnungsbau. (.) Wie jesacht, ich habe nix gegen Ausländer; nix gegen Asy gegen gegen Asylanten; auch die sollen leben. Aber; wir sind hier in Deutschland; wir wohnen hier in=ner Hauptstadt von Berlin; (...) der Hauptstadt von Deutschland; wir haben hier so viel Pro(.)bleme; Gemeinsamkeiten kommt dann nachher bei=anderem=noch. So. Brennpunkte; (.) die ich so sehe; die Jugendarbeitslosigkeit hier in Berlin; was wird da gemacht. Alles Fragen, die ick stelle.« (Bezirksamt 2013f, TC: 31:45-32:59)

Auch in diesem Wortbeitrag werden diverse soziale bzw. gesellschaftliche Probleme angeschnitten, was wiederum vor dem Hintergrund der Konstruktion einer (weiß-deutschen) ›Wir-Gruppe‹ gegenüber den ›Anderen, den »Ausländer[n]« bzw. »Asylbewerber[n]« erfolgt. Gleichwohl der Teilnehmer* versichert, nicht »gegen Ausländer« oder »Asylbewerber« eingestellt zu sein, sondern lediglich »Fragen« zu stellen, wird dennoch indirekt die Botschaft transportiert, dass die

›Eigengruppe‹ mindestens als genauso bedürftig wie die *Flüchtlinge* angesehen werden muss, da diese mit ganz verschiedenen gesellschaftlichen Problemen konfrontiert ist. Mit der Formulierung »wir sind hier in Deutschland« wird zudem eine nationale Bezugsgröße berührt. Dies impliziert möglicherweise einen Appell an die Politik, sich im Kontext von Deutschland in erster Linie um jene konstruierte ›Eigengruppe‹ zu kümmern. Damit ist aber auch dieses Statement implizit rassistisch.

Wesentlich direkter äußert sich hingegen Maria Fank, Vorsitzende* der NPD-Frauenorganisation Ring nationaler Frauen, auf der Informationsveranstaltung:

»[H]ier werden Lehrkräfte eingestellt für fremde Kinder; is ja gut und schön, aber was ist denn mit unsern Kindern; es wird immer von einem Lehrkräftemangel gesprochen unsre Kindern können keine Bildung genießen, warum können fremde Kinder die Bildung genießen, auf die unsere Kinder verzichten müssen; ((Applaus, johlen))« (ebd., 1:00:52-1:01:57).

»[F]remde Kinder« werden in der Passage explizit den ›eigenen‹ gegenübergestellt, wobei Letztere Ersteren gegenüber als wesentlich benachteiligt angesehen werden. Das Konstatieren mangelnder Ressourcen wird – wie in den obigen zitierten Wortbeiträgen – somit nicht gesellschaftlich mit grundlegenden Ungleichheitsstrukturen erklärt, sondern in der Gegenüberstellung verschieden bedürftiger Gruppen: der *Flüchtlinge* auf der einen sowie der natio-ethno-kulturellen ›Eigengruppe‹ auf der anderen Seite. Insgesamt werden auf diese Weise gesellschaftliche Problemlagen bzw. Herausforderungen ethnisiert.

7.1.4 Konsequenzen: Verhinderung der Asylunterkunft und restriktive Asylpolitik

In den verschiedenen bisher vorgestellten Textpassagen wurden teils direkt, mitunter auch indirekt spezifische Konsequenzen thematisiert bzw. gefordert. Ein zentrales Ziel ist dabei, die Eröffnung der Asylunterkunft in Hellersdorf zu verhindern. So äußert sich Pro Deutschland im Namen der Hellersdorfer*innen, dass der Bezirk keinerlei Interesse daran habe, »daß[sic] dieses Heim jemals fertig wird« (Pro Deutschland 2013). In diesem Sinne inszenieren sich sowohl Pro Deutschland, die NPD als auch die Wohnungsbaugesellschaft, wie gezeigt wurde, als die jeweils einzigen Akteur*innen, die die Interessen der Hellersdorfer*innen adäquat vertreten. Das bedeutet, sich klar gegen die Unterkunft zu positionieren und diese in letzter Konsequenz schließlich zu verhindern.

Die NPD führt vor diesem Hintergrund aus, die Proteste gegen die Asylunterkunft weiter unterstützen zu wollen (vgl. NPD 2013a). Und die Wohnungsbaugesellschaft versichert ihren Mitglieder*innen, mit verschiedenen politischen Akteur*innen das Gespräch suchen zu wollen (vgl. Wuhletal 2013, 10) – freilich mit der, jedoch nicht explizierten, Intention, die Unterkunft zumindest an dem Standort in der Carola-Neher-Straße zu verhindern. Denn diesen stellt sie ausdrücklich in Frage: »Wir halten [...] den Standort für nicht geeignet« (ebd.) Schließlich gibt sich die BMH mit ihrer Forderung nach einem »Bürgerentscheid«, in dem darüber abgestimmt werden

soll, »ob ein weiteres Asylbewerberheim in Betrieb genommen wird«, einen demokratischen Anstrich (BMH 2013). Gleichzeitig agiert und polemisiert sie stark gegen die Asylunterkunft.

Die von einigen Anwohner*innen bzw. Teilnehmer*innen der Informationsveranstaltung oben aufgezeigte (siehe Unterkapitel 7.1.3) Forderung nach Lösung verschiedener sozialer bzw. gesellschaftlicher Probleme der ›Eigengruppe‹ (in teilweise dezidiert abgegrenzter Abgrenzung zu den *Flüchtlingen*) durch die Politik bedeutet im Umkehrschluss, dass *Flüchtlinge* gesellschaftlich wesentlich weniger Unterstützung erfahren sollten, wenn nicht gar deren Aufnahme in Deutschland und/oder Hellersdorf generell in Frage zu stellen ist.

Am weitesten gehen die Forderungen der NPD, denn sie verlangt eine grundlegend andere Asylpolitik. Darunter versteht sie die Abschaffung des Grundrechts auf Asyl, ein »48-Stunden-Asylverfahren[...] nach dem Vorbild der Schweiz«, die Abschaffung von Sozialleistungen für Asylbewerber*innen sowie die Abschiebung »aller abgelehnten Asylbewerber« (NPD 2013a). Auf diese Weise führt sie, gleichwohl radikaler, bestimmte, in den verschiedenen Statements von Anwohner*innen und Informationsteilnehmer*innen vorkommende implizite Forderungen gegen *Flüchtlinge* konsequent zu Ende.

7.2 Kontinuitäten und Verschiebungen im weiteren Verlauf des Konflikts

7.2.1 Bedrohungen durch *Flüchtlinge* und sie unterstützende Akteur*innen

Wie in den vorangegangenen Unterkapiteln gezeigt wurde, stellt das grundlegende Thema der sich dezidiert gegen die Asylunterkunft positionierenden Akteur*innen die Bedrohung durch *Flüchtlinge* dar, welches verschieden akzentuiert und begründet wird. Dieses Thema zieht sich wie ein roter Faden auch durch die weitere Auseinandersetzung nach deren Einzug in die Asylunterkunft. In diesem Zusammenhang werden wiederum ›klassische‹ rassistische Zuschreibungen *Flüchtlingen* gegenüber virulent. In den verschiedenen Statements von Anwohner*innen überwiegen dabei Vorstellungen von gewalttätigen und kriminellen *Flüchtlingen*, deren Betroffene stets die Hellersdorfer*innen sind. Dies wird nicht zuletzt in den folgenden beiden Statements einer von Spiegel TV am 25. August ausgestrahlten Sendung deutlich. Darin führt eine Anwohnerin* aus:

»Ick gloobe dass die Kinder denn nich mehr sicher sind; und wir wahrscheinlich och nich; und unsre Kinder och nich, und die Kaufhallen och nich, (-) und dit Mädchen ((Kamera zeigt auf ein kleines Mädchen, vermutlich ihre Tochter)) is immer schnell (-) anjesprochen; und die sind ja och (-) gloob ick zumindestens, (-) sehr beliebt bei (.) mansch (-) nicht-deutschem (-) Bürger.« (Spiegel TV 2013, TC: 01:39-01:57)

Und eine andere Anwohnerin* sagt: »Es gibt Schlägereien untereinander, es gibt Schlägereien mit Anwohner und und und«. (Ebd., TC: 01:39-01:57) Wie in einer Art Anti-Klimax – »die Kinder«, »wir« und die »Kaufhallen« – wird in der ersten Passage nahegelegt, dass ein weitestgehend normales Leben aufgrund der *Flüchtlings*unterkunft kaum mehr möglich zu sein scheint, denn der gesamte Alltag wird zu einer außerordentlichen Gefahr. Deutlich wird ferner die weit

verbreitete sexistische Zuschreibung männlichen *Flüchtlingen* gegenüber, Mädchen* und Frauen* anzusprechen bzw. zu belästigen und womöglich zudringlich zu werden. Die physische Integrität der Hellersdorferinnen* steht folglich zur Disposition. Im zweiten Statement wird dies noch stärker ausgeführt, indem letztendlich nur noch Gewalt in Form von »Schlägereien« imaginiert wird. Unmittelbare physische Gewalt ist schließlich auch in den Ausführungen einer weiteren Anwohnerin* in einer ca. vier Wochen später gezeigten Sendung von TV Berlin zentral:

»Wir traun uns nich den Mund aufzumachen, weil wir Angst haben, dass wir denn irgendwann n Messer im Kreuze haben, also ick weiß von (.) von der Kaufhalle Kaiser, dass da einge=äh nich eingebrochen aber Diebstahl war, der Security is überfallen worden« (TV Berlin 2013, TC: 00:12-00:22).

In eine insgesamt ähnliche Richtung zielen die Ausführungen von Maria Fank in einer Rede auf einer NPD-Demonstration gegen die Asylunterkunft im Stadtteil am 24. August. Darin beschreibt sie die Situation um die Asylunterkunft folgendermaßen:

»[E]s gibt Lärmbelästigung; Kinder die mit Spielzeugwaffen weiter Krieg auf dem Gelände spielen; das muss man sich mal vorstellen. Was diese Kinder benötigen sind nicht etwa Lehrkräfte; die den Deutschen; den Hellersdorfer Kindern weggenommen werden; sondern, (.) Psychologen um die Kinderseelen erstmal n Stück weit reinzubekommen; da diese Kinder der Meinung sind jeden Konflikt mit Gewalt zu lösen; da sie Konfliktbewältigung überhaupt gar nicht gelernt haben; und nich wissen wie diese funktioniert. [...] Rentner; arme Rentner stehen hier und haben Angst sich in dem Bereich der Carola-Neher-Straße aufzuhalten. Sie haben Angst überfallen und ausgeraubt und geschlagen zu werden; so wie schon einige Hellersdorfer Bürger hier erleben mussten. Hellersdorfer Bürger, welche lediglich gesagt haben, dass sie sich gegen dieses Heim wehren wollen« (Fank 2013, TC: 01: 25-02:48).

Bemerkenswert an der Textpassage ist die im ersten Teil vorgenommene Fokussierung auf die in der Asylunterkunft lebenden Kinder. Wie Aliens scheinen diese Krieg auf dem Gelände der Unterkunft zu spielen und sich gegenseitig gewalttätig zu bekämpfen, ohne aufeinander zu achten, so der vermittelte Eindruck. Dabei werden diese in einen fundamentalen Gegensatz zu den – allerdings nur gedanklich gedachten – »normalen« Hellersdorfer Kindern gesetzt, die nämlich miteinander spielen würden, indem ihnen das Kindsein, im Grunde sogar das Menschsein abgesprochen wird. Denn in der Rede von den »Kinderseeln«, die durch »Psychologen« wieder »reinzubekommen« seien, wird deutlich, dass die Seele – ein Wesensmerkmal des Menschen – nicht (mehr) Teil dieser Kinder ist. Insofern werden diese durch die hier vorgenommene Konstruktion einerseits zwar als Betroffene von Gewalt und Krieg angesehen, zugleich aber auch als Bedrohung für die Hellersdorfer*innen. Denn der »Krieg« herrscht nun nicht mehr fernab von Deutschland, sondern ebenso im »eigenen Land«, gleichsam unmittelbar vor der »Haustür« der Hellersdorfer*innen. Die Hellersdorfer Kinder werden zudem als Leidtragende im Gegensatz zu den in der *Flüchtlings*unterkunft wohnenden Kindern vorgestellt, da Ersteren die »Lehrkräfte« »weggenommen werden«. Dadurch wird eine Bevorteilung der *Flüchtlinge* nahegelegt, die als nicht legitim angesehen wird. Schließlich wird die von der Asylunterkunft ausgehende Gefahr in dem sehr plastischen Bild der »arme[n] Rentner« deutlich, die Angst hätten,

sich überhaupt im »Bereich der Carola-Neher-Straße aufzuhalten«. Wie auch die obigen Statements der beiden Anwohnerinnen* nahelegen, ist damit die grundlegende Emotion im Stadtteil die Angst.

Im zweiten Teil der Textpassage wird ein weiterer Aspekt berührt, der allerdings nur im Gesamtzusammenhang der Demonstrationsrede zu verstehen ist: die unmittelbare Bedrohung der Hellersdorfer*innen durch antirassistische und antifaschistische Akteur*innen. Vor diesem Hintergrund stellt die NPD am 4. September die Situation im Stadtteil auf Facebook folgendermaßen dar:

»Seit Montag[,] den 19. August 2013[,] kampieren LINKSEXTREMISTEN am neuen Asylantenheim in Hellersdorf. Seit [sic] dem wurden in Hellersdorf zahlreiche Straftaten gegen Menschen verübt. Überfälle sind jetzt an der Tagesordnung [sic]. Da die Straftäter politisch unterstütz [sic] werden, muß [sic] die Polizei sich offenkundig zurückhalten. Dies führt zu einem Zustand der Anarchie, der Gesetzlosigkeit in Hellersdorf! Die Inhaberin des Bundestagsmandates von Marzahn-Hellersdorf, Petra Pau (DIE LINKE), kümmert sich nicht um die Deutschen, sondern nur um Fremde. Sie distanziert sich nicht von der Flut LINKSEXTREMISTISCHER Gewaltstraftaten. Dieses Verhalten ist symptomatisch.

Deswegen: Antigewalt-Bürgerwehr Marzahn-Hellersdorf bilden!« (NPD 2013b; Herv. i.Orig.)

Die NPD zeichnet hier ein Bild von Chaos und Gewalt, von maximaler »Gesetzlosigkeit« im Stadtteil. Wie bereits an anderer Stelle gezeigt (siehe S. 149), inszeniert sie sich auch in diesem Textabschnitt als (letztlich einzige) ›wahre‹ Repräsentantin der Hellersdorfer Bürger*innen, indem sie aktiv zum entschiedenen Handeln gegen derartige ›Zustände‹ – in Form der Bildung der »Antigewalt-Bürgerwehr – aufruft. Die Politik wird wiederum in einen klaren Gegensatz zu den Hellersdorfer*innen gesetzt: So kümmere sich Petra Pau »nur um Fremde« und ›vernachlässigt‹ die weiß-deutschen Hellersdorfer*innen. Zudem wird aus Sicht der NPD nichts gegen die »Gesetzlosigkeit« unternommen. In rassistischer Manier wird wiederum zwischen ›Eigen-‹ und ›Fremdgruppe‹ unterschieden, wobei Letzterer die Legitimität auf Unterstützung i.w.S. abgesprochen wird.

Wie weit schließlich die Politik – aber auch die so bezeichneten »Linken« im Allgemeinen⁸⁵ – als ›Schuldige‹ für die Situation in Hellersdorf konstruiert wird, hebt der NPD-Politiker Udo Voigt in einer Rede vom 11. September auf einer Kundgebung in Marzahn-Hellersdorf hervor. Seine Ausführungen gehen in diesem Zusammenhang weit über die Asylunterkunft hinaus und berühren eine Vielzahl gesellschaftlicher Themen:

»[W]ir fordern in diesem Land, Arbeit zuerst für Deutsche. Und wir erleben es, dass Tag für Tag das Gegenteil gemacht wird; Deutschland wird ausgeplündert. Wir zahlen für die EU. [...] Wir zahlen für die Banken und Spekulanten. [...] Wir wollen nicht

⁸⁵ Im Kontext der Rede sind damit Gegendemonstrant*innen zur NPD-Kundgebung sowie Politiker*innen der Partei DIE LINKE und möglicherweise auch der SPD gemeint.

Milliarden für die Banken opfern, sondern wir sagen, Milliarden soll [sic] in neue deutsche Arbeitsplätze in die Zukunft dieses Landes fließen. Es ist immer noch genügend Geld da. Doch (.) dieses Geld sollte unserer Meinung nach für deutsche Interessen, für das deutsche Volk ausgegeben werden, und nicht für Fremde. Und Bürgerinnen und Bürger die sie mir zugehört haben; denn ich glaube; dass die Linken die mir zugehört haben, offensichtlich so verblendet sind, wie sie schon zu Zeiten der DDR verblendet waren, dass sie auch weiterhin diesen Kurs der Republik wollen ins Aus. Sie wollen ein Land der Fremden. Sie wollen eine multikulturelle Gesellschaft, und wir wollen dass das deutsche Volk in unserm Land wieder eine Zukunft hat.« (Voigt 2013)

Vor dem Hintergrund eines rassistisch konstruierten weiß-deutsch-homogenen Deutschlands wird in der Passage dessen Untergang imaginiert, der durch die Politik und deren »Kurs« »ins Aus« vollzogen werde. Natio-ethno-kulturell ›Andere‹, die »Fremden«, werden in einen Gegensatz zu den »Deutsche[n]« gesetzt und i.S. des Überfremdungstopos als Bedrohung für den Fortbestand der »Deutschen« im ›eigenen‹ Land angesehen. Damit wird auf das rechte Schlagwort eines sog. Volkstodes verwiesen⁸⁶ (vgl. dazu etwa Sieber 2016, 365ff.). Die »Deutschen« werden des Weiteren als Opfer ›fremder Interessen‹ und ›Mächte‹ vorgestellt: der EU und der »Banken und Spekulanten«, die das Geld aus Deutschland gleichsam abziehen, wodurch das Land »ausgeplündert« wird. Auch dies ein typisches und zentrales Narrativ der extremen Rechten, oft als Globalisierungskritik artikuliert, letztlich jedoch eine antisemitische Chiffre⁸⁷ (vgl. etwa Grumke 2016, 147). Während die Politik – in Gestalt der so bezeichneten »Linken« – die hier vorgenommene konstruierte existentielle Bedrohung des sog. weiß-deutschen Volkes nicht wahrnimmt, sieht sich die NPD als entsprechende Hüterin weiß-deutscher Interessen an.

Wie auch in anderen NPD-Reden der Überfremdungstopos eindringlich bemüht wird (vgl. Schmidtke 2013a, b; Zasowk 2013), durchziehen zudem viele Texte von Pro Deutschland und der NPD die oben (siehe Abschnitt 7.1.3) bereits thematisierte Bedrohung gesellschaftlicher Ressourcen durch *Flüchtlinge* in Form des sog. Asylmissbrauchs. Im Folgenden dazu lediglich zwei exemplarische Passagen: So führt Lars Seidensticker von Pro Deutschland am 21. August auf einer Kundgebung in Hellersdorf aus, dass für »Asylbewerber«, die nicht aus Syrien kämen,

»die alte niederschmetternde Anerkennungsquote von fünf Prozent [gilt; J.H.], das bedeutet, dass von einhundert Asylbewerbern gerade einmal fünf wirklich politisch verfolgt sind. Fünfundneunzig Prozent der Asylbewerber versuchen sich unter Vortäuschung falscher Tatsachen, den Zugang zu den immer kleiner werdenden sozialen Fleischtopfen der Bundesrepublik Deutschland zu ergaunern. Damit muss endlich SCHLUSS sein. ((klatschen)) (4.0) Bekommt ein Asylbewerber nach vielen Monaten oder gar Jahren seines Aufenthaltes in Deutschland, einen Ablehnungsbe-

⁸⁶ Dies führt besonders dramatisierend ebenso der NPD-Politiker Ronny Zasowk in einer Rede am 24. August in Hellersdorf in Bezug auf Muslim*innen aus: »Einer Studie des Zentralinstituts islama(. . .) zufolge; wird bereits im Jahr zweitausendfünfundvierzig bei gleichbleibender Geburtenzahl und gleichbleibender Einwanderungssalden; die Situation erreicht sein, in der wir Deutschen in der Minderheit und Muslime in der Mehrheit sind. Und genau diese Situation wollen wir nicht. Dagegen begehren wir auf dagegen zeigen wir Flagge« (Zasowk 2013, TC: 08:36-09:04).

⁸⁷ Denn hinter den Ausführungen verbirgt sich die Annahme eines ›raffenden Kapitals‹, welches mit Jüd*innen in Verbindung gebracht wird.

scheid, (.) hat er a=also die Prüfung der Behörden ergeben, dass der Asylbewerber gar nicht in seiner Heimat verfolgt wurde, hat er in der Zwischenzeit tausende von Euros an Unterstützung bekommen. Er hat Geld bekommen, das ihm nicht zusteht, er hat Geld bekommen das der deutsche Steuerzahler erarbeitet hat, er hat Geld bekommen, das er sich in betrügerischer Absicht angeeignet hat« (Seidensticker 2013, TC: 07:10-08:13).

Ähnlich Udo Voigt am 11. September auf einer NPD-Kundgebung:

»[W]enn wir uns die ja zur=seit Jahrzehnten einmal die Statistik anschauen; dann sind ja seit Jahrzehnten, liegt die Anerkennungsquote bei Asylanten zwischen eins Komma vier und eins Komma acht Prozent. Das heißt, achtundneunzig Prozent der Fremden kommen als angeblich politisch Verfolgte nach Deutschland, sind aber gar nicht wirklich politisch verfolgt. Sie kommen hierher, weil sie in diesem Land unsre soziale Hängematte; (.) ausnutzen wollen. [...] [Diese wollen; J.H.] nichts anderes [...], als (.) unsere soziale Hängematte – das heißt unser Geld. Sie wollen das Geld der deutschen Steuerzahler und (.) sie werden nicht abgeschoben auch dann nicht, wenn sie also Asylbetrüger sind.« (Voigt 2013, TC: 05:10-06:28)

Allerdings bemühen sich sowohl die NPD als auch Pro Deutschland darum, nicht gänzlich als Gegner der Aufnahme politisch verfolgter Menschen angesehen zu werden. So führt Manfred Rouhs von Pro Deutschland am 21. August aus:

»Wer in der Lage ist sich irgendwo in eine deutsche Botschaft zu flüchten; und zu sagen; ich bin hier aktiv gewesen in diesem und jenem Wahlkampf, ich war Priester in dieser oder jener Kirche, ich bin deshalb verfolgt worden; der muss natürlich die Möglichkeit haben, sein Asylverfahren dann auch auf deutschem Boden zu realisieren«. (Rouhs 2013, TC: 10:17-10:40)

Und Sebastian Schmidtke von der NPD am 24. August:

»Die Menschen die hier mit recht um Asyl beten; also dieser eine Prozent den es dort gibt; die haben natürlich ein Anrecht auf Asyl wie Edward Snowden zum Beispiel. Diese Menschen können wir gerne aufnehmen, wenn sie wirklich politisches Asyl benötigen« (Schmidtke 2013b, TC: 04:19-04:35).

Bemerkenswert sind diese Ausführungen insofern, als im Kontext der Gewährung politischen Asyls im Allgemeinen zunächst wohl eher nicht an Edward Snowden gedacht wird, sondern bspw. eher an politische Aktivist*innen aus Ländern des Globalen Südens, die ihrer Aktivitäten wegen (staatlicherseits) verfolgt werden. Zudem ist Snowden *weißer* männlicher US-Amerikaner und Intellektueller, der mit rassistischen Zuschreibungen gegenüber *Flüchtlingen* zweifelsohne gerade nicht gemeint ist. Insofern genießt er als politisch Verfolgter* viele Privilegien. – Das Beispiel der Priester*, in gewisser Weise auch lokale Intellektuelle – und etwa nicht das des verfolgten Imams* o.Ä. –, vermittelt auf indirekte Art und Weise ein durchaus dominantes Bild davon, dass Vertreter*innen des Christentums in verschiedenen Ländern (durch den Islam) verfolgt werden. Vor dem Hintergrund eines antimuslimischen Rassismus liegt es dann nahe,

sich für die Aufnahme von verfolgten Christ*innen in Deutschland auszusprechen.⁸⁸ Insgesamt können beide Parteien mit diesen Argumentationen das Grundrecht der Gewährung von Asyl aufgrund politischer Verfolgung bejahen, gleichwohl, wie bereits gezeigt, sie sich ausdrücklich gegen die Aufnahme von *Flüchtlingen* positionieren, die nicht ausschließlich politisch verfolgt werden oder bei denen dies nicht ›eindeutig‹ nachgewiesen werden kann.

7.2.2 Widersprüchliche Deutungen der BLMH e.V.

Während im vorigen Unterkapitel weitestgehend Kontinuitäten im Verlauf des Konflikts um die Asylunterkunft aufgezeigt wurden, geht es im Folgenden primär um Veränderungen. Dabei werden zentrale Deutungen und Argumentationen der Bürgerinitiative für ein lebenswertes Marzahn-Hellersdorf e.V. (BLMH) aufgezeigt. Diese wurde im August von André Kiebis, der zuvor in der gegen die Asylunterkunft agierenden Bürgerinitiative Marzahn-Hellersdorf (BMH) aktiv war, gegründet (vgl. Dekonstruktion Ost 2014). Nicht zuletzt wegen der großen Inkonsistenz der verschiedenen Ausführungen der BLMH erscheint dafür ein eigenes Unterkapitel notwendig.

Bezugnehmend auf die Informationsveranstaltung vom 9. Juli konstruiert die BLMH die Auseinandersetzung um die Asylunterkunft durchgängig als einen Rechts-links-Konflikt, dessen Leidtragende schließlich die Anwohner*innen sind. In einer ausführlichen Presseerklärung vom 3. September wird entsprechend ausgeführt, dass sich Anwohner*innen im Rahmen der Informationsveranstaltung

»unbehaglich, fast bedrängt von der Radikalität der Anwesenden aus sämtlichen Bezirken Berlins [fühlten; J.H.]. Es entstand ein Lager von Rechten und Linken, welches uns Anwohnern keine Chance ließ zu Wort zu kommen, unsere Ängste zu äußern und offene Fragen zu klären.« (BLMH 2013a)

Und gut eine Woche später führt die BLMH zu stattgefundenen NPD-Kundgebungen im Stadtbezirk und Gegenprotesten dazu Folgendes aus:

»Anwohner fühlen sich belästigt und bedrängt[,] das [sic] die NPD sowie auch ihre GEGNER sich gegenseitig nicht in Ruhe lassen können. Warum kann man denn nicht jede Partei seinen [sic] Wahlkampf und seine [sic] Kundgebungen Platz lassen? [...] Sicher ist es durch das Asylanten-Heim in der Carola-Neher-Straße, was viel Ablehnung der Anwohner drumherum bekommt, eine sehr gereizte Stimmung unter den Parteien sowie auch den Anwohnern in der Umgebung. Jeder nutzt die Gegner bzw. Befürworter für sich, was gerade daher doch viel Stress verursacht. Die Anwohner[,] die gegen das Heim sind, WIR, lassen uns natürlich weiterhin nicht mit hinein [sic] ziehen« (BLMH 2013b; Herv. i.Orig.).

Die BLMH konstruiert sich anders als die NPD nicht nur als ›eigentliche‹ Vertreterin der gegen die Asylunterkunft eingestellten Anwohner*innen, sondern letztlich als Anwohner*innen-Initiative. Dabei grenzt sie sich von »Parteien« ab sowie – vor dem Hintergrund der Ausführungen in

⁸⁸ Im Zuge der Diskussion um die (erste) gezielte Aufnahme von syrischen *Flüchtlingen* in Deutschland (sog. Kontingente) im Jahre 2012 spielte deren Religionszugehörigkeit zum Christentum eine durchaus zentrale Rolle. Nicht zuletzt CDU- und CSU-Politiker*innen plädierten für die Bevorzugung dieser Gruppe (vgl. etwa Zeit 2012b, Der Westen 2012).

der zweiten Textpassage – von zivilgesellschaftlichen Akteur*innen, die gegen die NPD-Kundgebungen demonstrier(t)en. Nahegelegt wird hiermit insgesamt, dass sich die BLMH (wie auch die die Asylunterkunft ablehnenden Anwohner*innen) als unpolitisch versteht, da sie gleichsam auf einer rein sachlichen Ebene ausschließlich »Fragen« und Anliegen von Anwohner*innen artikuliert. Dementsprechend sieht sie sich zu den jeweils anderen Akteur*innengruppen in Äquidistanz. Äußerst widersprüchlich ist diese Darstellung deshalb, weil sich die BLMH ja selbst explizit gegen die Unterkunft wendet – mit dem hervorgehobenen »WIR« betonend –, womit unmissverständlich die entsprechende politische Forderung verbunden wird, die Asylunterkunft nicht zu eröffnen.

In diesem Sinne bleibt das Verständnis von Politik widersprüchlich, wie es auch in weiteren Textpassagen deutlich wird. So führt die BLMH aus, dass sie sich als »unabhängig von jeglichen Parteien, Vereinen und Konfessionen ansieht« (BLMH 2013a) und als »nicht politisch orientiert« (BLMH 2013c). Gleichwohl aber beabsichtigt sie, grundsätzlich das »Mitspracherecht der Anwohner in politische[n] Entscheidungsprozesse[n]« (BLMH 2013a) innerhalb des Stadtbezirks zu verbessern und in diesem Sinne ebenso mit der Lokalpolitik kooperieren zu wollen (vgl. ebd.). Insofern trägt sie ein klares politisches Interesse vor, und die Abgrenzung zu Parteien und zu in die Auseinandersetzung involvierten zivilgesellschaftlichen Akteur*innen können vor diesem Hintergrund wohl eher als strategisches Vorgehen interpretiert werden, sich als unterstützenswerte Alternative bzw. »Sprachrohr« der Anwohner*innen zu präsentieren. Hinter der hier scheinbar intendierten Entpolitisierung des Konflikts um die Asylunterkunft verbirgt sich damit eine insgesamt klare politische Positionierung der BLMH.

Bemerkenswert ist überdies, dass sich die BLMH gegen die Asylunterkunft, nicht aber gegen die *Flüchtlinge* wendet, wie sie in besagter Pressemeldung von Anfang September schreibt:

»Der Spruch ›Nein zum Heim‹, für uns keinesfalls gegen die Flüchtlinge gewählt, wurde von der NPD als Wahlslogan missbraucht. Nun waren wir Anwohner, die hiermit nur ihren Unmut ausdrücken wollten und auf legalem Weg ihrem Unmut Kund [sic] tun wollten, Teil eines politischen Kampfes. Wir[,] die für ein friedliches Zuhause und Sicherheit kämpfen, wurden benutzt von einer Partei[,] die Menschen anhand der Hautfarbe wertet. [...]

Wir fordern eine menschliche Unterbringung der Flüchtlinge, um Perspektivlosigkeit vorzubeugen und Zufriedenheit aller zu gewährleisten.« (BLMH 2013a)

Die Ablehnung der Unterkunft wird hier zum einen dadurch deutlich, dass die BLMH das »friedliche[.] Zuhause« sowie die »Sicherheit« im Stadtteil durch die *Flüchtlings*unterkunft als bedroht ansieht, womit bereits oben (siehe Abschnitt 7.1.2) gezeigte »klassische« rassistische Argumentationsmuster gegen die Flüchtlingsunterkunft re_produziert werden. Zum anderen ergreift die BLMH Partei für die *Flüchtlinge*, indem sie deren »menschliche Unterbringung« fordert. Diese – so die implizite Botschaft – ist in der Asylunterkunft nämlich nicht gegeben. Geschickt kann die BLMH hier die Unterbringungsbedingungen als Argument gegen die Aufnahme von *Flüchtlingen* anführen und sich gleichzeitig von der die Unterkunft ablehnenden und in diesem Sinne ebenso agitierenden NPD distanzieren. Denn die Unterscheidung, gegen die

Asylunterkunft oder aber gegen *Flüchtlinge* zu argumentieren, ist insofern eher eine analytische, als deren Konsequenz dieselbe bleibt: keine Aufnahme von *Flüchtlingen* im Stadtteil. Vor diesem Hintergrund – den Widerspruch noch weiter zuspitzend – kann sich André Kiebis einige Wochen später schließlich sogar für die Aufnahme von 200 anstelle von 450 *Flüchtlingen* im Stadtbezirk aussprechen (vgl. BLMH 2013d). Möglicherweise auch ein Resultat der Gewöhnung von Anwohner*innen an die Asylunterkunft und der Abnahme von deren Protesten.

Abschließend ist zu konstatieren, dass die BLMH sich zwar selbst in besagter Äquidistanz zu verschiedenen lokalen (partei-)politischen Akteur*innen verortet, allerdings – gleichwohl nicht immer direkt – das Vorgehen der die Asylunterkunft unterstützenden zivilgesellschaftlichen Akteur*innen und das der unterstützenden Lokalpolitik, mitunter recht detailliert, kritisch kommentiert. Die NPD und deren Agitation gegen die Asylunterkunft wird zwar auch nicht gutgeheißen, aber in entsprechender Ausführlichkeit keineswegs kritisch dargestellt bzw. kommentiert. In diesem Sinne wird nicht zuletzt in einem Statement vom 17. November auf die Frage, woher das Antirassistische Infoportal seine vielen Informationen habe, ausgeführt, dass dieses maßgeblich aus »2-3 arbeitslose[n], perspektivlose[n] Jugendliche[n] mit viel Tagesfreizeit« bestünde, »Praktikanten im Alter von 18-25 Jahren« sowie weitere »Informanten« habe, um an ihre Informationen zu gelangen (BLMH 2013e). »[A]uch von sympathisierenden Politikern in Hellersdorf« bekäme das Infoportal Informationen (ebd). Insgesamt wird der Eindruck vermittelt, dass der BLMH wichtige Informationen um die Asylunterkunft – auch durch die Lokalpolitik – bewusst vorenthalten werden.

Bemerkenswert ist schließlich, dass gar die auf breite öffentliche und positive Resonanz stößende Spendenaktion von Hellersdorf hilft (siehe S. 74) für die Bewohner*innen der Asylunterkunft kritisch gesehen wird und insgesamt ein »sehr trauriges Bild« abgegeben habe (BLMH 2013f). Vor diesem Hintergrund führt die BLMH eine »Fehleranalyse« der Aktion durch, in der sie zu dem Schluss kommt, dass die »Anwohner/Hellersdorfer[...] nicht richtig« darüber informiert worden seien – sowohl von Hellersdorf hilft als auch von der Lokalpolitik (ebd.). Diese Ausführungen implizieren gleichfalls ein bewusstes Nichtinformieren der BLMH bzw. der Anwohner*innen über die Aktion, die grundsätzlich jedoch begrüßt wird (vgl. ebd.). Insofern wird die Opferkonstruktion der BLMH – und damit der die Asylunterkunft ablehnenden Anwohner*innen – anhand dieser beiden Beispiele nochmals reproduziert.

7.2.3 Flexible rassistische Argumentationen bei Pro Deutschland

Die gegen die Asylunterkunft gerichteten Statements rechter Akteur*innen und Anwohner*innen sind, wie bisher herausgearbeitet, größtenteils nahezu offen rassistisch: *Flüchtlinge* werden im Stadtteil konsequent abgelehnt. Das vorige Unterkapitel zur BLMH zeigte hingegen, dass es im Konflikt um die Asylunterkunft mitunter auch verdeckte Positionierungen gegen *Flüchtlinge* gibt. Im Folgenden sollen abschließend zwei Passagen von Pro Deutschland näher vorgestellt und analysiert werden, in denen sich weitere verdeckte Argumentationen gegen die Aufnahme von *Flüchtlingen* manifestieren, die zugleich in Rassismus involviert sind. Die Passagen können als

durchaus bemerkenswerte Beispiele flexibler rassistischer Argumentationsfiguren angesehen werden.

In bereits oben (S. 165) zitierter Rede von Manfred Rouhs, gehalten am 21. August in Hellersdorf, werden Anwohner*innen der Asylunterkunft sowie in gleicher Weise deren Bewohner*innen – die *Flüchtlinge* – als negativ Betroffene politischer Entscheidungen, d.h. der Errichtung der Asylunterkunft konstruiert. In Abgrenzung zu den »Rechtsextremisten«, die mit ihren Demonstrationen die *Flüchtlinge* schikanieren und »bedrängen« würden, geht es Rouhs letztlich um die Kritik an der »Umsetzung des Asylrechts«, also der Asylpolitik Deutschlands (Rouhs 2013). Dabei erweckt er mehrmals Verständnis für die Situation der *Flüchtlinge*, wodurch er den sicherlich von ihm antizipierten Einwand, Pro Deutschland sei gegen deren Aufnahme, argumentativ entkräften möchte. Besonders deutlich wird dies in folgender Passage, in der er rhetorisch fragt, wer es denn einem Menschen verdenken wolle,

»der im eigenen Land überhaupt keine Perspektive hat; keine Perspektive auf eine schulische Ausbildung, keine Perspektive darauf einen vernünftigen Beruf zu erlernen, und keine Perspektive dafür, (.) mit diesem erlernten Beruf dann auch sein Lebensunterhalt zu verdienen, eine Familie zu gründen; eine ordentliche Perspektive zu haben. Wer will es einem Menschen der sich in einer solch ausweglosen Lage befindet, denn verdenken; dass er sich umschaute (.) und sieht wo kann er sein persönliches Schicksal und das Schicksal seiner Familienangehörigen verbessern. Das ist menschlich nachvollziehbar.« (Ebd., TC: 13:54-14:35)

Weil aber *Flüchtlinge* nun »bei den Hellersdorfern nicht erwünscht seien«, sondern auf Ablehnung stießen, sei ihnen mit der Aufnahme in Deutschland letztendlich gar nicht geholfen, so die weitere Argumentation (ebd.). Die Ablehnung wiederum resultiere aus dem schlechten »Image« der *Flüchtlinge* in Deutschland, denn im Gegensatz zu den USA oder Kanada, wo *Flüchtlinge* – genauer gesagt »Zuwanderer« – eine »Bereicherung« für die Gesellschaft seien, habe Deutschland nämlich

»nur den Wettbewerb um die Zuwanderung ins soziale Netz [gewonnen; J.H.]. Und die Konsequenz ist eben diejenige; dass in Folge der Tatsache dass hier eine Zuwanderung ins soziale Netz im ganz großen Umfang stattfindet; das Image (.) der Zuwanderer ein schlechtes ist, weil der einzelne eben nicht angesehen wird als einer der zum volkswirtschaftlichen Ertrag seinen Beitrag schon leisten wird, sondern dass er als Problem-Person betrachtet wird. DAMIT TUT der große etablierte politische Betrieb niemandem einen Gefallen. Er tut den Menschen in Deutschland keinen Gefallen, die diese Politik nicht wollen. Er tut aber auch den Zuwanderern keinen Gefallen; die sich zunehmend einer Ablehnung gegenübersehen von der ich klipp und klar sage meine Damen und Herren; dass sie die als Menschen nicht verdient haben.« (Ebd., TC: 06:14-07:05)

Mit diesen Ausführungen wird die Ablehnung von *Flüchtlingen* in Hellersdorf (und woanders) einerseits zwar durchaus kritisiert, andererseits ebenso legitimiert und die Politik dafür letztendlich verantwortlich gemacht. Rouhs vermischt dabei geschickt die Debatte um die Aufnahme von *Flüchtlingen* mit der Debatte um eine – auch in Deutschland praktizierte – gesteuerte

Zuwanderung von Fachkräften: So werden aus *Flüchtlingen* unter der Hand Zuwanderer*innen, die im Kontext von Deutschland von ihm jedoch als sog. *Wirtschaftsflüchtlinge* angesehen werden. Diese seien keine »Bereicherung« für Deutschland, sondern ausschließlich an Sozialleistungen interessiert. Rouhs springt durch die Bezugnahme auf unterschiedliche Begriffsbedeutungen und -konnotationen zwischen verschiedenen Ebenen hin und her. Somit kann er schließlich, in sozialdarwinistischer Art und Weise, die Aufnahme von Menschen aus anderen Ländern in Deutschland rein von ihrem »volkswirtschaftlichen Ertrag« abhängig machen sowie entsprechend legitimieren.

Die mögliche Aufnahme von *Flüchtlingen* hingegen sei, und das ist ein weiteres zentrales Argument von Rouhs, ausschließlich einem »winzig kleinen Anteil« an *Flüchtlingen* vorbehalten, was insgesamt keine adäquate Lösung angesichts der großen weltweiten »Flüchtlingsströme« darstellen würde (ebd.). Daher führt er aus:

»Bildung ist der Schlüssel zu allem. Wir Deutschen, (.) müssen durchaus auch relevante wirtschaftliche Beiträge; (.) zu (.) Ausbildungsprogrammen zu Bildungsprogrammen in denjenigen Ländern leisten; in denen heute bittere Armut herrscht, in denen gegenwärtig die politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für das Entstehen von Flüchtlingsströmen morgen gesetzt werden. Das können wir heute schon verhindern, indem wir in diesen Ländern helfend tätig werden, und Auf- oder Ausbau eines Bildungssystems zu realisieren helfen. In einem zweiten Schritt ist es notwendig; in diese Länder unser mitteleuropäisches Know-How zu exportieren; und das kann meine Damen und Herren sich sinnvollerweise natürlich nicht derart vollziehen; dass wir in ein Land in dem zum Beispiel (.) Dürre herrscht gehen, und den Menschen dort einen Brunnen bauen. Sondern es muss darin bestehen; dass wir den Menschen in diesem Land erklären und zeigen; WIE man einen Brunnen baut, damit sie das dann in Zukunft selber tun können. Das meine Damen und Herren ist eine Art von HILFE zur Selbsthilfe«. (Rouhs 2013, TC: 00:03-01:18)

In kolonialer Tradition – die mit der Rede von der »H[ilfe] zur Selbsthilfe« gleichermaßen kaschiert wird – konstruiert Rouhs hier Deutschland als entscheidenden Entwicklungshelfer, der seine weltweite Verantwortung im Kampf gegen »Armut« anerkennt und ernst nimmt, indem davon betroffene Länder auf verschiedenen Ebenen aktiv unterstützt werden.

Insgesamt gelingt es Rouhs mit seinen Ausführungen, sich klar gegen die Aufnahme von *Flüchtlingen* zu positionieren, ohne sich ausschließlich der ›klassischen‹ rassistischen Vorurteilspalette zu bedienen. Indem er die weltweite Verantwortung Deutschlands hervorhebt, entsteht der Eindruck, er wolle die strukturellen Ursachen von Flucht_Migration bekämpfen. Dies erfolgt im Interesse aller: sowohl der *Flüchtlinge* als auch der ›Deutschen‹. Allerdings werden dabei die strukturellen Privilegien Deutschlands bzw. des Globalen Nordens keineswegs thematisiert, geschweige denn radikale Umverteilungsprozesse zugunsten des Globalen Südens gefordert.

In einer Rede von Lars Seidensticker, ebenso auf der Pro-Deutschland-Kundgebung vom 21. August in Hellersdorf gehalten, findet sich hingegen eine andere Argumentationsstrategie gegen die Aufnahme von *Flüchtlingen*. Bezugnehmend auf den Krieg in Syrien führt Seidensticker

aus, dass »syrische Patrioten« an der Seite Assads für die Freiheit ihres Landes gegen die »Dschihadisten« – die nicht zuletzt von Deutschland und den USA unterstützt würden, »foltern und morden« – kämpften (Seidensticker 2013). Während Seidensticker vor diesen Menschen »HOCHACHTUNG« habe, führt er aus, dass es hingegen syrische Männer gäbe,

»die ihre Freunde die ihre Familie; (.) die ihr Land im Stich lassen, und ihr Heil in der Flucht nach Deutschland suchen, statt ihre Heimat und ihre Familien zu verteidigen. Für Syrien selbst vollzieht sich so ein ganz natürlicher Selbstreinigungsprozess, aber liebe Syrer, wir wollen diese Leute hier in Deutschland AUCH nicht haben. Denn wer seine Freunde; seine Familie; und sein Heimatland im Stich lässt; der ist ein Vaterlandsverräter; und der wird auch Deutschland verraten und im Stich lassen, wenn es hier nichts mehr zu holen gibt. (2.0) Die Bürgerbewegung Pro Deutschland fordert einen sofortigen Aufnahmestopp für Männer im wehrfähigen Alter; die aus allen Länders die aus Ländern kommen, die sich im Kriegszustand befinden.« (Ebd., TC: 05:42-06:31)

In der Passage wird eine Art Verbrüderung männlicher ›wahrer Patrioten‹ konstruiert, d.h. zwischen einerseits Deutschland – in Form der ›Vertretung‹ von Pro Deutschland, das sich damit gegen die »etablierte POLITIK« wendet – sowie andererseits Syrien in Person von Assad und den »syrische[n] Patrioten«. ⁸⁹ Insofern wird der sozialdarwinistische Terminus des »Selbstreinigungsprozess[es]«, der Flucht von Syrer*innen, für das Land als positiv angesehen. Gleichzeitig wird hervorgehoben, dass »liebe Syrer, wir« die Menschen, die aus Syrien fliehen, »hier in Deutschland AUCH nicht haben« wollen. Auf diese Weise werden syrische *Flüchtlinge* – im Grunde sämtliche männliche Kriegs*flüchtlinge*, wie im letzten Satz deutlich wird – für vogelfrei erklärt, für die, wenn der hier vorgetragene Gedanke konsequent weiter zugespitzt wird, letztendlich nur der Tod eine ›gerechte Strafe‹ aufgrund deren ›Vaterlandsverrats‹ ist. Diese Argumentation ist damit nationalistisch und verweist ebenfalls auf ethnopluralistische Versatzstücke. Letzteres wird darin deutlich, dass die bereits ausgeführte ›Verbrüderung‹ mit den ›wahren‹ Syrern, den Patrioten, erfolgt – eine Formulierung, die ein Volk, eine Nation und ein Territorium aneinanderkoppelt, wobei diese anerkannt und nicht abgewertet werden (i.S. einer ›klassischen‹ rassistischen Zuschreibung), d.h. Dominanzansprüche des ›Eigenen‹ gegenüber dem ›Anderen‹ gerade nicht erhoben werden. Des Weiteren wird ebenso die Vorstellung von Flucht_Migration – auch vor dem Hintergrund weiterer Ausführungen in der Rede – mit Ausnahme ›wirklich‹ politisch Verfolgter (siehe oben, S. 165) schließlich kategorisch abgelehnt.

Ähnlich wie in der Argumentation von Rouhs werden in diesem Zusammenhang keinerlei direkte rassistische Zuschreibungen hervorgebracht, um konsequent gegen die Aufnahme von *Flüchtlingen* zu argumentieren. Pro Deutschland kann sich dadurch wiederum von der NPD und deren recht einfach gestrickten ablehnenden Aussagen gegenüber *Flüchtlingen* abgrenzen und mit dieser Strategie möglicherweise auf Zustimmung der die Asylunterkunft ablehnenden Hellersdorfer*innen hoffen, denen die NPD oder die BMH insgesamt als zu radikal erscheinen.

⁸⁹ Diesen wichtigen Gedanken verdanke ich Rudolf Leiprecht.

7.3 Fazit aus rassismuskritischer Perspektive

Vor dem Hintergrund, dass die hier aufgezeigten Deutungen und Argumentationen sich letztlich alle grundsätzlich gegen die Aufnahme von *Flüchtlingen* (nicht nur in Hellersdorf) richten – davon ausgenommen womöglich ›eindeutig‹ politisch Verfolgte sowie die Ausführungen der Wohnungsbaugesellschaft –, ist rassismuskritisch Folgendes zu konstatieren:

- Konstitutiv für die in diesem Abschnitt analysierten Textpassagen ist die – einer rassistischen Logik folgend – Unterscheidung zwischen dem als weitestgehend homogen gedachten ›Eigenen‹, den ›Deutschen‹ bzw. ›Hellersdorfer*innen‹, und den *Flüchtlingen*, den ›Anderen‹.
- Die Anwohner*innen/Hellersdorfer*innen werden konsequent als Opfer der Politik und der Aufnahme von *Flüchtlingen* im Stadtteil konstruiert und nehmen sich selbst auf diese Weise wahr. Insofern kann hier von einer Täter*innen-Opfer-Umkehr gesprochen werden – nicht die *Flüchtlinge* sind von ihrer Flucht und ihren Lebensumständen ggf. negativ Betroffene, sondern ausschließlich die Anwohner*innen/Hellersdorfer*innen. Komplementär dazu inszenieren sich die rechten Akteur*innen, die BLMH sowie die Wohnungsbaugesellschaft als konsequente und ›authentische‹ Interessenvertretung der Anwohner*innen/Hellersdorfer*innen.
- Die Unterscheidung zwischen politisch verfolgten *Flüchtlingen* einerseits und sog. Wirtschafts*flüchtlingen* andererseits greift des Weiteren ein zentrales Unterscheidungskriterium in der allgemeinen Debatte um Flucht_Migration auf (siehe dazu die Unterkapitel 2.1 und 4.1). Es wird hier von den rechten Akteur*innen in dem Sinne weiter zugespitzt, als eine entsprechende Eindeutigkeit nahe gelegt wird, infolge derer alle nicht ›wirklich‹ politisch verfolgten Menschen als Ausnutzer*innen ›deutscher‹ Steuerzahler*innen angesehen werden. Diese negative Zuschreibung aber ist rassistisch.
- Insgesamt dominieren ›klassische‹ rassistische Zuschreibungen *Flüchtlingen* gegenüber (vor allem Gewalt und Kriminalität), die grundsätzlich zur Verdeutlichung eines außerordentlichen Bedrohungsszenarios herangezogen werden. Die NPD assoziiert dabei gar den sog. Volkstod weißer Deutscher – ein biologistisch-rassistisches Argumentationsmuster. Ferner wird die Bedrohung gesellschaftlicher Ressourcen – die Ethnisierung des Sozialen – durch *Flüchtlinge* imaginiert. Darüber hinaus werden verdeckte Formen der Ablehnung von *Flüchtlingen* bzw. der *Flüchtlings*unterkunft sichtbar, wie nicht zuletzt Passagen von Pro Deutschland oder auch der BLMH zeigten: So werden bspw. von beiden Akteur*innen die unmenschlichen Lebensbedingungen in der/einer Asylunterkunft angeführt, um gegen deren Eröffnung zu argumentieren – ein Argument, das in der Kritik an sog. Sammellagern stets von *Flüchtlingen* unterstützenden Gruppen und/oder antirassistischen Aktivist*innen vorgetragen wird (siehe etwa S. 127).

- Damit aber wird schließlich die hohe Flexibilität rassistischer und gegen die Unterkunft/*Flüchtlinge* vorgetragener Argumentationen sichtbar, die teils mit enormen Widersprüchen einhergehen: So befürchten Anwohner*innen Gewalt und Kriminalität durch die Asylunterkunft, konstatieren teils aber gleichermaßen, dass Hellersdorf gegenwärtig bereits ein sozialer Brennpunkt ist. Die explizit gegen die Unterkunft eintretende BLMH verortet sich als dezidiert unpolitisch, positioniert sich anfangs jedoch eindeutig gegen die Aufnahme von *Flüchtlingen*, im weiteren Verlauf des Konflikts dann für die Aufnahme einer begrenzten Anzahl. Und Pro Deutschland spitzt seine Argumentation gar so weit zu, dass es scheinbar Partei für die *Flüchtlinge* ergreift, deren Aufnahme aber letztlich konsequent ablehnt.
- Im Kern wird Flucht_Migration konsequent abgelehnt und als Bedrohung wahrgenommen. Die teils geschickten Argumentationen zeigen, dass die ›klassische‹ rassistische Vorurteilspalette *Flüchtlingen* gegenüber nicht ausschließlich reproduziert wird, was sicherlich ebenso als strategisches Element im Konflikt um die Asylunterkunft anzusehen ist, sich in moderater Art und Weise als RepräsentantIn der die Asylunterkunft ablehnenden Hellersdorfer*innen zu inszenieren.

8 »Das Eigene und das Fremde«⁹⁰ – Bilder über *Flüchtlinge*

Vorbemerkung

Entsprechend den beiden grundlegenden Forschungsfragen (siehe S. 7) nach unterschiedlichen Deutungen von zentralen Ereignissen im Konfliktverlauf um die Asylunterkunft durch die darin involvierten Akteur*innen und der Frage nach der Produktion von Bildern über *Flüchtlinge* geht es in diesem Kapitel nun um die Beantwortung des zweiten Fragenkomplexes. Vor dem Hintergrund, dass rechte Akteur*innen sowie gegen die Asylunterkunft eingestellte Hellersdorfer*innen verschiedene, teils offen rassistische Bilder über *Flüchtlinge* reproduzieren – wie im vorigen Kapitel 7 herausgearbeitet –, soll im Folgenden ebenso das Involviertsein in entsprechende rassistische Argumentationen und Zuschreibungen von Akteur*innen, die die Asylunterkunft im Stadtteil explizit begrüßen, aufgezeigt werden. Insofern stehen nun deren Deutungen im Vordergrund. Inhaltlich geht es dabei um den Topos zu vieler *Flüchtlinge* (Unterkapitel 8.2) und um verschiedene Bedrohungsszenarien für ein als friedlich vorgestelltes Zusammenleben von Stadtteilbewohner*innen durch die *Flüchtlinge* (Unterkapitel 8.3). Insgesamt ist in den verschiedenen Texten ein nahezu durchweg paternalistischer Blick auf *Flüchtlinge* zu konstatieren (Unterkapitel 8.1).

In diesem Zusammenhang ist allerdings nochmals zu betonen, dass sich die die Asylunterkunft bejahenden Akteur*innen klar und unmissverständlich zur Aufnahme von *Flüchtlingen* im Stadtteil aussprechen, wie es nicht zuletzt in einer von der Hellersdorfer BVV vom 18. Juli verabschiedeten Erklärung der darin vertretenen Parteien (mit Ausnahme der NPD) formuliert wird:

»Marzahn-Hellersdorf bekennt sich zur gemeinsamen Verantwortung, Flüchtlingen und Asylsuchenden eine sichere Unterbringung zu ermöglichen. Die Unterzeichnenden unterstützen dieses Vorhaben uneingeschränkt. Wir heißen Flüchtlinge in unserem Bezirk willkommen.« (Bezirksamt 2013g; vgl. auch Bezirksamt 2013d)

Aus einer rassistuskritischen Perspektive wird somit vor dem Hintergrund einer ausdrücklichen Bejahung der Aufnahme von *Flüchtlingen* bei gleichzeitiger Reproduktion rassistisch konnotierter Zuschreibungen ihnen gegenüber die diskursive Wirkmächtigkeit von Rassismus deutlich (siehe Abschnitt 1.1), die sich subtil in den untersuchten Texten manifestiert.

Schließlich noch ein Hinweis zum Aufbau dieses Kapitels: Im Gegensatz zu den drei vorausgegangenen Kapiteln werden im folgenden ereignis- und weitestgehend akteur*innenübergreifend die verschiedenen und entsprechend relevanten Textpassagen vorgestellt und interpretiert.

⁹⁰ Siehe den Titel des von Uli Bielefeld herausgegebenen Buches: »Das Eigene und das Fremde. Neuer Rassismus in der alten Welt?« (Bielefeld 1991).

8.1 Hellersdorfer*innen als Helfer*innen und Schützer*innen notleidender *Flüchtlinge*

In den hier untersuchten Texten wird ein nicht zuletzt im öffentlichen Diskurs immer wieder reproduziertes und wirkmächtiges Bild über *Flüchtlinge* transportiert – jenes von verfolgten und traumatisierten Menschen, die aus Krieg, Chaos und Gewalt geflohen sind. *Flüchtlinge* werden mit diesen pauschalen Zuschreibungen als i.w.S. hilfsbedürftige Personengruppe vorgestellt. Komplementär dazu wird ein Bild von integren Helfer*innen gezeichnet, die um das Leid und die Hilfsbedürftigkeit der *Flüchtlinge* wissen und ihnen daher helfen (wollen) bzw. entsprechende Absichten dazu bekunden. Im Folgenden soll gezeigt werden, auf welche Art und Weise diese Konstruktion hilfsbedürftiger *Flüchtlinge* in Relation zu den (Hellersdorfer) Helfer*innen konkret erfolgt.

Zunächst vier verschiedene Zitate von Hellersdorfer Akteur*innen vom Juli 2013, in denen spezifische Repräsentationen von *Flüchtlingen* sowie Hellersdorfer*innen deutlich werden. Rafaela Kiene, BVV-Abgeordnete* der Marzahn-Hellersdorfer Grünen, schreibt am 10. Juli auf ihrem Blog:

»Man muss davon ausgehen, dass ein Großteil der Ankömmlinge unter Traumata leiden wird und dringend psychotherapeutische Unterstützung benötigt. Neben der Versorgung mit alltäglichen Dingen, wie Lebensmitteln oder Kleidung, wird auch versucht, eine angemessene Betreuung für Kinder zu organisieren. Gerade unter dem Gesichtspunkt, dass diese Menschen alles verloren haben; sehen mussten, wie Familienmitglieder ermordet wurden[,] und sie sich selbst lange Zeit in größter Lebensgefahr befanden, müssen wir in Marzahn-Hellersdorf unsere Kräfte bündeln.« (Kiene 2013a; Herv. gestr. J.H.)

Ähnlich schreiben die Grünen von Marzahn-Hellersdorf am 10. Juli auf ihrer Homepage:

»Die Aufnahme von Flüchtlingen ist für Bündnis 90/Die Grünen eine Frage der Menschlichkeit. Nach Zahlen der Vereinten Nationen waren bis Ende 2012 45,2 Millionen Menschen auf der Flucht. Die Menschen, die aus diesen Krisenregionen unserer Erde kommen, flüchten aufgrund von Lebensgefahr für sich und ihrer [sic] Angehörigen. Sie haben keine andere Wahl[,] als Schutz in einem anderen Land zu suchen. Diese Menschen haben Fürchterliches erlebt und sind meistens traumatisiert. Darum brauchen sie unsere Hilfe, denn sie sind Menschen wie du und ich.« (Grüne MaHe 2013a)

Die Initiative Hellersdorf hilft führt am 9. Juli auf Facebook aus:

»Aus dem früheren Max-Reinhardt-Gymnasium in Berlin-Hellersdorf wird ein Asylbewerberheim. In Zukunft sollen dort bis zu 400 Flüchtlinge wohnen. Sie haben Krieg und unendliches Leid erlebt. Alles, was sie wirklich wollen: Frieden, keinen tagtäglich Bombenhagel mehr, [sic] Blut sehen.« (Hellersdorf hilft 2013b)

Und DIE LINKE von Marzahn-Hellersdorf schreibt bereits am 3. Juli: »Als sozialistische Partei stehen wir an der Seite von Menschen, die um Hilfe bitten. Asylbewerberinnen und -bewerber

[sic] sind zumeist traumatisiert und können das Erlebte nur selten gut verarbeiten.« (DIE LINKE 2013b)

In allen vier Passagen wird ein Bild von *Flüchtlingen* transportiert, das diese – ganz selbstverständlich – als i.w.S. traumatisiert darstellt, als Opfer brutalster kriegerischer Gewalt: Menschen, die »alles verloren haben«, sich in »größter Lebensgefahr befanden«, »tagtägliche[m] Bombenhagel« ausgesetzt gewesen, im Allgemeinen »Fürchterliches« erlebt hätten und das »Erlebte nur selten gut verarbeiten« könnten. *Flüchtlinge* sind demnach den denkbar schlimmsten vorstellbaren Verhältnissen ›entkommen‹ und nun buchstäblich vor dem Nichts stehend, wie es Kiene in ihrem Blogbeitrag schreibt. Dass diese »Neuankömmlinge« nun dringend Schutz und Hilfe brauchen, wird in allen Passagen betont. Vor dem Hintergrund dieser – sowie in zahlreichen weiteren Texten vorkommenden – vermittelten ›Zwei-Welten-Konstruktion‹, d.h. die Welt von Krieg und Terror ›dort‹ und die friedliche Welt ›hier‹ in Deutschland/Berlin-Hellersdorf, wird demnach ein homogenes, nämlich grundsätzlich sehr defizitäres und viktimisierendes Bild von *Flüchtlingen* transportiert, das andere Bilder, die etwa die Ressourcen von *Flüchtlingen* hervorheben, zumindest nur schwer zulässt. Demgegenüber wird das Helfen wie selbstverständlich legitimiert und abgesichert. Problematisch ist dabei, dass eine derartige Konstruktion grundsätzlich eine Differenz reproduziert, die insofern paternalistisch ist, als eine Abhängigkeit zwischen *Flüchtlingen* und den Helfer*innen – den Hellersdorfer*innen i.w.S. – angenommen wird: Denn die große Hilfsbedürftigkeit der einen erfordert die umfassende Hilfe der anderen.

Jene machtvolle Differenz wird nicht zuletzt in Ausführungen der zu leistenden Hilfe deutlich. Kiene führt in der bereits zitierten Passage im letzten Satz bspw. Folgendes aus: »[W]ir in Marzahn-Hellersdorf [müssen; J.H.] unsere Kräfte bündeln«. Die Formulierung legt nahe, dass es sich nicht um eine *gemeinsam* von Hellersdorfer*innen und *Flüchtlingen* zu bewältigende Aufgabe handelt, sondern dass es vielmehr ausschließlich um die Hellersdorfer*innen selbst geht, die besagte Kraftanstrengung zu bewältigen haben, die nur mit einem strategischen Vorgehen – der Bündelung der Kräfte – zu leisten ist. Insofern wird eindringlich an ein starkes ›Helfer*innen-Wir‹ appelliert, das sich um die *Flüchtlinge* zu kümmern hat. Ähnlich wird in den Ausführungen der Grünen dann das Verhältnis von Hellersdorfer*innen und *Flüchtlingen* als ein abhängiges und zugleich hierarchisches dargestellt, indem formuliert wird, dass *Flüchtlinge* »unsere Hilfe [brauchen; J.H.], denn sie sind Menschen wie du und ich«. Die Notwendigkeit bzw. Dringlichkeit, *Flüchtlingen* zu helfen, wird hierbei mit der Verwendung des Du für die Adressat*innen des Textes deutlich gemacht. Die hierarchische Differenz wird damit zwar zunächst gebrochen, indem auf das ›unmittelbar Menschliche‹ als das Verbindende zwischen beiden ›Gruppen‹ hingewiesen wird, wodurch nahegelegt wird, dass *Flüchtlinge* sowie (Hellersdorfer) Helfer*innen als ›Menschen‹ dieselben Bedürfnisse aufweisen, d.h. i.w.S. ›gleich‹ sind. Gleichzeitig impliziert die Passage jedoch, dass die Hellersdorfer*innen wissen, dass die *Flüchtlinge* ihre Hilfe (dringend) brauchen (werden).

Wie in allen zitierten Statements zum Ausdruck kommt, zeigt sich schließlich auch DIE LINKE von Marzahn-Hellersdorf parteilich mit den *Flüchtlingen*. In der oben zitierten Passage wer-

den *Flüchtlinge* als »Menschen, die um Hilfe bitten«, vorgestellt. Bemerkenswert ist diese Formulierung insofern, als wiederum die (Hilfs-)Bedürftigkeit von *Flüchtlingen* im Vordergrund steht. Auf diese Weise werden *Flüchtlinge* nicht etwa als Rechtssubjekte, die in Deutschland Asyl nach dem Grundgesetz oder der Genfer Konvention beantragen können/wollen, konstruiert. Vielmehr bitten sie lediglich um Hilfe, was sie als zu schützende und ›schwache Gruppe‹ erscheinen lässt, die möglicherweise auch keine weiteren Forderungen mehr stellt – und etwas zugespitzt formuliert die Hilfe der Hellersdorfer*innen dankbar annehmen wird. Dieser paternalistische Blick auf die *Flüchtlinge* wird zudem dadurch verstärkt, dass DIE LINKE ausführt, »an der Seite« der *Flüchtlinge* zu stehen, sich folglich als deren Sympathisant*innen präsentiert. Diese Aussage ist jedoch insofern problematisch, als dadurch verschiedene gesellschaftliche Positionierungen sowie damit einhergehende De-/Privilegierungen zwischen beiden ›Gruppen‹ nicht thematisiert bzw. vollkommen eingeebnet werden. In diesem Sinne bergen derartige Aussagen stets die Gefahr, für *Flüchtlinge* sprechen zu können und zu wissen, was diese ›tatsächlich‹ brauchen.

Mit der in den verschiedenen Textpassagen vorgenommenen Zuschreibung der Hilfsbedürftigkeit der *Flüchtlinge* einerseits und der Notwendigkeit zu leistender Hilfe andererseits wird das Helfen, wie bereits erwähnt, grundlegend legitimiert, so dass es durchweg als vollkommen selbstverständlich erscheint. Das Helfen bedarf somit keiner weiteren Begründung oder (kritischen) (Selbst-)Reflexion, sondern steht für das fraglos angenommene ›Gute‹ und ›Sinnvolle‹. Grada Kilomba verweist in dem Dokumentarfilm »White Charity« im Zusammenhang von Spendenplakaten deutscher Hilfsorganisationen für den Globalen Süden darauf, dass die machtvoll (und ständig reproduzierte) Darstellung des Schwarzen Subjekts als ein infantiles und damit hilfsbedürftiges die »koloniale Intervention« – d.h. die sog. Entwicklungshilfe – überhaupt erst rechtfertigt (Kilomba 2011, TC: 19.20ff.). Vor diesem Hintergrund ist die Konstruktion hilfsbedürftiger *Flüchtlinge* als eine in strukturell ungleiche sowie postkoloniale Macht- und Herrschaftsverhältnisse verstrickte Re-Präsentation anzusehen, die ein moralisch überlegenes weißes Subjekt hervorbringt, das in seinen helfenden Handlungen und Absichten entsprechend bestätigt wird.

Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, dass mitunter ebenso nahegelegt wird, die konstatierte und notwendige Hilfe auch leisten zu können. Dieser Aspekt wird etwa in der Petition des Berlin-Lichtenberger Bürgers* Peter Koch vom 16. Juli explizit formuliert:

»Mit dieser Petition wollen wir ein Zeichen setzen [sic] und es uns zur Aufgabe machen, den ankommenden AsylbewerberInnen ein menschenwürdiges Leben zu bieten, denn das haben sie nach all ihren leidvollen Erfahrungen verdient. [...] Wir geben den AsylbewerberInnen die Chance, sich zu integrieren.« (Koch 2013; Herv. gestr. J.H.; nahezu identischer Wortlaut auch in: Hellersdorf hilft 2013b)

Das »Wir« bezieht sich in der Passage auf die Bürger*innen Marzahn-Hellersdorfs, auf die Zivilgesellschaft des Bezirks i.w.S., die die *Flüchtlinge* im Stadtteil willkommen heißt. Viel stärker als hier kann die Hierarchie zwischen »AsylbewerberInnen« und Hellersdorfer*innen wohl kaum konstruiert werden: Es liegt nämlich in der Macht Letzterer, den »AsylbewerberInnen«

ein »menschenwürdiges Leben zu bieten« sowie ihnen besagte »Chance« zur Integration zu gewähren, die ebenso verwehrt werden könnte. Zudem können Chancen von den ›Bedürftigen‹ ›verspielt‹ werden, ein Rechtsanspruch o.Ä. scheint darauf nicht unbedingt zu bestehen. Gleichzeitig wird eine Bewertung des von den *Flüchtlingen* erfahrenen Leides vollzogen, mit der wiederum die Hilfe der Marzahn-Hellersdorfer*innen verknüpft wird. Diese Bewertung impliziert, dass es eine Art Leistung wäre, Leid zu erfahren, welches schließlich von den Marzahn-Hellersdorfer*innen anerkannt und ›belohnt‹ wird, indem als ›Gegenleistung‹ ein »menschenwürdiges Leben« geboten wird. Mit anderen Worten muss das »menschenwürdige[...] Leben« erst von den *Flüchtlingen* »verdient« werden. Diese hier implizit vorkommende Logik lässt der Aufnahmegesellschaft die machtvolle Position über die Entscheidung zukommen, was überhaupt als Leid anerkannt wird und was womöglich auch nicht – und dass diese Unterscheidung überhaupt getroffen werden kann. In diesem Zusammenhang wäre nicht zuletzt an die gängige und äußerst problematische Unterscheidung zwischen sog. Wirtschafts*flüchtlingen* auf der einen sowie Kriegs- und politisch verfolgten *Flüchtlingen* auf der anderen Seite zu denken. Während die Flucht Letzterer im allgemeinen gesellschaftlichen Diskurs anerkannt wird, verhält es sich bei den sog. Wirtschafts*flüchtlingen* umgekehrt, wird diesen doch ›nur‹ ein ›besseres Leben‹ in einem anderen Land als Fluchtgrund zugeschrieben (mit entsprechend diskriminierenden Zuschreibungen wie die Ausnutzung von Transferleistungen im Zielland usw.).

Das ›Helfer*innen-Wir‹ wird in der Textpassage der Petition als durchaus generös, aber ebenso als sehr wirkmächtig, wenn nicht gar als omnipotent dargestellt. Denn den *Flüchtlingen* solle ein »menschenwürdiges Leben« und eine Integrationschance geboten werden. Hierbei werden allerdings keine strukturellen gesellschaftlichen Hindernisse thematisiert. So könnte es zumindest als fraglich angesehen werden, ob *Flüchtlinge* beengte Wohnverhältnisse in einer Sammelunterkunft als menschenwürdig einschätzen oder nicht, worauf im Allgemeinen direkt weder Helfer*innen noch die Lokalpolitik Einfluss haben. Aber auch die vielfältigen gesetzlichen sowie restriktiven Bestimmungen, die für *Flüchtlinge* in Deutschland während und teilweise nach einem Asylverfahrens gelten (wie Aufenthaltstitel, Arbeitserlaubnis, Anerkennung von Berufsabschlüssen etc.), sind direkt von der Hellersdorfer Zivilgesellschaft gar nicht zu beeinflussen. Vor diesem Hintergrund werden in der Passage der Petition letztlich sehr umfassende und kaum einzulösende Ziele formuliert, die die Hellersdorfer*innen – zugespitzt formuliert – gleichsam als ›Retter*innen‹ hilfsbedürftiger und in die Gesellschaft zu integrierender Menschen erscheinen lassen.⁹¹

Die Konstruktion der *Flüchtlinge* als hilfsbedürftige Menschen impliziert des Weiteren deren Passivität, denn ohne die Hilfe der Hellersdorfer*innen erscheinen sie kaum als handlungsfä-

⁹¹ Darüber hinaus ist hier der Topos der Integration zu kritisieren, setzt dieser in letzter Konsequenz die *weiße* und homogene Dominanzgesellschaft als unhinterfragte Norm voraus, an die sich die »Migrationsandere[n]« (Mecheril 2002, passim) mehr oder minder anzupassen haben. Zentrale rechtliche Aspekte (Stichwort Diskriminierung) und Partizipation werden dabei weitestgehend ausgeblendet und »Migrationsandere« schlicht nicht als Teil der Gesellschaft angesehen, sondern ausschließlich als *zuallererst* in diese Gesellschaft zu Integrierende (vgl. dazu u.a. Bojadžijev 2006). Insofern verstärkt der Begriff in der Textpassage die Asymmetrie zwischen Helfer*innen und *Flüchtlingen* weiter und produziert die Andersheit Letzterer.

hig. Besonders deutlich wird dieser Aspekt im folgenden Appell von Franz Allert, Präsident* des Berliner Landesamtes für Gesundheit und Soziales (LaGeSo), im Rahmen der Informationsveranstaltung vom 9. Juli, in dem er dafür wirbt, *Flüchtlinge* zu unterstützen, und den Veranstaltungsteilnehmer*innen empfiehlt,

»mal in eine Einrichtung zu gehen, sich auch mal die Nöte dieser Menschen die gerne auch sozusagen in Ruhe gelassen woll=werden wollen und froh sind dass sie ein Obdach haben, sich mit denen einfach mal in Verbindung zu setzen, die Einzelfälle, die sind nämlich immer sehr sehr beeindruckend.« (Bezirksamt 2013f, TC: 27:57-28:19)

Allert weist in der Passage zwar darauf hin, dass *Flüchtlinge* als »Einzelfälle [...] sehr sehr beeindruckend« seien – womit er sicherlich auf deren verschiedene Lebens- und ggf. auch Fluchtgeschichten i.w.S. aufmerksam machen möchte. Obwohl er auf diese Weise durchaus die Individualität der *Flüchtlinge* hervorhebt, werden diese wiederum pauschal als die ›Anderen‹ re-präsentiert, die »gerne [...] in Ruhe gelassen« werden wollten und froh seien, ein Obdach zu haben. Die damit einhergehende passivierende Darstellung wird zugleich auf einer räumlichen Ebene vollzogen, indem das Bild transportiert wird, dass *Flüchtlinge* überwiegend in ihrer Unterkunft bleiben und sich damit voll und ganz zufrieden geben. Dass dann die Hellersdorfer*innen zudem in die Unterkunft gehen und Kontakt zu den Bewohner*innen aufnehmen sollten, komplementiert dieses Bild. Wie einseitig die Perspektivierung hier auf die Unterkunftsbewohner*innen erfolgt, verdeutlicht nicht zuletzt die grundlegende Frage, ob es überhaupt von allen Bewohner*innen gewollt ist, dass sie ›besucht‹ werden und den Hellersdorfer*innen ihre ›Geschichten‹ erzählen. Denn schließlich handelt es sich um den unmittelbaren Lebensbereich von Menschen – vice versa wäre die Situation wohl kaum vorstell- und vermittelbar, dass *Flüchtlinge* an den Wohnungstüren ihrer Hellersdorfer Nachbar*innen klingeln und Kontakt zu ihnen aufnehmen würden. Insgesamt legt Allert mit seinen Ausführungen somit den Eindruck nahe, dass sich *Flüchtlinge* ausschließlich mit einem Existenzminimum (Schlafplatz, Essen u.a.) zufriedengeben, entsprechend ihrer ›Hilfsbedürftigkeit‹ dankbar dafür sind und in diesem Sinne ›unauffällig‹ in der Asylunterkunft leben.

Ein weiterer, in einigen Texten vorkommender Aspekt, der die Hilfsbedürftigkeit der *Flüchtlinge* wiederum unterstreicht, bezieht sich auf deren Herkunft. So führt Allert etwa aus:

»[Ü]brigens ein Großteil derjenigen die herkommen werden, kommen aus Syrien, die ein großes und schlimmes Schicksal im Moment erleiden; und die aufzunehmen ist eine ganz ganz wichtige Sache, und das ist meine Entscheidung auch mit zu sagen ja, wir müssen das in Berlin machen, und dieses ist auch eine geeignete Einrichtung dafür« (Bezirksamt 2013f, TC: 1: 21: 35-1: 21: 45).

In der Textpassage ist zunächst das Wort Schicksal auffällig. Gilt Schicksal als etwas von Menschen nicht Beeinflussbares, wird – zusammen mit den Attributen groß und schlimm – die bereits herausgearbeitete Opferdarstellung von *Flüchtlingen* abermals hervorgebracht. Da es um

syrische *Flüchtlinge* geht, wird der Eindruck erweckt, dass in erster Linie deren Aufnahme »eine ganz ganz wichtige Sache« sei. Mit dieser Aussage wird implizit eine Hierarchie und Gewichtung zwischen *Flüchtlingen* aus verschiedenen Ländern bzw. Menschen, die ggf. nicht unmittelbar vor (Bürger-)Krieg fliehen, vorgenommen. Denn möglicherweise haben *Flüchtlinge* aus anderen Ländern, in denen kein Krieg herrscht(e), ein weniger »großes und schlimmes Schicksal« erfahren (und daher wäre deren Aufnahme in Deutschland nicht mehr ganz so wichtig).⁹² Zumindest aber wird die Priorität der Aufnahme von syrischen *Flüchtlingen* in Berlin nicht zuletzt durch Allerts mit Nachdruck vertretene persönliche Entscheidung, »auch mit zu sagen ja, wir müssen das in Berlin machen«, explizit hervorgehoben. Damit erhalten syrische *Flüchtlinge* eine Art Alleinstellungsmerkmal und werden, trotz der aufgezeigten Opferkonstruktion, in ihrem »Schicksal« gleichsam idealisiert – ganz ähnlich wie im vorigen Zitat, in dem Allert die beeindruckenden »Einzelfälle« hervorhebt.

Auch der Bezirksbürgermeister* Stefan Komoß verweist in einem Fernsehinterview mit TV Berlin vom 17. Juli vor dem Hintergrund von Anwohner*innenprotesten gegen die Asylunterkunft darauf, dass nach Einschätzung des LaGeSo darin vor allem *Flüchtlinge* wohnen würden,

»die als politisch Verfolgte aus Syrien kommen aus m Irak aus Iran, äh sozusagen Menschen, von denen unsere Anwohner auch äh über die Fernsehberichterstattung der letzten Jahre wissen wie die politische Situation in deren Länder is, ich glaube da is ne relative hohe Akzeptanz äh für die Flüchtlinge aus diesen Ländern.« (Komoß 2013b, TC: 08:15-08:32)

Die Akzeptanz von *Flüchtlingen* im Kiez wird hier mit bestimmten Herkunftsländern in Verbindung gebracht. Somit aber wäre die Akzeptanz der Hellersdorfer*innen von *Flüchtlingen* aus anderen möglichen Herkunftsländern wohl geringer – wiederum ein Hinweis auf eine implizite Trennung in bzw. Priorisierung von verschiedene(n) ›*Flüchtlingsgruppen*‹.⁹³

In weiteren Textpassagen wird mitunter eine Verknüpfung von syrischen *Flüchtlingen* mit Familien bzw. Kindern vorgenommen. Besonders Familien und Kinder assoziieren bei den Empfänger*innen von entsprechenden (politischen) Botschaften eine besondere Schutzbedürftigkeit.⁹⁴ Komplementär dazu unterstreicht es die Notwendigkeit der Hilfsbereitschaft für die *Flüchtlinge* seitens der Hellersdorfer*innen. So führt der Berliner Sozialsenator* Mario Czaja

⁹² Der Politologe* Iwan Krastew und der Historiker* Oliver Jens Schmitt weisen bspw. in einem Interview mit der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom Mai 2016 darauf hin, dass hinsichtlich der großen Hilfsbereitschaft vieler Menschen in Deutschland bei der Aufnahme von *Flüchtlingen* im Spätsommer 2015 diese wohl ausgeblieben wäre, wenn es sich um Ukrainer*innen gehandelt hätte. Schmitt führt aus: »Das hat mit der Konstruktion des anderen [sic] zu tun. Dieser andere [sic], wie ihn die Ukrainer repräsentieren, ist uns zu nah, um ihn zu idealisieren. Er ist nicht exotisch genug, in ihn lässt sich nichts hineinprojizieren, er lässt sich auch weniger diskursiv und paternalistisch kontrollieren.« (Krastew/Schmitt 2016).

⁹³ Dementsprechend weist bspw. eine Untersuchung von Larissa Fleischmann darauf hin, dass Helfer*innen Vorstellungen davon haben, welche ›*Flüchtlingsgruppen*‹ Hilfe verdient hätten: »[...] mainly Syrians or other nationalities with a good ›Bleibeperspektive‹ [›perspective of staying‹], especially families and women. In contrast, asylum seekers originating from African countries or single young man are often perceived as ›undeserving‹.« (Fleischmann/Steinhilper 2017, 21)

⁹⁴ Zu denken wäre hier etwa an diverse Spendenplakate, auf denen notleidende Kinder oder Frauen* mit ihren abgemagerten und kranken Kindern abgebildet sind (vgl. u.a. White charity 2011).

bspw. im Zusammenhang mit der starken Ablehnung der Asyleinrichtung durch einige Hellersdorfer Anwohner*innen und damit assoziierten Problemen mit der Eröffnung von Asylunterkünften in Berlin Folgendes aus:

»Wie zuletzt in der Soorstraße zeigt sich, dass ein Großteil der Bürgerinnen und Bürger Unterstützungsbereitschaft für die Familien und Kinder aufbringt, die häufig noch schwer traumatisiert von den Erfahrungen in den Krisengebieten ihrer Heimat sind.« (Czaja 2013a)

In der Passage werden ausschließlich Familien und Kinder erwähnt, alleinstehende erwachsene *Flüchtlinge* allerdings nicht – auch nicht im weiteren Verlauf des Textes. Da die Lebensform Familie eine heteronormative Lebensweise darstellt, weckt sie möglicherweise weniger negative Assoziationen oder ›Fremdheit‹, d.h. mehr Akzeptanz bei den Empfänger*innen der Botschaft, als etwa – um die entsprechende negative Zuschreibung zu bemühen – (alleinstehende) junge männliche *Flüchtlinge*, die zweifelsohne im dominanten Diskurs über Flucht_Migration eher mit Gewalt und Bedrohung assoziiert werden. Heike Niedrig und Joachim Schroeder verweisen in diesem Zusammenhang darauf, dass »[i]nsbesondere der männliche afrikanische Flüchtling« »der Diffamierung als betrügerischer ›Scheinasylant‹, als Krimineller und als Drogendealer, der unsere gesellschaftliche Ordnung ausnutzt und gefährdet«, unterliege (Niedrig/Schroeder 2003, 104).

In diesem Sinne schreibt ebenfalls DIE LINKE am 3. Juli hinsichtlich der wahrscheinlichen Belegung der zu eröffnenden Asylunterkunft: »Vor allem syrische Familien, die vor dem Bürgerkrieg fliehen mussten, sind betroffen« und würden infolgedessen in Deutschland um Asyl ersuchen (DIE LINKE 2013b). Und Rafaela Kiene notiert am 10. Juli auf ihrem Blog:

»Laut der Aussage des Bezirksamtes wird es sich wohl vor allem um Flüchtlinge aus Bürgerkriegsgebieten, so zum Beispiel Syrien handeln. Derzeitig kann noch nicht gesagt werden, wieviele [sic] Personen genau kommen werden und um wieviele [sic] Kinder es sich darunter handeln wird.« (Kiene 2013a)

Bemerkenswert an diesem Zitat ist, dass überhaupt auf die Kinder hingewiesen wird – die Anzahl von Männern* oder Frauen* könnte ebenso eine Erwähnung wert sein, scheint allerdings weniger bedeutsam, als die Erwähnung ankommender Kinder zu sein.

Das dominante und passivierende Bild hilfsbedürftiger *Flüchtlinge* wird in gleicher Weise von antirassistischen und antifaschistischen Akteur*innen bemüht. Jedoch spielt hierbei der Schutz von *Flüchtlingen* eine zentrale Rolle, wie bereits in den Abschnitten 6.1.2 und 6.1.3 gezeigt wurde. Dieser Aspekt ist vor dem Hintergrund einer fundamentalen Bedrohung(ssituation) für die *Flüchtlinge* im Stadtteil zu verstehen, die besagte Akteur*innen konstruieren. So schreibt etwa die Antifa Marzahn-Hellersdorf in Bezug auf den Informationsveranstaltungsverlauf vom 9. Juli am darauf folgenden Tag, dass sich »Sorgen um den Schutz der ankommenden Flüchtlinge« ergeben würden (Antifa MaHe 2013a). Des Weiteren wird ausgeführt – allerdings in einem allgemeinen Sinne hinsichtlich der Situation von *Flüchtlingen* in Deutschland und einer befürchteten Eskalation in Hellersdorf nach deren Einzug in die *Flüchtlingsunterkunft* –,

»[d]ass Flüchtlinge isoliert werden und sie in Lagerhaltung durch Polizei, Security und Anwohner_innen attackiert werden und durch die ›Heimleitung‹, eine private Firma, schikaniert werden. Und auch, dass sich der rassistische Mob – Anwohner_innen und Neonazis – sammelt und die einzige Wohnstätte, die den Flüchtlingen von der deutschen Gesellschaft zu Verfügung gestellt wird, mit Brandsätzen und Steinen zu einer Todesfalle werden lässt.« (Ebd.)

In der Passage werden *Flüchtlinge* als Opfer von (potentieller) Gewalt konstruiert: Weder staatliche Institutionen – wie bspw. die Polizei – noch gesellschaftliche Akteur*innen wie die Heimleitung sowie die Security werden die Bewohner*innen der Unterkunft nicht nur nicht schützen, sondern vielmehr sogar attackieren und schikanieren, d.h. aktiv Gewalt gegen sie ausüben. Gewalt gegen die Unterkunftsbewohner*innen wird ferner Anwohner*innen und »Neonazis« zugeschrieben. Wie existentiell – und damit zugleich dramatisierend – die Situation aus Sicht der Antifa Marzahn-Hellersdorf ist, wird nicht zuletzt mit dem Wort »Todesfalle« plastisch ausgedrückt. Hier entsteht der Eindruck, dass die Situation in Deutschland sich im Grunde ähnlich bedrohlich und feindlich wie in den Herkunftsländern (Stichwort Krieg und Gewalt) für die *Flüchtlinge* darstellt, so dass diese letztendlich »erneut flüchten« müssen (ebd.).

Vor diesem Hintergrund ist es dann konsequent, wenn der Schutz von *Flüchtlingen* als zentrales Ziel formuliert und entsprechend in den Vordergrund gerückt wird:

»*Schutz* fängt bei der Beruhigung der Situation an, geht über gemeinsame Straßenfeste und Projekte, hin zu Hilfe in Sach- und Dienstleistungen für die Flüchtlinge. [...] *Schutz* bedeutet auch, Neonazis im Bezirk öffentlich zu machen, Strukturen aufzuzeigen und sie anzugreifen – mit allen Mitteln und auf allen Ebenen. *Schutz* bedeutet, vor der Unterkunft zu stehen und Bürgerwehren zu vertreiben als auch rassistische Polizeiübergreifungen zu verhindern.

Und *Schutz* bedeutet letztendlich vor allem, das Lagersystem der deutschen Asylverwaltung abzuschaffen und Flüchtlingen in der Sekunde ihrer Ankunft ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen! In Hellersdorf, in Marzahn, überall! **Refugees Welcome!**« (Ebd.; Fettung i.Orig.; Kursivierung J.H.)

Flüchtlinge werden hier in erster Linie als Empfänger*innen von Sicherheits-/Schutzmaßnahmen sowie Hilfe i.w.S. vorgestellt, nicht aber als (politische) Subjekte, die sich – um das in der Passage vorgebrachte Thema des Schutzes aufzugreifen – bspw. auch selbst aktiv schützen können. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, dass kaum eine Perspektive mit ihnen zusammen vorgestellt bzw. entwickelt wird, sondern primär eine, in der die Antifa Marzahn-Hellersdorf für die *Flüchtlinge* agiert bzw. genau ›weiß‹, was entsprechend zu tun ist. Diese hier vorgenommen Art und Weise der Re_Präsentation von *Flüchtlingen* – wie auch die zu erfolgende Hilfe für notleidende *Flüchtlinge* – stellt eine Form eines paternalistischen Blicks auf *Flüchtlinge* dar.

Die bisher gezeigte hierarchische Relation von *Flüchtlingen* und Hellersdorfer*innen bzw. Helfer*innen zeigt sich – gleichwohl durchaus gebrochen – ebenfalls in der direkten Ansprache der Heimbewohner*innen. Die Initiative Hellersdorf hilft schreibt in einem Begrüßungsbrief vom 8. September an die neuen Bewohner*innen bspw. Folgendes:

»Uns sind Ihre Bedürfnisse wichtig und wir wollen Ihnen zuhören und Sie respektieren. Gut können wir uns vorstellen, dass die Ereignisse und Ihre Erfahrungen Ruhe verlangen und Sie Zeit für sich benötigen. Diese Zeit wollen wir gewährleisten und Sie nicht überrumpeln. Wir würden uns aber freuen, über längere Zeit mit Ihnen ins Gespräch zu kommen, uns mit Ihnen auszutauschen, gemeinsame Aktivitäten zu planen und da auszuweichen und unterstützend zur Seite zu stehen, wo es möglich ist. Wir haben viele Anfragen von Bürgern, die beim Dolmetschen helfen wollen, die Sie bei Behördengängen unterstützen können und viele andere Angebote. Wir sind uns der Tatsache bewusst, dass der Alltag und die Bedingungen in ihrer [sic] neuen Unterkunft nicht leicht sind. Daher möchten wir uns für Sie anstrengen, Ihnen einen abwechslungsreichen Alltag zu ermöglichen und gemeinschaftlich Freude zu bereiten.« (Hellersdorf hilft 2013c)

Deutlich wird in dem Textausschnitt, dass zwar auf der einen Seite durchaus die Absicht besteht, den *Flüchtlingen* ›auf Augenhöhe‹ zu begegnen, ihnen zuzuhören, sie zu »respektieren«, deren »Bedürfnisse« ernst zu nehmen sowie »gemeinsame Aktivitäten zu planen«. Im Gegensatz zu den bisherigen Ausführungen klingt hier insofern ein anderes Verhältnis zu den Unterkunftsbewohner*innen an, nämlich ein auf Gegenseitigkeit beruhendes und somit tendenziell symmetrisches. Auf der anderen Seite wirbt die Initiative ebenso stark für sich und ihre »viele[n] [...] Angebote«, womit die Absicht zum Helfen formuliert und die Kontaktaufnahme durch die *Flüchtlinge* nachdrücklich erwünscht wird. Die Formulierung, »wir würden uns aber freuen« über eine Kontaktaufnahme, legt sogar nahe, dass die Bewohner*innen den Helfer*innen eine Freude machen müssten, indem deren zahlreiche Angebote angefragt würden (und nicht etwa umsonst sind). In der zitierten Passage werden *Flüchtlinge* abermals als tendenziell passiv (›Ruhe‹) und als von der Situation, d.h. dem »Alltag und die Bedingungen« in der Unterkunft negativ Betroffene konstruiert. Dies macht es aus Sicht der Initiative umso mehr erforderlich, dass »wir uns für Sie anstrengen«: Wie bereits oben (siehe S. 176) ausgeführt, erscheint hier wiederum das Bild der Kraftanstrengung der einen – nämlich der Initiative – zugunsten der ›notleidenden‹ *Flüchtlinge*. Wie stark damit die Helfer*innenposition gemacht wird, zeigt sich schließlich darin, dass die Initiative den Bewohner*innen »einen abwechslungsreichen Alltag« ermöglichen möchte. Ohne konkret zu wissen, was die verschiedenen Bewohner*innen jeweils tatsächlich wünschen und brauchen, wird zudem vorausgesetzt, dass das hier formulierte Versprechen von der Initiative umgesetzt werden kann.

Schließlich zeigt sich auch auf einer praktischen Ebene die Einseitigkeit der Helfer*innen-Bewohner*innen-Relation. Hellersdorf hilft initiiert am 5. Oktober eine groß angelegte Spendenaktion, bei der ca. 60 Kartons mit gespendeten Materialien über eine Menschenkette vom Alice-Salomon-Platz bis zur gut einen Kilometer entfernten Asylunterkunft transportiert werden. In diesem Zusammenhang geht es nicht um den praktischen Nutzen der Menschenkette zum Transport der gespendeten Materialien, sondern darum, der Öffentlichkeit ein »symbolisches Bild« zu vermitteln, wie die Initiative schreibt – eines, das jene »einzigartig[e] und beispielhaft[e]« Solidarität der Hellersdorfer*innen mit den *Flüchtlingen* unterstreiche (Hellersdorf hilft 2013d). Diese explizit formulierte Intention der Initiative deutet darauf hin, dass es im Grunde weniger um

die *Flüchtlinge* als vielmehr um das Ansehen des Bezirks bzw. der Hellersdorfer*innen geht. Die Symbolik wird ebenso anhand der bloßen Zahlen und des damit einhergehenden recht plastischen Bildes verdeutlicht: »250 Bürgerinnen und Bürger« beteiligten sich an der Aktion, »60 Kartons« wurden weitergereicht, und schließlich befanden sich »22.859« Unterschriften von Unterstützer*innen in einem der transportierten Kartons, führt die Initiative aus (Hellersdorf hilft 2013f).

Entscheidend für die hier dargelegte Argumentation ist nun, dass diese Spendenaktion durch die klare Zuschreibung von Rollen strukturell einseitig ist: auf der einen Seite die bedürftigen und passiven Unterkunftsbewohner*innen, denen die Spenden direkt in die Asylunterkunft gebracht werden, und auf der anderen Seite die aktiven und hilfsbereiten Hellersdorfer*innen, welche die Kartons direkt zu den Empfänger*innen bringen. Deutlich wird diese Asymmetrie bereits in der Überschrift der Pressemeldung von Hellersdorf hilft zu der Aktion, die wie folgt lautet: »Hellersdorf setzt mit Solidaritätskette Zeichen für Flüchtlinge« (ebd., Herv. J.H.). Es sind nicht die Hellersdorfer*innen *und* die *Flüchtlinge*, die ein »Zeichen« gemeinsamer Solidarität setzen, d.h. zusammen eine Aktion durchführen o.Ä., sondern es sind ausschließlich Ersterer – stellvertretend für den Bezirk stehend –, die aktiv sind. Mit der Spendenaktion wird also das dominante Bild hilfsbedürftiger *Flüchtlinge* und helfender Hellersdorfer*innen auf öffentlichkeitswirksame Art und Weise reproduziert. Überdies verheißt sie für die Helfer*innen hohe moralische Anerkennung, was nicht zuletzt Luisa Seydel, Mitgründerin* und Sprecherin* der Initiative, in einem Interview mit der Taz zwei Tage nach der Aktion sehr prägnant ausführt: »Neben der Freude der Empfänger ist uns die Vorbildfunktion der Aktion wichtig: Man kann etwas tun, um anderen Menschen zu helfen. Wir sind nicht fremdenfeindlich.« (Taz 2013d) Deutlich wird in dem Zitat zudem, dass die »Freude der Empfänger« wichtig für die Initiative gewesen war. An einer anderen Stelle führt Seydel ferner aus, dass die Unterkunftsbewohner*innen frenetisch applaudierten, als sie die Spenden in Empfang nahmen. Hier stellt sich zumindest die Frage, ob dies nicht auch eine Form der erwarteten – impliziten – ›Gegenleistung‹ der Empfänger*innen darstellt: Die vielen Spenden werden von ihnen dankbar angenommen. Was wäre jedoch, wenn es diese Freude oder Dankbarkeit gar nicht gegeben hätte und mögliche Spenden nicht angenommen worden wären?

In welchen Ambivalenzen und Paradoxien derartige Spendenaktionen – bzw. Unterstützungsinitiativen für *Flüchtlinge* im Allgemeinen – mitunter involviert sein können, führt Stephan Dünwald (2006) in seiner Untersuchung über eine Münchener Nachbarschaftsinitiative aus, die *Flüchtlinge* einer Asyleinrichtung Anfang der 1990er Jahre unterstützte. Er stellte fest, dass die Initiative trotz stark abnehmender Resonanz auf die Sachspenden seitens der *Flüchtlinge* (gespendete Materialien wurden teils in Mülltonnen entsorgt, teils weiterverkauft; als von der Initiative für gut befundene Kleidungsstücke wurden von Bewohner*innen gar nicht erst ausgewählt etc.) dennoch an den Spendenaktionen festhielt (vgl. ebd., 237ff.). Dünwald führt dafür folgende Begründung an:

»Nicht der praktische Nutzen, sondern die *Vorstellung* dieses Nutzens für die Flüchtlinge ist Angelpunkt und Legitimation der Aktion. Einiges deutet darauf hin, dass die

Realität angepasst wird an das Bild, das die Initiative von den Flüchtlingen hat und an die Nachbarschaft weiter [sic] vermittelt. Dies legt nahe, die Plausibilität und den Nutzen der Aktion nicht primär auf der praktischen und direkten, sondern auf der *symbolisch vermittelten Ebene* zu suchen, die Kleidersammlung deshalb nicht als praktischen Transfer von Bekleidungsstücken, sondern als *Geste* zu betrachten.« (Ebd., 247; Herv. J.H.)

Der hier konstatierte – nicht intendierte – ›Nutzen‹ liegt demzufolge darin, dass jenes Bild der hilfsbedürftigen *Flüchtlinge* re_produziert und dadurch gefestigt wird. Dünnwald führt weiter aus, dass die Kleiderspendenaktion in der Nachbarschaft zudem den Aufruf enthalte, den *Flüchtlingen* zu helfen und Verantwortung für diese zu übernehmen (vgl. ebd., 265). In diesem Zusammenhang konstatiert er einen paradoxen Effekt:

»Mit der Kleiderspende erkennt die Nachbarschaft die Anwesenheit der Flüchtlinge im Viertel an und übernimmt symbolisch die soziale Verantwortung für sie. Bekräftigt wird jedoch zur gleichen Zeit der Sonderstatus, den die Flüchtlinge einnehmen. Sie werden durch die Kleiderspende zu einer weiteren sozialen Randgruppe, die in das Viertel inkorporiert wird.« (Ebd., 266)

Die damit einhergehende vereinfachte Formel könnte in Anlehnung an die Ausführungen Dünnwalds zugespitzt lauten: »Integration durch Exklusion« (ebd., 41). Die *Flüchtlinge* werden durch verschiedene Maßnahmen der Münchener Initiative integriert – wie bspw. Spenden, aber auch Unterstützung bei Ämtergängen, Übersetzungen, Feste mit der Nachbarschaft –, bleiben aber stets die ›Anderen‹, weil sie in ihrer Rolle als die Hilfeempfänger*innen im Stadtteil festgeschrieben werden.

Nun können die Analysen Dünnwalds ganz sicher nicht ohne eine weitere detaillierte empirische Analyse verschiedener Aktionen von Hellersdorf hilft direkt auf die Initiative übertragen werden (was im Übrigen eine ganz andere Untersuchung als die vorliegende wäre). Dennoch ist die starke symbolische Ebene der Spendenaktion auffällig und der damit verbundene, gleichwohl keineswegs von der Initiative intendierte Effekt, das asymmetrische und paternalistische Verhältnis zwischen Hellersdorfer*innen und *Flüchtlingen* in der Hellersdorfer (und ggf. Berliner) Öffentlichkeit zu verstetigen. Die ›Anderen‹ werden dadurch wiederum in ihrer ›Anderheit‹ bestätigt.

Abschließend bleibt festzuhalten, dass in der Re_Präsentation von *Flüchtlingen* als Hilfsbedürftige und zu Schützende jeweils ein damit im Zusammenhang stehendes Wissen über diese transportiert wird (siehe dazu auch Unterkapitel 2.1), das aus einer machtvollen – und nichtbetroffenen – Helfer*innenposition heraus formuliert wird. Rassismuskritisch kann in Anlehnung an Astrid Messerschmidt ausgeführt werden, dass hiermit Bilder von »Unterdrückten als Opfer, also genau die kolonialen Identifikationen der Unterlegenheit« transportiert werden (Messerschmidt 2006, 4). Das »Expertentum« der Helfer*innen werde auf diese Weise re_produziert (vgl. Aithal 2004, 75; zit. nach ebd., 7) und die *Flüchtlinge* zu »anders Gemachten und zugleich Untergeordneten, denen keine Handlungsfähigkeit zukommt« (ebd.). Insofern – und das möchte ich betonen – ist hier keineswegs primär das Helfen ›an sich‹ zu kritisieren, sondern

ausschließlich die Art und Weise, wie dieses legitimiert wird, und der damit zusammenhängende Mangel an kritischer (Selbst-)Reflexion gesellschaftlicher (Macht-)Verhältnisse. Dies würde bspw. nicht zuletzt immer *auch* die Reflexion und Selbstbeschränkung der Helfer*innen im Sinne des Nichtwissens um die ›Anderen‹ und deren Bedürfnisse bedeuten sowie ihre eigene gesellschaftliche Positionierung. Gleiches gilt für die Konstruktion antifaschistischer Akteur*innen als Schützer*innen der *Flüchtlinge*. Vor diesem Hintergrund können ebenso Formen von Solidarität von Menschen/politischen Gruppen in der ›Aufnahmegesellschaft‹ mit den *Flüchtlingen* immer nur partiell und begrenzt sein.

Mit dem Verweis auf die im Unterkapitel 1.4 dargestellten unterschiedlichen Formen von Paternalismus, die stets eine hierarchische Differenz hervorbringen, handelt es sich hier um Ausprägungen eines sog. Pseudo-Paternalismus. Dieser legitimiert und stabilisiert im Kern gesellschaftliche Macht- und Herrschaftsverhältnisse, denn – wie ausgeführt – die Positionen von Helfer*innen bzw. Schützer*innen und *Flüchtlingen* werden verschiedentlich reproduziert, so dass diese »nachhaltig zementiert« werden und gesellschaftlich fortwirken (Ortega 2010, 87). Gleichzeitig wird damit ein selbstbewusstes und selbstwirksames ›Helfer*innen-Wir‹ angerufen, das sich als moralisch integer konstruiert: seien es die human und demokratisch handelnden Hellersdorfer*innen (siehe dazu auch Unterkapitel 5.1.3) oder aber die ›Schützer*innen‹ der *Flüchtlinge*, wie es in den Texten antifaschistischer/antirassistischer Akteur*innen deutlich wird.

8.2 ›(Zu)‹ viele *Flüchtlinge* kommen (unkontrolliert) nach Deutschland und Hellersdorf

Eine im öffentlichen Diskurs über *Flüchtlinge* immer wieder vorkommende, in Rassismus involvierte Sprache besteht im Gebrauch von Wassermetaphern wie bspw. *Flüchtling*swellen, -fluten oder -ströme. Diese Metaphern transportieren die Vorstellung, dass *Flüchtlinge* in großer Anzahl unkontrolliert in das ›eigene‹ Land kämen. Damit wird eine akute Bedrohung der ›einheimischen angestammten‹ Bevölkerung vermittelt. *Flüchtlinge* werden durch diese Metaphern entmenschlicht, da sie in Form von bedrohlichen und nicht steuerbaren Naturgewalten wahrgenommen werden und nicht als Subjekte mit je verschiedenen individuellen Lebensgeschichten. Des Weiteren blenden derartige Bilder strukturelle Gründe von Flucht_Migration aus, so dass nicht zuletzt weltweit reproduzierte Ungleichheitsverhältnisse und deren unterschiedliche Folgen weitestgehend unthematziert bleiben. Schließlich wird Flucht_Migration auf indirekte Art und Weise kritisiert, weil diese nicht als Normalfall einer globalisierten Welt, sondern vielmehr als außergewöhnlich betrachtet wird – und deshalb verhindert bzw. stark eingedämmt und kontrolliert werden muss (siehe Unterkapitel 4.1). – In den hier untersuchten Texten kommen jene Wassermetaphern mit Ausnahme von Statements rechter Akteur*innen i.d.R. kaum systematisch und explizit vor.⁹⁵ Es gibt allerdings Textpassagen, die direkt oder auch indirekt die hohe

⁹⁵ Eine Ausnahme ist u.a. eine Passage des Petitionsbriefes von Peter Koch, in der von den »aktuellen Flüchtlingsströme[n]« die Rede ist (Koch 2013).

Anzahl an *Flüchtlingen* sowie teilweise deren Nichtsteuerbarkeit thematisieren, wodurch negative Bilder über *Flüchtlinge* transportiert werden.

Ein charakteristisches Beispiel für eine implizit bleibende Aussage stellt vor diesem Hintergrund die Überschrift zu einem Statement der Linkspartei Marzahn-Hellersdorf vom 10. Juli dar, in dem auf die Ereignisse der Informationsveranstaltung vom Vortag Bezug genommen wird. Die Überschrift lautet wie folgt: »›Nicht die Flüchtlinge[,] die zu uns dringen, sind unsere Feinde, sondern die, die sie in die Flucht treiben.« (Stefan Heym)« (DIE LINKE 2013a). Gleichwohl die inhaltliche Grundaussage des Heym-Zitats eine zentrale Fluchtursache von Menschen zu fokussieren und zu problematisieren versucht – und explizit gerade *nicht* die *Flüchtlinge* selbst, womit zugleich ein Statement zugunsten von deren Aufnahme im Stadtteil verbunden ist –, wird mit der Überschrift dennoch ein problematisches und bedrohliches Bild von *Flüchtlingen* vermittelt. Dies geschieht zunächst durch eine Trennung in zwei Gruppen: die *Flüchtlinge* und ein ›Wir‹. Erstere werden dabei als aktiv konstruiert, indem sie »zu uns dringen«, das kollektive ›Wir‹ in Form des Pronomens »uns« erscheint demgegenüber als passiv. Durch die ›Wir-Konstruktion‹ wird überdies eine fiktive homogene und ›geschlossene‹ Gemeinschaft vorgestellt, die im Zusammenhang des Textes durchaus als auf ›die Deutschen‹ bezogen verstanden werden kann und insofern eine nationale Konnotation aufweist.

Des Weiteren ist das Verb »dringen« auffällig, wird es im allgemeinen Sprachgebrauch doch in Bezug auf Menschen eher dann verwendet, wenn es um – i.d.R. negativ konnotierte – Menschenmassen geht, die etwa in ein Gebäude oder auf ein Gelände (ein-)dringen. Aber bspw. auch Regen oder Wasser können in etwas (ein-)dringen. (Ein-)dringen bedeutet dabei einen nicht kontrollierbaren und spontanen Vorgang von einem ›Außen‹ in ein ›Innen‹: Eine (materielle) Grenze wird hierbei überschritten. In diesem Sinne wird das ›Wir‹ räumlich-territorial markiert und damit von den *Flüchtlingen* abgegrenzt. Indem nun *Flüchtlinge* – im doppelten Wortsinne – jene Grenze überschreiten, impliziert diese Darstellung durchaus eine bedrohliche Dimension für das imaginierte ›Wir‹.

Wesentlich direkter thematisiert hingegen Franz Allert auf der Informationsveranstaltung vom 9. Juli 2013 die hohe Anzahl von *Flüchtlingen* in Deutschland:

»Vielleicht nochmal zur Gesamtsituation, ich denke Sie alle wissen; dass wir (.) derzeit in der Welt die größten Fluchtbewegungen überhaupt haben, laut Aussagen der Vereinten Nationen, (.) und ein Teil dieser Leute kommt eben nach Europa, nach Deutschland, und eben auch nach Berlin. ((aggressive Zwischenrufe)) [...]. Es ist so dass in den letzten (.) Jahren und vor allen Dingen auch in den letzten Monaten, verstärkt Flüchtlinge nach Deutschland kommen, wir haben insgesamt (.) in diesem Jahr in Deutschland im ersten Halbjahr, rund dreiundvierzigtausend Menschen die zu uns gekommen sind, fünf Prozent davon (.) muss Berlin immer aufnehmen.« (Bezirksamt 2013f, TC: 05:31-06:57)

Allert macht den Teilnehmer*innen der Informationsveranstaltung mit diesen Ausführungen zunächst deutlich, dass die »Fluchtbewegungen« in der gesamten Welt zum gegenwärtigen Zeitpunkt ein Höchstmaß erreicht haben, welches historisch einzigartig ist. Durch den Verweis

auf die Vereinten Nationen erscheint diese Aussage schließlich als objektiver Status quo. Die Bezeichnung »Fluchtbewegung« legt des Weiteren ein Bild riesiger Menschenmengen nahe, die scheinbar »spontan« migrieren, geht es doch nicht um »konkrete« Menschen, die aus je verschiedenen Gründen »flüchten«, sondern um eine allgemeine »Bewegung«. Insofern kommt der Begriff Fluchtbewegung dem des *Flüchtlingsstroms* recht nahe und transportiert somit ebenfalls oben dargelegte negative Assoziationen.

Die hohe weltweite Anzahl an *Flüchtlingen* bezieht sich nun gleichermaßen auf Deutschland und Berlin – womit Allert eine plausibel erscheinende Kausalkette konstruiert: die Welt, Europa, Deutschland und Berlin. In diesem Sinne konstatiert er eine kontinuierliche Zunahme in den »letzten (.) Jahren [...] vor allem auch in den letzten Monaten«. Damit legt Allert nahe, dass die Anzahl ankommender *Flüchtlinge* in den zukünftigen Monaten und Jahren sehr wahrscheinlich weiter zunehmen wird – dass es sich zumindest um einen Prozess handelt, der kaum absehbar, geschweige denn steuerbar ist. In diesem Zusammenhang nimmt Allert eine konkrete Quantifizierung vor – die besagten 43.000 *Flüchtlinge* –, wobei jedwede Vergleichszahlen (auch in seinen weiteren Ausführungen) von ankommenden *Flüchtlingen* in Berlin oder aber in Deutschland zu den Vorjahren fehlen. Es fehlt ebenfalls eine Gewichtung in Bezug zur Einwohner*innenzahl Deutschlands oder Berlins, zudem Gewichtungen hinsichtlich entsprechender *Flüchtlingszahlen* verschiedener Aufnahmeländer europa- bzw. weltweit sowie eine präzise Definition des Begriffs »Fluchtbewegungen«. Mit diesen Leerstellen wird nun ein weites Feld von Assoziationen bei den Adressat*innen der Aussage, den Teilnehmer*innen der Informationsveranstaltung, eröffnet, welches eine Relationierung der genannten – letztlich abstrakten – Zahl von 43.000 *Flüchtlingen* kaum, im Grunde jedoch gar nicht möglich macht. Dadurch aber wird wiederholt der Eindruck einer großen Anzahl nach Deutschland kommender *Flüchtlinge* vermittelt.

Wie bereits anhand des Heym-Zitats aufgezeigt, wird auch in Allerts Ausführungen eine fiktive »Wir-Gemeinschaft« angerufen, die sich ebenso auf das Territorium Deutschlands bezieht, in das »die« *Flüchtlinge* nun kommen: »[W]ir haben insgesamt (.) in diesem Jahr in Deutschland im ersten Halbjahr, rund dreiundvierzigtausend Menschen die zu *uns* gekommen sind« (ebd; Herv. J.H.). Die Verknüpfung von »wir« und »Deutschland« ruft jene nationale identifikatorische Gemeinschaft an, die im Kontext der getätigten Aussage die Teilnehmer*innen der Informationsveranstaltung mit einschließt. Vor diesem Hintergrund erscheinen dann die 43.000 *Flüchtlinge* nicht unbedingt als neutrale Information von Allert, sondern erhalten eine die »Nation« betreffende, womöglich gar bedrohliche Konnotation, weil negative Auswirkungen hinsichtlich des nationalen »Wir« damit assoziiert werden (können).

Entsprechend seiner Argumentation konkretisiert Allert im weiteren Verlauf seines einleitenden Inputs auf der Informationsveranstaltung die Auswirkungen der erhöhten Anzahl von *Flüchtlingen* auf die Berliner Verwaltung:

»Wir haben hier, (-) in (.) Berlin, eine (-) große Anzahl (.) von Personen, die wir mittlerweile unterbringen müssen, etwas über sechstausend Flüchtlinge ham wir in etwa dreißig Unterkünften, aber es kommen halt die (.) Menschen schneller als

wir neue Unterbringungsmöglichkeiten schaffen können« (Bezirksamt 2013f, TC: 07:26-07:47).

Wieder ohne jegliche Vergleichsmöglichkeiten wird die »große Anzahl« an *Flüchtlingen* mit der Anzahl bestehender Unterkünfte sowie den 6.000 in Berlin lebenden *Flüchtlingen* in einen Zusammenhang gebracht. Allerts Aussage, dass die Menschen schneller kämen, als für diese Unterbringungsmöglichkeiten geschaffen werden könnten, erscheint durchaus dramatisch, weil damit der Eindruck eines Zuviel an *Flüchtlingen* in Berlin vermittelt wird: *Flüchtlinge* werden als eine Gruppe konstruiert, die die Berliner Verwaltung mindestens vor eine gewaltige Herausforderung stellt, wenn nicht gar ›be-‹ oder ›überlastet‹. Bemerkenswert ist, dass *Flüchtlinge* mit dieser Re_Präsentation als Ursache für logistische Probleme der Berliner Verwaltung angesehen werden, nicht aber umgekehrt das LaGeSo selbst, der Senat und/oder die Berliner Bezirke, die die Bereitstellung von *Flüchtlings*unterkünften ganz offensichtlich nur partiell leisten können, wie Allert in der Textpassage durchaus konzediert.⁹⁶

Mit der hier vorgenommenen Problem- und Situationsdeutung findet gleichsam eine Täter*innen-Opfer-Umkehr statt: Nicht die *Flüchtlinge* stehen mit ihren ›Lebens- und Fluchtgeschichten‹ – damit zusammenhängenden gravierenden ›Herausforderungen‹ der Flucht, des Ankommens in einem anderen Land etc. – im Fokus, sondern die mit der Organisation der Unterbringung von *Flüchtlingen* überforderte Berliner Verwaltung. Die eigentliche Aussage lautet im Grunde: Eine zu hohe Anzahl von *Flüchtlingen* macht Berliner Behörden handlungsunfähig. Abgesehen davon, dass diese Botschaft durchaus anschlussfähig an offen rassistische Bilder und Zuschreibungen *Flüchtlingen* gegenüber ist (siehe dazu Kapitel 7), wird hier eine normative bzw. Normalitätsvorstellungen betreffende Annahme berührt (vgl. Sibum 2010, 30ff.): Denn ›normal‹ wäre es, wenn besagte Diskrepanz zwischen der Anzahl von *Flüchtlingen* und den vorhandenen Unterbringungsmöglichkeiten in Berlin nicht bestünde (sonst wäre dieser Punkt auch nicht erwähnenswert). So aber handelt es sich um eine nicht normale Tatsache, die abermals den Eindruck zu vieler *Flüchtlinge* verstärkt, die möglicherweise weitere ›Normalitäten‹ in Berlin und Deutschland in Frage stellen könnten. Die damit vollzogene »Grenzziehung« (ebd., 32) zwischen normal und unnormal legt somit zumindest implizit eine Kritik an den ›vielen‹ *Flüchtlingen* nahe.

Die von Allert skizzierte Problematik nicht ausreichender Kapazitäten für die Unterbringung von *Flüchtlingen* in Berlin wird ebenso von Helmuth Penz, Chef* des Betreibers der Asylunterkunft Pewobe, im Rahmen besagter Informationsveranstaltung aufgegriffen. Er spricht darin explizit von einer »Not«, dass kaum freie Plätze für *Flüchtlinge* in Berlin vorhanden seien, wodurch die Situation aus Sicht der Verwaltung wiederum als sehr zugespitzt dargestellt sowie die Außergewöhnlichkeit der gegenwärtigen Situation hervorgehoben wird:

⁹⁶ Gut zwei Jahre später, im August 2015, zeigte sich für die Berliner und bundesdeutsche Öffentlichkeit die mangelnde Organisationsfähigkeit des LaGeSo. Diesem gelang es über Monate hinweg nicht, die Registrierung (wiederum Voraussetzung für die Zuweisung einer *Flüchtlings*unterkunft) von in Berlin ankommenden *Flüchtlingen* durchzuführen. Durch Unterstützer*innen sowie die Initiative Moabit hilft wurden in Sommerhitze wartende und vor dem LaGeSo campierende *Flüchtlinge* mit notwendigen Lebensmitteln versorgt (vgl. dazu etwa Taz 2016).

»[W]ir [die Pewobe; J.H.] haben hier den Auftrag äh des LaGeSoz bekommen, diese beiden Schulgebäude (.) zu äh bauen, umzurüsten, und zunächst wegen der Not, die Herr Allert auch gerade geschildert hat, dass nur zehn freie Plätze per heute vorhanden sind, eine (2.0) eine Notunterkunft herzurichten« (Bezirksamt 2013f, TC: 13:27-13:48).

In einer weiteren Passage geht Allert schließlich auf die Schwierigkeit der ›Kontrolle‹ und Verteilung von *Flüchtlingen* innerhalb Deutschlands ein:

»Herr Penz hat ja schon mal darauf hingewiesen, heute zum Beispiel sind zehn Plätze in insgesamt dreißig Einrichtungen frei. Ich weiß noch gar nicht=äh wie viele gehen morgen raus, weil sie in andere Bundesländer verteilt werden, weil sie wieder zurückmüssen, von dort wo sie hergekommen sind in das Ursprungsland, in ihre Heimat oder in das Land in dem sie eingereist sind=äh über die EU, und (.) wieviel kommen morgen neu, die ich unterbringen muss. Und deswegen müssen wir auch immer möglichst rasch sehen, dass wir Einrichtungen in Betrieb nehmen können; eben NOTunterkünfte« (ebd., TC: 26:47-27:21).

Hier wird die Botschaft transportiert, dass jeder Tag ›neue Überraschungen‹ und ein gewisses ›Chaos‹ mit sich bringt, weil die Anzahl von *Flüchtlingen* als nicht antizipierbar und dadurch als nicht ›steuerbar‹ in dreifacher Hinsicht eingeschätzt wird: hinsichtlich deren Verteilung innerhalb Deutschlands, deren Aus- und Einreise nach Deutschland. Bemerkenswert an diesen Ausführungen ist der damit vermittelte Eindruck, dass selbst die dafür zuständige Berliner Fachbehörde, das LaGeSo und sein zuständiger Präsident*, im Ungewissen darüber sind, was »morgen« passieren wird. Das Morgen steht dabei symbolisch für die nahe und ferne Zukunft und kann an dieser Stelle in der Weise interpretiert werden, dass in den kommenden Wochen, Monaten und womöglich auch Jahren der beschriebene ›Zustand‹ der Nichtsteuerbarkeit und Unkontrollierbarkeit ankommender *Flüchtlinge* in Deutschland – bzw. in Berlin – anhalten wird.

Während in den bisher gezeigten Textpassagen eine hohe Anzahl an *Flüchtlingen* und deren Nichtsteuerbarkeit zumindest auf direkte Art und Weise nicht kritisiert wurden, formulieren hingegen rechte Akteur*innen und einige Marzahn-Hellersdorfer*innen ihre kritischen bzw. ablehnenden Positionen in dieser Hinsicht ganz explizit. Zwar dominiert bei Letzteren der Topos zu vieler *Flüchtlinge* nicht direkt, sondern es stehen – allerdings davon nicht eindeutig zu trennende – Themen wie befürchtete Kriminalität und Gewalt sowie die Bedrohung gesellschaftlicher Ressourcen im Vordergrund (siehe dazu Unterkapitel 7.1.2, 7.1.3). Dennoch manifestiert sich in einigen Aussagen ebenso der Topos zu vieler *Flüchtlinge*. In diesem Sinne sagen zwei Anwohnerinnen*, die nach dem Einzug der ersten Bewohner*innen in die Unterkunft von Sandra Maischberger für die am 27. August ausgestrahlte Sendung »Wut auf Asylbewerber: Sind wir Ausländerfeinde?« interviewt wurden, Folgendes:

Anwohnerin* I: »Naja man fragt sich wann, (.) wann wie viele noch; also w (-) was muss erst passieren damit die Politik mitkriegt, äh (-) es IST zu viel.« (Maischberger 2013, TC: 11:36-11:44)

Anwohnerin* II: »Sagen wa mal so. Es (.) – solln se kommen. Mein Gott. Also wir sind wahrscheinlich alle dankbar wenn uns jeholfen wird. [...] Aber irgendwann is Schluss. Der=äh wovor hat denn Deutschland Angst mal zu sagen nein jetzt mal kurz stopp wir müssen kurz mal die Integration n bisschen anders drehen, wovor hat Deutschland da Angst; das versteh ich nich; ich habe keine Ahnung.« (Ebd., TC: 11: 21-11: 37)

Obwohl sich Anwohnerin* II – wie es ebenfalls bei Anwohnerin* I in einer weiteren (hier nicht wiedergegebenen) Passage des Interviews deutlich wird – als nicht grundsätzlich gegen *Flüchtlinge* und deren Aufnahme eingestellt betrachtet, wird in beiden Statements der Eindruck vermittelt, dass es mittlerweile zu viele *Flüchtlinge* in Deutschland gibt und deren Aufnahme umgehend beendet werden muss. Es wird also ein Aufnahmestopp gefordert und an die Politik appelliert, diesen entsprechend umzusetzen. So deutet Anwohnerin* I ein negatives Szenario mit ihrer rhetorischen Frage an, was erst passieren müsse, damit die Politik mitbekomme, dass zu viele *Flüchtlinge* nach Deutschland kämen. Diese antizipierte und negative Situation – zu denken wäre hierbei etwa an eine befürchtete Zunahme von Kriminalität und Gewalt (siehe dazu Unterkapitel 7.1.2) – ist für sie offenbar derart selbstverständlich, dass es an dieser Stelle keiner weiteren Konkretisierung bedarf. Bemerkenswert ist des Weiteren die Begründung der Untätigkeit der Politik diesbezüglich von Anwohnerin* II mit der Angst, die »Deutschland« davor habe. In dieser Formulierung wird auf recht diffuse Weise eine mächtige Instanz imaginiert, die die *Flüchtlingsaufnahme* von »Deutschland« einfordert und gegen die sich die Politik nicht zu widersprechen getraut. »Deutschland« wird dadurch als Opfer dieser mächtigen Instanz konstruiert, die sich zugleich gegen die Interessen der ›Deutschen‹ richtet.

Ohne dass die beiden Anwohnerinnen* in der obigen Textpassage direkt die Situation in Hellersdorf thematisieren, stellt diese dennoch den Hintergrund ihrer Ausführungen dar. Ganz konkret auf den Standort der Asylunterkunft bezieht sich schließlich die Wohnungsbaugesellschaft Wuhletal e.G. in einem Artikel ihrer Mitgliederzeitschrift Wuhletal Journal von Anfang/Mitte August 2013.⁹⁷ Die Wohnungsbaugesellschaft begründet ihre ablehnende Position wie folgt: »[W]ir halten die Größenordnung der geplanten Unterkunft für nicht sozialverträglich in unserem Kiez.« (Wuhletal 2013, 10) Der Bezug zum ›eigenen‹ »Kiez« wird mit dem Possessivpronomen »unser« angezeigt, das an dieser Stelle ebenso die Anwohner*innen mit einschließt und eine geschlossene Gemeinschaft von Anwohner*innen konstruiert sowie (räumliche) Abgrenzung nahelegt. Unmissverständlich wird die »Größenordnung« der Unterkunft kritisiert, d.h., es sind aus Sicht der Wohnungsbaugenossenschaft zu viele *Flüchtlinge*, die dort zukünftig wohnen werden. Wo die damit implizierte ›Grenze‹ der angesprochenen Sozialverträglichkeit, also eine ›tolerierbare‹ Größe der Unterkunft liegt, wird im gesamten Text nicht expliziert und bleibt eine Leerstelle. Freilich wird eine derartige Grenze implizit angenommen, zumal sich die Wohnungsbaugenossenschaft nicht grundsätzlich gegen die Aufnahme von *Flüchtlingen* wendet, sondern vielmehr die Pflicht des Bezirks Marzahn-Hellersdorf betont, entsprechende Möglichkeiten für deren »gesetzeskonforme und menschenwürdige Unterbringung« zu finden (ebd.).

⁹⁷ Die genaue Datierung konnte ich nicht ermitteln. Redaktionsschluss der entsprechenden Ausgabe war der 1.8.2013. Vermutlich wurde der Text ein bis zwei Wochen später veröffentlicht.

Das vorgetragene Argument der Sozialverträglichkeit lässt soziale Probleme im Kontext der Asyleinrichtung vermuten und berührt negative Vorstellungen und Folgen im Zusammenhang mit der *Flüchtlingsunterkunft* – ein ›sozialer Brennpunkt‹ könnte womöglich mit der Unterkunfts-eröffnung im Stadtteil entstehen, so die implizierte Botschaft. Der Topos zu vieler *Flüchtlinge* findet damit im Schlagwort der fehlenden Sozialverträglichkeit mit 450 neuen *Flüchtlingen*⁹⁸ im Kiez auf einer lokalen Ebene durchaus seine Entsprechung. – Insgesamt stellt die Wohnungsbaugesellschaft mit ihren Ausführungen, die sich dezidiert gegen die Unterkunft richten, argumentativ durchaus verschiedenartige Anschlussstellen für diffuse Ängste, aber auch explizite Ressentiments und ablehnende Argumentationen gegenüber *Flüchtlingen* bereit. Wie bereits im Kapitel 7 ausgeführt, werden diese u.a. von rechten Akteur*innen vertreten, worauf abschließend nochmals kurz eingegangen wird.

Die Bürgerinitiative Marzahn-Hellersdorf (BMH) positioniert sich dezidiert gegen die Asylunterkunft. Eine Aktivistin* der Initiative, Isabell Fraundörfer, äußert sich in einem Radiobeitrag vom 5. August als Anruferin*, in dem sie sich als Anwohnerin* Bella⁹⁹ ausgibt, dazu wie folgt:

»Also; ich finde die Politik hier sollte sich erstmal um andere Dinge kümmern; (.) die wichtiger sind; is einfach so. Wenn wenn die dis nicht hinkriegen sich erstmal um (.) uns zu kümmern, äh und immer mehr Leute hierher holen, es wird es wird immer mehr es wird immer mehr; (.) Hellersdorf war bis jetzt noch der Bezirk wo am wenigsten Leute waren; hier war s ruhig Leute sind extra aus andern Bezirken hierher gezogen weil sie eben ihre Ruhe vor solchen Leuten haben wollten. (.) So. In Lichtenberg war es genau das gleiche vor zehn Jahren war dis noch total ruhig wenn man jetzt dahingeht; dann denkt man man is im Ausland. (.) Ja? Und so wird s dann hier auch werden.« (Blue Moon 2013, TC: 1: 01: 53-1: 02:23).

Für das Verständnis der Textpassage ist es wichtig zu wissen, dass sich Fraundörfer zuvor mit verschiedenen Argumenten dezidiert gegen die *Flüchtlingsunterkunft* im Stadtteil positioniert. Insofern geht es bei der vagen Formulierung »solche[...] Leute[...]« zunächst um *Flüchtlinge*. Allerdings führt sie in anderen Passagen ebenso aus, dass es sich um »Menschen mit Migrationshintergrund« (ebd., TC: 1: 04:06) handelt. Vor diesem Hintergrund liegt die Lesart nahe, dass sich Fraundörfer grundsätzlich gegen natio-ethno-kulturell ›Anderer‹ ausspricht – unabhängig von deren Aufenthaltsstatus. Deutlich wird in dem obigen Zitat, dass diese ›Anderen‹ im Stadtteil »immer mehr« würden, was durch die Wiederholung zudem bekräftigt wird. In diesem Sinne wird ein fundamentaler und unaufhebbarer Gegensatz von zugehörigen weißen Bewohner*innen des Stadtteils und nicht zugehörigen ›Anderen‹ konstruiert. Bemerkenswert ist die Verknüpfung von »Ruhe« und den ›Anderen‹, wodurch Letztere als die ›Eindringlinge‹ angesehen werden, die eben jene ›ruhige Ordnung‹ im Bezirk Hellersdorf bedrohen, wie es bereits im Nachbarbezirk Lichtenberg längst geschehen ist: Lichtenberg *ist* bereits »Ausland«, nicht

⁹⁸ Inhaltlich betrachtet ist diese Zahl überdies falsch. Sie bezieht sich vielmehr auf die Eröffnung einer weiteren Einrichtung in der Maxie-Wander-Straße, die in unmittelbarer Nähe zu der Unterkunft liegt. Beide Einrichtungen zusammen bieten dann Platz für ca. 400 Bewohner*innen.

⁹⁹ Vgl. zu dieser Information: <http://infoportalhellersdorf.blogspot.de/2013/09/page/2/> [zuletzt abgerufen am 6.8.2018].

mehr weiß-deutsch, sondern – um hier den Gegensatz zu bemühen – gewissermaßen ›multi-kulturell-chaotisch‹. Fraundörfer imaginiert hier zugleich ein ethnisch homogenes ›Wir‹, wie es auch für die extreme Rechte zentral ist (vgl. etwa Stöss 2007, 25). In diesem Sinne spricht sie dann in einer weiteren Textpassage von einer »Umbevölkerung«, die in Lichtenberg bereits stattgefunden habe und nun in Hellersdorf perspektivisch zu erwarten sei (ebd., TC: 1: 08:09). Damit ist die weiß-deutsche Bevölkerung schließlich in ihrer Existenz bedroht.

Wie bereits oben gezeigt (siehe S. 164), spielt die Bedrohung des Fortbestandes des sog. weiß-deutschen Volkes durch die Imagination zu vieler natio-ethno-kulturell ›Anderer‹ – d.h. auch *Flüchtlinge* – ebenso in den Ausführungen der NPD eine zentrale Rolle, was hier aber nicht wiederholt dargestellt werden soll. Vielmehr verweise ich auf die zentralen, aber teils schon dargelegten Passagen der NPD (und anderer rechter Akteur*innen) (vgl. Unterkapitel 7.1.3), die *Flüchtlinge* als ökonomische Belastung ansehen. So führt die Berliner NPD am 10. Juli bspw. aus:

»Seit der Erhöhung der Geldleistungen für Asylbewerber im vergangenen Jahr ist deren Zahl dramatisch gestiegen. Im laufenden Jahr kamen 73 Prozent mehr Asylbewerber nach Deutschland als im Vorjahreszeitraum. Der überwiegende Teil der Asylbewerber kommt aus Syrien, Iran, dem Irak, Pakistan und afrikanischen Ländern. Nicht nur Kommunen und Kreise in Westdeutschland, sondern auch im Osten der Republik drohen vor den steigenden Kosten in die Knie zu gehen.« (NPD 2013a)

Ähnlich wie die oben zitierte Passage von Allert (siehe S. 187) legt diese eine recht alarmierende Situation nahe: Aus Sicht der NPD hat die Zunahme von »Asylbewerber[n]« bedrohliche und existentielle Folgen für die Funktionsfähigkeit der Gesellschaft, wird doch im letzten Satz der Passage ausgeführt, dass die Kommunen ob der finanziellen Kosten »in die Knie« gehen würden. Die NPD konstatiert des Weiteren einen »Asylmißbrauch« [sic], der jährlich »mehrere Milliarden Euro mit sich« bringe: »Die meisten Asylbewerber sind keine politisch Verfolgten, sondern Wirtschaftsflüchtlinge, die es sich auf Steuerzahlers Kosten in der sozialen Hängematte gemütlich machen wollen.« (Ebd.) Die ›deutschen Steuerzahler*innen‹ werden hier gleichsam als Opfer der sie ausnutzenden zahlreichen *Flüchtlinge* konstruiert.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass der Topos zu vieler *Flüchtlinge* von verschiedenen in den Konflikt um die Asylunterkunft involvierten Akteur*innen mit jeweils unterschiedlichen Akzentuierungen und damit verbundenen Auswirkungen reproduziert wird. Während Franz Allert die Nichtsteuerbarkeit von *Flüchtlingen* auf verschiedenen Ebenen unterstreicht, argumentieren rechte Akteur*innen biologistisch-rassistisch, indem sie in letzter Konsequenz einen ›Volkstod‹ weißer Deutscher imaginieren sowie die akute Bedrohung der Funktionsfähigkeit öffentlicher Institutionen hervorheben – was schließlich einen kompletten Zusammenbruch der Gesellschaft zur Folge hat. Die Wohnungsbaugesellschaft hingegen argumentiert hellersdorfspezifisch gegen die Größe der Asylunterkunft als nicht sozialverträglich. Allen Akteur*innen sind dabei allerdings aus einer rassismuskritischen Perspektive zwei zentrale

Aspekte gemein: Zum einen wird ein national verfasstes und/oder territorial definiertes ›Wir‹ angerufen, das implizit oder explizit gegen ein ›Sie‹ – die *Flüchtlinge* – abgegrenzt wird. Mit dieser klaren Grenzziehung gehen negative Zuschreibungen *Flüchtlingen* gegenüber einher, die wahlweise als nicht kontrollierbare, in Deutschland eindringende Menschenmassen konstruiert werden oder gar als physische Bedrohung eines imaginierten ›Volkskörpers‹. Zwar bestehen zwischen diesen beiden Deutungen ebenso klare ideologische Differenzen – insofern sind die herausgearbeiteten Konvergenzen gleichermaßen in den Kontext der Auseinandersetzung um die Asylunterkunft differenziert einzuordnen und spiegeln verschiedene Perspektiven der Akteur*innen auf den Konflikt um die Asylunterkunft wider –, dennoch werden jeweils Bedrohungen einer national und lokal verfassten Ordnung berührt.

8.3 *Flüchtlinge* als Bedrohung eines harmonisch-friedlich imaginierten Kiezes

Während in den verschiedenen Statements der in den Konflikt um die Asylunterkunft involvierten rechten Akteur*innen und der die Unterkunft ablehnenden Anwohner*innen negative Veränderungen im Stadtteil durch die Asylunterkunft befürchtet werden (siehe dazu Unterkapitel 7.1.2), geht es im folgenden Abschnitt um eine in unterschiedlichen Texten vorgetragene und behauptete grundsätzliche Unvereinbarkeit von Asylunterkunft und Wohngegend bzw. dem Kiez.¹⁰⁰ Mit Ausnahme der die Asylunterkunft explizit ablehnenden Akteur*innen sind die entsprechend transportierten Aussagen in den ausgewählten Textpassagen wiederum weniger explizit, sondern eher ›zwischen den Zeilen‹ zu finden und bleiben daher mitunter ebenso vage und lediglich im Bereich von Andeutungen. Das analytische Kernstück bildet stets die Konstruktion eines Gegensatzes zwischen den *Flüchtlingen* (bzw. der Asylunterkunft) auf der einen und den (*weißen* deutschen) Anwohner*innen auf der anderen Seite.

Zunächst zitiere ich aus einem Schreiben des Bezirksamtes vom 4. Juli, in dem zur Informationsveranstaltung am 9. Juli eingeladen wird:

»Marzahn-Hellersdorf ist wie jeder andere Bezirk verpflichtet, ausreichend Plätze für Asylsuchende vorzuhalten [...]. Das Landesamt für Gesundheit und Soziales hat sich entschieden, hierfür auch den ehemaligen Schulstandort in der Carola-Nehrer-Straße zu nutzen. [...]

Natürlich haben viele Menschen nun Sorgen und Ängste. Sorgen um ihren Kiez, das friedliche Zusammenleben mit den Menschen, die bald dort wohnen werden, oder ob dies wirklich der richtige Ort ist. Wir nehmen die Sorgen der Bewohnerinnen und Bewohner ernst und wollen versuchen, Ängste abzubauen.« (Bezirksamt 2013a)

In der Textpassage wird zunächst eine Trennung und Gegenüberstellung zwischen den bereits im Stadtteil lebenden Bewohner*innen auf der einen Seite sowie den »Menschen, die bald dort wohnen werden«, nämlich den Unterkunftsbewohner*innen, auf der anderen Seite vorgenommen. Die Trennung wird durch das Possessivpronomen *ihr* in der Formulierung »Sorgen um *ih-*

¹⁰⁰ Negative Zuschreibungen *Flüchtlingen* gegenüber, wie sie in Unterkapitel 7.1.2 ausgeführt werden, stehen damit allerdings in einem Zusammenhang.

ren Kiez« (Herv. J.H.) noch verstärkt, wodurch eine Identifikation der Bewohner*innen mit ›ihrem‹ Kiez und damit eine harmonische Einheit nahegelegt wird. Insofern wird die Gegenüberstellung von *Flüchtlingen* und Anwohner*innen gleichermaßen auf einer räumlichen Ebene vollzogen, indem ein Territorium imaginiert wird, auf das die bisher im Stadtteil Lebenden gewissermaßen ein besonderes Recht, eine Art Platzrecht reklamieren können. Dieses Platzrecht kommt den Anwohner*innen ganz ›natürlich‹ und ausschließlich qua dortiger Wohnung zu. Der zweifelsohne öffentliche Raum, auf den in letzter Konsequenz ihn nutzende Menschen im Allgemeinen oder auch Anwohner*innen im Besonderen grundsätzlich keineswegs einen exklusiven Anspruch haben, wird dadurch zu einem eher privaten bzw. halböffentlichen Bereich umdefiniert, der mit den neuen Bewohner*innen nun als potentiell konflikthaft in Verbindung gebracht wird.

Der angedeutete Konflikt ist jedoch kein Verteilungskonflikt um knappen Raum im Stadtteil o.Ä., sondern es werden in erster Linie Befürchtungen um »das friedliche Zusammenleben« zwischen den Anwohner*innen und den Unterkunftsbewohner*innen thematisiert. Dabei wird die Reaktion einiger Anwohner*innen auf die *Flüchtlingsunterkunft* – deren »Sorgen und Ängste« – als nachvollziehbar angesehen und ausdrücklich bestätigt: »*Natürlich* haben viele Menschen nun Sorgen und Ängste.« (Herv. J.H.) Zunächst nicht weiter spezifizierte »Sorgen und Ängste«, die im allgemeinen Sprachgebrauch i.d.R. als in Bezug auf tendenziell eher negative Aspekte bzw. Entwicklungen von etwas zu verstehen sind, stellen damit etwas ganz ›Normales‹, womöglich gar eine ›natürliche Reaktion‹ von Anwohner*innen im Allgemeinen vor zukünftigen *Flüchtlingsheimen* bzw. deren Bewohner*innen dar. Auf diese Weise werden die konstatierten »Sorgen und Ängste« der Anwohner*innen, wie bereits oben detailliert gezeigt (siehe Unterkapitel 5.1.2), individualisiert und seitens der Lokalpolitik – bzw. wie hier vom Bezirksamt – legitimiert. Gleichzeitig erscheinen diese nicht weiter begründungsbedürftig, sondern vielmehr ›an sich‹ als nachvollziehbar. *Flüchtlinge* werden durch diese Argumentation indirekt als Gruppe mit negativen Eigenschaften konstruiert, denen gegenüber »Sorgen und Ängste« als durchaus normal und legitim gelten.

Die nicht weiter spezifizierten »Sorgen und Ängste« werden im weiteren Verlauf der Textpassage *zunächst* konkretisiert: Zum einen werden die »Sorgen« um den »Kiez« und um das »friedliche Zusammenleben«, zum anderen wird die Frage nach der richtigen Ortswahl der *Flüchtlingsunterkunft* thematisiert. Letzteres bleibt dabei allerdings unklar: Geht es darum, dass das Gebäude, eine ehemalige Schule, als ungeeignet für die dortige Unterbringung von *Flüchtlingen* angesehen wird? (Dies wäre womöglich eher eine Kritik an entsprechenden Großunterkünften und der Unterbringungspolitik des Landes Berlin.) Oder aber bezieht sich die Passage auf eine grundsätzliche Ablehnung der Unterkunft im Stadtteil, was einer dezidierten Ablehnung von *Flüchtlingen* durch Anwohner*innen gleichkäme? Deutlich wird in diesem Kontext eine Kritik von Bewohner*innen am Standort und dessen Infragestellung als *Flüchtlingsunterkunft*.

Schließlich bleibt ebenso die Formulierung »Sorgen um ihren Kiez« (ebd.) inhaltlich vollkommen unklar. Wie bereits ausgeführt, beziehen sich Sorgen auf befürchtete negative Aspekte i.w.S. und können im Zusammenhang der Textpassage als negative Entwicklungen im Stadt-

teil vor dem Hintergrund der *Flüchtlings*unterkunft interpretiert werden. Damit aber wird *indirekt* Bezug genommen auf ›klassisch‹ rassistisch konnotierte Bilder über *Flüchtlinge* wie etwa Gewalt und Kriminalität. Diese Lesart passt dann zu der Befürchtung um das »friedliche Zusammenleben« im Stadtteil, das zumindest zur Disposition stehen könnte. Zugleich wird implizit die Botschaft vermittelt, dass es gegenwärtig ein durchweg friedliches und harmonisches Zusammenleben von Anwohner*innen im Stadtteil gibt, das durch die *Flüchtlinge* potentiell bedroht wird. Mögliche – ggf. grundlegende – Konflikte und Probleme im Wohngebiet, Konflikte zwischen den Anwohner*innen oder auch zwischen Lokalpolitik und Anwohner*innen werden somit ausgeblendet und der Stadtteil mit seinen Anwohner*innen vielmehr als positive homogene ›Einheit‹ einer negativen homogenen ›Einheit‹, den zukünftigen Unterkunftsbewohner*innen, gegenübergestellt.

Ein recht analoges, dichotomisches Bild zwischen Anwohner*innen und *Flüchtlingen* wird in einem Artikel der von der Wohnungsbaugenossenschaft Wuhletal e.G. herausgegebenen Mitgliederzeitschrift Wuhletal Journal vom August 2013 transportiert:

»Liebe Mitglieder, wir teilen Ihre Sorge um die Weiterentwicklung Ihres Kiezes. Wir danken allen bisher engagierten Mitgliedern, die uns informiert und sich konstruktiv eingebracht haben. Wie werden uns in die kommenden Diskussionen und Gespräche einmischen und die Interessen unserer Genossenschaft vertreten: Uns geht es um friedvolles Zusammenleben – ohne Ängste. Wir versuchen, Sie so gut wie möglich mit Informationen auf dem Laufenden zu halten.« (Wuhletal 2013, 10)

Ähnlich wie in der zuvor zitierten Passage des Bezirksamtes geht es um die – wiederum nicht näher konkretisierte – »Sorge um die Weiterentwicklung« des Kiezes. Auch in diesem Zusammenhang wird mit der Vagheit dessen, was damit eigentlich konkret gemeint ist, ein negatives Assoziationsfeld *Flüchtlingen* gegenüber eröffnet. Dies wird umso deutlicher, als die Wohnungsbaugenossenschaft die Bedeutung eines »friedvolle[n] Zusammenleben[s] – ohne Ängste« unterstreicht. Jene Formulierung, die nach Idylle und absoluter Harmonie klingt (s.o.), scheint durch die zukünftigen Bewohner*innen der Asylunterkunft bedroht zu sein, so die implizite Botschaft. Dadurch, so kann hier zugespitzt formuliert werden, droht den Anwohner*innen perspektivisch womöglich ein Zusammenleben im Wohnumfeld mit *Flüchtlingen* in permanenter Angst und Unsicherheit. Anders als in den bereits zitierten Ausführungen des Bezirksamtes, in denen zwar Verständnis für die Sorgen und Nöte der Bewohner*innen geäußert wird, dies gleichwohl aus einer eher vermittelnden Position¹⁰¹ geschieht, positioniert sich die Wohnungsbaugenossenschaft explizit parteiisch zugunsten der die Unterkunft ablehnenden Anwohner*innen. Denn sie nimmt deren Sorgen um den Kiez nicht nur ernst, sondern teilt diese ausdrücklich. Die Wohnungsbaugenossenschaft spricht sich in diesem Kontext nicht grundsätzlich gegen die Aufnahme von *Flüchtlingen* aus, sondern hebt vielmehr die Pflicht des Bezirks Marzahn-Hellersdorf hervor, entsprechende »Möglichkeiten für die gesetzeskonforme und menschenwürdige Unterbringung« von *Flüchtlingen* zu finden (ebd.).

¹⁰¹ Damit ist gemeint, dass das Bezirksamt versucht, den Anliegen und der Kritik von Bürger*innen an der Asylunterkunft Verständnis entgegenzubringen, ohne aber den Standort grundsätzlich in Frage zu stellen.

Wesentlich direkter und ablehnender als in den bisherigen Statements äußern sich hingegen einige Bürger*innen/Anwohner*innen zur *Flüchtlingsunterkunft*. Der vom Deutschlandfunk interviewte Anwohner* Dirk Polldorf stellt in einer ausgestrahlten Sendung vom 20. August bspw. klar:

»Ich bin extrem (-) wütend darüber mit welcher Arroganz (.) uns die Politik hier behandelt. Wir werden überhaupt nicht gefragt, uns knallt man hier so ein Heim mit fünfhundert äh Asylanten vor die Nase, (.) in ein intaktes Wohngebiet, das sich über die Jahre entwickelt hat und auch zum Positiven entwickelt hat wie ich finde« (Deutschlandfunk 2013a, TC: 00:52-01:08).

Für die in diesem Kapitel zu verfolgende Argumentation ist der zweite Satz des Zitats aufschlussreich: Ähnlich wie in den bereits zitierten Passagen wird hier ein »intaktes Wohngebiet« mit einer insgesamt positiven Entwicklung assoziiert und dem *Flüchtlingsheim* gegenübergestellt. Die Formulierung erinnert an eine Art natürliches Gleichgewicht, das »über die Jahre« entstanden ist und nun durch die *Flüchtlingsunterkunft* unmittelbar bedroht wird. Auch hier droht der unwiederbringliche Verlust einer harmonischen und als sehr stabil vorgestellten Gemeinschaft.

Welch existentielle Bedrohung des Status quo zumindest zu befürchten ist, wird im folgenden Statement deutlich, in dem ein Anwohner* in einem Radiointerview vom 5. August Verständnis für die teils starke Ablehnung der *Flüchtlingsunterkunft* im Kiez zeigt:

»[E]t reicht ja och schon äh (.) wenn die rumlungern; wenn die irgendwo dann den Müll durchkramen oder so dit macht ja für Anwohner och schon negativen Charakter so ne? Und die ham sich da n schönes Wohnumfeld uffjebaut und (.) also (es gibt) wirklich nur Angst, dass dit alles zu Grunde jehet. (.) Ne?« (Blue Moon 2013, TC: 12:32-12:48)

Die Polarisierung von Asylunterkunft auf der einen und harmonischem Wohngebiet auf der anderen Seite erfährt hier im Grunde eine maximale Zuspitzung, denn mit der *Flüchtlingsunterkunft* wird ein *gänzlich*es Zugrundegehen des bisher ›Aufgebauten‹ befürchtet. Es geht schlicht um die ›nackte‹ Existenz der Anwohner*innen, so die zentrale Botschaft der Passage. In dieser Logik kann es nie ein Miteinander geben, sondern entweder nur ein ›Wir‹, die ›angestammten‹ Hellersdorfer*innen, oder ein ›Sie‹, die *Flüchtlinge*. Letztere werden in diesem Zusammenhang äußerst negativ i.S. einer öffentlichen Präsenz im Stadtteil dargestellt (›rumlungern«, ›Müll durchkramen«).

Derartige Statements spiegeln eine Nähe zu entsprechenden Aussagen rechter Akteur*innen wider, wie das folgende Zitat der NPD vom 10. Juli verdeutlicht, das in Teilen bereits oben zitiert wurde (siehe S. 152):

»Der junge Bezirk Hellersdorf ist reich an Kindern und Jugendlichen und stolz auf seine Grünanlagen. Viel hat sich hier in den letzten zwanzig Jahren getan. Die Bevölkerungsstruktur hat sich jedoch nicht wie in anderen Berliner Bezirken hin zu einem massiven Bevölkerungsaustausch aus vorwiegend südlichen Ländern einreisenden [sic] entwickelt. Trotz großer Plattenbausiedlungen gibt es eine gewachsene Nachbarschaft und ein für den Bezirk ganz eigenes soziales Leben.

Nun fürchten die Bürger und Anwohner um ihre Sicherheit, denn ihnen wurde vom Bezirk letzte Woche mitgeteilt, dass sie ihr beschauliches Plätzchen bald mit 400 Asylanten teilen ›dürfen‹. Massive Probleme mit solchen Heimen werden trotz medialer Hofierung immer wieder bekannt.« (NPD 2013a)

Das »beschauliche[...] Plätzchen« Hellersdorf wird in der Textpassage weiß-deutsch definiert – Schwarze und People of Color gehören demzufolge nicht zum Bezirk dazu, so dass also eine klare natio-ethno-kulturelle Zugehörigkeitsordnung vorgestellt wird. Im Vergleich zu anderen Berliner Bezirken erscheint Hellersdorf als Insel der ›Glückseligen‹, in dem die imaginierte Bedrohung durch einen »massiven Bevölkerungsaustausch« noch nicht erfolgt ist, dieser aber nun durch die *Flüchtlings*unterkunft droht.

Wie bedrohlich schließlich das Miteinander von Hellersdorfer*innen und *Flüchtlingen* konstruiert wird, führt eindrücklich die BMH-Aktivistin* Isabell Fraundörfer in einem Radiobeitrag vom 5. August aus:

»Ja aber die könn doch nich einfach äh (.) so n Heim, (.) mitten ins Wohngebiet stellen; und dann nich mit so vielen Leuten. Das funktioniert nich; n Wohngebiet is n Wohngebiet; und nich äh (.) ne Auffangstelle für für Asylbewerber; bin ich der Meinung; weil (-) man guckt sich hier Auge in Auge da der da nich mal zehn Meter da is schon der nächste Wohnblock, ähm da parken die Autos davor ich mein da (-) is doch klar dass die Angst haben« (Blue Moon 2013, TC: 1:00:10-1:00:36).

Die »Asylbewerber« werden hier wiederum als ›Eindringlinge‹ in einen als privat bzw. halböffentlich angesehenen Raum konstruiert, auf den sie keinen legitimen Anspruch haben, gleichwohl sie dort wohnen (werden) wie die bisher im Stadtteil lebenden Bewohner*innen. Somit wird eine imaginierte Grenze zwischen Wohngebiet und Asylunterkunft überschritten. Ein Zusammenleben zwischen Unterkunftsbewohner*innen und Anwohner*innen wird nicht nur als nicht möglich, sondern unmissverständlich als Bedrohung empfunden: »[M]an guckt sich hier Auge in Auge«. Wie sich Feinde gegenüberstehen und gegenseitig in die Augen schauen und das jeweilige Gegenüber – zugespitzt formuliert – vernichten wollen, wird mit dieser Formulierung die existentielle Bedrohung durch *Flüchtlinge* plastisch dargestellt. Damit aber kann es konsequenterweise nur Gewinner*innen oder aber Verlierer*innen geben – entweder wird die Unterkunft verhindert oder aber es werden die *Flüchtlinge* dort einziehen.

Wie in diesem Unterkapitel deutlich wurde, finden sich in den Textpassagen unterschiedlicher Akteur*innen – teils ganz direkt, mitunter indirekt – Annahmen und Bilder über *Flüchtlinge*, die diese mit i.w.S. negativen Attributen in Verbindung bringen. Dadurch entsteht der Eindruck, dass *Flüchtlinge* das als harmonisch gewachsene vorgestellte Wohngebiet – den Kiez – und dessen ›angestammte‹ Anwohner*innenschaft mindestens stören. In Aussagen rechter Akteur*innen und denen von Anwohner*innen, die die Unterkunft dezidiert ablehnen, wird eine massive Bedrohung imaginiert, die bereits in weiteren Dimensionen ausgeführt wurde (siehe dazu Unterkapitel 7.1.2). Durch eine derartige Konstruktion findet im Kern eine Täter*innen-Opfer-Umkehr statt: Nicht die *Flüchtlinge* sind Opfer von Krieg und Gewalt, sondern die (weißen) Marzahn-

Hellersdorfer Anwohner*innen Opfer der dort lebenden *Flüchtlinge*. Allerdings bleibt insofern eine Leerstelle in den verschiedenen Ausführungen bestehen, als es im Grunde durchaus begründungsbedürftig erscheint, warum solch eine harmonisch gewachsene Gemeinschaft nicht eine Asylunterkunft ›integrieren‹ kann, wenn sie derart gut funktioniert und als so stabil vorgestellt wird. Dass vor diesem Hintergrund gut 400 *Flüchtlinge* eine außerordentliche Bedrohung darstellen, ist – zumindest auf einer rationalen Ebene – keineswegs einleuchtend.

8.4 Fazit aus rassismuskritischer Perspektive

So problematisch sich die in diesem Kapitel analysierten Textpassagen im Zusammenhang der hier eingenommenen rassismuskritischen Perspektive und dem daraus folgenden Blick auf das Involviertsein in rassistische Argumentationen und Deutungen auch erwiesen haben, ist dabei stets der allgemeine Kontext des Hellersdorfer Konflikts zu berücksichtigen und zu reflektieren. Gemeint ist die unmissverständliche Befürwortung der Asylunterkunft bzw. der Aufnahme von *Flüchtlingen* durch einige Hellersdorfer*innen/Anwohner*innen sowie parteipolitische und zivilgesellschaftliche Akteur*innen einerseits und das Agieren rechter Akteur*innen und der die Unterkunft ablehnenden Hellersdorfer*innen/Anwohner*innen dagegen andererseits. Somit sind die vorgetragenen Positionen zugunsten der *Flüchtlinge* immer auch dezidierte und intendierte Parteinahmen für deren Aufnahme und Unterstützung.

Zusammenfassend ist vor diesem Hintergrund rassismuskritisch Folgendes erwähnenswert:

- In den Ausführungen der Lokalpolitik und denen der den *Flüchtlingen* gegenüber positiv eingestellten Zivilgesellschaft dominiert eine paternalistische und damit hierarchische Perspektive auf *Flüchtlinge*, die sich darin zeigt, dass diese vor allem als Hilfsbedürftige und als Schutzobjekte angerufen werden. Insofern kann in diesem Zusammenhang von einer »doppelte[n] Opferrolle« (Dünwald 2012, 20) gesprochen werden, in der *Flüchtlinge* re_präsentiert werden: Sie werden nämlich als unmittelbar Bedrohte in ihren Herkunftsländern – und demzufolge als Hilfsbedürftige in Deutschland – und Bedrohte innerhalb Deutschlands konstruiert, wie es in den Ausführungen antirassistischer/antifaschistischer Akteur*innen deutlich wurde. Auffällig ist die Dominanz dieser Bilder, infolgedessen kaum ›Gegenbilder‹ in den hier analysierten Texten artikuliert werden: *Flüchtlinge* werden in diesem Sinne weder in ihren Ressourcen noch in ihrer Individualität sowie als aktive Akteur*innen (vgl. dazu u.a. Pries 2016, 52ff.)¹⁰² vorgestellt. Auf diese Art und Weise wird die grundlegende Differenz zwischen *Flüchtlingen* und Nicht*flüchtlingen*/Hellersdorfer*innen bzw. Helfer*innen re_produziert.
- Der anderen Seite dieser Darstellung entspricht das Bild eines aktiven Hellersdorfer ›Helfer*innen-Wir‹. Dieses wird in einigen Textpassagen als derart wirkmächtig konstruiert, dass deren selbstgesteckte Ziele angesichts gesellschaftlicher Strukturen als nahezu uto-

¹⁰² Pries weist bspw. darauf hin, dass *Flüchtlinge* nicht nur »Adressatengruppen transnationaler Hilfe und Solidarität, sondern auch Aktive und Akteure dieser Bewegung sind« (ebd., 70).

pisch erscheinen – was in gleicher Weise den umfassenden Schutz der *Flüchtlinge* anbelangt, wie vor allem von antirassistischen und antifaschistischen Akteur*innen gefordert. Dieses ›Helfer*innen-Wir‹ wird dabei moralisch legitimiert (›man hilft ganz selbstverständlich Hilfsbedürftigen‹) und schließt somit unmittelbar an die Konstruktion eines demokratisch-humanistisch verfassten Bezirks und seiner Einwohner*innen an, wie in Abschnitt 5.1.3 ausgeführt.

- Deutlich wurde des Weiteren die Anschlussfähigkeit spezifischer, in Rassismus involvierter Deutungen und Argumentationen von Akteur*innen, die die *Flüchtlinge* im Bezirk willkommen heißen, jenen gegenüber, die diese dezidiert ablehnen. Vor dem Hintergrund der in Unterkapitel 7.1.3 herausgearbeiteten imaginierten Bedrohung gesellschaftlicher Ressourcen durch *Flüchtlinge* kann zwar konstatiert werden, dass dieses Deutungsmuster von erstgenannten Akteur*innen nicht hervorgebracht wird. Allerdings konnte gezeigt werden, dass auch die *Flüchtlingen* gegenüber explizit positiv eingestellten Akteur*innen den weit verbreiteten Topos von zu vielen *Flüchtlinge* reproduzieren sowie die fundamentale Gegenüberstellung von *Flüchtlingen* und einem als harmonisch imaginierten Kiez.
- In diesem Sinne kann schließlich insgesamt von verschiedenen – impliziten und expliziten – rassistischen Deutungen und Argumentationen gesprochen werden, die *Flüchtlinge* im Grunde konsequent als die jeweils ›Anderen‹ anrufen – als die, die sich von den Hellersdorfer*innen (bzw. einem national verfassten ›Wir‹) signifikant unterscheiden. Dass damit ebenso entsprechende, durchaus zu problematisierende Handlungen einhergehen, wurde nicht zuletzt an der Spendenaktion der Initiative Hellersdorf hilft deutlich.

V ZUSAMMENFASSUNG ZENTRALER UNTERSUCHUNGSERGEBNISSE UND FOLGERUNGEN

Die vorliegende Untersuchung hat sich zum Ziel gesetzt, die öffentliche Auseinandersetzung um die Eröffnung einer Asylunterkunft in Berlin-Hellersdorf im Sommer 2013 aus einer rassistisch-kritischen Perspektive zu analysieren. Hierbei stand die zentrale Frage nach den Deutungen von (Schlüssel-)Ereignissen durch verschiedene lokale Akteur*innen im Vordergrund sowie die in dem Konflikt reproduzierten Bilder und Annahmen von *Flüchtlingen*. Im Folgenden möchte ich zentrale Untersuchungsergebnisse zusammenfassend, pointiert und – um Redundanzen zu vermeiden – ausschließlich sehr komprimiert darstellen und damit im Zusammenhang stehende Auffälligkeiten skizzieren. Im Vergleich verschiedener Akteur*innen/-gruppen verfolge ich dabei einige Hauptlinien, die mitunter zugespitzt anmuten werden. Insofern kann hier nicht die gesamte Komplexität der vorausgegangenen Argumentationen eingefangen werden – daher verweise ich auf die entsprechenden Unterkapitel der Arbeit und die (darin) bereits ausgeführten Zusammenfassungen zentraler Untersuchungsergebnisse (siehe Unterkapitel 5.4, 6.4, 7.3, 8.4). In einem zweiten Schritt werde ich schließlich die Frage nach der Verallgemeinerbarkeit der Untersuchungsergebnisse diskutieren sowie Anknüpfungspunkte und Reflexionsebenen skizzieren, die sich aus der Analyse ergeben.

Empirische Befunde

Insgesamt zeigen die empirischen Befunde, dass Rassismus auf verschiedenen Ebenen und auf unterschiedliche Art und Weise reproduziert wird:

a) Verkürztes Rassismusverständnis

Wie an vielen Stellen der Arbeit gezeigt wird, die Komplexität von Rassismus, wie sie im Kapitel 1 der Arbeit entwickelt und dargestellt wurde, in den verschiedenen Texten der Hellersdorfer Akteur*innen nicht sichtbar. Konkret zeigt sich dies wie folgt:

- Parteipolitische und zivilgesellschaftliche Akteur*innen (mit Ausnahme antirassistischer/antifaschistischer Akteur*innen), die *Flüchtlinge* explizit in Hellersdorf willkommen heißen, verlagern Rassismus *überwiegend* in den Rechtsextremismus, womit Ersterer als eigenständiges Phänomen dethematisiert wird. Rassismus wird infolgedessen lediglich als Teil rechter Ideologie verstanden, somit als nachgeordnetes, jedoch nicht als ein spezifisches Hellersdorfer (oder auch gesamtgesellschaftliches) Phänomen, das ggf. umfassend zu thematisieren und zu reflektieren wäre. Demgegenüber werden Hellersdorf und seine Einwohner*innen – lediglich mit wenigen Ausnahmen – als demokratisch handelnd vorgestellt. Den gegen die Asylunterkunft agierenden Hellersdorfer*innen wird des Weiteren eine ausgesprochen verständnisvolle Haltung entgegengebracht und ihre Statements gegen die Asylunterkunft u.a. als Kompensation von Sorgen und Ängsten oder

schlicht mangelndes Wissen (was etwa den Alltag in einer Asylunterkunft betrifft) angesehen. Insgesamt wird Rassismus auf diese Art und Weise im Stadtbezirk folglich als nicht existent angesehen – abgesehen von einigen rechten Akteur*innen, die gegen die Unterkunft agi(ti)eren und primär fokussiert werden. Damit aber wird der Konflikt um die Asylunterkunft weitestgehend entpolitisiert, weil die gesellschaftliche (Hellersdorfer) Normalität nicht kritisch in den Blick genommen, sondern der Status quo letztlich bestätigt sowie legitimiert wird.

- Zwar nehmen ebenfalls antirassistische/antifaschistische Akteur*innen rechte Akteur*innen verstärkt in den Fokus, so dass auch hier einerseits eine Tendenz besteht, Rassismus primär mit dem Phänomen Rechtsextremismus zu assoziieren. Auf der anderen Seite werden allerdings unmissverständlich Formen rassistischer Positionierung von Anwohner*innen problematisiert und teils ebenso strukturelle Dimensionen von Rassismus in Deutschland im Kontext von Flucht_Migration benannt (etwa die Kritik an der Unterbringung von *Flüchtlingen* in großen Sammellagern). Dennoch überwiegt in diesem Zusammenhang bei jenen Akteur*innen die Tendenz, Rassismus in erster Linie – durchaus einseitig – mit manifester Gewalt und Bedrohung in Verbindung zu bringen – seien es bspw. Angriffe von rechten Akteur*innen und Hellersdorfer*innen auf die Asylunterkunft, auf *Flüchtlinge* sowie linke Aktivist*innen oder aber (befürchtete) Attacken von Polizei oder Bewachungspersonal der *Flüchtlingsunterkunft* auf die Unterkunftsbewohner*innen. Infolgedessen werden wiederum weder normalisierende alltagsrassistische Praxen oder institutionelle Logiken noch wirkmächtige rassistische gesellschaftliche Diskurse thematisiert.

Die erwähnte Fokussierung auf primär manifeste Formen rassistischer Gewalt ist dabei sicherlich vor dem Hintergrund der zugespitzten Situation um die Asylunterkunft zu verstehen (siehe dazu Unterkapitel 4.4), verdeckt aber, dass diese überhaupt erst möglich werden, weil es ein spezifisches gesellschaftliches Klima und Strukturen gibt, welche rassistische Gewalt hervorbringen. Insofern wären diese aus rassismuskritischer Perspektive gleichermaßen zu thematisieren und zu reflektieren (s.u.).

- Schließlich ist eine starke Tendenz zur Personalisierung zu konstatieren: In erster Linie geht es stets um konkrete ›Gruppen‹ – seien dies etwa rechte Akteur*innen, Anwohner*innen oder die Polizei –, von denen jeweils Formen rassistischer Gewalt ausgehen und die in den verschiedenen Deutungen entsprechend fokussiert werden. Dadurch aber rücken zentrale gesellschaftliche Strukturen in den Hintergrund, die Rassismus reproduzieren. Auf diese Art und Weise wird der Eindruck vermittelt, dass ausschließlich bestimmte Akteur*innen ›problematisch‹ agieren und ggf. in der Auseinandersetzung mit dem Phänomen Rassismus in ihrem Handeln einzuschränken bzw., wie es vor allem in einigen Ausführungen von antirassistischen/antifaschistischen Akteur*innen recht deutlich formuliert wird, zu bekämpfen sind.

- In der Konsequenz kann in Anlehnung an Claudia Machold (2009) argumentiert werden (siehe auch S. 30), dass das hier gezeigte verkürzte Rassismusverständnis insofern eine »rassismusstabilisierende Wirkung« entfaltet, als damit »der gesellschaftliche Diskurs zu Rassismus« (ebd., 382) gefestigt wird, der wiederum – wie ausgeführt – Rassismus als spezifische normalisierend-normierende und stets diskriminierende Struktur ausblendet. Mit Machold kann diese Form als mittelbare Re_Produktion von Rassismus angesehen werden (vgl. ebd.).

b) Mangelnde Reflexion eigenen Involviertseins in Rassismus und Fehlen marginalisierter Positionen

- Zu konstatieren ist insgesamt eine fehlende Reflexion eigenen Involviertseins in rassistische Strukturen jener Akteur*innen, die sich für *Flüchtlinge* positionieren, wodurch ausschließlich die jeweils anderen Akteur*innen als rassistisch agierend angesehen werden, wie bspw. rechte Akteur*innen, Anwohner*innen, die Heimleitung oder die Polizei. Auf diese Weise wird eine Position »außerhalb« gesellschaftlicher Verstrickungen, d.h. »außerhalb« von Rassismus eingenommen. Auffällig ist hierbei, dass nicht zuletzt antirassistische und antifaschistische Akteur*innen eigene Positionierungen – damit meine ich spezifische *weiße* Privilegien (vgl. dazu Abschnitt 1.3) – nicht reflektieren und mitunter eine Deutungshoheit der Interpretation der Geschehnisse um die Asylunterkunft beanspruchen – was allerdings ebenso auf andere Akteur*innen zutrifft. Problematisch ist dies insofern, als dadurch auch über *Flüchtlinge* bzw. die Unterkunftsbewohner*innen verallgemeinernd gesprochen wird und bestimmte Annahmen – etwa über die Sicherheit in der Unterkunft nach deren Einzug – geäußert werden, ohne mögliche unterschiedliche Perspektiven der Unterkunftsbewohner*innen zu berücksichtigen.

In diesem Zusammenhang ist des Weiteren bemerkenswert, dass in der Auseinandersetzung kaum die Zusammenarbeit mit von Rassismus betroffenen Gruppen und/oder *Flüchtlingsselbstorganisationen* eingefordert wird. Vor dem Hintergrund der damaligen Proteste von *Flüchtlingen* seit 2012 in Deutschland (siehe Unterkapitel 4.2) und des Berlin-Kreuzberger Oranienplatzes als deren deutschland- und europaweites Symbol (siehe S. 62) eine auffällige Leerstelle, die wohl auf die überwiegend *weißen* Positionierungen der in Hellersdorf agierenden antirassistischen/antifaschistischen sowie zivilgesellschaftlichen und lokalpolitischen Akteur*innen zurückzuführen ist.

- Zu erwähnen ist ferner, dass *Flüchtlinge*/Unterkunftsbewohner*innen in dem Konflikt – zumindest in dem von mir untersuchten Zeitraum – kaum selbst zu Wort kommen.¹⁰³ Sie sind keine handelnden Akteur*innen, sondern vielmehr Objekte, über die gesprochen wird

¹⁰³ So wird in den unzähligen Zeitungsberichten über die Geschehnisse in Hellersdorf innerhalb der ersten drei Wochen nach dem Einzug der Bewohner*innen in die Unterkunft deren Perspektive kaum re_präsentiert – mit Ausnahme von einigen, recht kurzen Statements. Erwähnenswert ist allerdings ein längerer Bericht eines Bewohners* (Tagesspiegel 2013d) sowie zwei Interviews bzw. interviewartige Texte mit Bewohner*innen (Taz 2013f, Bild 2013).

(s.u.). Gleichwohl dieser Befund sicherlich auch damit zusammenhängt, dass die ersten Bewohner*innen der Unterkunft erst im August in das Gebäude einzogen und aufgrund der zugespitzten Gesamtsituation von den dafür Verantwortlichen entschieden wurde, Pressevertreter*innen (und sicher ebenso anderen externen Personen) den Zutritt zu deren Wohngebäude in den ersten Wochen nicht zu gestatten (vgl. Frankfurter Rundschau 2013c; RBB 2013g). Dennoch kann jene Marginalisierung der Stimmen der *Flüchtlinge* gleichermaßen als Ausdruck struktureller – und damit wiederum re__produzierender – Machtasymmetrien in dem Sinne verstanden werden, wem in der Gesellschaft überhaupt Gehör geschenkt wird und wem nicht. Auffällig ist, dass diese Marginalisierung von den verschiedenen Akteur*innen nicht wahrgenommen und somit nicht eigens thematisiert wird, so dass schließlich ein doppelter Ausschluss der Perspektiven von *Flüchtlingen* stattfindet.

c) Wirkmächtigkeit von Rassismus: ›Wir‹ und die ›Anderen‹

- Wie nicht zuletzt in Kapitel 8 gezeigt wurde, sind nahezu alle Akteur*innen – gleichwohl mit sehr unterschiedlichen Haltungen gegenüber *Flüchtlingen* und demzufolge auf unterschiedliche Art und Weise – in Rassismus involviert. Rechte Akteur*innen und die Unterkunft ablehnende Anwohner*innen wenden sich ganz überwiegend explizit gegen die Aufnahme von *Flüchtlingen* und re__produzieren größtenteils ›klassisch‹ rassistische Argumentationsfiguren und Bilder. Wie das Beispiel von Pro Deutschland oder der BLMH zeigte, wurden in diesem Zusammenhang allerdings ebenso die teils äußerst geschickt und flexibel, mitunter auch recht widersprüchlichen Argumentationen gegen die Aufnahme von *Flüchtlingen* deutlich. Implizit oder explizit (wie bspw. bei der NPD) wird dabei ein weiß-deutsch-homogenes ›Wir‹ angerufen, das in seiner Existenz als durch *Flüchtlinge* bzw. Migration im Allgemeinen massiv bedroht konstruiert wird. Dieses ›Wir‹ wird stets nationalstaatlich gedacht.
- Zivilgesellschaftliche, parteipolitische sowie antirassistische/antifaschistische Akteur*innen, die sich dezidiert für die Aufnahme von *Flüchtlingen* aussprechen, re__produzieren Rassismus hingegen nicht auf direkte, sondern auf indirekte Weise. Dies geschieht vor allem dadurch, dass *Flüchtlinge* nahezu ausschließlich als Hilfsbedürftige oder aber als Bedrohte angesehen werden, denen geholfen werden müsse, mit denen sich zu solidarisieren sei und/oder die zu verteidigen seien. Mit diesen verschiedenen Annahmen wird zugleich ein machtvolleres Wissen über diese ›Gruppe‹ transportiert, wodurch *Flüchtlinge* zugleich homogenisiert werden. Es dominiert hierbei ein paternalistischer Blick, und es wird eine grundlegende Differenz zwischen den Hellersdorfer*innen bzw. den jeweiligen Akteur*innen und *Flüchtlingen* konstruiert, die nur an einigen wenigen Stellen aufgebrochen, keineswegs aber (grundlegend) kritisch reflektiert wird. Damit wird ein jeweils starkes ›Wir‹ – etwa in Form hilfsbereiter Hellersdorfer*innen oder gegen rassistische Gewalt kämpfender antirassistischer/-antifaschistischer Akteur*innen – angerufen, das für die

›schwachen‹ und ›notleidenden‹ *Flüchtlinge* handelt. Dieses Handeln wird zudem moralisch legitimiert, weil es sich als jeweils ›auf der richtigen Seite‹ stehend verortet, d.h. das ›Gute‹ und ›Richtige‹ tuend – in Abgrenzung von den jeweils anderen Akteur*innen. Insofern werden hier Formen moralisierender antirassistischer Argumentationen hervorgebracht (siehe dazu S. 29).

Hellersdorf als Einzelfall?

Vor dem Hintergrund der empirischen Befunde stellt sich – wie auch grundsätzlich im Rahmen qualitativer Sozialforschung (vgl. etwa Flick 2013, 259) – nicht zuletzt die Frage nach deren Verallgemeiner- bzw. Generalisierbarkeit. In diesem Zusammenhang wird auf einer allgemeinen Ebene die Frage der Relation von ›Teil-Ganze[m] oder Besondere[m]-Allgemeine[m]‹ virulent (Brüsemeyer 2008, 58; zit. n. Meienberg 2012, 48). In Anlehnung an Meienberg (2012, 48) kann in diesem Sinne davon ausgegangen werden, dass Einzelfallergebnisse insofern nicht als singuläre angesehen werden können, als sie stets in ›allgemeinere‹ gesellschaftliche Strukturen eingebettet sind und deshalb auf diese verweisen – was freilich eines konkreten empirischen Nachweises bedarf und nicht ausschließlich zu behaupten ist. Im Rahmen der vorliegenden Untersuchung ist das ›Allgemeine‹ als die Re_Produktion gesellschaftlich vermittelter Deutungen und Argumentationen (und damit verbundener Strategien) der verschiedenen Akteur*innen im Rahmen des Hellersdorfer Konflikts zu verstehen. Zwar kann die Hellersdorfer Auseinandersetzung als ›besonders‹ angesehen werden, weil sich darin spezifische Akteur*innen äußern und die Akteur*innenkonstellation innerhalb anderer lokaler Zusammenhänge, in denen es zu Auseinandersetzungen über die Eröffnung einer Asylunterkunft kommt (vgl. Abschnitt 4.2), eine andere ist. Gleichwohl spiegeln die jeweils verschiedenen Deutungen der Akteur*innen gesellschaftlich verbreitete Muster wider, die an den entsprechenden Stellen der Arbeit mit Bezugnahme auf andere Untersuchungen sowie theoretische Überlegungen zumindest implizit aufgezeigt wurden. Insofern zeigt sich in der Hellersdorfer Auseinandersetzung um die Asylunterkunft ›Allgemeines‹ i.S. jener Muster verdichtet. Ich möchte diesen Zusammenhang an folgenden drei Untersuchungsergebnissen exemplarisch kurz aufzeigen:

a) Bilder über *Flüchtlinge*

Ein zentraler empirischer Befund (s.o.) besteht darin, dass sich für *Flüchtlinge* positionierende Akteur*innen einen fast durchgängigen paternalistischen Blick auf diese richten. Vor dem Hintergrund der theoretischen Ausführungen zum Zusammenhang von Rassismus und Paternalismus (siehe Unterkapitel 1.4) und empirischen Befunden der Re_Präsentation von *Flüchtlingen* (siehe Unterkapitel 2.1) zeigt sich hier die gesellschaftliche Wirkmächtigkeit jenes Re_Präsentationsmusters von *Flüchtlingen*, das kaum positive ›Gegenbilder‹ zulässt und *Flüchtlinge* in einen maximalen Gegensatz zu einem helfenden ›Wir‹ setzt. Die damit wirksam werdende Konstruktion eines natio-ethno-kulturellen ›Wir‹ auf der einen und der ›Anderen‹ auf der anderen Seite, die mit entsprechenden Bewertungen einhergeht, stellt die grundlegende Operation von Rassismus dar.

b) Verhältnis von Rechtsextremismus und Rassismus

Ein weiteres Untersuchungsergebnis besteht darin, dass sowohl lokalpolitische als auch zivilgesellschaftliche Akteur*innen, die sich für die *Flüchtlingsunterkunft* positionieren, Rassismus überwiegend in den Rechtsextremismus hineinverlagern, infolgedessen dieser schließlich dethematisiert wird und rechte Akteur*innen als das ›zentrale Problem‹ angesehen werden. Dieses Deutungsmuster ist in der Hinsicht verallgemeinerbar, als es etwa von Astrid Messerschmidt (2010, 45ff.) als ein gesellschaftliches Distanzierungsmuster von Rassismus reflektiert wird und gleichermaßen empirische Evidenz aufweist: In einer Untersuchung über die Problemwahrnehmung von Rassismus an Schulen zeigte sich in Interviews mit Schüler*innen, Lehrer*innen und Schulleiter*innen bspw. sehr deutlich diese Tendenz (vgl. Georg/Dürr 2016, 15f.). Aber auch Britta Schellenberg (2014a) stellt in ihrer bereits oben referierten Untersuchung über einen rassistischen Angriff in Mügeln im Jahr 2007 (siehe S. 42) eine – zumindest von lokalen (parteilpolitischen) Akteur*innen vorgenommene – weitestgehende Marginalisierung von Rassismus fest. Gleichwohl es sich um zwei sehr unterschiedliche Geschehnisse handelt, könnte in Bezug auf Hellersdorf und Mügeln weiter argumentiert werden, dass jene Dethematisierung von Rassismus insofern strategisch ist, als sich die jeweiligen lokalen Kontexte ihrer Normalität versichern, indem rechten Akteur*innen zu einem Großteil die Verantwortung für rassistische Gewalt sowie weitere rassistische Aktivitäten zugeschrieben wird. Auf diese Weise tritt Rassismus konsequent »als Problem von anderen auf, die nicht ›wir‹ sind« (Messerschmidt 2010, 45). Dieser Logik zufolge können die Hellersdorfer*innen gar nicht rassistisch agieren, genauso wenig wie die ›Rechten‹ Teil Hellersdorfs sind.

c) Das ›Eigene‹ und das ›Fremde‹

Schließlich wurde deutlich, dass rechte Akteur*innen sowie gegen die Asylunterkunft eingestellte Anwohner*innen *Flüchtlinge* mit verschiedenen Bedrohungsszenarien assoziieren. Auch diese negativen Bilder *Flüchtlingen* gegenüber weisen eine entsprechende Kontinuität auf (siehe Unterkapitel 2.1). Zudem beziehen sie sich aber gleichermaßen auf einer allgemeineren Ebene auf die Wirkmächtigkeit der Deutungsressource Rassismus: So wurde bspw. anhand verschiedener Anwohner*innen-Statements deutlich, dass einige Hellersdorfer*innen offensichtlich mit der (Lokal-)Politik im Allgemeinen und der Infrastruktur in Hellersdorf (Kitas, Jugendclubs, Schulen u.a.) im Besonderen unzufrieden sind. Implizit oder explizit wurde dabei für die ›Eigengruppe‹ eine klare Priorität und damit Bevorzugung im Gegensatz zu den *Flüchtlingen* eingefordert. Abgesehen von dem sich darin zeigenden Deutungsmuster der Ethnisierung des Sozialen, das teils mit einer starken Abwehr und Abwertung der (Lokal-)Politik einhergeht – einem »Akt des Sich-zur-Wehr-Setzens« gegen das ›Establishment‹ (Glorius et al. 2018, 132) –, zeigt nicht zuletzt die bereits referierte Untersuchung einer Einwohner*innenversammlung zur Eröffnung einer Asylunterkunft in einer sächsischen Gemeinde (siehe S. 43f.) mitunter doch recht ähnliche Muster auf.

Die Bedeutung der lokalen politischen Kultur

a) Auseinandersetzung mit Rassismus und Rechtsextremismus

Eine weitere Ebene der Verallgemeinerung besteht in Reflexionen zur lokalen politischen Kultur in Hellersdorf. Die Ausführungen empirischer Befunde zum Themenfeld Rechtsextremismus in lokalen Kontexten in Unterkapitel 2.2 der Arbeit haben gezeigt, dass diese grundsätzlich eine entscheidende Rahmenbedingung für erfolgreiches oder aber weniger erfolgreiches Agieren der extremen Rechten darstellt. Wird Rassismus, wie es in der vorliegenden Arbeit vertreten wird, als ein grundlegendes gesellschaftliches Strukturprinzip aufgefasst – das in diesem Sinne auch ›allgemeiner‹ als Rechtsextremismus ist (siehe Unterkapitel 1.5) –, kann Rechtsextremismus keinesfalls als losgelöst davon verstanden werden. Vielmehr muss er – bspw. in Form rassistischer Statements von Bürger*innen – als eine Bedingung für die Akzeptanz manifester Gewalt und des Agierens rechter Akteur*innen insgesamt betrachtet werden. Hier kommt es dann wiederum auf die jeweilige politische (lokale) Kultur an, in deren Kontext rassistische Einstellungen von Akteur*innen in vielfältigen Praxen entstehen – ohne diese allerdings automatisch hervorzubringen. Eine weitere, damit zusammenhängende Ebene besteht in normalisierenden Deutungen bzw. Diskursen in Bezug auf lokale rassistische Ereignisse. Zentrale Aspekte sind hierbei etwa: Wie werden derartige Geschehnisse von politisch Verantwortlichen gedeutet, und wer wird dafür jeweils verantwortlich gemacht? Wird Rassismus grundsätzlich als Problem wahrgenommen oder vielmehr marginalisiert? Gibt es Reflexionen, einen Austausch mit verschiedenen lokalen Akteur*innen über dieses Phänomen? Inwiefern werden Teile der Zivilgesellschaft, antirassistische/antifaschistische Gruppen in diesem Zusammenhang mit einbezogen bzw. bringen sich ein? Und gibt es nicht zuletzt eine von verschiedenen (lokalen) Akteur*innen erarbeitete Strategie gegen Rassismus und Rechtsextremismus?

In der vorliegenden Untersuchung wurde zwar nicht die politische Kultur Hellersdorfs untersucht, jedoch deutet einiges darauf hin, dass hier Defizite hinsichtlich der Auseinandersetzung mit den Phänomenen Rassismus und Rechtsextremismus bestehen. Vor diesem Hintergrund ist etwa das Statement des Bezirksbürgermeisters* einen Tag nach der Informationsveranstaltung, es habe sich um einen Rechts-links-Konflikt gehandelt (siehe Unterkapitel 5.2), problematisch. Denn diese Deutung legt nahe, dass neben rechten ebenfalls antirassistische/antifaschistische Akteur*innen als Teil des Problems in der Auseinandersetzung um die Asylunterkunft angesehen werden. Bemerkenswert ist dies insofern, als jene Akteur*innen keineswegs gegen die Eröffnung der Asylunterkunft agiert haben, insofern also potentielle – möglicherweise auch nur für einen begrenzten Zeitraum – Bündnispartner*innen der Lokalpolitik gewesen wären, die mit einem derartigen Statement in der Öffentlichkeit allerdings als kaum respektabel angesehen werden. Ferner kann die weitestgehende Vermeidung lokalpolitischer Akteur*innen, rassistische Statements von Anwohner*innen als solche zumindest zu benennen, als Ausdruck dafür angesehen werden, Rassismus im Stadtbezirk nicht zu thematisieren. – Dass es offensichtlich ebenso schwierig war, einen Konsens gegenüber dem Umgang mit rechten Akteur*innen zu finden und damit das Anfang August gegründete Netzwerk Gemeinsam für Menschen in Not (sie-

he S. 69) letztlich wieder zerfiel, ist ein weiteres Zeichen dafür, dass verschiedene Hellersdorfer (und andere Akteur*innen) wie auch die Lokalpolitik wohl keine gemeinsame Strategie fanden, mit dem Konflikt um die Asylunterkunft umzugehen, was angesichts der teils massiven Proteste gegen die Asylunterkunft (siehe Unterabschnitt 4.4) mindestens ein starkes Zeichen dagegen gesetzt hätte.

Weitere Hinweise zu dem hier problematisierten Aspekt liefert zudem eine im Stadtbezirk durchgeführte empirische Studie. Vor dem Hintergrund der Entwicklung eines »Handlungskonzept[s] zur sozialräumlichen Demokratieentwicklung« (Bever et al. 2015, 6) wurden dabei u.a. Expert*inneninterviews mit Hellersdorfer »Multiplikator_innen aus den verschiedensten gesellschaftspolitischen Bereichen wie der Kommunalpolitik, dem Bezirksamt, der Kinder- und Jugendhilfe, Schule, Sozialer Arbeit, Stadtteilzentren und Gemeinwesenarbeit sowie lokaler Vereine und Initiativen« im Jahr 2014 geführt (ebd., 8). In den Interviews spielte der Konflikt um die Asylunterkunft eine zentrale Rolle, wobei den Autor*innen zufolge einige der Befragten diesbezüglich zu folgendem Fazit kommen:

»Von einer gemeinsamen Problemwahrnehmung sowohl der spezifischen Ereignisse rund um die Eröffnung der Unterkunft als auch mit Blick auf organisierte extrem rechte Strukturen und Rassismus im Bezirk könne keine Rede sein [...]. Sie [die Befragten; J.H.] kommen zu dem Schluss, dass die von ihnen wahrgenommenen Differenzen die Entwicklung gemeinsamer Handlungsstrategien im konsequenten Handeln gegen Rassismus, Rechtsextremismus sowie anderer [sic] diskriminierender [sic] und ausgrenzender [sic] Positionen und Aktivitäten erschwerten und es an einer Gesamtstrategie mangle: ›Aber so eine Gesamtstrategie[,] ,Wie gehen wir um mit organisierten Neonazis im Bezirk?‘, die gibt es leider nicht‹, so eine der Aussagen dazu. Dies sei jedoch in Anbetracht der besorgniserregenden Entwicklungen in Marzahn wünschenswert und dringend erforderlich.« (Ebd., 153f.)

Insofern wäre es eine zentrale Aufgabe des Bezirks, jene gemeinsamen Handlungsstrategien gegen Rassismus und Rechtsextremismus zusammen mit den verschiedenen zivilgesellschaftlichen, antirassistischen und antifaschistischen Akteur*innen zu entwickeln sowie mit diesen einen dauerhaften Austausch – ein tragfähiges Netzwerk – zu initiieren. Allerdings weisen nicht zuletzt einige Deutungen seitens der Lokalpolitik auch Ende Dezember 2013 bzw. Anfang Januar der zu diesem Zeitpunkt teils ein halbes Jahr zurückliegenden Ereignisse auf die bereits oben (siehe Kapitel 5) gezeigten Tendenzen der Dethematisierung von Rassismus und somit der Entpolitisierung des gesamten Konflikts hin. Der Bezirksbürgermeister* Komoß führt in diesem Sinne in einem Interview des Berliner Anzeigenblattes Berliner Woche vom 1. Januar 2014 auf die Frage des Interviewers*, was seine Bilanz in Bezug auf die Ereignisse um die Eröffnung der Asylunterkunft sei, Folgendes aus:

»Ich glaube, dass sich die Situation mittlerweile normalisiert hat. Die Anwohner haben erlebt, dass die Einrichtung eines Asylbewerberheims keine Gefährdung ihrer Lebenssituation darstellt. Ich bedauere immer noch, dass es in der Phase nach Bekanntwerden der Errichtung eines Asylbewerberheims nicht möglich gewesen ist, einen konstruktiven Dialog zu führen. Zum Teil gab es auf Veranstaltungen starke

Vorbehalte gegen Andersdenkende. Insbesondere die Gleichsetzung von berechtigten Fragen der Anwohner mit rechter Gesinnung hat viele Menschen verletzt.« (Komoß 2014)

Und der Bezirksverordnete* der LINKEN, Klaus-Jürgen Dahler, führt im Dezember 2013¹⁰⁴ in einem Interview aus, dass es in der Auseinandersetzung um die Asylunterkunft »rechtsextreme Rassist/innen von der NPD« geschafft hätten, »einen Teil der Bürger auf ihre Seite zu ziehen« (SPI 2014, 52). Dennoch müssten »wir als Zivilgesellschaft auch unterscheiden zwischen Nazis und Rassist/innen und den Anwohnerinnen und Anwohnern, bei denen etwas anderes die Triebkraft für solche Ablehnung ist« (ebd., 54).

In beiden Textpassagen wird wiederum deutlich, dass Anwohner*innen nicht mit Rassismus assoziiert werden, vielmehr eine »rechte[...] Gesinnung«, die als rassistisch verstanden werden kann, von Komoß als Unterstellung angesehen wird oder aber etwas »anderes« die Ursache für rassistische Statements von Hellersdorfer*innen ist – nicht aber als Ausdruck von Rassismus gedeutet wird. Des Weiteren werden die Anwohner*innen bzw. Hellersdorfer*innen als Opfer der Auseinandersetzung konstruiert und ihnen wird, besonders in der Passage von Komoß, eine sehr verständnisvolle Haltung entgegengebracht. Zielt dessen Kritik an jener Unterstellung der »rechte[n] Gesinnung« von Anwohner*innen auf antirassistische/antifaschistische Akteur*innen, dann werden diese ebenso kritisiert.

Hinsichtlich des für die Hellersdorfer Auseinandersetzung zentralen Ereignisses der Informationsveranstaltung vom 9. Juli sowie deren Verlaufs vertritt Dagmar Pohle von den LINKEN, damals stellvertretende Bürgermeisterin*, im Januar 2014¹⁰⁵ in einem Interview gleichermaßen eine bereits oben herausgearbeitete (vgl. Abschnitt 5.1.1) Sichtweise: Auf der Veranstaltung seien »viele ortsfremde Rechtsextreme« gewesen, die diese »okkupiert« hätten (SPI 2014, 49). Nochmals wird hier die Wirkmächtigkeit rechter Akteur*innen dargestellt, die »von außen« nach Hellersdorf kamen.¹⁰⁶ Bemerkenswert ist schließlich, dass Pohle zwar durchaus konzediert, dass es außerhalb ihrer Verantwortung und der der für die Informationsveranstaltung Verantwortlichen gelegen hätte, dass die Veranstaltung von »Rechten« hätte »okkupiert werden« können (ebd.). Zugleich führt sie allerdings Folgendes aus:

»Es gibt vor allem eine Frage, auf die ich bis heute keine Antwort weiß: Wie hätten wir von dem Zeitpunkt an, als wir als Bezirk vom Landesamt für Gesundheit und Soziales (LaGeSo) darüber informiert wurden, dass eine leerstehende Schule in Hellersdorf Flüchtlingsunterkunft werden soll, anders reagieren können?« (Ebd.)

¹⁰⁴ Schriftliche Mitteilung des SPI vom 1.6.2015.

¹⁰⁵ Schriftliche Mitteilung des SPI vom 1.6.2015.

¹⁰⁶ Dieses Muster wird ein gutes Jahr später auch im Zusammenhang mit der Errichtung eines sog. Containerdorfes für *Flüchtlinge* im Stadtteil Marzahn (in der Schönagelstraße) und massiver Proteste dagegen von Komoß bemerkt. So führt er am 1.1.2015 in einem Interview mit der Berliner Woche aus: »Ich gehe davon aus, dass bei jedem neuen Standort die Anwohner immer wieder Fragen haben und Informationen benötigen. Neu bei der Debatte um das Heim in Marzahn ist, dass organisierte Rechtsextreme aus ganz Deutschland anreisen und gezielt im Bezirk Marzahn-Hellersdorf versuchen ihre menscheindliche [sic] Vorstellung publik zu machen.« (Komoß 2015)

Bemerkenswert sind diese Ausführungen insofern, als im Rahmen der gesamten Auseinandersetzung von den verantwortlichen lokalpolitischen Akteur*innen keinerlei selbstkritische Reflexionen hinsichtlich des eigenen Vorgehens bzw. alternativer Vorgehensweise angestellt werden. Die von Pohle ausschließlich rhetorisch gemeinte Frage, wie anders hätte reagiert werden können, steht dafür durchaus exemplarisch. Das Agieren der politisch Verantwortlichen wird damit als alternativlos dargestellt und legitimiert – was nicht zuletzt vor dem Hintergrund, dass das Bezirksamt als eine Konsequenz aus dem Veranstaltungsverlauf weitere, aber andere Informationsveranstaltungsformate für Anwohner*innen durchführte (siehe S. 70), zumindest in einem Spannungsverhältnis verbleibt.

b) Bürger*innen, Flüchtlinge und die Lokalpolitik

Neben der lokalen Auseinandersetzung mit den Phänomenen Rassismus und Rechtsextremismus ist eine weitere Ebene zu reflektieren: Das Verhältnis zwischen (Lokal-)Politik, Bürger*innen sowie *Flüchtlingen*. Die die Asylunterkunft ablehnenden Haltungen und Statements von Anwohner*innen/Hellersdorfer*innen haben gezeigt, dass sich jene nicht von der Politik in ihren Interessen vertreten fühlen, was etwa im Rahmen der Informationsveranstaltung sehr deutlich wurde. Wie ebenfalls auf einer anderen Informationsveranstaltung zur Eröffnung einer Asylunterkunft beobachtet, kann auch für die Hellersdorfer Veranstaltung konstatiert werden, dass kein Dialog zwischen Teilnehmer*innen und politisch Verantwortlichen zustande kam, sondern sich »vielmehr ein performativer Akt des Sich-zur-Wehr-Setzens« einiger Teilnehmer*innen zeigte (Glorius et al. 2018, 132). Dies macht deutlich, dass eine Informationsveranstaltung grundsätzlich eine gewisse (politische) Kultur der Kommunikation, der Aushandlung und ein Grundvertrauen von Bürger*innen in die Politik voraussetzt – ansonsten scheint ein derartiges Veranstaltungsformat keineswegs sinnvoll, sondern vielmehr kontraproduktiv zu sein, wird es doch von Teilnehmer*innen zum ›Dampf-Ablassen‹ und von politisch Verantwortlichen möglicherweise als lästige Maßnahme angesehen, die eben durchgeführt werden muss, um die Bürger*innen zu beteiligen. Ohne die rassistischen Statements von Hellersdorfer*innen/Anwohner*innen zu relativieren oder zu entschuldigen, artikulieren sich darin gleichermaßen gesellschaftliche (Grund-)Probleme, die nicht zuletzt die Infrastruktur des Bezirks betreffen, wie etwa zu wenig KITAS, Jugendclubs oder Schulen (siehe Unterkapitel 7.1.1). Hier wären durchaus grundlegende Überlegungen/Konzepte und Formate von (niedrigschwelliger) Bürger*innenbeteiligung sinnvoll und notwendig, um ein dialogisches Verhältnis von Politik und Bürger*innen zu unterstützen und gleichsam ›einzuüben‹. Veränderungen im Kiez oder Stadtteil könnten auf diese Art und Weise gemeinsam angegangen und Probleme von möglichst allen Bewohner*innen/Beteiligten artikuliert werden.¹⁰⁷ (Dabei wären allerdings ebenfalls die Gestaltungsspielräume der Lokalpolitik zu berücksichtigen.)

¹⁰⁷ Vor diesem Hintergrund wäre dann auch ein nichtpaternalistisches sog. Integrationskonzept für *Flüchtlinge* zu erarbeiten.

Die bereits oben zitierte Untersuchung von Bever et al. thematisiert ebenso diesen Punkt. Die Autor*innen konstatieren u.a. Folgendes: »Die bisherigen Angebote der Ergänzung formaler Demokratie durch Elemente direkter Demokratie und Beteiligungsgremien sind vom Zugang her sehr hochschwellig und setzen hohe Anforderungen.« (Bever et al. 2015, 160) In diesem Sinne wird von den interviewten Hellersdorfer Akteur*innen der Bedarf einer eher »niedrigschwellige[n] Beziehungsarbeit« gesehen, eine »konsequente Orientierung an den Menschen und ihren Bedürfnissen«, d.h. eine Art »Quartiersmanagement von unten« (ebd., 161). Derartige Formate erfordern jedoch grundsätzlich die Bereitschaft von Bürger*innen, sich einbringen und einmischen zu wollen – was wiederum voraussetzt, dass sie sich legitimiert fühlen, sich überhaupt in irgendeiner Art und Weise am Gemeinwesen zu beteiligen (vgl. ebd., 159).

Ein weiterer Punkt betrifft die Einbeziehung von *Flüchtlingen* in lokale Kontexte vor dem Hintergrund des Hellersdorfer Konflikts, hat doch die Untersuchung gezeigt, dass deren Perspektiven darin kaum vorkommen. So schwierig und ggf. widersprüchlich dies auch sein mag – so stellt sich wiederum die Frage, wer für wen wie spricht, und grundsätzlich, welche Rahmenbedingungen für Beteiligung notwendig sind –, wäre dies i.S. eines demokratischen Gemeinwesens, welches *Flüchtlinge* als (politische) Subjekte wahrnimmt, sehr wichtig. Dies würde schließlich dem paternalistischen Blick auf als hilfsbedürftig wahrgenommene *Flüchtlinge* zumindest ein Korrektiv entgegensetzen.

Schluss

Nicht zuletzt im Zusammenhang mit dem Aufstieg der AfD und ihrem »völkisch-autoritären Populismus« (Häusler 2018), der konsequent ein homogenes ›Volk‹, einen ›Volkswillen‹ auf der einen und die dagegen agierenden ›Eliten‹ (wie etwa die Politiker*innen) auf der anderen Seite konstruiert und stets gegen ›Migrationsandere‹ und Minderheiten gerichtet ist, spielt eine lokale politische Kultur, die sich an Pluralismus und Menschenrechten orientiert, eine entscheidende Rolle. Der Lokalpolitik kommt dabei eine besondere Verantwortung zu, die sich allerdings – wie bereits angedeutet – keineswegs nur auf diese beschränkt, sondern ebenso bspw. Vereine, Initiativen sowie öffentliche Institutionen mit umfasst. Insofern wären weitere (Lokal-)Studien aufschlussreich, die untersuchen, welche Möglichkeiten und Bedingungen konkret notwendig wären, um eine derartige politische Kultur dauerhaft zu etablieren. Schließlich wären insbesondere – im Kontext der hier verfolgten Fragestellung und des Themas – weitere empirische Untersuchungen wichtig, die den Aufbau einer sog. Willkommenskultur für *Flüchtlinge*, die diesen Begriff nicht als bloßes Etikett auffasst, sondern *Flüchtlinge* als Subjekte wahrnimmt, anerkennt und auf deren Partizipation an der Gesellschaft ausgerichtet ist, in den Fokus nimmt. Was wären hierbei einerseits Best-practice-Beispiele, aber andererseits auch Handlungsschritte, die ggf. zu vermeiden wären? Und welche (strukturellen) Widersprüche wären ggf. zu reflektieren (bspw. das Aufenthaltsrecht oder das Asylbewerberleistungsgesetz)?

Vor dem Hintergrund einer globalisierten, gleichwohl strukturell zutiefst ungerechten Welt, in der nach wie vor der Globale Norden seine Privilegien mit allen Mitteln verteidigt – und deren

weltweite Folgen auf ganz verschiedenen Ebenen insgesamt sicherlich noch gar nicht absehbar sind –, ist Flucht_Migration immer auch Ausdruck dieser Asymmetrie und stellt, wie implizit und/oder punktuell dies auch sein mag, jene existierenden Herrschaftsverhältnisse und Privilegien gleichermaßen in Frage. Damit im Zusammenhang wird ebenso das Selbstbild des ›Westens‹, d.h. sein Selbstverständnis, sich stets an Demokratie und Menschenrechten zu orientieren, zunehmend brüchig. Im Kontext des Hellersdorfer Konflikts um die Asylunterkunft sowie anderer Auseinandersetzungen um (geplante) Standorte, bei denen Anwohner*innen teils vor Gericht ziehen, um eine Unterkunft in ›ihrem‹ Kiez zu verhindern – so geschehen etwa im wohlhabenden Stadtteil Hamburg-Harvestehude (vgl. Welt 2016a) –, oder aber es der CDU-Bundestagsabgeordnete Jan-Marco Luczak im Bundestagswahlkampf 2013 als Erfolg ansieht, eine *Flüchtlings*unterkunft in seinem Wahlkreis in Berlin-Tempelhof-Schöneberg verhindert zu haben (vgl. Luczak 2013) – wird somit die grundlegende Frage berührt, mit welchem Recht überhaupt entschieden werden kann, welche Menschen aufgenommen werden und welche nicht, wer also legitimerweise ›hier‹ bleiben darf und wer nicht. In Anlehnung an Albert Scherr ist darauf hinzuweisen, dass rassistische Konstruktionen stets die Verteidigung und Rechtfertigung jener Privilegien bedeuten, die »Vorstellungen darüber zum Ausdruck [...] bringen, was der anzustrebende Ort einer sozialen Gruppe in ökonomischen und politischen Hierarchien sein soll« (Scherr 2009a, 200). Aus rassismuskritischer Perspektive gilt es, diese wirkmächtigen Konstruktionen und damit verbundenen Rechtfertigungen von Privilegien permanent zu kritisieren und zu dekonstruieren i.S. einer weniger ungerechten Weltordnung.

VI TEXTNACHWEISE

Textkorpus und Materialien¹⁰⁸

ABGEORDNETENHAUS (2013). Antrag der Fraktionen der SPD, der Fraktion der CDU, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion Die Linke, der Piratenfraktion. Gemeinsam wird Berlin seiner Verantwortung gerecht: Recht auf Asyl und Schutz vor Verfolgung und Krieg. Antrag vom 29.8.2013. Drucksache 17/1140. Online verfügbar unter: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/DruckSachen/d17-1140.pdf> [zuletzt abgerufen am 2.8.2018].

A.I.D.A. (2014). 130 Orte. Veröffentlicht am 14.3.2014. Online verfügbar unter: <https://www.aida-archiv.de/index.php/aktuelles-2/hintergrund/83-hintergrund-sueddeutschland/4043-130-orte?showall=1> [zuletzt abgerufen am 9.8.2018].

ALLERT, FRANZ (2013). Interview mit Behördenchef. »Wir brauchen mehr politische Unterstützung«. Interview der Berliner Zeitung mit Franz Allert. Interviewer*: Thomas Rogalla. Veröffentlicht am 10.7.2013. Online verfügbar unter: <http://www.berliner-zeitung.de/berlin/interview-mit-behoerdenchef--wir-brauchen-mehr-politische-unterstuetzung--3098898> [zuletzt abgerufen am 2.8.2018].

AMADEU ANTONIO STIFTUNG (o.J.). *Die Brandstifter. Rechte Hetze gegen Flüchtlinge.* Online verfügbar unter: http://www.amadeu-antonio-stiftung.de/w/files/pdfs/broschuere_brandstifter_internet.pdf [zuletzt abgerufen am 5.8.2018].

ANONYMUS (2013a). Hellersdorf – Rassisten und Nazis geoutet! Veröffentlicht am 1.8.2013. Online zuletzt abgerufen – jedoch nicht mehr verfügbar – am 1.3.2017 unter: <https://linksunten.indymedia.org/de/node/91741>.

ANONYMUS (2013b). Stoppt die Hetze! Veröffentlicht am 1.8.2013. Online zuletzt abgerufen – jedoch nicht mehr verfügbar – am 1.3.2017 unter: <https://linksunten.indymedia.org/de/node/91741>.

ANTIFA (2013). Nazis wollen Hellersdorf-Demo attackieren. Veröffentlicht am 30.9.2013. Online zuletzt abgerufen – jedoch nicht mehr verfügbar – am 25.4.2016 unter: <https://linksunten.indymedia.org/node/96348>.

ANTIFA MAHE (2013a). Rassist_innen und Neonazis hetzen gegen Flüchtlinge in Hellersdorf! Fight Back! Veröffentlicht am 10.7.2013. Online zuletzt abgerufen – jedoch nicht mehr verfügbar – am 24.4.2016 unter: <https://linksunten.indymedia.org/node/90456>.

– **(2013b).** Morgen NPD und Rassist_innen in Hellersdorf aufhalten. Veröffentlicht am 12.7.2013. Online zuletzt abgerufen – jedoch nicht mehr verfügbar – am 24.4.2016 unter: <https://linksunten.indymedia.org/node/90586>.

ANTIRASSISTINNEN (2013). Berlin-Hellersdorf: Der deutsche Mob tobt. Online zuletzt abgerufen – jedoch nicht mehr verfügbar – am 24.3.2017 unter: <https://linksunten.indymedia.org/de/node/92919>.

APABIZ (2013). Pogromstimmung in Hellersdorf: Neonazis und bürgerliche Rassist_innen vereint gegen Flüchtlingsunterkunft. Veröffentlicht am 12.7.2013. Online verfügbar unter: <http://www.blog.schattenbericht.de/2013/07/pogromstimmung-in-hellersdorf-neonazis-und-burgerliche-rassistinnen-vereint-gegen-fluchtlingsunterkunft/> [zuletzt abgerufen am 27.7.2018].

ARI (2019a). *Bundesdeutsche Flüchtlingspolitik und ihre tödlichen Folgen* (26., akt. Auflage). *Dokumentation 2005 bis 2014. Heft II.* (Hgg. von der Dokumentationsstelle der Antirassis-

¹⁰⁸ Die Textnachweise sind grundsätzlich nach für die Untersuchung verwendeten Materialien einerseits (das sind in erster Linie Zeitungsartikel und für die Analyse verwendete Quellen) sowie verwendeter Fachliteratur andererseits (S. 232ff.) aufgeteilt. In einigen wenigen Fällen war die Zuordnung dabei nicht eindeutig.

tischen Initiative Berlin.) Online verfügbar unter: https://www.ari-dok.org/uploads/mini_cms/publications/GESAMT-DOKU_26a._Auflage.pdf [zuletzt abgerufen am 2.8.2019].

ARI (2019b). *Bundesdeutsche Flüchtlingspolitik und ihre tödlichen Folgen* (26., akt. Auflage). *Dokumentation 2015 bis 2018. Heft III.* (Hgg. von der Dokumentationsstelle der Antirassistischen Initiative Berlin.) Online verfügbar unter: https://www.ari-dok.org/uploads/mini_cms/publications/GESAMT-DOKU_26a._Auflage.pdf [zuletzt abgerufen am 2.8.2019].

ASH (2013). Alice Salomon Hochschule Berlin lehrt im Hellersdorfer Flüchtlingsheim. Pressemitteilung der Alice Salomon Hochschule vom 15.10.2013. Online verfügbar unter: <http://www.schattenblick.de/infopool/politik/bildung/pbho1800.html> [zuletzt abgerufen am 27.7.2018].

BAKR (2014). *Was tun, damit's nicht brennt? Leitfaden zur Vermeidung von rassistisch aufgeladenen Konflikten im Umfeld von Sammelunterkünften für Flüchtlinge.* (Hgg. von: Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche & Rechtsextremismus, Evangelische Akademie zu Berlin und Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin.) Online verfügbar unter: http://www.mbr-berlin.de/wp-content/uploads/2014/03/wastun_online.pdf [zuletzt abgerufen am 2.8.2018].

BERLINER WOCHEN (2013). Pfarrer Hartmut Wittig warnt vor Spaltung. Artikel von Harald Ritter. Veröffentlicht am 22.8.2013. Online verfügbar unter: <http://www.berliner-woche.de/hellersdorf/sonstiges/pfarrer-hartmut-wittig-warnt-vor-spaltung-d33988.html> [zuletzt abgerufen am 5.8.2018].

BERLINER ZEITUNG (2013a). Geplante Flüchtlingsunterkunft. Aggressive Stimmung in Hellersdorf. Artikel von Birgitt Eltzel. Veröffentlicht am 9.7.2013. Online verfügbar unter: <https://archiv.berliner-zeitung.de/berlin/geplante-fluechtlingsunterkunft-aggressive-stimmung-in-hellersdorf-4463680> [zuletzt abgerufen am 3.12.2019].

– **(2013b).** Flüchtlinge in Berlin. Erregte Debatte über Asylbewerber. Artikel von Andrea Beyerlein und Thomas Rogalla. Veröffentlicht am 10.7.2013. Online verfügbar unter: <https://archiv.berliner-zeitung.de/berlin/fluechtlings-in-berlin-erregte-debatte-ueber-asylbewerber-1364786> [zuletzt abgerufen am 27.7.2018].

– **(2013c).** Flüchtlingsheim Hellersdorf. Die Bürger und der rechte Mob. Artikel von Birgitt Eltzel. Veröffentlicht am 10.7.2013. Online verfügbar unter: <https://archiv.berliner-zeitung.de/berlin/fluechtlingsheim-hellersdorf-die-buerger-und-der-rechte-mob-1364778> [zuletzt abgerufen am 27.7.2018].

– **(2013d).** Leitartikel zur Flüchtlingsdebatte Wovor haben wir Angst? Artikel von Brigitte Fehrle. Veröffentlicht am 10.7.2013. Online verfügbar unter: <https://archiv.berliner-zeitung.de/leitartikel-zur-fluechtlingsdebatte-wovor-haben-wir-angst--3895848> [zuletzt abgerufen am 27.7.2018].

– **(2013e).** Hellersdorf. Großeinsatz bei NPD-Demo. Artikel von Denis Winkelmann. Veröffentlicht am 24.8.2013. Online verfügbar unter: <https://archiv.berliner-zeitung.de/berlin/polizei/hellersdorf-grosseinsatz-bei-npd-demo-2834038> [zuletzt abgerufen am 27.7.2018].

– **(2013f).** Asylbewerberheim Hellersdorf. Ruhige Nacht in Hellersdorf. dpa-Meldung. Veröffentlicht am 22.8.2013. Online verfügbar unter: <https://archiv.berliner-zeitung.de/berlin/asylbewerberheim-hellersdorf-ruhige-nacht-in-hellersdorf-4464360> [zuletzt abgerufen am 27.7.2018].

– **(2013g).** Flüchtlingsheim in Hellersdorf. Viele wollen helfen. Artikel von Birgitt Eltzel. Veröffentlicht am 22.8.2013. Online verfügbar unter: <https://archiv.berliner-zeitung.de/berlin/fluechtlingsheim-in-hellersdorf-viele-wollen-helfen-4464982> [zuletzt abgerufen am 27.7.2018].

– **(2013h).** Gegner des Flüchtlingsheims. Rechtsextreme unterstützen Initiative. Artikel von Andreas Kopietz und Jan Thomsen. Veröffentlicht am 22.8.2013. Online verfügbar unter: <https://archiv.berliner-zeitung.de/berlin/gegner-des-fluechtlingsheims-rechtsextreme-unterstuetzen-initiative-4465378> [zuletzt abgerufen am 27.7.2018].

– **(2013i)**. Debatte um Flüchtlinge. Fall Hellersdorf macht »hellhörig«. afp-Meldung. Veröffentlicht am 22.8.2013. Online verfügbar unter: <https://archiv.berliner-zeitung.de/debatte-um-fluechtlinge-fall-hellersdorf-macht--hellhoerig--3725948> [zuletzt abgerufen am 27.7.2018].

– **(2013j)**. Flüchtlingsheim in Hellersdorf. Einzug unter Polizeischutz. Artikel von Birgitt Eltzel. Veröffentlicht am 19.8.2013. Online verfügbar unter: <https://archiv.berliner-zeitung.de/berlin/fluechtlingsheim-in-hellersdorf-einzug-unter-polizeischutz-4464122> [zuletzt abgerufen am 27.7.2018].

BEZIRKSAMT (2013a). Transparent und sachlich – Information zur Einrichtung einer Gemeinschaftsunterkunft für Flüchtlinge und Asylbewerberinnen und Asylbewerber – Einwohnerversammlung am 09.07. um 18.00 Uhr, in der Evangelischen Kirchengemeinde, Glauchauer Straße 7. Pressemeldung des Bezirksamtes Marzahn-Hellersdorf vom 4.7.2013. Online verfügbar unter: <https://www.berlin.de/ba-marzahn-hellersdorf/aktuelles/pressemitteilungen/2013/pressemitteilung.308261.php> [zuletzt abgerufen am 2.8.2018].

– **(2013b)**. Hellersdorf ist tolerant – Presseerklärung des Bezirksamtes. Pressemitteilung des Bezirksamtes Marzahn-Hellersdorf vom 11.7.2013. Online verfügbar unter: <https://www.berlin.de/ba-marzahn-hellersdorf/aktuelles/pressemitteilungen/2013/pressemitteilung.308285.php> [zuletzt abgerufen am 2.8.2018].

– **(2013c)**. Zahlreiche Aktivitäten gegen Rechts [sic] – Marzahn-Hellersdorf bleibt ein Ort der Vielfalt und heißt die künftigen Heimbewohner willkommen. Pressemitteilung des Bezirksamtes Marzahn-Hellersdorf vom 15.7.2013. Online verfügbar unter: <https://www.berlin.de/ba-marzahn-hellersdorf/aktuelles/pressemitteilungen/2013/pressemitteilung.308291.php> [zuletzt abgerufen am 2.8.2018].

– **(2013d)**. Resolution der BVV: Marzahn-Hellersdorf hilft Menschen in Not – Für eine menschenwürdige Unterbringung von Flüchtlingen vor Ort. Pressemitteilung des Bezirksamtes Marzahn-Hellersdorf vom 30.8.2013. Online verfügbar unter: <http://www.berlin.de/ba-marzahn-hellersdorf/aktuelles/pressemitteilungen/2013/pressemitteilung.308432.php> [zuletzt abgerufen am 2.8.2018].

– **(2013e)**. Infoveranstaltung am 09.07. im Evangelischen Gemeindezentrum zur Eröffnung einer Gemeinschaftsunterkunft für Asylbewerber in der Carola-Neher-Straße 65 (ehemals Max-Reinhardt-Gymnasium). Pressemitteilung des Bezirksamtes Marzahn-Hellersdorf vom 2.7.2013. Online verfügbar unter: <https://www.berlin.de/ba-marzahn-hellersdorf/aktuelles/pressemitteilungen/2013/pressemitteilung.308245.php>. [zuletzt abgerufen am 2.8.2018].

– **(2013f)**. Unveröffentlichte Transkription der Informationsveranstaltung zur Gemeinschaftsunterkunft für Flüchtlinge und Asylbewerber*innen in der Carola-Neher-Straße am 9.7.2013. (Transkribierter Text des Veranstaltungsvideos, das online verfügbar ist unter: <https://www.youtube.com/watch?v=xia4sKTiC3E> [zuletzt abgerufen am 2.8.2018].)

– **(2013g)**. Marzahn-Hellersdorf hilft Menschen in Not – Für eine menschenwürdige Unterbringung von Flüchtlingen in unserem Bezirk. Erklärung der demokratischen Parteien SPD, FDP, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Piratenpartei, DIE LINKE vom 18. Juli 2013. Online zuletzt abgerufen – jedoch nicht mehr verfügbar – am 2.8.2018 unter: <http://www.dielinke-marzahn-hellersdorf.de/linksfraktion/politik/presseerklaerungen/detail/archiv/2013/juli/zurueck/archiv-15/artikel/-a6c25dbae7/>. Alternativer Link mit demselben Text unter: <https://www.berlin.de/ba-marzahn-hellersdorf/aktuelles/pressemitteilungen/2013/pressemitteilung.308432.php> [zuletzt abgerufen am 12.12.2019].

– **(2013h)**. Eröffnung einer Gemeinschaftsunterkunft für Asylbewerber in der Carola-Neher-Straße 65. (Aushang/Schreiben des Bezirksamtes Marzahn-Hellersdorf vom 28.6.2018.) Online zuletzt abgerufen – jedoch nicht mehr verfügbar – am 23.12.2016 unter: <http://www.dielinke-marzahn-hellersdorf.de/politik/meldungen/detail/artikel/notunterkunft-fuer-asylbewerber-innen/>.

- **(2013i)**. Ein Netzwerk für Hellersdorf – Gemeinsam für Menschen in Not. Pressemitteilung des Bezirksamtes Marzahn-Hellersdorf vom 1.8.2013. Online zuletzt abgerufen – jedoch nicht mehr verfügbar – am 2.8.2018 unter: http://www.dielinke-marzahn-hellersdorf.de/fileadmin/marz-hell/einwohnergemeinschaft_asylbewerberheim.pdf.
- **(2013j)**. Pressegespräch am 04.09.: Nachbarschaftsdialekt und Hilfsangebote vieler Bürgerinnen und Bürger für Flüchtlinge – die stellvertretende Bezirksbürgermeisterin Dagmar Pohle informiert über die Lage rund um das Flüchtlingsheim in der Carola-Neher-Straße. Pressemitteilung des Bezirksamtes Marzahn-Hellersdorf vom 29.8.2013. Online verfügbar unter: <https://www.berlin.de/ba-marzahn-hellersdorf/aktuelles/pressemitteilungen/2013/pressemitteilung.308419.php> [zuletzt abgerufen am 2.8.2018].
- **(2013k)**. Flüchtlingsunterkunft in der Carola-Neher-Straße: Ende der Instrumentalisierung und Beruhigung notwendig. Pressemitteilung des Bezirksamtes Marzahn-Hellersdorf vom 21.8.2013. Online verfügbar unter: <https://www.berlin.de/ba-marzahn-hellersdorf/aktuelles/pressemitteilungen/2013/pressemitteilung.308380.php> [zuletzt abgerufen am 27.7.2018].
- **(2013l)**. Bezirksamt veranstaltete Helfer/innenkonferenz für Flüchtlinge und Asylsuchende der Unterkunft in der Carola-Neher-Straße. Pressemitteilung des Bezirksamtes Marzahn-Hellersdorf vom 27.9.2013. Online verfügbar unter: <https://www.berlin.de/ba-marzahn-hellersdorf/aktuelles/pressemitteilungen/2013/pressemitteilung.308570.php> [zuletzt abgerufen am 2.8.2018].
- **(2013m)**. Gemeinsam für Solidarität und Menschlichkeit – Aufstehen gegen Rassismus! – bunter Protest am 26.10. – Abschlusskundgebung auf dem Alice-Salomon-Platz. Pressemitteilung des Bezirksamtes Marzahn-Hellersdorf vom 23.10.2013. Online verfügbar unter: <https://www.berlin.de/ba-marzahn-hellersdorf/aktuelles/pressemitteilungen/2013/pressemitteilung.308657.php> [zuletzt abgerufen am 2.8.2013].
- **(2013n)**. Die Stellvertretende Bezirksbürgermeisterin Dagmar Pohle erklärt: Dialogprojekt unterstützt positive Entwicklung rund um das Wohnheim in der Carola-Neher-Straße. Pressemitteilung des Bezirksamtes Marzahn-Hellersdorf vom 31.10.2013. Online verfügbar unter: <https://www.berlin.de/ba-marzahn-hellersdorf/aktuelles/pressemitteilungen/2013/pressemitteilung.30702.php> [zuletzt abgerufen am 2.8.2018].
- **(2013o)**. Große Solidarität mit den Flüchtlingen und Asylsuchenden im Wohnheim in der Carola-Neher-Straße. Pressemitteilung vom 19.11.2013. Online verfügbar unter: <https://www.berlin.de/ba-marzahn-hellersdorf/aktuelles/pressemitteilungen/2013/pressemitteilung.308744.php> [zuletzt abgerufen am 2.8.2018].
- **(2013p)**. Vorlage für das Bezirksamt – zur Beschlussfassung – Nr. 0481/IV vom 22.5.2013. Online verfügbar unter: https://www.berlin.de/ba-marzahn-hellersdorf/politik-und-verwaltung/bezirksamt/beschluesse/archiv/mdb-bamarzahnellersdorf-ba-beschluesse-2013-vzb481_iv.pdf [zuletzt abgerufen am 27.7.2018].
- **(2014) (Hg.)**. *Demographiebericht Marzahn-Hellersdorf 2013*. Online verfügbar unter: https://digital.zlb.de/viewer/rest/image/15799737_2013/demographiebericht_marzahn_hellersdorf_2013.pdf/full/max/0/demographiebericht_marzahn_hellersdorf_2013.pdf [zuletzt abgerufen am 7.12.2019].
- **(o.J.)**. Informationen des Bezirksamtes Marzahn-Hellersdorf über Sitzverteilungen in der Bezirksverordnetenversammlung. Online verfügbar unter: https://www.berlin.de/ba-marzahn-hellersdorf/politik-und-verwaltung/bezirksverordnetenversammlung/wissenswertes/mdb-bamarzahnellersdorf-bvv-drucksachen-mitteilungen-1_aktuelle_sitzverteilung_vii._wp.pdf [zuletzt abgerufen am 27.7.2018].
- BGLAND (2013)**. Bischofswiesen: Streit auf neuer Ebene. Artikel von Christine Stanggassinger. Veröffentlicht am 18.12.2013. Online verfügbar unter: <https://www.bgland24.de/bgland/region-berchtesgaden/bischofswiesen-ort28409/bischofswiesen-grafwallner-beantragt-komm>

unalaufsichtliche-pruefung-buergermeister-bgl24-3278040.html [zuletzt abgerufen am 27.7.2018].

– **(2014)**. Altkofer: »Starker Tobak«. Artikel von Christine Stanggassinger. Veröffentlicht am 13.2.2014. Online verfügbar unter: <https://www.bgl24.de/bgl24/region-berchtesgaden/bischofswiesen-ort28409/bischofswiesens-buergermeister-toni-altkofer-wehrt-sich-gegen-vorwuerfe-bgl24-3364029.html> [zuletzt abgerufen am 2.8.2018].

BILD (2013). Hier erklären die Flüchtlinge ihre Situation. Veröffentlicht am 22.8.2013. Online verfügbar unter: <https://www.bz-berlin.de/artikel-archiv/hier-erklaren-die-fluechtlinge-ihre-situation> [zuletzt abgerufen am 9.9.2018].

BLMH (2013a). Presseerklärung der Bürgerinitiative als Verein. Veröffentlicht am 3.9.2013 von André Kiebis. Online zuletzt abgerufen – jedoch nicht mehr verfügbar – am 6.10.2015 unter: <https://www.bi-mh.de/1-pressererklaerung-der-buergerinitiative-als-verein/>.

– **(2013b)**. Wann kehrt Ruhe ein? Veröffentlicht am 11.9.2013 von André Kiebis. Online zuletzt abgerufen – jedoch nicht mehr verfügbar – am 21.11.2015 unter: <https://www.bi-mh.de/wann-kehrt-ruhe-ein-2/>.

– **(2013c)**. Fazit – Kinder [sic] Herbstfest Boulevard Kastanienallee. Veröffentlicht am 3.11.2013 von André Kiebis. Online zuletzt abgerufen – jedoch nicht mehr verfügbar – am 6.10.2015 unter: <https://www.bi-mh.de/fazit-kinder-herbstfest-boulevard-kastanienallee/>.

– **(2013d)**. Presse [sic] Artikel im Stern Online vom 11.11.2013. Veröffentlicht am 11.11.2013 von André Kiebis. Online zuletzt abgerufen – jedoch nicht mehr verfügbar – am 21.11.2015 unter: <https://www.bi-mh.de/presse-artikel-im-stern-online...> [URL unvollständig].

– **(2013e)**. Bezirkspolitik und ihre Gehilfen. Veröffentlicht am 17.11.2013 von André Kiebis. Online zuletzt abgerufen – jedoch nicht mehr verfügbar – am 21.11.2015 unter: <https://www.bi-mh.de/bezirkspolitik-und-deren-gehilfen/>.

– **(2013f)**. Was war denn heute wieder in Hellersdorf los? Veröffentlicht am 6.10.2013 von André Kiebis. Online zuletzt abgerufen – jedoch nicht mehr verfügbar – am 21.11.2015 unter: <https://www.bi-mh.de/was-war-denn-heute-wieder-in-hellersdorf-los?/>.

BLUE MOON (2013). Flüchtlinge, Asylsuchende und Migranten. Aus: Blue Moon, Sendung vom 5.8.2013. Radio Fritz. Moderation: Hendrik Schröder.

BMH (2013). Asylbewerberheim in Marzahn-Hellersdorf Verhindern! (Flyer der Bürgerinitiative Marzahn-Hellersdorf; ohne Datum.) Online verfügbar unter: <http://bglbb.blogspot.de/2013/07/03/notunterkunft-in-hellersdorf-npd-hetzt/> [zuletzt abgerufen am 2.8.2018].

BORDE, THEDA (2013). Uni-Rektorin über Hellersdorf: »Viele sind an den Rand gedrängt«. Interview der Taz mit Theda Borde. Veröffentlicht am 25.8.2013. Interviewerin*: Marina Mai. Online verfügbar unter: <https://taz.de/Uni-Rektorin-ueber-Hellersdorf!/5060537/> [zuletzt abgerufen am 6.12.2019].

BRYANT, THOMAS (2013). Redebeitrag in der Sendung: Ausgegrenzt und abgeschoben – was ist ein Flüchtlingsleben wert? Phoenix-Runde vom 9.10.2013. Online verfügbar unter: https://www.youtube.com/watch?v=Hvi9c2_JN78&spfreload=10 [zuletzt abgerufen am 31.7.2018].

BÜNDNIS GEGEN LAGER (2013a). Notunterkunft in Hellersdorf: NPD hetzt. Veröffentlicht am 3.7.2013. Online verfügbar unter: <http://bglbb.blogspot.de/2013/07/03/notunterkunft-in-hellersdorf-npd-hetzt/> [zuletzt abgerufen am 2.8.2018].

– **(2013b)**. Hellersdorfer Zustände: Rassistische Stimmungsmache auf »Bürgerversammlung«. Veröffentlicht am 10.7.2013. Online verfügbar unter: <http://bglbb.blogspot.de/2013/07/10/hellersdorfer-zustaende-rassistische-stimmungsmache-auf-buergerversammlung/> [zuletzt abgerufen am 2.8.2018].

BUNDESAMT FÜR MIGRATION (2015). *Das Bundesamt in Zahlen 2014. Asyl, Migration und Integration*. Online zuletzt abgerufen – jedoch nicht mehr verfügbar – am 30.8.2018 un-

ter: http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/Broschueren/bundesamt-inzahlen-2014.pdf?__blob=publicationFile

BUNDESREGIERUNG (2013). Syrische Flüchtlinge in Deutschland angekommen. Veröffentlicht am 11.9.2013. Online verfügbar unter: <https://www.bundesregierung.de/ContentArchiv/DE/Archiv17/Artikel/2013/09/2013-09-11-syrische-buergerkriegsfluechtlinge.html> [zuletzt abgerufen am 27.7.2018].

BUNDESTAG (Hg.) (2013). Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke, Martina Renner, Harald Petzold (Havelland), weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE. — Drucksache 18/203 – Proteste und Übergriffe vor Flüchtlingsunterkünften. Antwort vom 18.12.2013. Online verfügbar unter: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/002/1800203.pdf> [zuletzt abgerufen am 2.8.2018].

– **(Hg.) (2014).** Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke, Jan van Aken, Annette Groth, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE. — Drucksache 18/1593 – Proteste gegen und Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte. Antwort vom 30.5.2014. Online verfügbar unter: <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/18/015/1801593.pdf> [zuletzt abgerufen am 2.8.2018].

CLASSEN, GEORG (2013a). RBB KLARTEXT spezial. Sendung vom 21.8.2013. Moderation Astrid Frohloff. Online verfügbar unter: <https://www.youtube.com/watch?v=5VuUVfvKuY4&spfreload=10> [zuletzt abgerufen am 2.8.2018].

– **(2013b).** Wohnen für Flüchtlinge. Fortbildung am 23.11.2013 für Multitude Berlin e.V. Online verfügbar unter: http://www.fluechtlingsinfo-berlin.de/fr/pdf/Fobi_Wohnen_1113_Berlin.pdf [zuletzt abgerufen am 2.8.2018].

CREMER, HENDRIK (2013). *Die Asyldebatte in Deutschland: 20 Jahre nach dem »Asylkompromiss«.* Online verfügbar unter: http://www.institut-fuer-menschenrechte.de/uploads/tx_commerce/essay_Die_Asyldebatte_in_Deutschland_20_Jahre_nach_dem_Asylkompromiss.pdf [zuletzt abgerufen am 5.8.2018].

CZAJA, MARIO (2013a). Senator Czaja wirbt um Verständnis für die Asylbewerber-Unterkunft in Hellersdorf – Klare Absage an Rechtsaußen. Pressemitteilung der Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales vom 10.7.2013. Online verfügbar unter: <https://www.berlin.de/sen/gesoz/presse/pressemitteilungen/2013/pressemitteilung.150747.php> [zuletzt abgerufen am 2.8.2018].

– **(2013b).** Berlins Sozialsenator Czaja über Hellersdorfer Flüchtlingsheim. Interview des Tagesspiegel mit Mario Czaja. Interviewer*: Hannes Heine und Ulrich Zawatka-Gerlach. Veröffentlicht am 14.7.2013. Online verfügbar unter: <http://www.tagesspiegel.de/berlin/berlins-sozialsenator-czaja-ueber-hellersdorfer-fluechtlingsheim-ich-warne-davor-sich-von-rechtsextrernen-instrumentalisieren-zu-lassen/8495630.html> [zuletzt abgerufen am 31.8.2018].

DEKONSTRUKTION OST (2013a). Deconstruct Now! Abrissbirne für Hellersdorf. Veröffentlicht am 15.8.2013. Online verfügbar unter: <http://dost.blogspot.de/2013/08/15/deconstruct-now-abrissbirne-fuer-hellersdorf/> [zuletzt abgerufen am 2.8.2018].

– **(2013b).** Wohlrabe oder doch eher Übelkrähe? Die Unterkunftsleitung und die Rassist_innen! Veröffentlicht am 17.10.2013. Online verfügbar unter: http://dost.blogspot.de/2013/10/17/wohrabe-oder-doch-eher-uebelkraehe-die-unterkunftsleitung-und-die-rassist*innen/ [zuletzt abgerufen am 2.8.2018].

– **(2014).** Hellersdorf Revisited – eine Analyse der rassistischen Mobilisierung. Veröffentlicht am 10.8.2014. Online verfügbar unter: <https://de.indymedia.org/node/1585> [zuletzt abgerufen am 2.8.2018].

DER WESTEN (2012). Union bereit zur Aufnahme syrischer Christen. dapd-Pressemeldung. Veröffentlicht am 10.11.2012. Online verfügbar unter: <https://www.derwesten.de/politik/union-bereit-zur-aufnahme-syrischer-christen-id7278749.html> [zuletzt abgerufen am 5.3.2018].

DEUTSCHE WIRTSCHAFTS NACHRICHTEN (2013). EU-Staaten dürfen Visa-Pflicht gegenüber Balkan-Staaten einführen. Veröffentlicht am 9.7.2013. Online verfügbar unter: <https://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2013/07/09/eu-staaten-duerfen-visa-pflicht-gegenueber-balkan-staaten-einfuehren/> [zuletzt abgerufen am 21.11.2017].

DEUTSCHLANDFUNK (2013a). Erste Flüchtlinge in Hellersdorf – Situation eskaliert. Sendung des Deutschlandfunks vom 20.8.2013.

– **(2013b).** Asylbewerber unerwünscht? In Hellersdorf machen NPD und Anwohner mobil gegen ein Flüchtlingsheim. Sendung des Deutschlandfunks vom 16.7.2013.

– **(2013c).** Hellersdorf ist nicht Lichtenhagen. Begrenztes Demonstrationsverbot und Information der Anwohner als Konfliktlösung. Kommentar von Günter Hellmich. Veröffentlicht am 21.8.2013. Online verfügbar unter: https://www.deutschlandfunkkultur.de/hellersdorf-ist-nicht-lichtenhagen.996.de.html?dram:article_id=258803 [zuletzt abgerufen am 2.8.2018].

DIE LINKE (2013a). »Nicht die Flüchtlinge[,] die zu uns dringen, sind unsere Feinde, sondern die, die sie in die Flucht treiben« (Stefan Heym). Veröffentlicht am 10.7.2013. Online zuletzt abgerufen – jedoch nicht mehr verfügbar – am 27.7.2018 unter: <http://www.dielinke-marzahn-hellersdorf.de/politik/meldungen/detail/artikel/nicht-die-fluechtlinge-die-zu-uns-dringen-sind-unsere-feinde-sondern-die-die-sie-in-die-flucht/>.

– **(2013b).** Notunterkunft für Asylbewerber*innen. Veröffentlicht am 3.7.2013. Online zuletzt abgerufen – jedoch nicht mehr verfügbar – am 23.12.2016 unter: <http://www.dielinke-marzahn-hellersdorf.de/politik/meldungen/detail/artikel/notunterkunft-fuer-asylbewerber-innen/>.

– **(2013c).** Refugees welcome! Veröffentlicht am 21.8.2013. Online zuletzt abgerufen – jedoch nicht mehr verfügbar – am 25.1.2017 unter: <http://www.dielinke-marzahn-hellersdorf.de/politik/meldungen/detail/browse/1/artikel/refugees-welcome/>.

– **(2013d).** Wir heißen die neuen Hellersdorferinnen und Hellersdorfer herzlich willkommen! Veröffentlicht am 25.8.2013. Online zuletzt abgerufen – jedoch nicht mehr verfügbar – am 30.7.2018 unter: <http://www.dielinke-marzahn-hellersdorf.de/politik/meldungen/detail/zurueck/meldungen-5/artikel/wir-heissen-die-neuen-hellersdorferinnen-und-hellersdorfer-herzlich-willkommen/>.

DIE LINKE PARTEIVORSTAND (2013). Willkommenskultur statt bundespolitischer Krawalltourismus. Presseerklärung vom 21.8.2013. Online verfügbar unter: <https://www.firmenpresse.de/pressinfo930293/willkommenskultur-statt-bundespolitischem-krawalltourismus.html> [zuletzt abgerufen am 27.7.2018].

DIREKTKANDIDAT*INNEN (2013). Gemeinsame Erklärung von Direktkandidatinnen und -kandidaten zur Bundestagswahl im Wahlkreis Marzahn-Hellersdorf. Veröffentlicht am 21.8.2013. Online verfügbar unter: <https://www.stefan-ziller.eu/2013/gemeinsame-erklaerung-von-direktkandidatinnen-und-kandidaten-zur-bundestagswahl-im-wahlkreis-marzahn-hellersdorf/> [zuletzt abgerufen am 27.7.2018].

FANK, MARIA (2013). Redebeitrag auf der NPD-Kundgebung am 24.8.2013 in Berlin-Hellersdorf. (Transkription einer unveröffentlichten Audio-Datei des Apabiz.)

FDP MAHE (2013). (Facebook-Veröffentlichung ohne Titel.) Veröffentlicht am 10.7.2013. Online verfügbar unter: <https://de-de.facebook.com/FDP.Marzahn.Hellersdorf/posts/403983449708179> [zuletzt abgerufen am 2.8.2018].

FLÜCHTLINGSRAT BERLIN (2013). Flüchtlingsrat fordert Sicherheitskonzept Asylaufnahme [sic] Hellersdorf. Veröffentlicht am 12.7.2013, akt. am 16.7.2013. Online verfügbar unter: http://fluechtlingsrat-berlin.de/news_termine/fluechtlingsrat-fordert-sicherheitskonzept-asylaufnahme-hellersdorf/ [zuletzt abgerufen am 2.8.2018].

FRANKFURTER RUNDSCHAU (2013a). Flüchtlingsunterkunft in Berlin-Hellersdorf. Braune Buh-Rufe in Hellersdorf. Artikel von Birgitt Eitzel. Veröffentlicht am 11.7.2013. Online verfügbar

unter: <http://www.fr.de/politik/fluechtlingsunterkunft-in-berlin-hellersdorf-braune-buh-rufe-in-hellersdorf-a-693098> [zuletzt abgerufen am 2.8.2018].

– **(2013b)**. Flüchtlingsheim. Aufmarsch und Widerstand in Hellersdorf. Artikel von Julia Haak und Andreas Kopietz. Veröffentlicht am 21.8.2013. Online verfügbar unter: <http://www.fr.de/politik/fluechtlingsheim-aufmarsch-und-widerstand-in-hellersdorf-a-677696> [zuletzt abgerufen am 2.8.2018].

– **(2013c)**. Flüchtlingsheim in Hellersdorf. Brennpunkt Hellersdorf. Artikel von Julia Haak. Veröffentlicht am 26.8.2013. Online verfügbar unter: <http://www.fr.de/politik/fluechtlingsheim-in-hellersdorf-brennpunkt-hellersdorf-a-678985> [zuletzt abgerufen am 2.8.2018].

GIERKE, SEBASTIAN (2014). Sprache im Migrationsdiskurs. Warum ›Asylant‹ ein Killwort ist. In: Süddeutsche Zeitung. Veröffentlicht am 11.12.2014. Online verfügbar unter: <https://www.sueddeutsche.de/politik/sprache-im-migrationsdiskurs-warum-asylant-ein-killwort-ist-1.2262201> [zuletzt abgerufen am 23.7.2018].

GLOKAL E.V. (2013). *Mit kolonialen Grüßen... Berichte und Erzählungen von Auslandsaufenthalten rassismuskritisch betrachtet* (2., vollst. überarb. Auflage). Berlin: Hinkelsteindruck. Online verfügbar unter: <https://www.glokal.org/wp-content/uploads/2013/09/BroschuereMitkolonialenGruessen2013.pdf> [zuletzt abgerufen am 6.12.2019].

GRÜNE MAHE (2013a). Bündnis 90/Die Grünen Marzahn-Hellersdorf rufen zur Unterstützung von Flüchtlinge [sic] auf. Veröffentlicht am 10.7.2013. Online verfügbar unter: <http://www.gruenemarzahnhellersdorf.de/2013/bundnis-90die-grunen-marzahn-hellersdorf-rufen-zur-unterstuetzung-von-fluechtlinge-auf/> [zuletzt abgerufen am 2.8.2018].

– **(2013b)**. Aufruf zur Demo. Veröffentlicht am 23.8.2013. Online verfügbar unter: <http://www.gruenemarzahnhellersdorf.de/2013/aufruf-zur-demo/> [zuletzt abgerufen am 2.8.2018].

HAMBURGER ABENDBLATT (2013). NPD verschickt Rückflugtickets an Migranten-Politiker. Veröffentlicht am 16.9.13. Online verfügbar unter: <http://www.abendblatt.de/politik/article120098038/NPD-verschickt-Rueckflugtickets-an-Migranten-Politiker.html> [zuletzt abgerufen am 27.7.2018].

HELLERSDORF HILFT (2013a). Offener Brief: Solidarität zeigen mit Flüchtlingen und Asylsuchenden. Veröffentlicht am 17.7.2013. Online verfügbar unter: <https://hellersdorfhilft.wordpress.com/2013/07/17/offener-brief-solidaritat-zeigen-mit-fluechtlingen-und-asylsuchenden/> [zuletzt abgerufen am 2.8.2018].

– **(2013b)**. Was wir wollen. Veröffentlicht am 9.7.2013. Online verfügbar unter: <https://www.facebook.com/Hellersdorfhilft/posts/472612932833692> [zuletzt abgerufen am 2.8.2018].

– **(2013c)**. Briefe zur Begrüßung. Veröffentlicht am 8.9.2013. Online verfügbar unter: <https://hellersdorfhilft.files.wordpress.com/2013/09/hellersdorf-hilft-willkommensbrief-deutsch.pdf> [zuletzt abgerufen am 2.8.2018].

– **(2013d)**. Solidaritätskette für Flüchtlinge. Veröffentlicht am 27.9.2013. Online verfügbar unter: <https://hellersdorfhilft.wordpress.com/2013/09/27/solidaritatskette-fur-fluechtlinge/> [zuletzt abgerufen am 2.8.2018].

– **(2013e)**. »Hellersdorf hilft« erhält Preis für Zivilcourage. Veröffentlicht am 29.10.2013. Online verfügbar unter: <https://hellersdorfhilft.wordpress.com/2013/10/29/hellersdorf-hilft-erhalt-preis-fur-zivilcourage/> [zuletzt abgerufen am 2.8.2018].

– **(2013f)**. Hellersdorf setzt mit Solidaritätskette Zeichen für Flüchtlinge. Veröffentlicht am 5.10.2013. Online verfügbar unter: <https://hellersdorfhilft.wordpress.com/2013/10/05/pressemitteilung-0113/> [zuletzt abgerufen am 2.8.2018].

– **(2014)**. Zweimal 2013 in Hellersdorf. Ein Bezirk driftet ab. In: Apabiz & MBR 2014 (Hg.), *Berliner Zustände. Ein Schattenbericht über Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus im Jahr 2013* (28-31). Online verfügbar unter: <http://www.mbr-berlin.de/wp-content/>

uploads/2014/04/MBR_Schattenbericht_2013_WEB_Einzelseiten.pdf [zuletzt abgerufen am 2.8.2018].

– (o.J.). Facebook-Posts des Vereins Hellersdorf hilft e.V. Online verfügbar unter: <https://www.facebook.com/Hellersdorfhilft/> [zuletzt abgerufen am 27.9.2018].

HENKEL, FRANK (2013). Innensenator: »Das Gebot der Stunde ist: Flagge zeigen!«. Interview der Berliner Zeitung mit Frank Henkel. Veröffentlicht am 21.8.2013. Interviewerin*: Regine Zylka. Online verfügbar unter: <http://www.berliner-zeitung.de/berlin/innensenator--das-gebot-der-stunde-ist--flagge-zeigen---4464288> [zuletzt abgerufen am 2.8.2018].

HÜR, KEMAL (2017). Berlin-Marzahn. Die einst größte Plattenbausiedlung Europas wird 40. Beitrag des Deutschlandfunk Kultur vom 28.9.2017. Online verfügbar unter: http://www.deutschlandfunkkultur.de/berlin-marzahn-die-einst-groesste-plattenbausiedlung.1001.de.html?dram:article_id=397021 [zuletzt abgerufen am 27.7.2018].

HUFEISERN (2013). Einladung. Informationsveranstaltung zur geplanten Flüchtlingsunterkunft auf dem Gelände Späthstr./Haarlemer Str. in Britz. Online verfügbar unter: <http://www.hufeiserngegenrechts.de/fluechtlingsinitiative.html#004> [zuletzt abgerufen am 2.8.2018].

IMMEO (o.J.). Wohnen in Marzahn-Hellersdorf. Online zuletzt abgerufen – jedoch nicht mehr verfügbar – am 2.8.2018 unter: <http://www.immeo.de/angebote/wohnen-in-berlin/marzahn-hellersdorf.html>.

INFOPORTAL (2013a). Zur aktuellen Lage, Sicherheit und Organisation. Veröffentlicht am 23.8.2013. Online verfügbar unter: <http://infoportalhellersdorf.blogspot.de/2013/08/23/zur-aktuellen-lage-sicherheit-und-organisierung/> [zuletzt abgerufen am 2.8.2018].

– (2013b). Jeden Tag ein Angriff: Nazis an der neuen Unterkunft. Vom 29.8.2013. Online verfügbar unter: <http://infoportalhellersdorf.blogspot.de/2013/08/29/jeden-tag-ein-angriff-nazis-an-der-neuen-unterkunft/> [zuletzt abgerufen am 2.8.2018].

– (2013c). PM vom 01.10.2013: Vorfeldaktion und Kontext der Demonstration vom 01.10.2013. Online verfügbar unter: <http://infoportalhellersdorf.blogspot.de/2013/10/01/pm-vom-01-10-2013-vorfeldaktion-und-kontext-der-demonstration/> [zuletzt abgerufen am 2.8.2017].

INNENMINISTERIUM (2013). Pressemitteilung vom 15.01.2013. 64.539 Asylersanträge im Jahr 2012. Online verfügbar unter: https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/pressemitteilungen/DE/2013/01/asylzahlen_2012.html [zuletzt abgerufen am 25.1.2017].

JAKOB, CHRISTIAN (2012). Weiß sein, Schnauze halten. Veröffentlicht am 26.7.2012. Online verfügbar unter: <https://jungle.world/artikel/2012/30/45919.html> [zuletzt abgerufen am 11.7.2018].

JENTSCH ULLI (2012). Flüchtlingsproteste im Visier. Die rassistischen »Ausländer Raus!«-Kampagnen der extremen Rechten nehmen zu. In: *monitor* (Rundbrief des Apabiz e.V.), Nr. 57, 1-3. Online verfügbar unter: https://www.apabiz.de/wp-content/uploads/Monitor_Nr57.pdf [zuletzt abgerufen am 5.8.2018].

JUNGLE WORLD (2013). Berliner Zustände. Die rassistischen Proteste in Berlin-Hellersdorf. Artikel von Jan Tölva. Veröffentlicht am 29.8.2013. Online verfügbar unter: <https://jungle.world/artikel/2013/35/machen-sie-mir-nicht-die-nazis-schlecht> [zuletzt abgerufen am 31.8.2013].

KIENE, RAFAELA (2013a). »Hellersdorf hilft Asylbewerbern«. Veröffentlicht am 10.7.2013. Online verfügbar unter: <http://rafaela-kiene.blogspot.de/2013/07/hellersdorf-hilft-asylbewerber.html> [zuletzt abgerufen am 2.8.2018].

– (2013b). Runder Tisch in Marzahn-Hellersdorf gestartet. Veröffentlicht am 2.8.2013. Online verfügbar unter: <http://rafaela-kiene.blogspot.de/2013/08/runder-tisch-in-marzahn-hellersdorf.html#more> [zuletzt abgerufen am 2.8.2018].

KOCH, PETER (2013). Unterstützt das Asylbewerberheim Carola-Neher-Straße. Veröffentlicht am 16.7.2013. Online verfügbar unter: <https://www.change.org/p/unterst%C3%BCtzt-das-asylbewerberheim-carola-neher-stra%C3%9Fe> [zuletzt abgerufen am 2.8.2018].

KOHLMEIER, SVEN (2013). Notunterkunft in Hellersdorf: Über Kommunikation, Akzeptanz und Hetze. Online verfügbar unter: <http://www.sven-kohlmeier.de/?p=1872> [zuletzt abgerufen am 2.8.2018].

KOMOSS, STEFAN (2013a). »Es gibt keine Pogromstimmung«. Der Bezirksbürgermeister von Marzahn-Hellersdorf, Stefan Komoß (SPD), will keine Fehler erkennen und zeigt Verständnis für die aufgebrachten Bürger. Interview der Taz mit Stefan Komoß. Interviewer*: Sebastian Erb. Veröffentlicht am 10.7.2013. Online verfügbar unter: <https://taz.de/Interview-zu-Fluechtlingsheim-Hellersdorf/!5063480/> [zuletzt abgerufen am 6.12.2019].

– **(2013b).** Stadtgespräch mit Stefan Komoß, SPD Bezirksbürgermeister Marzahn-Hellersdorf – Teil 1 [YouTube-Video]. Interview von TV.Berlin mit Stefan Komoß. Moderation: Markus Bleick-Haack. Veröffentlicht am 17.7.2013. Online verfügbar unter: <https://www.youtube.com/watch?v=JPskGokLqXM> [zuletzt abgerufen am 2.8.2018].

– **(2013c).** Stadtgespräch mit Stefan Komoß, SPD Bezirksbürgermeister Marzahn-Hellersdorf – Teil 2 [YouTube-Video]. Interview von TV.Berlin mit Stefan Komoß. Moderation: Markus Bleick-Haack. Veröffentlicht am 17.7.2013. Online verfügbar unter: https://www.youtube.com/watch?v=Wl2c-0k-_0k [zuletzt abgerufen am 2.8.2018].

– **(2013d).** Studiogespräch mit Stefan Komoß. Interview mit Stefan Komoß in der Berliner Abendschau vom 10.7.2013. Moderation: Sascha Hingst. FESAD-ID: 6000072147; Produktions-Nr.: 1332101028 (RBB).

– **(2014).** Bürgermeister Stefan Komoß (SPD) zu wichtigen Aufgaben im Jahre 2014. Interview der Berliner Woche mit Stefan Komoß. Interviewer*: Harald Ritter. Veröffentlicht am 1.1.2014. Online verfügbar unter: <http://www.berliner-woche.de/marzahn/sonstiges/buergermeister-stefan-komoss-spd-zu-wichtigen-aufgaben-im-jahre-2014-d42844.html> [zuletzt abgerufen am 2.8.2018].

– **(2015).** Bürgermeister Stefan Komoß über Flüchtlinge, IGA und Pläne für 2015. Interview der Berliner Woche mit Stefan Komoß. Interviewer*: Harald Ritter. Online verfügbar unter: https://www.berliner-woche.de/marzahn/c-politik/buergermeister-stefan-komoss-ueber-fluechtlinge-iga-und-plaene-fuer-2015_a66858 [zuletzt abgerufen am 2.8.2018].

KOTHEN, ANDREA (2016). Sagt man jetzt Flüchtlinge oder Geflüchtete? Veröffentlicht am 1.6.2016. Online verfügbar unter: <https://www.proasyl.de/hintergrund/sagt-man-jetzt-fluechtlinge-oder-gefuechtete/> [zuletzt abgerufen am 8.8.2018].

LAGESo (2013). Gemeinsame Presseerklärung des Sozialsenators Mario Czaja und des Präsidenten des Landesamtes für Gesundheit und Soziales Franz Allert zur Flüchtlingsunterkunft in Hellersdorf. Pressemitteilung vom 21.8.2013. Online verfügbar unter: <https://www.berlin.de/sen/gessoz/presse/pressemitteilungen/2013/pressemitteilung.150767.php> [zuletzt abgerufen am 2.8.2018].

LA STAMPA (2013). »Islamici parassiti«: nella Berlino che odia l'euro e gli immigrati. Artikel von Tonia Mastrobuoni. Veröffentlicht am 21.9.2013. Online verfügbar unter: <http://www.lastampa.it/2013/09/21/esteri/islamici-parassiti-nella-berlino-che-odia-leuro-e-gli-immigrati-YZ5BJm4ss0chcZdk1JhvXK/pagina.html> [zuletzt abgerufen am 2.8.2018].

LUCZAK, JAN-MARCO (2013). Flüchtlingsheim Berlin Hellersdorf: Hat die Bezirksverwaltung versagt? Ausschnitt aus dem ARD-Mittagsmagazin. Veröffentlicht am 28.8.2013. Online verfügbar unter: <https://www.youtube.com/watch?v=5DU8mol8L58> [zuletzt abgerufen am 26.7.2018].

LÜKE, MONIKA (2013). Asylbewerber unter Polizeischutz. Integrationsbeauftragte fordert Demonstrationsverbot vor dem Flüchtlingsheim in Berlin. Interview des Deutschlandfunks mit Monika Lüke. Veröffentlicht am 21.8.2013. Interviewer*: Dirk-Oliver Heckmann. Online verfügbar unter: http://www.deutschlandfunk.de/asylbewerber-unter-polizeischutz.694.de.html?dram:article_id=258620 [zuletzt abgerufen am 2.8.2018].

MAHNWACHE (2013). »Wir sind die Blitzableiter«. Linke Aktivisten unterstützen in Berlin-Hellersdorf die Bewohner*innen der neuen Flüchtlingsunterkunft. Interview von Straßen aus Zucker mit Aktivist* der Mahnwache. Veröffentlicht am 18.9.2013 im Neuen Deutschland. Online verfügbar unter: <https://www.neues-deutschland.de/artikel/833522.wir-sind-die-blitzableiter.html> [zuletzt abgerufen am 2.8.2018].

MAISCHBERGER, SANDRA (2013). Menschen bei Maischberger – Wut auf Asylbewerber: Sind wir Ausländerfeinde (Teil 1 von 5)? Sendung vom 27.8.2013. Online verfügbar unter: <https://www.youtube.com/watch?v=k1rUDYPpvFU> [zuletzt abgerufen am 1.8.2018].

MBR (2013). *Keine Bühne für Rassismus – Flüchtlinge willkommen heißen.* (Broschüre der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin.) Online verfügbar unter: http://www.mbr-berlin.de/wp-content/uploads/2013/12/mbr_faltblatt-2013-web1.pdf [zuletzt abgerufen am 2.8.2018].

METZGER, FRANK (2013). Neue alte Herausforderungen Rassistische »Bürgerinitiativen« agitieren gegen Flüchtlingsheime. In: *monitor* (Rundbrief des Apabiz e.V.), Nr. 61, 5. Online verfügbar unter: https://www.apabiz.de/wp-content/uploads/Monitor_Nr61.pdf [zuletzt abgerufen am 2.8.2018].

MIGRATIONSSOZIALDIENST (2013). Flyer des Migrationssozialdienstes für das Projekt Anwohnerdialoge und Bürgersprechstunde. Online zuletzt abgerufen – jedoch nicht mehr verfügbar – am 24.2.2017 unter: http://wg-wuhletal.de/media/flyer_anwohnerdialoge_internet.pdf.

MORGENPOST (2013). Flüchtlingsrat warnt vor weiterem Bezug der Notunterkunft. Veröffentlicht am 19.8.2013. Online verfügbar unter: <https://www.morgenpost.de/berlin-aktuell/article119164870/Fluechtlingsrat-warnt-vor-weiterem-Bezug-der-Notunterkunft.html> [zuletzt abgerufen am 2.8.2018].

NEUES DEUTSCHLAND (2013a). Hellersdorf-Lichtenhagen. Informationsgespräch zu geplantem Flüchtlingsheim eskalierte. Artikel von Marina Mai. Veröffentlicht am 11.7.2013. Verfügbar unter: <https://www.neues-deutschland.de/artikel/827085.hellersdorf-lichtenhagen.html> [zuletzt abgerufen am 2.8.2018].

– **(2013b).** Soli-Demo in Hellersdorf. Veröffentlicht am 4.10.2013. Verfügbar unter: <http://www.neues-deutschland.de/artikel/834897.soli-demo-in-hellersdorf.html> [zuletzt abgerufen am 2.8.2018].

NO-NAZI.NET (o.J.). *no-nazi.net. Digitale Handlungsstrategien gegen Rechtsextremismus.* Herausgegeben von der Amadeu Antonio Stiftung. Online verfügbar unter: https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/w/files/pdfs/no_nazi_net_digitale_handlungsstrategien.pdf [zuletzt abgerufen am 2.8.2018].

NPD (2013a). Breiter Protest gegen das geplante Asylheim in Hellersdorf. Veröffentlicht am 11.7.2013. Online verfügbar unter: <https://www.npd-berlin.de/breiter-protest-gegen-das-geplante-asylheim-in-hellersdorf/> [zuletzt abgerufen am 2.8.2018].

– **(2013b).** Hellersdorf wehrt sich! Veröffentlicht am 4.9.2013. Online verfügbar unter: https://de-de.facebook.com/npd.de/posts/10151702919809584?stream_ref=5 [zuletzt abgerufen am 2.8.2018].

NPR NEWS (2013). Germany's Refugee Policy Tested By New Arrivals. Artikel von Soraya Sarhaddi Nelson. Veröffentlicht am 16.9.2013. Online verfügbar unter: <http://knau.org/post/germanys-refugee-policy-tested-new-arrivals> [zuletzt abgerufen am 2.8.2018].

NTV (2013). Berliner Bürgerinitiative wehrt sich. Flüchtlinge in Charlottenburg unerwünscht. Artikel von Kirsten Baukhage. Veröffentlicht am 31.5.2013. Online verfügbar unter: <http://www.ntv.de/politik/Fluechtlings-in-Charlottenburg-unerwuenscht-article10737486.html> [zuletzt abgerufen am 2.8.2018].

ONKEN, HENNING (2017). 40 Jahre Marzahn. Europas größte Plattensammlung. Veröffentlicht am 7.7.2017 im Tagesspiegel. Online verfügbar unter: <https://www.tagesspiegel.de/>

berlin/40-jahre-marzahn-europas-groesste-plattensammlung/20036512.html [zuletzt abgerufen am 2.8.2018].

PIRATENPARTEI MAHE (2013a). Pressemitteilung: Die hässliche Seite Hellersdorfs. Pressemitteilung der Fraktion der Piratenpartei Marzahn-Hellersdorf. Veröffentlicht am 11.7.2013. Online verfügbar unter: <http://web.archive.org/web/20160623094914/http://fraktion.piratenmahe.de/?p=6220981> [zuletzt abgerufen am 2.8.2018].

– **(2013b).** BE:Marzahn-Hellersdorf/BVV/Protokolle/Sitzung/2013-06-20 (Protokoll der BVV-Sitzung vom 20.6.2013). Online verfügbar unter: <https://wiki.piratenpartei.de/BE:Marzahn-Hellersdorf/BVV/Protokolle/Sitzung/2013-06-20> [zuletzt abgerufen am 27.7.2018].

POHLE, DAGMAR (2013). Interview. In: RBB KLARTEXT Spezial. Sendung vom 21.8.2013. Moderation: Astrid Frohloff. Online verfügbar unter: <https://www.youtube.com/watch?v=5VuUVfvKuY4&spfreload=10> [zuletzt abgerufen am 3.8.2018].

POLIS (2013a). Notunterkunft für Flüchtlinge in der Carola-Neher-Straße – Häufig gestellte Fragen. Erste Fassung vom 26.7.2013.

– **(2013b).** Notunterkunft für Flüchtlinge in der Carola-Neher-Straße – Häufig gestellte Fragen. 2. überarb. Fassung vom 14.8.2013.

– **(2013c).** Notunterkunft für Flüchtlinge in der Carola-Neher-Straße – Häufig gestellte Fragen. 3. überarb. Fassung vom 4.9.2013.

– **(2013d).** Notunterkunft für Flüchtlinge in der Carola-Neher-Straße – Häufig gestellte Fragen. 4. überarb. Fassung vom 3.12.2013.

– **(2014).** Demokratieentwicklung am Ort der Vielfalt Marzahn-Hellersdorf. Jahresbericht 2013. Online verfügbar unter: https://www.berlin.de/ba-marzahn-hellersdorf/politik-und-verwaltung/beauftragte/integration/mdb-bamarzahnhellersdorf-migranten-2009-jahresbericht_zur_demokratieentwicklung_m_h_2013_.pdf [zuletzt abgerufen am 2.8.2018].

– **(2014).** Demokratieentwicklung am Ort der Vielfalt Marzahn-Hellersdorf. Jahresbericht 2013. Online verfügbar unter: https://www.berlin.de/ba-marzahn-hellersdorf/politik-und-verwaltung/beauftragte/integration/mdb-bamarzahnhellersdorf-migranten-2009-jahresbericht_zur_demokratieentwicklung_m_h_2013_.pdf [zuletzt abgerufen am 2.8.2018].

PRO ASYL (2014). *Refugees Welcome. Willkommenskultur gestalten.* Online verfügbar unter: https://www.proasyl.de/wp-content/uploads/2014/04/Broschuere_Refugees_Welcome_Web.pdf [zuletzt abgerufen am 2.8.2018].

– **(2016).** Immer weniger Flüchtlingsschutz für Menschen aus Syrien, Eritrea, Irak & Afghanistan. Veröffentlicht am 14.9.2016. Online verfügbar unter: <https://www.proasyl.de/news/immer-weniger-fluechtlingsschutz-fuer-menschen-aus-syrien-irak-eritrea-afghanistan/> [zuletzt abgerufen am 2.8.2018].

PRO DEUTSCHLAND (2013). Demo gegen Asylantenheim. Veröffentlicht am 11.8.2013. Online zuletzt abgerufen – jedoch nicht mehr verfügbar am 7.10.2015 unter: <http://www.prodeutschland-online.de/?p=437>.

RBB (2013a). Erste Asylbewerber in Hellersdorfer Flüchtlingsheim. Aus: Berliner Abendschau vom 19.8.2013. Produktions-Nr.: 1332101034.

– **(2013b).** Flüchtlingsheim – Einzug unter Polizeischutz. Aus: RBB AKTUELL vom 19.8.2013. Online verfügbar unter: <https://www.youtube.com/watch?v=cYtJFSHNL5A&spfreload=10> [zuletzt abgerufen am 6.8.2013].

– **(2013c).** Streit um Asylbewerberunterkunft in Hellersdorf. Aus: RBB AKTUELL vom 9.7.2013. Online verfügbar unter: <https://www.youtube.com/watch?v=HWYrC55IMZc&spfreload=10> [zuletzt abgerufen am 6.8.2013].

– **(2013d).** Aktuelle Situation Flüchtlingsheim Hellersdorf. Aus: Berliner Abendschau vom 21.8.2013. Produktions-Nummer: 1332101034.

– **(2013e).** BVV Marzahn-Hellersdorf setzt sich für Flüchtlinge ein. Bericht von Inforadio (RBB) vom 12.7.2013. Archiv-Nr.: D058884.

– **(2013f)**. RBB Klartext Spezial. Streit um Asylbewerber. Sendung vom 21.8.2013. Online verfügbar unter: <https://www.youtube.com/watch?v=5VuUVfvKuY4> [zuletzt abgerufen am 6.8.2018].

– **(2013g)**. Bezirk Hellersdorf informierte über umstrittenes Flüchtlingsheim. Bericht von Inforadio (RBB) vom 4.9.2013. Archiv-Nr.: D061711.

– **(2013h)**. Alltag im Flüchtlingsheim Hellersdorf. Bericht von Inforadio (RBB) vom 27.9.2013. Archiv-Nr.: D061660.

REFUGEEENTACTION (2013a). Aktionskreis Unabhängiger Non-Citizen Kämpfe: Ankündigung der Auflösung. Veröffentlicht am 9.9.2013. Online zuletzt abgerufen – jedoch nicht mehr verfügbar – am 2.8.2018 unter: <http://www.refugeentaction.net/index.php?Itemid=117&lang=de>.

– **(2013b)**. Aufruf an alle Flüchtlinge. Veröffentlicht am 31.8.2012. Online zuletzt abgerufen – jedoch nicht mehr verfügbar – am 2.8.2018 unter: http://www.refugeentaction.net/index.php?option=com_content&view=article&id=38:aufruf-an-alle-fluechtlinge&catid=16:news&Itemid=132&lang=de.

ROUHS, MANFRED (2013). Redebeitrag auf einer Kundgebung von Pro Deutschland am 21.8.2013 in Berlin-Hellersdorf. (Transkription einer unveröffentlichten Audio-Datei des Apabiz.)

SÄCHSISCHE ZEITUNG (2013). Hellersdorf wird Thema im Berliner Senat. Zu den Protesten gegen das Flüchtlingsheim will die Opposition eine Debatte im Innenausschuss. dpa-Nachricht. Veröffentlicht am 26.8.2013. Online verfügbar unter: <http://www.sz-online.de/nachrichten/hellersdorf-wird-thema-im-berliner-senat-2648507.html> [zuletzt abgerufen am 2.8.2018].

SCHMIDTKE, SEBASTIAN (2013a). Redebeitrag auf einer NPD-Kundgebung am 11.9.2013 in Marzahn-Hellersdorf. (Transkription einer unveröffentlichten Audio-Datei des Apabiz.)

SCHMIDTKE, SEBASTIAN (2013b). Redebeitrag auf einer NPD-Kundgebung am 24.8.2013 in Berlin-Hellersdorf. (Transkription einer unveröffentlichten Audio-Datei des Apabiz.)

SEIDENSTICKER, LARS (2013). Redebeitrag einer Kundgebung von Pro Deutschland am 21.8.2013 in Berlin-Hellersdorf. (Transkription einer unveröffentlichten Audio-Datei des Apabiz.)

SENATSWERWALTUNG FÜR INNERES UND SPORT (HG.) (2014). *Verfassungsschutzbericht 2013* [für das Land Berlin; J.H.]. Online verfügbar unter: https://www.berlin.de/sen/inneres/verfassungsschutz/publikationen/verfassungsschutzberichte/verfassungsschutzbericht_2014.pdf [zuletzt abgerufen am 5.8.2018].

SEYDEL, LUISA (2014). Interview mit Luisa Seydel von der Initiative »Hellersdorf hilft«. »Die Heimgegner haben sich nicht in Luft aufgelöst«. Interview des RBB. Veröffentlicht am 17.8.2014. Online zuletzt abgerufen – jedoch nicht mehr verfügbar – am 25.2.2017 unter: <http://www.rbb-online.de/politik/thema/fluechtlinge/berlin/alte-beitraege/berliner-initiative-hellersdorf-hilf-interview.html>.

SOLIDARITÄTSNETZWERK (2013a). 27.07.13 ab 13 Uhr: Kiez-Spaziergang in Marzahn-Hellersdorf. Pressemitteilung des Solidaritätsnetzwerkes Marzahn-Hellersdorf. Online verfügbar unter: http://fluechtlingsrat-berlin.de/news_termine/kiez-spaziergang-in-marzahn-hellersdorf/ [zuletzt abgerufen am 8.12.2019].

– **(2013b)**. Pressemitteilung des Solidaritätsnetzwerkes zu antirassistischen Perspektiven in Berlin-Hellersdorf. Pressemitteilung vom 7.9.2013. Online verfügbar unter: <http://infoportalhellersdorf.blogspot.de/2013/09/07/pressemitteilung-des-solidaritaetsnetzwerkes-zu-antirassistischen-perspektiven-in-berlin-hellersdorf/> [zuletzt abgerufen am 2.8.2018].

SOZIALISTISCHE LINKE (2013). Flugblattaktion zur Flüchtlingsunterkunft in Hellersdorf. Veröffentlicht am 10.8.2013. Online zuletzt abgerufen – jedoch nicht mehr verfügbar – am 24.3.2017 unter: <https://linksunten.indymedia.org/de/node/92280>.

SPD MAHE (2013). Zur Einwohnerversammlung am Dienstag, den 9.7.2013, äußert sich die SPD Marzahn-Hellersdorf wie folgt. Pressemeldung der SPD Marzahn-Hellersdorf. Veröf-

fentlicht am 11.7.2013. Online verfügbar unter: <http://www.iris-spranger.de/aktuelles/page/14> [zuletzt abgerufen am 6.12.2019].

SPI (2013). Einrichtung von Notunterkünften für Flüchtlinge: Berlinweite Strategie für einen sachlichen Dialog notwendig. Pressemitteilung des Sozialpädagogischen Instituts Berlin. Veröffentlicht am 12.7.2013. Online zuletzt abgerufen – jedoch nicht mehr verfügbar – am 3.8.2015 unter: <http://www.mbt-ostkreuz.de/ostkreuz/mbt/aktuelles/Dateien/PM-Notunterkuenfte-des-MBTs-Ostkreuz.pdf>.

– **(2014) (Hg.).** »Warum ausgerechnet hier?!« *Community Communication: Dialogische Konfliktbearbeitung im Gemeinwesen*. Online verfügbar unter: <http://mbt-berlin.de/mbt/publikationen/Broschueren/5-Community-Communication.pdf> [zuletzt abgerufen am 2.8.2018].

SPIEGEL (2011). Populismus-Offensive. Union macht auf Sarrazin. Artikel von Florian Gathmann und Anna Reimann. Veröffentlicht am 10.3.2011. Online verfügbar unter: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/populismus-offensive-union-macht-auf-sarrazin-a-750066.html> [zuletzt abgerufen am 2.8.2018].

– **(2013a).** Streit um Asylbewerberheim in Berlin. Der überforderte Kiez. Artikel von Christina Hebel. Veröffentlicht am 13.7.2013. Online verfügbar unter: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/berlin-streit-um-geplantes-asylbewerberheim-in-hellersdorf-a-910964.html> [zuletzt abgerufen am 2.8.2018].

– **(2013b).** Streit über Asylbewerberheim in Berlin. »Haut ab«. Artikel von Anna-Lena Roth. Veröffentlicht am 21.8.2013. Online verfügbar unter: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/streit-um-neues-asylbewerberheim-in-berlin-eskaliert-a-917669.html> [zuletzt abgerufen am 2.8.2018].

– **(2013c).** Streit über Asylbewerberheim. Die Ausländerfeinde von Berlin. Artikel von Anna-Lena Roth. Veröffentlicht am 21.8.2013. Online verfügbar unter: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/berliner-asylbewerberheim-in-hellersdorf-proteste-von-pro-deutschland-a-917845.html> [zuletzt abgerufen am 2.8.2018].

– **(2013d).** Proteste in Schneeberg. Flüchtlinge rein, Nazis raus! Artikel von Christina Hebel. Veröffentlicht am 17.11.2013. Online verfügbar unter: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/proteste-gegen-fluechtlinge-schneeberg-kaempft-um-seinen-ruf-a-934038.html> [zuletzt abgerufen am 21.11.2017].

– **(2013e).** Druck aus Deutschland. EU plant Visazwang für Balkanländer. Veröffentlicht am 8.4.2013. Online verfügbar unter: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/balkan-staaten-eu-befuerwortet-aufhebung-der-visafreiheit-a-893238.html> [zuletzt abgerufen am 2.8.2018].

– **(2013f).** Proteste gegen Abschiebung. Wie Hamburg den Lampedusa-Flüchtlingen helfen kann. Artikel von Maximilian Popp und Carolin Wiedemann. Veröffentlicht am 7.11.2013. Online verfügbar unter: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/hamburg-hat-drei-optionen-mit-lampedusa-fluechtlinge-umzugehen-a-931955.html> [zuletzt abgerufen am 2.8.2018].

– **(2015).** Doppelt so viele Opfer rechtsextremer Gewalt wie angenommen. Veröffentlicht am 29.6.2015. Online verfügbar unter: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/rechtsextrem-e-gewalt-brandenburg-muss-zahl-korrigieren-a-1041241.html> [zuletzt abgerufen am 14.8.2018].

SPIEGEL TV (2013). Comeback des hässlichen Deutschen – Proteste gegen Asylbewerber. In: Spiegel TV vom 25.8.2013. Online verfügbar unter: <https://www.spiegel.tv/videos/149333-sendung-vom-25082013> [zuletzt abgerufen am 6.8.2013].

STANDARD (2013). Rassismus gegen Asylwerber: »Die Neger sollen nach Hause fahren«. Artikel von Birgit Baumann. Veröffentlicht am 23.8.2013. Online verfügbar unter: <http://derstandard.at/1376534375838/Die-Neger-sollen-nach-Hause-fahren> [zuletzt abgerufen am 2.8.2018].

STEFANOWITSCH, ANATOL (2012). Flüchtlinge und Geflüchtete. Veröffentlicht am 1.12.2012. Online verfügbar unter: <http://www.sprachlog.de/2012/12/01/fluechtlinge-und-gefluechte-te/> [zuletzt abgerufen am 2.8.2018].

STEINMAIER, DANIEL (2013). Überhören war gestern. In: Pro Asyl (Hg.), *Tag des Flüchtlings 2013* (36-38). Online verfügbar unter: https://www.proasyl.de/wp-content/uploads/2015/12/PRO_ASYL_Broschuere_TdF2013.pdf [zuletzt abgerufen am 5.8.2018].

SÜDDEUTSCHE ZEITUNG (2012). Sinti und Roma aus Serbien und Mazedonien. »Sie versuchen hier zu überleben.« Artikel von Antonie Rietzschel. Veröffentlicht am 25.10.2012. Online verfügbar unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/sinti-und-roma-aus-serbien-und-mazedonien-sie-versuchen-hier-zu-ueberleben-1.1506150> [zuletzt abgerufen am 2.8.2018].

– **(2013a).** Streit um Flüchtlingscamp in Berlin. Willkommen in der nächsten Runde der Asyldebatte. Artikel von Constanze von Bullion. Veröffentlicht am 12.7.2013. Online verfügbar unter: <http://www.sueddeutsche.de/panorama/streit-um-fluechtlingcamp-in-berlin-willkommen-in-der-naechsten-runde-der-asyldebatte-1.1719658> [zuletzt abgerufen am 2.8.2018].

– **(2013b).** Asylstreit in Berlin. Empfang mit Hitlergruß. Artikel von Antonie Rietzschel. Veröffentlicht am 21.8.2013. Online verfügbar unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/asylstreit-in-berlin-empfang-mit-hitlergruss-1.1751180> [zuletzt abgerufen am 2.8.2018].

– **(2013c).** Flüchtlingspolitik in Deutschland. Eine Schande. Kommentar von Constanze von Bullion. Veröffentlicht am 22.8.2013. Online verfügbar unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/fluechtlingpolitik-in-deutschland-eine-schande-1.1751795> [zuletzt abgerufen am 2.8.2018].

– **(2013d).** »Da herrscht Krieg«. Artikel von Antonie Rietzschel. Veröffentlicht am 24.8.2013. Online verfügbar unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/npd-kundgebung-in-marzahnhellersdorf-da-herrscht-krieg-1.1753876> [zuletzt abgerufen am 31.8.2018].

– **(2018).** Das sind die sieben neuen Ankerzentren in Bayern. Artikel von Andreas Glas, Claudia Henzler, Matthias Köpf und Christian Rost. Veröffentlicht am 1.8.2018. Online verfügbar unter: <https://www.sueddeutsche.de/bayern/ankerzentren-bayern-1.4075073> [zuletzt abgerufen am 1.10.2018].

TAGESSCHAU (2013). Tagesschau: Eine Menschenkette für die Flüchtlinge in Berlin-Hellersdorf. Tagesschau-Beitrag vom 5.10.2013. Online verfügbar unter: https://www.youtube.com/watch?v=9zQpPAIX_EU&spfreload=10 [zuletzt abgerufen am 2.8.2018].

TAGESSPIEGEL (2011). Umstrittene Äußerungen. Anzeigen gegen Horst Seehofer. Artikel von Sebastian Beckerich. Veröffentlicht am 10.3.2011. Online verfügbar unter: <http://www.tagesspiegel.de/politik/umstrittene-aeusserungen-anzeigen-gegen-horst-seehofer/3937410.html> [zuletzt abgerufen am 3.8.2018].

– **(2013a).** Flüchtlinge in Berlin-Hellersdorf. Rechtspopulisten wollen in Linkenhochburgen demonstrieren. Artikel von von Tanja Buntrock, Sandra Dassler, Hannes Heine, Annette Kögel und Stefan Kuhfs. Veröffentlicht am 21.8.2013. Online verfügbar unter: <http://www.tagesspiegel.de/berlin/fluechtlinge-in-berlin-hellersdorf-rechtspopulisten-wollen-in-linkenhochburgen-demonstrieren/8666892.html> [zuletzt abgerufen am 2.8.2018].

– **(2013b).** Erneuter Protest gegen Asylbewerberheim in Hellersdorf. Artikel von Marie Rövekamp. Veröffentlicht am 26.10.2013. Online verfügbar unter: <http://www.tagesspiegel.de/berlin/polizei-justiz/demonstration-erneuter-protest-gegen-asylbewerberheim-in-hellersdorf/8989352.html> [zuletzt abgerufen am 2.8.2018].

– **(2013c).** Streit um Flüchtlinge. Bosbach fordert Krisentreffen zur Unterbringung von Asylbewerbern. afp-Meldung. Veröffentlicht am 21.8.2013. Online verfügbar unter: <http://www.tagesspiegel.de/politik/streit-um-fluechtlinge-bosbach-fordert-krisentreffen-zur-unterbringung-von-asylbewerbern/8668030.html> [zuletzt abgerufen am 2.8.2018].

– **(2013d)**. Asylbewerber aus Palästina. »Ich gehe nicht nach Hellersdorf zurück«. Veröffentlicht am 25.8.2013. Online verfügbar unter: <https://www.tagesspiegel.de/berlin/asylbewerb-er-aus-palaestina-ich-gehe-nicht-nach-hellersdorf-zurueck/8688272.html> [zuletzt abgerufen am 9.9.2018].

Taz (2013a). Asylbewerberheim in Hellersdorf. Lichtenhagen lässt grüßen. Artikel von Sebastian Erb. Veröffentlicht am 10.7.2013. Online verfügbar unter: <https://taz.de/Asylbewerberheim-in-Hellersdorf/!5063485/> [zuletzt abgerufen am 8.12.2019].

– **(2013b)**. Protest gegen Asylbewerberheim. Pogromstimmung in Hellersdorf. Artikel von Marina Mai. Veröffentlicht am 10.7.2013. Online verfügbar unter: <https://taz.de/Protest-gegen-Asylbewerberheim/!5063497/> [zuletzt abgerufen am 8.12.2019].

– **(2013c)**. Notunterkunft für Flüchtlinge. Rechter Mob stört in Hellersdorf. dpa-Meldung. Veröffentlicht am 10.7.2013. Online verfügbar unter: <https://taz.de/Notunterkunft-fuer-Fluechtlinge/!5063526/> [zuletzt abgerufen am 8.12.2019].

– **(2013d)**. »Wir wurden mit Applaus empfangen«. Interview der Taz mit Luisa S. Veröffentlicht am 7.10.2013. Interviewerin*: Marina Mai. Online verfügbar unter: <http://www.taz.de/!443910/> [zuletzt abgerufen am 2.8.2018].

– **(2013e)**. Kommentar Proteste gegen Asylbewerber. Eine explosive Mischung. Kommentar von Daniel Bax. Veröffentlicht am 20.8.2013. Online verfügbar unter: <https://taz.de/Kommentar-Proteste-gegen-Asylbewerber/!5060857/> [zuletzt abgerufen am 8.12.2019].

– **(2013f)**. Flüchtling über Asylheim in Hellersdorf. »Ein verstörender Ort«. Interview der Taz mit Karim H. Interviewer*: Konrad Litschko. Veröffentlicht am 21.8.2013. Online verfügbar unter: <https://taz.de/Fluechtling-ueber-Asylheim-in-Hellersdorf/!5060799/> [zuletzt abgerufen am 8.12.2019].

– **(2016)**. Ein Jahr Lageso-Krise in Berlin. Flüchtige Hilfe. Artikel von Uta Schleiermacher. Veröffentlicht am 15.8.2016. Online verfügbar unter: <https://taz.de/Ein-Jahr-Lageso-Krise-in-Berlin/!5324157/> [zuletzt abgerufen am 8.12.2019].

TV BERLIN (2013). Situation am Flüchtlingsheim Hellersdorf. Sendung von TV.Berlin vom September 2013. Veröffentlicht auf YouTube am 27.9.2013. Online verfügbar unter: <https://www.youtube.com/watch?v=2GI1tm1Xlzw&spreload=105> [zuletzt abgerufen am 3.8.2018].

VOIGT, UDO (2013). Redebeitrag auf einer NPD-Kundgebung vom 11.9.2013. (Transkription einer unveröffentlichten Audio-Datei des Apabiz.)

WELT (2011). EU verschärft Visa-Bedingungen für Balkan-Länder. Artikel von Stefanie Bolzen. Veröffentlicht am 24.5.2011. Online verfügbar unter: <https://www.welt.de/politik/ausland/article13390138/EU-verschaerft-Visa-Bedingungen-fuer-Balkan-Laender.html> [zuletzt abgerufen am 3.8.2018].

– **(2013a)**. Innenminister will Armutsfüchtlinge stoppen. Artikel von Katharina James. Veröffentlicht am 25.4.2013. Online verfügbar unter: <https://www.welt.de/politik/deutschland/article115607185/Innenminister-will-Armutsfuechtlinge-stoppen.html> [zuletzt abgerufen am 3.8.2018].

– **(2013b)**. Bannmeile soll Asylbewerber in Berlin schützen. Veröffentlicht am 21.8.2013. Online verfügbar unter: <https://www.welt.de/politik/deutschland/article119259885/Bannmeile-soll-Asylbewerber-in-Berlin-schuetzen.html> [zuletzt abgerufen am 3.8.2018].

– **(2013c)**. Zahl der Asylbewerber steigt 2012 drastisch. Artikel von Manuel Bewarder. Veröffentlicht am 14.1.2013. Online verfügbar unter: <https://www.welt.de/politik/deutschland/article112762386/Zahl-der-Asylbewerber-steigt-2012-drastisch.html> [zuletzt abgerufen am 3.8.2018].

– **(2016a)**. Die Flüchtlingsunterkunft zwischen den Villen. Artikel von Philipp Woldin. Veröffentlicht am 14.9.2016. Online verfügbar unter: <https://www.welt.de/regionales/hamburg/article158122187/Die-Fluechtlingsunterkunft-zwischen-den-Villen.html> [zuletzt abgerufen am 3.8.2018].

– **(2016b)**. Deutschland korrigiert Flüchtlingszahl für 2015. Veröffentlicht am 30.9.2016. Online verfügbar unter: <https://www.welt.de/politik/deutschland/article158465433/Deutschland-korrigiert-Fluechtlingszahl-fuer-2015.html> [zuletzt abgerufen am 3.8.2018].

– **(2018)**. Das wollen Union und SPD in der Zuwanderungspolitik ändern. Artikel von Marcel Leubecher. Veröffentlicht am 7.2.2018. Online verfügbar unter: <https://www.welt.de/politik/deutschland/article173291387/GroKo-Einigung-Das-wollen-Union-und-SPD-in-der-Zuwanderungspolitik-aendern.html> [zuletzt abgerufen am 1.10.2018].

WHITE CHARITY (2011). *White Charity. Schwarzsein und Weißsein auf Spendenplakaten*. Ein Film von Carolin Philipp und Timo Kiesel mit Animationen von Jana Döll. Veröffentlicht am 2.12.2011. Online verfügbar unter: <https://www.youtube.com/watch?v=kUSMh8kV-xw&spfreload=10> [zuletzt abgerufen am 5.8.2018].

WIKIPEDIA (2017a). Stichworteintrag in der Wikipedia »Bezirk Marzahn-Hellersdorf«. Online verfügbar unter: https://de.wikipedia.org/wiki/Bezirk_Marzahn-Hellersdorf [zuletzt abgerufen am 20.9.2017].

– **(2017b)**. Stichworteintrag in der Wikipedia »Bezirk Pankow«. Online verfügbar unter: https://de.wikipedia.org/wiki/Bezirk_Pankow [zuletzt abgerufen am 20.9.2017].

WITTIG, HARTMUT (2013a). Berliner Pfarrer über den Streit um Hellersdorfer Flüchtlingsheim »Im Ausnahmezustand«. Interview von Domradio.de mit Hartmut Wittig. Veröffentlicht am 22.8.2013. Online verfügbar unter: <https://www.domradio.de/themen/soziales/2013-08-22/berliner-pfarrer-ueber-den-streit-um-hellersdorfer-fluechtlingsheim> [zuletzt abgerufen am 31.7.2018].

– **(2013b)**. Interview von Radio Eins mit Hartmut Wittig. Gesendet am 20.8.2013. Online zuletzt abgerufen – jedoch nicht mehr verfügbar – am 25.6.2015 unter: <http://www.ev-kirche-hellersdorf.de/index.php?id=35>.

– **(2013c)**. Studiogespräch des RBB mit Hartmut Wittig. Gesendet am 25.8.2013 in der Berliner Abendschau. Archiv-Nr.: BLN22802.

WÖHRLE, CHRISTOPH (2012). Deutschland: Asyldebatte und Flüchtlingsproteste. Veröffentlicht am 10.12.2012. Online verfügbar unter: <http://www.bpb.de/gesellschaft/migration/newsletter/151225/asyldebatte-und-fluechtlingsproteste> [zuletzt abgerufen am 3.8.2018].

WOWEREIT, KLAUS (2013). Tumulte bei Bürgerversammlung – Wowereit mahnt zur Besonnenheit. Pressemitteilung des Regierenden Bürgermeisters/Senatskanzlei. Veröffentlicht am 10.7.2013. Online verfügbar unter: <https://www.berlin.de/rbmskzl/aktuelles/pressemitteilungen/2013/pressemitteilung.54543.php> [zuletzt abgerufen am 25.4.2016].

– **(2014)**. Klaus Wowereit – die besten Zitate. Arm, sexy, schwul, mutig – dit is Berlin. Artikel von Wolfgang Kumpfe. Veröffentlicht am 26.8.2014. Online verfügbar unter: <http://www.tagesspiegel.de/berlin/klaus-wowereit-die-besten-zitate-arm-sexy-schwul-mutig-dit-is-berlin/10610608.html> [zuletzt abgerufen am 3.8.2018].

WUHLETAL (2013). Flüchtlingsunterkunft in der Carola-Neher-Straße. In: Wuhletal Journal. Mitgliederzeitschrift 2/2013, 9-10. Online verfügbar unter: https://www.wg-wuhletal.de/wp-content/uploads/2017/11/wuhletal_journal_1302.pdf [zuletzt abgerufen am 5.8.2018].

WUTLOG – WEBLOG DER PROJEKTWERKSTATT WUT (o.J. a). Chronik Hellersdorf und Marzahn: 7.7.2013. Online verfügbar unter: https://suburbanhell.org/chronik?from%5Bvalue%5D%5Bdate%5D=7.7.13&to%5Bvalue%5D%5Bdate%5D=7.7.13&body_value=&sort_by=field_incident_date_value&sort_order=DESC [zuletzt abgerufen am 5.8.2018].

– **(o.J. b)**. Chronik Hellersdorf und Marzahn: 9.7.2013. Online verfügbar unter: https://suburbanhell.org/chronik?from%5Bvalue%5D%5Bdate%5D=9.7.13&to%5Bvalue%5D%5Bdate%5D=9.7.13&body_value=&sort_by=field_incident_date_value&sort_order=DESC [zuletzt abgerufen am 5.8.2018].

– **(o.J. c)**. Chronik Hellersdorf und Marzahn: 10.7.-18.8.2013. Online verfügbar unter: https://suburbanhell.org/chronik?from%5Bvalue%5D%5Bdate%5D=10.7.13&to%5Bvalue%5D%5Bdate%5D=18.8.13&body_value=&sort_by=field_incident_date_value&sort_order=DESC&page=3 [zuletzt abgerufen am 5.8.2018].

– **(o.J. d)**. Chronik Hellersdorf und Marzahn: 9.8.2013. Online verfügbar unter: https://suburbanhell.org/chronik?from%5Bvalue%5D%5Bdate%5D=9.8.13&to%5Bvalue%5D%5Bdate%5D=9.8.13&body_value=&sort_by=field_incident_date_value&sort_order=DESC [zuletzt abgerufen am 5.8.2018].

– **(o.J. e)**. Chronik Hellersdorf und Marzahn: 22.7.2013. Online verfügbar unter: https://suburbanhell.org/chronik?from%5Bvalue%5D%5Bdate%5D=22.7.13&to%5Bvalue%5D%5Bdate%5D=22.7.13&body_value=&sort_by=field_incident_date_value&sort_order=DESC [zuletzt abgerufen am 5.8.2018].

– **(o.J. f)**. Chronik Hellersdorf und Marzahn: 19.8.-31.10.2013. Online verfügbar unter: https://suburbanhell.org/chronik?from%5Bvalue%5D%5Bdate%5D=19.8.13&to%5Bvalue%5D%5Bdate%5D=31.10.13&body_value=&sort_by=field_incident_date_value&sort_order=DESC&page=5 [zuletzt abgerufen am 5.8.2018].

– **(o.J. g)**. Chronik Hellersdorf und Marzahn: 11.9.-12.9.2013. Online verfügbar unter: https://suburbanhell.org/chronik?from%5Bvalue%5D%5Bdate%5D=11.9.13&to%5Bvalue%5D%5Bdate%5D=12.9.13&body_value=&sort_by=field_incident_date_value&sort_order=DESC [zuletzt abgerufen am 5.8.2018].

– **(o.J. h)**. Chronik Hellersdorf und Marzahn: 4.9.2013. Online verfügbar unter: https://suburbanhell.org/chronik?from%5Bvalue%5D%5Bdate%5D=4.9.13&to%5Bvalue%5D%5Bdate%5D=4.9.13&body_value=&sort_by=field_incident_date_value&sort_order=DESC [zuletzt abgerufen am 5.8.2018].

– **(o.J. i)**. Chronik Hellersdorf und Marzahn: 1.11.-31.12.2013. Online verfügbar unter: https://suburbanhell.org/chronik?from%5Bvalue%5D%5Bdate%5D=1.11.13&to%5Bvalue%5D%5Bdate%5D=31.12.13&body_value=&sort_by=field_incident_date_value&sort_order=DESC [zuletzt abgerufen am 5.8.2018].

ZASOWK, RONNY (2013). Redebeitrag auf einer NPD-Kundgebung vom 24.8.2013 in Hellersdorf. (Transkription einer unveröffentlichten Audio-Datei des Apabiz.)

ZEIT (2012a). Friedrich will Asylbewerbern weniger Bargeld zahlen. Meldung von AFP, dpa und dapd. Veröffentlicht am 13.10.2012. Online verfügbar unter: <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2012-10/friedrich-asylbewerber> [zuletzt abgerufen am 3.8.2018].

– **(2012b)**. CDU-Politiker will christliche Flüchtlinge bevorzugen. dpa-Pressemeldung. Veröffentlicht am 24.8.2012. Online verfügbar unter: <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2012-08/syrien-fluechtlinge-aufnahme> [zuletzt abgerufen am 3.8.2018].

– **(2013a)**. Asylbewerberheim. Hellersdorf und die 400 Fremden. Artikel von Christian Bangel. Veröffentlicht am 11.7.2013. Online verfügbar unter: <http://www.zeit.de/gesellschaft/2013-07/asylbewerberheim-berlin-hellersdorf/komplettansicht> [zuletzt abgerufen am 3.8.2018].

– **(2013b)**. Asylbewerberheim. Hellersdorf sehnt sich nach Ruhe. Artikel von Elisabeth Gamperl. Veröffentlicht am 28.8.2013. Online verfügbar unter: <http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2013-08/berlin-hellersdorf-asylbewerberheim-demonstrationen-reportage> [zuletzt abgerufen am 3.8.2018].

– **(2013c)**. Protestwelle schreibt Geschichte. Artikel von Caro Lobig. Veröffentlicht am 23.2.2013. Online verfügbar unter: https://blog.zeit.de/stoerungsmelder/2013/02/23/protestwelle-schreibt-geschichte_11571 [zuletzt abgerufen am 3.8.2018].

– **(2015)**. Rostock-Lichtenhagen: Als aus Vietnamesen Fidschis wurden. Artikel von Esther Diestelmann. Veröffentlicht am 26.8.2015. Online verfügbar unter: <https://www.zeit.de/politik/>

deutschland/2015-08/rostock-lichtenhagen-anschlag-fluechtlingsheim-rassismus-kaum-verbesserung-wolfgang-richter [zuletzt abgerufen am 3.8.2018].

ZITTY (2013). Hellersdorf. Die Angst vor anderen. Veröffentlicht am 30.7.2013. Online verfügbar unter: <https://www.zitty.de/die-angst-vor-anderen/> [zuletzt abgerufen am 2.8.2018].

Literatur¹⁰⁹

AG SPRACHE (2012). Paternalismus als migrationsgesellschaftliches Herrschaftsverhältnis in der Erwachsenenbildung. In: *Die Gaste*, Ausgabe 21 / März-April 2012. Online verfügbar unter: <http://www.diegaste.de/gaste/diegaste-sayi2110almanca.html> [zuletzt abgerufen am 5.8.2018].

AITHAL, VATHSALA (2004). *Von den Subalternen lernen. Frauen in Indien im Kampf um Wasser und soziale Transformation.* Königstein/Ts.: Helmer.

ALLPORT, GORDON W. (1971 [1954]). *Die Natur des Vorurteils.* Köln: Kiepenheuer & Witsch.

ALMOND, GABRIEL A. & VERBA, SIDNEY (1963). *The Civic Culture. Political Attitudes and Democracy in Five Nations.* Princeton, New Jersey: Princeton University Press.

ATTIA, IMAN (2009). Diskurse des Orientalismus und antimuslimischen Rassismus in Deutschland. In: Claus Melter & Paul Mecheril (Hg.), *Rassismuskritik. Band 1: Rassismustheorie und -forschung* (146-162). Schwalbach/Ts.: Wochenschau.

BALIBAR, ETIENNE (1990 [1988]). Gibt es einen »Neo-Rassismus«? In: ders. & Immanuel Wallerstein, *Rasse, Klasse Nation. Ambivalente Identitäten* (23-38). Hamburg: Argument.

BECKER, MARIA (2015). *Der Asyldiskurs in Deutschland. Eine medienlinguistische Untersuchung von Presstexten, Onlineforen und Polit-Talkshows.* Frankfurt/M.: Internationaler Verlag der Wissenschaften.

BEVER, ARLEN; BRODOWSKI, MICHAEL; HENSSLER, VERA; MISBACH, ELÈNE & STAPFFINNÉ, HEINZ (2015). *Sozialräumliche Demokratieentwicklung. Das Beispiel Marzahn-Hellersdorf.* Berlin: Logos.

BIBOUCHE, SEDDIK & HELD, JOSEF (2009). Rechtsextreme Dynamiken in der politischen Kultur. Zur sinnvollen Verbindung von quantitativen und qualitativen Methoden am Beispiel eines Forschungsprojekts. In: Claus Melter & Paul Mecheril (Hg.), *Rassismuskritik. Band 1: Rassismustheorie und -forschung* (258-276). Schwalbach/Ts.: Wochenschau.

BIELEFELD, ULI (HG.) (1991). *Das Eigene und das Fremde. Neuer Rassismus in der alten Welt?* Hamburg: Junius.

BOJADŽIJEV, MANUELA (2006). Verlorene Gelassenheit. Eine Genealogie der Integration. Die Geschichte des deutschen Migrationsregimes als Geschichte der Kämpfe. In: *Kurswechsel.* Veröffentlicht am 28.9.2006. Online verfügbar unter: <http://www.linksnet.de/de/artikel/20122> [zuletzt abgerufen am 5.8.2018].

BORSTEL, DIRK & HEINRICH, GUDRUN (2010). Möglichkeiten erfolgreicher Auseinandersetzungen mit dem Rechtsextremismus im ländlichen Raum. In: Hubertus Buchstein & Gudrun Heinrich (Hg.), *Rechtsextremismus in Ostdeutschland. Demokratie und Rechtsextremismus im ländlichen Raum* (507-520). Schwalbach/Ts.: Wochenschau.

Bosančić, Saša (2016). Unveröffentlichte PowerPoint-Präsentation im Rahmen der Spring-school Diskursanalyse am Lehrstuhl für Soziologie (Reiner Keller) der Universität Augsburg vom März 2016.

BOURDIEU, PIERRE (2003 [1980]). *Sozialer Sinn. Kritik der theoretischen Vernunft.* Frankfurt/M.: Suhrkamp.

BRÜSEMEISTER, THOMAS (2008). *Qualitative Forschung. Ein Überblick* (2., überarb. Auflage). Wiesbaden: VS.

¹⁰⁹ Die Textnachweise sind grundsätzlich nach für die Untersuchung verwendeten Materialien einerseits (das sind in erster Linie Zeitungsartikel und für die Analyse verwendete Quellen, siehe S. 213ff.) sowie verwendeter Fachliteratur andererseits aufgeteilt. In einigen wenigen Fällen war die Zuordnung dabei nicht eindeutig.

BUNDSCHUH, STEPHAN (2010). Zum Verhältnis von Rassismus und Rechtsextremismus. In: *Überblick*, 16. Jg., Nr. 4, 4-7. Online verfügbar unter: https://www.ida-nrw.de/fileadmin/user_upload/ueberblick/Ueberblick_4_10.pdf [zuletzt abgerufen am 30.8.2018].

BUTTERWEGGE, CHRISTOPH (1996). *Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt. Erklärungsmodelle in der Diskussion*. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.

– (2000). Entschuldigungen oder Erklärungen für Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt? – Bemerkungen zur Diskussion über die Entstehungsursachen eines unbegriffenen Problems. In: ders. & Georg Lohmann (Hg.), *Jugend, Rechtsextremismus und Gewalt. Analyse und Argumente* (13-36). Opladen: Leske + Budrich.

– & **HENTGES, GUDRUN (Hg.) (2006).** *Massenmedien, Migration und Integration. Herausforderungen für Journalismus und politische Bildung* (2., korr. und akt. Auflage). Wiesbaden: VS.

CASTRO VARELA, MARÍA DO MAR & DHAWAN, NIKITA (2005). *Postkoloniale Theorie. Eine kritische Einführung*. Bielefeld: transcript.

CHRIST, OLIVER & WAGNER, ULRICH (2006). Interkulturelle Kontakte und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. In: Wilhelm Heitmeyer (Hg.), *Deutsche Zustände. Folge 6* (154-168). Frankfurt/M.: Suhrkamp.

DECKER, OLIVER & BRÄHLER, ELMAR (unter Mitarbeit von Normen Geißler) (2006). *Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland*. Berlin: Wagemann Medien GmbH.

DECKER, OLIVER; KIESS, JOHANNES; EGGERS, EVA & BRÄHLER, ELMAR (2016). Die »Mitte«-Studie 2016: Methode, Ergebnisse und Langzeitverlauf. In: Oliver Decker, Johannes Kies & Elmar Brähler (Hg.), *Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellung in Deutschland. Die Leipziger »Mitte«-Studie 2016* (2. Auflage) (23-66). Gießen: Psychosozial-Verlag.

DIERBACH, STEFAN (2010). *Jung – rechts – unpolitisch? Die Ausblendung des Politischen im Diskurs über rechte Gewalt*. Bielefeld: transcript.

DIETRICH, ANETTE (2010). Critical Whiteness Studies als Ansatz zur Analyse und Kritik von Rassismus? In: Adibeli Nduka-Agwu & Antje Lann Hornscheidt (Hg.), *Rassismus auf gut Deutsch. Ein kritisches Nachschlagewerk zu rassistischen Sprachhandlungen* (387-395). Frankfurt/M.: Brandes & Apsel.

DIETZE, GABRIELE (2009). Critical Whiteness Theory und Kritischer Okzidentalismus. Zwei Figuren hegemonialer Selbstreflexion. In: Martina Tißberger, Gabriele Dietze, Daniela Hrzán & Jana Husmann-Kastein (Hg.), *Weiß – Weißsein – Whiteness. Kritische Studien zu Gender und Rassismus* (219-247). Frankfurt/M.: Peter Lang.

DORN, BEA; MEYER, SILKE; PILZ, DESIRÉE; SISCHKA, KERSTIN; BLANKE, MORITZ; BORSTEL, DIERK & OTTO, PHILIPP (2003). *Rechtsextremismus und demokratiegefährdende Phänomene in Berlin-Marzahn-Hellersdorf und Möglichkeiten der Intervention. Eine Kommunalanalyse im Berliner Bezirk Marzahn-Hellersdorf*. Online verfügbar unter: http://www.stefan-ziller.eu/wp-content/uploads/2003/Studie-Marzahn-Hellersdorf_ZDK-2003.pdf [zuletzt abgerufen am 2.8.2018]

DÜNNWALD, STEPHAN (2006). *Der pädagogische Griff nach dem Fremden. Zur Haltung lokaler Initiativen gegenüber Flüchtlingen in der Bundesrepublik Deutschland*. Frankfurt/M., London: Verlag für Interkulturelle Kommunikation. Online verfügbar unter: http://www.ssoar.info/ssoar/bitstream/handle/document/10686/ssoar-2006-dunnwald-der_padagogische_griff_nach_dem.pdf?sequence=1 [zuletzt abgerufen am 27.7.2018].

– (2012). »In der Attitüde des Helfens ist eine Hierarchie eingebaut«. Interview mit Stephan Dünnwald, geführt von Matthias Weinzierl und Undine Schmidt. In: *Hinterland #20*, 18-22. Online

verfügbar unter: <http://www.hinterland-magazin.de/wp-content/uploads/2016/12/hinterland-magazin-20-18-die-attituede-des-helfens-pdf.pdf> [zuletzt abgerufen am 5.8.2018].

EGGERS, MAUREEN MAISHA; KILOMBA, GRADA; PIESCHE PEGGY & ARNDT, SUSAN (2009a [2005]) (Hg.). *Mythen, Masken und Subjekte. Kritische Weißseinsforschung in Deutschland* (2., überarb. Auflage). Münster: Unrast.

– **(2009b)**. Konzeptionelle Überlegungen. In: dies. (Hg.), *Mythen, Masken und Subjekte. Kritische Weißseinsforschung in Deutschland* (2., überarb. Auflage) (11-13). Münster: Unrast.

ENDRIKAT, KIRSTEN; SCHAEFER, DAGMAR; MANSEL, JÜRGEN & HEITMEYER, WILHELM (2002). Soziale Desintegration. Die riskanten Folgen negativer Anerkennungsbilanzen. In: Wilhelm Heitmeyer (Hg.), *Deutsche Zustände. Folge 1* (37-58). Frankfurt/M.: Suhrkamp.

ERB, RAINER & KOHLSTRUCK, MICHAEL (2016). Die Funktionen von Antisemitismus und Fremdenfeindschaft für die rechtsextreme Bewegung. In: Stephan Braun, Alexander Geisler & Martin Gerster (Hg.), *Strategien der extremen Rechten. Hintergründe – Analysen – Antworten* (2., akt. und erw. Auflage) (229-256). Wiesbaden: VS.

FLEISCHMANN, LARISSA & STEINHILPER ELIAS (2017). The Myth of Apolitical Volunteering for Refugees: German Welcome Culture and a New Dispositif of Helping. In: *Social Inclusion*, Bd. 5, H. 3, 17-27. Online verfügbar unter: https://kops.uni-konstanz.de/bitstream/handle/123456789/40158/Fleischmann_0-426369.pdf?sequence=1&isAllowed=y [zuletzt abgerufen am 5.8.2018].

FLICK, UWE; VON KARDOFF, ERNST & STEINKE, INES (2013). Was ist qualitative Forschung? Einleitung und Überblick. In: dies. (Hg.), *Qualitative Forschung. Ein Handbuch* (10. Auflage) (13-29). Reinbek: Rowohlt.

FOUCAULT, MICHEL (1980). *Truth and Power*. In: *Power/Knowledge: Selected Interviews and Other Writings 1972-1977* (109-133). New York: Pantheon Books.

GANDHI, LEELA (1998). *Postcolonial Theory. A critical Introduction*. Edinburgh: Edinburgh University Press.

GEISLER, ALEXANDER; BRAUN, STEPHAN & GERSTER, MARTIN (HG.) (2016). Strategien der extremen Rechten – Einleitende Betrachtungen. In: Stephan Braun, Alexander Geisler & Martin Gerster (Hg.), *Strategien der extremen Rechten. Hintergründe – Analysen – Antworten* (2., akt. und erw. Auflage) (11-35). Wiesbaden: VS.

GEORG, EVA & DÜRR, TINA (2016). »Was soll ich denn da sagen?!« Zum Umgang mit Rechtsextremismus und Rassismus im Schulalltag. Berlin: LASERLINE Druckzentrum. Online verfügbar unter: https://www.vielfalt-mediathek.de/data/bnwh_brosch_schule_vielfalt_mediathek.pdf [zuletzt abgerufen am 5.8.2018].

GLANNINGER, PETER (2009). *Rassismus und Rechtsextremismus. Rassistische Argumentationsmuster und ihre historischen Entwicklungslinien*. Frankfurt/M.: Peter Lang.

GLASER, BARNEY G. & STRAUSS, ANSELM L. (1998 [1967]). *Grounded Theory. Strategien qualitativer Forschung*. Bern, Göttingen, Toronto, Seattle: Huber.

GLORIUS, BIRGIT; SCHONDELMAYER, ANNE-CHRISTIN & DÖRFEL, ROBINSON (2018). »Wandel durch Annäherung«? Gesellschaftliche Konflikte im Kontext der Flüchtlingsunterbringung im ländlichen Sachsen. In: Simon Goebel, Thomas Fischer, Friedrich Kießling & Angela Treiber (Hg.), *FluchtMigration und gesellschaftliche Transformationsprozesse. Transdisziplinäre Perspektiven* (111-139). Wiesbaden: VS.

GOEBEL, SIMON (2017). *Politische Talkshows über Flucht. Wirklichkeitskonstruktionen und Diskurse. Eine kritische Analyse*. Bielefeld: transcript.

–; **FISCHER, THOMAS; KIESSLING, FRIEDRICH & TREIBER, ANGELIKA (HG.) (2018)**. *FluchtMigration und gesellschaftliche Transformationsprozesse. Transdisziplinäre Perspektiven*. Wiesbaden: VS.

GOEL, URMILA (2013). Ein Plädoyer für Ambivalenzen, Widersprüchlichkeiten und Mehrdeutigkeiten in der Rassismuskritik. In: Paul Mecheril, Oscar Thomas-Olalde, Claus Melter, Susanne Arens & Elisabeth Romaner (Hg.), *Migrationsforschung als Kritik? Konturen einer Forschungsperspektive* (79-92). Wiesbaden: VS.

GRUMKE, THOMAS (2016). »Sozialismus ist braun«: Rechtsextremismus, die soziale Frage und Globalisierungskritik. In: Stephan Braun, Alexander Geisler & Martin Gerster (Hg.), *Strategien der extremen Rechten. Hintergründe – Analysen – Antworten* (2., akt. und erw. Auflage) (141-159). Wiesbaden: VS.

HALL, STUART (1989 [1980]). Die Konstruktion von ›Rasse‹ in den Medien. In: ders., *Ideologie. Kultur. Rassismus. Ausgewählte Schriften 1* (150-171). Hamburg: Argument.

– **(1994a [1992]).** Der Westen und der Rest: Diskurs und Macht. In: ders., *Rassismus und kulturelle Identität. Ausgewählte Schriften 2* (137-179). Hamburg: Argument.

– **(1994b [1992]).** Neue Ethnizitäten. In: ders., *Rassismus und kulturelle Identität. Ausgewählte Schriften 2* (15-24). Hamburg: Argument.

– **(1999).** »Ein Gefüge von Einschränkungen«. Gespräch zwischen Stuart Hall und Christian Höller. In: Jan Engelmann (Hg.), *Die kleinen Unterschiede. Der Cultural Studies-Reader* (99-122). Frankfurt/M., New York: Campus.

– **(2000 [1989]).** Rassismus als ideologischer Diskurs. In: N. Rätzkel (Hg.), *Theorien über Rassismus* (7-16). Hamburg: Argument.

HÄUSLER, ALEXANDER (2018). Die AfD: Partei des völkisch-autoritären Populismus. In: ders. (Hg.), *Völkisch-autoritärer Populismus. Der Rechtsruck in Deutschland und die AfD* (9-19). Hamburg: VSA.

HAYN, EVELYN (2010). ›Entwicklung‹, ›E.-zusammenarbeit‹, ›-hilfe‹, ›-politik‹. In: Adibeli Nduka-Agwu & Antje Lann Hornscheidt (Hg.), *Rassismus auf gut Deutsch. Ein kritisches Nachschlagewerk zu rassistischen Sprachhandlungen* (106-114). Frankfurt/M.: Brandes & Apsel.

HECKMANN, FRIEDRICH (1992). *Ethnische Minderheiten, Volk und Nation. Soziologie inter-ethnischer Beziehungen*. Stuttgart: Enke.

HELD, JOSEF; BIBOUCHE, SEDDIK; DINGER, GERHARD; MERKLE, GUDRUN; SCHORK, CAROLIN & WILMS, LAURA (2008). *Rechtsextremismus und sein Umfeld. Eine Regionalstudie und die Folgen für die Praxis*. Hamburg: VSA.

HEMMELMANN, PETRA & WEGNER, SUSANNE (2016). Flüchtlingsdebatte im Spiegel von Medien und Parteien. Ein Überblick. In: *Communicatio Socialis. Zeitschrift für Medienethik und Kommunikation in Kirche und Gesellschaft*, Bd. 49, Nr. 1, 21-38. Online verfügbar unter: https://www.researchgate.net/publication/313271642_Fluechtlingsdebatte_im_Spiegel_von_Medien_und_Parteien_Ein_Ueberblick/link/59b8e7acaca272416189ed0c/download [zuletzt abgerufen am 12.12.2019].

HESS, SABINE (2011). Welcome to the Container. Zur wissenschaftlichen Konstruktion der Einwanderung als Problem. In: Sebastian Friedrich (Hg.), *Rassismus in der Leistungsgesellschaft. Analysen und kritische Perspektiven zu den rassistischen Normalisierungsprozessen der ›Sarrazindebatte‹* (40-58). Münster: edition assemblage.

– **& TSIANOS, VASSILIS (2007).** Europeanizing Transnationalism! Provincialing Europe! – Konturen eines neuen Grenzregimes. In: TRANSIT MIGRATION Forschungsgruppe (Hg.), *Turbulente Ränder. Neue Perspektiven auf Migration an den Grenzen Europas* (23-38). Bielefeld: transcript.

–; **KASPAREK, BERND; KRON, STEPHANIE; RODATZ, MATHIAS; SCHWERTL, MARIE & SONTOWSKI, SIMON (2017).** Der lange Sommer der Migration. Krise, Rekonstitution und ungewisse Zukunft des europäischen Grenzregimes. In: dies. (Hg.), *Der lange Sommer der Migration. Grenzregime III* (2., korr. Auflage) (6-24). Berlin, Hamburg: Assoziation A.

HILDENBRAND, BRUNO (2013). Anselm Strauss. In: Uwe Flick, Ernst von Kardoff & Ines Steinke (Hg.), *Qualitative Forschung. Ein Handbuch* (10. Auflage) (32-42). Reinbek: Rowohlt.

HORKHEIMER, MAX (1939). Die Juden und Europa. In: *Zeitschrift für Sozialforschung*, Jg. 8, Doppelheft 1/2, 115-137.

HORNSCHEIDT, ANTJE LANN (2010). Was ist post- und kontrakoloniale Diskursanalyse? In: dies. & Adibeli Nduka-Agwu (Hg.), *Rassismus auf gut Deutsch. Ein kritisches Nachschlagewerk zu rassistischen Sprachhandlungen* (448-455). Frankfurt/M.: Brandes & Apsel.

– & **NDUKA-AGWU, ADIBELI (2010).** Der Zusammenhang zwischen Rassismus und Sprache. In: dies. (Hg.), *Rassismus auf gut Deutsch. Ein kritisches Nachschlagewerk zu rassistischen Sprachhandlungen* (11-49). Frankfurt/M.: Brandes & Apsel.

JÄGER, SIEGFRIED (1996). *BrandSätze* [sic]. *Rassismus im Alltag* (4., geg. der 2. durchges. unver. Auflage). Koblenz: Fuck Druck.

JASCHKE, HANS-GERD (2001 [1994]). *Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Begriffe. Positionen. Praxisfelder* (2. Auflage). Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.

JÖRIS, LISA (2015). *Wider den Begriff ›Flüchtling‹. Zu den Hintergründen eines scheinbar neutralen Begriffes. Diskussionspapier.* Online verfügbar unter: <http://www.boell-sachsen-anhalt.de/wp-content/uploads/2015/10/2015-Diskussionspaper-FI%C3%BCchtlingsbegriff-web.pdf> [zuletzt abgerufen am 5.8.2018].

JUNGWIRTH, INGRID (2004). Zur Auseinandersetzung mit Konstruktionen von »Weiß-Sein« – ein Perspektivwechsel. In: Hella Hertzfeldt, Katrin Schäfgen & Silke Veth (Hg.), *GeschlechterVerhältnisse. Analysen aus Wissenschaft, Politik und Praxis* (77-91). Berlin: Karl Dietz.

KALPAKA, ANNITA (1992). Überlegungen zur antirassistischen Praxis mit Jugendlichen in der BRD. In: Rudolf Leiprecht (Hg.), *Rassismus und Jugendarbeit. Zur Entwicklung angemessener Begriffe und Ansätze für eine verändernde Praxis (nicht nur) in der Arbeit mit Jugendlichen* (131-152). Duisburg: Basis-Druck.

KARAKAYALI, SERHAT (2011). Reflexiver Eurozentrismus. Zwischen diskursiver Kombinatorik und Latenz. In: Sebastian Friedrich (Hg.), *Rassismus in der Leistungsgesellschaft. Analysen und kritische Perspektiven zu den rassistischen Normalisierungsprozessen der »Sarrazindebatte«* (96-113). Münster: edition assemblage.

KASSNER, KARSTEN (2003). Soziale Deutungsmuster – über aktuelle Ansätze zur Erforschung kollektiver Sinnzusammenhänge. In: Susan Geideck und Wolf-Andreas Liebert (Hg.), *Sinnformeln. Linguistische und soziologische Analysen von Leitbildern, Metaphern und anderen kollektiven Orientierungsmustern* (37–57). Berlin: Walter de Gruyter.

KELLE, UDO & KLUGE, SUSANNE (2010). *Vom Einzelfall zum Typus. Fallvergleich und Fallkontrastierung in der qualitativen Sozialforschung* (2., überarb. Auflage). Wiesbaden: VS.

KELLER, REINER (2011). *Wissenssoziologische Diskursanalyse. Grundlegung eines Forschungsprogramms* (3. Auflage). Wiesbaden: VS.

KERNER, INA (2009). Rassismus. In: dies., *Differenzen und Macht. Zur Anatomie von Rassismus und Sexismus* (44-167). Frankfurt/M., New York: Campus.

KILOMBA, GRADA (2011). Interviewpassage aus der Dokumentation: *White Charity. Schwarzsein und Weißsein auf Spendenplakaten.* Ein Film von Carolin Philipp und Timo Kiesel mit Animationen von Jana Döll. Veröffentlicht am 2.12.2011. Online verfügbar unter: <https://www.youtube.com/watch?v=kUSMh8kV-xw&spfreload=10> [zuletzt abgerufen am 5.8.2018].

KLÄRNER, ANDREAS & KOHLSTRUCK, MICHAEL (2006). Rechtsextremismus – Thema der Öffentlichkeit und Gegenstand der Forschung. In: dies. (Hg.), *Moderner Rechtsextremismus in Deutschland* (Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung). Leck: Clausen und Bosse.

KLEMM, JANA; STROBL, RAINER & WÜRTZ, STEFANIE (2006). Die Aktivierung einer demokratischen Stadtkultur – Erfahrungen von zwei Kleinstädten im lokalen Umgang mit Rechts-

extremismus. In: Andreas Klärner & Michael Kohlstruck (Hg.), *Moderner Rechtsextremismus in Deutschland* (116-140). Bonn: bpb.

KRAIS, BEATE & GEBAUER, Gunter (2002). *Habitus*. Bielefeld: transcript.

KRASTEW, IWAN & SCHMITT, OLIVER JENS (2016). Osteuropäische Identität. Die Eingeklemmten. Interview von Michael Martens mit I. Krastew und O. J. Schmitt. Erschienen in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 25.5.2016. Online verfügbar unter: http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/iwan-krastew-und-oliver-jens-schmitt-zu-osteuropa-14250809.html?printPagedArticle=true#pageIndex_0 [zuletzt abgerufen am 5.8.2018].

KROBISCH, VERENA (2014). Der Migrationsdiskurs in Deutschland und seine Wirkung auf die Gesellschaft. In: Peter Massing & Mirko Niehoff (Hg.), *Politische Bildung in der Migrationsgesellschaft. Sozialwissenschaftliche Grundlagen – Politikdidaktische Ansätze – Praxisberichte* (77-108). Schwalbach/Ts.: Wochenschau.

KÜPPER, BEATE; REES, JONAS & ZICK, ANDREAS (2016). Geflüchtete in der Zerreißprobe – Meinungen über Flüchtlinge in der Mehrheitsbevölkerung. In: Andreas Zick, Beate Küpper & Daniela Krause (Hg.), *Gespaltene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2016* (83-110). Bonn: Dietz.

LAMNEK, SIEGFRIED (2010). *Qualitative Sozialforschung* (5., überarb. Auflage). Weinheim, Basel: Beltz.

LEIPRECHT, RUDOLF (2016). Rassismus. In: Paul Mecheril (Hg.) (unter Mitarbeit von Veronika Kourabas und Matthias Rangger), *Handbuch Migrationspädagogik* (226-242). Weinheim, Basel: Beltz.

– **& LUTZ, HELMA (2009).** Rassismus – Sexismus – Intersektionalität In: Claus Melter & Paul Mecheril (Hg.), *Rassismuskritik. Band 1: Rassismustheorie und -forschung* (179-198). Schwalbach/Ts.: Wochenschau.

MACHOLD, CLAUDIA (2009). (Anti-)Rassismus kritisch (ge-)lesen. Verstrickungen und Reproduktion als Herausforderung für die pädagogische Praxis. Eine diskurstheoretische Perspektive. In: Wiebke Scharathow & Rudolf Leiprecht (Hg.), *Rassismuskritik. Band 2: Rassismuskritische Bildungsarbeit* (379-396). Schwalbach/Ts.: Wochenschau.

MARKARD, MORUS (1988). Kategorien, Theorien und Empirie in subjektwissenschaftlicher Forschung. In: Joseph Dehler & Konstanze Wetzel (Hg.), *Zum Verhältnis von Theorie und Praxis in der Psychologie. Bericht von der 4. Internationalen Ferienuniversität Kritische Psychologie* (49-80). Marburg: va&g.

– **(1991).** *Methodik subjektwissenschaftlicher Forschung. Jenseits des Streits um quantitative und qualitative Methoden*. Hamburg: Argument.

MECHERIL, PAUL (2002). Natio-kulturelle Mitgliedschaft – ein Begriff und die Methode seiner Generierung. In: *Tertium comparationis. Journal für international und interkulturell vergleichende Erziehungswissenschaft*, Nr. 8, H. 2, 104-115. Online verfügbar unter: http://www.pedocs.de/volltexte/2011/2924/pdf/TC_2_2002_meche_D_A.pdf [zuletzt abgerufen am 5.8.2018].

– **(2007).** Die Normalität des Rassismus. In: Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismuserbeit in NRW (Hg.), *Tagungsdokumentation des Fachgesprächs zur »Normalität und Alltäglichkeit des Rassismus« 14./15. September 2007* (4-16). Online verfügbar unter: http://wochenendseminar.blogspot.de/images/TagungsdokumentationNormalittundAlltglicheitdesRassismusIDANRW_01.pdf [zuletzt abgerufen am 5.8.2018].

– **(2010).** Migrationspädagogik. Hinführung zu einer Perspektive. In: ders., María do Mar Castro Varela, İnci Dirim, Annita Kalpaka & Claus Melter, *Bachelor/Master Migrationspädagogik* (7-22). Weinheim, Basel: Beltz.

- (2017). Interview zum Thema Rassismus mit Prof. Dr. Mecheril. (Interviewer*: Özcan Karadeniz.) Veröffentlicht am 10.2.2017. Online verfügbar unter: <https://www.youtube.com/watch?v=hplclC4ulsQ&spfreload=10> [zuletzt abgerufen am 5.8.2018].
- & MELTER, CLAUS (2010). Gewöhnliche Unterscheidungen. Wege aus dem Rassismus. In: Paul Mecheril, María do Mar Castro Varela, İnci Dirim, Annita Kalpaka & Claus Melter, *Bachelor/Master Migrationspädagogik* (150-178). Weinheim, Basel: Beltz.
- & SCHERSCHEL, KARIN (2009). Rassismus und »Rasse«. In: Claus Melter & Paul Mecheril (Hg.), *Rassismuskritik. Band 1: Rassismustheorie und -forschung* (39-58). Schwalbach/Ts.: Wochenschau.
- MEIENBERG, MARTINA (2012). *Nation-Building in Afghanistan. Legitimitätsdefizite innerhalb des politischen Wiederaufbaus*. Wiesbaden: VS.
- MELTER, CLAUS & STEFAN SCHÄFFERLING (2016). Geschlechterverhältnisse. In: Paul Mecheril (Hg.) (unter Mitarbeit von Veronika Kourabas und Matthias Rangger), *Handbuch Migrationspädagogik* (277-293). Weinheim, Basel: Beltz.
- MERKENS, HANS (2013). Auswahlverfahren, Sampling, Fallkonstruktion. In: Uwe Flick, Ernst von Kardoff & Ines Steinke (Hg.), *Qualitative Forschung. Ein Handbuch* (10. Auflage) (286-299). Reinbek: Rowohlt.
- MESSERSCHMIDT, ASTRID (2006). Solidarität unter postkolonialen Bedingungen. Online verfügbar unter: http://www.mangoes-and-bullets.org/wp-content/uploads/2015/11/Messerschmidt_2006_Solidarit%C3%A4t-unter-poko-Bedingungen_vortrag_esgjena.pdf [zuletzt abgerufen am 5.8.2018].
- (2010). Distanzierungsmuster. Vier Praktiken um Umgang mit Rassismus. In: Anne Broden & Paul Mecheril (Hg.), *Rassismus bildet. Bildungswissenschaftliche Beiträge zu Normalisierung und Subjektivierung in der Migrationsgesellschaft* (41-57). Bielefeld: transcript.
- MIKLER, ANJA (2005). *Migrationsdiskurse politischer Eliten: Identitätspolitik durch einen Diskurs der Ungleichheit? Eine diskursanalytische Untersuchung von Migrationsdiskursen in der Bundesrepublik Deutschland 1999 – 2002*. Online verfügbar unter: <https://eldorado.tu-dortmund.de/bitstream/2003/22523/9/Mikler2.pdf> [zuletzt abgerufen am 5.8.2018].
- MILES, ROBERT (1991 [1989]). *Rassismus. Einführung in die Geschichte und Theorie eines Begriffs*. Hamburg: Argument.
- (2000 [1989]). Bedeutungskonstitution und der Begriff des Rassismus. In: Nora Räthzel (Hg.), *Theorien über Rassismus* (17-33). Hamburg: Argument.
- MORGENSTERN, CHRISTINE (2001). *Rassismus – Konturen einer Ideologie. Einwanderung im politischen Diskurs der Bundesrepublik Deutschland*. Hamburg: Argument.
- MORRISON, TONI (1992). *Playing in the Dark. Whiteness and the Literary Imagination*. Cambridge, Massachusetts: Harvard Univ. Press.
- MÜHE, MARIELUISE (2017). *Rassistische Diskurse im Einwanderungsland Deutschland. Das Aushandeln von Flucht und Asyl über soziale Medien im lokalen Raum*. Online verfügbar unter: https://refubium.fu-berlin.de/bitstream/handle/fub188/22009/WP15_Marieluise_05.pdf?sequence=1&isAllowed=y [zuletzt abgerufen am 5.8.2018].
- MÜLLER, DANIEL (2005). Die Darstellung ethnischer Minderheiten in deutschen Massenmedien. In: Rainer Geißler & Horst Pöttker (Hg.), *Massenmedien und die Integration ethnischer Minderheiten in Deutschland. Problemaufriss – Forschungsstand – Bibliographie* (83-126). Bielefeld: transcript.
- NIEDRIG, HEIKE & SCHROEDER, JOACHIM (2003). Doing black – doing gender. Afrikanische Flüchtlingsjugendliche in Hamburg aus der Genderperspektive. In: Verena Böll, Ursula Günther, Britta Hemshorn de Sánchez, Heike Niedrig & Joachim Schroeder (Hg.), *Umbruch – Bewältigung – Geschlecht. Genderstudien zu afrikanischen Gesellschaften in Afrika und Deutschland* (91-107). Münster, New York, München, Berlin: Waxmann.

OPPENHÄUSER, HOLGER (2011). Das Extremismus-Konzept und die Produktion von politischer Normalität. In: Forum für kritische Rechtsextremismusforschung (Hg.), *Ordnung. Macht. Extremismus. Effekte und Alternativen des Extremismus-Modells* (35-58). Wiesbaden: VS.

PECH, INGMAR (2006). Whiteness – akademischer Hype und praxisbezogene Ratlosigkeit? Überlegungen für eine Anschlussfähigkeit antirassistischer Praxen. In: Gabi Elverich (Hg.), *Spurensicherung. Reflexionen von Bildungsarbeit in der Einwanderungsgesellschaft* (63-92). Frankfurt/M.: IOK.

PEHM, RAIMUND (2005). *Fluchträume. Standortwahl und Realisierung von Unterkünften für Asylsuchende am Beispiel Tirols*. Diplomarbeit am Institut für Politikwissenschaft der Leopold-Franzens-Universität Innsbruck. Online verfügbar unter: <https://docplayer.org/21961292-Fluchtraeume-standortwahl-und-realisierung-von-unterkuenften-fuer-asylsuchende-am-beispiel-tirols-eingereicht-von-raimund-pehm.html> [zuletzt abgerufen am 12.12.2019].

PICHLER, EDITH & SCHMIDTKE, OLIVER (2004). Migranten im Spiegel des deutschen Mediendiskurses: »Bereicherung« oder »Belastung«? In: Klaus Eder, Valentin Rauer & Oliver Schmidtke (Hg.), *Die Einhegung des Anderen. Türkische, polnische und russlanddeutsche Einwanderer in Deutschland* (49-76). Wiesbaden: VS.

PRIES, LUDGER (2016). *Migration und Ankommen. Die Chancen der Flüchtlingsbewegung*. Frankfurt/M., New York: Campus.

PRIESTER, KARIN (2003). *Rassismus. Eine Sozialgeschichte*. Leipzig: Reclam.

QUENT, MATTHIAS & SCHULZ, PETER (2015). *Rechtsextremismus in lokalen Kontexten. Vier vergleichende Fallstudien*. Wiesbaden: VS.

RATFISCH, PHILIPP (2015). Zwischen nützlichen und bedrohlichen Subjekten. Figuren der Migration im europäischen »Migrationsmanagement« am Beispiel des Stockholmer Programms. In: *movements. Journal for Critical Migration and Border Regime Studies* 1 (1). Online verfügbar unter: <http://movements-journal.org/issues/01.grenzregime/07.ratfisch--nuetzliche-bedrohliche-subjekte-stockholm-migrationsmanagement.html> [zuletzt abgerufen am 5.8.2018].

REICHERTZ, JO (2013). Objektive Hermeneutik und hermeneutische Wissenssoziologie. In: Uwe Flick, Ernst von Kardoff & Ines Steinke (Hg.), *Qualitative Forschung. Ein Handbuch* (10. Auflage) (514-524). Reinbek: Rowohlt.

RÖGGLA, KATHARINA (2012). *Critical Whiteness Studies und ihre politischen Handlungsmöglichkeiten für Weiße AntirassistInnen. Intro. Eine Einführung*. Wien: Mandelbaum.

RÖPKE, ANDREA & SPEIT, ANDREAS (2011). *Mädelsache. Frauen in der Neonazi-Szene* (2., durchges. und akt. Auflage). Berlin: Christoph Links.

ROMMELSPACHER, BIRGIT (2001). Das Geschlechterverhältnis im Rechtsextremismus. In: Wilfried Schubarth & Richard Stöss (Hg.), *Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz* (199-219). Opladen: Leske + Budrich.

– (2006). *»Der Hass hat uns geeint«*. *Junge Rechtsextreme und ihr Ausstieg aus der Szene*. Frankfurt/M., New York: Campus.

– (2009). Was ist eigentlich Rassismus? In: Claus Melter & Paul Mecheril (Hg.), *Rassismuskritik. Band 1: Rassismustheorie und -forschung* (25-38). Schwalbach/Ts.: Wochenschau.

– (2011). Ambivalente Beziehungen: Die »Mitte« der Gesellschaft und der rechtsextreme »Rand«. In: Caroline Y. Robertson-von Trotha (Hg.), *Rechtsextremismus in Deutschland und Europa. Rechts außen – Rechts »Mitte«?* (47-55). Baden-Baden: Nomos.

RONZANI, SILVIO (1980). *Arbeitskräftewanderung und gesellschaftliche Entwicklung. Erfahrungen in Italien, in der Schweiz und in der Bundesrepublik Deutschland*. Königstein/Ts.: Hain.

SHELLENBERG, BRITTA (2014a). *Die Rechtsextremismus-Debatte. Charakteristika, Konflikte und ihre Folgen* (2. Auflage). Wiesbaden: VS.

– (2014b). *Mügeln. Die Entwicklung rassistischer Hegemonien und die Ausbreitung der Neonazis*. Dresden: Union-Druckerei. Online verfügbar unter: http://www.weiterdenken.de/sites/default/files/muegeln_download.pdf [zuletzt abgerufen am 5.8.2018].

SCHERR, ALBERT (2009a). Nationalismus, Kulturrassismus und Fremdenfeindlichkeit als Resonanzboden einer Politik der Ausgrenzung und Unterordnung von Migranten. In: Komitee für Grundrechte und Demokratie (Hg.), *Jenseits der Menschenrechte. Die europäische Flüchtlings- und Migrationspolitik* (196-211). Münster: Westfälisches Dampfboot.

– (2009b). Rassismus oder Rechtsextremismus? Annäherung an eine vergleichende Betrachtung zweier Paradigmen jenseits rhetorischer Scheinkontroversen. In: Claus Melter & Paul Mecheril (Hg.), *Rassismuskritik. Band I: Rassismustheorie und -forschung* (75-97). Schwalbach/Ts.: Wochenschau.

– & **INAN, ÇİĞDEM (2017)**. Flüchtlinge als gesellschaftliche Kategorien und als Konfliktfeld. Ein soziologischer Zugang. In: Cinur Ghaderi & Thomas Eppenstein (Hg.), *Flüchtlinge. Multiperspektivische Zugänge* (129-146). Wiesbaden: VS.

SCHERSCHEL, KARIN (2006). *Rassismus als flexible symbolische Ressource. Eine Studie über rassistische Argumentationsfiguren*. Bielefeld: transcript.

SCHMIDT, BETTINA; DIETRICH, KATHARINA & HERDEL, SHANTALA (2009). Anti-Bias-Arbeit in Theorie und Praxis – Eine kritische Betrachtung eines Antidiskriminierungsansatzes. In: Wiebke Scharathow & Rudolf Leiprecht (Hg.), *Rassismuskritik. Band 2: Rassismuskritische Bildungsarbeit* (154-170). Schwalbach/Ts.: Wochenschau.

SCHURER, FELIX (2013). *Mediation als Aktionsforschungsansatz – Konfliktbearbeitung rund um eine Augsburgs Asylunterkunft*. Unveröffentlichte Masterarbeit im Masterstudiengang Sozialwissenschaftliche Konfliktforschung an der Universität Augsburg.

SELTING, MARGRET; AUER, PETER; BARDEN, BIRGIT; BERGMANN, JÖRG; COUPER-KUHLEN, ELIZABETH; GÜNTNER, SUSANNE; MEIER, CHRISTOPH; QUASTHOFF, UTA; SCHLOBINSKI, PETER & UHMANN, SUSANNE (1998). Gesprächsanalytisches Transkriptionssystem (GAT). In: *Linguistische Berichte*, Jg. 173, 91-122.

SEUKWA, LOUIS HENRI (2016). Flucht. In: Paul Mecheril (Hg.) (unter Mitarbeit von Veronika Kourabas und Matthias Rangger), *Handbuch Migrationspädagogik* (196-210). Weinheim, Basel: Beltz.

SIBUM, HELEN (2010). *Asylhopping und Flüchtlingswellen – ein Vergleich des Migrationsdiskurses in Deutschland und Australien*. Berlin: Logos.

SIEBER, ROLAND (2016). Von »Unsterblichen« und »Identitären« – Mediale Inszenierung und Selbstinszenierung der extrem Rechten. In: Stephan Braun, Alexander Geisler & Martin Gerster (Hg.), *Strategien der extremen Rechten. Hintergründe – Analysen – Antworten* (2., akt. und erw. Auflage) (365-375). Wiesbaden: VS.

SOW, NOAH (2009). *Deutschland Schwarz Weiß. Der alltägliche Rassismus* (2. Auflage). München: Goldmann.

SPINDLER, SUSANNE (2008). Wer hat Angst vor Mehmet? Medien, Politik und die Kriminalisierung von Migration. In: Gudrun Hentges & Bettina Lösch (Hg.), *Die Vermessung der sozialen Welt. Neoliberalismus – extreme Rechte – Migration im Fokus der Debatte* (283-294). Wiesbaden: VS.

STAUBER, BARBARA & BRÖSE, JOHANNA (2018). Tagungsbericht und Kommentar von Barbara Stauber und Johanna Bröse. In: Johanna Bröse, Stefan Faas & Barbara Stauber (Hg.), *Flucht. Herausforderungen für Soziale Arbeit* (VI-XIX). Wiesbaden: VS.

STAUD, TORALF (2018). Straf- und Gewalttaten von rechts: Was sagen die offiziellen Statistiken? Veröffentlicht am 13.11.2018. Online verfügbar unter: <http://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/264178/pmk-statistiken> [zuletzt abgerufen am 12.12.2019].

STEINER, JENNIFER (2015). »Kein attraktiver Standortfaktor«: Asylunterkünfte als Hindernis im lokalen Entwicklungsplan. Eine diskursanalytische Betrachtung der Opposition gegen Asylunterkünfte in der Schweiz. Veröffentlichte Masterarbeit am Geographischen Institut der Universität Zürich.

STEINKE, INES (2013). Gütekriterien qualitativer Forschung. In: Uwe Flick, Ernst von Kardoff & Ines Steinke (Hg.), *Qualitative Forschung. Ein Handbuch* (10. Auflage) (319-331). Reinbek: Rowohlt.

STÖSS, RICHARD (2007). *Rechtsextremismus im Wandel* (2., akt. Auflage). Bonn: Universitätsdruckerei.

STRAUSS, ANSELM L. (1998). *Grundlagen qualitativer Forschung. Datenanalyse und Theoriebildung in der empirischen Sozialforschung* (2. Auflage). Paderborn: Fink.

STROBL, RAINER, WÜRTZ, STEFANIE & KLEMM, JANA (2003). *Demokratische Stadtkultur als Herausforderung. Stadtgesellschaften im Umgang mit Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt*. Weinheim/München: Juventa.

TERKESSIDIS, MARK (2004). *Die Banalität des Rassismus. Migranten zweiter Generation entwickeln eine neue Perspektive*. Bielefeld: transcript.

TREIBEL, ANNETTE (2011). *Migration in modernen Gesellschaften. Soziale Folgen von Einwanderung, Gastarbeit und Flucht* (5. Auflage). Weinheim, München: Juventa.

TSIANOS, VASSILIS & PIEPER, MARIANNE (2011). Postliberale Assemblagen. Rassismus in Zeiten der Gleichheit. In: Sebastian Friedrich (Hg.), *Rassismus in der Leistungsgesellschaft. Analysen und kritische Perspektiven zu den rassistischen Normalisierungsprozessen der ›Sarrazindebatte‹* (114-132). Münster: edition assemblage.

VOGT, ANNE (2013). *Der völkische Mythos im kollektiven Gedächtnis und seine Relevanz für die Asyldebatte. Analyse einer Einwohner_innenversammlung zur Einrichtung eines Flüchtlingsheims in Berlin-Hellersdorf*. Unveröffentlichte Bachelorarbeit im Studiengang Soziale Arbeit an der Alice Salomon Hochschule Berlin.

WALGENBACH, KATHARINA (2003). Zwischen Selbstaffirmation und Distinktion: Weiße Identität, Geschlecht und Klasse in der Zeitschrift ›Kolonie und Heimat‹. In: Carsten Winter, Andreas Hepp & Tanja Thomas (Hg.), *Medienidentitäten – Identität im Kontext von Globalisierung und Medienkultur* (136-152). Köln: Herbert von Halem.

WEHLING, ELISABETH (2016). »Aktuell spielen alle Parteien der AfD in die Hände«. Interview der Süddeutschen Zeitung mit Elisabeth Wehling. Interviewerin*: Johanna Bruckner. Veröffentlicht am 17.3.2016. Online verfügbar unter: <https://www.sueddeutsche.de/kultur/sprache-in-der-fluechtlingsdebatte-das-wort-fluechtling-richtet-schaden-an-1.2864820> [zuletzt abgerufen am 3.8.2018].

WEISS, ANJA (2013 [2001]). *Rassismus wider Willen. Ein anderer Blick auf eine Struktur sozialer Ungleichheit* (2. Auflage). Wiesbaden: VS.

WELLGRAF, STEFAN (2008). *Migration und Medien: Wie Fernsehen, Radio und Print auf die Anderen blicken*. Berlin: LIT VERLAG.

WILCKE, HOLGER & LAMBERT, LAURA (2015). Die Politik des O-Platzes. (Un-)Sichtbare Kämpfe einer Geflüchtetenbewegung. In: *movements. Journal for Critical Migration and Border Regime Studies* 1 (2). Online verfügbar unter: <http://movements-journal.org/issues/02.kaempfe/06.wilcke,lambert--oplatz-k%C3%A4mpfe-gefl%C3%BCchtete-bewegung.html> [zuletzt abgerufen am 5.8.2018].

WOLLRAD, ESKE (2005). *Weißsein im Widerspruch. Feministische Perspektiven auf Rassismus, Kultur und Religion*. Königstein/Ts.: Helmer.

WYSCHATA, ANNA (2008). *Konfliktdynamiken im Zuge der Unterbringung von Asylbewerberinnen in Salzburger Gemeinden*. Veröffentlichtes PDF-Dokument einer Diplom-Arbeit. Onli-

ne verfügbar unter: http://othes.univie.ac.at/2208/1/2008-10-07_0105762.pdf [zuletzt abgerufen am 5.8.2018].

ZICK, ANDREAS; KRAUSE, DANIELA; BERGHAN, WILHELM & KÜPPER, BEATE (2016). Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Deutschland 2002-2016. In: Andreas Zick, Beate Küpper & Daniela Krause (Hg.), *Gespaltene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2016* (33-81). Bonn: Dietz.

VII ANHANG

Abkürzungen (Institutionen, Vereine, Zusammenschlüsse)

- Apabiz: Antifaschistisches Pressearchiv und Bildungszentrum e.V.
- ASH: Alice Salomon Hochschule
- BLMH: Bürgerinitiative für ein lebenswertes Marzahn-Hellersdorf
- BMH: Bürgerinitiative Marzahn-Hellersdorf
- BVG: Berliner Verkehrsbetriebe
- BVV: Bezirksverordnetenversammlung
- LaGeSo: Landesamt für Gesundheit und Soziales
- PeWoBe: Professionelle Wohn- und Betreuungsgesellschaft (Betreiber der *Flüchtlingsunterkunft*)
- RBB: Rundfunk Berlin-Brandenburg
- SPI: Sozialpädagogisches Institut Berlin – Walter May (Träger der Marzahn-Hellersdorfer Koordinierungsstelle für Demokratieentwicklung Polis)

Transkriptionsregeln

Bei der Transkription von Interviews bzw. von interviewähnlichen Passagen habe ich mich, wie bereits erwähnt (siehe S. 56), an dem Gesprächsanalytischen Transkriptionssystem (GAT) orientiert (vgl. Selting et al. 1998). Für das Ziel der Datenanalyse reichte in diesem Zusammenhang das »Basistranskript« (ebd., 114). Entgegen dem GAT habe ich mich bei der Groß- und Kleinschreibung an die Regeln der deutschen Grammatik gehalten sowie die Klassifikationen von Pausen leicht modifiziert. Vor diesem Hintergrund gelten für die hier transkribierten Passagen folgende Konventionen (vgl. ebd., 114f.):

Pausen

- (.) Mikropause
- (-), (–) kurze und mittlere Pause
- (1.0), (1.5), (2.0) Angabe der Pausenlänge ab einer Sekunde (in 0.5er Schritten)

Tonhöhenbewegungen

- ? hoch steigend
- , mittel steigend
- gleichbleibend
- ; mittel fallend
- . fallend

Akzentuierungen

- ich MEIne (mittlerer) Akzent

Weitere Konventionen

- und=äh Verschleifungen von Silben/Einheiten
- () unverständliche Passage
- al(s)o vermutete/r Laut/Silbe
- (aber) vermutetes Wort
- ((hustet, pfeift)) para- und außersprachliche Handlungen und Erläuterungen

Erklärung

Hiermit erkläre ich, Johannes Hykel, dass ich die vorliegende Dissertation selbständig verfasst, deren Inhalt nicht schon für eine Diplom- oder ähnliche Prüfungsarbeit verwendet sowie die benutzten Hilfsmittel vollständig angegeben habe. Des Weiteren erkläre ich, dass die Leitlinien guter wissenschaftlicher Praxis an der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg von mir befolgt wurden.

Berlin, den 3.2.2020